



Monatsbericht August 2013

65. Jahrgang
Nr. 8

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
16. August 2013, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



■ Inhalt

■ Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2013	5
Überblick	6
Internationales und europäisches Umfeld	11
<i>Zu den makroökonomischen Effekten der neuen Wirtschaftspolitik in Japan</i>	16
<i>Zum Problem der hohen Jugendarbeitslosigkeit in den Krisenländern des Euro-Raums</i>	23
Geldpolitik und Bankgeschäft	30
<i>„Forward Guidance“ – Orientierung über die zukünftige Ausrichtung der Geldpolitik</i>	31
<i>Geldmarktsteuerung und Liquiditätsbedarf</i>	34
<i>Versicherungen und Pensionseinrichtungen im Blickfeld der Statistik</i>	41
<i>Die Struktur der Unternehmensfinanzierung vor dem Hintergrund einer schwachen Buchkreditentwicklung in Deutschland und im Euro-Raum</i>	43
Finanzmärkte	47
<i>Anpassung der Berechnung von effektiven Wechselkursen sowie Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit im August 2013</i>	51
Konjunktur in Deutschland	58
Öffentliche Finanzen	68
<i>Jüngste Entscheidungen des Ecofin-Rats zu den Defizitverfahren der Länder im Euro-Raum</i>	71

■ Statistischer Teil.....	1*
Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion.....	5*
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16*
Banken	20*
Mindestreserven	42*
Zinssätze.....	43*
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48*
Kapitalmarkt	50*
Finanzierungsrechnung	54*
Öffentliche Finanzen in Deutschland.....	56*
Konjunkturlage in Deutschland	63*
Außenwirtschaft	70*
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	79*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2013

Überblick

Deutsche Wirtschaft mit kräftigem Wachstum im Frühjahr 2013

Weltwirtschaft

Die globale Wirtschaftsleistung dürfte im Frühjahr 2013 moderat expandiert haben. In regionaler Hinsicht hat dabei die relativ flache Aufwärtsentwicklung in den Schwellenländern dämpfend gewirkt. Ausschlaggebend dafür sind hauptsächlich die anhaltend schwache Auslandsnachfrage sowie strukturelle Probleme in diesen Ländern, zum Beispiel Engpässe in der Infrastruktur oder im Falle Chinas das an seine Grenzen stoßende sehr export- und investitionslastige Wachstumsmodell. Die Industrieländer insgesamt haben ihre Gangart spürbar gesteigert. Innerhalb dieser Ländergruppe kam es aber zu einer Verringerung des zuvor hohen Expansionstempos in Japan, während sich das Wachstum in den USA geringfügig und in Großbritannien merklich verstärkte. Zudem löste sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euro-Raum spürbar von dem gedrückten Stand des Winterquartals, womit die seit Herbst 2011 andauernde Rezession ausgelaufen sein könnte. Dabei hat eine wichtige Rolle gespielt, dass die deutsche Wirtschaft kräftig expandierte, das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Frankreich wieder deutlich zunahm und sich in Italien und Spanien die Talfahrt verlangsamte.

Im laufenden Quartal könnte die Weltwirtschaft den eingeschlagenen Wachstumskurs halten. Einer deutlicheren konjunkturellen Belebung dürften unter anderem gewisse Brems-effekte der nicht mehr ganz so niedrigen Renditeniveaus an den Kapitalmärkten sowie die nur allmähliche Besserung der Lage im Euro-Raum im Wege stehen. Zudem dauern in den großen Schwellenländern die strukturellen Wachstumsprobleme an. Darüber hinaus könnte belastend wirken, dass sich in mehreren aufstrebenden Ländern, die einen hohen Kapitalbedarf zur Finanzierung ihrer Leistungsbilanzdefizite haben, die Notenbanken zu einer mone-

tären Straffung genötigt sahen, nachdem ihre Währungen unter Abwertungsdruck geraten waren. Dazu hatte maßgeblich beigetragen, dass die Märkte aufgrund von Äußerungen der amerikanischen Zentralbank davon ausgegangen waren, diese werde ihre sehr expansiv ausgerichteten geldpolitischen Maßnahmen möglicherweise früher auslaufen lassen als bis dahin allgemein erwartet.

Wechsel in den Konjunktursignalen und – eng damit zusammenhängend – in den Erwartungen bezüglich des künftigen Kurses der US-Geldpolitik prägten seit Ende März 2013 maßgeblich die internationalen Finanzmärkte. Darüber hinaus haben wichtige Notenbanken ihre ohnehin expansive Geldpolitik noch weiter gelockert. So führte die Bank von Japan¹⁾ ein neues geldpolitisches Rahmenprogramm ein, und das Eurosystem senkte den Leitzins. Die Lockerungsmaßnahmen führten zunächst weltweit zu Renditeverlusten bei lang laufenden Anleihen. Im Mai begannen aber die Renditen vor dem Hintergrund positiver aufgenommenen Wirtschaftsdaten weltweit zu steigen. Zudem verfestigte sich in der Folge die Erwartung, dass die US-Geldpolitik möglicherweise schneller als bislang unterstellt gestrafft werden könnte. Gegen Ende des Berichtszeitraums trug dann aber die Bekräftigung der US-Notenbank Federal Reserve, auf absehbare Zeit akkommodierend zu bleiben, zur Eindämmung und teilweisen Umkehr des Zinsanstiegs bei. In Deutschland kamen neben dem Zinsverbund mit den USA auch etwas verbesserte konjunkturelle Frühindikatoren zum Tragen. Die gestiegenen Zinsen für Staatsanleihen setzten die Aktienmärkte vorübergehend unter Druck. In einem Umfeld niedriger Kursunsicherheit, überwiegend positiver Quartalsergebnisse von US-Unternehmen und aufkommender Hoffnung auf eine Überwindung der Rezession im Euro-

Finanzmärkte

¹⁾ Zur japanischen Geld- und Wirtschaftspolitik siehe auch S. 16 ff.

Raum erhielten die Aktienmärkte aber so viel Auftrieb, dass sie im Ergebnis merkliche Kursgewinne verzeichneten. An den Devisenmärkten konnte der Euro gegenüber den anderen zentralen Währungen zulegen, besonders deutlich gegenüber dem Yen.

Geldpolitik

Seit Absenkung des Hauptrefinanzierungssatzes auf 0,50% und des Spitzenrefinanzierungssatzes auf 1,00% im Mai 2013 hat der EZB-Rat die Leitzinssätze unverändert gelassen. Diese Entscheidung beruhte auf seiner Einschätzung, dass der Preisdruck im Euro-Währungsgebiet auf mittlere Sicht gedämpft bleiben wird. Die weiterhin akkommodierende Ausrichtung der Geldpolitik soll die erwartete graduelle Erholung der wirtschaftlichen Aktivität im weiteren Verlauf des Jahres und im Jahr 2014 unterstützen.

Die kurzfristigen Geldmarktsätze notierten jedoch trotz der Senkung der Leitzinsen vom 2. Mai 2013 seit April im Mittel geringfügig oberhalb der im ersten Quartal 2013 beobachteten Werte. Vor diesem Hintergrund machte der EZB-Rat nach seiner Sitzung vom 4. Juli 2013 deutlich, dass er erwarte, die Leitzinsen für einen längeren Zeitraum auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau zu belassen – und wiederholte diese Formulierung nach seiner Sitzung vom 1. August. Damit hat der EZB-Rat eine Orientierung über seinen gesamtwirtschaftlichen Ausblick und die zukünftige Ausrichtung seiner Geldpolitik gegeben („Forward Guidance“).²⁾ Allerdings handelt es sich hierbei nicht um eine unbedingte Aussage, und es erfolgte keine Änderung der geldpolitischen Strategie: Die tatsächliche Entwicklung der Leitzinsen wird weiterhin von den mittelfristigen Aussichten für die Inflationsentwicklung abhängen, die ihrerseits auf den Erwartungen über die künftige realwirtschaftliche Entwicklung und auf der Dynamik der Geldmengen- und Kreditaggregate basieren.

Wie schon in den vorhergehenden Quartalen wurde die monetäre Entwicklung im Euro-Raum auch im zweiten Quartal 2013 neben der

konjunkturellen Lage vor allem von Zuflüssen aus dem Ausland sowie vom niedrigen Zinsniveau und der flachen Zinsstruktur geprägt. Im Ergebnis nahm die Wachstumsdynamik der Geldmenge M3 im zweiten Quartal weiter ab, da die wachstumsfördernden Einflussfaktoren zunehmend vom stärker werdenden Abbau der Buchkredite an den Privatsektor dominiert wurden.

Die deutsche Wirtschaft ist im Frühjahr 2013 kräftig gewachsen. Der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge erhöhte sich das reale BIP im zweiten Vierteljahr saison- und kalenderbereinigt um 0,7% gegenüber dem Vorquartal. Die hohe Quartalswachstumsrate ist allerdings im Zusammenhang mit der Stagnation der Wirtschaftsleistung im ersten Vierteljahr zu sehen. Damals war die bereits angelegte konjunkturelle Belebung noch durch besonders ungünstige Witterungsbedingungen zurückgehalten worden. Mit der kräftigen Ausdehnung der Aktivität im Frühjahr dürfte die deutsche Wirtschaft zur Normalauslastung zurückgekehrt sein, nachdem es in der zweiten Jahreshälfte 2012 unter dem Eindruck der Verschärfung der Schuldenkrise im Euro-Gebiet und der globalen Konjunkturelle vorübergehend zu Abstrichen am Nutzungsgrad gekommen war.

Das Auslandsgeschäft der deutschen Unternehmen hat nach der Flaute im Winterhalbjahr wieder etwas zugenommen, konnte aber die Einbußen vom Herbst vergangenen Jahres bisher nicht ausgleichen. Die Mehrnachfrage aus dem Ausland blieb vor allem deshalb recht verhalten, weil es zu einem erheblichen Rückgang der Ausfuhren von Luft- und Schienenfahrzeugen sowie von Schiffen kam. Hingegen hat die deutsche Wirtschaft im Frühjahr in erheblich größerem Umfang Waren aus dem Ausland bezogen als in den beiden Quartalen zuvor. Dabei nahmen die Importe aus anderen EWU-Ländern deutlich stärker zu als jene aus Drittstaaten.

*Deutsche
Wirtschaft*

²⁾ Zu „Forward Guidance“ siehe auch S. 31ff.

Die Investitionen der Unternehmen in Ausrüstungen, die sich zu Jahresbeginn 2013 nach einer ausgeprägten Baisse im Jahr 2012 auf niedrigem Niveau stabilisiert hatten, haben im Frühjahr trotz der kräftigen Expansion der Wirtschaftsleistung nur wenig an Schwung gewonnen. Die Kapitalbildung im inländischen Unternehmenssektor ist trotz reichlicher Eigenmittel und günstiger Finanzierungsmöglichkeiten nach wie vor von Zurückhaltung geprägt. Wesentlich hierfür dürften die nachhaltig eingetrübten Absatzperspektiven vor allem im Euro-Gebiet sowie die fortbestehende wirtschaftspolitische Verunsicherung im Zusammenhang mit der Schuldenkrise sein. Die Bauinvestitionen wurden hingegen nach witterungsbedingten Einbußen im Winter erheblich ausgeweitet, wozu neben Nachholeffekten auch Schwung aufgrund zusätzlicher Nachfrage beitrug. So sind seit Jahresbeginn sehr viele Genehmigungen für Wohnbauten erteilt worden. Auch vom privaten Konsum kam ein Nachfrageschub, allerdings mit anderen Akzenten als im ersten Vierteljahr. Während die Einzelhandelsumsätze den vorläufigen statistischen Angaben zufolge nicht weiter zulegten, stiegen die Pkw-Zulassungen privater Halter spürbar an.

Die Kreditentwicklung stand im Einklang mit dem binnenwirtschaftlichen Nachfrageprofil. So gingen die Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen in Deutschland im zweiten Quartal 2013 kräftig zurück; hierin spiegelten sich die konjunkturelle Schwächephase der deutschen Wirtschaft gegen Jahresende 2012 sowie die verstärkte Nutzung alternativer Finanzierungsquellen wider. Dagegen stiegen die Buchkredite an private Haushalte spürbar an, gestützt vor allem auf eine unverändert hohe Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten, aber auch auf eine leichte Zunahme der Konsumentenkredite, die durch verbesserte Perspektiven für die Einkommensentwicklung erklärt werden kann.

Der Arbeitsmarkt tendierte im Frühjahr seitwärts. Zwar erhöhte sich die Zahl der erwerbstätigen Personen im Inland leicht, der dahinterstehende Zuwachs an sozialversicherungs-

pflichtigen Stellen erstreckte sich aber nur noch auf wenige Dienstleistungsbranchen. Das Arbeitsangebot in Deutschland wird weiterhin durch Zuwanderung gestärkt, wobei Südeuropa als Herkunftsregion an Bedeutung gewinnt. Die Nachwirkungen der konjunkturellen Schwäche zeigen sich in dem leichten Anstieg der Unterbeschäftigung. Aber bereits seit Juni ging die Arbeitslosigkeit wieder zurück. Die Arbeitslosenquote belief sich im Juli saisonbereinigt unverändert auf 6,8%. Die Frühindikatoren deuten darauf hin, dass sich die ruhige Entwicklung am Arbeitsmarkt in den nächsten Monaten fortsetzen könnte.

Der Lohnanstieg schwächte sich im Frühjahr vorübergehend ab. So sind die Tarifverdienste insgesamt lediglich um 2,2% gegenüber dem Vorjahr gestiegen, nach 2,9% im Winter. Dies lag daran, dass einige der neu vereinbarten Tarifverträge Entgeltanhebungen nicht für den Beginn der Laufzeit vorsahen und es im Einzelhandel trotz monatelanger Verhandlungen bislang zu keiner Einigung gekommen ist. Mit den jüngsten Ergebnissen im Versicherungsgewerbe, im Groß- und Außenhandel sowie bei Volkswagen setzte sich die Tendenz fort, in der diesjährigen Tarifrunde recht ausgewogene Lohnerhöhungen zu vereinbaren.

Im Zuge der verhaltenen globalen Konjunktur und insbesondere der eingetrübten wirtschaftlichen Aussichten für die Schwellenländer gaben die Preise auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen im Frühjahr saisonbereinigt spürbar nach. Besonders stark fiel der Rückgang bei den Energiepreisen aus, die direkt von den Ölnotierungen abhängen. Aber auch bei den Vorleistungen sanken die Preise erheblich. Hingegen stabilisierten sich die zuvor rückläufigen Preise von Investitionsgütern, und die Konsumgüterpreise zogen sogar leicht an. Auf dem Immobilienmarkt setzte sich im zweiten Quartal 2013 der Preisanstieg unvermindert fort, während bei Bauleistungen der Preisanstieg trotz äußerst lebhafter Nachfrage recht verhalten blieb. Die Verbraucherpreise zogen im zweiten Quartal 2013 leicht an. Dies ist insoweit beme-

kenswert, als die Energiepreise nach einem kräftigen Anstieg zu Jahresbeginn wieder etwas zurückgingen. Wesentlich für den leicht verstärkten Preisanstieg war zum einen die weitere spürbare Verteuerung von Nahrungsmitteln. Hinzu kam, dass die staatlichen Lotteriebetreiber die Teilnahmegebühren drastisch anhoben. Der Preisauftrieb bei Industriewaren (ohne Energie) hielt sich hingegen ebenso wie das Plus bei den Wohnungsmieten im üblichen Rahmen. Der Vorjahresabstand des nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) belief sich wie im ersten Vierteljahr auf 1,5%. Beim Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), in dessen Warenkorb Glücksspiele nicht enthalten sind, reduzierte sich die Vorjahresrate hingegen von 1,9% auf 1,5%. Im Quartalsverlauf erhöhte sich die Teuerungsrate auf 1,8% (VPI) beziehungsweise 1,9% (HVPI). Im Juli stieg die Jahresrate des VPI leicht auf 1,9% und glich sich damit der HVPI-Rate an. In den kommenden Monaten dürfte der Anstieg der Verbraucherpreise wieder etwas nachlassen. Die Nahrungsmittelpreise, die auch witterungsbedingt ein sehr hohes Niveau erreicht haben, werden nicht weiter im gleichen Tempo steigen, und bei Industriewaren dürften sich die günstigen Preistendenzen auf der Einfuhrseite mäßigend auswirken.

In der zweiten Jahreshälfte 2013 dürfte sich das Wirtschaftswachstum in Deutschland normalisieren und verstetigen. Der erwartete Zuwachs in Höhe des Potenzialwachstums stellt zwar sicher, dass die Kapazitäten weiterhin gut ausgelastet sind. Fraglich ist jedoch, ob dies ausreicht, die Investitionstätigkeit spürbar zu beleben. Zusätzliche Nachfrage nach Produkten deutscher Industrieunternehmen entsteht überwiegend in Drittländern. Dort werden häufig auch die Produktionskapazitäten erweitert. Dies begrenzt die Sachkapitalbildung im Inland und das Wachstum der Exporte in die Drittländer. Eine spürbare Belebung der inländischen Investitionstätigkeit ist wohl erst zu erwarten, wenn sich die wirtschaftlichen Perspektiven für die Nachbarländer nachhaltig verbessern und die wirtschaftspolitische Verunsicherung durch geeignete Maßnahmen zur Bewältigung der

Schuldenkrise im Euro-Gebiet weiter eingedämmt wird.

Der deutsche Staatshaushalt dürfte im laufenden Jahr kaum verändert und damit wie 2012 etwa ausgeglichen abschließen. Aufgrund der stabilen Entwicklung wichtiger makroökonomischer Bezugsgrößen der Staatsfinanzen (Bruttolöhne, Arbeitslosigkeit, privater Verbrauch) schlägt sich dabei die diesjährige gesamtwirtschaftliche Verlangsamung nur begrenzt nieder, und auch der um konjunkturelle Einflüsse bereinigte Saldo dürfte sich kaum ändern. Die Staatsfinanzen sind damit mehr oder weniger neutral ausgerichtet. Die Schuldenquote (2012: rd. 82%) dürfte angesichts eines weiteren Portfolioabbaus bei den staatlichen Bad Banks sowie der Zunahme des BIP im Nenner spürbar zurückgehen.

Im kommenden Jahr könnte sich das Bild weitgehend unverändert darstellen, wobei größere Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Schuldenkrise besteht und nach der Bundestagswahl neue finanzpolitische Entscheidungen getroffen werden könnten. Die gegenwärtig vorteilhaften Rahmenbedingungen für die Staatsfinanzen, gekennzeichnet durch relativ niedrige Arbeitslosenzahlen und Zinssätze sowie eine aufkommensergiebige BIP-Struktur, könnten aus heutiger Sicht anhalten. Mit dem in den Haushaltsplanungen derzeit angelegten finanzpolitischen Kurs, der per saldo nur begrenzt neue Haushaltsbelastungen vorsieht, würde sich der Finanzierungssaldo dann nicht zuletzt aufgrund weiter sinkender Zinsausgaben leicht verbessern und der Rückgang der Schuldenquote fortsetzen.

Für den Bund ist im Nachtragshaushalt für das laufende Jahr die Nettoneuverschuldung auf 25 Mrd € angehoben worden. Die Hälfte hiervon geht auf die Dotierung des Hilfsfonds zur Beseitigung der Flutschäden vom Frühjahr sowie die Nettobelastung aus temporären finanziellen Transaktionen (insbesondere die weiteren Kapitalzuführungen an den ESM) zurück. Die Nettokreditaufnahme im Haushaltsentwurf

*Öffentliche
Finanzen*

2014 soll gegenüber dem Nachtrag 2013 nicht zuletzt deshalb deutlich auf 6 Mrd € sinken, weil die genannten temporären Belastungen entfallen oder stark zurückgehen. Hinzu kommen neben steigenden Steuereinnahmen vor allem sinkende Zinsausgaben und eine etwas stärkere Kürzung der Zuweisungen an den Gesundheitsfonds. Strukturell wird damit für 2014 ein kleiner Überschuss ausgewiesen. Dieses Bild erscheint jedoch zu positiv gezeichnet, da trotz einer augenscheinlich recht günstigen Lage bei den für den Haushalt besonders relevanten makroökonomischen Bezugsgrößen noch eine deutliche konjunkturelle Belastung in Abzug gebracht wird. Der Finanzplan bis 2017 stellt eine weitere stetige Verbesserung bis zu einem (strukturellen) Überschuss von gut 9 Mrd € in Aussicht. Allerdings ist nach der Wahl im September eine Neufassung des Haushaltsentwurfs 2014 vorzulegen, und die aktuelle Haushalts- und Finanzplanung bildet keine Maßnahmen aus Wahlprogrammen ab.

Für den Gesamtstaat sieht die derzeitige Mittelfristprojektion der Bundesregierung kontinuierlich strukturelle Überschüsse von ½% des BIP vor. Der geplante Haushaltskurs ist von der Grundausrichtung somit weitgehend neutral und steht im Einklang mit den europäischen Vorgaben, obwohl die Schuldenquote demnach 2017 noch bei 69% liegen soll. Auch vor dem Hintergrund der anstehenden demographisch bedingten Haushaltsbelastungen und der momentan günstigen Rahmenbedingungen ist das zügige Erreichen spürbarer struktureller Überschüsse empfehlenswert. Zudem sollten im Regelfall merkliche Sicherheitsabstände zu den Defizitobergrenzen der Schuldenbremse eingeplant werden. Entscheidend wird letztlich sein, Überschüsse nicht nur in die Planung einzustellen, sondern auch im Vollzug zu erreichen. Solide Staatsfinanzen und politische Zukunftsgestaltung sind keinesfalls Gegensätze, sondern müssen sich ergänzen.

Internationales und europäisches Umfeld

Weltwirtschaftliche Entwicklung

Moderates globales Wachstum im zweiten Quartal 2013 ...

Die globale Wirtschaftsleistung dürfte im Frühjahr 2013 moderat expandiert haben. Zwar legte die weltweite Industrieproduktion im April/Mai merklich gegenüber dem ersten Jahresviertel zu (saisonbereinigt + ½%). Dennoch blieb ihr Wachstum damit spürbar unter der früheren Trendrate. Zudem deutet der globale Einkaufsmanagerindex für den Dienstleistungssektor im zweiten Quartal weiterhin auf eine gemäßigte Aktivitätszunahme in diesem Bereich hin. In regionaler Hinsicht hat zu der verhaltenen Gangart der Weltwirtschaft wie schon im Vorquartal die relativ flache Aufwärtsentwicklung in den Schwellenländern maßgeblich beigetragen. Ausschlaggebend dafür sind hauptsächlich strukturelle Probleme in diesen Ländern, zum Beispiel Engpässe in der Infrastruktur oder im Falle Chinas das an seine Grenzen stoßende sehr investitions- und exportlastige Wachstumsmodell. Die schwache Auslandsnachfrage hat ebenfalls eine Rolle gespielt.

Die Industrieländer insgesamt haben ihr Konjunkturtempo spürbar erhöht. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der USA, Japans und Großbritanniens sowie des Euro-Raums zusammen genommen legte saisonbereinigt um knapp ½% zu. Das Ergebnis vor Jahresfrist wurde etwas deutlicher übertroffen. Innerhalb der Gruppe der Industrieländer expandierte die Wirtschaftsleistung in Japan nicht mehr so schwungvoll, während sich das Wachstum in den USA leicht und in Großbritannien merklich verstärkte. Zudem hat sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euro-Raum von dem gedrückten Stand des Winterquartals gelöst, womit die seit Herbst 2011 andauernde Rezession ausgelaufen sein könnte. Maßgeblich dafür war, dass die deutsche Wirtschaft kräftig expandierte, das reale BIP in Frankreich erheblich zunahm und sich in Italien und Spanien die Talfahrt verlangsamt hat.

Im laufenden Quartal könnte die Weltwirtschaft den eingeschlagenen Wachstumskurs halten. Auf eine geringe Temposteigerung lassen zwar die leichte Verbesserung des globalen Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe und der recht kräftige Anstieg im Dienstleistungssektor nach der Jahresmitte schließen. Einer deutlicheren konjunkturellen Belebung dürften jedoch unter anderem gewisse Brems-effekte der nicht mehr ganz so niedrigen Renditeniveaus an den Kapitalmärkten sowie die nur allmähliche Aufhellung der Lage im Euro-Raum im Wege stehen. Zudem dauern in den großen Schwellenländern die strukturellen Wachstumsprobleme an. Darüber hinaus könnte belastend wirken, dass sich in mehreren aufstrebenden Ländern, die einen hohen Kapitalbedarf zur Finanzierung ihrer Leistungsbilanzdefizite haben, die Notenbanken zu einer monetären Straffung genötigt sahen, nachdem ihre Währungen unter Abwertungsdruck geraten waren. Dazu hatte maßgeblich beigetragen, dass die Märkte aufgrund von Äußerungen der US-amerikanischen Zentralbank davon ausgegangen waren, diese werde ihre sehr expansiv ausgerichteten geldpolitischen Maßnahmen möglicherweise früher auslaufen lassen als bis dahin allgemein erwartet.

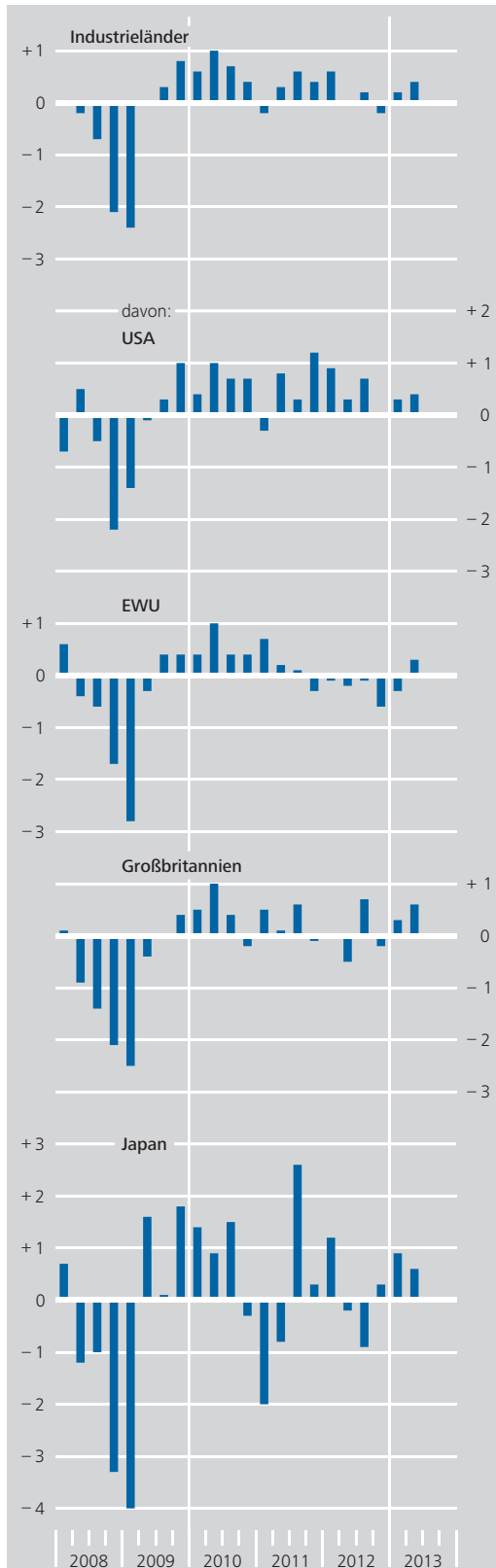
Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat wegen der – gemessen an den Einschätzungen in seiner Frühjahrsprognose – tieferen Rezession im Euro-Raum, der Persistenz der staatlichen Ausgabenkürzungen in den USA und nicht zuletzt wegen der enttäuschenden Entwicklung in den großen Schwellenländern Anfang Juli seine Prognose für die Weltwirtschaft erneut herabgesetzt, und zwar für 2013 um 0,2 Prozentpunkte auf eine Rate von + 3,1%, die nun mit der von 2012 identisch ist, und für 2014 im gleichen Umfang auf 3,8%. Regional betrachtet waren die Korrekturen breit angelegt. Die aggregierten Zuwachsraten für die Industrieländer haben sich um 0,1 beziehungsweise 0,2 Prozentpunkte auf +1,2% und

... und wohl auch im Sommer

Erneute Abwärtsrevision der IWF-Prognose

Gesamtwirtschaftliche Produktion in Industrieländern *)

saisonbereinigt, Veränderung gegenüber Vorquartal in %



Quellen: Nationale Statistiken, Eurostat und eigene Berechnungen. * USA, Euro-Raum, Großbritannien und Japan.
 Deutsche Bundesbank

+ 2,1% vermindert. Dahinter stehen entsprechende Anpassungen für die USA und den Euro-Raum, wobei die Prognose für Deutschland für 2013 auf + 0,3% und für 2014 auf + 1,3% reduziert wurde. Angehoben wurden die Schätzungen für das laufende Jahr dagegen im Falle Japans, Großbritanniens und Kanadas. Die sich aus den einzelnen Länderprojektionen ergebenden Expansionsraten für die Schwellenländer sind um jeweils 0,3 Prozentpunkte auf + 5,0% und + 5,4% gesunken. Besonders deutlich fielen die abwärtsgerichteten Revisions für Russland, Südafrika, Brasilien und Mexiko aus. Die Beurteilung der Wachstumsperspektiven der chinesischen Wirtschaft wurde um 0,3 beziehungsweise 0,6 Prozentpunkte auf 7,8% (2013) und 7,7% (2014) zurückgenommen. Für das laufende Jahr wurde auch die Prognose der Welthandelsentwicklung spürbar auf 3,1% abgesenkt. Der IWF sieht nach wie vor ein Übergewicht der negativen Prognoserisiken. Die neue Setzung beruht im Übrigen auf der Annahme, dass sich der Ende Mai eingetretene Anstieg der Volatilität an den Finanzmärkten und die damit einhergehende Erhöhung der Renditen wieder teilweise zurückbilden werden.

Der Eindruck einer noch zögerlichen Expansion der Weltwirtschaft im Berichtszeitraum wird auch von der Entwicklung an den Rohstoffmärkten bestätigt. Gemessen am HWWI-Index auf US-Dollar-Basis rutschten die Notierungen für Industrierohstoffe im Schnitt der Frühjahrsmonate um 7¼% gegenüber der Vorperiode ab, während die Preise für Nahrungs- und Genussmittel, die bereits zuvor abwärts tendiert hatten, um 3¼% sanken. Zugleich verbilligte sich Rohöl der Sorte Brent am Kassamarkt um 8%. Weil die Kurse für zukünftige Lieferungen nicht im gleichen Maße nachgaben, verringerten sich auch die Terminabschläge zeitweise spürbar. Vor dem Hintergrund einer Verschärfung der politischen Krise im Nahen Osten und einer geringeren Ölförderung der OPEC-Länder war im Juli jedoch wieder eine Gegenbewegung zu beobachten. Bei Abschluss dieses Berichts mussten für ein Fass Brent 108½ US-\$

Breit angelegter Rückgang der Rohstoffpreise

gezahlt werden; das waren gut 5 US-\$ mehr als im Durchschnitt des zweiten Quartals.

*Preisaufrieb
 auf der Ver-
 braucherstufe
 zuletzt
 stabilisiert*

Insbesondere der Rückgang der Rohölpreise hat im Frühjahr den allgemeinen Preisaufrieb auf der Verbraucherstufe zunächst noch weiter gedämpft. Ein entsprechender Preisindex für die Industrieländer verzeichnete im April den kleinsten Vorjahresabstand seit Oktober 2009 (+ 0,9%). In der Monatsbetrachtung ging der saisonbereinigte Index in der Folgezeit aber merklich nach oben. Die gegenüber dem Vorjahr berechnete Teuerungsrate war im Juni mit 1,6% bereits wieder etwas höher als im März. Als stabiler erwies sich die Kernrate, die sich auf den Warenkorb der Konsumenten ohne Energie und Nahrungsmittel bezieht. Sie belief sich zum Ende der ersten beiden Quartale 2013 jeweils auf +1,3%.

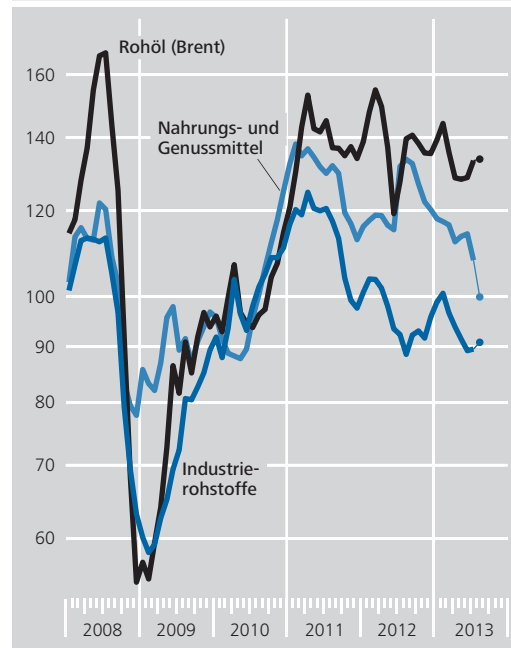
Ausgewählte Schwellenländer

*Leichte
 Wachstums-
 verlangsamung
 in China*

In China hat das reale BIP im zweiten Quartal 2013 seinen Stand vor Jahresfrist um 7½% übertroffen. Damit schwächte sich die Vorjahresrate zum zweiten Mal in Folge leicht ab. Laut der offiziellen saisonbereinigten Schätzung legte die Wirtschaftsleistung im abgelaufenen Quartal um 1¾% gegenüber der Vorperiode zu, in der ein ähnlich hoher Anstieg erzielt worden war. Die – gemessen am Vorjahresabstand – flachere gesamtwirtschaftliche Aufwärtsbewegung geht entstehungsseitig in erster Linie auf ein geringeres Produktionswachstum in der Industrie zurück. Diese leidet vor allem unter einer schwachen Entwicklung der Exporte, deren Anstieg im abgelaufenen Quartal (auf US-Dollar-Basis) annähernd zum Stillstand gekommen ist.¹⁾ Hier hat neben dem gedrückten Wachstum auf bedeutenden Absatzmärkten wohl auch eine Rolle gespielt, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Chinas nicht mehr so günstig darstellt wie in der Vergangenheit (siehe dazu die Erläuterungen auf S. 51ff.). Die Expansion der chinesischen Binnennachfrage scheint sich in den letzten Monaten ebenfalls etwas verlangsamt

Weltmarktpreise für Rohöl, Industrierohstoffe sowie Nahrungs- und Genussmittel

US-Dollar-Basis, 2010 = 100,
 Monatsdurchschnitte, log. Maßstab



Quellen: Thomson Reuters und HWWI. • Letzter Stand: Durchschnitt 1. bis 9. August bzw. 1. bis 14. August 2013 (Rohöl).
 Deutsche Bundesbank

zu haben, sie dürfte aber immer noch recht kräftig gewesen sein. Die Verbraucherpreisentwicklung war in den vergangenen Monaten anhaltend moderat; die Teuerungsrate betrug im zweiten Vierteljahr wie schon im Vorquartal 2,4%.

In Indien ist die reale Bruttowertschöpfung, die von den dortigen Behörden als das wichtigste Maß für das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis herangezogen wird, im ersten Quartal 2013 um 4¾% gegenüber dem Vorjahr ausgeweitet worden. Für das abgelaufene Quartal sind zwar noch keine VGR-Angaben verfügbar, den vorliegenden Indikatoren zu-

*Indien
 im Zeichen
 gedämpften
 Wachstums und
 deutlicher
 Währungs-
 abwertung*

¹⁾ Die chinesische Außenhandelsstatistik zeigt an, dass sich der Exportanstieg binnen Jahresfrist – nach einem kräftigen Zuwachs im ersten Quartal – sehr deutlich abgeflacht hat. Allerdings sind die ausgewiesenen Zuwachsraten zum Jahresbeginn wohl stark überhöht gewesen. Es besteht nämlich die Vermutung, dass Exporteure in dieser Zeit angesichts der bestehenden Kapitalverkehrsbeschränkungen in größerem Umfang über Scheinrechnungen für nicht gelieferte Güter Kapitalimporte nach China vorgenommen haben.

folge dürfte das Wachstum jedoch auf dem – für indische Verhältnisse – eher flachen Pfad geblieben sein. Im Zusammenhang mit geldpolitisch relevanten Äußerungen seitens der US-Notenbank und vor dem Hintergrund des hohen indischen Leistungsbilanzdefizits ist es in den letzten Wochen zu einer starken Abwertung der indischen Rupie gekommen. Daraufhin hat die Zentralbank verschiedene Maßnahmen zur Reduzierung der Liquidität ergriffen, die sich auch bremsend auf die Wirtschaftsaktivität auswirken könnten. Der geldpolitische Leitzins ist bislang jedoch nicht verändert worden. Die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe tendierte in den letzten Monaten von hohem Niveau aus etwas nach unten und belief sich im Juli auf 9,6%.

Konjunkturelle Expansion in Brasilien anhaltend moderat

In Brasilien dürfte die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal, für das noch keine offiziellen BIP-Angaben vorliegen, erneut recht verhalten expandiert haben. Zwar wurde die Industrieproduktion um saisonbereinigt 1% gegenüber dem Durchschnitt der Wintermonate ausgeweitet, allerdings zeigen verschiedene Indikatoren für den Dienstleistungsbereich ein anhaltend gedämpftes Tempo an. Der Verbraucherpreisanstieg hat sich im Frühjahr nochmals leicht verstärkt; die Teuerungsrate stieg auf 6,6% und überschritt damit den oberen Rand des Toleranzintervalls der Zentralbank (6,5%). Vor diesem Hintergrund sah sich die Zentralbank veranlasst, an dem im April eingeleiteten geldpolitischen Straffungskurs festzuhalten.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Russland weiterhin ohne Schwung

In Russland setzte sich die kraftlose gesamtwirtschaftliche Entwicklung im zweiten Quartal fort. Nach einer ersten Schätzung des Statistikamts hat das reale BIP binnen Jahresfrist um 1¼% expandiert, verglichen mit +1½% im ersten Quartal. Den monatlichen Indikatoren zufolge scheint sich das Wachstum des privaten Konsums im Frühjahr etwas abgeschwächt zu haben, und die Bruttoanlageinvestitionen, die zum Jahresbeginn stagniert hatten, könnten sogar etwas gesunken sein. Angesichts der schon seit Längerem andauernden Wirtschaftsfloute, die nun auch auf den Arbeitsmarkt

übergreifen hat, wurden in den letzten Wochen von der Regierung verschiedene Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur angekündigt. Dazu zählen mehr Mittel für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und ein Programm für subventionierte Kredite zur Finanzierung von Pkw-Neuanschaffungen. Die russische Zentralbank hat vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Inflation – im zweiten Jahresviertel betrug die Teuerungsrate 7,2% – die geldpolitischen Leitzinssätze in den vergangenen Monaten unverändert belassen. Allerdings begann sie Ende Juli mit der Durchführung von 12-monatigen Refinanzierungsgeschäften, wodurch die Liquiditätsversorgung der Geschäftsbanken verbessert werden soll.

USA

In den USA stellt sich das Konjunkturbild der letzten Jahre nach einer umfassenden Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) etwas freundlicher dar als zuvor. Zum einen war die jüngste Rezession dem aktuellen Stand zufolge nicht mehr ganz so tief, zum anderen verlief die anschließende Erholung zeitweise steiler, insbesondere im Winterhalbjahr 2011/2012. Im Ergebnis hat das reale BIP im ersten Jahresviertel 2013 sein Niveau vom Schlussquartal 2007, dem letzten zyklischen Hochpunkt, nicht länger um 3% überschritten, sondern nunmehr um 4%. Darüber hinaus zeichnet sich am aktuellen Rand eine konjunkturelle Besserung ab. Saisonbereinigt zog die gesamtwirtschaftliche Erzeugung im Frühjahr laut einer ersten Setzung um ½% gegenüber dem Vorquartal an, in dem sie um ¼% gewachsen war. Ausschlaggebend hierfür war ein Umschwung bei den gewerblichen Bruttoanlageinvestitionen, die ihren Rückgang aus den Wintermonaten wieder wettmachen konnten. Der private Verbrauch expandierte weiterhin robust. Insgesamt haben die Konsumenten die umfangreichen Erhöhungen von Steuern und Abgaben zum Jahresbeginn gut verkräftet und sich dabei flexibel im Hinblick auf ihr Sparverhalten gezeigt. Im Frühjahr nutzten die pri-

Nach Datenrevision etwas günstigere gesamtwirtschaftliche Entwicklung

vaten Haushalte ihre deutlichen Einkommenszuwächse, um ihre Sparquote wieder spürbar zu steigern.²⁾ Ungeachtet der Kürzungen der Bundesausgaben, die im März in Kraft getreten waren, blieben neuerliche retardierende Einflüsse seitens der öffentlichen Nachfrage weitgehend aus. Möglicherweise hatten die vorangegangenen beträchtlichen Einschränkungen den zugrunde liegenden Abwärtstrend bereits überzeichnet.

Nachhaltige Fortschritte am Arbeitsmarkt

Der deutliche Beschäftigungsaufbau hat sich im Frühjahr fortgesetzt. So wurden in den Monaten April bis Juni mit durchschnittlich 188 000 Stellen (außerhalb der Landwirtschaft) nur etwas weniger Arbeitsplätze geschaffen als in den Wintermonaten (+ 207 000). Gleichwohl geriet der Rückgang der Arbeitslosenquote, die auf Basis einer separaten Umfrage ermittelt wird, im Frühjahrsverlauf ins Stocken. Vor dem Hintergrund der Fortschritte am Arbeitsmarkt, die seit dem Spätsommer vergangenen Jahres erzielt worden waren, gab die Notenbank Mitte Juni einen möglichen Zeitplan für das graduelle Auslaufen ihres Kaufprogramms für Wertpapiere bekannt. Zudem korrigierten die Teilnehmer an der Sitzung des Offenmarktausschusses ihre Projektionen für die Erwerbslosenquote nach unten. Im Juli fiel diese auf 7,4%, den tiefsten Stand seit Ende 2008. Ähnlich wie für die Industrieländer insgesamt zog in den USA die Teuerungsrate gemäß dem Verbraucherpreisindex im Verlauf der Frühjahrsmonate an. Im Juni übertraf sie mit 1,8% nicht nur wieder die Kernrate (+ 1,6%), sondern auch ihren Wert vom März 2013.

Japan

Konjunktur weiterhin schwungvoll

Der Schwung, mit dem die japanische Wirtschaft in das laufende Jahr gestartet war, hielt im zweiten Quartal an. Das um saisonale Effekte und preisliche Einflüsse bereinigte BIP expandierte mit einem Plus von gut ½% zwar spürbar schwächer als in den Wintermonaten. Allerdings erhöhte sich die Dynamik der inländischen Endnachfrage sogar noch leicht. Statt-



dessen ist der gesamtwirtschaftliche Tempoverlust einem verstärkten Lagerabbau und einem nicht mehr so kräftigen Wachstumsbeitrag vom Außenhandel geschuldet. Der private Konsum nahm erneut beträchtlich zu, wenngleich monatliche Indikatoren bereits erste Ermüdungserscheinungen zeigten. Im Unterschied zu den Verbrauchern enthielten sich die Unternehmen weiterhin einer Steigerung ihrer Ausgaben. Dagegen setzte das expansive wirtschaftspolitische Programm der Regierung neue Impulse bei den öffentlichen Investitionen. In diesem Zusammenhang legen Simulationen mit dem globalen makroökonomischen Modell NiGEM nahe, dass das geld- und fiskalpolitische Maßnahmenbündel insgesamt zwar geeignet sein könnte, die japanische Wirtschaft kurzfristig zu stimulieren. Sofern dieses aber nicht von tiefgreifenden Strukturreformen flankiert wird, drohen seine positiven Effekte letztlich in einem konjunkturellen Strohfeuer zu vergehen (siehe Erläuterungen auf S. 16 ff.). Inmitten des aktuellen Aufschwungs fiel die saisonbereinigte Erwerbslosenquote im Juni auf den tiefsten Stand seit Oktober 2008 (3,9%), wobei sich dahinter weniger ein Anstieg der Beschäftigung als viel-

² Das Niveau der Sparquote ist im Rahmen der VGR-Revision ähnlich wie in vorherigen Runden merklich angehoben worden, und zwar von 2 ½% auf 4% im ersten Jahresviertel 2013. Im anschließenden Dreimonatsabschnitt stieg sie dann auf 4 ½%.

Zu den makroökonomischen Effekten der neuen Wirtschaftspolitik in Japan

Seit dem Regierungswechsel im Dezember 2012 ist die japanische Wirtschaftspolitik neu ausgerichtet worden. In der öffentlichen Diskussion ist dafür der Begriff „Abenomics“ geprägt worden. Hinter dieser Wortschöpfung verbirgt sich eine Strategie, deren drei Elemente – eine Lockerung der Geld- und Fiskalpolitik sowie Maßnahmen zur Erhöhung des Potenzialwachstums – im Sprachgebrauch der Regierung auch als „Pfeile“ bezeichnet werden.

Aufseiten der Geldpolitik ist die im Januar 2013 verkündete Erhöhung des Inflationsziels um 1 Prozentpunkt auf nun 2% eine zentrale Maßnahme.¹⁾ Gleichzeitig wurde ein zeitlich unbefristetes Anleihekaufprogramm aufgelegt, welches ab April 2013 durch eine noch expansivere Politik der „quantitativen und qualitativen Lockerung“ abgelöst wurde.²⁾ Der zweite „Pfeil“ zielt auf eine temporäre fiskalische Stützung der Konjunktur ab. Entsprechende Maßnahmen wurden im Februar 2013 durch die Verabschiedung eines Nachtragshaushalts auf den Weg gebracht, der neue Ausgaben in Höhe von 13,1 Billionen Yen vorsieht.³⁾ Der hiervon ausgehende fiskalische Impuls dürfte bei Abzug regulärer und nicht nachfragewirksamer Bestandteile sowie unter Berücksichtigung simultaner Einsparungen gut 1¼% des japanischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen.⁴⁾ Schließlich erhofft sich die Regierung von der Umsetzung der im Juni 2013 präsentierten Wachstumsstrategie eine erhebliche Anhebung der trendmäßigen Expansionsrate der japanischen Ökonomie. Strukturreformen, aber auch Elemente der Industriepolitik sollen über das Erreichen quantifizierter Zwischenziele zum Erfolg führen.⁵⁾

Das hohe Maß an Aufmerksamkeit, welches den Abenomics auch international zuteil geworden ist, beruht gewiss zu einem guten Teil auf den ambitionierten binnenwirtschaftlichen Zielen der neuen japa-

nischen Wirtschaftspolitik. Vor dem Hintergrund der kräftigen Yen-Abwertung, die mit der Ankündigung erster Maßnahmen einsetzte, werden aber auch verbreitet negative Spillover-Effekte befürchtet. Allerdings dürfte ein Versuch, etwaige Ausstrahlwirkungen ausschließlich auf Basis von Wechselkursreaktionen unter Ausblendung der Anstoßeffekte in Japan und anderer Übertragungskanäle zu quantifizieren, zu kurz greifen. Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden Ergebnisse von Simulationsstudien präsentiert, die diesen Kritikpunkten begegnen. Sie basieren auf dem Weltwirtschaftsmodell NiGEM des National Institute of Economic and Social Research (NIESR), das sich sowohl durch eine detaillierte Modellierung der japanischen Volkswirtschaft als auch durch eine Abbildung internationaler wirtschaftlicher Interdependenzen auszeichnet. Die simulierten Politikimpulse orientieren sich dabei an den ergriffenen geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen. Entsprechend wird das Inflationsziel der Zentralbank dauerhaft um 1 Prozentpunkt angehoben. Zudem wird unterstellt, dass die eingeschlagene Politik der quantitativen und qualitativen Lockerung eine temporäre

1 Vgl.: Bank of Japan, Introduction of the „Price Stability Target“ and the „Open-Ended Asset Purchasing Method“, Pressemitteilung vom 22. Januar 2013.

2 Im Rahmen dieser Politik strebt die Bank von Japan eine deutliche Ausweitung ihrer monatlichen Wertpapierkäufe, eine Verlängerung der durchschnittlichen Restlaufzeit ihrer Anleihebestände sowie eine höhere Gewichtung stärker risikobehafteter Wertpapiere (ETFs und REITS) an. Zudem wurde der Geldmarktzins für Tagesgeld durch die Geldbasis als operatives Ziel der Geldpolitik abgelöst. Vgl.: Bank of Japan, Introduction of the „Quantitative and Qualitative Monetary Easing“, Pressemitteilung vom 4. April 2013.

3 Vgl.: Regierung Abe, Emergency Economic Measures for the Revitalization of the Japanese Economy, Kabinettsbeschluss vom 11. Januar 2013.

4 Diese Einschätzung deckt sich mit derjenigen des IWF, der in seinen Analysen die Größe des Stimulus auf 1,4% des BIP beziffert. Vgl.: Internationaler Währungsfonds, Spillover Report 2013, S. 10 f.

5 Vgl.: Regierung Abe, Japan Revitalization Strategy – JAPAN is BACK, Überblicksdarstellung vom 14. Juni 2013, http://www.kantei.go.jp/jp/singi/keizaisaisei/pdf/en_saikou_jpn.pdf.

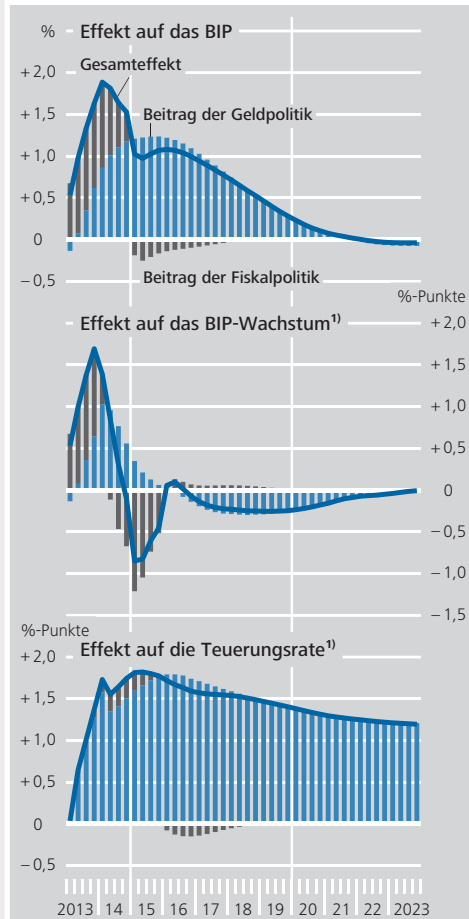
Absenkung der Risikoaufschläge bewirkt.⁶⁾ Aufseiten der Fiskalpolitik werden die einzelnen Bestandteile des Konjunkturpakets auf einen zweijährigen Implementierungszeitraum umgelegt und anschließend den in NiGEM modellierten Komponenten der Staatseinnahmen und -ausgaben zugeordnet. Auf eine Simulation der Wachstumsstrategie (dritter „Pfeil“) wird dagegen verzichtet, weil nicht zuletzt die Effekte der angekündigten Maßnahmen auf wichtige makroökonomische Größen unklar sind.

Im Ergebnis legen die Simulationen nahe, dass die Neuausrichtung der japanischen Politik die Wirtschaft des Landes vorübergehend erheblich stimulieren dürfte. Die Expansionsrate des realen BIP wird im Durchschnitt des Jahres 2013 um knapp 1¼% gegenüber der Basislinie angehoben. Auch im Folgejahr verbleibt ein – wenngleich deutlich kleinerer – positiver Wachstumseffekt. Mittelfristig entpuppt sich diese Entwicklung aber als konjunkturelles Strohflehen, dessen Erlöschen die Wirtschaft ab 2015 tendenziell belastet. Ein wesentlich nachhaltigerer Effekt stellt sich dagegen in Bezug auf die allgemeine Teuerungsrate ein. Nahezu unmittelbar setzt sich eine Lohn-Preis-Spirale in Gang, sodass die Inflationsrate nach einem anfänglichen Überschießen des neuen Zielwerts dauerhaft um 1 Prozentpunkt über der Basislinie liegt.⁷⁾

Differenziert man zwischen den einzelnen Komponenten des Stimulus, so wird deutlich, dass zunächst die Lockerung der Fiskalpolitik für die positive Reaktion des aggregierten Wirtschaftswachstums maßgeblich ist. Dabei wird kurzfristig aufgrund der enthaltenen Subventionskomponenten neben der Staatsnachfrage auch die gewerbliche Investitionstätigkeit angeregt. Bereits im Jahr 2014 kehrt sich der Effekt aber um und bremst danach das Wachstum spürbar. Im Vergleich dazu entfaltet sich die Wirkung der geldpolitischen Lockerung eher graduell. Isoliert betrachtet hebt sie das reale BIP-Wachstum ab 2013 für drei Jahre an, bevor auch hier eine Gegenbewegung ein-

Binnenwirtschaftliche Auswirkungen expansiver Geld- und Fiskalpolitik in Japan

Abweichung von der Basislinie



¹ Veränderung gegenüber Vorjahr.
 Deutsche Bundesbank

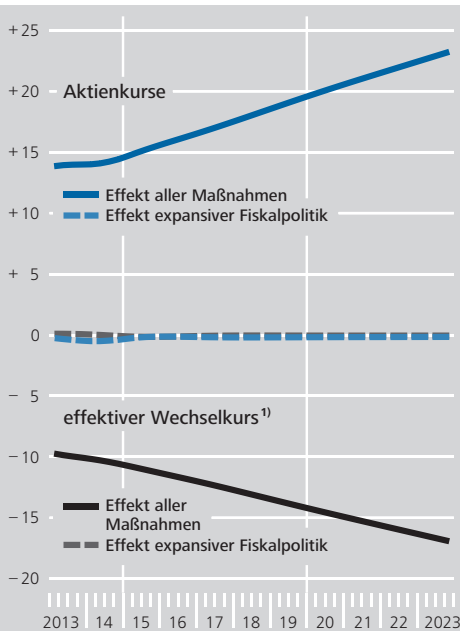
setzt. Als Stütze der Konjunktur fungiert dabei anfänglich insbesondere der Außenhandel, dessen Wachstumsbeitrag in Reaktion auf die unmittelbar einsetzende Yen-Abwertung merklich zunimmt. Zudem geht ein sprunghafter Anstieg der Aktienkurse mit positiven Vermögenseffekten einher, die

6 Konkret wird angenommen, dass die lockere Geldpolitik für sich genommen ab dem ersten Vierteljahr 2013 die Renditedifferenz zwischen langfristigen und kurzfristigen risikofreien Zinsen für zwei Jahre um 9,5 Basispunkte sowie diejenige zwischen Unternehmens- und Staatsanleihen gleicher Laufzeit um 2,5 Basispunkte reduziert.

7 Die in den Simulationen aufgezeigten Veränderungen der Teuerungsrate reflektieren dabei nicht die preistreibenden Effekte der geplanten Erhöhungen der Konsumsteuer, die bereits in der Basislinie berücksichtigt worden sind.

Auswirkungen des Stimulus auf ausgewählte japanische Finanzmarktgrößen

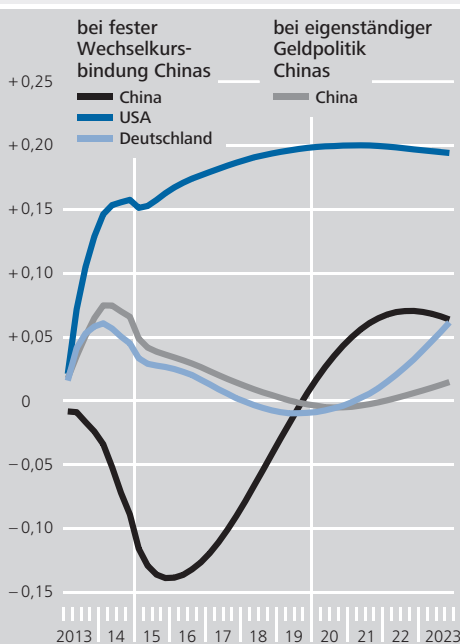
Abweichung von der Basislinie in %



¹ Nominal, in Mengennotation.
 Deutsche Bundesbank

Reaktion des realen BIP in ausgewählten Wirtschaftsräumen auf den Stimulus in Japan

Abweichung von der Basislinie in %



Deutsche Bundesbank

sich in höheren Expansionsraten des privaten Verbrauchs äußern. Dabei bleibt festzuhalten, dass die Kursbewegungen an den Finanz- und Devisenmärkten im Modell, die qualitativ weitgehend dem in der Realität beobachteten Muster folgen, die Reaktion rationaler und vorausschauender Akteure widerspiegeln und ohne zusätzliche Schocks oder Annahmen über irrationale Verhaltensweisen zustande kommen.⁸⁾

Im Vergleich zu den beachtlichen binnenwirtschaftlichen Effekten fallen die in NiGEM auftretenden internationalen Ausstrahlwirkungen der Abenomics gering aus. Trotz der starken Yen-Abwertung kommt es weder in Deutschland noch in einem anderen bedeutenden Wirtschaftsraum zu einem deutlichen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion; oftmals stellen sich sogar positive Spillover-Effekte ein. Dies erklärt sich zum einen daraus, dass der exportdämpfende Wechselkurseffekt zumindest kurzfristig durch eine zunächst anziehende japanische Importnachfrage wettgemacht wird. Zum anderen schlagen sich außerhalb Japans die Aufwertungen der eigenen Währungen in niedrigeren Importpreisen nieder, was dort zu Kaufkraftgewinnen und einem Anziehen der Inlandsnachfrage führt. Durch die endogene Reaktion der Zentralbanken, die im Modellrahmen mit Zinssenkungen auf den abnehmenden Inflationsdruck reagieren, wird der Effekt noch verstärkt. Dieser binnenwirtschaftliche Reflex dominiert in der relativ geschlossenen Volkswirtschaft der USA. In China sinkt dagegen das BIP, da die Notenbank aufgrund des im Modell verfolgten Wechselkursziels gegenüber dem US-Dollar nicht hinreichend stark auf die Schwäche der aggregierten Nachfrage reagieren kann. Bei alternativer Unterstellung einer ausschließlich an inländischen

⁸ Eine Reaktion stellt sich in den Simulationen auch hinsichtlich der Renditen langfristiger Staatsanleihen ein, die unmittelbar anziehen. Der Renditeanstieg reflektiert dabei die Erwartung eines dauerhaft höheren Niveaus der nominalen Kurzfristzinsen, welches sich aus der geldpolitischen Reaktion auf eine gestiegene gleichgewichtige Inflationsrate ergibt.

Erfordernissen ausgerichteten Geldpolitik resultieren aber auch in China per saldo positive Spillover-Effekte. Der deutsche Außenhandel wird den Simulationsergebnissen zufolge durch die neue japanische Wirtschaftspolitik nur moderat gedämpft, da die beiden Länder im Allgemeinen nicht in einem starken Konkurrenzverhältnis zueinander stehen.⁹⁾ Dies schließt aber nicht aus, dass die Wettbewerbsintensität für die deutschen Anbieter bei einzelnen Gütern, etwa bei Autos, insbesondere auf Drittmarkten spürbar zunimmt und längerfristig auch Marktanteilsverluste hingenommen werden müssen.

Alles in allem bleibt festzuhalten, dass die von der japanischen Regierung ergriffenen Maßnahmen gemäß den Simulationsstudien durchaus dazu geeignet sind, die Teuerungsrate langfristig im Einklang mit dem neuen Inflationsziel zu erhöhen und die Wirtschaft kurzfristig zu stimulieren. Freilich spiegeln diese Ergebnisse, wie in quantitativen Analysen üblich, die Modellstruktur wider. So stellt in NiGEM die Annahme uneingeschränkt glaubwürdiger geldpolitischer Entscheidungsträger eine zielkonforme Verankerung der Inflationserwartungen sicher. Ein Aussetzen der Lohn-Preis-Spirale ist somit ebenso ausgeschlossen wie ein Übergang zu galoppierenden Inflationsprozessen. Ob diese Bedingungen in der japanischen Realität erfüllt sind, ist keineswegs sicher. Fraglich ist einerseits, ob die notwendige Verstärkung des Lohnwachstums in Japan angesichts der eher geringen Gewerkschaftsmacht und des inzwischen recht hohen Anteils der Arbeitnehmer in prekären Beschäftigungsverhältnissen innerhalb weniger Jahre generiert werden kann. Andererseits könnte eine Einflussnahme der Regierung auf die geldpolitische Ausrichtung Japans auch zu einer Veränderung der Erwartungsbildung der wirtschaftlichen Akteure führen. Die historischen Erfahrungen haben gezeigt, dass die Unabhängigkeit der Notenbanken für anhaltende Preisstabilität und Wachstum von zentraler Bedeutung ist. Wird die Unabhängigkeit in-

frage gestellt, kann das dazu führen, dass sich die bestehenden Erwartungsbildungsprozesse (z. B. im Hinblick auf die kommende Inflation) grundlegend ändern. Diese Möglichkeit wird im Modellrahmen von NiGEM nicht abgebildet. Auch deshalb müssen die Simulationsergebnisse mit Vorsicht interpretiert werden.

Die Entscheidung für einen fiskalischen Stimulus kann ebenfalls kritisch hinterfragt werden, zumal die Fiskalpakete zu einem Zeitpunkt beschlossen wurden, in der sich bereits Anzeichen für eine selbsttragende konjunkturelle Besserung mehrten. Zudem fällt das voraussichtliche Auslaufen der BIP-steigernden Maßnahmen mit der für April 2014 vorgesehenen ersten Stufe der Erhöhung der Mehrwertsteuer zusammen. Insgesamt könnte die Fiskalpolitik die Konjunkturausschläge somit eher noch verstärken, anstatt sie zu glätten. Des Weiteren sind etwaigen positiven Wachstumseffekten zunehmende fiskalische Risiken gegenüberzustellen, welche aus einer erneuten Ausweitung der bereits sehr hohen öffentlichen Verschuldung resultieren und die auch den Handlungsspielraum für künftige expansive Programme einengen. Von umso größerer Bedeutung wäre daher ein Erfolg der (in den Simulationen nicht abgebildeten) Wachstumsstrategie. Letztere hat aber in ihrer sehr vagen Form bei ihrer Vorstellung im Juni 2013 die allgemeinen Erwartungen enttäuscht. Es bleibt abzuwarten, ob nun durchgreifendere Reformschritte angekündigt und vor allem auch zügig umgesetzt werden, nachdem die Regierungsparteien im Juli 2013 gestärkt aus der Oberhauswahl hervorgegangen sind.

⁹⁾ Dies zeigt sich auch daran, dass Japan in die Berechnung des Indikators für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 37 Handelspartnern auf der Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes, in dem auch der Wettbewerb auf Drittmarkten erfasst wird, nur mit einem Gewicht von 3,8% eingeht.

mehr ein Rückgang der Erwerbspersonenzahl verbirgt. Im gleichen Monat drehte insbesondere unter dem Einfluss abwertungsbedingt höherer Einfuhrpreise für Energieträger die Änderungsrate des Verbraucherpreisindex binnen Jahresfrist ins Positive (+ 0,2%). Dagegen war die Kernrate im Juni weiterhin negativ (– 0,2%), wenn auch nicht mehr in dem Maße wie im März.

Großbritannien

*Erholung
gefestigt*

Die Aufwärtsbewegung der britischen Wirtschaftsleistung hat sich im Frühjahr gefestigt. Nach Ausschaltung von Saisoneinflüssen war die Zunahme des realen BIP gegenüber dem Vorquartal mit ½% doppelt so stark wie in den Wintermonaten. Erstmals löste sich die Wirtschaft von dem gedrückten Aktivitätsniveau, um das ihre Erzeugung seit dem Sommer 2011 geschwankt hatte; ihr zyklischer Gipfel vom Winter 2008 wurde freilich nach wie vor weit unterschritten. Zuversichtlich stimmt, dass die konjunkturelle Belebung im Berichtszeitraum über die Sektoren hinweg breit abgestützt war. Neben dem Dienstleistungsbereich, dem Rückgrat der Wirtschaft, erzielte auch das Verarbeitende Gewerbe ein deutliches Produktionsplus. Zwar fiel das Wachstum der Bruttowertschöpfung im Bausektor noch höher aus. Dahinter steht aber auch eine Normalisierung der Erzeugung nach widrigen Witterungseinflüssen im Vorquartal. Insofern ist diese Produktionszunahme eher als Ende der vorangegangenen konjunkturellen Talfahrt im Baugewerbe einzuordnen denn als Beginn eines Aufschwungs. Für das gesamtwirtschaftliche Ergebnis spielte der Sondereffekt aber keine Rolle. Die günstige Entwicklung der Einzelhandelsumsätze deutet darauf hin, dass verwendungsseitig insbesondere der private Konsum den BIP-Anstieg getragen haben dürfte. Dabei hellten sich die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt auf. Wenngleich die Erwerbslosenquote im zweiten Jahresviertel auf dem Niveau des Vorquartals verharrte (7,8%), so ging doch die Zahl der Empfänger von Arbeitslosenunterstützung im Ver-

lauf der Frühjahrsmonate merklich zurück. Die am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessene Teuerung binnen Jahresfrist war im zweiten Quartal fast ebenso hoch wie im vorangegangenen Dreimonatsabschnitt (+ 2,7%). Auch ohne Energie und (unverarbeitete) Nahrungsmittel gerechnet stellte sich keinerlei Entlastung ein (+ 2,4%).

Neue EU-Mitgliedsländer

Die Konjunktur in den neuen EU-Mitgliedstaaten (EU-7)³⁾ hat sich im zweiten Quartal 2013 merklich gebessert. Dazu hat vor allem beigetragen, dass das reale BIP in Polen im Vorperiodenvergleich stärker expandiert hat und die Rezession in Tschechien ausgelaufen ist. In beiden Ländern dürften positive Impulse aus dem Euro-Raum eine wichtige Rolle gespielt haben. Die Lage am Arbeitsmarkt blieb indes vielerorts schwierig. Die Erwerbslosenquote in der Gesamtregion hielt sich in den letzten Monaten auf einem hohen Niveau (9,8%). Die aggregierte HVPI-Teuerungsrate, die bereits zum Jahresbeginn auf einen langjährigen Tiefstand gefallen war, ist im Frühjahr weiter gesunken. Die Bandbreite reichte zuletzt von – 0,1% in Lettland über + 0,6% in Polen bis + 4,4% in Rumänien. Vor dem Hintergrund des nachlassenden Inflationsdrucks und der nach wie vor niedrigen Kapazitätsauslastung haben mehrere Zentralbanken in der Region in den vergangenen Monaten die Leitzinssätze gesenkt.

*Merkliche
konjunkturelle
Aufhellung*

Gesamtwirtschaftliche Tendenzen in der EWU

Im Euro-Raum könnte die seit Ende 2011 andauernde Rezession im Frühjahr 2013 ein Ende gefunden haben. Die gesamtwirtschaftliche Produktion, die noch am Jahresanfang merklich geschrumpft war, nahm im Zeitraum April bis Juni im Vergleich zum ersten Quartal saison-

*Konjunkturelle
Abwärts-
bewegung
gestoppt*

³⁾ Der Länderkreis umfasst die 2004 und 2007 der EU beigetretenen Staaten, die noch nicht zur EWU gehören.

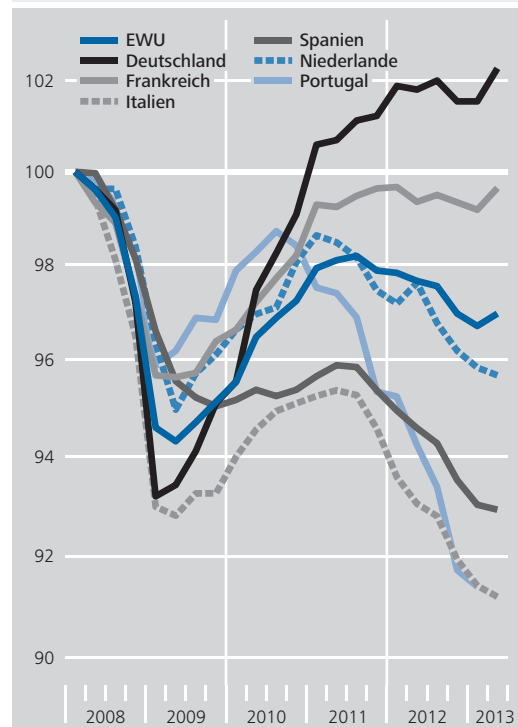
und kalenderbereinigt spürbar zu (+ ¼%). Dazu haben allerdings auch witterungsbedingte Aufholeffekte in den nördlichen Mitgliedstaaten beigetragen, in denen die Produktion in der Vorperiode aufgrund des langen und kalten Winters insbesondere im Baugewerbe stark in Mitleidenschaft gezogen worden war. Das reale BIP im Euro-Raum lag zuletzt noch um ¾% unter dem Niveau vor Jahresfrist und um 1¼% unter dem Stand vom Sommer 2011, bevor die jüngste zyklische Talfahrt begann. Nach Ländern betrachtet wurde der gemäßigte Produktionsanstieg vor allem von Deutschland getragen, das nach Portugal (+1%) und zusammen mit Finnland die zweithöchste Zuwachsrate (+ ¾%) gegenüber der Vorperiode aufwies. Eine deutliche Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität wurde auch aus Frankreich (+ ½%) gemeldet. Unter den Krisenländern konnten Italien und Spanien die Talfahrt erheblich verlangsamen. Insgesamt legte in acht der 12 Mitgliedsländer, die bereits vorläufige saisonbereinigte Angaben veröffentlicht haben, das reale BIP zu, wohingegen es in den übrigen Staaten noch rückläufig war. In Griechenland, dessen statistisches Amt bis auf Weiteres keine saisonbereinigten Daten ausweist, schrumpfte die Wirtschaft im Vorjahresvergleich um 4½%, nach – 5½% im Winter.

*Hinweise auf
 anhaltendes
 Wachstum im
 Sommerquartal*

Die gesamtwirtschaftliche Aufwärtsbewegung im Euro-Raum dürfte sich nach der Jahresmitte fortgesetzt haben. Darauf deuten die zuletzt veröffentlichten umfragebasierten Indikatoren hin. Der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt hat im Juli die Expansionsschwelle knapp überschritten. Die Teilkomponente, welche die Produktion im Berichtsmonat abbildet, hat sich sogar sprunghaft verbessert und liegt deutlich im Wachstumsbereich. Zudem hat sich das im Auftrag der Europäischen Kommission erhobene Industrier vertrauen weiter gefestigt; es blieb aber noch merklich unter seinem langfristigen Durchschnitt. Der neue EZB-Indikator für den Auftragseingang in der Industrie⁴⁾ signalisiert für April/Mai einen im Vergleich zum ersten Jahresviertel unveränderten Ordereingang. Da-

Reales BIP in ausgewählten Ländern des Euro-Raums

1. Vj. 2008 = 100, saisonbereinigt, log. Maßstab



Deutsche Bundesbank

bei zeigt der Teilindikator für den Auftragseingang aus Drittländern schon seit Februar nach oben, während die jeweiligen Inlandsaufträge zusammen genommen bis zuletzt rückläufig waren.

In sektoraler Hinsicht scheinen die stärksten Wachstumsimpulse im Frühjahr von der Industrie gekommen zu sein. Ihre Erzeugung legte im Zeitraum April bis Juni saisonbereinigt um 1¼% gegenüber dem ersten Quartal zu, verfehlte das Vorjahresergebnis jedoch um ½%. Die Hersteller von Investitionsgütern konnten im Berichtszeitraum mit saisonbereinigt + 3¼% die höchste Steigerungsrate unter den großen Branchen dieses Wirtschaftsbereichs verzeichnen. Deutliche Zuwächse meldeten auch die

*Industrie
 wichtiger
 Impulsgeber*

⁴ Im März 2012 hatte Eurostat die Auftragseingangsstatistik für den Euro-Raum eingestellt. Um diese Lücke zu schließen, hat die EZB einen neuen monatlichen Indikator konzipiert. Zum methodischen Ansatz siehe: Europäische Zentralbank, Einführung des EZB-Indikators für den Auftragseingang in der Industrie des Euro-Währungsgebiets, Monatsbericht, Juli 2013, S. 71 ff.

Energieproduzenten (+ 1%). Die Erzeugung von Konsumgütern wurde um ¼% erhöht, wobei einem merklichen Anstieg bei Verbrauchsgütern eine unveränderte Ausbringung von langlebigen Konsumgütern gegenüberstand. Die Herstellung von Vorleistungsgütern wurde um ½% ausgeweitet. Die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe war im Juli spürbar höher als im April, blieb aber noch unter ihrem langfristigen Durchschnitt. Die Produktion in der Bauwirtschaft lag im April/Mai um ¼% unter dem Stand vom ersten Quartal, in dem sie um 3¾% gesunken war. Die eingangs erwähnten positiven Aufholeffekte in einigen nördlichen Mitgliedsländern, darunter Deutschland, haben sich somit im EWU-Aggregat lediglich in einem gedrosselten Kontraktionstempo niedergeschlagen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Erzeugung im Bausektor im Durchschnitt der letzten fünf Jahre pro Quartal um 1¼% geschrumpft ist.

Anziehende Exporte und Stabilisierung des privaten Konsums

Auf der Nachfrageseite dürften im zweiten Jahresviertel vom Export positive Impulse ausgegangen sein. Saison- und kalenderbereinigt lagen die (nominalen) Verkäufe in Drittstaaten im April/Mai um 1¼% über dem Ergebnis der Monate Januar bis März und um 4¼% über dem Stand vor Jahresfrist. Gleichzeitig gingen die Einfuhren gegenüber den Wintermonaten um 1% zurück. Auch wenn dazu sinkende Rohstoffnotierungen beitrugen, könnte es im Frühjahr rein rechnerisch nochmals einen positiven Beitrag des Außenhandels zum realen BIP-Wachstum gegeben haben. Darüber hinaus dürfte es im zweiten Vierteljahr beim privaten Verbrauch zu einer Stabilisierung auf niedrigem Niveau gekommen sein. So lagen die realen Einzelhandelsumsätze saison- und kalenderbereinigt etwas über dem Stand der Vorperiode, sie unterschritten aber das Niveau vor Jahresfrist noch um ½%. Zudem stieg die Zahl der Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen im Berichtszeitraum um 3%. Zu der Bodenbildung beim Konsum der privaten Haushalte passt, dass sich das Verbrauchervertrauen in den vergangenen Monaten von einem niedrigen Niveau aus spürbar verbessert hat. Bei den

Bruttoanlageinvestitionen scheint sich immerhin die Talfahrt verlangsamt zu haben. Darauf deutet zum einen die schwächere Kontraktion der Bauproduktion hin. Zum anderen sind vermehrt Investitionsgüter produziert worden. Hierbei ist aber mit ins Bild zu nehmen, dass die entsprechenden Exporte zumindest im April, bis zu dem Daten verfügbar sind, merklich gegenüber dem ersten Jahresviertel zugelegt haben.

Zu der Aufwärtsentwicklung der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung im Euro-Raum passt, dass die standardisierte Erwerbslosenquote in den Frühjahrsmonaten nicht mehr gestiegen ist, sondern auf dem Stand vom März (12,1%) verharrte. Positiv ist dabei insbesondere zu werten, dass die Arbeitslosigkeit in den meisten Krisenländern zuletzt gesunken ist. Nur in Griechenland und Zypern stieg sie weiter kräftig an. Der Beschäftigungsrückgang im Euro-Raum insgesamt, der im Frühjahr 2011 begonnen hatte, setzte sich im ersten Quartal, bis zu dem die Angaben reichen, fort. Die Zahl der Erwerbstätigen fiel im Durchschnitt der Monate Januar bis März (saisonbereinigt) um ½% gegenüber Herbst 2012 und um 1% binnen Jahresfrist.

Als ein besonders drängendes Problem wird die hohe Jugendarbeitslosigkeit im Euro-Raum wahrgenommen. Die standardisierte Erwerbslosenquote in der Altersgruppe von 15 bis 24 Jahren hat sich seit ihrem zyklischen Tiefpunkt im März 2008 um 8,8 Prozentpunkte auf 23,9% im Juni 2013 erhöht. Ausschlaggebend dafür war die sehr ungünstige Entwicklung in den Krisenländern, in denen die entsprechenden Quoten zuletzt zwischen 26,5% in Irland sowie 56,1% in Spanien und 62,9% in Griechenland angesiedelt waren. (Siehe dazu und zu möglichen geeigneten Politikmaßnahmen gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in den Krisenländern die Erläuterungen auf S. 23 ff.). Bei der Interpretation der im Vergleich zu den allgemeinen Arbeitslosenquoten in diesen Ländern sehr hohen Werte ist allerdings zu beachten, dass die Zahl der Erwerbspersonen, zu der

Arbeitslosenquote seit März unverändert

Jugendarbeitslosigkeit aus unterschiedlichen Perspektiven

Zum Problem der hohen Jugendarbeitslosigkeit in den Krisenländern des Euro-Raums

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen Mitgliedstaaten der EU, insbesondere in den Krisenländern des Euro-Raums, steht derzeit ganz oben auf der wirtschaftspolitischen Agenda. Der Europäische Rat vereinbarte auf seinem Treffen Ende Juni 2013 mit der „Beschäftigungsinitiative für junge Menschen“ ein breit angelegtes Paket zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Hierzu gehört insbesondere die „Jugendgarantie“, die jungen Menschen innerhalb von vier Monaten nach Beendigung der Schule oder bei Arbeitslosigkeit einen Ausbildungsplatz, eine Lehre oder einen Arbeitsplatz verspricht. Zudem soll die Qualität von Ausbildung und Praktika verbessert sowie die Mobilität von Jugendlichen gefördert werden.

Von der „Jugendgarantie“ ist durchaus ein gewisser Entlastungseffekt in der Arbeitslosenstatistik zu erwarten; dieser dürfte sich aber in Grenzen halten. Solche Programme führen zudem erfahrungsgemäß eher selten zur Schaffung neuer wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze oder zur Aufnahme einer bedarfsorientierten Berufsausbildung.¹⁾ Zudem ist der vereinbarte Finanzrahmen relativ gering, und in den Krisenländern fehlt der budgetäre Spielraum für nennenswerte Programmaufstockungen.²⁾ Zielführender dürfte dagegen die angekündigte Förderung von Maßnahmen sein, die auf die Verbesserung der Berufsausbildung und der Mobilität zielen. Eine Reform der Berufsausbildung benötigt allerdings viel Zeit und sollte – wie im Folgenden näher erläutert wird – von Arbeitsmarktreformen begleitet werden. Auf kurze Sicht ist eine dauerhafte Senkung der Jugendarbeitslosigkeit in den Krisenländern wohl am ehesten über eine Förderung der Mobilität der Jugendlichen zu erreichen.

Das statistische Bild:

Jugendarbeitslosenquoten versus Jugendarbeitslosenanteile

Im Juni 2013 waren im Euro-Raum 3,5 Millionen Personen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren erwerbslos; das entspricht gut 18% der Arbeitslosen insgesamt.³⁾ Die Jugendarbeitslosigkeit ist seit März 2008, als sie ihren zyklischen Tiefpunkt erreicht hatte, um 1 Million Personen beziehungsweise knapp 40% gestiegen. Dabei verlief die Entwicklung in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Während die Zahl der Erwerbslosen in dieser Altersgruppe in Deutschland unter den Stand vor der globalen Rezession sank, nahm sie in den Peripherieländern, aber auch in den Niederlanden, der Slowakei und in Estland überdurchschnittlich stark zu. Allein auf die sechs Krisenländer Italien, Spanien, Portugal, Irland, Griechenland und Zypern, auf die sich die folgenden Überlegungen konzentrieren, entfielen zuletzt 56% der Jugendarbeitslosigkeit im Euro-Raum. Der

1 Vgl.: K. Brenke, Europäische Jugendgarantie: Enttäuschungen für junge Arbeitslose garantiert, DIW Wochenbericht, 30.2013, S. 16.

2 Aus dem Gemeinschaftshaushalt stehen für die kommenden Jahre nach derzeitigem Stand insgesamt 26 Mrd € für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bereit.

3 Die Begriffe „arbeitslos“ und „erwerbslos“ werden hier synonym verwendet. Bei den von Eurostat ausgewiesenen Arbeitslosenquoten handelt es sich um standardisierte Quoten, die eine internationale Vergleichbarkeit gewährleisten sollen. Die Informationen zum Erwerbsstatus werden in allen EU-Ländern im Rahmen von standardisierten Befragungen erhoben (Labour Force Surveys: LFS). Ob eine Person als arbeitslos klassifiziert wird, richtet sich dabei nach der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Neben der Arbeitslosenquote insgesamt werden monatlich in den Pressemitteilungen von Eurostat auch die Quoten für Männer und Frauen sowie für die Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen separat ausgewiesen. Dabei ist zu beachten, dass in Spanien Erwerbspersonen mindestens 16 Jahre alt sein müssen, während in den anderen EU-Ländern die Grenze bei 15 Jahren liegt.

Anstieg in dieser Ländergruppe seit März 2008 stellt 71% der gesamten Zunahme dar, wobei Deutschland nicht in die Berechnung einbezogen wurde, weil dort die Zahl der jugendlichen Erwerbslosen – wie erwähnt – gesunken ist.⁴⁾

Die Zahl der Arbeitslosen insgesamt ist im Euro-Raum allerdings mit 69% noch deutlich stärker nach oben gegangen als die der Arbeit suchenden Jugendlichen. Dies ist vor allem auf die kräftige Zunahme der Erwerbslosigkeit in den Altersgruppen der 25- bis 34-Jährigen und der 35- bis 44-Jährigen in den Peripherieländern zurückzuführen. Entsprechend sind die Anteile der Jugendlichen an der Arbeitslosigkeit insgesamt seit Beginn der Krise in diesen Ländern entweder leicht zurückgegangen oder in der Tendenz unverändert geblieben.

Die Jugendarbeitslosenquote nahm im Euro-Raum seit März 2008 um knapp 9 Prozentpunkte auf 24% zu. Die nationalen Erwerbslosenquoten der Jugendlichen in den Krisenstaaten reichten zuletzt von 26% in Irland über 38% in Zypern, 39% in Italien und 41% in Portugal bis zu 56% in Spanien und 63% in Griechenland. Sie waren damit meistens mehr als doppelt so hoch wie die Erwerbslosenquoten insgesamt. Die hohen Jugendarbeitslosenquoten in diesen Ländern werden oft dahingehend interpretiert, dass dort jeder dritte oder jeder zweite Jugendliche arbeitslos sei. Dies ist jedoch nicht zutreffend. Die Jugendarbeitslosenquote bringt vielmehr zum Ausdruck, wie viel Prozent der 15- bis 24-jährigen Erwerbspersonen erwerbslos sind. Zu den Erwerbspersonen zählen aber nur diejenigen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, das heißt die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen. Die vielen Jugendlichen, die sich noch in der schulischen Ausbildung oder im Studium befinden, zählen nicht dazu.⁵⁾ Bei der Interpretation der Jugendarbeitslosenquoten ist zudem zu beachten, dass der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im Konjunkturverlauf schwanken kann. Wenn sich zum Beispiel Jugend-

liche in der Rezession für einen verlängerten Verbleib im Bildungssystem entscheiden, weil sie für sich kaum Beschäftigungschancen sehen, kann eine versteckte Arbeitslosigkeit vorliegen, die von der Statistik nicht erfasst wird. Von Spanien und Irland abgesehen ist die Erwerbsbeteiligung in den Krisenländern im Zeitraum 2007 bis 2012 aber nicht außergewöhnlich stark gesunken. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Anteil der Jugendlichen, der weiterführende Schulen besucht oder ein Universitätsstudium absolviert, EU-weit nach oben tendiert. Zudem ist der starke Rückgang der Erwerbsbeteiligung unter den Jugendlichen in Spanien und Irland eher als eine Normalisierung zu interpretieren, da sich die relativ hohen Anteile in beiden Ländern vor der Krise jetzt den Quoten in den übrigen Krisenländern und auch dem Durchschnitt der übrigen EWU-Länder ohne Deutschland und Österreich (siehe Fußnote 5) von 38% deutlich angenähert haben.⁶⁾

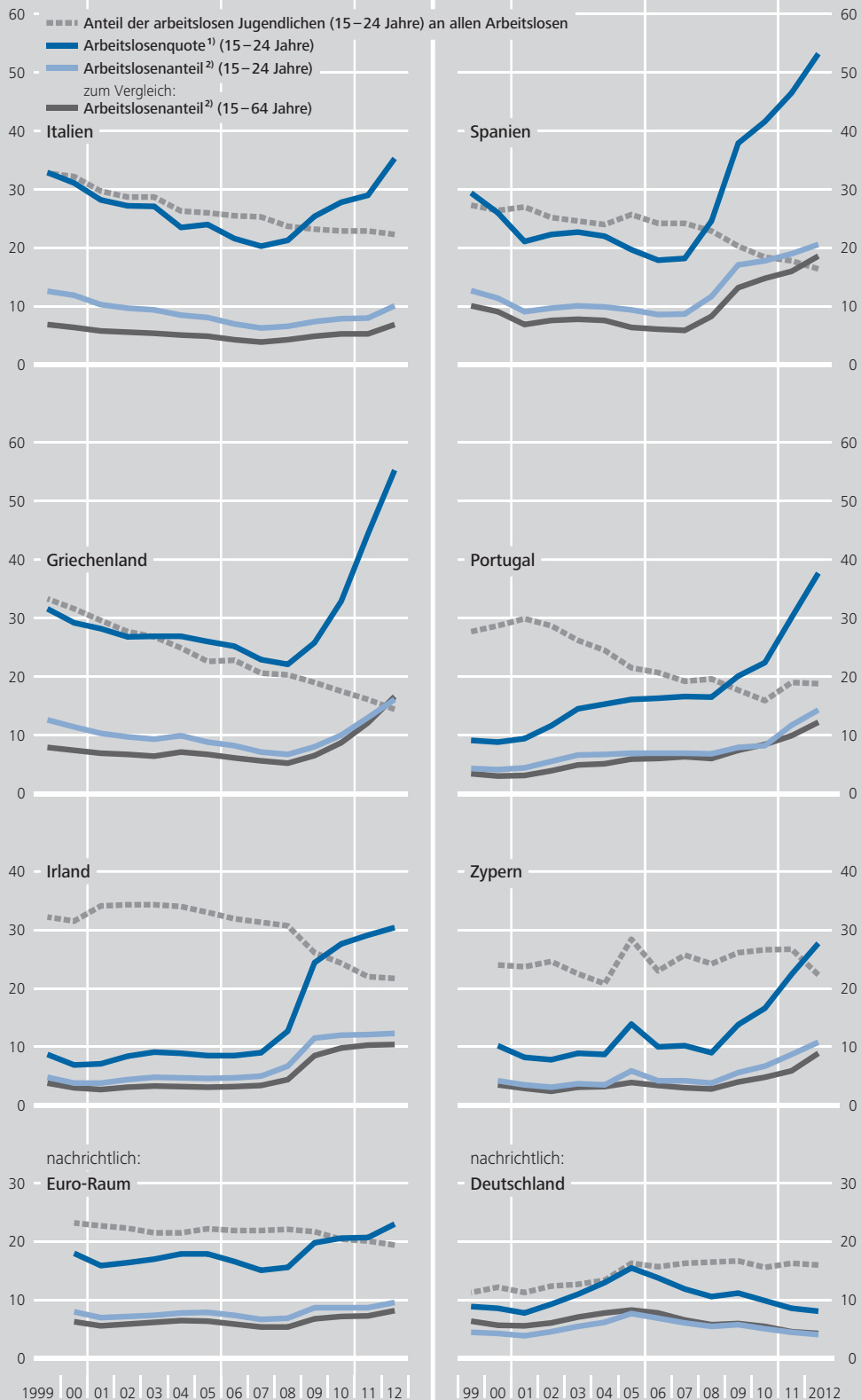
⁴ Die Zunahme der Arbeitslosigkeit insgesamt im Euro-Raum (ohne Deutschland) ist sogar zu 79% auf die Krisenländer zurückzuführen.

⁵ Die Erwerbsbeteiligung der Jugendlichen, d. h. der Anteil der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen an der Bevölkerung in dieser Altersgruppe, belief sich im Euro-Raum im Jahr 2012 nur auf 42%, verglichen mit 72% in der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter insgesamt. In den Krisenländern rangierte die Erwerbsbeteiligung der Jugendlichen zwischen 29% in Griechenland bzw. Italien und 41% in Irland. Sie hatte damit eine ähnliche Größenordnung wie in anderen EWU-Ländern, etwa in Frankreich (38%) und Belgien (32%). Die deutlich höheren Erwerbsquoten in Deutschland (51%) und Österreich (60%) hängen zum einen mit der insgesamt deutlich besseren Arbeitsmarktlage zusammen. Zum anderen spielt eine Rolle, dass die Auszubildenden im dualen Berufsausbildungssystem, das in den beiden Ländern weit verbreitet ist, als Erwerbstätige gezählt werden, Jugendliche in einer schulischen Berufsausbildung, die in anderen EWU-Ländern dominiert, hingegen nicht. In den Krisenländern sind jedoch 6% der Jugendlichen, die in Ausbildung sind, gleichzeitig erwerbstätig, sodass sie zu den Erwerbspersonen zählen.

⁶ In Irland hat die Erwerbsbeteiligung von 2007 bis 2012 um 15 Prozentpunkte auf 41% und in Spanien um 9 Prozentpunkte auf 39% abgenommen. Eine Erklärung könnte sein, dass es für Jugendliche in Spanien und Irland in den Zeiten des Booms vergleichsweise lukrativ war, ohne längere Berufsausbildung in der Bauwirtschaft oder in anderen Sektoren tätig zu werden. Nach dem Ende des Booms entscheiden sich offensichtlich wieder mehr Jugendliche für eine Berufsausbildung oder ein Studium.

Zur Jugendarbeitslosigkeit in den Krisenländern des Euro-Raums

in %



1 Quote gemäß ILO-Definition. 2 Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung in der entsprechenden Altersklasse.
 Deutsche Bundesbank

Um das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit in einem Land besser einordnen zu können, empfiehlt es sich, zusätzlich zur traditionellen Arbeitslosenquote die Zahl der erwerbslosen Jugendlichen im Verhältnis zur Bevölkerung in dieser Altersgruppe zu betrachten; Eurostat hat für diese Relation die Bezeichnung „Arbeitslosenanteil“ vorgeschlagen.⁷⁾ Der Arbeitslosenanteil unter den Jugendlichen ist in den Krisenländern seit dem Beginn der globalen Rezession etwa im Gleichschritt mit dem Arbeitslosenanteil an der gesamten Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter gestiegen. Danach waren im vergangenen Jahr knapp 10% aller Jugendlichen in der EWU erwerbslos. Im Hinblick auf die Krisenländer lag der Anteil in Italien, Irland und Zypern mit 10% bis 12% etwas darüber, während in Portugal und Griechenland immerhin 14% bis 16% aller Jugendlichen arbeitslos waren. In Spanien fiel der Anteil mit 21% noch deutlich höher aus.

Gründe für die hohe Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen und mögliche Reformansätze

Der Abstand der Arbeitslosenanteile in der Altersgruppe von 15 bis 24 Jahren zu denen der 25- bis 64-Jährigen ist zwar erheblich kleiner als der Abstand bei den jeweiligen Arbeitslosenquoten, er ist aber mit Ausnahme Griechenlands durchaus vorhanden. Die höhere Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen, die in fast allen Industrieländern zu beobachten ist, hat vorrangig strukturelle Ursachen. Im Hinblick auf die südlichen EWU-Länder zählt dazu vor allem die schon seit langem bestehende starke Segmentierung des Arbeitsmarktes mit hohem Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer. Dies hat zur Folge, dass einem großen Teil der Jugendlichen nur befristete Arbeitsverträge angeboten werden, die in wirtschaftlichen Schwächephase leicht aufgelöst werden können. (Gleiches gilt auch für die 25- bis 34-Jährigen, die nach einer längeren Ausbildung erstmals in den Arbeitsmarkt kommen.) Zudem sind in diesen Ländern

die gesetzlichen oder tariflichen Mindest- und Einstiegsgehälter für Berufsanfänger oftmals relativ hoch, was einer stärkeren Entgeltabstufung, wie sie für Auszubildende in Deutschland üblich ist, im Wege steht. Ein weiterer Grund für die Probleme der Jugendlichen, einen regulären Arbeitsplatz zu finden, liegt in einer häufig mangelnden Abstimmung der überwiegend schulischen Berufsausbildung auf den Arbeitskräftebedarf, was zu langen Suchdauern führen kann. Gleichzeitig ist der Anteil der geringqualifizierten Jugendlichen in einigen dieser Länder – trotz des im Vergleich zu früheren Jahrzehnten deutlich gestiegenen Bildungsgrades – im europäischen Vergleich immer noch recht hoch.⁸⁾ Konnten noch viele dieser Jugendlichen in den Boomjahren vor der Krise eine Stelle finden oder verzichteten wegen der guten Arbeitsmarktlage möglicherweise sogar bewusst darauf, einen höheren Bildungsabschluss zu erwerben, so stellt ihr geringes Qualifikationsniveau jetzt in der Rezession ein besonders großes Hemmnis für eine zügige Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt dar.

In den letzten Jahren sind in einigen Peripherieländern Reformen zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes durchgeführt worden, die durchaus das Potenzial haben, die Beschäftigungschancen von Jugendlichen zu erhöhen, wie der Abbau des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmer in Spanien und Portugal oder die deutliche Reduzierung des Mindestlohns für Jugendliche in Griechenland. Es bestehen jedoch Zweifel, ob die bisherigen Reformanstrengungen ausreichend sind, um eine signifikante Reduktion der Arbeitslosigkeit im Allgemeinen und der Jugendarbeitslosigkeit im Besonderen herbeizuführen.

⁷ Vgl.: Bundesagentur für Arbeit, Jugendarbeitslosigkeit in Europa: Vom Umgang mit unterschiedlichen Quoten, Presse Info 031 vom 29. Mai 2013, sowie Eurostat, Jugendliche in der EU – Messung der Jugendarbeitslosigkeit: Wichtige Konzepte im Überblick, Pressemitteilung vom 12. Juli 2013.

⁸ Vgl.: J. R. Garcia, Youth unemployment in Spain: causes and solutions, BBVA Research Working Paper No 11/31, September 2011.

ren. Zudem dürften sich die zu erwartenden positiven Effekte dieser Maßnahmen erst im Zuge eines konjunkturellen Aufschwungs deutlicher in der Beschäftigungsentwicklung niederschlagen. Aber auch wenn die zyklische Erholung – wie allgemein erwartet – Ende 2013/Anfang 2014 in der Mehrzahl der Krisenländer in Gang kommt, wird die Arbeitslosigkeit insgesamt und unter den Jugendlichen voraussichtlich nur langsam sinken.

In der aktuellen Diskussion über eine Reform der Berufsausbildung in den Krisenländern werden häufig, insbesondere von deutscher Seite, die Vorteile der dualen betrieblichen Ausbildung herausgestellt, die offensichtlich eine bessere Passgenauigkeit von Ausbildung und Bedarf der Wirtschaft gewährleistet als die außerhalb des deutschen Sprachraums zumeist dominierende schulische Berufsausbildung. Zudem erleichtern die eher niedrigen Ausbildungsvergütungen den Einstieg der Jugendlichen ins Berufsleben. Die Leistungsfähigkeit des dualen Systems zeigt sich nicht zuletzt daran, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland, Österreich und der Schweiz zu den niedrigsten im gesamten OECD-Raum zählt. Fraglich ist aber, ob dieses System, das in den genannten Ländern eine sehr lange Tradition hat und breit verankert ist, mit ähnlichen Leistungsstandards auf andere Staaten übertragen werden kann.⁹ Ein bedeutsames Hindernis besteht darin, dass das Netzwerk zwischen Unternehmen, Arbeitsämtern und Berufsschulen, das für eine effiziente Organisation des dualen Systems notwendig ist, erst aufgebaut werden müsste. Voraussetzung für eine erfolgreiche Implementierung wäre zudem eine erhebliche Absenkung der Mindestlöhne für Jugendliche in einigen Ländern. Vor diesem Hintergrund ist es möglicherweise aussichtsreicher und kosteneffizienter, die Praxisorientierung der bestehenden schulischen Ausbildung in den Krisenländern zu stärken.

Migration als Alternative

So wichtig weitere Reformen am Arbeitsmarkt und im Bildungssystem auch sind, sie könnten, selbst wenn sie rasch umgesetzt würden, die Beschäftigungsperspektiven für Jugendliche in den Krisenländern nur auf längere Sicht verbessern und kämen damit für viele, die heute arbeitslos sind, zu spät. Vor diesem Hintergrund ist es für Arbeit suchende Jugendliche auch eine Alternative, zumindest für eine gewisse Zeit in Staaten mit Arbeitskräftebedarf zu migrieren. Dies gilt insbesondere für die Jugendlichen mit einer guten Ausbildung, weniger für die Geringqualifizierten, für die auch im Ausland die Stellenangebote eher knapp sind.

In Irland hat die Auswanderung von einheimischen Jugendlichen in den letzten Jahren bereits kräftig zugenommen. Dort haben in den Jahren 2010 und 2011, also nach Ausbruch der Staatsschuldenkrise (aktuellere Angaben liegen noch nicht vor), um Einwanderungen saldiert 24 000 Personen beziehungsweise 4,2% der Bevölkerung im Alter von 15 bis 24 Jahren das Land verlassen. Dies dürfte mit dazu beigetragen haben, dass die Jugendarbeitslosenquote in Irland derzeit die niedrigste in der Gruppe der sechs Peripherieländer ist. In den südeuropäischen Staaten müsste der Strom, um eine nennenswerte Entlastung der Arbeitsmärkte zu erreichen, dagegen noch deutlich stärker werden. So sind in Spanien in beiden Jahren per saldo nur 2 500 Jugendliche beziehungsweise 0,1% der entsprechenden Bevölkerung ausgewandert; im Jahr 2012 dürfte es jedoch einen kräftigen Anstieg gegeben haben. Aus Italien sind per saldo in den Jahren 2010/2011 mit 1 500 jungen Menschen noch weniger Jugendliche weggezogen (für die anderen Pe-

⁹ Vgl.: H. Dietrich, Jugendarbeitslosigkeit: Aktive Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftsdienst, Heft 6 (2013), S. 358 f.

riperieländer sind solche Zahlen nicht verfügbar).¹⁰⁾

Die Aufnahme einer Beschäftigung im Ausland dürfte in der Regel nicht nur die persönliche Situation der Jugendlichen verbessern, die bisher in ihrem Heimatland ohne Erfolg auf Arbeitssuche waren, sondern auch die öffentlichen Haushalte in den Herkunftsländern zum Beispiel wegen entfallender sozialer Transfers entlasten. Befürchtungen, dass der Wegzug junger Menschen das Wachstumspotenzial eines Landes langfristig schmälern könnte, sind insofern wenig begründet, als einer späteren Rückkehr in das Heimatland, wenn sich dort die wirtschaftlichen Bedingungen wieder günstiger darstellen, grundsätzlich nichts im Wege steht. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass viele Rückwanderer wertvolles Know how aus dem Ausland mitbringen. Eine stärkere Migration innerhalb der EWU wäre auch deshalb wünschenswert, weil sie in einer Währungsunion, in der Wechselkursverän-

derungen naturgemäß nicht mehr möglich sind, eine wichtige realwirtschaftliche Anpassungsfunktion übernehmen kann. Insgesamt spricht somit Einiges dafür, die Mobilität von Jugendlichen auf nationaler und EU-Ebene verstärkt zu unterstützen.¹¹⁾ Ein wichtiger Ansatzpunkt könnte die Förderung der Fremdsprachenkompetenzen sein, da die – vor allem im Vergleich zu den USA – geringe Wanderungsbereitschaft in der EU zu einem guten Teil mit der Sprachenvielfalt in Europa zusammenhängen dürfte.

¹⁰ Bezieht man ausländische Jugendliche mit in die Berechnung ein, so ergibt sich für die Jahre 2010 und 2011 sowohl für Spanien als auch für Italien noch ein Wanderungsüberschuss von insgesamt 62 000 bzw. 147 000 Personen. Darin dürften jedoch – neben Flüchtlingen – viele Personen enthalten sein, die zu Studienzwecken eingereist sind.

¹¹ Vgl.: M. Barslund und D. Gros, Unemployment is the scourge, not youth unemployment per se – The misguided policy preoccupation with youth, Centre for European Policy Studies (CEPS), Discussion Paper No 294, Juni 2013, S. 7 ff. sowie W. Eichhorst et al., Youth Unemployment in Europe: What to Do about It?, IZA Policy Paper No 65, Juli 2013.

die Zahl der Arbeitslosen in Relation gesetzt wird, gemessen an der Bevölkerung in der Altersgruppe relativ klein ist, viele Jugendliche dem Arbeitsmarkt also nicht zur Verfügung stehen. Die hohen Jugendarbeitslosenquoten in den Krisenländern verstellen zudem den Blick darauf, dass der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen an der jeweiligen Gesamtzahl der Arbeitslosen im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten keineswegs außergewöhnlich hoch ist. Im zweiten Quartal 2013 lag er in Irland mit 18,9% geringfügig sowie in Italien und Zypern mit 20,7% beziehungsweise 21,5% moderat über dem EWU-Durchschnitt von 18,3%. Die Anteile der anderen Peripherieländer unterschritten ihn teilweise sogar beträchtlich, wobei Griechenland mit 13,5% (April/Mai) am unteren Ende der Skala rangierte. An der Spitze befand sich Finnland mit 31,7%.

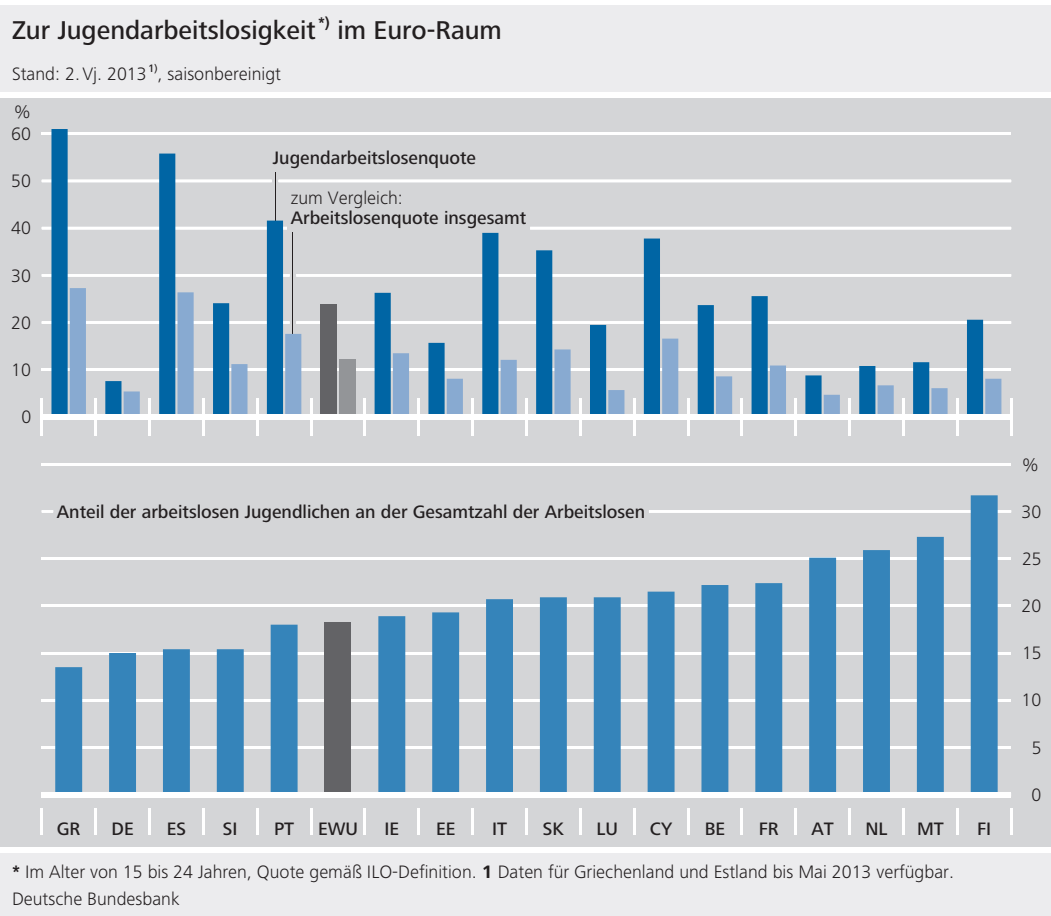
Im zweiten Quartal 2013 kam im Euro-Gebiet der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe mit einem Anstieg des HVPI von saisonbereinigt

lediglich 0,1% gegenüber der Vorperiode weitgehend zum Erliegen. Dahinter stand ein deutlicher Rückgang der Energiepreise vor allem in den Monaten April und Mai. Gleichzeitig verschob sich die Preisspitze bei den Dienstleistungen um Ostern kalenderbedingt vom April weitgehend in den März. Dies erklärt zum Teil die mit 0,4% deutlich stärkere Teuerung im ersten Vierteljahr. Die Preise von unverarbeiteten Nahrungsmitteln stiegen wohl auch aufgrund von Witterungseinflüssen während des gesamten Frühjahrs beschleunigt an. Bei verarbeiteten Nahrungsmitteln und bei anderen Industriewaren hielt hingegen der ruhige, moderat aufwärtsgerichtete Preistrend an. Der Vorjahresabstand des HVPI ermäßigte sich von 1,9% im ersten auf 1,4% im zweiten Vierteljahr.

Im Juli setzte sich die insgesamt verhaltene Preistendenz der beiden Vormonate fort. Der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln hielt noch an, die Preise für Energie erhöhten sich erstmals

Abschwächung des Preisanstiegs wegen Energie und frühem Ostertermin

Moderater Preisauftrieb setzt sich im Juli fort



seit mehreren Monaten infolge gestiegener Ölnotierungen recht kräftig. Hingegen gaben die Preise anderer Industriegüter saisonbereinigt

etwas nach. Die Vorjahresrate des HVPI belief sich wie im Vormonat auf 1,6%.

Geldpolitik und Bankgeschäft

Geldpolitik und Geldmarktentwicklung

Leitzinsen weiterhin auf historischem Tiefstand

Seit der Absenkung des Hauptrefinanzierungssatzes um 25 Basispunkte sowie des Spitzenrefinanzierungssatzes um 50 Basispunkte im Mai 2013 beließ der EZB-Rat die Leitzinssätze auf unverändertem Niveau. Damit beträgt der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte unverändert 0,50%. Die Zinssätze für Einlage- und Spitzenrefinanzierungsfazilität verbleiben weiterhin bei 0,00% beziehungsweise 1,00%.

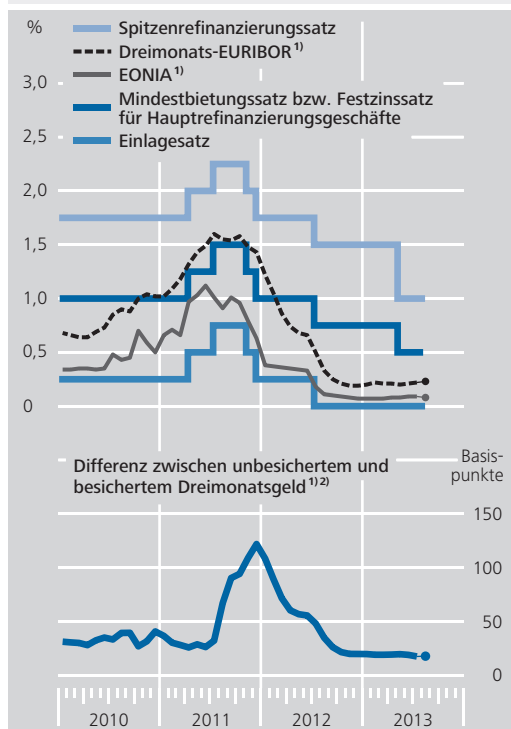
Diese Entscheidungen beruhen auf der unveränderten Einschätzung, dass der Preisdruck im Euro-Währungsgebiet auf mittlere Sicht gedämpft bleiben wird. Darauf deutet auch ein noch immer verhaltenes Geldmengen- und Kreditwachstum hin. Die weiterhin akkommodierende Ausrichtung der Geldpolitik soll eine

graduelle Erholung der wirtschaftlichen Aktivität im weiteren Verlauf des Jahres und im Jahr 2014 unterstützen.

Nach seiner Sitzung vom 4. Juli 2013 machte der EZB-Rat deutlich, dass er erwarte, die Leitzinsen für einen längeren Zeitraum auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau zu belassen. Dies ist vor dem Hintergrund der Tatsache zu sehen, dass trotz der Leitzinssenkung von Anfang Mai das Niveau der Geldmarkterminalsätze nicht dauerhaft gesunken war. Damit hat der EZB-Rat eine Orientierung über die zukünftige Ausrichtung der Geldpolitik gegeben („Forward Guidance“, siehe Erläuterungen auf S. 31 ff.). Diese Einschätzung ist abhängig von den mittelfristigen Aussichten für die Inflationsentwicklung, die ihrerseits auf den Erwartungen über die künftige realwirtschaftliche Entwicklung sowie auf der Dynamik der Geldmengen- und Kreditaggregate basieren. Der EZB-Rat betonte, dass die Orientierung über die zukünftige Ausrichtung der Geldpolitik vollumfänglich mit dem vorrangigen Ziel der Preisstabilität und der geldpolitischen Strategie des Eurosystems vereinbar sei. Nach der Sitzung vom 1. August wiederholte der EZB-Rat die im Juli gewählte Formulierung zu den Erwartungen über die zukünftige Entwicklung der EZB-Leitzinsen.

EZB-Rat gibt Orientierung über die zukünftige Ausrichtung der Geldpolitik

Geldmarktzinsen im Euro-Raum



1 Monatsdurchschnitte. 2 Dreimonats-EURIBOR abzüglich Dreimonats-EUREPO. • Durchschnitt 1. bis 14. August 2013.
 Deutsche Bundesbank

Am 18. Juli 2013 veröffentlichte der EZB-Rat mehrere Modifikationen seines Risikokontrollrahmens für die Hereinnahme von Sicherheiten. Im Einzelnen wurden die Bewertungsabschläge für marktfähige Sicherheiten angepasst und die Risikokontrollmaßnahmen für einbehaltene gedeckte Bankschuldverschreibungen verschärft. Darüber hinaus wurden die Ratinganforderungen für sechs Arten von Asset Backed Securities (ABS), für die eine Meldepflicht auf Einzelkreditebene besteht, von bislang zwei „AAA“-Ratings auf zwei „A“-Ratings gesenkt sowie die Bewertungsabschläge für ABS, die als geldpolitische Sicherheiten im

Modifikationen des Risikokontrollrahmens der EZB

„Forward Guidance“ – Orientierung über die zukünftige Ausrichtung der Geldpolitik

Eine stabilitätsorientierte Geldpolitik wirkt auf die Preisentwicklung im Wesentlichen durch die Beeinflussung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Ein zentraler Übertragungskanal läuft dabei von den geldpolitischen Leitzinsen über die kurzfristigen Geldmarktsätze auf die längerfristigen Zinssätze, die schließlich ausschlaggebend sind für Finanzierungs- und Kaufentscheidungen von Haushalten und Unternehmen. Diese Möglichkeit der indirekten Beeinflussung der längerfristigen Zinssätze kann jedoch geschwächt sein, zum Beispiel wenn die Leitzinsen nicht weiter gesenkt werden können, da sie ihre Untergrenze erreicht haben, oder weil andere Faktoren die Entwicklung der längerfristigen Zinsen beeinflussen. Denkbar sind hier beispielsweise Einflüsse aus dem Ausland oder unsicherheitsbedingte Veränderungen von in den Zinssätzen enthaltenen Risikoprämien.

Eine grundsätzliche Möglichkeit der Notenbank zur direkteren Beeinflussung der längerfristigen Zinsen ist „Forward Guidance“, ins Deutsche übersetzt als „zukunftsgerichtete Hinweise“ oder „Orientierung über die zukünftige Ausrichtung der Geldpolitik“. Gemeint sind damit vor allem Ankündigungen der Notenbank über die zukünftige Entwicklung ihrer Leitzinssätze. Beinhalten diese Auskünfte neue Informationen oder reduzieren sie die Unsicherheit über die weitere Leitzinsentwicklung, dann sollte dies entsprechende Auswirkungen auf die längerfristigen Zinssätze haben. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass Notenbanken weltweit in den letzten Jahren entsprechende Ansätze einer Kommunikation der zukünftigen geldpolitischen Ausrichtung verfolgt haben.

„Forward Guidance“ des Eurosystems

Jüngst hat auch das Eurosystem eine solche Form der Erwartungssteuerung angewendet: Nach seinen Sitzungen am 4. Juli und am 1. August 2013 hat der EZB-Rat die Erwartung geäußert, dass die Leitzinssätze im Euro-Raum für eine längere Zeit auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden.¹⁾

Entscheidend für die korrekte Interpretation dieser Aussage ist jedoch, dass sie konditioniert ist, und zwar auf die unveränderte Verpflichtung des Eurosystems auf sein Mandat, also die Gewährleistung von Preisstabilität (operationalisiert als mittelfristige Preissteigerung von unter, aber nahe 2%).²⁾ Somit nimmt das Eurosystem mit dieser „Forward Guidance“ keine unbedingte Zusage über die kommende Entwicklung der Leitzinsen vor, sondern beschreibt vielmehr seine geldpolitische Reaktion auf die – bei der derzeitigen Datenlage und auf Basis seiner etablierten Zwei-Säulen-Strategie – erwartete Inflationsentwicklung.

Folglich hat sich der EZB-Rat nicht gebunden: Sollte sich in Zukunft ein höherer Preisdruck abzeichnen als zurzeit unterstellt, schließen die zukunftsgerichteten Hinweise eine Leitzinserhöhung keineswegs aus. Ebenso würde eine schwächere Entwicklung eine Senkung der Leitzinsen nicht ausschließen. Um diese Bedingtheit der Ankündigung zu unterstreichen und Missverständnisse zu vermeiden, wurde daher auch auf

¹ Siehe: Europäische Zentralbank, Editorial, Monatsbericht, Juli 2013, S. 5–10.

² Vgl. hierzu: Europäische Zentralbank, Die Geldpolitik der EZB, 2011.

die Nennung eines genauen Zeithorizontes verzichtet.

Der Ausblick auf die zukünftige Ausrichtung der Geldpolitik bewegt sich also im Rahmen des bestehenden Mandats und entlang der bisherigen geldpolitischen Strategie. Die zusätzliche Information hinsichtlich der zukünftigen Ausrichtung der Geldpolitik ergänzt die bisherige Kommunikation mit der Öffentlichkeit, die insbesondere in Zeiten erhöhter Unsicherheit schwieriger und damit anspruchsvoller geworden ist. Ziel ist es, die geldpolitische Ausrichtung noch einfacher und noch verständlicher zu erklären, sodass sie von möglichst vielen Marktteilnehmern verstanden wird und sich der Ausblick des Eurosystems adäquat in den längerfristigen Zinsen widerspiegelt.

„Forward Guidance“ der Federal Reserve in den USA

Die Federal Reserve der USA gibt bereits seit einiger Zeit den Märkten eine Orientierung über ihre zukünftige Geldpolitik. Sie tut dies allerdings auf andere Weise als das Eurosystem, denn sie gab am 12. Dezember 2012 explizite Schwellenwerte für Inflation und Arbeitslosigkeit an: Die Leitzinsen in den USA sollen demnach mindestens so lange auf ihrem außergewöhnlich niedrigen Niveau bleiben, wie die Arbeitslosenquote 6½% übersteigt, die eigenen Inflationsprojektionen für den Zeitraum in ein bis zwei Jahren das Inflationsziel von 2% nicht um mehr als ½ Prozentpunkt übertreffen und die längerfristigen Inflationserwartungen fest verankert sind.³⁾

Es handelt sich auch hierbei nicht um einen Wechsel in der geldpolitischen Strategie, sondern lediglich um eine Präzisierung des bestehenden dualen Mandats der Federal Reserve, welches die Gewährleistung sowohl von Preisstabilität als auch eines hohen Beschäftigungsstandes umfasst. Und wie beim Eurosystem handelt es sich auch

nicht um eine unbedingte Bindung an einen Zinspfad: Sind nicht alle drei der genannten Bedingungen hinsichtlich Arbeitslosigkeit, Inflation und Inflationserwartungen erfüllt, kann die Federal Reserve vom angegebenen Pfad abweichen. Ihre geldpolitischen Entscheidungen stehen damit ebenfalls unter dem Vorbehalt der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung.

Es lässt sich also festhalten, dass bei beiden Notenbanken „Forward Guidance“ auf der jeweiligen geldpolitischen Strategie basiert, abhängig von der Datenlage ist und somit in erster Linie eine verbesserte Kommunikation mit den Marktteilnehmern darstellt. Der wesentliche Unterschied zwischen der „Forward Guidance“ der beiden Notenbanken dürfte vor allem in der Verwendung konkreter Schwellenwerte bestehen: Für das Eurosystem bildet die bestehende quantitative Definition von Preisstabilität den mit dem Mandat konformen Wert für das übergeordnete Ziel der Preisstabilität. Referenzwerte, beispielsweise für das Wachstum der Geld- oder Kreditmenge, stellen keine eigenständigen Ziele der Geldpolitik dar.

„Forward Guidance“ an der Zinsuntergrenze

„Forward Guidance“ im Hinblick auf die zukünftigen geldpolitischen Leitzinsen stellt grundsätzlich auch eine Möglichkeit dar, an der Zinsuntergrenze, das heißt, wenn faktisch keine weitere Senkung der Leitzinssätze mehr möglich ist, dämpfend auf die längerfristigen Zinsen zu wirken: Die glaubwürdige Ankündigung, die Leitzinssätze länger niedrig zu halten als es die oben genannten geldpolitischen Strategien implizieren, wäre die einfachste Form, sich für die Zukunft auf eine Phase höherer Inflation zu verpflichten. Die mittels einer solchen unbedingten Verpflichtung erhöhten Inflations-

³ Siehe: Board of Governors of the Federal Reserve System, Presseerklärung, 12. Dezember 2012.

erwartungen senken bei gegebenem Nominalzins den Ex-ante-Realzins und stimulieren die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

Die notwendigen höheren Inflationserwartungen resultieren aber nur, wenn Notenbanken eine temporäre Erhöhung der Inflationserwartungen über die bisherige Marke für Preisstabilität hinaus gezielt herbeiführen. Dies dürfte jedoch – insbesondere in geldpolitisch schwierigen Phasen – die Glaubwürdigkeit der Notenbanken massiv beschädigen: Es würde der Eindruck entstehen, dass sie bereit sind, ihre bisherige Strategie und ihr Mandat zugunsten von kurzfristigen Zielen zu verändern. Unter diesem Eindruck liefen sie dann Gefahr, die intendierte Möglichkeit der systematischen Erwartungssteuerung an der Zinsuntergrenze zu verlieren. Dies erklärt auch, warum keine Notenbank diese Form der unkonditionierten „Forward Guidance“ betreibt.

Fazit

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die in die Zukunft gerichteten Aussagen des Eurosystems vor dem Hintergrund seines Mandats und seiner unveränderten geldpolitischen Strategie interpretiert werden müssen. Daher dürften auch die mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen von diesen Aussagen unberührt bleiben. Die gewählte Form der „Forward Guidance“ kann gerade in Zeiten erhöhter Unsicherheit die Kommunikation mit den Marktteilnehmern verbessern, eine klarere geldpolitische Orientierung geben und Erwartungen über die kommende Entwicklung der Kurzfristzinsen, die aus Sicht des EZB-Rats unzutreffend sind, vermeiden.

regulären oder temporären Sicherheitenrahmen dienen, reduziert. Schließlich wurden die Zulassungskriterien und Bewertungsabschlüsse angepasst, die durch die nationalen Zentralbanken für Kreditforderungspools und bestimmte Arten von zusätzlichen Kreditforderungen (Additional Credit Claims: ACC) angewandt werden. Insgesamt sei die Auswirkung dieser Maßnahmen auf die Gesamtmenge der verfügbaren notenbankfähigen Sicherheiten neutral.

Auch im zweiten Quartal 2013 hat das Eurosystem keine Ankäufe im Rahmen geldpolitisch begründeter Wertpapierankaufprogramme durchgeführt. Insbesondere wurden weiterhin keine sogenannten „Outright Monetary Transactions“ getätigt. Die im Rahmen des 2012 beendeten Programms für die Wertpapiermärkte (Securities Markets Programme: SMP) gehaltenen Wertpapierbestände des Eurosystems beliefen sich Mitte August auf 192,6 Mrd €, auf die beiden ebenfalls beendeten Programme zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen

entfielen insgesamt noch Bestände von 59,9 Mrd €.

Die Inanspruchnahme der geldpolitischen Refinanzierungsgeschäfte durch die Banken im Euro-Währungsgebiet war im zweiten Quartal 2013 weiter rückläufig. Ursächlich hierfür waren abermals im Wesentlichen die vorzeitigen Rückzahlungen bei den beiden ausstehenden dreijährigen Refinanzierungsgeschäften. Insgesamt gaben die geldpolitischen Geschäftspartner aus diesen beiden Geschäften rund 320 Mrd € und seit April rund 82 Mrd € freiwillig an das Eurosystem zurück. Dabei nahm die Summe der Rückzahlungen von Monat zu Monat ab. Hierzu dürfte auch der verringerte Anreiz zur freiwilligen Rückgabe überschüssiger Liquidität an das Eurosystem beigetragen haben, der aus der Verengung des Zinskorridors im Mai 2013 resultierte. Das ausstehende Volumen der beiden dreijährigen Refinanzierungsgeschäfte beläuft sich zurzeit noch auf 672 Mrd € von ursprünglich 1 019 Mrd €. Die Überschussliquidität nahm

Geldpolitisches Refinanzierungsvolumen und Überschussliquidität rückläufig

Weiterhin keine Anleihekäufe im Rahmen der Outright Monetary Transactions (OMT)

Geldmarktsteuerung und Liquiditätsbedarf

Die Liquiditätsversorgung der Kreditinstitute im Euro-Raum lag in den drei betrachteten Reserveperioden vom 10. April bis 9. Juli 2013 weiterhin deutlich über ihrem rechnerischen Bedarf. Gleichwohl hatte sich die Überschussliquidität (Einlagefazilität plus Zentralbankguthaben minus Mindestreservesoll) von durchschnittlich 332 Mrd € in der April/Mai-Periode auf 274 Mrd € in der Juni/Juli-Periode verringert. Dazu trugen hauptsächlich die vorzeitigen Rückzahlungen der Dreijahrestender in Höhe von 64,8 Mrd € bei, aber auch eine verringerte Tendernachfrage, Fälligkeiten bei geldpolitisch begründeten Wertpapierankaufprogrammen sowie gestiegene autonome Faktoren. Die liquiditätszuführenden Offenermarktgeschäfte wurden weiter als Mengentender mit vollständiger Zuteilung der eingereichten Gebote durchgeführt (vgl. Tabelle auf S. 36). Zudem beschloss der EZB-Rat in seiner Sitzung am 2. Mai 2013, diese Vollzuteilungspolitik mindestens bis zum Ende der Reserveperiode Juni/Juli 2014 in den Haupt- und Langfristtendern fortzuführen. Die Tagesgeldsätze orientierten sich unter den großzügigen Liquiditätsbedingungen zwar auch in diesem Betrachtungszeitraum am Satz der Einlagefazilität von 0%, lagen aber im Durchschnitt leicht oberhalb der in den ersten drei Mindestreserveperioden des Jahres beobachteten Werte.

Dass sich der Liquiditätsbedarf aus autonomen Faktoren in den drei Reserveperioden per saldo um 10,2 Mrd € erhöhte, lag hauptsächlich am Banknotenumlauf. Er nahm per saldo um 20,1 Mrd € zu und absorbierte damit Liquidität in ähnlicher Höhe wie im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres, in dem der Liquiditätsbedarf aufgrund von steigendem Banknotenumlauf um 21,3 Mrd € zugenommen hatte. Die Einlagen öffentlicher Haushalte stiegen um 2,8 Mrd € und absorbierten somit ebenfalls Liquidität. Eine gegensätzliche Wirkung hatte die Summe aus den Veränderungen der Netto-Währungsreserven und der sonstigen Faktoren, die gemeinsam betrachtet

werden, um liquiditätsneutrale Bewertungseffekte zu eliminieren. Sie erhöhte sich im Betrachtungszeitraum um 12,7 Mrd € und verringerte den Bedarf an Zentralbankliquidität. Der Liquiditätsbedarf aus dem Mindestreservesoll änderte sich über die drei Reserveperioden per saldo kaum.

Im Betrachtungszeitraum reduzierte sich der bilanzielle Bestand des Programms für die Wertpapiermärkte (Securities Markets Programme: SMP) aufgrund fälliger Wertpapiere – auch unter Berücksichtigung von Neubewertungen – um 10,4 Mrd € auf 195,5 Mrd €. Bei den üblichen wöchentlichen absorbierenden Feinststeuerungsoperationen im Volumen des SMP-Bestandes kam es zu einem Anstieg des gewichteten Zuteilungssatzes von 0,04% auf 0,09%. Die bilanziellen Wertpapierbestände aus den Ankaufprogrammen für gedeckte Schuldverschreibungen (CBPP1 und CBPP2) gingen im gleichen Zeitraum durch Fälligkeiten und Neubewertungen um 2,1 Mrd € auf 44,9 Mrd € beziehungsweise um 0,2 Mrd € auf 16,0 Mrd € zurück.

Die Reserveperiode April/Mai 2013 war geprägt von einem merklichen Rückgang des ausstehenden, liquiditätszuführenden Tendervolumens zur Vorperiode um rund 44 Mrd € auf 863 Mrd € im Periodendurchschnitt. Davon entfielen 33 Mrd € auf die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte, die vor allem wegen der Rückzahlungen der Dreijahrestender zurückgingen. Die Überschussliquidität betrug im Periodendurchschnitt rund 332 Mrd € und machte sich in einer Inanspruchnahme der Einlagefazilität von durchschnittlich 115 Mrd € und Überschussreserven auf den Zentralbankkonten der Geschäftsbanken in Höhe von 217 Mrd € bemerkbar. Damit hielten die Kreditinstitute durchschnittlich 65% der Überschussliquidität als Zentralbankguthaben und 35% in der Einlagefazilität, wobei die Zentralbankguthaben zu Periodenbeginn überdurchschnittlich hoch waren, um dann mit fortlaufender Dauer der Reserveperiode

Liquiditätsbestimmende Faktoren ¹⁾

Mrd €; Veränderungen der Tagesdurchschnitte der Reserveerfüllungsperioden zur Vorperiode

Position	2013		
	10. Apr. bis 7. Mai	8. Mai bis 11. Juni	12. Juni bis 9. Juli
I. Bereitstellung (+) bzw. Absorption (-) von Zentralbankguthaben durch Veränderungen der autonomen Faktoren			
1. Banknotenumlauf (Zunahme: -)	- 7,9	- 7,0	- 5,2
2. Einlagen öffentl. Haushalte beim Eurosystem (Zunahme: -)	+ 7,2	- 0,6	- 9,4
3. Netto-Währungsreserven ²⁾	+ 0,5	- 1,3	- 40,1
4. Sonstige Faktoren ²⁾	+ 2,5	- 6,1	+ 57,2
Insgesamt	+ 2,3	- 15,0	+ 2,5
II. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems			
1. Offenmarktgeschäfte			
a) Hauptrefinanzierungsgeschäfte	- 10,7	- 8,3	+ 4,1
b) Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	- 33,0	- 21,5	- 20,4
c) Sonstige Geschäfte	- 2,2	- 0,9	+ 0,9
2. Ständige Fazilitäten			
a) Spitzenrefinanzierungsfazilität	+ 0,4	- 0,4	+ 0,8
b) Einlagefazilität (Zunahme: -)	+ 19,3	+ 24,0	- 1,6
Insgesamt	- 26,2	- 7,1	- 16,2
III. Veränderung der Guthaben der Kreditinstitute (I. + II.)	- 23,8	- 21,9	- 13,8
IV. Veränderung des Mindestreservesolls (Zunahme: -)	+ 0,0	- 0,4	+ 0,2

¹ Zur längerfristigen Entwicklung und zum Beitrag der Deutschen Bundesbank vgl. S. 14*/15* im Statistischen Teil dieses Berichts.

² Einschl. liquiditätsneutraler Bewertungsanpassungen zum Quartalsende.

Deutsche Bundesbank

fast durchgängig abzunehmen. Diese Art Frontloading praktizierten die Banken auch in den anderen beiden Reserveperioden. EONIA lag in dieser Reserveperiode bei durchschnittlich 0,08% und damit 67 Basispunkte unter dem Hauptrefinanzierungssatz (Vorperiode: 68 Basispunkte). Abweichungen gab es in Form eines etwas erhöhten EONIA am Monatsultimo und eines Absinkens des Referenzzinssatzes zum Ende der Reserveperiode. Die EONIA-Umsätze waren mit durchschnittlich rund 21 Mrd € niedrig und kaum verändert zur Vorperiode. Besichertes Tagesgeld bei GC Pooling der Eux Repo (ECB Basket) wurde noch niedriger mit durchschnittlich 0,045% gehandelt, bei durchschnittlichen Umsätzen von 10,8 Mrd €.

In der Reserveperiode Mai/Juni 2013 fand erstmals der neue Hauptrefinanzierungssatz von 0,50% Anwendung. In dieser Periode nahm die Überschussliquidität um 46 Mrd € auf 286 Mrd € ab und damit noch etwas stärker als in der Vorperiode (- 43 Mrd €). Die großzügige, wenn auch weiter gesun-

kene Liquiditätsausstattung zeigte sich weiter vor allem an hohen Überschussreserven. Das durchschnittliche Volumen der Hauptrefinanzierungs- und längerfristigen Geschäfte betrug 833 Mrd € und damit rund 30 Mrd € weniger als in der Vorperiode. Die Tagesgeldsätze waren weiterhin recht stabil und lagen im Periodendurchschnitt bei 0,08% (EONIA) beziehungsweise 0,05% (Overnight GC Pooling, ECB Basket). Die EONIA-Umsätze sanken in der Reserveperiode um 3,5 Mrd € auf durchschnittlich 17,5 Mrd €. Die Tagesgeldumsätze bei GC Pooling blieben hingegen auf dem Vorperiodenniveau.

In der Reserveperiode Juni/Juli 2013 hatte neben dem Anstieg der autonomen Faktoren im Vergleich zur Vorperiode insbesondere deren Volatilität zugenommen. Sie bewegten sich in einer Schwankungsbreite von 472 Mrd € bis 526 Mrd €, wobei die Einlagen staatlicher Stellen am meisten zur Volatilität beitrugen. Darüber hinaus kennzeichneten diese Periode höhere Inanspruchnahmen der Spitzenrefinanzierungs-

Offenmarktgeschäfte des Eurosystems*)

Valutatag	Geschäftsart ¹⁾	Laufzeit (Tage)	Tatsächliche Zuteilung (Mrd €)	Abweichung zur Benchmark (Mrd €) ²⁾	Marginaler Satz/Festsatz in %	Repartierungssatz in %	Gewichteter Satz in %	Cover Ratio ³⁾	Anzahl Bieter
10.04.2013	HRG (MT)	7	119,3	115,3	0,75	100,00	–	1,00	70
10.04.2013	FSO (–)	7	– 206,0	–	0,06	12,88	0,04	1,40	91
10.04.2013	S-LRG (MT)	28	5,2	–	0,75	100,00	–	1,00	17
17.04.2013	HRG (MT)	7	116,4	117,9	0,75	100,00	–	1,00	70
17.04.2013	FSO (–)	7	– 206,0	–	0,05	89,91	0,04	1,28	82
24.04.2013	HRG (MT)	8	110,4	78,9	0,75	100,00	–	1,00	71
24.04.2013	FSO (–)	8	– 202,5	–	0,14	87,30	0,05	1,25	77
25.04.2013	LRG (MT)	98	3,0	–	4) 0,53	100,00	–	1,00	40
02.05.2013	HRG (MT)	6	105,0	46,5	0,75	100,00	–	1,00	70
02.05.2013	FSO (–)	6	– 202,5	–	0,10	16,73	0,05	1,26	79
08.05.2013	HRG (MT)	7	110,3	99,8	0,50	100,00	–	1,00	65
08.05.2013	FSO (–)	7	– 201,0	–	0,08	32,37	0,05	1,33	95
08.05.2013	S-LRG (MT)	35	5,2	–	0,50	100,00	–	1,00	17
15.05.2013	HRG (MT)	7	103,8	108,8	0,50	100,00	–	1,00	64
15.05.2013	FSO (–)	7	– 201,0	–	0,08	19,60	0,05	1,24	95
22.05.2013	HRG (MT)	7	103,4	66,9	0,50	100,00	–	1,00	62
22.05.2013	FSO (–)	7	– 201,0	–	0,08	93,15	0,06	1,26	96
29.05.2013	HRG (MT)	7	103,2	16,7	0,50	100,00	–	1,00	63
29.05.2013	FSO (–)	7	– 197,0	–	0,15	12,93	0,07	1,19	89
30.05.2013	LRG (MT)	91	5,8	–	4) ...	100,00	–	1,00	36
05.06.2013	HRG (MT)	7	103,0	– 3,5	0,50	100,00	–	1,00	70
05.06.2013	FSO (–)	7	– 197,0	–	0,09	89,67	0,07	1,40	106
12.06.2013	HRG (MT)	7	108,3	72,3	0,50	100,00	–	1,00	70
12.06.2013	S-LRG (MT)	28	3,6	–	0,50	100,00	–	1,00	20
12.06.2013	FSO (–)	7	– 195,0	–	0,08	63,51	0,07	1,43	101
19.06.2013	HRG (MT)	7	102,0	99,5	0,50	100,00	–	1,00	73
19.06.2013	FSO (–)	7	– 195,0	–	0,08	64,49	0,07	1,29	102
26.06.2013	HRG (MT)	7	117,3	65,8	0,50	100,00	–	1,00	99
26.06.2013	FSO (–)	7	– 195,0	–	0,45	28,63	0,18	1,10	83
27.06.2013	LRG (MT)	91	9,5	–	4) ...	100,00	–	1,00	50
03.07.2013	HRG (MT)	7	107,7	64,2	0,50	100,00	–	1,00	78
03.07.2013	FSO (–)	7	– 195,0	–	0,13	41,26	0,09	1,23	91

* Für die Geschäfte des Eurosystems vom 16.01.2013 bis 09.04.2013 siehe: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, Mai 2013, S. 24. **1** HRG: Hauptrefinanzierungsgeschäft, LRG: Längerfristiges Refinanzierungsgeschäft, S-LRG: Sonder-Längerfristiges Refinanzierungsgeschäft, FSO: Feinststeuerungsoperation (+: Liquidität bereitstellend, -: Liquidität absorbierend), MT: Mengentender. **2** Berechnung gemäß Veröffentlichung nach Zuteilung des HRG. **3** Verhältnis des Volumens der Gesamtgebote zum Zuteilungsvolumen. **4** Der Zinssatz entspricht dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz bzw. Hauptrefinanzierungssatz der während der Laufzeit dieses Geschäfts durchgeführten HRGe (ggf. in der Tabelle auf zwei Nachkommastellen gerundet).

Deutsche Bundesbank

fazilität vom 19. bis 25. Juni 2013 von bis zu 6,5 Mrd €, die Folge eines sicherheitenbedingten, temporären Wechsels vom Haupttender in die Spitzenrefinanzierung waren. Durch die im Verlauf des Betrachtungszeitraums abgenommene Rückzahlungsbereitschaft bei den Dreijahrestendern veränderte sich das ausstehende Volumen aus liquiditätszuführenden Tenderoperationen weniger stark als in den beiden Vorperioden und betrug im Periodendurchschnitt rund 817 Mrd €. Der Anteil der Hauptrefinanzierungsgeschäfte daran betrug – unverändert zu den beiden Vorperioden – durchschnittlich 13%. Bei einem Rückgang der durchschnittlichen Überschussliquidität um 12 Mrd € auf 274 Mrd € verharrte EONIA auch

in dieser Periode bei durchschnittlich 0,08% (ohne Halbjahresresultimo, an dem der Referenzzinssatz ein typisches Muster zeigte und sich um 12 Basispunkte erhöhte). Der Abstand vom durchschnittlichen EONIA zum besicherten Overnight-Satz bei GC Pooling verkleinerte sich aufgrund der leichten Aufwärtstendenz beim besicherten Tagesgeld auf 2 Basispunkte, gegenüber 3 Basispunkte in der Vorperiode; das heißt, der besicherte Satz reagierte offenbar stärker auf die abgenommene Überschussliquidität.

Konsolidierte Bilanz des MFI-Sektors der EWU ^{*)}

Veränderung in Mrd €, saisonbereinigt

Aktiva	2013, 2. Vj.	2013, 1. Vj.	Passiva	2013, 2. Vj.	2013, 1. Vj.
Kredite an private Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	- 91,9	12,1	Einlagen von Zentralstaaten	11,5	- 6,3
Buchkredite ¹⁾	- 99,5	0,5	Geldmenge M3	4,7	50,8
Wertpapierkredite	15,5	17,4	davon Komponenten:		
Kredite an öffentliche Haushalte im Euro-Währungsgebiet	23,2	24,6	Bargeld und täglich fällige Einlagen (M1)	53,5	95,3
Buchkredite	- 35,5	- 20,1	Übrige kürzerfristige Bankeinlagen (M2-M1)	- 18,2	0,5
Wertpapierkredite	58,8	44,7	Marktfähige Finanzinstrumente (M3-M2)	- 30,6	- 44,9
Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	89,1	63,8	Geldkapital	- 31,3	2,5
andere Gegenposten von M3	- 43,5	- 59,3	davon:		
			Kapital und Rücklagen	36,4	54,0
			Sonstige längerfristige Verbindlichkeiten	- 67,7	- 51,5

* Statistisch bedingte Veränderungen ausgeschaltet. 1 Bereinigt um Kreditverkäufe und Kreditverbriefungen.

Deutsche Bundesbank

auf zuletzt 248 Mrd € im Durchschnitt der am 6. August 2013 abgelaufenen Reserveperiode ab. Sie lag damit aber im Vergleich zur Phase vor Zuteilung der beiden Dreijahrestender immer noch auf außergewöhnlich hohem Niveau.

Die kurzfristigen Geldmarktsätze notierten trotz der Senkung der EZB-Leitzinsen vom 2. Mai 2013 seit April im Mittel geringfügig oberhalb der im ersten Quartal 2013 beobachteten Werte. Ausschlaggebend dafür ist, dass das kurze Ende der Geldmarktzinsstrukturkurve im Euro-Währungsgebiet derzeit insbesondere vom unverändert gebliebenen Einlagesatz und der noch immer hohen, aber abnehmenden Überschussliquidität geprägt wird. Insbesondere in den Geldmarktterminalsätzen¹⁾, welche Markterwartungen über die künftige Entwicklung der Geldmarktsätze abbilden, waren seit Mai ein ansteigender Trend und erhöhte Schwankungen zu beobachten. Diese Entwicklungen reflektieren nicht zuletzt deutliche Veränderungen am langen Ende der Renditestruktur in den großen Währungsräumen, die unter anderem im Zusammenhang mit Erwartungsänderungen über die weiteren Perspektiven unkonventioneller geldpolitischer Maßnahmen führender Notenbanken weltweit zu sehen sind.

Die Geldmarktterminalsätze im Euro-Raum erreichten – wie auch ihre US-amerikanischen Pendanten – ihren vorläufigen Höhepunkt in der zweiten Junihälfte, gingen aber Ende Juni – parallel mit den US-Geldmarktterminalsätzen – wieder deutlich zurück. Infolge der vom EZB-Rat am 4. Juli 2013 vermittelten Orientierung über die zukünftige Ausrichtung der Geldpolitik sanken die europäischen Terminalsätze vorübergehend noch deutlich stärker. Eine nachhaltige Entkopplung von der Entwicklung der US-amerikanischen Terminalsätze ergab sich jedoch bisher nicht, was auch vor dem Hintergrund zuletzt verbesserter konjunktureller Frühindikatoren für das Euro-Währungsgebiet zu sehen ist.

Monetäre Entwicklung im Euro-Währungsgebiet

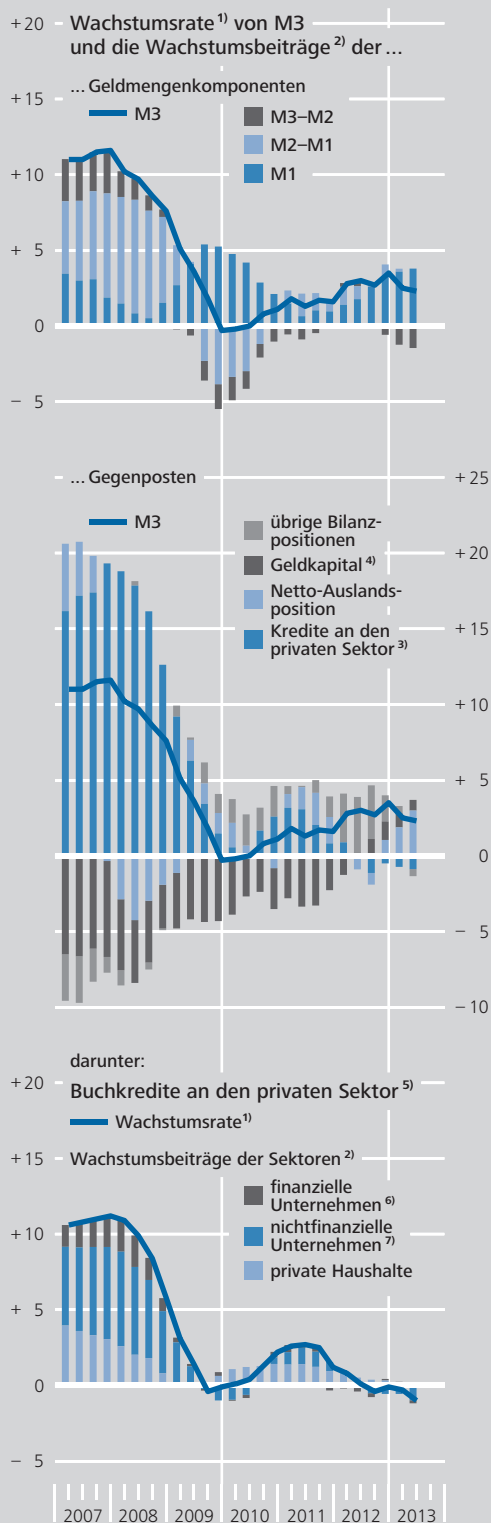
Wie schon in den vorhergehenden Quartalen war die monetäre Entwicklung im Euro-Raum auch im zweiten Quartal 2013 neben der konjunkturellen Lage vor allem von Zuflüssen aus dem Ausland und von der Zinskonstellation geprägt: Wegen der geringen Opportunitätskosten liquider Geldhaltung und der relativ gerin-

Gesamtwirtschaftlicher Hintergrund

¹ Aus Swapsätzen abgeleitete implizite Terminalsätze für den unbesicherten Interbanken-Tagesgeldsatz EONIA und Zinssätze börsengehandelter Futures auf den Dreimonats-Euribor.

Komponenten und Gegenposten der Geldmenge im Euro-Raum

saisonbereinigt, Quartalsendstände



1 Veränderung gegenüber Vorjahr in %. 2 In Prozentpunkten.
 3 Bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen. 4 Eine Zunahme dämpft, für sich betrachtet, das M3-Wachstum. 5 Ab 1. Vj. 2010 bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen.
 6 Nichtmonetäre finanzielle Kapitalgesellschaften. 7 Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften.

gen Attraktivität längerfristiger Anlagen wuchsen die Sichteinlagen im Berichtsquartal weiterhin deutlich und trieben so – zusammen mit der wieder zunehmenden Bereitschaft Gebietsfremder, Mittel in den Euro-Raum zu transferieren – das Wachstum der Geldmenge M3. Allerdings wurden die das M3-Wachstum stützenden Einflussfaktoren zunehmend vom stärker werdenden Abbau der Buchkredite an den Privatsektor im Gefolge der schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung dominiert.

Vor diesem Hintergrund war auch das zweite Quartal 2013 durch eine – wenn auch nur leichte – Ausweitung des Geldmengenaggregats M3 bei gleichzeitig schrumpfendem Volumen der Buchkredite an den inländischen Privatsektor geprägt. Dabei förderte die nochmalige Abflachung der Zinsstruktur weiterhin kräftige Abzüge aus in M3 enthaltenen, nicht täglich fälligen Einlagenarten. Auch das Geldkapital, das bereits seit Anfang 2012 fast durchgängig Abflüsse verzeichnete, war erneut rückläufig. Im Gegensatz zu den Vorquartalen profitierten die Sichteinlagen im Frühjahrsquartal jedoch weniger stark von den Portfolioumschichtungen der Anleger, sodass sich in der Konsequenz auch die M3-Wachstumsdynamik abschwächte: Der seit Anfang 2010 anhaltende Anstieg der Geldmenge, der schon zum Jahresbeginn 2013 deutlich an Schwung verloren hatte, fiel daher im Berichtsquartal noch einmal spürbar schwächer aus. Die Jahresrate sank jedoch nur leicht auf nun 2,3%.

Monetäre Entwicklung gedämpft

Die Jahreswachstumsrate der (um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigten) Buchkredite an den Privatsektor glitt noch tiefer in den negativen Bereich und lag zum Ende des zweiten Quartals 2013 bei –1,0%. Damit bewegten sich die Jahresraten von Geldmengen- und Kreditwachstum zwar in die gleiche Richtung, sie näherten sich aber nicht an.²⁾

Buchkredite an den Privatsektor rückläufig, ...

2 Für eine ausführliche Analyse der heterogenen Entwicklung von Geldmengen- und Buchkreditwachstum im Euro-Raum, vgl.: Deutsche Bundesbank, Unterschiede im Geldmengen- und Kreditwachstum im Euro-Raum und in einzelnen Mitgliedsländern, Monatsbericht, Juli 2013, S. 49 ff.

... bei heterogener Entwicklung im Euro-Raum

Der kräftige Rückgang der Ausleihungen im Euro-Raum war vor allem Ausdruck einer nach wie vor schwachen konjunkturellen Lage und des fortgesetzt hohen Bedarfs zum Abbau der Verschuldung in den Peripheriestaaten. Insbesondere in Spanien gingen die Ausleihungen an den Privatsektor stark zurück, aber auch in der restlichen Peripherie waren die Buchkredite rückläufig. Zudem verzeichneten die Banken aus den Kernländern des Euro-Währungsgebiets im Buchkreditgeschäft geringere Zuwächse als im Vorquartal.

Kräftige Nettotilgungen im nichtfinanziellen Unternehmenssektor

Die Nettotilgungen betrafen vor allem den nichtfinanziellen Privatsektor und dort weitestgehend die Ausleihungen an nichtfinanzielle Unternehmen, die insbesondere in den Peripherieländern – aber auch in Deutschland – rückläufig waren. Hierzu trug auch bei, dass nichtfinanzielle Unternehmen in einigen Mitgliedsländern die Finanzierung über Buchkredite teilweise durch Marktfinanzierung oder eine erhöhte Finanzierung aus Eigenmitteln substituiert haben (siehe Erläuterungen auf S. 43 f.).

Laut BLS leichte Verschärfung der Standards und spürbarer Rückgang der Nachfrage

Dazu passt, dass die befragten Banken bei der im zweiten Quartal 2013 durchgeführten Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey: BLS) einen spürbaren Rückgang der Nachfrage nach Bankkrediten meldeten. Zwar können bankseitige Beschränkungen nicht ausgeschlossen werden, die Ergebnisse der aktuellen Umfrage weisen ihnen jedoch keine dominierende Rolle für die schwache Kreditentwicklung im Euro-Raum zu: Die Mehrheit der Länder passte die Kreditstandards überhaupt nicht an, und die übrigen nahmen meist nur moderate Verschärfungen vor. Hauptsächlich verantwortlich für diese Anpassungen war nach Angaben der befragten Institute die verschlechterte Risikoeinschätzung bezüglich der Konjunktur und der Kreditnehmer. Im Hinblick auf ihre Refinanzierungsmöglichkeiten meldeten die Banken für die meisten erfragten Teilmärkte sogar nochmals Verbesserungen, und die Staatsschuldenkrise hatte ihren Angaben zufolge erneut keine nennenswerten Auswirkun-

gen auf ihre Refinanzierungsbedingungen und ihre Kreditvergabepolitik. Allerdings veranlasste die Einführung der strengeren Eigenkapitalvorschriften die Banken nach ihren eigenen Angaben dazu, ihre risikogewichteten Aktiva abzubauen.

Die konjunkturelle Lage und der anhaltende Entschuldungsbedarf in einigen Ländern schlugen sich auch in Nettotilgungen bei den Buchkrediten an private Haushalte nieder. Diese fielen zwar absolut betrachtet äußerst moderat aus. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Wohnungsbaukredite diesmal kein Gegengewicht zu den erneut rückläufigen Konsumenten- und sonstigen Krediten bildeten, obwohl sie bislang die Buchkreditvergabe an private Haushalte eher gestützt hatten. Auch hier zeigt sich eine heterogene Entwicklung zwischen Kernländern und Peripheriestaaten: Während die Wohnungsbaukredite insbesondere aufgrund der Notwendigkeit des Abbaus der hohen Verschuldungsniveaus vor allem in Spanien, aber auch in den restlichen Peripherieländern, erkennbar rückläufig waren, wuchsen sie in Deutschland und Frankreich weiterhin moderat, wohl nicht zuletzt aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus.

Dem kräftigen Abbau der Kredite an den Privatsektor stand eine moderate Ausweitung der Ausleihungen der monetären Finanzinstitute des Euro-Raums an öffentliche Haushalte gegenüber. Dabei wurden insbesondere in Italien und Spanien überwiegend Wertpapiere des eigenen öffentlichen Sektors nachgefragt. Nettotilgungen erfuhren hingegen die Buchkredite an öffentliche Haushalte. Diese Entwicklung war zwar fast durchgängig in allen Ländern des Währungsgebiets zu beobachten. Sie war aber besonders ausgeprägt in Spanien, wo die aktuellen Umschichtungen von Buch- in Wertpapierkredite auch als Gegenbewegung einer vorhergehenden gegensätzlichen Substitution zu sehen sind, die durch den erschwerten Marktzugang des öffentlichen Sektors ausgelöst wurden.

Moderater Rückgang der Ausleihungen an private Haushalte

Anhaltende Ausweitung der Kredite an den Staat stützt Geldmengenwachstum ebenso wie ...

Entwicklung der Kredite und Einlagen der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland^{*)}

Veränderungen in Mrd €, saisonbereinigt

Position	2013	
	1. Vj.	2. Vj.
Einlagen von inländischen Nicht-MFIs ¹⁾ täglich fällig mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	38,2	30,1
über 2 Jahre	- 0,9	- 11,8
mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten	- 5,7	- 7,0
über 3 Monate	- 1,3	4,8
	- 3,9	- 3,8
Kredite		
Kredite an inländische öffentliche Haushalte		
Buchkredite	- 3,8	- 3,7
Wertpapierkredite	- 5,7	- 4,2
Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen		
Buchkredite ²⁾	2,3	- 1,8
darunter: an private Haushalte ³⁾	4,2	3,6
an nichtfinanzielle Unternehmen ⁴⁾	0,5	- 5,2
Wertpapierkredite	- 1,8	6,2

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen hier neben den Banken (einschl. Bausparkassen, ohne Bundesbank) auch die Geldmarktfonds. Quartalsendstände, statistisch bedingte Veränderungen ausgeschaltet. **1** Unternehmen, Privatpersonen und öffentliche Haushalte ohne den Bund. **2** Bereinigt um Forderungsverkäufe und -verbriefungen. **3** Und Organisationen ohne Erwerbzweck. **4** Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften.

Deutsche Bundesbank

... erneut deutlicher Anstieg der Netto-Auslandsposition

Den größten Beitrag zum Geldmengenwachstum leisteten – wie bereits in den letzten drei Quartalen – die Nettoforderungen des Bankensektors gegenüber Gebietsfremden. Hinter dem erneuten Anstieg standen wie schon zuvor sowohl anhaltende Leistungsbilanzüberschüsse als auch weitere Netto-Kapitalzuflüsse im Wertpapierverkehr mit dem Ausland. Zwar erwarben auch heimische Anleger wieder vermehrt ausländische Wertpapiere und wirkten damit dämpfend auf die Netto-Auslandsforderungen des Bankensektors. Die anhaltend umfangreichen Wertpapierkäufe von Investoren außerhalb des Währungsraumes überwogen jedoch deutlich. Dahinter dürfte auch die Umkehr von Mittelabzügen stehen, die bis Mitte letzten Jahres aufgrund der hohen Unsicherheit über die weitere Entwicklung im Euro-Raum erfolgt sind.

Insgesamt deutet die Analyse der Geldmengen und -gegenposten darauf hin, dass die inflationsrelevante monetäre Grunddynamik weiter-

hin gedämpft ist. Auch Inflationsprognosen auf Basis verschiedener monetärer Indikatoren (Geldmengenaggregate, kurzfristige Einlagen, Buchkredite) signalisieren derzeit für die nächsten drei Jahre im Mittel balancierte Risiken für die Preisstabilität. Die mit diesen Prognosen verbundene Unsicherheit bleibt jedoch weiterhin hoch.

Monetär basierte Prognosen mit balancierten Inflationsrisiken

Einlagen- und Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Kunden

Vor dem Hintergrund des historisch niedrigen Zinsniveaus und der flachen Zinsstruktur setzte sich in Deutschland der Abbau langfristiger Einlagen und risikoreicherer sonstiger Anlagen zugunsten kurzfristiger und liquiderer Einlagen auch im zweiten Quartal 2013 fort. Entsprechend trug die deutsche Entwicklung nicht zu dem im Euro-Raum beobachtbaren Rückgang des Wachstums der in M3 enthaltenen Einlagen bei. Wiederum waren es die Sichteinlagen, die aufgrund ihrer hohen Flexibilität und des geringen Zinsabstands zu anderen Anlageformen am stärksten profitierten. Die Tatsache, dass ihr Anteil an allen in M3 enthaltenen deutschen Einlagen in den letzten fünf Jahren kontinuierlich von 29½% auf mittlerweile gut 43½% gestiegen ist, spiegelt die zurzeit sehr liquide Geldhaltung in Deutschland wider.

Anstieg der Einlagen im Wesentlichen von Sichteinlagen getrieben, ...

Insbesondere hatte die an den europäischen Finanzmärkten seit Beginn des Jahres zu beobachtende abnehmende Risikoaversion bislang keine dämpfenden Auswirkungen auf diesen Einlagenaufbau deutscher Anleger. So stammte der Großteil des Zuflusses an kurzfristigen Einlagen von den privaten Haushalten; bei ihnen haben die tendenziell eher zinsbedingten Umschichtungen in den letzten beiden Quartalen sogar wieder an Schwung gewonnen. Aber auch im Unternehmenssektor war kein Umschwung im Anlageverhalten festzustellen. Die aktuell liquiditätsstarken nichtfinanziellen Unternehmen haben das Tempo, mit dem sie kurzfristige Einlagen aufbauen,

... insbesondere durch Portfolioumschichtungen privater Haushalte

Versicherungen und Pensionseinrichtungen im Blickfeld der Statistik

Die Folgen der Finanzkrise stellen die inländischen Versicherungen vor Herausforderungen von erheblicher wirtschaftlicher Tragweite. Vor diesem Hintergrund stellt die Bundesbank zusätzliche Informationen über den Versicherungssektor bereit. So enthält der Statistische Teil des Monatsberichts jetzt erstmals Tabellen mit Angaben über die Aktiva und Passiva der in Deutschland ansässigen Versicherungen und Pensionseinrichtungen (Tabellen VII. 1. und 2.).

Die zusammengestellten Bilanzdaten unterstreichen die Bedeutung der Versicherungen und Pensionseinrichtungen in ihrer Funktion als Finanzintermediäre. Mit einer aggregierten Bilanzsumme, die sich zum Jahresende 2012 auf über 2 Billionen € belief, spielt der Versicherungssektor eine tragende Rolle bei der Akkumulation und Weiterleitung insbesondere langfristiger Finanzierungsmittel. Dabei stammen zwei Drittel des Mittelaufkommens aus Ansparleistungen privater Haushalte bei Lebensversicherungen und Pensionseinrichtungen. Die Versicherer investieren diese Mittel vornehmlich in Bankeinlagen (häufig in der Form von Schuldscheindarlehen), Schuldverschreibungen und Investmentfondsanteile (die wiederum einen hohen Anteil von Schuldverschreibungen enthalten), und stellen auf diese Weise den emittierenden Banken, Unternehmen und öffentlichen Haushalten – zumeist langfristiges – Kapital zur Verfügung.

Das anhaltend niedrige Zinsumfeld stellt für die Versicherungswirtschaft eine besondere Herausforderung dar. Zum einen verlieren langfristige Geldanlagen in Form der Kapitallebensversicherung an Attraktivität. Zum anderen suchen die Versicherungen nach alternativen Anlageformen jenseits klassischer lang laufender Schuldverschreibungen.

Bislang spiegelt sich im Anwachsen der bilanziellen Aktiva und Passiva vornehmlich der Bewertungseffekt des rückläufigen Zinsniveaus. Ob es darüber hinaus zu starken Mengenreaktionen kommt und wie nachhaltig diese ausfallen, muss sorgfältig analysiert werden. Hierfür schafft die erweiterte Statistik eine wichtige Informationsgrundlage.

Die in den neuen Tabellen enthaltenen Angaben über die Aktiva und Passiva der Versicherungen und Pensionseinrichtungen werden im Vorfeld der vom ESZB geplanten Einführung einer harmonisierten europäischen Versicherungsstatistik von der Bundesbank zusammengestellt. Da sie den methodischen Vorgaben des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) entsprechen, ist die Vergleichbarkeit mit den Angaben des volkswirtschaftlichen Rechnungswesens, insbesondere der Finanzierungsrechnung, grundsätzlich gewährleistet. Die Ausgangsdaten der Berechnungen stammen zum größten Teil aus versicherungsaufsichtlichen Quellen.

In den kommenden Jahren soll die Datengrundlage in Zusammenarbeit mit der Versicherungsaufsicht verbreitert werden. Im Vordergrund wird dabei die detailliertere Erfassung der Wertpapieranlagen auf Einzelwertpapierbasis stehen. Im Zusammenhang mit dem künftigen Aufsichtsstandard Solvency II wird darüber hinaus die statistische Erfassung von Versicherungsgruppen an Bedeutung gewinnen.

Buchkredite deutscher Banken nach ausgewählten Sektoren

saisonbereinigt sowie bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen, Quartalsendstände



1 Veränderungsrate gegenüber Vorjahr. 2 Nichtmonetäre finanzielle Kapitalgesellschaften. 3 Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften.
 Deutsche Bundesbank

Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen erklärt werden. Für die kommenden Quartale wird daher entscheidend sein, ob die Investitionsneigung deutscher Unternehmen weiterhin durch die eingetrübten Aussichten für die europäischen Absatzmärkte und die von den Schuldenkrisen im Euro-Gebiet ausgehende Verunsicherung belastet wird. Darüber hinaus haben eine verstärkte Innenfinanzierung der nichtfinanziellen Unternehmen sowie die Inanspruchnahme alternativer Außenfinanzierungsmittel – wie etwa der Emission von Schuldverschreibungen – einen erkennbaren Beitrag zu den Nettotilgungen der Unternehmenskredite geliefert (siehe Erläuterungen auf S. 43 f.). Die Ergebnisse des BLS aus dem zweiten Quartal 2013 stehen damit im Einklang: Die teilnehmenden Institute gaben an, dass die Kreditnachfrage der Unternehmen spürbar gesunken sei, weil diese andere Finanzierungsquellen in Anspruch genommen haben.

Dass die Buchkredite an den deutschen Privatsektor insgesamt im Berichtsquartal trotz des kräftigen Abbaus der Kredite an die nichtfinanziellen Unternehmen per saldo nur leicht rückläufig waren, ist auf den spürbaren Anstieg der Kreditvergabe an die privaten Haushalte zurückzuführen. Bestimmend hierfür war – wie schon in den Vorquartalen – die Nachfrage nach privaten Wohnungsbaukrediten, die neben den günstigen Finanzierungsbedingungen derzeit auch durch unsicherheitsbedingte Portfolioumschichtungen in Sachwerte getrieben wird. Auch die Ergebnisse des BLS bestätigten, dass sich der schon seit Frühjahr 2010 zu beobachtende Trend einer steigenden Nachfrage nach privaten Wohnungsbaukrediten im zweiten Quartal 2013 fortsetzte – allerdings in abgeschwächter Form. Verantwortlich für diese Entwicklung war nach Meinung der befragten Bankmanager vor allem, dass die privaten Haushalte die Aussichten auf dem Wohnungsmarkt weiterhin positiv einschätzten.

Spürbarer Anstieg der Buchkredite an private Haushalte

über die letzten Quartale nicht verändert. Zugleich setzten Versicherungsunternehmen und Pensionseinrichtungen den Abbau ihrer langfristigen Termineinlagen fort und legten die dadurch frei werdenden Mittel unvermindert in Anlageformen außerhalb der monetären Aggregate an.

Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen mit kräftigem Rückgang

Das deutsche Kreditgeschäft stagnierte im Berichtsquartal und lieferte somit kein Gegengewicht zu dem Kreditabbau im restlichen Euro-Raum. Dahinter stand im Wesentlichen ein kräftiger Rückgang der Buchkredite an die nichtfinanziellen Unternehmen, insbesondere im kurz-, aber auch im mittelfristigen Laufzeitbereich. Da die Entwicklung der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen typischerweise einen Nachlauf gegenüber der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und den Investitionen von etwa drei Quartalen aufweist,³⁾ kann der Großteil des Rückgangs der Unternehmenskredite mit der konjunkturellen Schwächephase gegen Jahresende 2012 sowie der schwachen

3 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die Entwicklung der Buchkredite deutscher Banken an den inländischen Privatsektor seit Sommer 2009, Monatsbericht, September 2011, S. 67 ff.

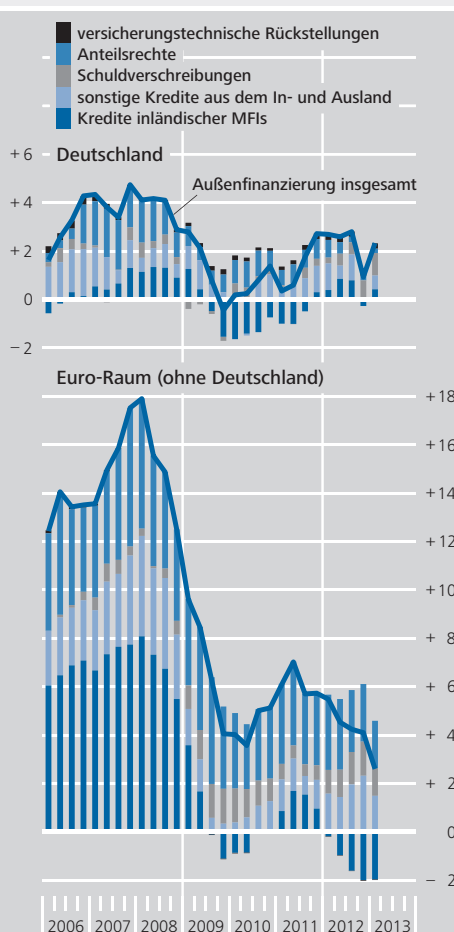
Die Struktur der Unternehmensfinanzierung vor dem Hintergrund einer schwachen Buchkreditentwicklung in Deutschland und im Euro-Raum

Gemäß den Daten der Finanzierungsrechnung hat sich das gesamte Finanzierungsvolumen der nichtfinanziellen Unternehmen in Deutschland im ersten Quartal 2013 nach einer eher schwachen Entwicklung gegen Ende des Jahres 2012 wieder spürbar erholt.¹⁾ Neben der recht hohen und stabilen Innenfinanzierung, die die deutsche Unternehmenslandschaft seit Jahren prägt, kam es zu einem kräftigen Anstieg der Außenfinanzierung. Zugenommen hat insbesondere die Finanzierung über den Kapital-

markt: Durch die Emission von Anleihen beschafften sich die nichtfinanziellen Unternehmen Finanzierungsmittel in einem Volumen, das nominal so hoch ausfiel wie zuletzt vor gut zehn Jahren. Auch die von in- und ausländischen Nicht-MFIs vergebenen Kredite (insbesondere von anderen nichtfinanziellen Unternehmen im (inter-)nationalen Unternehmensverbund sowie von sonstigen Finanzinstituten und Versicherungen), die Ende des Jahres 2012 noch per saldo zurückgeführt wurden, nahmen wieder spürbar zu. Weniger dynamisch entwickelte sich hingegen die Kreditvergabe der inländischen MFIs. Auch die Ausgabe von Anteilsrechten spielte im ersten Quartal 2013 nur eine untergeordnete Rolle.

Struktur der Außenfinanzierung¹⁾ nichtfinanzieller Unternehmen

in % des BIP; gleitende Summe der jeweils letzten vier Quartale



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. * Außenfinanzierung ohne sonstige Verbindlichkeiten.
 Deutsche Bundesbank

Insgesamt unterstreichen diese Angaben der Finanzierungsrechnung aus dem ersten Vierteljahr den seit Jahren beobachtbaren Trend einer zunehmenden Substitution im Unternehmenssektor von Bankkrediten durch andere Finanzierungsformen und alternative Kapitalgeber, insbesondere durch Kredite im Konzernverbund sowie durch kapitalmarktbasierete Mittelzuflüsse, aber auch durch Handelskredite.²⁾ Die trendmäßig abnehmende Bedeutung der MFI-Kredite für die externe Finanzierung dürfte neben der steigenden Konkurrenz durch Kreditgeber aus dem Nichtbankenbereich auch in dem Bemühen der Kreditnehmer begründet sein, die Quellen ihrer Mittelaufnahme zu diversifizieren, um in Zukunft weniger stark von

¹ Die Ergebnisse der Finanzierungsrechnung liegen typischerweise mit einer Verzögerung von gut einem Quartal vor. Infolgedessen stellt das erste Quartal 2013 den aktuellen Stand dar. Hintergrund ist die große Zahl der einfließenden Primärquellen und die damit verbundene Komplexität der Rechnung.

² Inwieweit diese Beobachtung für alle Branchen und Unternehmensgrößen gilt, lässt sich aus den aggregierten Angaben nicht ableiten.

der Entwicklung einzelner weniger Marktsegmente abhängig zu sein. Zeitweise dürften auch bankseitige Restriktionen zur sinkenden Bedeutung der MFI-Kredite beigetragen haben, insbesondere im Jahr 2009.³⁾ Zurzeit spielen diese Faktoren in Deutschland aber keine nennenswerte Rolle.

Im Euro-Raum (ohne Deutschland) zeigt sich bezüglich der Außenfinanzierung ein etwas anderes Bild. Zwar fanden in den letzten Quartalen auch hier Anpassungen statt, infolge derer die Finanzierung über Nicht-MFI-Kredite und über die Emission von Wertpapieren (insbesondere nicht börsennotierten Aktien und Schuldverschreibungen) spürbar zunahm.⁴⁾ Allerdings war das Ausmaß dieser Substitutionseffekte deutlich geringer, sodass der Abbau der Buchkredite zu einer insgesamt sinkenden Verschuldung führte. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der anhaltenden Not-

wendigkeit des Schuldenabbaus der nichtfinanziellen Unternehmen und des schwachen makroökonomischen Umfelds zu sehen. Aber auch eine restriktivere Kreditvergabe der Banken beeinflusste zeitweise die Buchkreditdynamik im Euro-Raum. Trotz schwacher Umsatzerlöse konnte zugleich die Innenfinanzierung dank verstärkter Kosteneinsparungen seit 2009 deutlich gesteigert werden.

³ Die temporäre Straffung von Kreditkonditionen in konjunkturellen Abschwungphasen, aber auch steigende regulatorische Anforderungen dürften in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die langfristige Entwicklung der Unternehmensfinanzierung in Deutschland – Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung, Monatsbericht, Januar 2012, S. 13–28, sowie B. Blaes, Bank-related loans supply factors during the crisis: an analysis based on the German bank lending survey, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Reihe 1, Nr. 31/2011.

⁴ Für eine detaillierte länderspezifische Betrachtung, vgl.: Task Force Eurosystem, Structural Issues Report 2013, Corporate Finance and Economic Activity in the Euro Area, Occasional Paper der EZB, Nr. 151.

Darüber hinaus spiegelten sich in Deutschland die verbesserten Perspektiven für die Einkommensentwicklung und die reduzierte Arbeitsplatzunsicherheit in einer, wenn auch nur leichten, Zunahme der Konsumentenkredite wider. Entsprechend stellten auch die am BLS teilnehmenden Banken erstmals seit rund zwei Jahren wieder eine spürbar anziehende Nachfrage nach Konsumentenkrediten fest. Insgesamt gesehen kann die Kreditvergabe an die privaten Haushalte im zweiten Quartal jedoch weiterhin als moderat bezeichnet werden: Die Jahreswachstumsrate der Buchkredite an inländische private Haushalte war mit unverändert 1,2% niedrig, und auch bei den privaten Wohnungsbaukrediten, deren Jahreswachstumsrate Ende Juni bei 2,1% lag, war zuletzt keine Beschleunigung zu beobachten.

Auf der Angebotsseite ging die schwache Entwicklung der inländischen Buchkredite an den privaten Sektor mit einer insgesamt wenig veränderten Kreditvergabepolitik einher. Den

deutschen Ergebnissen des BLS zufolge haben die befragten Institute im zweiten Quartal 2013 ihre Standards im Unternehmenskreditgeschäft per saldo nicht angepasst. Damit setzte sich die nunmehr schon vier Jahre andauernde Periode insgesamt wenig veränderter Kreditrichtlinien weiter fort. Begründet wurde das ausgeglichene Ergebnis im abgelaufenen Quartal mit zwei gegenläufigen Effekten: Einerseits waren die Eigenkapitalkosten der Banken leicht erhöht, andererseits wirkte sich die gestiegene Konkurrenz zwischen den Instituten leicht entspannend auf die Kreditstandards aus. Konjunkturelle sowie branchen- oder firmenspezifische Faktoren hingegen hatten für sich genommen keinerlei Einfluss. Gleichzeitig weiteten die befragten Banken ihre Margen im Geschäft mit Unternehmen geringfügig aus.

Auch die Vergabekonditionen für Kredite an private Haushalte änderten sich nicht wesentlich. Zwar wurden die Standards für Wohnungsbaufinanzierungen moderat gestrafft, da

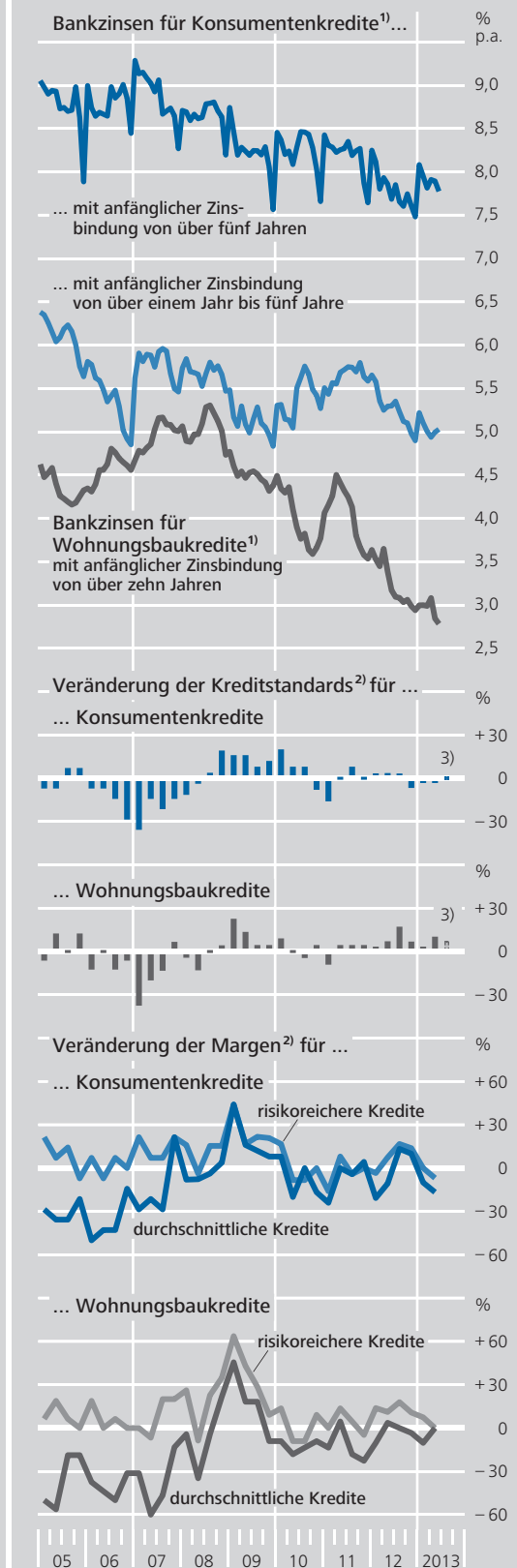
Kreditstandards deutscher Banken gegenüber Unternehmen unverändert

Bankkonditionen in Deutschland

Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen



Kredite an private Haushalte



1 Neugeschäft. Gemäß harmonisierter EWU-Zinsstatistik. **2** Gemäß Bank Lending Survey; Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich verschärft“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben „etwas gelockert“ und „deutlich gelockert“ in % der gegebenen Antworten. **3** Erwartungen für das 3. Vj. 2013.

*Kaum
Änderungen der
Kreditvergabe-
standards
gegenüber
privaten
Haushalten*

die Aussichten für den Wohnungsmarkt von den befragten Banken pessimistisch eingeschätzt wurden – im Gegensatz zu den privaten Haushalten, die aus Sicht der Bankmanger keinerlei Eintrübung erwarten. Jedoch blieben die Margen in diesem Kreditsegment konstant. Die Standards für Konsumentenkredite beließen die befragten Banken per saldo weitgehend unverändert, bei den Margen kamen sie ihren Kreditnehmern sogar etwas entgegen.

*Staatsschulden-
krise für sich ge-
nommen ohne
Auswirkung auf
die Kreditver-
gabepolitik*

Die Umfrage enthielt im zweiten Quartal Zusatzfragen zu den Auswirkungen der Finanz- und Staatsschuldenkrise auf die Refinanzierungsbedingungen und die Kreditangebotspolitik der Banken sowie zu den strengeren Eigenkapitalvorschriften. Die befragten Institute berichteten wie schon in den beiden vorangegangenen Quartalen über ein insgesamt leicht verbessertes Refinanzierungsumfeld und gaben an, dass die Staatsschuldenkrise weiterhin keine Auswirkungen auf ihre Kreditvergabepolitik hatte. In Vorbereitung auf strengere Eigenkapitalvorschriften nach CRR/CRDIV bauten die deutschen Banken im ersten Halbjahr 2013 risikogewichtete Aktiva ab und stärkten ihre Eigenkapitalposition, vor allem durch einbehaltene Gewinne. Isoliert betrachtet schlugen sich die neuen Eigenkapitalvorschriften im Kreditgeschäft in Form von verschärften Kreditstandards und höheren Margen nieder – vor allem für Ausleihungen an große Unternehmen.

Die Entwicklung der Bankkreditzinsen im Neugeschäft dürfte sich auf die inländische Kreditvergabe an den privaten Sektor eher stützend ausgewirkt haben. Während die Zinsen an den Kapitalmärkten wieder moderat anzogen, entwickelten sich die Bankkreditzinsen im zweiten Quartal über die gemeldeten Geschäftszweige, Laufzeiten und Volumina auf niedrigem Niveau überwiegend stagnierend oder rückläufig. Im Unternehmenskreditgeschäft waren die Zinsveränderungen vorwiegend relativ gering, aber uneinheitlich. In der Niveaubetrachtung verlangten die meldenden Institute für kurzfristige Mittel zuletzt 3,0% für kleinvolumige beziehungsweise 1,7% für großvolumige Kredite. Die Zinsen für langfristige Ausleihungen an inländische nichtfinanzielle Unternehmen lagen Ende Juni bei 2,7% beziehungsweise 2,8%.

Entgegen der heterogenen Entwicklung bei den Unternehmenskreditzinsen waren Wohnungsbaukredite fast aller Fristigkeiten etwa 20 Basispunkte günstiger als ein Quartal zuvor. So sanken die Zinsen für langfristige Wohnungsbaukredite auf ein neues historisches Tief und beliefen sich zuletzt nur noch auf 2,8%. Auch die Einlagen privater Haushalte und nichtfinanzieller Unternehmen wurden im Vergleich zum Vorquartal erneut nahezu durchgehend niedriger vergütet.

*Bankkreditzinsen
vollziehen Zins-
anstieg am
Kapitalmarkt
nicht nach*

■ Finanzmärkte

■ Finanzmarktumfeld

Geldpolitik und wechselnde Konjunktur-signale prägen Finanzmärkte

Die internationalen Finanzmärkte wurden seit Ende März 2013 maßgeblich von wechselnden Konjunktursignalen und – eng damit verbunden – sich ändernden Erwartungen bezüglich des künftigen geldpolitischen Kurses jenseits des Atlantiks geprägt. Darüber hinaus haben wichtige Notenbanken ihre ohnehin expansive Geldpolitik noch weiter gelockert. So führte die Bank von Japan ein neues geldpolitisches Rahmenprogramm ein,¹⁾ und das Eurosystem senkte den Leitzins. Die Lockerungsmaßnahmen führten zunächst weltweit zu Renditeverlusten bei lang laufenden Anleihen. Im Mai begannen dann aber die Zinsen vor dem Hintergrund positiv aufgenommener Wirtschaftsdaten weltweit zu steigen. Zudem verfestigte sich in der Folge die Erwartung, dass die US-Geldpolitik möglicherweise schneller als bislang unterstellt gestrafft werden könnte. Gegen Ende des Berichtszeitraums trug dann aber die Bekräftigung der US-Notenbank Federal Reserve (Fed), auf absehbare Zeit akkommodierend zu bleiben, zur Eindämmung und teilweisen Umkehr des Zinsanstiegs bei. In Deutschland kamen neben dem Zinsverbund mit den USA auch etwas verbesserte konjunkturelle Frühindikatoren zum Tragen. Die gestiegenen Zinsen für Staatsanleihen setzten die Aktienmärkte vorübergehend unter Druck. In einem Umfeld niedriger Kursunsicherheit, überwiegend positiver Quartalsergebnisse von US-Unternehmen und aufkommender Hoffnung auf eine Überwindung der Rezession in der EWU erhielten die Aktienmärkte jedoch so viel Auftrieb, dass sie im Ergebnis merkliche Kursgewinne verzeichneten. An den Devisenmärkten konnte der Euro gegenüber den anderen zentralen Währungen zulegen. Besonders deutlich fielen die Zuwächse gegenüber dem Yen aus.

■ Wechselkurse

Die Wechselkursentwicklung des Euro gegenüber dem US-Dollar spiegelt die genannten wechselnden Einflüsse wider. So wertete der Euro gegenüber dem US-Dollar im Vergleich zu Ende März zwar per saldo um 4% auf, jedoch schwankte er in der Zwischenzeit spürbar.

Wechselkursentwicklung des Euro gegenüber dem US-Dollar, ...

Anfang April wurde der Euro zunächst durch schwächer als erwartet ausgefallene US-Konjunkturdaten und Arbeitsmarktzahlen gestützt. Nach der Leitzinssenkung im Euro-Raum Anfang Mai geriet der Euro dann aber unter Abwertungsdruck und büßte bis Mitte Mai einen Großteil seiner bis dahin aufgelaufenen Gewinne wieder ein. In der Folgezeit lösten günstig ausgefallene Konjunkturindikatoren für den Euro-Raum einen Aufwärtstrend der Gemeinschaftswährung aus. Dieser wurde zeitweilig unterbrochen, als Äußerungen des US-Notenbankpräsidenten Bernanke am 19. Juni 2013 so verstanden wurden, dass die Fed möglicherweise einen rascheren Ausstieg aus den expansiven geldpolitischen Maßnahmen erwäge. Abwärtsdruck auf den Euro entstand auch durch zum Teil überraschend positive US-Arbeitsmarktdaten Anfang Juli, die Marktspekulationen aufkommen ließen, dass die Fed ihre Anleihekäufe womöglich früher als ursprünglich erwartet drosseln könnte. Nach der Veröffentlichung des Sitzungsprotokolls der US-Notenbanksitzung und nach Klarstellungen von Notenbankpräsident Bernanke, dass die US-Wirtschaft auf absehbare Zeit eine sehr expansiv ausgerichtete Geldpolitik benötige, wertete der Euro ab Mitte Juli dann aber wieder kontinuierlich auf. Weitere Unterstützung erhielt der Euro gegenüber dem US-Dollar durch verbesserte Konjunkturindikatoren für Deutschland und den Euro-Raum. Zuletzt notierte die Gemeinschaftswährung bei 1,33 US- $\text{\$}$.

¹ Zur japanischen Geld- und Wirtschaftspolitik siehe auch S. 16 ff.

Wechselkurs des Euro

Tageswerte; log. Maßstab



¹ Kurs zu Beginn der Währungsunion am 4. Januar 1999.
² Nach Berechnungen der EZB gegenüber den Währungen von 21 Ländern.
 Deutsche Bundesbank

... dem Yen ...

Deutlicher gewann der Euro seit Ende März gegenüber dem Yen. Zwischenzeitlich erreichte er sogar ein neues Dreijahreshoch. Auch wenn die Gemeinschaftswährung bereits im Vorfeld der geldpolitischen Entscheidungen der Bank von Japan Anfang April merklich an Wert zugelegt hatte, sorgte die Bekanntgabe der über den Erwartungen liegenden Maßnahmen für eine weitere deutliche Aufwertung des Euro. Binnen einer Woche legte die Gemeinschaftswährung um mehr als 8% zu. Anschließend schwankte der Euro-Yen-Wechselkurs in eine Seitwärtsbewegung ein und pendelte zwischen 125 und 133 Yen. Zuletzt notierte der Euro bei

130 Yen und damit etwa 8% fester als Ende März.

Auch gegenüber dem Pfund Sterling konnte der Euro im Berichtszeitraum Kursgewinne verzeichnen, allerdings fielen diese mit insgesamt rund 1% geringer aus als gegenüber US-Dollar und Yen. Zum einen mutmaßten einige Marktteilnehmer, dass der Wechsel an der Spitze der britischen Notenbank eine noch expansivere Geldpolitik nach sich ziehen könnte. Dies stärkte den Euro gegenüber dem Pfund Sterling. Dem wirkte aber ein unerwartet deutlicher Anstieg des britischen Einkaufsmanagerindex entgegen. Zwar ließ die Bank von England den Leitzins Anfang Juli unverändert. Allerdings kommentierte sie ihren Zinsentscheid dahingehend, dass der Markt zu früh mit einer Erhöhung des Leitzinses rechnete. Letzteres führte zu einer Stärkung der Gemeinschaftswährung. Zuletzt stand sie bei 0,85 Pfund Sterling.

... und dem Pfund Sterling

Infolge des Beitritts Kroatiens zur EU am 1. Juli 2013 hat sich der Länderkreis, gegenüber dem der effektive Wechselkurs des Euro ausgewiesen wird, von 20 auf 21 vergrößert (Details zu dieser und einer weiteren Anpassung bei der Berechnung bestimmter realer effektiver Wechselkurse siehe Erläuterungen auf S. 51 ff.). Auch gegenüber den Währungen dieser 21 wichtigen Handelspartner hat der Euro im Vergleich zum Ende des ersten Quartals an Wert gewonnen. Zuletzt notierte die Gemeinschaftswährung rund 2½% fester als Ende des ersten Quartals beziehungsweise 1% schwächer als zu Beginn der EWU. Auch real betrachtet – also unter Berücksichtigung der gleichzeitig bestehenden Inflationsdifferenzen zwischen dem Euro-Währungsgebiet und den wichtigen Handelspartnern – hat der effektive Euro im Berichtszeitraum aufgewertet. Hierdurch hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von Anbietern aus dem Euro-Raum entsprechend verschlechtert. Sie ist zum Abschluss dieses Berichts etwas ungünstiger einzuschätzen als im langfristigen Durchschnitt.

Effektiver Wechselkurs des Euro

Wertpapiermärkte und Wertpapierverkehr

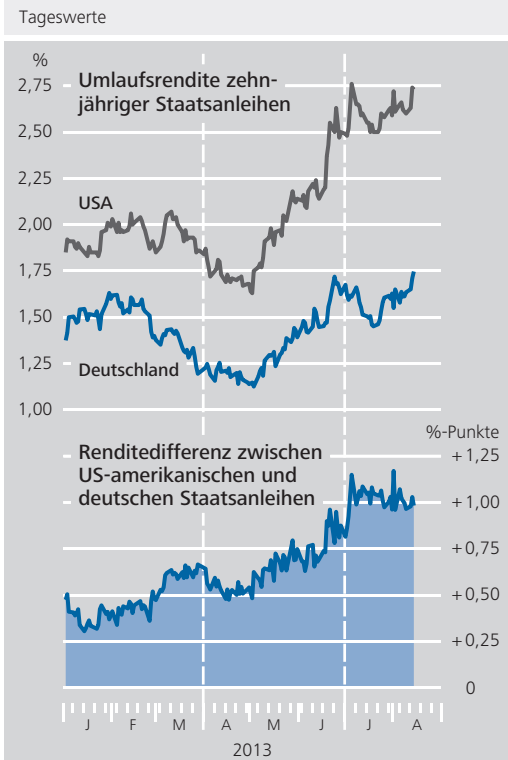
Internationale Rentenmärkte im Zeichen steigender Zinsen in den USA, ...

Die internationalen Rentenmärkte waren im zweiten Quartal von zunächst fallenden, dann aber rasch steigenden Zinsen gekennzeichnet. Besonders ausgeprägt war der Renditeanstieg in den USA, wo die Zinsen zehnjähriger Treasuries von 1,6% im Mai und Juni auf in der Spitze knapp 2,8% anzogen. Ausschlaggebend hierfür dürften die erwähnten Spekulationen über den Kurs der US-amerikanischen Geldpolitik gewesen sein, die auch zu der Vermutung führten, dass der Pfad künftiger US-Leitzinsen möglicherweise steiler als bislang vermutet verlaufen könnte. Zudem stiegen mit den Renditen die Laufzeitprämien, die sich unter dem Einfluss der geldpolitischen Sondermaßnahmen auf historisch niedrigen Niveaus bewegt hatten. Nachdem die US-amerikanische Notenbank dann aber im Juli ihre Absicht zu einer weiter expansiven Geldpolitik bekräftigt und mitgeteilt hatte, ihre beschlossenen monatlichen Anleihekäufe im bisherigen Umfang von 85 Mrd US-\$ bis auf Weiteres beizubehalten, machten US-Staatsanleihen ihre vorangegangenen Wertverluste zunächst etwas wett. Zuletzt zogen die Renditen unter dem Einfluss insgesamt positiv aufgenommener US-Konjunkturdaten aber spürbar an und lagen bei Abschluss dieses Berichts wieder bei 2,8%. Gemessen an den zehnjährigen nominalen Consensus-Wachstumserwartungen (4¾%) erscheint dieses Renditeniveau jedoch weiterhin relativ niedrig.

... in Deutschland und den EWU-Kernländern sowie ...

Über den Zinsverbund mit den USA haben die Kurse zehnjähriger Anleihen des Bundes (sowie Anleihen von EWU-Kernländern) die Preisbewegungen gleich lang laufender US-Treasuries teilweise nachvollzogen. Nachdem die deutschen Kapitalmarktzinsen Anfang Mai unmittelbar nach dem Zinsschritt des Eurosystems zunächst bis auf gut 1,1% nachgegeben hatten, legten die Renditen bis zur Jahresmitte um mehr als ½ Prozentpunkt auf über 1,7% zu. Für sich genommen wirkten zudem einige verbesserte konjunkturelle Indikatoren in Deutschland und

Anleiherenditen in Deutschland und in den USA

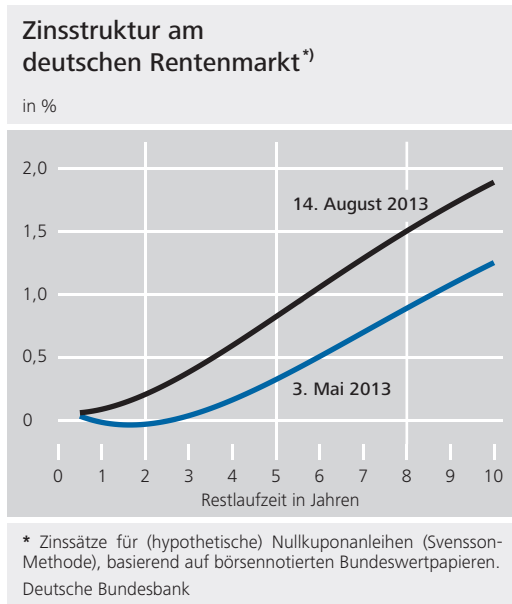


Deutsche Bundesbank

im Euro-Raum renditestützend. Im Ergebnis weitete sich der Zinsvorsprung der USA gegenüber Deutschland um 35 auf knapp 105 Basispunkte aus.

Die längerfristigen Zinsen in größeren Peripherieländern fielen mit der Leitzinssenkung des Eurosystems ebenfalls, und zwar zunächst sogar auf den tiefsten Stand seit dem Jahr 2010. Der von den US-Treasuries ausgehende Impuls übertrug sich aber auch auf die Kurse von Staatsanleihen der Peripherieländer, deren Renditen innerhalb kurzer Zeit um mehr als 100 Basispunkte anzogen. Seit der Jahresmitte gaben sie aber wieder nach und lagen bei Abschluss dieses Berichts mit Ausnahme portugiesischer Staatsanleihen unterhalb ihrer Niveaus von Ende März 2013. Hierzu hat neben dem einsatzfähigen, aber noch nicht aktivierten Anleihekaufprogramm des Eurosystems (OMT) auch das leicht aufgehellte Konjunkturbild des Euro-Raums insgesamt beigetragen, vor dessen Hintergrund Marktteilnehmer die Ausfallrisiken

... fallender Renditen in der EWU-Peripherie



tierten mit zuletzt knapp 0,8% rund 20 Basispunkte höher als Ende März. Das entspricht ungefähr den langfristigen Wachstumserwartungen für Japan, die zwischen April und Juli bei Umfragen (Consensus Forecast) ermittelt wurden.

Die aus Bundeswertpapieren ermittelte deutsche Zinsstruktur wurde im Quartalsverlauf steiler. Die Differenz zwischen zehnjährigen Anleihen liegt derzeit mit knapp 170 Basispunkten etwa 30 Basispunkte über dem Niveau von Ende März und knapp 45 Basispunkte über dem Durchschnitt seit Gründung der EWU. Ausschlaggebend hierfür waren die aus den USA kommenden Zinsauftriebskräfte seit Anfang Mai, die besonders stark auf das lange Ende des Laufzeitspektrums wirkten und hier zu einem Anstieg von knapp 60 Basispunkten führten. Im Laufzeitsegment zwischen einem Jahr und drei Jahren, wo die Renditen bis in den Mai hinein negativ waren, liegen die Renditen nun wieder deutlich im Plus. Hierin spiegelt sich, dass viele Spannungsindikatoren insgesamt auf recht niedrigem Niveau verblieben und zum Teil deutlich unterhalb ihrer Fünfjahresdurchschnitte liegen.

Deutsche Zinsstrukturkurve steiler

geringer einschätzten. Hierfür sprechen zumindest die – mit Ausnahme von Portugal – ebenfalls gesunkenen CDS-Prämien der Programm- und Reformländer. Weiterhin bestehende Zweifel über die Durchführung notwendiger politischer Reformen vor allem in den Peripherieländern rückten dabei etwas in den Hintergrund. Die Ratingherabstufungen von Italien und Frankreich belasteten die Märkte in diesem Umfeld kaum.

Renditedifferenzen in der EWU im Ergebnis weiter eingeengt

Der BIP-gewichtete Renditeabstand von Staatsanleihen der übrigen EWU-Länder und laufzeitgleichen Bundesanleihen lag am Ende des Berichtszeitraums mit 170 Basispunkten zuletzt rund 70 Basispunkte unter seinem Stand zum Ende des ersten Quartals und damit sogar leicht unterhalb seines Fünfjahresdurchschnitts. Auch die Zinsdispersion zwischen langfristigen Staatsanleihen innerhalb des Euro-Raums hat sich im Ergebnis eingeengt.

Steigende Renditen auch in Japan

Traditionell schwächer ausgeprägt ist der internationale Zinsverbund mit Japan, wo eher binenwirtschaftliche Faktoren dominieren. Vor dem Hintergrund eines Bündels an fiskalischen und monetären Maßnahmen, die mit dem Ziel beschlossen wurden, die Deflation zu bekämpfen und nachhaltiges Wachstum zu fördern, legten aber auch die Langfristzinsen in Japan zu: Zehnjährige japanische Staatsanleihen ren-

Gemessen an inflationsindexierten Anleihen sind die Realzinsen seit Ende März stärker gestiegen als die nominalen Renditen. Dieser Unterschied im Zinsanstieg ist im fünfjährigen Laufzeitbereich besonders ausgeprägt, was bei niedrigeren Kassa-break-even-Inflationsraten (BEIR) zu gestiegenen Termininflationserwartungen für den harmonisierten europäischen Verbraucherpreisindex ohne Tabakwaren führte. Die aus deutschen und französischen Indexanleihen ermittelte Termin-BEIR für fünf bis zehn Jahre stieg seit Ende März von 1,9% auf zuletzt 2,0%. Die weniger von Sicherheitszuflüssen in Nominalanleihen beeinflussten, zwischen Banken gehandelten Inflationsswaps weisen auf keine nennenswert veränderte Termininflationssrate hin.

Termininflationserwartungen gestiegen

Die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen am Kapitalmarkt sind weiterhin günstig.

Anpassung der Berechnung von effektiven Wechselkursen sowie Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit im August 2013

Beginnend mit dieser Ausgabe werden im Monatsbericht effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ausgewiesen, die auf einem in zweifacher Hinsicht umgestellten Berechnungsverfahren basieren. Zum einen wird Kroatien, das zum 1. Juli 2013 der Europäischen Union (EU) beigetreten ist, in den mittleren Länderkreis aufgenommen. Von dieser Anpassung sind zahlreiche effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit betroffen. Ihre Auswirkung bleibt aber aufgrund des geringen Gewichts Kroatiens in der Regel vernachlässigbar. Zum anderen konnte der bisher nicht vorliegende Deflator des Gesamtabsatzes für China approximiert werden. Diese Anpassung betrifft zwar nur wenige (wenn auch maßgebliche) Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, sie führt aber zu einer erheblichen Veränderung der entsprechenden Indikatoren, auch für Deutschland.

In der Tabelle XII.13 des Statistischen Teils des Monatsberichts (bis Juli 2013 Tabelle XI.13) werden effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ausgewiesen. Der nominale effektive Wechselkurs des Euro bildet den gewichteten Durchschnitt der bilateralen Euro-Wechselkurse gegenüber wichtigen Handelspartnern ab. Reale effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands werden ebenfalls gegenüber dem gewichteten Durchschnitt wichtiger Handelspartner berechnet, berücksichtigen aber neben nominalen Wechselkursen auch die Preisentwicklung im In- und Ausland. Eine nominale effektive Abwertung des Euro begünstigt die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ebenso

wie ein im Vergleich zum gewichteten Durchschnitt der wichtigsten Handelspartner geringerer heimischer Preisauftrieb.

Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union

Der Beitritt Kroatiens zur EU am 1. Juli 2013 macht eine Anpassung einiger Indikatoren notwendig. Der bisherige Kreis von 20 Handelspartnern, gegenüber dem mehrere effektive Euro-Kurse ermittelt wurden („EWK-20“), beinhaltet standardmäßig auch alle nicht dem Euro-Raum angehörenden EU-Länder. Dieser Kreis wird nun um Kroatien auf 21 Handelspartner erweitert („EWK-21“). Dies betrifft sowohl den nominalen effektiven Wechselkurs des Euro als auch alle drei in der Tabelle des Monatsberichts angegebenen realen effektiven Euro-Kurse.

Von den Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands werden diejenigen angepasst, die bisher gegenüber einem Kreis von 36 Ländern berechnet wurden. Dieser Länderkreis umfasste bisher neben den übrigen Staaten der Europäischen Währungsunion (EWU) den EWK-20. Analog zu dessen Erweiterung wird dieser Wettbewerbsindikator nun unter Einschluss Kroatiens gegenüber 37 Handelspartnern ermittelt. Aufgrund des geringen Gewichts Kroatiens im Außenhandel der EWU (zuletzt 0,63% im EWK-21) beziehungsweise Deutschlands (zuletzt 0,23% im erwähnten Kreis von 37 Ländern) beeinflusst diese Umstellung die betroffenen effektiven Euro-Kurse und Wettbewerbsindikatoren Deutschlands nur in sehr geringem Maße.

Deflator des Gesamtabsatzes für China

Anders verhält es sich bei der zweiten Anpassung. Diese betrifft von den in Tabelle XII.13 des Monatsberichts ausgewiesenen

Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber 36 Ländern

1. Vj. 1999 = 100, vierteljährlich, log. Maßstab¹⁾

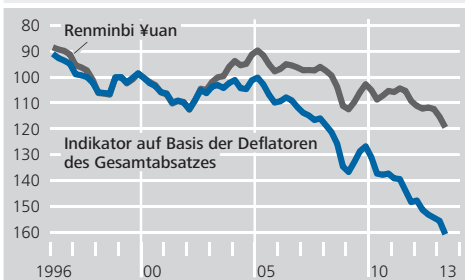


1 Skala invertiert: Anstieg der Kurven (Rückgang der Werte) kennzeichnet Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. **2** Der Indikator erfasste China bislang nicht. Er wurde de facto also nur gegenüber 35 Ländern ausgewiesen.

Deutsche Bundesbank

Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft und nominaler effektiver Wechselkurs des Renminbi ¥uan gegenüber 37 Ländern

1. Vj. 1999 = 100, vierteljährlich, log. Maßstab¹⁾



1 Skala invertiert: Anstieg der Kurven (Rückgang der Werte) kennzeichnet Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft bzw. Abwertung des Renminbi ¥uan.

Deutsche Bundesbank

Zeitreihen ausschließlich den Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes gegenüber 37 (bisher 36) Ländern. Zu den in diesem Länderkreis berücksichtigten Handelspartnern gehört auch China. Im Falle dieses besonders aussagekräftigen Indikators blieb China aufgrund fehlender Daten bisher unberücksichtigt. Dies lag daran, dass China zwar Daten zu seinen nominalen Importen, nicht aber zu seinen realen Importen veröffentlicht. Letztere sind jedoch für die Ermittlung des Deflatoren des Gesamtabsatzes erforderlich. Dem wird nun dadurch begegnet, dass beim realen Import auf Daten aus dem „World Economic Outlook“ (WEO) des Internationalen Währungs-

fonds zurückgegriffen wird. Hierbei werden die offiziellen nominalen Importe Chinas mithilfe eines Importdeflatoren bereinigt.¹⁾

Das obere Schaubild stellt die Entwicklung des infrage stehenden Indikators der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dar. Die graue Kurve gibt den bisher verwendeten Indikator ohne Berücksichtigung Chinas wieder, die blaue den neuen Indikator mit China.²⁾ Der Unterschied zwischen den zwei Zeitreihen war bis zum Jahr 2007 vergleichsweise gering. Das lag an dem bis dahin noch relativ geringen Gewicht Chinas. Ab 2007 geht China jedoch infolge seines stark gestiegenen Handelsvolumens in den betrachteten Länderkreis mit einem Gewicht von 9,7% in die Berechnung ein, das nur noch von dem Frankreichs (9,9%) übertroffen wird.³⁾ Dem neuen Indikator zufolge hat sich seither die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands noch stärker verbessert, als dies der alte Indikator anzeigte. Am aktuellen Rand macht der Unterschied 3 Prozentpunkte aus.

Die blaue Kurve im unteren Schaubild spiegelt die Entwicklung des Indikators der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft gegenüber 37 Ländern auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes wider. Dieser zeigt vom ersten

1 Bis 2004 wird dafür der WEO Importdeflator verwendet, der sich als gewichtetes Mittel aus den Exportpreisen der wichtigsten chinesischen Handelspartner sowie aus den Weltmarktpreisen für Chinas Rohstoffeinfuhren darstellt. Ab 2005 findet der offizielle Importdeflator für Warenimporte, wie er von der chinesischen Zollbehörde ausgewiesen wird, Verwendung. Die Berechnung des Deflatoren des Gesamtabsatzes kann aber wegen fehlender Daten nur in jährlicher Frequenz erfolgen. Die benötigten Quartalsreihen werden daraus interpoliert. Fehlende Quartalswerte am aktuellen Rand werden mit Hilfe des chinesischen Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts, der sich in der Vergangenheit recht ähnlich entwickelt hat, fortgeschrieben.

2 Kroatien ist bei keiner der beiden Kurven berücksichtigt.

3 Die verwendeten Gewichte werden im Einklang mit der Entwicklung der Handelsverflechtungen regelmäßig angepasst. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Neuberechnung der Gewichte für die Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, Monatsbericht, Februar 2012, S. 36 f.

Quartal 2005 bis zum zweiten Quartal 2013 eine rasante Verschlechterung um etwa 60% an. Die graue Kurve im unteren Schaubild auf Seite 52 beschreibt die nominale effektive Wechselkursentwicklung des Renminbi. Sie verdeutlicht, dass die Veränderung des Indikators der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Chinas seit dem ersten Quartal 2005 nur etwa zur Hälfte auf eine nominale effektive Aufwertung des Renminbi zurückgeht. In ähnlichem Umfang ist sie also auch einem im Vergleich zum Ausland höheren Preisauftrieb in China zuzuschreiben.

Schlussbemerkung

Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit sind allerdings mit Vorsicht zu interpretieren. Im vorliegenden Fall muss insbesondere mit ins Bild genommen werden, dass der zuletzt betrachtete Länderkreis auch Schwellen- und ehemalige Transformationsländer wie eben China enthält,

die sich im Aufholprozess zu den Industrieländern befinden. Bei der Interpretation entsprechender Indikatoren sollte deshalb auch die Produktivitätsentwicklung der beteiligten Staaten berücksichtigt werden. Hier ist festzustellen, dass in China in den vergangenen Jahren auch die Produktivität stärker zugenommen hat als im gewichteten Durchschnitt der Partnerländer. Aus diesem Grunde überzeichnet der Indikator tendenziell sowohl die dargestellte Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands (siehe oberes Schaubild auf S. 52, blaue Kurve) als auch die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Chinas (siehe unteres Schaubild auf S. 52, blaue Kurve). Im Falle Deutschlands bleibt aber der verzerrende Einfluss eher gering.

Finanzierungsbedingungen von Unternehmen günstig

Zwar schlug sich der Renditeanstieg von Bundesanleihen auch in Unternehmensanleihen mit einer Restlaufzeit von sieben bis zehn Jahren und einem BBB-Rating nieder, deren Rendite sich leicht auf 3,7% erhöhte (+20 Basispunkte). Trotz dieses moderaten Anstiegs bewegen sich die Renditen im langjährigen Vergleich noch auf einem sehr niedrigen Niveau und liegen auch deutlich unter ihren Werten aus der Vorkrisenzeit. Anleihen finanzieller Unternehmen rentierten mit 4,9% weiterhin über Schuldverschreibungen nichtfinanzieller Unternehmen 3,3%.²⁾ Die Renditeaufschläge gegenüber Bundesanleihen gleicher Laufzeit engten sich auf 330 Basispunkte für finanzielle und auf 165 Basispunkte für nichtfinanzielle Unternehmensanleihen ein. Die rückläufigen Spreads, die jeweils unter ihrem Fünfjahresdurchschnitt liegen, stehen im Einklang mit ebenfalls gefallenem Kreditausfallrisikoprämien (iTraxx) und Liquiditätsprämien. Sie deuten darauf hin, dass für die Anleger die Suche nach Rendite („search for yield“) trotz der gestiege-

nen sicheren Zinsen weiterhin ein relevantes Motiv darstellt.

Das Brutto-Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt belief sich im zweiten Quartal 2013 auf 396 Mrd €; es lag somit über dem Wert des Vorquartals (379½ Mrd €). Nach Abzug der gestiegenen Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten wurden im Ergebnis 19½ Mrd € getilgt. Weiterhin brachten ausländische Schuldner Papiere im Wert von 28½ Mrd € am deutschen Markt unter. Das Mittelaufkommen am deutschen Rentenmarkt betrug im Berichtszeitraum somit im Ergebnis 9½ Mrd €.

Die öffentliche Hand nahm im zweiten Quartal den Rentenmarkt mit 8 Mrd € in Anspruch, verglichen mit 7 Mrd € im Quartal zuvor. In diesen

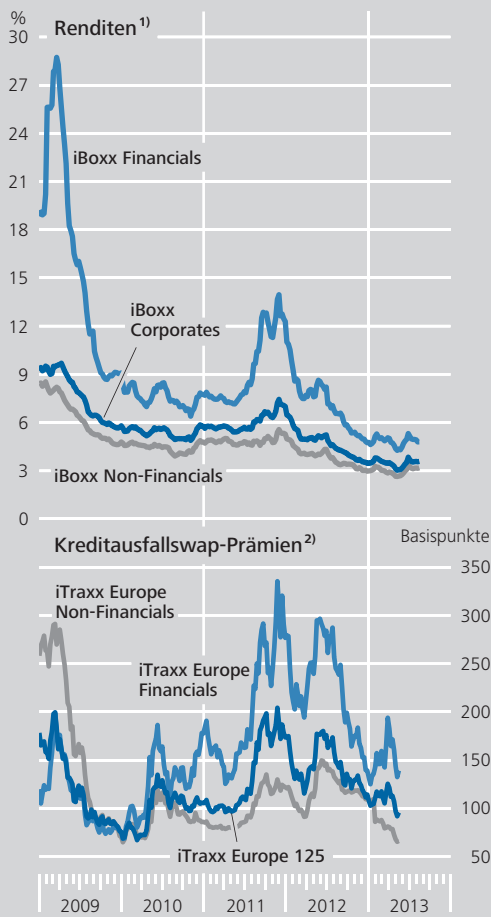
Nettoabsatz am Rentenmarkt

Mittelaufnahme öffentlicher Stellen

²⁾ Hierbei werden Renditen von Anleihen der Unternehmen aus den nach Ratingklassen unterschiedenen Anleiheindizes von iBoxx zugrunde gelegt.

Finanzierungsbedingungen für Unternehmen im Euro-Raum

Wochendurchschnitte



1 Euro denominated BBB-Anleihen mit einer Restlaufzeit von sieben bis zehn Jahren, zusammengefasst in den Rentenmarktindizes (iBoxx) der International Index Company. Quelle: Thomson Reuters. **2** Prämien für fünfjährige Kreditausfallswap (CDS)-Kontrakte, abgebildet in den Indizes (iTraxx) der International Index Company. Quelle: Bloomberg.

Deutsche Bundesbank

Zahlen sind auch die Emissionen von Abwicklungsanstalten deutscher Banken enthalten, die statistisch dem öffentlichen Sektor zuzurechnen sind. Der Bund emittierte vor allem zehnjährige Anleihen (18½ Mrd €). Dem standen Nettotilgungen von Bundesobligationen in Höhe von 12 Mrd € gegenüber. Die Länder tilgten im Berichtsquartal im Ergebnis Anleihen für 4 Mrd €.

Nettotilgungen von Unternehmensanleihen

Inländische Unternehmen tilgten im zweiten Quartal Schuldverschreibungen für per saldo 2½ Mrd €, und zwar im Ergebnis überwiegend Titel mit Laufzeiten von über einem Jahr. Dabei kam es zu gegenläufigen Entwicklungen bei

nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften einerseits und sonstigen Finanzinstituten beziehungsweise Versicherungsunternehmen andererseits.

Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften emittierten im zweiten Dreimonatsabschnitt dieses Jahres 4 Mrd €. Sie setzten in diesem Jahr bereits verbrieft Schuldtitel für 12½ Mrd € ab und damit nahezu doppelt so viel wie im Vorjahreszeitraum (6½ Mrd €). Offenbar nutzen viele Firmen die zurzeit historisch günstigen Finanzierungsbedingungen.

Nettoabsatz von nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften ...

Die inländischen Kreditinstitute, die in der Finanzkrise ein kräftiges Einlagenwachstum verzeichnet und Mittelzuflüsse aus dem Ausland erhalten hatten, führten hingegen im Berichtsquartal – wie bereits in den Quartalen zuvor – ihre Kapitalmarktverschuldung weiter zurück (25 Mrd €, gegenüber 27 Mrd € im ersten Quartal). Dabei tilgten sie vor allem Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute (11 Mrd €), aber auch die flexibel gestaltbaren Sonstigen Bankschuldverschreibungen (8½ Mrd €), Öffentliche Pfandbriefe sowie Hypothekendarlehen (4½ Mrd € bzw. 1 Mrd €).

... stehen Nettotilgungen der Kreditinstitute gegenüber

Als Erwerber am heimischen Anleihemarkt traten im zweiten Quartal einzig inländische Nichtbanken in Erscheinung, die Rentenwerte für 28 Mrd € in ihre Portfolios aufnahmen. Dabei standen ausländische Titel, aber auch Anleihen der öffentlichen Hand im Fokus des Anlageinteresses (23 Mrd € bzw. 10 Mrd €). Heimische Kreditinstitute trennten sich hingegen von zinstragenden Papieren (2½ Mrd €). Bei der Bundesbank reduzierten sich die Bestände in erster Linie durch Tilgungen von Anleihen, die im Rahmen der Euro-Ankaufprogramme erworben worden waren. Anders als inländische Nichtbanken verringerten ausländische Investoren ihre Nettobestände an deutschen Schuldverschreibungen. Sie veräußerten Zinstitel privater Emittenten (13½ Mrd €) und hielten sich angesichts des insgesamt ruhigeren Finanzmarktumfelds auch beim Erwerb von

Erwerb von Schuldverschreibungen

den als sehr sicher geltenden Bundesanleihen zurück. Mit 1 Mrd € nahmen sie netto jedenfalls deutlich weniger deutsche Staatsanleihen in ihre Depots als im Quartalsdurchschnitt seit Beginn der Finanz- und Staatsschuldenkrise Mitte 2007 (16½ Mrd €). Hierzu passen auch die im Ergebnis anziehenden deutschen Renditen.

Auf und Ab an Aktienmärkten bis Ende Juni

Die internationalen Aktienmärkte haben sich im zweiten Quartal 2013 im Ergebnis freundlich entwickelt. Dabei hielten sich kursstützende und belastende Einflüsse bis Ende Juni die Waage. Zu Beginn des Quartals sorgten das globale Niedrigzinsumfeld, das Portfolioumschichtungen zugunsten von Aktien begünstigt, und verbesserte Konjunkturdaten vor allem in den USA weltweit für Kursauftrieb. Japanische Dividentitel zogen zudem vor dem Hintergrund der massiv ausgeweiteten geldpolitischen Lockerung der Bank of Japan und verbesserter Exportaussichten japanischer Unternehmen an. Die in diesem Umfeld erzielten Kursgewinne wurden aber nach den oben erwähnten Andeutungen der Fed zu verlangsamt Anleihekäufen zunächst wieder aufgezehrt. Die daraufhin steigenden Staatsanleiherenditen, die über einen höheren Diskontfaktor den Barwert zukünftiger Unternehmensgewinne reduzieren und ein Engagement in Staatsanleihen attraktiver machen, setzten die Aktienkurse weltweit unter Druck. Zusätzlich belastet wurden die internationalen Aktienmärkte durch Anspannungen am chinesischen Geldmarkt, die Sorgen vor einer Kreditklemme in China schürten.

Kursgewinne gegen Ende des Berichtszeitraums

Gegen Ende des Berichtszeitraums nährten Signale der Fed, lange an der expansiven Geldpolitik festzuhalten, relativ günstige US-Arbeitsmarktzahlen und positive Quartalsergebnisse US-amerikanischer Unternehmen jedoch erneut den Optimismus der Anleger. In der EWU stützten aufkommende Hoffnungen auf ein Ende der Rezession, verbesserte Konjunkturindikatoren für Deutschland und die verfestigte Erwartung niedriger zukünftiger Leitzinsen die Aktienkurse. Im Ergebnis legten der CDAX seit Ende März um 5,0%, der Euro Stoxx um 8,0%

Mittelanlage an den deutschen Wertpapiermärkten

Mrd €

Position	2012		2013	
	2. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	
Schuldverschreibungen				
Inländer	- 16,0	2,6	21,8	
Kreditinstitute	- 21,6	- 14,9	- 2,5	
darunter:				
ausländische Schuldverschreibungen	- 14,8	- 2,7	8,9	
Deutsche Bundesbank	- 1,2	- 4,1	- 3,7	
Übrige Sektoren	6,8	21,6	28,1	
darunter:				
inländische Schuldverschreibungen	- 12,2	- 8,7	5,3	
Ausländer	16,6	10,8	- 12,6	
Aktien				
Inländer	- 15,0	14,4	11,3	
Kreditinstitute	- 11,4	8,3	- 1,1	
darunter:				
inländische Aktien	- 11,9	4,4	- 1,3	
Nichtbanken	- 3,7	6,0	12,4	
darunter:				
inländische Aktien	3,7	2,1	6,8	
Ausländer	9,7	- 5,4	1,8	
Investmentzertifikate				
Anlage in Spezialfonds	15,8	24,5	13,0	
Anlage in Publikumsfonds	- 0,4	5,0	1,5	
darunter:				
Aktienfonds	- 1,4	0,0	- 1,0	

Deutsche Bundesbank

Kurse an wichtigen Aktienmärkten*)

Wochendurchschnitte



Quellen: Deutsche Börse AG, Thomson Reuters und eigene Berechnungen. * Kursindizes (ohne Berücksichtigung bzw. Wiederanlage von Dividenden). **1** Erwartete Volatilität in den kommenden 30 Tagen, berechnet aus Preisen von Optionen auf den DAX.

Deutsche Bundesbank

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2012		2013	
	2. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	
I. Leistungsbilanz 1) 2)	+ 41,4	+ 45,1	+ 45,3	
Außenhandel 1) 3)	+ 48,0	+ 49,3	+ 48,5	
Dienstleistungen 1)	+ 1,4	- 0,2	+ 0,0	
Erwerbs- und Vermögenseinkommen 1)	+ 7,3	+ 18,7	+ 8,0	
Laufende Übertragungen 1)	- 6,4	- 15,8	- 7,5	
II. Vermögensübertragungen 1) 4)	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	
III. Kapitalbilanz 1)				
(Netto-Kapitalexport: -)	- 49,2	- 40,7	- 61,5	
1. Direktinvestitionen	- 6,0	- 12,0	- 12,5	
Deutsche Anlagen im Ausland	- 11,4	- 19,7	- 5,5	
Ausländische Anlagen im Inland	+ 5,4	+ 7,7	- 7,0	
2. Wertpapiere	+ 23,5	- 41,1	- 46,6	
Deutsche Anlagen im Ausland	- 0,4	- 46,7	- 36,0	
Aktien	- 1,4	- 9,8	- 3,3	
Investmentzertifikate	+ 3,7	- 10,7	- 4,1	
Schuldverschreibungen	- 2,8	- 26,1	- 28,7	
Anleihen 5)	- 3,8	- 21,1	- 29,8	
darunter: auf Euro lautende Anleihen	- 4,6	- 20,9	- 22,8	
Geldmarktpapiere	+ 1,0	- 5,0	+ 1,1	
Ausländische Anlagen im Inland	+ 23,9	+ 5,5	- 10,6	
Aktien	+ 9,7	- 5,4	+ 2,8	
Investmentzertifikate	- 2,4	+ 0,1	- 0,8	
Schuldverschreibungen	+ 16,6	+ 10,8	- 12,6	
Anleihen 5)	+ 10,5	- 1,5	- 18,3	
darunter: öffentliche Anleihen	+ 22,9	+ 6,8	+ 2,7	
Geldmarktpapiere	+ 6,1	+ 12,3	+ 5,7	
3. Finanzderivate 6)	- 7,5	- 3,9	- 6,1	
4. Übriger Kapitalverkehr 7)	- 58,5	+ 16,4	+ 3,8	
Monetäre Finanzinstitute 8)	- 12,7	- 8,8	- 13,7	
darunter: kurzfristig Unternehmen und Privatpersonen	- 16,7	- 10,2	- 24,5	
darunter: kurzfristig Staat	+ 10,8	- 19,7	+ 5,9	
darunter: kurzfristig Bundesbank	+ 9,6	- 15,8	+ 8,2	
darunter: kurzfristig Bundesbank	- 10,9	+ 4,1	+ 9,4	
darunter: kurzfristig Bundesbank	- 11,9	+ 3,9	+ 8,3	
darunter: kurzfristig Bundesbank	- 45,7	+ 40,8	+ 2,1	
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) 9)	- 0,8	- 0,1	- 0,1	
IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen (Restposten)	+ 7,4	- 4,8	+ 15,9	

1 Saldo. 2 Enthält auch die Ergänzungen zum Warenverkehr. 3 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). 4 Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern. 5 Ursprungslaufzeit über ein Jahr. 6 Verbriefte und nicht verbiefte Optionen sowie Finanztermingeschäfte. 7 Enthält Finanz- und Handelskredite, Bankguthaben und sonstige Anlagen. 8 Ohne Bundesbank. 9 Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

Deutsche Bundesbank

und der US-amerikanische S&P 500 um 5,9% zu. Aktien im japanischen Nikkei-Index gewannen sogar 10,9% an Wert. Europäische Banktitel verzeichneten mit 19,8% einen merklich höheren Wertzuwachs als der Gesamtmarkt, wozu vor allem irische und italienische Kreditinstitute beitrugen, die auch an steigenden Kursen von Staatsanleihen aus der EWU-Peripherie partizipieren.

Die Unsicherheit der Aktienmarktteilnehmer über die weitere Kursentwicklung blieb im zweiten Quartal im Ergebnis weitgehend unverändert. Gemessen an der impliziten Volatilität von Aktienoptionen lag die Kursunsicherheit damit beiderseits des Atlantiks weiterhin unter dem Fünfjahresdurchschnitt. Während sich das Kurs-Gewinnverhältnis europäischer Aktien (Euro Stoxx) auf 12,0 erhöhte, änderte sich die mit einem Dividendenbarwertmodell ermittelte, von Anlegern geforderte Aktienrisikoprämie (9,0%) kaum. Hierin kommt zum Ausdruck, dass die Analysten im Einklang mit den Kurszuwächsen und Hoffnungen auf eine Konjunkturaufhellung ihre Schätzungen zu den Unternehmensgewinnen (IBES) auf mittlere und längere Sicht etwas angehoben haben.

Implizite Volatilität kaum verändert

Die Emissionstätigkeit am heimischen Aktienmarkt belebte sich im zweiten Vierteljahr leicht. Inländische Unternehmen emittierten neue Aktien für 7 Mrd €; dabei handelte es sich überwiegend um börsennotierte Dividentitel. Der Löwenanteil entfiel hierbei auf einen Börsengang sowie Kapitalerhöhungen größerer finanzieller Unternehmen. Insgesamt hat sich in der jüngsten Vergangenheit jedoch ein leichter Trend abgezeichnet, dass die Emissionen von Aktien hinter denen von Schuldverschreibungen zurückblieben. Der Umlauf ausländischer Aktien am deutschen Markt stieg um 6 Mrd €. Erworben wurden Dividendenpapiere in erster Linie von heimischen Nichtbanken (12½ Mrd €), die sich per saldo eher in inländischen Titeln engagierten (7 Mrd €). Ausländische Investoren kauften Aktien für 2 Mrd €. Hingegen trennten sich die inländischen Kreditinstitute von Dividendenwerten in Höhe von 1 Mrd €.

Mittelaufnahme am Aktienmarkt und Aktienenerwerb

*Absatz und
Erwerb von
Investment-
zertifikaten*

Inländische Investmentgesellschaften verzeichneten im Berichtsquartal einen Mittelzufluss in Höhe von 14½ Mrd €, nach einem Aufkommen von 29½ Mrd € in den vorangegangenen drei Monaten. Die neuen Mittel kamen vor allem den institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds zugute (13 Mrd €). Unter den Anlageklassen konnten vor allem Gemischte Wertpapierfonds (7 Mrd €), aber auch Offene Immobilienfonds und Gemischte Fonds (je 2½ Mrd €) neue Anteile unterbringen. Am deutschen Markt vertriebene Fonds ausländischer Gesellschaften konnten im ersten Quartal 2013 im Ergebnis neue Mittel für 4 Mrd € akquirieren. Auf der Erwerberseite dominierten die heimischen Nichtbanken, die Anteilscheine für 19½ Mrd € in ihre Portfolios aufnahmen. Hierunter befanden sich in erster Linie heimische Papiere. Hingegen trennten sich ausländische Investoren von Investmentanteilen für netto 1 Mrd €. Inländische Kreditinstitute waren im Ergebnis nur marginal am Fondsmarkt beteiligt.

■ Direktinvestitionen

*Kapitalexporte
im Bereich
der Direkt-
investitionen*

Wie im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr, der Abflüsse im Umfang von netto 46½ Mrd € verzeichnete, ergaben sich auch im Bereich der Direktinvestitionen im zweiten Quartal 2013 Netto-Kapitalexporte. Im Ergebnis lagen diese mit 12½ Mrd € etwa auf dem Niveau des vorangegangenen Dreimonatsabschnitts. Ausschlaggebend für die Entwicklung war im Berichtszeitraum, dass einerseits deutsche Firmen

das Engagement bei ihren Auslandstöchtern ausweiteten (5½ Mrd €), während andererseits gebietsfremde Firmen von ihren hiesigen Niederlassungen Mittel abzogen (7 Mrd €).

Deutsche Konzernmütter stellten ihren ausländischen Niederlassungen im zweiten Vierteljahr Beteiligungskapital und reinvestierte Gewinne zur Verfügung (je 6 Mrd €). Dem standen Mittelzuflüsse nach Deutschland im konzerninternen Kreditverkehr in Höhe von 6½ Mrd € gegenüber. Entscheidend hierfür waren – vorwiegend langfristige – Kredite gebietsfremder Niederlassungen an hiesige verbundene Unternehmen in Höhe von 22½ Mrd €. Mit Abstand bedeutendste Quelle solcher „reversen“ Kredite waren im Berichtszeitraum die Niederlande (17½ Mrd €), wo traditionell Finanzierungsgesellschaften deutscher multinational operierender Unternehmen ihren Sitz haben. Umgekehrt haben deutsche Unternehmen vorwiegend nordamerikanische Tochtergesellschaften durch Kredite unterstützt (6 Mrd €), während die Aufstockungen beim Beteiligungskapital zu einem großen Teil nach Luxemburg geflossen sind (3½ Mrd €).

*Deutsche
Direkt-
investitionen
im Ausland*

Ausländische Investoren nutzten für ihren Mittelabzug vorwiegend den konzerninternen Kreditverkehr (5 Mrd €) sowie zu einem kleineren Teil Gewinnausschüttungen und Herabsetzungen des Beteiligungskapitals. Maßgeblich dafür waren im Berichtszeitraum Eigner aus Italien (2 Mrd €), Spanien und den Vereinigten Staaten (je 1½ Mrd €) sowie den arabischen Golfstaaten (1 Mrd €).

*Ausländische
Direkt-
investitionen in
Deutschland*

Konjunktur in Deutschland

Gesamtwirtschaftliche Lage

*Kräftiges
 Wachstum des
 BIP im zweiten
 Quartal 2013*

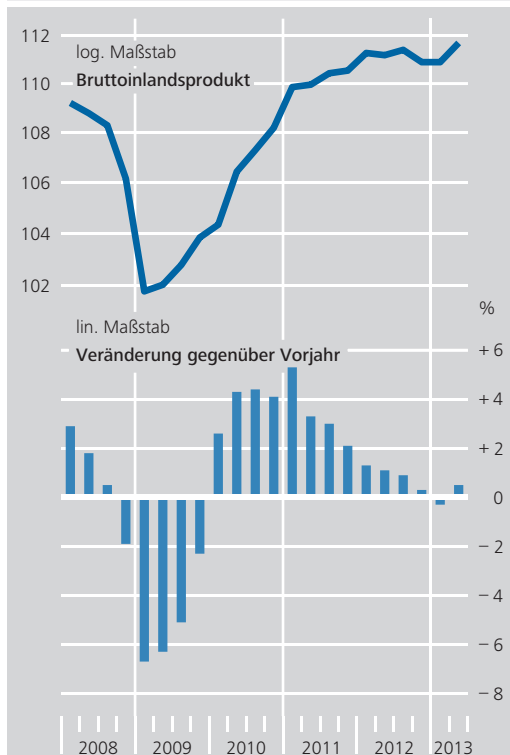
Die deutsche Wirtschaft hat im Frühjahr 2013 kräftig expandiert. Der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Vierteljahr saison- und kalenderbereinigt um 0,7% gegenüber dem Vorquartal. Die hohe Quartalswachstumsrate ist im Zusammenhang mit der Stagnation der Wirtschaftsleistung im ersten Vierteljahr zu sehen. Damals war die bereits angelegte konjunkturelle Belebung noch durch besonders ungünstige Witterungsbedingungen zurückgehalten worden. Mit der kräftigen Ausdehnung der Aktivität im Frühjahr dürfte die deutsche Wirtschaft zur Normalauslastung zurückgekehrt sein, nachdem es in der zweiten Jahreshälfte 2012 unter dem Eindruck der Verschärfung der Schuldenkrise im Euro-Gebiet und der globalen Konjunkturdelle zu

Abstrichen am gesamtwirtschaftlichen Nutzungsgrad gekommen war.

Zu der starken Ausweitung der Wirtschaftsleistung im Frühjahr hat beigetragen, dass die witterungsbedingten Einbußen in der Bautätigkeit, die das Wachstum im Winter belastet hatten, zu einem großen Teil ausgeglichen wurden. Auch vom privaten Konsum kam ein Nachfrageschub. Demgegenüber mangelte es im Zuge der schwierigen Anpassungsprozesse in einigen EU-Mitgliedsländern und der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in verschiedenen Schwellenländern weiterhin an größeren Impulsen von der Auslandsnachfrage. Infolgedessen war die Investitionstätigkeit der Unternehmen nach wie vor von Zurückhaltung geprägt. Dies spiegelte sich in der verhaltenen Zunahme der Beschäftigung wider.

Gesamtwirtschaftliche Produktion

2005 = 100, preis- und saisonbereinigt



Deutsche Bundesbank

Das Auslandsgeschäft der deutschen Unternehmen hat nach der Flaute im Winterhalbjahr wieder etwas zugenommen, konnte aber die Einbußen vom Herbst vergangenen Jahres bisher nicht wettmachen und blieb weiter hinter dem längerfristigen Expansionspfad zurück. Positiv zu verbuchen ist, dass die Warenlieferungen in die USA und nach Japan kräftig zugelegt haben. Zudem konnten die Exporte in die OPEC-Länder erheblich gesteigert werden. Demgegenüber gingen von den Ausfuhren in den Euro-Raum wieder dämpfende Einflüsse aus, und die Geschäfte der deutschen Unternehmen in den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländern ebten ungeachtet einer gewissen konjunkturellen Stabilisierung spürbar ab. Dem Absatz in Großbritannien fehlte es trotz gefestigter gesamtwirtschaftlicher Erholung ebenfalls an Aufwärtsdynamik. Nur geringe Impulse kamen aus dem Handel mit China und den anderen asiatischen Industrie- und Schwellenländern sowie Russland. Hier machte sich das nachlassende Wachstumstempo beziehungsweise die kraftlose gesamtwirtschaftliche Entwicklung bemerkbar.

*Ausfuhren
 wegen stärkerer
 Nachfrage aus
 Drittländern
 leicht gestiegen*

*Zunahme der
 Warenausfuhren
 breit angelegt*

Die Mehrnachfrage aus dem Ausland blieb, obwohl sie sich auf weite Bereiche der Produktpalette deutscher Exporteure erstreckte, vor allem deshalb recht bescheiden, weil es im Berichtszeitraum zu einem erheblichen Rückgang der Ausfuhren von Luftfahrzeugen sowie von Schiffen kam. Dies ist allerdings als Atempause zu werten, nachdem der Auslandsabsatz des sonstigen Fahrzeugbaus selbst während der jüngsten wirtschaftlichen Schwächephase ein hohes Niveau aufrechterhalten konnte. Die Exporte von chemischen und pharmazeutischen Produkten erreichten nur knapp das Niveau des Winterquartals. Die Ausfuhren von DV-Produkten, elektronischen und optischen Geräten sowie elektrischen Ausrüstungen zogen hingegen kräftig an. Bemerkenswert ist, dass nach fast einjähriger Durststrecke auch die Exporte von Maschinen deutlich zunahm. Kraftwagen und Kraftwagenteile waren von ausländischen Kunden ebenfalls wieder stärker gefragt. Hinzu kam, dass mehr Metalle und Metallerzeugnisse ins Ausland geliefert wurden.

*Ausrüstungs-
 investitionen
 weiter ohne
 Schwung*

Die Investitionen der Unternehmen in Ausrüstungen, die sich zu Jahresbeginn 2013 nach der Baisse im Jahr 2012 auf niedrigem Niveau stabilisiert hatten, haben im Frühjahr ungeachtet der kräftigen Expansion der Wirtschaftsleistung nur wenig an Schwung gewonnen. Die Kapitalbildung im inländischen Unternehmenssektor war trotz reichlicher Eigenmittel und günstiger Finanzierungsmöglichkeiten nach wie vor von Zurückhaltung geprägt. Wesentlich hierfür dürften die nachhaltig eingetrübten Absatzperspektiven vor allem im Euro-Gebiet sowie die fortbestehende wirtschaftspolitische Unsicherheit im Zusammenhang mit der Schuldenkrise gewesen sein. Überdies hat die Auslastung der Kapazitäten in der Industrie noch nicht wieder Normalniveau erreicht, sodass sich die Beschaffung neuer Anlagen weitgehend auf den Ersatzbedarf beschränkte. Zwar zogen die Importe von Ausrüstungsgütern in Teilbereichen spürbar an, und es wurden auch wieder mehr Nutzfahrzeuge zugelassen. Der Inlandsabsatz von Maschinen und Geräten konnte sich

Grundtendenzen im Außenhandel

saisonbereinigt, vierteljährlich



1 Bereinigt mit den Preisindizes für den Außenhandel.
 Deutsche Bundesbank

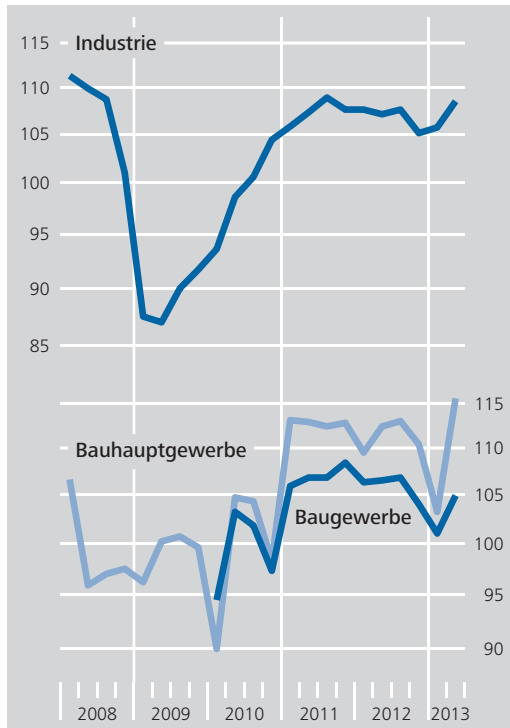
aber nicht vom gedrückten Niveau des Vorquartals lösen.

Die Bauinvestitionen haben im zweiten Vierteljahr 2013 kräftig zugelegt. Dabei spielten Auf- und Nachholeffekte eine große Rolle, nachdem die Bautätigkeit im ersten Quartal witterungsbedingt erheblich eingeschränkt worden war. Hinzu kam Schwung aufgrund zusätzlicher Nachfrage. So sind seit Jahresbeginn sehr viele Genehmigungen für Wohnbauten erteilt worden. Während der ersten Monate des Jahres war auch ein deutlicher Anstieg der Bauvorhaben der öffentlichen Hand und entsprechender

*Bauinvestitionen
 kräftig gestiegen*

Produktion in der Industrie und im Baugewerbe

2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Deutsche Bundesbank

titions-güter, und hier überwiegend IKT-Erzeugnisse und elektrische Ausrüstungen. Es wurden auch mehr Kraftwagen und Kraftwagenteile gekauft. Demgegenüber ließ die Einfuhr von Maschinen nach einer schwachen Erholung im Vorquartal wieder nach. Die Vorleistungsimporte zogen nur leicht an. Im Einklang mit der guten Konsumkonjunktur wurden die Bezüge von Konsumgütern aus dem Ausland deutlich ausgeweitet. Dies gilt auch für die Einfuhr von Energie.

■ Sektorale Tendenzen

Die deutsche Industrie hat im Frühjahr nach einem schwachen Winterhalbjahr 2012/2013 Fahrt aufgenommen. Den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes zufolge wurde die Erzeugung gegenüber dem Jahresanfangs-quarteral saisonbereinigt um 2 1/2% ausgeweitet. Die Auslastung der Kapazitäten stieg dem ifo Konjunkturtest zufolge saisonbereinigt von knapp 82% im April auf 83% im Juli an und blieb damit nur noch 1 Prozentpunkt hinter dem langjährigen Mittel zurück.

*Industrie-
produktion
deutlich aus-
geweitet,
Kapazitäts-
auslastung
erheblich
gestiegen*

Aufträge zu verzeichnen. Selbst die gewerbliche Baunachfrage zog zuletzt etwas an.

*Privater
Konsum robust
gewachsen*

Der private Verbrauch dürfte im Frühjahr 2013 unterstützt durch die gute Arbeitsmarktlage und die in den Tarifverträgen angelegten Lohn-zuwächse deutlich zugenommen haben, allerdings mit anderen Akzenten als im ersten Vierteljahr. Während die Einzelhandelsumsätze den vorläufigen statistischen Angaben zufolge nicht weiter zulegten, stiegen die Pkw-Zulassungen privater Halter spürbar an. Zudem füllten viele Haushalte nach dem lange anhaltenden kalten Wetter ihre Öltanks wieder auf, wobei ihnen die nachgebenden Heizölpreise gelegen kamen.

*Importe markant
zugenommen*

Die deutsche Wirtschaft hat im Frühjahr in erheblich größerem Umfang Waren aus dem Ausland bezogen als in den beiden Quartalen zuvor. Dabei nahmen die Lieferungen aus anderen EWU-Ländern deutlich stärker als die aus Drittstaaten zu. Gefragt waren vor allem Inves-

Zu dem kräftigen Produktionsanstieg trugen vor allem die Investitionsgüterhersteller bei, da die Automobilindustrie ihre Fertigung nach der Atempause im Winterhalbjahr wieder hochgefahren hat. Das Statistische Bundesamt berichtet eine Steigerung der Produktion um saisonbereinigt 11% gegenüber dem Vorquartal. Allerdings zeigt sich auf Basis der Verbandsstatistik der Automobilindustrie im Vorquartalsvergleich lediglich ein Zuwachs von 2 1/4% und auf Basis der Umsatzstatistik von 2%. Auch waren die Auftragseingänge in den vergangenen Monaten nicht stark gestiegen. Üblicherweise geben die unterschiedlichen Erhebungen sehr ähnliche Veränderungs-raten an. In anderen Wirtschaftszweigen des Investitionsgüter-gewerbes wurde die Produktion ebenfalls ausgeweitet, wobei das Plus im Maschinenbau mit 2% gegenüber dem Vorquartal recht beachtlich ausfiel. Darüber hinaus wurden etwas mehr Vorleistungsgüter hergestellt. Auch in diesem

Wirtschaftsbereich verbesserte sich die Auslastung der Kapazitäten, ohne das langjährige Mittel zu erreichen. Die Fertigung von Konsumgütern stagnierte nach einem Rückgang im Vorquartal trotz des sehr guten inländischen Konsumklimas auf niedrigem Niveau, sodass in diesem Bereich der Nutzungsgrad der Anlagen nicht gesteigert werden konnte. Dies zeigt, dass sich eine gute Konsumkonjunktur auch wegen des hohen Dienstleistungsanteils am privaten Verbrauch und der großen Bedeutung von importierten Konsumgütern nicht unmittelbar auf die inländische industrielle Fertigung auswirken muss.

Kräftiger Schub bei Bautätigkeit aufgrund von Nachholeffekten, Energieproduktion ebenfalls höher

Im Bauhauptgewerbe wurde die Produktion nach dem Ende des in diesem Jahr besonders lange anhaltenden kalten Winterwetters weit über die Normalauslastung hinaus erhöht. Angesichts der ohnehin günstigen Auftragslage waren die Bauunternehmen bestrebt, den Bearbeitungsrückstand schnell aufzuholen. Infolgedessen stieg die Produktion des Bauhauptgewerbes gegenüber dem ersten Jahresviertel saisonbereinigt um 12% an, und die Geräteauslastung erreichte im Juni gemäß den ifo Erhebungen mit 74% einen Höchststand. Die Nachholeffekte waren im Tiefbau, der im Allgemeinen unter kalter Witterung stärker als andere Bausparten leidet, am stärksten ausgeprägt (+15%). Die Hochbauleistungen des Bauhauptgewerbes nahmen um gut ein Zehntel zu. Im Ausbaugewerbe kam es saisonbereinigt zu einem Rückgang der Erzeugung um 4% gegenüber dem ersten Quartal. Dies könnte mit den Produktionseinschränkungen im Bauhauptgewerbe während der Wintermonate in Verbindung gestanden haben. Gleichwohl ist aber bei der Interpretation zu berücksichtigen, dass die für das Ausbaugewerbe zur Verfügung stehenden Angaben mit erheblicher Unsicherheit behaftet sind. Die Energieerzeugung ist im Berichtszeitraum saisonbereinigt mit 2¼% spürbar gestiegen.

Die verfügbaren Indikatoren deuten darauf hin, dass der Dienstleistungssektor im zweiten Vierteljahr erneut expandiert hat. Allerdings ergab

sich über die einzelnen Sparten ein gemischtes Bild. Das Transportgewerbe profitierte wahrscheinlich vom Produktionsanstieg in der Industrie und den witterungsbedingten Nachholeffekten in der Bauwirtschaft. Dies signalisiert die starke Zunahme der Fahrleistung inländischer Lkw auf mautpflichtigen Straßen. Zudem beurteilten die unternehmensnahen Dienstleister den Befragungen des ifo Instituts zufolge ihre Geschäftslage im Frühjahr weiterhin positiv. Dagegen setzte sich die Stagnation der Großhandelsumsätze in der Tendenz fort. Die Geschäfte des Kfz-Handels florierten; ausschlaggebend dafür war die Nachfrage von privaten Haltern, während die Käufe von Gewerbetreibenden zurückgingen. Der Einzelhandel, dem die ausgeprägte Konsumlaune der privaten Haushalte zugutekam, hielt das erhöhte Umsatzniveau der Vormonate. Das Gastgewerbe verbuchte aber – möglicherweise infolge des kalten Wetters zu Frühjahrsbeginn – ein Umsatzminus.

Dienstleistungssektor expandiert, aber Unterschiede zwischen den Sparten

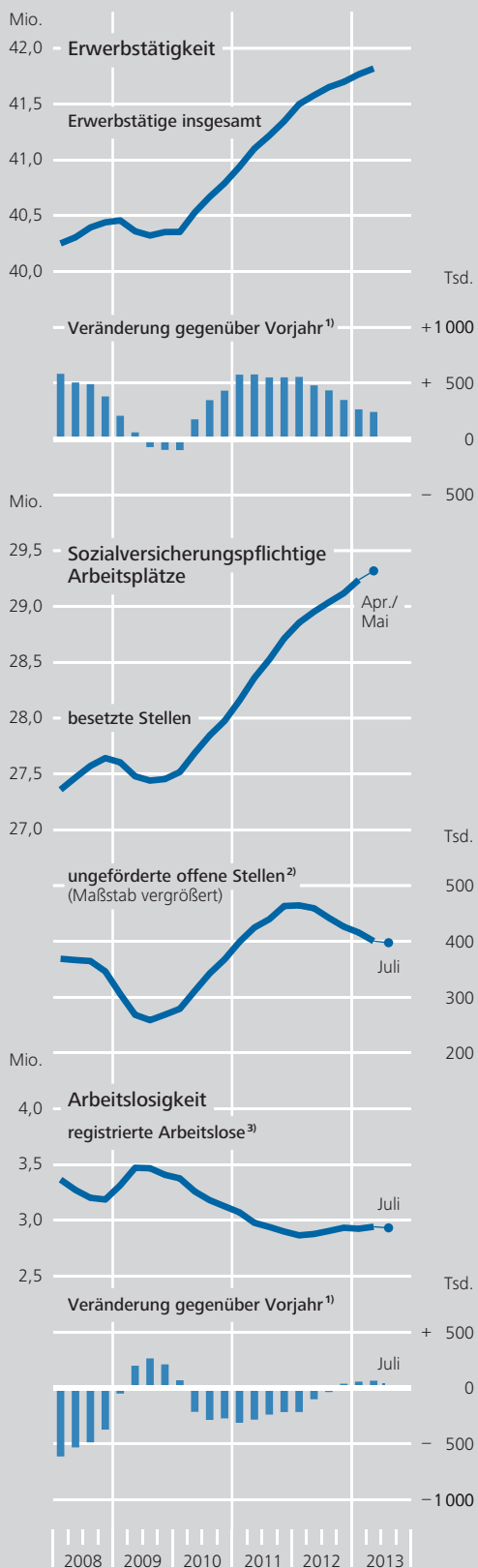
Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Der Beschäftigungszuwachs setzte sich im Frühjahr 2013 fort, im Einklang mit der über weite Strecken des ersten Halbjahrs beobachtbaren leichten Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten und der zurückhaltenden Sachkapitalbildung allerdings in verhaltenem Tempo. Die Zahl der erwerbstätigen Personen im Inland erhöhte sich im zweiten Vierteljahr 2013 den Schätzungen des Statistischen Bundesamtes zufolge gegenüber dem ersten Jahresviertel 2013 saisonbereinigt lediglich um 52 000 oder 0,1%. Erneut wurden ausschließlich sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen. Gleichzeitig nahmen selbständige Tätigkeiten nicht weiter ab. Zuvor dürfte es zu einer Substitution von Selbständigkeit durch Anstellungsverhältnisse gekommen sein. Dies legt zumindest der starke Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung unter osteuropäischen Zuwanderern nahe, die bis zum Frühjahr 2011 Einschränkungen unterlag.

Verhaltene Zunahme der Erwerbstätigkeit im Frühjahr

Arbeitsmarkt

saisonbereinigt, vierteljährlich



1 Nicht saisonbereinigt. 1 Ohne Saisonstellen und ohne Stellen mit Arbeitsort im Ausland. 2 Ab Mai 2009 Arbeitslose ohne Personen, mit deren Vermittlung Dritte neu beauftragt wurden.
 Deutsche Bundesbank

Gleichzeitig wurde die Förderung von Selbständigkeit aus der Arbeitslosigkeit heraus erheblich eingeschränkt. Die ausschließlich geringfügige Beschäftigung stagnierte trotz der Anhebung der Verdienstgrenze zu Beginn des laufenden Jahres auf 450 € pro Monat.

Der Umfang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung vergrößerte sich in den ersten beiden Frühjahrsmonaten laut Bundesagentur für Arbeit saisonbereinigt um 60 000 Personen beziehungsweise 0,2%. Eine spürbare Stellenausweitung verzeichneten allerdings nur noch wenige Wirtschaftszweige, die alle dem tertiären Bereich zuzuordnen sind. In erster Linie expandierte die Beschäftigung in den wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassung), dem Gesundheits- und Sozialwesen sowie der Logistikbranche. Dagegen kam der Stellenzuwachs im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe praktisch zum Erliegen.

Ausweitung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze nur im Dienstleistungsbereich

In der Arbeitnehmerüberlassung stagnierte die Beschäftigung ebenfalls, was allerdings als Besserung zu werten ist, nachdem es in diesem Bereich im Jahresverlauf 2012 einen recht deutlichen Rückgang sowohl bei der Beschäftigung als auch bei den gemeldeten offenen Stellen gegeben hatte. Dies könnte im Zusammenhang mit der anziehenden Industriekonjunktur gestanden haben, zumal sich die Niveaueinpassung in der Leiharbeit, die mit der Einführung eines Mindestlohns sowie von Entgeltzuschlägen bei zunehmender Einsatzdauer in einigen Industriebranchen verbunden war, inzwischen vermutlich weitgehend vollzogen hat. Die nunmehr bis Ende 2012 vorliegenden Daten der Arbeitnehmerüberlassungsstatistik zeigen einen besonders starken Rückgang bei Produktions- und Fertigungstätigkeiten, die dem Verarbeitenden Gewerbe zuzuordnen sind. Hier fiel innerhalb von 12 Monaten mehr als jede achte Stelle weg. Dagegen nahm der Umfang der Leiharbeit im Bereich des Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesens weiter zu.

Abnehmende Bedeutung von Leiharbeit

Auch zu Jahresbeginn 2013 hohe Zuwanderung

Das Arbeitsangebot in Deutschland wird weiterhin durch Zuwanderung gestärkt, wobei Südeuropa als Herkunftsregion an Bedeutung gewinnt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes zogen in den ersten drei Monaten 2013 per saldo 78 000 Personen nach Deutschland. Die Steigerung um 4 500 im Vorjahresvergleich erklärt sich vorwiegend durch vermehrte Zuwanderung aus Italien und Spanien. Dies spricht dafür, dass die Effekte, die sich aus dem Arbeitsmarktgefälle im Euro-Gebiet ergeben, die Nettozuwanderung nach Deutschland im Jahr 2013 in stärkerem Maße prägen.

Registrierte Arbeitslosigkeit leicht erhöht

Die Nachwirkungen der konjunkturellen Schwäche zeigten sich in einem leichten Anstieg der Unterbeschäftigung. Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen erhöhte sich im Frühjahr saisonbereinigt um 18 000 Personen auf 2,94 Millionen, nachdem sie im Vorquartal noch geringfügig gesunken war. Im Vorjahresvergleich stieg die registrierte Arbeitslosigkeit um 65 000 Personen an. Die Arbeitslosenquote blieb in den letzten 12 Monaten nahezu unverändert bei 6,8%, da sich die Erwerbspersonenzahl proportional erhöhte. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit konzentrierte sich im Wesentlichen auf das Versicherungssystem. Im Juli ging die Arbeitslosigkeit wie bereits im Juni wieder etwas zurück; die Quote betrug unverändert 6,8%.

Geringe Arbeitsmarktdynamik in den nächsten Monaten zu erwarten

Die Frühindikatoren deuten darauf hin, dass sich die ruhige Entwicklung am Arbeitsmarkt in den nächsten Monaten fortsetzen könnte. Das Beschäftigungsbarometer des ifo Instituts, das Auskunft über die Beschäftigungspläne der Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und der unternehmensnahen Dienstleister in den nächsten drei Monaten gibt, lässt zwar noch eine leichte Beschäftigungsausdehnung erwarten, zeigt aber im Vergleich zum Winterhalbjahr eine größere Zurückhaltung der Unternehmen bei den Personaldispositionen an. Auch der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) verzeichnete im Frühjahr wieder einen verstärkten Rückgang, da sowohl der Bestand als auch der Zugang an gemeldeten offenen Stellen schneller abnahmen als im Winter.

Dabei handelt es sich aber überwiegend um eine Folge der Einschränkungen in der Arbeitnehmerüberlassung. Das Stellenangebot aller anderen Sektoren gab in der Summe nur wenig nach. Ein ähnliches Bild zeigt auch die vierteljährliche Umfrage des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot.

■ Löhne und Preise

Im zweiten Quartal 2013 schwächte sich der tarifliche Lohnanstieg vorübergehend ab. Die Grundvergütungen erhöhten sich lediglich um 2,2% gegenüber dem Vorjahr und damit deutlich weniger stark als im ersten Jahresviertel (+ 3,0%). Auch unter Einbeziehung aller Einmalzahlungen und Nebenvereinbarungen stiegen die Tarifverdienste mit 2,2% schwächer als im Winter (+ 2,9%). Dies lag daran, dass einige der neu vereinbarten Tarifverträge Entgeltanhebungen erst mit Verzögerung vorsahen und es im Einzelhandel bisher trotz monatelanger Verhandlungen zu keiner Einigung gekommen ist.

Tarifverdienste vorübergehend mit schwächerem Zuwachs

Mit den jüngsten Ergebnissen im Versicherungsgewerbe, Groß- und Außenhandel und bei Volkswagen setzte sich die Tendenz fort, in der diesjährigen Tarifrunde recht ausgewogene Lohnerhöhungen zu vereinbaren. Die Abschlüsse bewegten sich gemessen an ihrem auf ein Jahr bezogenen Volumen in einem Spektrum zwischen 2% und 3%, wobei die Anhebungen überwiegend an zwei Terminen erfolgen. Insgesamt sind die Vertragslaufzeiten mit durchschnittlich rund 21 Monaten etwas länger als im Vorjahr.

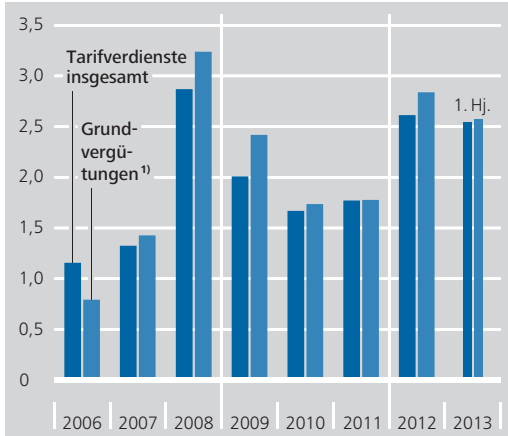
Weiterhin ausgewogene Tarifabschlüsse bei längeren Laufzeiten

Das sektoral differenzierende Mindestlohnsystem sieht derzeit für 13 Branchen bundesweite Lohnuntergrenzen vor, von denen 11 per Allgemeinverbindlicherklärung in Kraft gesetzt wurden, zuletzt am 1. August 2013 in Höhe von 10 € pro Stunde erstmalig für das Gerüstbauerhandwerk. Die branchenspezifischen Mindestentgelte reichen derzeit von 7,50 € in der Zeitarbeit und im Sicherheitsgewerbe

Weitere Mindestlöhne vereinbart

Tarifverdienste

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, auf Monatsbasis



1 Ohne Nebenvereinbarungen und Pauschalzahlungen.
 Deutsche Bundesbank

sogar noch etwas höhere Preise erzielen als im Vorjahr.

Auf dem Immobilienmarkt setzte sich im zweiten Quartal 2013 der Preisanstieg unvermindert fort. Den Erhebungen des Verbandes deutscher Pfandbriefbanken zufolge erhöhten sich die Preise für selbst genutztes Wohneigentum gegenüber dem Vorzeitraum um 1,2%. Im Vorjahresvergleich stiegen die Preise von Wohnimmobilien um 3,3% an. Trotz äußerst lebhafter Nachfrage blieb der Preisanstieg bei Bauleistungen mit 2,1% gegenüber dem Vorjahr recht verhalten. Hierbei dürfte von Bedeutung sein, dass sich die Preise von Baustoffen im Zuge der Preisbaisse bei Rohstoffen ermäßigten.

Preisanstieg am Immobilienmarkt setzt sich fort

einiger Bundesländer bis 13,70 € für Fachwerker im Bau West. Der Geltungsbereich der Mindestlöhne erstreckt sich auf potenziell rund 3,6 Millionen Beschäftigte und damit 12% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt.¹⁾

Ungeachtet der nachgebenden Preise auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen zogen die Verbraucherpreise im zweiten Quartal 2013 leicht an. Die saisonbereinigte Quartalsrate erhöhte sich auf 0,6%, nach zuvor 0,3%. Dies ist insofern bemerkenswert, als die Energiepreise nach einem kräftigen Anstieg zu Jahresbeginn wieder etwas zurückgingen. Wesentlich für den leicht verstärkten Preisanstieg war zum einen die weitere spürbare Verteuerung von Nahrungsmitteln. Dies gilt vor allem für Obst und Gemüse, wobei ungünstige Witterungsbedingungen in Teilen Europas eine Rolle gespielt haben dürften. Aber auch die Preise von Molkeprodukten setzten ihren recht steilen Anstieg fort. Dazu kam, dass die staatlichen Lotteriebetreiber die Teilnahmegebühren drastisch anhoben; dies trug rechnerisch allein 0,2 Prozentpunkte zur Gesamtrate bei. Deshalb verteuerten sich auch Dienstleistungen gegenüber dem ersten Vierteljahr recht kräftig. Der Preisauftrieb bei Industriewaren (ohne Energie) hielt sich hingegen ebenso wie das Plus bei den Wohnungsmieten im üblichen Rahmen.

Preisanstieg auf der Verbraucherstufe etwas verstärkt

Rückläufige Preise auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen

Im Zuge der verhaltenen globalen Konjunktur und insbesondere der eingetrübten wirtschaftlichen Aussichten für die Schwellenländer gaben die Preise auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen im Frühjahr saisonbereinigt spürbar nach. Besonders stark fiel der Rückgang bei den Energiepreisen aus, die direkt von den Ölnotierungen abhängen. Aber auch bei den Vorleistungen sanken die Preise. Die Preise von Investitionsgütern gaben ebenfalls etwas nach. Die Konsumgüterpreise zogen hingegen leicht an. Wegen des besonders hohen Energieanteils übertraf der Preisrückgang bei den Einfuhren insgesamt mit saisonbereinigt 1,9% gegenüber dem Vorquartal den bei inländischen Erzeugnissen (-0,7%) und bei den Ausfuhren (-0,6%) deutlich. Entsprechend vergrößerte sich bei den Einfuhrpreisen der negative Vorjahresabstand auf 2,8%. Da sich die Preise von Exportgütern im Vorjahresvergleich mit -0,4% nur wenig ermäßigten, verbesserte sich das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis weiter. Im Inlandsabsatz konnten die deutschen Hersteller

Der Vorjahresabstand des nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) belief sich wie im ersten

1 Da keine Meldepflicht hinsichtlich der Lohnneingruppierungen besteht, gibt es keine offiziellen Angaben, wie hoch der Anteil der Mindestlohnbezieher in den jeweiligen Branchen ist.

Vierteljahr wegen der Anhebung der Lottogebühren, aber trotz der nachlassenden Teuerung bei Energie und des auf das erste Quartal vorgezogenen Ostereffekts unverändert auf 1,5%. Beim Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), in dessen Warenkorb Glücksspiele nicht enthalten sind, reduzierte sich die Vorjahresrate hingegen von 1,9% auf 1,5%. Hier schlägt weiterhin zu Buche, dass aufgrund von Verkettungsproblemen im Teilindex des Beherbergungsgewerbes die Vorjahresrate nach oben verzerrt wird.²⁾ Im zweiten Vierteljahr belief sich dieser Effekt auf 0,3 Prozentpunkte. Im Quartalsverlauf erhöhte sich die Teuerungsrate auf 1,8% (VPI) beziehungsweise 1,9% (HVPI). Im Juli stieg die Jahresrate des VPI leicht auf 1,9% und glich sich damit der HVPI-Rate an. In den kommenden Monaten dürfte der Anstieg der Verbraucherpreise etwas nachlassen. Die Nahrungsmittelpreise, die auch witterungsbedingt ein sehr hohes Niveau erreicht haben, werden sich nicht weiter im gleichen Tempo erhöhen, und bei Industriewaren dürften sich die günstigen Preistendenzen auf der Einfuhrseite mäßigend auswirken.

Auftragslage und Perspektiven

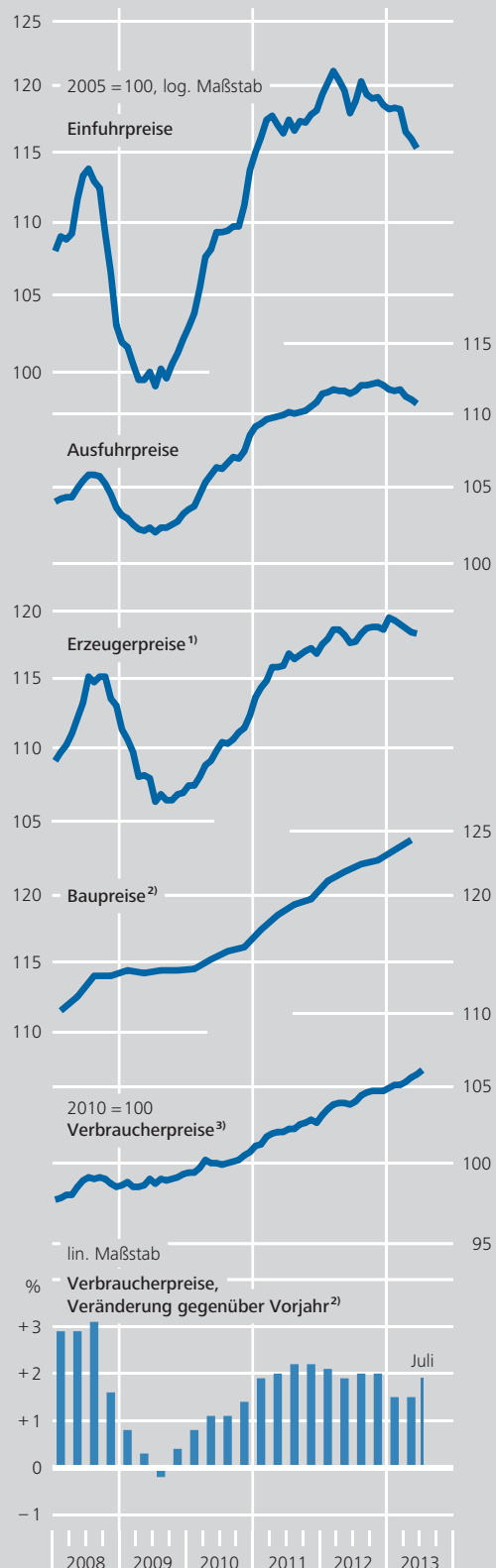
Spürbar mehr Bestellungen aus dem Ausland, ...

Die Geschäftserwartungen der gewerblichen Wirtschaft sind den Umfragen des ifo Instituts zufolge weiterhin von vorsichtigem Optimismus geprägt. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass die Unternehmen im Einklang mit der nun wieder erreichten gesamtwirtschaftlichen Normalauslastung der Kapazitäten ihre Lage überwiegend als gut oder zumindest zufriedenstellend einschätzen. Im Verarbeitenden Gewerbe gründet sich die Zuversicht vor allem darauf, dass die Unternehmen mit besseren Geschäften auf den internationalen Märkten rechnen können. So hat der Orderzufluss der Industrie aus dem Ausland im Frühjahr saisonbereinigt

² Vgl.: Deutsche Bundesbank, Der Beitrag des Teilindex für Beherbergungsdienstleistungen zu den aktuellen Unterschieden zwischen VPI- und HVPI-Raten, Monatsbericht, April 2013, S. 7.

Einfuhr-, Ausfuhr-, Erzeuger-, Bau- und Verbraucherpreise

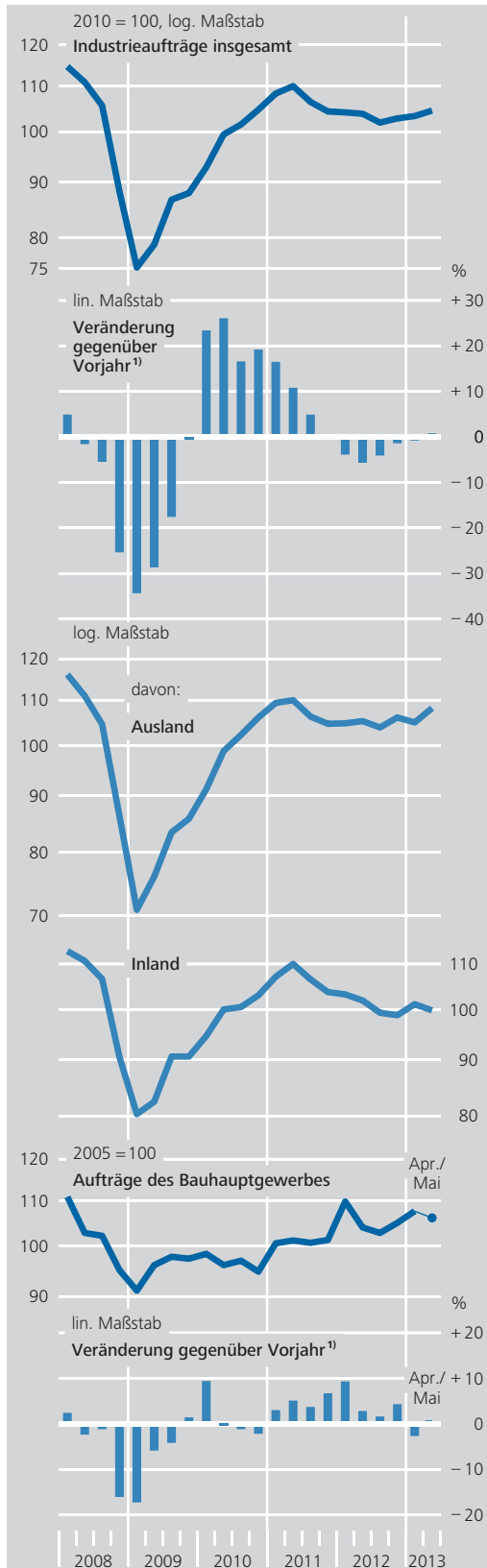
saisonbereinigt, monatlich



¹ Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz. ² Nicht saisonbereinigt, vierteljährlich. ³ Verbraucherpreisindex in nationaler Abgrenzung.
 Deutsche Bundesbank

Nachfrage nach Industriegütern und Bauleistungen

Volumen, saisonbereinigt, vierteljährlich



¹⁾ Nur kalenderbereinigt.
 Deutsche Bundesbank

um 3% gegenüber dem Vorquartal zugelegt. Die zusätzliche Nachfrage richtete sich vor allem auf Investitionsgüter. Bei den Vorleistungen gab es im zweiten Quartal saisonbereinigt wieder deutlich mehr Bestellungen aus den Drittländern. Aus den anderen Euro-Ländern wurde nur wenig Mehrbedarf gemeldet. Während die Zunahme des Ordervolumens aus der übrigen Welt nach dem Minus im ersten Vierteljahr als Rückkehr zu einer verhalten aufwärtsgerichteten Grundtendenz anzusehen ist, bleibt abzuwarten, ob die Steigerung der Nachfrage aus dem Euro-Gebiet bereits eine Trendwende anzeigt.

Die Aufträge aus dem Inland sind im Berichtszeitraum saisonbereinigt zwar um 1¼% hinter dem Vorquartalsstand zurückgeblieben. Das durchschnittliche Dreimonatsvolumen der schwachen zweiten Jahreshälfte 2012 wurde jedoch übertroffen. Für das erste Halbjahr 2013 insgesamt ergibt sich deshalb das Bild einer lediglich moderat nach oben gerichteten Tendenz. Dies gilt sowohl für die Inlandsbestellungen von Vorleistungs- als auch von Investitionsgütern, was die Interpretation nahelegt, dass die deutsche Industrie sowohl die kürzer- als auch die mittelfristigen Perspektiven nur zurückhaltend einstuft. Für die inländische Industrieproduktion bedeutet das insgesamt höhere Auftragsvolumen, dass im dritten Quartal wohl mit einer weiteren Steigerung zu rechnen ist. Diese wird aber vermutlich weder ausreichen, die Kapazitätsauslastung über das langfristige Mittel anzuheben, noch die Investitionstätigkeit spürbar zu beleben.

... aber Inlandsbestellungen schwächer

Besser stellen sich die Perspektiven im Bauwesen dar. Von der Wohnungsnachfrage gehen nach wie vor kräftige Impulse aus. So wurden im Frühjahr in beträchtlichem Umfang Mehrfamilienhäuser genehmigt. Zudem hat sich seit Jahresanfang die Zahl der genehmigten Ein- und Zweifamilienhäuser deutlich erhöht. Insgesamt zogen die Genehmigungen für Wohnungsneubauten von Januar bis Juni 2013 saisonbereinigt um 7½% gegenüber dem zweiten Halbjahr 2012 an. Beflügelt wurde der

Kräftige Impulse vom Wohnungsbau

zusätzliche Bedarf an Eigenheimen und Geschosswohnungen von den weiterhin erfreulichen Einkommensaussichten der privaten Haushalte, der Zuwanderung und den ausgesprochen vorteilhaften Finanzierungskonditionen. Die Bauaufträge der öffentlichen Hand legten im Frühjahr zwar eine Atempause ein. Allerdings deuten die Indikatoren weiter auf eine Belebung der Nachfrage aus diesem Sektor hin, da in den Wintermonaten zahlreiche Genehmigungen für öffentliche Bauvorhaben erteilt worden sind, was sich in absehbarer Zeit in den Auftragsbüchern der Baufirmen niederschlagen dürfte. Dagegen entwickelte sich die gewerbliche Baunachfrage, im Einklang mit der Zurückhaltung der Unternehmen bei Ausrüstungsinvestitionen, nach wie vor gedämpft.

*Sehr gutes
Konsumklima*

Der private Konsum dürfte weiterhin einen deutlichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten. Dafür spricht das außerordentlich günstige Konsumklima, das sich in den letzten Monaten kontinuierlich verbessert hat. Es steht in Verbindung mit einem kräftigen Anstieg der Einkommenserwartungen, der auf positiven Lohnperspektiven und einer weiterhin erfreulichen Arbeitsmarktlage fußt. Die außerordentlich positive Einschätzung der Einkommensperspektiven kontrastiert mit einem sehr verhaltenen Optimismus hinsichtlich der konjunkturellen Aussichten. Auch den Verbrauchern scheint bewusst, dass die Zeiten der übermäßigen Lohnmoderation vorbei sind. Dies spiegelt sich in der weiterhin ausgesprochen hohen Anschaffungsneigung wider. Möglicherweise hat aber auch der Rückgang der Einlagen- und Hypothekenzinsen dazu beigetragen, dass sich der Anreiz zur Bildung von Geldvermögen einerseits vermindert und andererseits zum Erwerb von Wohneigentum oder zum Konsum erhöht hat.

Nach dem von Aufhol- und Nachholeffekten geprägten zweiten Quartal dürfte sich das Wirtschaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte normalisieren und verstetigen. Die erwartete Expansion der Wirtschaftstätigkeit etwa in Höhe des Potenzialwachstums stellt zwar sicher, dass die Kapazitäten weiterhin gut ausgelastet sind. Fraglich ist jedoch, ob dies ausreicht, die Investitionstätigkeit spürbar zu beleben. Zusätzliche Nachfrage nach Produkten deutscher Industrieunternehmen entsteht überwiegend in Drittländern. Die international aufgestellten deutschen Unternehmen erweitern deshalb häufig ihre Produktionskapazitäten vor Ort. Dies begrenzt die Sachkapitalbildung im Inland und das Wachstum der Exporte in Drittländer. Eine nachhaltige Belebung der inländischen Investitionstätigkeit ist wohl erst zu erwarten, wenn sich die wirtschaftlichen Perspektiven für die EWU-Länder nachhaltig verbessern und die wirtschaftspolitische Verunsicherung durch geeignete Maßnahmen zur Bewältigung der Schuldenkrise im Euro-Gebiet weiter eingedämmt wird. Bis dahin wird die Konjunktur in Deutschland zu einem erheblichen Teil vom privaten Konsum und vom Wohnungsbau zu tragen sein. Die Voraussetzungen hierfür sind durch den Kaufkraftgewinn der Verbraucher und die sehr günstigen Finanzierungsbedingungen gegeben. Diese Akzentverlagerung auf die binnenwirtschaftlichen Antriebskräfte ist einerseits wirtschaftspolitisch erwünscht, da sie besondere Entwicklungen der letzten Dekade korrigiert und eine bessere Balance zwischen Außen- und Binnenwirtschaft herstellt. Das gewachsene, erfolgreiche Spezialisierungsmuster der in hohem Maß in die internationale Arbeitsteilung eingebundenen deutschen Volkswirtschaft verlangt für ein stetiges Wachstum aber auch, dass die Nachbarn hinreichend Nachfrage nach deutschen Produkten entfalten.

*Normalisierung
des Wirtschaftswachstums in
der zweiten
Jahreshälfte*

■ Öffentliche Finanzen^{*)}

■ Staatlicher Gesamthaushalt

2013 weiterhin etwa ausgeglichener Staatshaushalt

Der deutsche Staatshaushalt dürfte auch im laufenden Jahr etwa ausgeglichen abschließen.¹⁾ Im vergangenen Jahr wurde ein kleiner Überschuss von 0,1% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erreicht. Aufgrund der stabilen Entwicklung bei wichtigen makroökonomischen Bezugsgrößen (Bruttolöhne, Arbeitslosigkeit, privater Verbrauch) dürfte sich die diesjährige gesamtwirtschaftliche Verlangsamung nur begrenzt im Staatshaushalt niederschlagen. Auch der um konjunkturelle Einflüsse bereinigte Saldo dürfte sich kaum verändern. Zwar führen einerseits finanzpolitische Maßnahmen in der Summe zu Haushaltsbelastungen. So wurden insbesondere der Rentenbeitragssatz deutlich gesenkt und die Praxisgebühr abgeschafft. Allerdings sind andererseits weitere Entlastungen bei den Zinsausgaben und Mehreinnahmen aus dem Fiscal drag²⁾ zu erwarten.

Schuldenquote geht zurück

Die Schuldenquote dürfte spürbar zurückgehen (Ende 2012: 81,9%). Ursächlich ist zum einen der weitere Portfolioabbau bei den staatlichen Bad Banks, der zu einer Verminderung der Staatsverschuldung führt. Zum anderen wird die Schuldenquote durch die Zunahme des nominalen BIP im Nenner gesenkt. Durch diese beiden Faktoren wird der quotenerhöhende Effekt, der sich aus den noch bestehenden Defiziten bei zahlreichen Gebietskörperschaften und aus den EWU-Stabilisierungsmaßnahmen ergibt, mehr als ausgeglichen. Zum Ende des ersten Quartals 2013 belief sich die Schuldenquote auf 81,2%.

2014 bei unverändertem Kurs leichte Verbesserung der Haushaltslage

Im kommenden Jahr wird die Konjunktur für die Haushaltslage und -entwicklung nach derzeitiger Einschätzung kaum eine Rolle spielen. Insgesamt dürften die Staatsfinanzen aber weiter von vorteilhaften Rahmenbedingungen profitieren. Diese sind durch niedrige Arbeitslosenquoten und Zinssätze sowie eine relativ aufkommensergiebige BIP-Struktur gekennzeichnet.

Der in den Haushaltsplanungen derzeit angelegte finanzpolitische Kurs sieht (per saldo) nur begrenzte neue Haushaltsbelastungen vor. Somit würde sich der Finanzierungssaldo dann insbesondere aufgrund weiter sinkender Zinsausgaben leicht verbessern und der Rückgang der Schuldenquote fortsetzen.

Nach den derzeitigen Projektionen der Bundesregierung sollen gesamtstaatlich kontinuierlich strukturelle Überschüsse von ½% des BIP erzielt werden. Selbst mit dieser im historischen Vergleich ausgesprochen günstigen Haushaltsentwicklung wird für 2017 allerdings noch eine Schuldenquote von annähernd 70% erwartet. Darin enthalten sind auch noch Effekte der Stützungsmaßnahmen für deutsche Finanzinstitute und EWU-Staaten. Die verschiedenen Maßnahmen sind bisher nur zum kleinen Teil als defizitwirksame Transfers verbucht, das heißt, neben den damit zusammenhängenden Verbindlichkeiten werden überwiegend zugleich erworbene Finanzaktiva (u. a. Kreditforderungen) bilanziert. Allerdings sind diese Aktiva mit merklichen Risiken verbunden.

Der bisher geplante Haushaltskurs ist von der Grundausrichtung mehr oder weniger neutral und steht im Einklang mit den europäischen Vorgaben. Vor dem Hintergrund der weiter hohen Schulden und sehr günstiger Rahmenbedingungen ist das zügige Erreichen spürbarer struktureller Überschüsse empfehlenswert. Das Einplanen solcher Überschüsse ist auch ratsam, um im Bedarfsfall über merkliche Sicherheits-

Moderate strukturelle Überschüsse angestrebt

Angesichts der Herausforderungen spürbare Überschüsse empfehlenswert

^{*} Der Analyse im Abschnitt „Staatlicher Gesamthaushalt“ liegen die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und die Maastricht-Kennzahlen zugrunde. Anschließend wird über die Haushalte der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungszweige auf Basis der finanzstatistischen (prinzipiell haushaltsmäßigen) Abgrenzung berichtet.

¹ Die folgende Darstellung basiert auf der Annahme, dass sich die Schuldenkrise in der EWU nicht wieder zuspitzt.

² Der Begriff umfasst hier (positiv) die Aufkommenswirkung der Einkommensteuerprogression und (negativ) den Effekt der weitgehenden Preisunabhängigkeit der speziellen Verbrauchsteuern.

abstände zu den jeweiligen nationalen Defizitobergrenzen bei Bund und Ländern zu verfügen. Zu berücksichtigen ist außerdem, dass der demographische Wandel ab etwa Mitte dieses Jahrzehnts stärkere Belastungen für die staatlichen Haushalte mit sich bringt. Die gegenwärtige „demographische Pause“, in der sich der Altenquotient vorübergehend stabilisiert hat, sollte daher konsequent dazu genutzt werden, die Schuldenquote deutlich zurückzuführen und so die Zinslasten dauerhaft zu dämpfen. Entscheidend wird letztlich sein, auch tatsächlich Überschüsse im Vollzug zu erreichen und nicht nur in die Planung einzustellen. Solide Staatsfinanzen und politische Zukunftsgestaltung sind keinesfalls Gegensätze, sondern müssen sich ergänzen.

Haushalte der Gebietskörperschaften

Steuereinnahmen

Solider Anstieg der Steuereinnahmen im zweiten Quartal

Das Steueraufkommen³⁾ stieg im zweiten Quartal gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3½% (siehe oben stehendes Schaubild und Tabelle auf S. 70). Die Erträge aus den einkommensabhängigen Steuern legten – dem Zuwachs bei der Lohnsteuer entsprechend – um 7½% zu. Letzterer reflektiert zum guten Teil die positive Entgelt- und Beschäftigungsentwicklung. Hinzu kommen aber auch die Wirkungen der Steuerprogression sowie stagnierende Abzugsbeträge (Altersvorsorgezulage und Kindergeld). Die Einnahmen aus den gewinnabhängigen Steuern erhöhten sich ebenfalls stark um 8%, und auch hier schlägt sich die gesamtwirtschaftliche Verlangsamung bisher kaum nieder. Die etwas stärkere Zunahme bei den Veranlagungssteuern reflektiert vor allem den geringeren Anstieg der Einkommensteuererstattungen an Arbeitnehmer. Die Einnahmen aus den verbrauchsabhängigen Steuern legten nur um gut ½% zu. Das Aufkommen aus der Umsatzsteuer wuchs zwar deutlich schwächer als ihre gesamtwirtschaftlichen Bezugsgrößen, allerdings sind die unter-



jährigen Aufkommensschwankungen hier häufig groß.⁴⁾

Für das Gesamtjahr wurde von der offiziellen Steuerschätzung vom Mai ein Aufkommensanstieg um 2½% (inkl. Gemeindesteuern) prognostiziert. Der Zuwachs reflektiert dabei vor allem die unterstellte verhaltene gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die in ihrer Struktur für die öffentlichen Finanzen aber noch vergleichsweise günstig ausfällt. Darüber hinaus führt der Fiscal drag per saldo zu Mehreinnahmen, während Rechtsänderungen in der Summe keine nennenswerte Rolle spielen. Gebremst wird der Aufkommensanstieg jedoch durch verschiedene Sonderfaktoren⁵⁾. Insgesamt entwickelte sich das Aufkommen im ersten Halbjahr etwas günstiger als unterstellt. Allerdings ist die Unsicherheit hinsichtlich der teils stark schwankenden Einnahmen aus den bisher starken gewinnabhängigen Steuern generell hoch, und auch das bislang schwache Umsatzsteueraufkommen war in den letzten Monaten sehr volatil.

Auch im Gesamtjahr solider Anstieg

³ Einschl. der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die – für das Berichtsquartal noch nicht bekannten – Erträge aus den Gemeindesteuern.

⁴ Aufkommensschwankungen können insbesondere durch die teilweise hohen Erstattungen oder Nachzahlungen bei Abweichungen zwischen den unterjährig zu leistenden Vorauszahlungen und der festgesetzten Steuer entstehen.

⁵ V.a. Steuerrückzahlungen nach dem EuGH-Urteil zur Besteuerung von Streubesitzdividenden (Urteil vom 20. Oktober 2011 zur Rechtssache C–284/09).

Steueraufkommen

Steuerart	1. Halbjahr				Schätzung für 2013 ^{1) 2)}	2. Vierteljahr			
	2012		2013			2012		2013	
	Mrd €		Veränderung gegenüber Vorjahr in Mrd €	in %	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mrd €		Veränderung gegenüber Vorjahr in Mrd €	in %
Steuereinnahmen insgesamt ²⁾	268,2	277,5	+ 9,3	+ 3,5	+ 2,5	137,6	142,5	+ 4,9	+ 3,5
darunter:									
Lohnsteuer	70,3	75,3	+ 5,0	+ 7,2	+ 5,4	36,1	38,8	+ 2,7	+ 7,4
Gewinnabhängige Steuern ³⁾	46,1	49,0	+ 2,8	+ 6,2	+ 1,2	23,7	25,6	+ 1,9	+ 8,2
davon:									
Veranlagte									
Einkommensteuer	18,5	21,8	+ 3,4	+ 18,2	+ 8,4	10,0	11,1	+ 1,1	+ 10,7
Körperschaftsteuer	10,5	11,4	+ 1,0	+ 9,3	+ 11,4	5,0	5,4	+ 0,4	+ 8,7
Kapitalertragsteuer ⁴⁾	17,2	15,7	- 1,5	- 8,7	- 14,5	8,7	9,1	+ 0,4	+ 5,0
Steuern vom Umsatz ⁵⁾	95,6	96,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,8	46,6	47,1	+ 0,5	+ 1,1
Energiesteuer	14,1	14,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,5	9,7	9,5	- 0,2	- 2,4
Tabaksteuer	5,9	5,6	- 0,2	- 3,6	- 1,4	3,5	3,5	- 0,0	- 1,3

1 Laut offizieller Steuerschätzung vom Mai 2013. 2 Einschl. EU-Anteilen am deutschen Steueraufkommen, ohne Erträge aus Gemeindesteuern. 3 Arbeitnehmererstattungen, Eigenheim- und Investitionszulage vom Aufkommen abgesetzt. 4 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. 5 Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer.

Deutsche Bundesbank

Bundeshaushalt

Stark rückläufiger Überschuss im zweiten Quartal infolge ESM-Finanzierung

Der Bundeshaushalt verzeichnete im zweiten Quartal einen Überschuss von 1 Mrd €, der damit um 5 Mrd € niedriger ausfiel als vor Jahresfrist. Die Einnahmen wuchsen lediglich um ½% (½ Mrd €). Dabei stagnierte das Steueraufkommen, wobei allerdings die davon abgesetzten Abführungen an den EU-Haushalt um 1½ Mrd € zunahm. Die Ausgaben stiegen dagegen stark um 7½% (5½ Mrd €). Zwar waren die Zahlungen an Sozialversicherungen infolge der Streichung des umsatzsteuerfinanzierten Zuschusses an die Bundesagentur für Arbeit und der Kürzung beim Gesundheitsfonds um 1½ Mrd € niedriger. Belastend wirkte aber vor allem eine Kapitalzuführung von 4½ Mrd € an den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Darüber hinaus fielen nicht zuletzt wegen der stärkeren Bundesbeteiligung an den Kosten der Grundsicherung im Alter auch die Zahlungen an die Länder um 1 Mrd € höher aus. Auch die Ausgaben für Personal und lau-

fenden Sachaufwand übertrafen das Vorjahresniveau um jeweils ½ Mrd €.

Zur Beseitigung der im Frühjahr in einigen Landesteilen entstandenen schweren Flutschäden haben Bund und Länder die Einrichtung eines Hilfsfonds mit einem Umfang von 8 Mrd € beschlossen, der durch eine Einzahlung des Bundes im laufenden Jahr vorfinanziert werden soll. Dazu wurde kurzfristig ein Nachtragshaushalt verabschiedet, mit dem die Ermächtigung zur Nettoneuverschuldung um diesen Betrag auf 25,1 Mrd € steigt. Auf weitere Anpassungen wurde im Nachtragshaushalt verzichtet, obwohl einige gewichtige Abweichungen gegenüber dem im Herbst 2012 beschlossenen Haushalt 2013 eingetreten oder absehbar sind. So fiel die Gewinnausschüttung der Bundesbank im März um 1 Mrd € niedriger aus, die Steuerschätzung vom Mai senkte die Aufkommensprognose für den Bund um 2 Mrd €, und auch die Ende November 2012 vereinbarten zusätzlichen Griechenlandhilfen schlugen zu Bu-

Nachtragshaushalt zur Kreditfinanzierung eines Fluthilfsfonds von 8 Mrd €

Jüngste Entscheidungen des Ecofin-Rats zu den Defizitverfahren der Länder im Euro-Raum

Am 21. Juni 2013 hat der Rat der Europäischen Union (Ecofin) eine Reihe von Beschlüssen im Rahmen der Verfahren bei übermäßigem Defizit getroffen. Nach wie vor befinden sich 12 von 17 Euro-Ländern in einem Defizitverfahren. Zwar wurde das Verfahren gegen Italien beendet, weil der Referenzwert für die Defizitquote von 3% im vergangenen Jahr eingehalten wurde und der Rat und die EU-Kommission dies auch für die Zukunft erwarten. Aber für Malta wurde es – nur wenige Monate nach Einstellung des alten Verfahrens – erneut eröffnet, da der Referenzwert 2012 wieder überschritten worden war.

Belgien ist das einzige Land, für das eine Verschärfung in Form einer Inverzugesetzung¹⁾ beschlossen wurde; dabei wurde 2013 als neue Frist zur Korrektur des übermäßigen Defizits gesetzt. 2012 wurde die 3%-Grenze nicht fristgerecht eingehalten, ohne dass dies im Rahmen des Verfahrens hätte entschuldigt werden können. Die Kommission verzichtete allerdings darauf, dem Rat zu empfehlen, eine Strafzahlung gegen Belgien zu verhängen, obwohl dies seit der Änderung des Stabilitäts- und Wachstumspakts 2011 grundsätzlich vorgesehen ist.

Für sechs andere Euro-Länder (Frankreich, die Niederlande, Portugal, Slowenien, Spanien und Zypern), die ihre Korrekturfristen verfehlt hatten oder für die dies im weiteren Verlauf erwartet wird, wurde dies als im Rahmen der Verfahren entschuldbar angesehen. Die jeweiligen Korrekturfristen wurden um ein oder mehrere Jahre verlängert, ohne dabei die Verfahren zu verschärfen. Grundlage dieser Entscheidungen bilden Analysen der Kommission, in denen geprüft wird, ob die zuvor im Defizitverfahren abgegebenen Empfehlungen eingehalten werden.

Die Möglichkeit einer Verlängerung ohne Verfahrensverschärfung ist gemäß den europäischen Fiskalregeln an zwei Voraussetzungen gebunden: Erstens müssen wirksame Maßnahmen zur fristgerechten Korrektur des übermäßigen Defizits ergriffen worden sein. Zweitens müssen unerwartet nachteilige Ereignisse mit sehr ungünstigen Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen eingetreten sein.

Um zu beurteilen, ob wirksame Maßnahmen ergriffen wurden, wird geprüft, ob die gemessene strukturelle Verbesserung mindestens der Empfehlung entspricht. Dabei ist neuerdings auch vorgesehen, um spezielle Faktoren zu korrigieren: So wird betrachtet, inwieweit sich die Einschätzung der Kommission im Hinblick auf das Potenzialwachstum und die Einnahmenelastizitäten seit dem Zeitpunkt der ursprünglichen Empfehlung verändert hat. Diesbezügliche Auswirkungen auf die Veränderung der strukturellen Salden werden als exkulpiert herausgerechnet. Die Anpassung führt zum Beispiel dazu, dass von der Europäischen Kommission nicht erwartete geringere strukturelle Einnahmen, die nicht auf Rechtsänderungen basieren, nahezu automatisch exkulpiert werden. In einer weiteren Stufe sollen die einzelnen ergriffenen Konsolidierungsmaßnahmen zur Beurteilung der strukturellen Verbesserung einbezogen werden („Bottom-up-Ansatz“).

¹ Stellt der Rat gemäß Art. 126 (8) AEUV fest, dass keine wirksamen Maßnahmen ergriffen wurden, so beschließt er binnen zwei Monaten, das Land mit der Maßgabe in Verzug zu setzen, Maßnahmen zum Defizitabbau zu treffen. Dabei gibt er Maßnahmen an, die der Erfüllung der Ziele förderlich sind (Art. 126 (9) AEUV). Gemäß neuer Verordnung vom Mai 2013 (Two-pack) ist eine gegenüber dem vorherigen Verfahrensschritt (Art. 126 (7) AEUV) umfassendere Berichtspflicht und vierteljährliche (nicht mehr nur halbjährliche) Überprüfung vorgesehen. Wird der Beschluss nach Art. 126 (9) AEUV nicht befolgt, kann der Rat Sanktionen anwenden (Art. 126 (11) AEUV).

Einerseits ist die mit diesem Ansatz verfolgte Absicht nachvollziehbar, unerwartete (negative) Einflüsse auf die Defizitquote nicht dem Mitgliedstaat anzulasten, soweit er sie nicht selbst herbeigeführt hat. Andererseits steht dieses Vorgehen in einem Spannungsverhältnis zu dem Ziel der Fiskalregeln, eine unsolide Haushaltsentwicklung tatsächlich zu verhindern. Denn dabei kommt es gerade in kritischen Situationen vor allem auf die objektiven Ergebnisse und die fiskalische Tragfähigkeit an und weniger auf die subjektive Verantwortlichkeit der jeweiligen Regierung. Dies gilt umso mehr, als die Anforderungen häufig als Mindestziele formuliert werden und insofern eine Verantwortung der Regierungen im Hinblick auf Sicherheitsabstände gesehen werden kann. Vor diesem Hintergrund ist es bedenklich, dass sich mit diesem Ansatz die Tendenz fortsetzt, die Bedeutung einfacher und nachvollziehbarer Kriterien für die Entscheidungsfindung zu mindern. Bei der zunehmenden Komplexität der Regeln haben Kommission und Rat zudem erhebliche Ermessensspielräume. Die arbiträren Möglichkeiten lassen einen verstärkten politischen Verhandlungsprozess zu und dürften Regierungen eine „großzügige“ Auslegung erwarten lassen – insbesondere wenn Präzedenzfälle vorliegen. Dazu kann auch unzureichende Transparenz beitragen. So ist nicht sichergestellt, dass die Einschätzung der Kommission, ob wirksame Maßnahmen ergriffen wurden, vollständig nachvollzogen werden kann, weil die dazu notwendigen Informationen nicht in vollem Umfang zugänglich gemacht wurden.²⁾ Vor allem der „Bottom-up-Ansatz“ ist nur schwer nachprüfbar, berücksichtigt potenziell nur einen Teil der strukturellen Entwicklungen und öffnet umfangreiche Ad-hoc-Ermessensspielräume.

Im Ergebnis weist die Kommission für alle betroffenen Länder außer Belgien und Frankreich Verbesserungen des um die genannten Faktoren angepassten strukturellen Saldos aus, die über den ursprünglichen Anforderungen liegen.³⁾ Dass Frankreich trotz-

dem das Ergreifen wirksamer Maßnahmen bescheinigt wurde, wird mit der ergänzenden Betrachtung der Ergebnisse des „Bottom-up-Ansatzes“ begründet. Im Fall von Frankreich unterscheidet sich zudem die Vorgehensweise von der bei manchen anderen Ländern. Die Kommission weist selbst an anderer Stelle darauf hin, dass dieser Ansatz nicht unbedingt geeignet ist, die fiskalischen Anstrengungen eines Landes zu messen.⁴⁾

Vor dem Hintergrund der zuvor meist deutlich günstiger prognostizierten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (zweite Voraussetzung für eine Fristverlängerung ohne Verfahrensverschärfung) sowie der aktuell schlechten Konjunkturlage erscheint schließlich der Verzicht auf eine vollständige kurzfristige Kompensation der Zielverfehlungen im Rahmen der bestehenden Regeln vertretbar und damit auch eine gewisse Verlängerung der Anpassungspfade. Dabei ist im Stabilitäts- und Wachstumspakt eine Verlängerung um normalerweise ein Jahr vorgesehen. Für Spanien, Frankreich, Slowenien und Zypern wurde von dieser Bestimmung abgewichen und zwei beziehungsweise für Zypern vier Jahre mehr Zeit für die Einhaltung der 3%-Grenze gewährt. Eine solche Abweichung sollte gut begründeten Ausnahmen vorbehalten bleiben. Hiermit werden in der Regel die strukturellen Konsolidierungsanforderungen geschwächt und in die Zukunft geschoben. Bei Ländern mit umfassenden Hilfsprogrammen kann sich die Wiedererlangung des Kapitalmarktzugangs verzögern. Möglicherweise lassen sich so zwar befürchtete kurz-

² So ist unter anderem hinsichtlich der Berechnung des angepassten strukturellen Saldos nicht klar, inwieweit zum Zeitpunkt der ursprünglichen Empfehlung bereits bekannte (und somit ex post nicht zu exkulpernde) Abweichungen der Einnahmenelastizität von ihrem längerfristigen Mittelwert berücksichtigt wurden.

³ Portugal erreicht nach der Frühjahrsprognose der Kommission die geforderte Verbesserung in den Jahren 2012 und 2014, nicht aber in 2013.

⁴ Siehe: Europäische Kommission, Measuring the fiscal effort, in: Report on Public finances in EMU, European Economy 4/2013.

fristige Wachstumseinbußen reduzieren, aber gleichzeitig könnte unter anderem das Vertrauen in die Bindungswirkung des fiskalischen Regelwerks und in tragfähige öffentliche Finanzen noch weiter sinken, und die Anfälligkeit bei unerwarteten negativen Schocks bleibt länger bestehen.

Die Kommission hat mit den Änderungen am Stabilitäts- und Wachstumspakt und dem Fiskalpakt durch die Einführung umgekehrter qualifizierter Mehrheiten bei vielen Ratsentscheidungen eine deutlich stärkere Rolle erhalten. Als Hüterin der Verträge könnte sie nun die stringente Einhaltung der Haushaltsregeln wirksamer als bislang durchsetzen. Allerdings sind die Regeln zunehmend komplex geworden und beinhalten an vielen Stellen erhebliche Entscheidungsspielräume. Bislang hat die Kommission nicht alle notwendigen Informationen zur Verfügung gestellt, um ihre Entscheidungen öffentlich nachvollziehbar zu machen. Für die Wirksamkeit der Regeln und

eine breite Akzeptanz der Entscheidungen wäre darüber hinaus von großer Bedeutung, dass für alle Länder die gleichen Bewertungsmaßstäbe angewendet werden. Hierzu gehört, dass die zugrunde liegende Analyseverfahren nicht nur sinnvoll, sondern auch bei allen Ländern einheitlich angewandt wird. Übermäßige Komplexität dürfte der Wirksamkeit der Regeln abträglich sein. Ein Kernbestandteil der gemeinsamen Fiskalregeln sind nicht zuletzt die seit der Reform von 2011 frühzeitiger möglichen Sanktionen, die aber nur bei konsequenter Anwendung präventiv wirken. Allerdings zeichnet sich die Tendenz ab, Konsolidierungsprozesse eher zu strecken. Werden die Regeln zu stark durch Ausnahmen und Entscheidungsspielräume flexibilisiert, droht die Disziplinierungswirkung der Regeln verloren zu gehen.

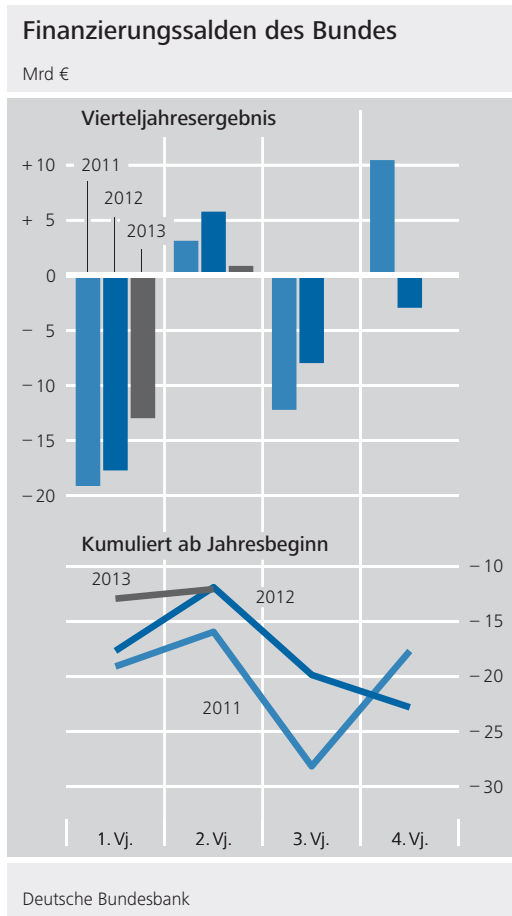
che. Die Bundesregierung geht offenbar davon aus, dass die Belastungen nicht zuletzt durch niedrigere Zinsausgaben ausgeglichen werden können. Angesichts der Abwärtsrevision der Wachstumserwartung für das nominale BIP in der Frühjahrsprojektion ist im Nachtragshaushalt eine um 3 Mrd € höhere konjunkturelle Belastung von nunmehr 6½ Mrd € ausgewiesen.⁶⁾ Bei unveränderten Belastungen aus finanziellen Transaktionen von 5 Mrd € ergibt sich so eine strukturelle Neuverschuldung von 13½ Mrd € bei einer vom Haushaltsgesetzgeber auf 33 Mrd € festgesetzten Obergrenze.⁷⁾

Der Ende Juni von der Bundesregierung verabschiedete Entwurf für den Bundeshaushalt 2014 – der freilich nach der Wahl neu vorzulegen ist – gründete wie in den Vorjahren auf einem Eckwertebeschluss vom März. Gegenüber diesem wurde der Ansatz für die Neuverschuldung marginal um 0,2 Mrd € auf 6,2 Mrd € zurückgenommen. Belastend wirkte ein neuer Zuschuss zum Ausgleich des wegen sehr

niedriger CO₂-Emissionszertifikatepreise erwarteten Defizits beim Energie- und Klimafonds, und offenbar wurden die Ansätze für die Priva-

6 Nach Einschätzung der Bundesbank befindet sich die deutsche Volkswirtschaft freilich im Korridor der Normalauslastung, und das in der Bundesbank und im EZB genutzte Konjunkturbereinigungsverfahren (das auch die Wachstumsstruktur berücksichtigt) weist die Konjunkturkomponente aus heutiger Sicht weitgehend neutral aus.

7 Vom Fluthilfefonds-Volumen von 8 Mrd € trägt der Bund 1½ Mrd € offenbar für die Wiederherstellung seiner Infrastruktur, der Rest wird zwischen Bund und Ländern gleichmäßig aufgeteilt. Allerdings finanziert der Bund zunächst den vollständigen Betrag und rechnet dies im laufenden Jahr gemäß dem Nachtragshaushaltsplan in vollem Umfang in seine strukturelle Nettokreditaufnahme ein. Der Länderbeitrag von kumuliert 4 Mrd € (einschl. Zinsen) wird über 20 Jahre gestreckt. In den Jahren 2014 bis 2019 treten die Länder Umsatzsteueranteile an den Bund ab. Ab 2020 (wenn zugleich die Schuldenbremse nach dem Grundgesetz auch für die Länder gilt) soll auf der Länderseite auf ausgabenseitig (wohl als Tilgungen, die auch dann mit neuen Krediten finanziert werden könnten) verbuchte Beiträge bis 2033 umgestellt werden. Insgesamt erschien es sachgerecht, im Rahmen einer konsolidierten Betrachtung erst die Abflüsse aus dem Fonds zur Schadensbeseitigung, die mit einer gesamtstaatlichen Defizitwirkung verbunden sind, auf die Ausschöpfung der Grenze der Schuldenbremse beim Bund (ggf. nach Abzug eines rechnerisch auf die Länder entfallenden Teils) anzurechnen.



In struktureller Betrachtung wird 2014 für den Bund ein Überschuss von 2 Mrd € in Aussicht gestellt. Dabei wurde allerdings eine rechnerische Konjunkturbelastung von 4½ Mrd € zugrunde gelegt. Angesichts der erwarteten, zumindest kaum als ungünstig zu wertenden gesamtwirtschaftlichen Lage und auch der für die öffentlichen Finanzen günstigen Wachstumsstruktur dürfte dies ein zu positives Bild der strukturellen Haushaltslage zeichnen. Daneben wurden Nettoausgaben für finanzielle Transaktionen von 3½ Mrd € in Ansatz gebracht. Zu begrüßen ist dabei, dass im Bereich der Entwicklungshilfe vorgesehen ist, Förderdarlehen mit vielfach ungewissen Rückzahlungsaussichten von reichlich 1 Mrd € künftig als Investitionszuschüsse zu buchen. Die daraus resultierende Anrechnung solcher Leistungen auf die Ausschöpfung der Schuldenbremse bedeutet eine durchaus sachgerechte Härtung der Haushaltsregeln. In diesem Sinne ebenfalls sehr positiv zu bewerten ist die Streichung der Kontrollkonto-Guthaben zum Jahresende 2015, die im Rahmen des Pakets zur Umsetzung des Fiskalpakts mittlerweile verabschiedet wurde.

*Leichter
struktureller
Überschuss 2014*

tisierungserlöse reduziert. Dies wird aber von spürbaren Entlastungen vor allem bei den Zinsen (1½ Mrd €) sowie im Ressort Arbeit und Soziales (1 Mrd €) aufgewogen.

... aber mit starkem Defizit-rückgang gegenüber dem Soll des Nachtragshaushalts 2013

Gegenüber dem Soll des Nachtragshaushalts 2013 ist im Entwurf für 2014 eine starke Verringerung der Nettokreditaufnahme um 19 Mrd € vorgesehen, die vornehmlich auf entfallenden temporären Belastungen im Jahr 2013 (Fluthilfefonds von 8 Mrd € und um 4½ Mrd € höhere ESM-Kapitaleinlagen), niedrigeren Zinsausgaben (2½ Mrd €) sowie der nochmaligen Kürzung der Zuweisungen an den Gesundheitsfonds (1 Mrd €) beruht. Auf der Einnahmenseite wächst das veranschlagte Steueraufkommen um 8 Mrd €, wobei die im Konsolidierungspaket von 2010 angekündigte Einführung einer Finanztransaktionsteuer mit Erträgen von 2 Mrd € erneut ins Folgejahr aufgeschoben wurde. Dagegen sind kaum noch Privatisierungserlöse eingeplant, während im laufenden Jahr noch 4½ Mrd € veranschlagt sind.

Der Finanzplan bis 2017, der keine Maßnahmen aus Wahlprogrammen abbildet, stellt eine stetige Verbesserung der Salden bis zu einem Überschuss von 9½ Mrd € in Aussicht. In struktureller Betrachtung kommt es zu einer graduellen Verbesserung, und 2017 soll bei einer dann unterstellten konjunkturellen Normallage auch ein struktureller Überschuss von 9 Mrd € erreicht werden. Dabei ist bei den Zinsausgaben ein spürbarer Wiederanstieg veranschlagt, der angesichts der gegenwärtigen Finanzierungsbedingungen einer zu empfehlenden vorsichtigen Haushaltsplanung entspricht. Im Zusammenhang mit der Finanzierung des EU-Haushalts könnten sich ab 2016 geringere Belastungen ergeben, wenn dessen Volumen wie vorgesehen eingegrenzt wird. Andererseits gibt es weiter Haushaltsrisiken nicht zuletzt hinsichtlich der nun ab 2015 unterstellten Einnahmen aus einer Finanztransaktionsteuer sowie der geplanten Rückführung der Verteidigungsausgaben. Größere Unsicherheit besteht außerdem

*Finanzplan mit
graduell
steigendem
strukturellen
Überschuss*

Die mittelfristige Finanzplanung des Bundes 2013 bis 2017 und die strukturelle Nettokreditaufnahme im Rahmen der Schuldenbremse

in Mrd €

Position	Ist 2011	Ist 2012	Soll 2013 1)	Entwurf 2014	Finanzplan		
					2015	2016	2017
Ausgaben 2)	296,2	306,8	310,0	295,4	299,4	303,1	308,1
darunter:							
Investitionen 3)	25,4	27,6	26,1	25,4	25,2	24,9	24,7
Einnahmen 2) 4)	278,9	284,3	284,9	289,2	299,6	308,3	317,7
darunter:							
Steuereinnahmen 2)	248,1	256,1	260,6	268,7	279,4	292,9	300,5
Nettokreditaufnahme	17,3	22,5	25,1	6,2	-0,2	-5,2	-9,6
zzgl. Konjunkturkomponente 5)	1,1	-7,1	-6,3	-4,7	-3,3	-1,5	0,0
zzgl. Saldo finanzieller Transaktionen 6)	2,0	-7,4	-5,2	-3,7	0,7	0,6	0,5
Strukturelle Nettokreditaufnahme	20,4	7,9	13,6	-2,2	-2,8	-6,1	-9,1
in % des BIP 7)	0,9	0,3	0,5	-0,1	-0,1	-0,2	-0,3
Nachrichtlich:							
Strukturelle Nettokreditaufnahme 8)							
Obergrenze gemäß BMF	45,6	39,4	33,2	25,6	17,8	9,8	10,1

1 Einschl. Nachtrag zum Bundeshaushalt 2013. 2 Nach Abzug der Bundesergänzungszuweisungen, der Anteile am Energiesteueraufkommen, des Ausgleichs im Rahmen der Kfz-Steuerreform 2009 und der Konsolidierungshilfen ab 2011 an Länder. 3 Ohne Beteiligungen am ESM. 4 Einschl. Münzerlöse. 5 2011 und 2012 Angaben aus der Haushaltsrechnung 2012. 2013 gemäß Nachtragshaushalt. 2014 bis 2017 gemäß Frühjahrsprojektion 2013 der Bundesregierung. 6 Gemäß Definition des jeweiligen Haushaltsjahres. 7 Nominales BIP des jeweiligen Jahres vor der Haushaltsaufstellung (Jahre des Finanzplans gemäß Frühjahrsprojektion 2013). 8 Der verwendete Defizitobergrenzenpfad von 2011 bis 2015 basiert auf dem im Juni 2010 erwarteten strukturellen Ausgangsdefizit von 2,2% des BIP in 2010 und Abbauschritten in Höhe von 0,31% des BIP pro Jahr.

Deutsche Bundesbank

im Zusammenhang mit der Schuldenkrise. Risiken betreffen sowohl die Gewährleistungen für Hilfskredite als auch die indirekten Effekte über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. In einem solchen Umfeld sollte auch nach der Wahl an den Überschusszielen festgehalten werden. Es wäre sogar empfehlenswert, den für 2017 avisierten Sicherheitsabstand zur dauerhaften Grenze der strukturellen Neuverschuldung schon früher anzustreben.

Der Überschuss der Extrahaushalte des Bundes fiel im zweiten Quartal nach dem Vierteljahresausweis des BMF (d. h. nicht zuletzt ohne die Bad Bank FMSW, für die noch keine Angaben vorliegen) mit 2 Mrd € um ½ Mrd € höher aus als vor Jahresfrist. Beim SoFFin wurde ein Plus von 1½ Mrd € durch die Rückzahlung des letzten Teils der stillen Einlage bei der Commerzbank verbucht. Kleinere Überschüsse wurden wie vor Jahresfrist von den Pensionsrücklagen erzielt. Während damals der Vorsorgefonds für Schlusszahlungen bei inflationsindexierten Bun-

deswertpapieren aus regelgebundenen Zuführungen einen Überschuss von 1½ Mrd € verbucht hatte, stand im zweiten Quartal dieses Jahres die erste Tilgung einer inflationsindexierten Bundesobligation an, die zu einer Belastung von 1½ Mrd € und so zu einem leichten Defizit führte. Im Gesamtjahr dürfte der Einnahmenüberschuss der Extrahaushalte in der Abgrenzung der BMF-Quartalsmeldung (und darüber hinaus ohne den gesamtstaatlich defizitneutralen Verlustausgleich an die FMSW) den Vorjahreswert von 2½ Mrd € durch die Vorfinanzierung des Fluthilfefonds deutlich übertreffen, da die Mittel hier überwiegend erst in den kommenden Jahren abfließen dürften. Die Bundesregierung erwartet, dass der Überschuss allein hier bei etwa 6 Mrd € liegen wird, während die anderen Einheiten insgesamt ihr Vorjahresergebnis in etwa wiederholen könnten.

*Extrahaushalte
 des Bundes mit
 etwas höherem
 Überschuss*

Länderhaushalte⁸⁾

*Moderate
Zunahme des
Überschusses im
zweiten Quartal*

Die Kernhaushalte der Länder verzeichneten im zweiten Quartal 2013 eine weitere Verbesserung gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Der Überschuss stieg um 1½ Mrd € auf 3 Mrd €. Dies ist insbesondere auf den starken Anstieg der Einnahmen um 7½% (5½ Mrd €) zurückzuführen, der zu etwa gleichen Teilen auf einer robusten Steuerdynamik und deutlich höheren laufenden Zuweisungen gründete. Hierbei handelt es sich nicht zuletzt um gestiegene Bundesmittel für die Grundsicherung im Alter, die an die Gemeinden weitergeleitet werden. Auch die Ausgaben stiegen kräftig um 6% (4 Mrd €). Die durchgeleiteten Bundeszahlungen für die Grundsicherung trugen zu höheren laufenden Zuweisungen an die Gemeinden (+ 2 Mrd €) bei. Zudem wuchsen besonders die Personalausgaben (+ 1 Mrd €) – auch infolge der rückwirkend ab Jahresbeginn gezahlten Entgeltanpassung für Tarifbeschäftigte von 2,65%.

*Moderater
Defizitabbau im
Gesamtjahr*

Im Gesamtjahr dürfte das Defizit erneut wesentlich niedriger als geplant (13 Mrd €) ausfallen, das Niveau des Vorjahres (5½ Mrd €) jedoch wohl nur moderat unterschreiten. Im weiteren Jahresverlauf ist nach der Steuerschätzung vom Mai mit einer gedämpfteren Steueraufkommensentwicklung der Länder zu rechnen. Dagegen dürfte der Ausgabenzuwachs kräftig bleiben. Dabei steigen insbesondere die Zahlungen an die Kommunen vor allem infolge höherer Schlüsselzuweisungen und durchgeleiteter Bundesmittel weiter deutlich an. Daneben setzt sich aber auch der Personalausgabenanstieg im Zuge der – wenngleich vielfach verzögerten und in einigen Ländern eingeschränkten – Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten und Versorgungsempfänger fort.

*Stabilitätsrat
weist auf
verstärkte
Konsolidierungs-
notwendigkeiten
in Bremen und
im Saarland hin*

Auf seiner 7. Sitzung stellte der Stabilitätsrat im Mai fest, dass die fünf Länder, die Konsolidierungshilfen erhalten (Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein), 2012 die Grenzen für ihre strukturellen Defizite eingehalten haben. Diese wurden überwiegend sogar deutlich unterschritten, mit 1½ Mrd €

am stärksten im Falle Berlins. Von Bedeutung wird aber zudem sein, dass sich die jeweilige Haushaltslage auch dem Mittelwert der übrigen Länder ausreichend annähert. Erfolgt hier kein Aufholprozess, besteht künftig die Gefahr, dass die finanziell besser aufgestellte Mehrheit im Bundesrat belastende Beschlüsse für alle Länder fasst und diejenigen, die ihren Rückstand nicht aufgeholt haben, Probleme mit den Vorgaben der Schuldenbremse bekommen. Für die vier Länder, für die zuvor drohende Haushaltsnotlagen festgestellt worden waren (alle Konsolidierungshilfeempfänger bis auf Sachsen-Anhalt), hat der Stabilitätsrat die Umsetzung der vereinbarten Sanierungsmaßnahmen kontrolliert. Dabei wurden die Gesamtfortschritte in Bremen und dem Saarland als begrenzt kritisiert, und es wurde auf notwendige verstärkte Konsolidierungsanstrengungen bis 2016 hingewiesen.

Weitere Fortschritte gab es bei der landesrechtlichen Umsetzung der Schuldenbremse. In Bayern wurde eine eng an das Grundgesetz angelehnte verfassungsmäßige Regelung vom Landtag mit breiter Mehrheit angenommen. Sie soll aber erst 2020 in Kraft treten. Hier steht auch noch eine Volksbefragung im September 2013 aus. In Sachsen beschloss der Landtag ebenfalls mit großer Mehrheit eine verfassungsmäßige Schuldenbremse, die Sondervermögen einbezieht und bereits ab 2014 anzuwenden ist. Zur Berücksichtigung von Konjunkturerfekten wurde bestimmt, dass eine Kreditaufnahme dann erlaubt ist, wenn das Steueraufkommen mindestens 3% hinter dem Mittelwert der vier Vorjahre zurückbleibt. Liegt das Aufkommen niedriger, dürfen die Steuereinnahmen durch Kreditaufnahme auf bis zu 99% des Mittelwerts aufgefüllt werden. Künftige Tilgungen der diesbezüglichen Kreditaufnahme sind dann aus steuerlichen Mehrerträgen zu leisten. Weitergehende Kreditaufnahmen im Rahmen einer breiteren Ausnahmeklausel sind an eine Zwei-

*Fortschritte bei
der Verankerung
der Schulden-
bremse in
Sachsen, aber
auch in Bayern,
sowie Aus-
führungsgesetz
in Hessen*

⁸ Die Entwicklung der Gemeindefinanzen im ersten Quartal 2013 wurde in den Kurzberichten des Monatsberichts Juli 2013 kommentiert. Neuere Daten liegen noch nicht vor.

drittelmehrheit im Landtag und einen Tilgungsplan mit einer Frist von acht Jahren gebunden. Ein solcher Gesamtansatz dürfte zu einer engen Begrenzung der Schulden führen.⁹⁾ Außerdem wurde ein Ausführungsgesetz zur hessischen Schuldenbremse verabschiedet. Dort ist ebenfalls eine Zweidrittelmehrheit für Ausnahmen vorgegeben. Für die vorzusehenden Tilgungen wurde eine Regelfrist von sieben Jahren festgeschrieben. Zudem ist neben einem Kontrollkonto für mögliche Abweichungen vom strukturellen Haushaltsausgleich im Haushaltsergebnis auch ein Kontrollkonto für die bei der Haushaltsabrechnung ermittelten Konjunkturreffekte zu führen. So kann die Einhaltung der Symmetrievorgabe aus dem Grundgesetz einfach kontrolliert und bei Bedarf zielgenau gegengesteuert werden. Darüber hinaus ist die Regelung, dass auch Schuldenerlasse, die nicht mit einem haushaltswirksamen Zahlungsfluss verbunden sind, auf das strukturelle Defizit anzurechnen sind, europarechtlich geboten und zielführend. Es wurde ein Mindestabbaupfad für das strukturelle Defizit verankert, der bis 2019 ein Erreichen des strukturellen Haushaltsausgleichs vorschreibt.

■ Sozialversicherungen¹⁰⁾

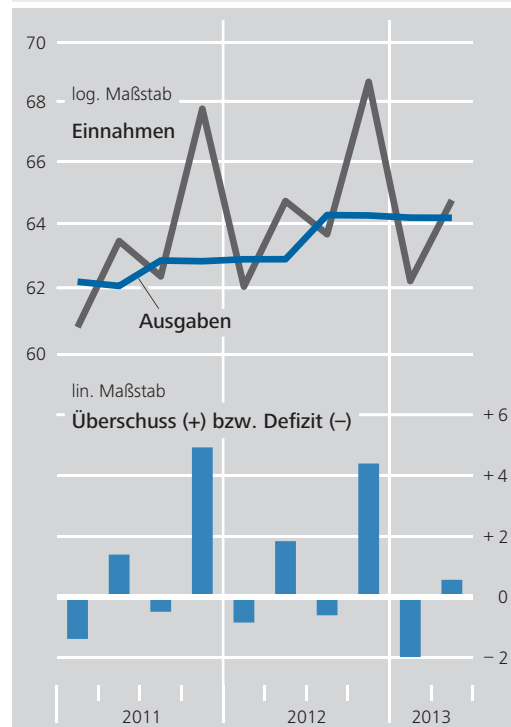
Rentenversicherung

Finanzielle Verschlechterung im zweiten Quartal durch Beitragssatzsenkung

Die gesetzliche Rentenversicherung verzeichnete im zweiten Quartal 2013 einen Überschuss von gut ½ Mrd €, der damit um über 1 Mrd € niedriger lag als vor Jahresfrist. Während die Einnahmen nicht über ihr Vorjahresniveau hinausgingen, stiegen die Ausgaben um gut 2%. Die Beitragseinnahmen stagnierten ebenso wie die Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt.¹¹⁾ Ausschlaggebend war in beiden Fällen die Senkung des Beitragssatzes von 19,6% auf 18,9% zum 1. Januar 2013. Bereinigt um diesen Effekt wären die Beitragseinnahmen mit knapp 4% kräftig gewachsen, und auch die an den Beitragssatz gekoppelten Bundeszuschüsse wären merklich höher ausgefallen. Auf der Ausgabenseite entspricht der Anstieg in etwa

Finanzen der Deutschen Rentenversicherung

Mrd €, vierteljährlich



Deutsche Bundesbank

dem Effekt der Rentenanpassung Mitte letzten Jahres. Dagegen hat sich die Zahl der ausgezahlten Renten in der Summe kaum verändert. Dahinter verbergen sich ein leichter Rückgang bei den Altersrenten und ein Anstieg bei den Erwerbsminderungsrenten. Die Entwicklung der Altersrenten spiegelt derzeit die schwachen Kriegs- und ersten Nachkriegsjahrgänge wider (im aktuellen Alter von 65 und mehr Jahren). Außerdem ist 2012 die besondere Altersgrenze für Frauen entfallen, die – unter Inkaufnahme

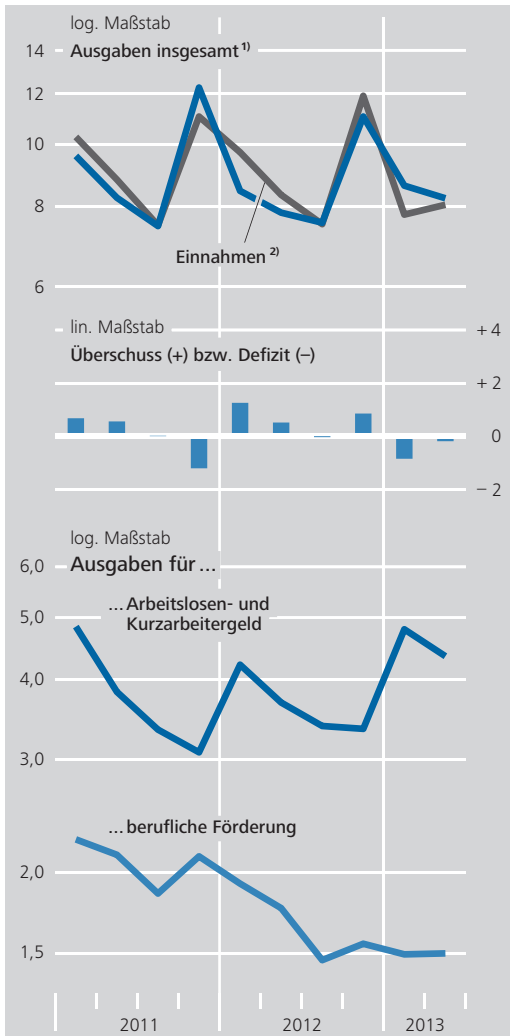
⁹ Wie bei der in Bayern vorgesehenen Regelung besteht freilich ein gewisses Konfliktpotenzial mit den europäischen Haushaltsregeln. Ein (offenbar in beiden Ländern vorgesehener) unbegrenzter Einsatz von Rücklagen zum Haushaltsausgleich kann dazu führen, dass die mit den nationalen Haushaltsregeln abzusichernde Grenze für das gesamtstaatliche Strukturdefizit von ½% des BIP verfehlt wird. Hier erscheint mithin eine explizite Begrenzung erwägenswert.

¹⁰ Die Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung im ersten Quartal 2013 wurde in den Kurzberichten der Monatsberichte Juni und Juli kommentiert. Neuere Daten liegen noch nicht vor.

¹¹ Allgemeiner und zusätzlicher Bundeszuschuss sowie aus dem Bundeshaushalt geleistete Beiträge für Kindererziehungszeiten.

Finanzen der Bundesagentur für Arbeit

Mrd €, vierteljährlich



1 Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. 2 Ohne Liquiditätshilfen des Bundes.
 Deutsche Bundesbank

von Abschlägen – einen Renteneintritt schon ab 60 Jahren ermöglichte. Der stärkere Zuwachs bei den Erwerbsminderungsrenten hängt damit zusammen, dass die deutlich stärker besetzten Jahrgänge ab etwa 1950 mittlerweile ein Alter mit relativ hohem Erwerbsminderungsrisiko erreicht haben. Ab Mitte des Jahrzehnts werden diese starken Geburtsjahrgänge das reguläre Rentenalter erreichen und den Ausgabendruck deutlich vergrößern.

Erneute Beitragssatzsenkung 2014 immer wahrscheinlicher, ...

In der ersten Jahreshälfte ergibt sich ein Defizit der gesetzlichen Rentenversicherung von knapp 1½ Mrd €, was gegenüber dem Vorjahr eine finanzielle Verschlechterung von knapp 2½

Mrd € bedeutet. Bei der Festlegung des aktuellen Beitragssatzes auf 18,9% wurde nach dem Überschuss von 5 Mrd € im Jahr 2012 nunmehr ein merkliches Defizit erwartet, durch das die Rücklagen wieder auf ihre Obergrenze von 1,5 Monatsausgaben zurückgeführt werden sollten. Nun zeichnet sich aber immer klarer ab, dass im laufenden Jahr eher mit einem Überschuss zu rechnen ist und die Rücklagen weiter über der gesetzlichen Obergrenze bleiben werden. Hierzu trägt nicht zuletzt die niedrige Rentenanpassung zum 1. Juli 2013 von 0,25% in Westdeutschland bei. In der Folge müsste der Beitragssatz 2014 nochmals spürbar gesenkt werden. Dabei ist allerdings in Rechnung zu stellen, dass im kommenden Jahr, wenn statistische Besonderheiten ausgelaufen und insbesondere die zuvor unterlassenen Rentenkürzungen weitgehend nachgeholt sein werden, ohnehin wieder deutlich höhere Rentenanpassungen zu erwarten sind. Auf die längerfristigen finanziellen Perspektiven hat die aktuell günstige Lage kaum Einfluss, zumal der gegenwärtig hohe Beschäftigungsstand auf mittlere Sicht ohnehin erreicht werden sollte. Die Finanzierung der Rentenzahlung würde sogar schwieriger, wenn den heute beschäftigungsbedingt höheren Rentenanwartschaften in der Zukunft nicht auch mehr Beitragszahler gegenüberstehen sollten als in den Vorausberechnungen unterstellt. Der Beitragssatz wird vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ohnehin perspektivisch ansteigen. Insgesamt ergeben sich aus den aktuell hohen Rücklagen jedenfalls keine langjährigen finanziellen Spielräume für Leistungsausweitungen. Diese würden – sofern nicht aus dem Bundeshaushalt finanziert – künftig einen noch höheren Beitragssatz erforderlich machen. Damit könnte auch die Einhaltung der gesetzlichen Vorgabe, den Beitragssatz bis 2030 nicht über 22% ansteigen zu lassen, gefährdet werden.

... auf längere Sicht aber keine finanziellen Spielräume für Leistungsausweitungen

Bundesagentur für Arbeit

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) weist für das zweite Quartal 2013 ein leichtes Defizit aus. Vor

Ergebnisverschlechterung durch Wegfall des Bundeszuschusses

einem Jahr hatte sich noch ein Überschuss von ½ Mrd € ergeben. Die Verschlechterung beruht ausschließlich auf dem Wegfall des Bundeszuschusses seit Anfang des Jahres, der im Vorjahreszeitraum noch fast 1 Mrd € betragen hatte. Insgesamt unterschritten die Einnahmen ihren Vorjahreswert um 3½%, wohingegen die Ausgaben um fast 5½% gestiegen sind. Auf der Einnahmenseite wuchsen die Beitragseinnahmen mit knapp 4% nur wenig schwächer als im ersten Quartal. Hinzu kamen beachtliche Mehreinnahmen aus der Insolvenzgeldumlage nach der Anhebung des Umlagesatzes von 0,04% auf 0,15% zum Jahresbeginn. Die Abschaffung des Bundeszuschusses wog dennoch schwerer. Auf der Ausgabenseite ist das starke Wachstum vor allem auf einer – gegenüber dem ersten Quartal noch leicht beschleunigten – Zunahme beim Arbeitslosengeld I um fast 15% zurückzuführen. Zwar sanken die Aufwendungen für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik um 15%. Im Vergleich zum ersten Quartal bedeutet dies jedoch eine merkliche Verlangsamung des Rückgangs.

Das für das Gesamtjahr von der BA erwartete Finanzergebnis (Defizit von knapp 1 Mrd €) könnte insbesondere dann günstiger ausfallen,

wenn – wie in der Vergangenheit regelmäßig – für die aktive Arbeitsmarktpolitik weniger als im Haushaltsplan veranschlagt verausgabt wird. Dennoch ist gegenüber dem Vorjahr mit einer nachhaltigen Verschlechterung der Finanzlage zu rechnen, die auf dem – durch die Streichung des Eingliederungsbeitrags nur teilweise kompensierten – Wegfall des Bundeszuschusses beruht. Damit werden der BA auferlegte gesamtgesellschaftliche Aufgaben (wie z. B. Förderung benachteiligter Auszubildender), die von der BA selbst auf insgesamt fast 4 Mrd € beziffert werden, aus Beitrags- und nicht aus allgemeinen Steuermitteln finanziert. Die Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und der BA sehen neben Verwaltungskostenerstattungen des Bundes insbesondere für die Betreuung Langzeitarbeitsloser im Wesentlichen nur noch eine Darlehensvergabe für den Fall vor, dass die eigenen Einnahmen der BA im Abschwung nicht mehr ausreichen, um die Ausgaben zu finanzieren. Per saldo verliert die BA durch die Neugestaltung der Finanzströme pro Jahr schätzungsweise 1½ Mrd €. Damit steigt auch das Risiko, dass bei dem gegenwärtigen Beitragssatz von 3,0% die eigenen Einnahmen strukturell nicht ausreichen, um die Ausgaben zu decken.

Finanzlage der BA wohl günstiger als zuletzt erwartet, durch Verschiebeperspektiven jedoch nachhaltig verschlechtert

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland.....	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche.....	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck.....	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen.....	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39•
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40•

■ V. Mindestreserven

1. Reservesätze.....	42•
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998.....	42•
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion.....	42•

■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze.....	43•
2. Basiszinssätze.....	43•
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
4. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland.....	50•
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	51•
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	52•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	53•

■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren.....	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren.....	55•

■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“.....	56•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	56•

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)	57*
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)	57*
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen	58*
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	58*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern	59*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	59*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung	60*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	60*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	61*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	61*
13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern	61*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten	62*

■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	63*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	64*
3. Auftragseingang in der Industrie	65*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	66*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen	66*
6. Arbeitsmarkt	67*
7. Preise	68*
8. Einkommen der privaten Haushalte	69*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	69*

■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	70*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	71*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern	72*
4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen	73*
5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland .	73*
6. Vermögensübertragungen	73*
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland	74*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank bis zum Jahresende 1998	75*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der EWU	75*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	76*
11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen	77*
12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU	77*
13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	78*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)				Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)	
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt							
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt			
2011 Okt.	1,7	1,9	1,3	1,5	1,6	2,1	4,3	0,96	1,58	4,2	
Nov.	2,2	2,1	1,5	1,5	0,8	1,0	3,4	0,79	1,48	4,7	
Dez.	1,9	1,9	1,6	1,7	1,0	0,5	2,9	0,63	1,43	4,7	
2012 Jan.	2,3	2,3	2,0	2,1	1,4	0,7	2,7	0,38	1,22	4,5	
Febr.	2,6	2,8	2,5	2,5	1,4	0,4	2,1	0,37	1,05	4,3	
März	2,8	2,9	2,8	2,6	1,8	0,5	1,3	0,36	0,86	3,9	
April	2,0	2,5	2,4	2,7	1,4	- 0,1	0,8	0,35	0,74	3,9	
Mai	3,4	2,8	2,9	2,8	1,5	- 0,3	- 0,1	0,34	0,68	4,0	
Juni	3,5	2,9	3,0	3,1	1,5	- 0,4	- 0,2	0,33	0,66	4,0	
Juli	4,7	3,4	3,5	3,1	1,3	- 0,6	- 1,1	0,18	0,50	3,8	
Aug.	4,9	3,1	2,8	3,0	0,8	- 1,0	- 1,2	0,11	0,33	3,7	
Sept.	5,2	3,1	2,7	3,1	0,9	- 0,9	- 1,3	0,10	0,25	3,5	
Okt.	6,4	4,3	3,9	3,5	0,6	- 1,3	- 1,8	0,09	0,21	3,3	
Nov.	6,4	4,4	3,8	3,7	0,5	- 1,3	- 1,8	0,08	0,19	3,2	
Dez.	6,4	4,5	3,5	3,6	0,7	- 0,5	- 1,5	0,07	0,19	3,0	
2013 Jan.	6,5	4,4	3,4	3,3	0,2	- 0,8	- 1,7	0,07	0,20	2,9	
Febr.	7,0	4,3	3,1	3,0	0,1	- 0,7	- 1,6	0,07	0,22	3,0	
März	7,1	4,2	2,5	2,9	0,3	- 0,5	- 1,2	0,07	0,21	2,9	
April	8,7	4,9	3,2	2,9	0,3	- 0,5	- 1,4	0,08	0,21	2,7	
Mai	8,4	4,7	2,9	2,8	0,2	- 0,6	- 0,9	0,08	0,20	2,6	
Juni	7,5	4,1	2,3	...	0,1	- 0,5	- 0,9	0,09	0,21	2,9	
Juli	0,09	0,22	3,0	

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFI's gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFI's.

5 Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43. 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz				Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven	nominal		real 4)	
	Mio €								Euro/US-\$	1. Vj. 1999=100	
2011 Okt.	+ 3 786	+ 380	- 3 895	- 233	- 11 658	+ 9 084	- 1 088	1,3706	103,0	100,1	
Nov.	+ 9 570	+ 5 589	- 15 300	- 30 458	+ 14 072	+ 1 319	- 233	1,3556	102,6	99,8	
Dez.	+ 22 540	+ 8 507	- 23 034	+ 15 967	- 59 684	+ 26 097	- 5 414	1,3179	100,8	98,1	
2012 Jan.	- 10 300	- 7 727	+ 11 877	+ 789	- 48 889	+ 61 126	- 1 149	1,2905	99,0	96,3	
Febr.	- 2 557	+ 3 229	+ 9 327	+ 8 249	+ 16 999	- 14 308	- 1 614	1,3224	99,7	97,2	
März	+ 10 015	+ 11 274	- 19 169	- 12 614	- 50 231	+ 43 022	+ 655	1,3201	99,9	97,3	
April	+ 2 936	+ 4 423	- 2 441	- 2 559	+ 5 075	- 1 975	- 2 982	1,3162	99,5	97,1	
Mai	- 2 759	+ 7 360	- 359	+ 3 505	+ 22 611	- 25 014	- 1 461	1,2789	98,1	95,6	
Juni	+ 18 167	+ 13 896	- 16 657	- 16 124	+ 60 986	- 57 009	- 4 510	1,2526	97,2	94,8	
Juli	+ 21 787	+ 14 543	- 17 466	+ 2 541	+ 3 097	- 23 591	+ 487	1,2288	95,4	93,1	
Aug.	+ 8 843	+ 5 588	- 7 736	+ 12 582	- 12 829	- 5 917	- 1 573	1,2400	95,3	93,1	
Sept.	+ 10 218	+ 10 158	- 16 419	- 20 012	- 2 243	+ 4 870	+ 967	1,2856	97,2	94,9	
Okt.	+ 15 026	+ 10 450	- 18 958	- 7 744	+ 70 718	- 79 289	- 2 644	1,2974	97,8	95,4	
Nov.	+ 22 437	+ 13 979	- 34 310	+ 11 077	+ 25 642	- 69 985	- 1 044	1,2828	97,3	94,8	
Dez.	+ 28 624	+ 11 777	- 34 496	- 43 771	+ 17 258	- 8 701	+ 718	1,3119	98,7	96,2	
2013 Jan.	- 4 157	- 2 274	- 3 884	- 10 036	+ 29 767	- 18 816	+ 4 799	1,3288	100,4	97,9	
Febr.	+ 11 908	+ 11 876	- 8 975	+ 11 031	- 15 409	- 7 157	+ 2 560	1,3359	101,7	99,0	
März	+ 24 774	+ 22 901	- 24 895	- 24 626	+ 5 601	- 8 119	+ 2 248	1,2964	100,2	97,8	
April	+ 16 596	+ 16 269	- 18 513	- 6 854	- 1 876	- 9 713	- 70	1,3026	100,5	97,8	
Mai	+ 9 467	+ 17 096	- 17 018	+ 363	+ 22 642	- 39 461	- 563	1,2982	100,6	98,0	
Juni	1,3189	101,6	98,9	
Juli	1,3080	101,5	98,7	

* Quelle: EZB. 1 Siehe auch Tab. XI.12 und 13, S. 75* / 76* 2 Einsch. Finanzderivate. 3 Gegenüber den Währungen der EWK-21-Gruppe. 4 Auf Basis der Verbraucherpreise.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾									
2010	2,0	2,4	4,0	3,3	3,4	1,7	- 4,9	- 1,1	1,7
2011	1,5	1,8	3,3	8,3	2,7	2,0	- 7,1	2,2	0,4
2012	- 0,6	- 0,3	0,7	3,2	- 0,8	0,0	- 6,4	0,2	- 2,4
2012 1.Vj.	- 0,1	0,2	1,8	3,4	1,5	0,6	- 6,7	1,8	- 1,4
2.Vj.	- 0,4	- 0,4	0,6	2,2	- 0,7	- 0,3	- 6,4	0,4	- 2,8
3.Vj.	- 0,7	- 0,5	0,4	3,5	- 1,5	- 0,1	- 6,7	- 0,5	- 2,7
4.Vj.	- 0,9	- 0,5	0,0	3,8	- 2,4	- 0,2	- 5,7	- 1,0	- 2,6
2013 1.Vj.	- 1,1	- 0,6	- 1,6	1,1	- 2,5	- 1,0	- 5,6	- 0,9	- 2,8
2.Vj.	- 0,7	...	0,9	0,3	- 4,6
Industrieproduktion ¹⁾³⁾									
2010	7,3	11,2	10,9	22,9	5,1	4,8	- 6,6	7,5	6,7
2011	3,2	4,4	6,6	19,7	2,1	2,1	- 8,0	0,0	1,1
2012	- 2,4	- 3,3	4) - 0,3	0,3	- 1,5	- 2,6	- 3,7	- 1,3	- 6,5
2012 1.Vj.	- 1,9	- 2,4	4) 1,3	0,0	- 2,6	- 2,7	- 8,7	1,3	- 6,5
2.Vj.	- 2,3	- 5,4	0,3	-	- 2,4	- 2,6	- 2,3	2,9	- 7,3
3.Vj.	- 2,2	- 3,4	- 0,8	0,0	- 1,2	- 2,1	- 3,2	- 3,3	- 5,1
4.Vj.	- 3,1	- 1,8	- 2,1	1,7	- 0,1	- 3,1	- 0,5	- 6,6	- 7,0
2013 1.Vj.	- 2,3	- 3,1	5) - 2,1	5,1	- 3,7	- 2,3	- 3,2	- 2,9	- 4,3
2.Vj.	- 0,5	...	6)p) 0,9	4,9	- 6,6	0,0	p) - 1,5	p) - 2,4	- 3,7
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁷⁾									
2010	76,1	77,9	79,7	67,1	75,6	77,9	68,1	-	68,3
2011	80,7	80,5	86,1	73,3	80,5	83,4	67,9	-	72,6
2012	78,9	77,7	83,5	70,2	78,8	82,2	64,9	-	70,1
2012 2.Vj.	80,1	78,4	85,2	69,0	79,9	83,4	64,9	-	71,0
3.Vj.	78,2	76,9	82,6	71,3	80,1	82,0	63,9	-	69,7
4.Vj.	77,2	76,6	80,7	70,1	77,4	80,4	65,1	-	69,0
2013 1.Vj.	77,6	75,5	82,2	70,5	78,3	82,3	65,3	-	68,5
2.Vj.	77,5	76,4	81,5	70,8	77,4	80,9	64,0	-	68,4
3.Vj.	78,3	76,4	82,5	71,5	80,3	80,7	64,9	-	71,3
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁸⁾⁹⁾									
2010	10,1	8,3	7,1	16,9	8,4	9,7	12,6	13,9	8,4
2011	10,2	7,2	6,0	12,5	7,8	9,6	17,7	14,7	8,4
2012	11,4	7,6	5,5	10,2	7,7	10,3	24,3	14,7	10,7
2013 Febr.	12,0	8,3	5,6	9,3	8,1	10,8	26,6	13,7	11,8
März	12,1	8,5	5,5	8,7	8,1	10,8	26,8	13,6	11,9
April	12,1	8,6	5,5	8,3	8,1	10,8	27,0	13,5	12,0
Mai	12,1	8,6	5,5	8,0	8,1	10,9	27,6	13,6	12,2
Juni	12,1	8,7	5,6	...	8,0	11,0	...	13,5	12,1
Juli
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾									
2010	1,6	2,3	1,2	2,7	1,7	1,7	4,7	- 1,6	1,6
2011	10) 2,7	3,4	2,5	5,1	3,3	2,3	3,1	1,2	2,9
2012	2,5	2,6	2,1	4,2	3,2	2,2	1,0	1,9	3,3
2013 Febr.	1,8	1,4	1,8	4,0	2,5	1,2	0,1	1,2	2,0
März	1,7	1,3	1,8	3,8	2,5	1,1	- 0,2	0,6	1,8
April	1,2	1,1	1,1	3,4	2,4	0,8	- 0,6	0,5	1,3
Mai	1,4	1,1	1,6	3,6	2,5	0,9	- 0,3	0,5	1,3
Juni	1,6	1,5	1,9	4,1	2,3	1,0	- 0,3	0,7	1,4
Juli	s) 1,6	1,6	1,9	3,9	2,5	1,2	- 0,5	0,7	s) 1,2
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹¹⁾									
2010	- 6,2	- 3,8	- 4,1	0,2	- 2,5	- 7,1	- 10,7	- 30,8	- 4,5
2011	- 4,1	- 3,7	- 0,8	1,2	- 0,8	- 5,3	- 9,5	- 13,4	- 3,8
2012	- 3,7	- 3,9	0,1	- 0,3	- 1,9	- 4,8	- 10,0	- 7,6	- 3,0
Staatliche Verschuldung ¹¹⁾									
2010	85,4	95,5	82,4	6,7	48,6	82,4	148,3	92,1	119,3
2011	87,3	97,8	80,4	6,2	49,0	85,8	170,3	106,4	120,8
2012	90,7	99,6	81,9	10,1	53,0	90,2	156,9	117,6	127,0

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig.
1 Veränderung gegen Vorjahrszeitraum in Prozent. **2** Bruttoinlandsprodukt der EWU aus saisonbereinigten Werten berechnet. **3** Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und

Energie; arbeitstäglich bereinigt. **4** Positiv beeinflusst durch Nachmeldungen. **5** Positiv beeinflusst durch Berichtsreisänderung. **6** Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung sowie der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾									
2,9	3,2	1,5	1,8	1,9	4,4	1,2	0,3	1,3	2010
1,7	1,8	0,9	2,8	1,6	3,2	0,6	0,4	0,5	2011
0,3	1,0	- 1,2	0,9	- 3,2	2,0	- 2,3	- 1,4	- 2,4	2012
- 0,6	- 0,9	- 1,1	1,9	- 0,8	2,9	0,0	- 0,8	- 1,6	2012 1.Vj.
0,5	1,4	- 0,7	- 0,3	- 4,2	2,6	- 3,2	- 1,4	- 2,7	2.Vj.
- 0,3	1,8	- 1,7	0,5	- 2,5	2,1	- 3,1	- 1,5	- 1,9	3.Vj.
1,7	1,7	- 1,5	1,3	- 5,4	0,7	- 3,0	- 1,9	- 3,6	4.Vj.
0,9	1,6	- 1,8	- 0,5	- 4,1	0,6	- 4,8	- 2,3	- 4,4	2013 1.Vj.
...	...	- 1,8	0,3	2.Vj.
Industrieproduktion ¹⁾³⁾									
8,7	-	7,8	6,7	1,6	8,1	7,0	0,8	- 1,1	2010
- 1,9	-	0,7	6,6	- 2,0	5,3	1,9	- 1,4	- 5,2	2011
- 5,4	-	0,5	0,3	- 5,0	8,1	- 0,6	- 6,0	- 10,5	2012
- 7,2	-	1,7	- 0,8	- 5,5	6,9	- 0,7	- 5,8	- 13,4	2012 1.Vj.
- 5,4	-	1,6	0,8	- 6,4	9,8	0,1	- 7,1	- 11,2	2.Vj.
- 6,2	-	2,3	1,1	- 4,1	11,4	0,4	- 5,5	- 5,7	3.Vj.
- 2,4	-	0,4	0,1	- 3,7	4,7	- 2,3	- 5,7	- 11,1	4.Vj.
- 6,4	-	2,6	0,2	- 1,3	2,7	- 0,8	- 4,1	- 12,7	2013 1.Vj.
- 4,6	-	p) 0,6	...	3,1	p) 2,6	p) - 1,2	- 1,7	...	2.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁷⁾									
78,5	77,7	78,9	81,9	75,0	58,0	76,0	71,1	62,7	2010
83,2	78,7	80,3	85,4	74,4	61,6	80,4	73,3	61,4	2011
76,4	75,2	78,4	84,6	73,8	69,6	79,1	72,1	56,5	2012
82,7	75,9	78,6	84,7	74,2	71,1	80,6	72,7	57,2	2012 2.Vj.
78,1	76,2	78,3	84,9	74,2	71,2	79,4	70,7	58,2	3.Vj.
65,7	74,3	77,0	83,6	72,6	68,4	76,6	72,5	53,7	4.Vj.
66,9	77,2	77,0	84,9	73,5	60,7	77,8	68,7	52,2	2013 1.Vj.
62,3	76,2	75,9	83,5	73,9	72,3	78,4	74,6	43,7	2.Vj.
63,1	76,1	76,6	83,5	73,2	55,2	78,2	76,2	50,5	3.Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁸⁾⁹⁾									
4,6	6,9	4,5	4,4	12,0	14,5	7,3	20,1	6,3	2010
4,8	6,5	4,4	4,2	12,9	13,7	8,2	21,7	7,9	2011
5,1	6,4	5,3	4,3	15,9	14,0	8,9	25,0	11,9	2012
5,4	6,2	6,2	5,0	17,6	14,2	10,6	26,4	14,7	2013 Febr.
5,5	6,2	6,4	4,8	17,6	14,1	11,0	26,4	15,0	März
5,6	6,0	6,5	4,8	17,8	14,2	11,2	26,5	16,0	April
5,7	6,1	6,6	4,7	17,6	14,3	11,3	26,4	16,5	Mai
5,7	6,1	6,8	4,6	17,4	14,5	11,2	26,3	17,3	Juni
...	...	7,0	Juli
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾									
2,8	2,0	0,9	1,7	1,4	0,7	2,1	2,0	2,6	2010
3,7	2,5	2,5	3,6	3,6	4,1	2,1	3,1	3,5	2011
2,9	3,2	2,8	2,6	2,8	3,7	2,8	2,4	3,1	2012
2,4	1,8	3,2	2,6	0,2	2,2	2,9	2,9	1,8	2013 Febr.
2,0	1,4	3,2	2,4	0,7	1,9	2,2	2,6	1,3	März
1,7	0,9	2,8	2,1	0,4	1,7	1,6	1,5	0,1	April
1,4	0,8	3,1	2,4	0,9	1,8	1,6	1,8	0,2	Mai
2,0	0,6	3,2	p) 2,2	1,2	1,7	2,2	2,2	0,8	Juni
1,8	0,9	p) 3,1	...	0,8	1,6	2,8	1,9	0,7	Juli
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹¹⁾									
- 0,9	- 3,6	- 5,1	- 4,5	- 9,8	- 7,7	- 5,9	- 9,7	- 5,3	2010
- 0,2	- 2,8	- 4,5	- 2,5	- 4,4	- 5,1	- 6,4	- 9,4	- 6,3	2011
- 0,8	- 3,3	- 4,1	- 2,5	- 6,4	- 4,3	- 4,0	- 10,6	- 6,3	2012
Staatliche Verschuldung ¹¹⁾									
19,2	67,4	63,1	72,0	94,0	41,0	38,6	61,5	61,3	2010
18,3	70,3	65,5	72,5	108,3	43,3	46,9	69,3	71,1	2011
20,8	72,1	71,2	73,4	123,6	52,1	54,1	84,2	85,8	2012

7 Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. 8 In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. 9 Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von

Urprungswerten des Statistischen Bundesamtes. 10 Ab 2011 einschl. Estland. 11 In Prozent des Bruttoinlandsprodukts; EWU-Aggregat: Europäische Zentralbank (ESVG 1995), Mitgliedstaaten: Europäische Kommission (Maastricht-Definition).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2011 Nov.	28,3	- 12,0	8,2	40,3	41,2	- 24,2	- 64,7	- 40,5	- 3,2	- 11,1	- 0,9	- 10,6	19,5
Dez.	- 94,3	- 111,3	- 15,8	17,1	2,1	17,4	- 21,0	- 38,4	- 3,7	13,9	- 0,7	- 42,7	25,8
2012 Jan.	125,2	58,3	17,6	67,0	69,1	- 40,6	19,0	59,6	6,3	0,5	0,6	- 4,4	9,6
Febr.	15,8	- 15,8	4,3	31,6	47,8	20,4	18,4	- 1,9	- 10,6	- 3,4	- 1,2	- 7,2	1,2
März	36,6	2,9	1,2	33,7	36,5	- 26,3	33,4	59,7	- 34,8	- 26,4	- 0,6	- 18,5	10,7
April	12,2	7,8	15,9	4,4	- 2,6	- 29,8	- 14,2	15,5	- 5,7	- 3,9	- 0,1	- 7,0	5,3
Mai	23,3	- 7,4	- 10,2	30,7	29,0	14,0	27,6	13,5	- 41,9	- 32,5	- 0,9	- 23,2	14,8
Juni	8,4	- 35,2	- 59,6	43,6	18,3	20,6	- 82,1	- 102,6	11,0	- 12,4	- 1,0	- 13,0	37,4
Juli	- 33,9	- 17,8	- 42,4	- 16,1	- 15,4	9,8	6,5	- 3,2	- 33,6	- 53,3	- 1,1	6,1	14,7
Aug.	- 77,5	- 60,6	- 15,2	- 16,9	- 7,6	21,8	- 24,0	- 45,8	3,3	2,9	- 1,3	- 1,0	2,7
Sept.	65,4	32,4	- 3,6	33,0	30,7	- 6,7	- 41,2	- 34,5	- 0,4	- 7,6	- 1,4	- 3,7	12,3
Okt.	- 4,7	- 20,5	- 6,1	15,8	1,1	20,4	7,3	- 13,2	- 25,0	- 12,6	- 0,7	- 12,7	0,9
Nov.	13,9	- 3,7	- 0,5	17,7	27,2	64,5	- 12,4	- 76,9	- 2,5	- 4,6	- 0,7	- 1,4	4,2
Dez.	- 69,8	- 4,4	66,6	- 65,4	- 50,6	32,2	- 91,6	- 123,8	17,0	- 4,2	- 1,8	- 19,3	42,4
2013 Jan.	48,6	18,0	- 2,4	30,6	26,5	32,2	60,0	27,9	- 6,8	- 4,3	- 1,0	- 7,1	5,5
Febr.	- 5,3	- 10,0	- 3,4	4,6	43,8	- 10,5	- 10,5	- 0,0	- 4,4	- 8,4	- 2,0	- 1,0	7,0
März	64,4	29,3	21,9	35,1	29,6	11,9	- 42,1	- 54,0	- 0,8	14,8	- 1,5	- 33,7	19,7
April	13,3	11,0	34,7	2,2	- 7,7	- 4,6	60,0	64,6	- 19,7	- 5,3	- 1,9	- 16,2	3,6
Mai	10,2	- 14,1	1,6	24,3	49,8	74,9	- 2,1	- 77,0	- 4,8	4,5	- 2,1	- 19,4	12,2
Juni	- 4,9	- 32,1	- 27,5	27,2	35,1	42,8	- 60,6	- 103,4	8,4	4,1	- 1,3	- 28,9	34,5

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2011 Nov.	3,7	4,2	1,7	- 0,5	2,1	- 13,7	- 0,1	13,6	- 7,3	- 1,4	- 0,9	- 3,8	- 1,3
Dez.	- 54,4	- 48,0	- 4,8	- 6,4	- 9,5	72,3	- 9,7	- 82,0	- 8,0	- 0,3	- 0,8	- 4,3	- 2,6
2012 Jan.	36,8	25,6	4,3	11,2	7,7	- 79,5	29,1	108,7	- 26,2	- 3,4	- 0,9	- 22,7	0,9
Febr.	- 3,1	- 2,8	- 5,8	- 0,3	1,9	- 30,3	- 10,6	19,7	9,1	- 2,8	- 1,2	8,2	4,9
März	2,1	1,2	8,4	0,9	3,2	- 51,5	5,1	56,6	- 6,8	- 4,9	- 0,8	- 6,2	5,1
April	18,0	16,0	12,9	2,0	- 3,2	- 12,4	- 0,5	11,9	1,4	- 1,4	- 0,3	2,3	0,8
Mai	- 33,7	- 25,5	- 20,6	- 8,2	- 2,7	- 21,2	- 5,0	16,2	- 12,6	- 3,0	- 0,8	- 6,0	- 2,7
Juni	10,1	- 7,5	- 9,2	17,6	7,0	- 27,1	- 28,9	- 1,8	1,7	- 3,0	- 1,0	- 1,3	7,0
Juli	29,8	34,2	- 0,6	- 4,5	- 0,4	- 16,1	1,5	17,6	- 5,5	- 4,9	- 0,8	- 2,2	2,5
Aug.	- 4,1	0,6	1,6	- 4,7	2,1	- 7,0	13,2	20,2	- 5,0	- 1,9	- 1,4	- 2,4	0,7
Sept.	7,3	2,3	5,0	5,1	6,1	52,6	7,0	- 45,7	- 5,7	- 3,2	- 1,6	- 1,4	0,5
Okt.	18,7	8,2	- 5,0	10,5	3,2	10,1	0,9	- 9,2	- 14,0	- 8,9	- 0,7	- 3,8	- 0,6
Nov.	- 5,2	- 4,1	0,8	- 1,2	5,0	23,7	- 7,2	- 30,9	- 12,5	- 5,4	- 1,3	- 5,4	- 0,4
Dez.	- 50,5	- 32,0	- 2,8	- 18,5	- 7,0	53,7	- 20,2	- 73,9	- 12,5	- 1,0	- 1,6	- 10,6	0,8
2013 Jan.	34,9	34,0	10,6	0,9	- 1,0	- 13,7	- 2,1	11,6	- 7,9	- 2,0	- 1,8	- 4,9	0,8
Febr.	- 8,7	- 2,0	- 3,5	- 6,7	- 1,8	4,4	- 3,2	- 7,6	- 2,8	- 4,4	- 1,5	1,4	1,8
März	- 2,4	0,7	7,9	- 3,0	- 0,7	16,7	- 3,4	- 20,1	- 7,2	- 0,9	- 0,8	- 10,8	5,3
April	26,3	16,3	17,2	10,0	- 0,7	5,0	6,1	1,2	- 5,3	- 4,4	- 1,5	- 2,6	3,3
Mai	- 22,9	- 11,7	- 14,2	- 11,2	- 0,5	21,9	- 2,0	- 23,9	- 11,0	- 0,9	- 2,0	- 11,5	3,4
Juni	0,0	3,4	- 6,2	- 3,4	- 0,4	- 0,5	- 8,3	- 7,8	- 2,4	- 1,0	- 0,9	- 8,7	8,2

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112*). **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-

MFIs-Beteiligungen. **4** Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)											Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2							Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)					
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)							
4,2	- 0,2	-	3,2	1,4	15,5	3,9	11,6	- 11,2	-	3,0	- 28,4	6,5	2,0	2011 Nov.
- 6,9	- 156,7	-	90,4	99,1	80,1	16,1	63,9	6,1	12,9	- 67,2	- 4,7	19,0	2011 Dez.	
59,9	38,4	-	19,9	27,7	49,2	- 14,3	34,8	4,4	17,0	17,3	10,7	- 10,1	2012 Jan.	
23,2	- 1,4	-	25,1	11,3	31,4	- 0,4	31,0	35,0	7,7	13,8	2,0	13,6	2012 Febr.	
- 13,8	- 42,5	-	101,4	69,1	49,3	2,4	46,9	9,8	10,0	- 14,5	10,6	25,9	2012 März	
- 36,3	21,8	-	2,6	- 1,7	3,7	2,7	1,0	- 9,9	4,5	3,4	9,7	- 6,6	2012 April	
26,2	27,5	-	25,5	19,8	39,1	8,7	30,4	- 25,9	6,6	27,3	12,6	- 6,4	2012 Mai	
17,2	- 35,3	-	36,0	59,0	74,3	11,4	62,9	- 21,9	6,6	- 0,0	- 23,3	6,7	2012 Juni	
- 32,6	16,1	-	26,0	20,3	22,7	3,8	19,0	- 8,0	5,6	4,6	- 1,3	2,0	2012 Juli	
- 39,6	- 8,1	-	11,3	3,6	1,8	- 1,3	3,1	- 13,7	8,3	- 13,5	4,3	- 10,4	2012 Aug.	
33,5	7,7	-	17,8	43,1	47,2	- 3,5	50,7	- 6,3	2,2	14,2	- 20,7	- 4,2	2012 Sept.	
- 22,8	6,6	-	57,0	63,6	34,0	- 2,4	36,4	18,3	11,3	- 20,7	5,3	- 5,1	2012 Okt.	
40,5	33,1	-	7,3	29,6	35,4	- 0,2	35,6	- 13,9	8,1	7,6	- 1,2	- 19,6	2012 Nov.	
- 60,6	- 53,2	-	59,2	98,5	85,6	12,7	72,9	- 12,2	25,2	- 42,3	- 26,9	- 6,1	2012 Dez.	
33,9	77,8	-	24,1	34,8	53,4	- 19,8	33,6	- 5,4	24,1	11,8	7,2	- 6,6	2013 Jan.	
5,6	- 18,0	-	1,0	9,6	4,8	- 1,2	5,9	- 3,4	8,2	28,0	6,3	- 13,3	2013 Febr.	
10,8	20,3	-	46,0	59,1	48,4	11,7	36,6	5,1	5,6	24,2	- 6,0	- 5,4	2013 März	
- 50,7	25,6	-	53,5	51,4	73,3	7,2	66,1	- 28,3	6,4	- 11,6	- 3,7	3,2	2013 April	
62,5	26,5	-	0,9	11,9	26,1	4,9	21,2	- 17,2	3,0	10,8	- 2,2	- 9,2	2013 Mai	
32,4	4,3	-	7,2	17,2	41,9	6,3	35,6	- 24,5	- 0,3	22,7	- 21,7	7,7	2013 Juni	

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge							Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)	
				täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Repo-geschäfte						
								Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)					
- 0,2	- 32,7	0,1	1,5	30,2	20,4	1,7	- 0,1	5,3	- 0,9	3,9	2011 Nov.		
0,2	31,9	- 0,4	3,5	6,2	- 1,8	6,2	5,5	- 14,1	- 0,1	2,0	2011 Dez.		
4,0	- 8,9	0,5	3,1	11,7	0,8	- 1,0	2,1	- 10,8	- 0,3	2,4	2012 Jan.		
3,5	- 67,7	1,2	0,1	21,7	9,8	- 3,6	3,9	10,0	- 0,2	1,8	2012 Febr.		
- 10,7	- 34,6	3,2	- 0,2	2,7	8,7	- 0,8	0,4	- 3,6	- 0,2	1,9	2012 März		
1,9	- 15,6	2,1	1,0	17,9	10,4	3,1	- 1,2	7,2	0,0	1,7	2012 April		
- 0,0	- 62,6	1,7	2,1	20,3	17,2	2,9	0,1	5,3	0,0	5,1	2012 Mai		
1,7	- 36,9	1,7	2,8	16,5	18,0	6,6	0,1	- 9,4	0,2	1,0	2012 Juni		
- 5,2	- 5,9	3,5	1,7	30,3	20,4	- 0,8	0,8	7,6	0,0	2,3	2012 Juli		
- 1,1	- 15,8	3,9	- 0,9	10,8	12,4	- 2,1	0,9	1,7	- 0,4	1,6	2012 Aug.		
1,0	62,5	3,4	- 1,2	2,1	23,9	- 13,5	0,3	- 10,1	- 0,2	1,7	2012 Sept.		
- 2,1	- 11,2	2,8	- 0,3	56,1	55,8	- 11,1	0,2	9,9	0,4	1,1	2012 Okt.		
1,3	12,0	2,6	- 0,1	17,5	25,9	- 9,0	0,5	- 0,8	- 0,0	1,1	2012 Nov.		
- 2,6	71,8	3,0	2,0	- 53,4	- 7,0	- 24,2	6,3	- 26,5	0,2	2,2	2012 Dez.		
0,9	40,4	- 0,9	- 3,6	- 12,1	- 1,9	- 10,2	0,9	2,7	0,1	3,6	2013 Jan.		
- 2,9	- 12,4	2,0	- 0,6	13,8	2,5	- 8,3	1,4	16,6	0,3	1,5	2013 Febr.		
- 1,7	35,1	2,4	2,5	- 11,8	- 10,3	3,6	- 1,4	- 2,7	0,1	1,1	2013 März		
- 2,7	6,2	0,3	2,5	33,1	30,2	- 1,3	- 0,6	1,9	0,6	2,2	2013 April		
5,0	1,0	2,9	0,7	4,0	5,4	0,1	0,4	- 0,9	- 0,0	0,9	2013 Mai		
3,1	- 4,8	1,3	1,7	3,5	- 0,6	- 7,7	- 0,2	15,4	- 0,5	2,9	2013 Juni		

9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III. 2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen		
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen				öffentliche Haushalte						
				Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte			Schuld- verschrei- bungen 3)				
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)													
2011 Mai	25 736,9	16 550,0	13 511,6	11 201,4	1 510,2	800,1	3 038,3	1 173,4	1 865,0	5 131,3	4 055,6		
Juni	25 432,4	16 557,5	13 499,1	11 225,8	1 483,8	789,5	3 058,4	1 169,7	1 888,7	4 982,2	3 892,7		
Juli	25 798,8	16 550,3	13 510,5	11 239,7	1 488,2	782,6	3 039,8	1 174,2	1 865,6	5 028,2	4 220,3		
Aug.	26 379,1	16 557,2	13 487,0	11 240,5	1 480,7	765,7	3 070,2	1 161,9	1 908,3	5 117,2	4 704,7		
Sept.	26 973,2	16 608,4	13 521,0	11 297,5	1 470,6	752,8	3 087,4	1 163,4	1 924,0	5 190,1	5 174,7		
Okt.	26 619,2	16 622,0	13 550,1	11 268,0	1 530,0	752,1	3 071,9	1 162,6	1 909,3	5 028,0	4 969,2		
Nov.	26 619,5	16 626,4	13 541,3	11 253,0	1 533,8	754,5	3 085,2	1 162,1	1 923,0	5 063,3	4 929,9		
Dez.	26 718,7	16 562,9	13 432,5	11 164,1	1 527,4	741,0	3 130,4	1 177,6	1 952,8	5 032,7	5 123,1		
2012 Jan.	26 895,4	16 673,6	13 478,2	11 196,6	1 532,2	749,3	3 195,5	1 174,8	2 020,6	5 046,6	5 175,2		
Febr.	26 832,1	16 686,8	13 451,7	11 165,7	1 539,0	747,0	3 235,1	1 158,9	2 076,2	5 015,7	5 129,6		
März	26 693,6	16 707,5	13 448,0	11 164,1	1 526,6	757,3	3 259,5	1 155,5	2 104,0	5 034,0	4 952,1		
April	26 862,1	16 703,8	13 447,2	11 157,9	1 520,8	768,6	3 256,5	1 159,5	2 097,0	5 056,0	5 102,3		
Mai	27 825,2	16 721,1	13 448,6	11 175,9	1 520,6	752,1	3 272,5	1 161,2	2 111,3	5 205,5	5 898,6		
Juni	27 211,7	16 728,9	13 386,5	11 190,9	1 463,1	732,5	3 342,4	1 186,8	2 155,5	5 089,7	5 393,1		
Juli	27 534,0	16 699,7	13 371,0	11 218,1	1 416,1	736,8	3 328,7	1 186,4	2 142,3	5 183,4	5 651,0		
Aug.	27 305,0	16 627,2	13 304,9	11 165,0	1 400,8	739,1	3 322,3	1 177,0	2 145,3	5 104,1	5 573,7		
Sept.	27 159,9	16 695,6	13 325,3	11 188,4	1 386,6	750,3	3 370,3	1 180,1	2 190,2	5 045,6	5 418,6		
Okt.	26 627,4	16 695,4	13 300,3	11 168,3	1 384,2	747,8	3 395,1	1 194,7	2 200,4	5 013,0	4 918,9		
Nov.	26 695,0	16 718,2	13 292,7	11 161,0	1 370,3	761,5	3 425,5	1 185,1	2 240,3	4 996,6	4 980,2		
Dez.	26 243,4	16 612,2	13 246,6	11 045,9	1 433,7	767,0	3 365,6	1 170,3	2 195,3	4 844,2	4 787,0		
2013 Jan.	26 384,8	16 641,6	13 244,4	11 047,8	1 415,9	780,7	3 397,2	1 174,2	2 223,0	4 798,1	4 945,1		
Febr.	26 504,1	16 629,1	13 232,0	11 037,4	1 418,7	775,8	3 397,1	1 135,6	2 261,6	4 824,6	5 050,4		
März	26 566,9	16 699,0	13 263,1	11 047,0	1 431,4	784,7	3 435,9	1 141,2	2 294,7	4 843,2	5 024,7		
April	26 707,5	16 730,1	13 268,8	11 013,6	1 439,8	815,4	3 461,3	1 151,0	2 310,4	4 819,0	5 158,4		
Mai	26 369,7	16 729,5	13 251,6	10 994,7	1 446,7	810,2	3 477,9	1 125,4	2 352,6	4 796,5	4 843,7		
Juni	25 925,7	16 695,9	13 207,2	10 982,9	1 431,9	792,4	3 488,7	1 117,0	2 371,7	4 663,2	4 566,6		
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
2011 Mai	5 944,1	3 731,5	2 982,7	2 537,9	189,2	255,6	748,8	408,5	340,3	1 192,1	1 020,6		
Juni	5 793,3	3 706,7	2 968,3	2 536,0	187,5	244,9	738,4	404,9	333,4	1 145,1	941,6		
Juli	5 929,3	3 709,0	2 969,1	2 540,8	185,6	242,7	739,9	410,3	329,6	1 158,0	1 062,2		
Aug.	6 140,9	3 729,5	2 988,1	2 565,9	183,4	238,8	741,4	400,7	340,8	1 190,0	1 221,3		
Sept.	6 294,6	3 744,9	3 001,5	2 584,8	181,4	235,4	743,4	400,3	343,1	1 193,9	1 355,7		
Okt.	6 167,9	3 767,6	3 022,8	2 609,4	179,0	234,4	744,8	396,1	348,7	1 157,5	1 242,8		
Nov.	6 189,0	3 771,3	3 030,2	2 615,1	181,7	233,3	741,1	393,6	347,5	1 179,7	1 238,0		
Dez.	6 229,9	3 720,7	2 986,3	2 576,3	183,2	226,8	734,4	396,9	337,5	1 180,4	1 328,9		
2012 Jan.	6 292,8	3 751,9	3 007,6	2 594,7	182,4	230,4	744,4	400,3	344,0	1 212,0	1 328,9		
Febr.	6 239,0	3 746,7	3 001,7	2 595,0	179,9	226,8	745,0	398,1	346,9	1 193,1	1 299,2		
März	6 185,1	3 751,3	3 002,6	2 587,7	182,1	232,9	748,7	395,8	352,9	1 191,6	1 242,1		
April	6 250,5	3 775,2	3 022,0	2 594,1	179,8	248,0	753,3	401,1	352,2	1 198,9	1 276,4		
Mai	6 499,3	3 745,2	3 001,6	2 594,7	178,2	228,7	743,5	395,8	347,7	1 221,4	1 532,7		
Juni	6 313,4	3 752,8	2 970,9	2 592,7	156,5	221,7	781,8	406,4	375,4	1 183,7	1 377,0		
Juli	6 448,1	3 784,2	3 006,9	2 629,3	154,0	223,6	777,3	402,5	374,8	1 205,4	1 458,5		
Aug.	6 408,2	3 779,1	3 005,1	2 625,9	153,0	226,2	774,0	395,7	378,2	1 206,3	1 422,8		
Sept.	6 361,1	3 785,2	3 004,1	2 620,0	153,3	230,8	781,1	395,6	385,5	1 209,7	1 366,2		
Okt.	6 314,2	3 803,4	3 010,6	2 631,5	147,6	231,5	792,8	402,8	390,0	1 201,4	1 309,5		
Nov.	6 280,7	3 798,0	3 005,5	2 625,8	148,3	231,4	792,5	396,6	395,9	1 194,7	1 288,1		
Dez.	6 158,5	3 745,1	2 970,5	2 593,8	147,9	228,9	774,6	385,1	389,5	1 159,8	1 253,7		
2013 Jan.	6 067,4	3 774,6	2 998,7	2 611,3	146,5	240,9	775,9	386,9	389,0	1 140,9	1 151,9		
Febr.	6 062,6	3 765,7	2 998,6	2 614,6	148,2	235,8	767,1	382,0	385,1	1 143,4	1 153,5		
März	6 075,5	3 766,8	3 000,8	2 608,8	150,0	242,0	765,9	379,8	386,2	1 154,8	1 154,0		
April	6 087,6	3 792,2	3 014,9	2 605,5	148,6	260,7	777,3	390,5	386,9	1 139,0	1 156,4		
Mai	5 962,4	3 768,8	3 003,0	2 607,6	146,3	249,0	765,9	379,8	386,1	1 132,8	1 060,8		
Juni	5 846,2	3 766,8	3 005,2	2 616,6	148,4	240,2	761,6	376,7	384,9	1 103,7	975,7		

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unter-

nehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva										Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet									
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen						mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)	
			zusammen	tätlich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		von mehr als 2 Jahren	von mehr als 3 Monaten		
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren		bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)										
810,4	10 480,9	9 895,4	9 942,1	3 695,2	1 452,2	298,8	2 473,4	1 910,6	111,9	2011 Mai
819,7	10 555,9	9 918,0	9 956,0	3 733,4	1 424,1	300,7	2 477,1	1 908,8	111,9	Juni
828,2	10 524,0	9 913,5	9 957,2	3 717,0	1 437,4	306,9	2 472,7	1 911,2	112,0	Juli
823,4	10 482,9	9 931,6	9 971,1	3 702,8	1 448,4	313,0	2 478,6	1 916,6	111,9	Aug.
831,2	10 534,1	9 962,8	10 018,6	3 724,1	1 463,7	312,8	2 495,3	1 911,6	111,3	Sept.
837,5	10 539,9	9 973,9	10 028,0	3 722,8	1 458,4	308,5	2 517,6	1 909,4	111,5	Okt.
841,4	10 536,4	9 961,3	10 007,8	3 722,8	1 437,6	312,5	2 509,9	1 915,2	109,8	Nov.
857,5	10 626,2	10 052,5	10 119,6	3 800,1	1 446,8	310,5	2 524,5	1 928,2	109,4	Dez.
843,0	10 678,5	10 051,3	10 103,0	3 765,6	1 445,1	315,4	2 523,6	1 944,9	108,5	2012 Jan.
842,5	10 704,6	10 055,2	10 101,9	3 735,2	1 464,1	325,6	2 517,3	1 951,1	108,5	Febr.
844,9	10 731,3	10 103,3	10 127,9	3 775,3	1 469,1	323,2	2 491,3	1 960,9	108,1	März
847,6	10 689,8	10 094,2	10 126,8	3 783,4	1 468,8	312,1	2 489,1	1 965,2	108,2	April
856,3	10 707,1	10 079,2	10 101,9	3 811,1	1 440,0	312,0	2 459,6	1 971,8	107,4	Mai
867,7	10 754,8	10 113,0	10 103,6	3 870,0	1 411,5	304,0	2 433,5	1 978,1	106,6	Juni
871,5	10 686,8	10 067,9	10 065,0	3 886,5	1 405,2	302,9	2 381,5	1 983,4	105,5	Juli
870,2	10 643,2	10 063,3	10 071,2	3 896,2	1 391,5	301,5	2 384,1	1 993,5	104,4	Aug.
866,7	10 716,3	10 109,4	10 110,9	3 940,4	1 390,3	300,8	2 381,1	1 995,3	103,1	Sept.
864,3	10 745,5	10 155,5	10 153,9	3 965,3	1 405,5	306,6	2 368,1	2 005,9	102,5	Okt.
864,1	10 807,7	10 183,5	10 170,3	3 994,3	1 386,1	309,5	2 365,1	2 013,4	101,9	Nov.
876,8	10 815,9	10 251,5	10 275,0	4 066,6	1 392,7	312,8	2 359,7	2 042,8	100,5	Dez.
857,0	10 828,4	10 229,8	10 259,5	4 041,9	1 380,3	319,7	2 354,8	2 064,1	98,6	2013 Jan.
855,8	10 843,0	10 225,8	10 268,1	4 053,3	1 367,3	330,8	2 347,7	2 072,3	96,7	Febr.
867,5	10 921,5	10 292,0	10 330,9	4 097,0	1 357,1	339,8	2 363,3	2 078,3	95,3	März
874,7	10 901,9	10 329,6	10 360,5	4 154,7	1 320,7	350,3	2 357,2	2 084,1	93,5	April
879,6	10 973,8	10 337,4	10 357,4	4 167,7	1 286,2	363,2	2 361,8	2 087,1	91,5	Mai
885,9	11 016,1	10 340,5	10 360,9	4 195,6	1 254,0	370,4	2 363,3	2 087,3	90,3	Juni
Deutscher Beitrag (Mrd €)										
200,9	2 951,3	2 881,4	2 787,4	1 071,8	252,3	40,0	803,2	515,4	104,7	2011 Mai
203,5	2 960,1	2 884,6	2 787,0	1 078,0	247,9	39,6	803,5	513,6	104,5	Juni
205,5	2 966,7	2 893,1	2 798,5	1 078,4	259,7	40,1	803,3	512,4	104,5	Juli
204,5	2 989,1	2 916,1	2 816,9	1 090,2	260,9	41,9	808,3	511,0	104,4	Aug.
205,8	3 008,4	2 930,1	2 832,6	1 099,5	271,9	42,5	804,8	510,1	103,9	Sept.
207,6	3 009,6	2 934,1	2 844,1	1 109,9	274,3	43,5	802,7	509,9	103,8	Okt.
209,1	3 030,2	2 954,6	2 858,9	1 128,2	272,4	44,5	801,4	510,4	102,0	Nov.
212,6	3 038,9	2 962,5	2 867,9	1 130,2	276,1	44,9	799,8	515,8	101,2	Dez.
209,6	3 040,0	2 961,3	2 864,8	1 130,9	274,7	44,8	796,2	518,1	100,3	2012 Jan.
209,4	3 049,0	2 965,8	2 864,0	1 138,8	265,6	45,4	793,2	521,0	100,0	Febr.
209,3	3 041,1	2 968,3	2 857,2	1 143,7	259,8	44,8	788,4	521,4	99,2	März
210,3	3 054,1	2 981,2	2 867,5	1 156,8	260,2	44,1	787,2	520,2	98,9	April
212,3	3 072,2	2 998,5	2 874,4	1 170,8	257,5	43,8	784,0	520,2	98,1	Mai
215,2	3 094,3	3 019,5	2 863,0	1 182,2	252,1	43,4	768,1	520,1	97,1	Juni
216,9	3 104,4	3 034,0	2 878,4	1 205,8	249,6	43,0	763,1	520,7	96,2	Juli
215,9	3 111,3	3 040,9	2 888,5	1 220,9	247,7	42,4	761,2	521,5	94,8	Aug.
214,7	3 117,3	3 045,7	2 891,7	1 237,8	239,2	41,8	757,8	521,9	93,3	Sept.
214,4	3 150,2	3 077,3	2 926,3	1 291,6	229,9	41,2	749,0	522,0	92,5	Okt.
214,2	3 162,1	3 088,7	2 929,4	1 311,1	220,5	40,6	743,5	522,4	91,2	Nov.
216,3	3 131,3	3 060,2	2 930,4	1 307,2	222,8	40,0	742,2	528,6	89,6	Dez.
212,7	3 116,1	3 045,2	2 928,9	1 315,4	216,1	39,6	740,4	529,6	87,8	2013 Jan.
212,1	3 103,6	3 034,1	2 921,3	1 320,1	209,7	38,4	736,0	530,9	86,2	Febr.
214,7	3 093,1	3 026,7	2 905,9	1 311,8	207,3	37,1	734,8	529,5	85,4	März
217,1	3 112,2	3 047,8	2 928,5	1 340,3	208,8	36,1	730,7	528,9	83,8	April
217,9	3 120,7	3 051,1	2 925,7	1 343,8	205,7	35,4	730,0	529,0	81,8	Mai
219,6	3 113,0	3 039,2	2 911,2	1 340,2	198,5	34,3	728,4	528,8	81,0	Juni

Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva														
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Begebene Schuld-		
	öffentliche Haushalte										insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte													
zusammen		täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)			insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro		
		bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten									
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)															
2011 Mai	287,4	251,5	128,6	74,6	3,7	29,9	7,3	7,3	466,5	464,8	566,8	2 972,2	2 303,1		
Juni	339,0	260,9	135,0	77,7	3,8	29,9	7,3	7,1	455,0	453,4	546,0	2 991,4	2 315,7		
Juli	317,0	249,8	123,9	77,6	4,6	29,6	7,2	7,0	449,2	447,8	538,8	3 009,3	2 314,6		
Aug.	256,6	255,2	125,1	82,1	4,6	29,3	7,3	6,8	494,8	492,7	560,6	2 995,9	2 304,4		
Sept.	261,5	254,0	122,6	83,8	4,7	29,2	7,1	6,6	517,7	515,1	549,2	3 014,9	2 314,2		
Okt.	261,9	249,9	125,9	76,5	4,8	29,3	7,0	6,4	495,1	492,4	540,8	2 979,5	2 301,8		
Nov.	266,1	262,5	135,1	79,8	4,9	29,3	7,2	6,2	467,0	464,2	547,0	2 999,0	2 312,1		
Dez.	259,3	247,4	117,9	81,6	5,2	29,5	7,4	5,9	397,3	394,6	520,4	3 006,1	2 296,9		
2012 Jan.	319,2	256,4	124,7	81,8	5,3	29,7	7,5	7,4	414,5	411,7	510,6	2 989,7	2 298,4		
Febr.	342,2	260,5	122,3	87,9	5,5	29,8	8,0	7,1	428,1	425,7	500,9	2 982,0	2 303,7		
März	328,5	275,0	129,4	94,8	5,7	29,8	8,3	6,9	413,6	410,9	511,4	2 988,4	2 313,1		
April	289,9	273,2	123,1	99,4	5,6	29,6	8,7	6,8	419,8	417,3	521,0	2 981,8	2 289,7		
Mai	316,1	289,2	131,3	106,4	5,9	30,0	9,0	6,6	428,4	422,5	533,6	2 984,2	2 272,3		
Juni	333,3	317,9	134,9	117,9	6,6	42,8	9,3	6,5	428,9	425,1	510,1	2 975,8	2 275,8		
Juli	300,7	321,1	136,0	119,9	6,2	43,0	9,5	6,4	433,9	428,0	508,8	2 997,1	2 276,0		
Aug.	261,3	310,8	124,6	120,9	6,3	42,9	9,9	6,3	418,0	412,8	513,2	2 966,0	2 265,1		
Sept.	294,5	310,8	127,4	117,8	6,2	43,0	10,3	6,2	427,9	423,9	492,5	2 938,6	2 251,8		
Okt.	271,7	319,8	140,0	113,7	6,0	43,1	11,1	6,0	407,1	403,5	497,3	2 914,6	2 226,3		
Nov.	312,3	325,1	143,7	114,0	6,1	43,5	11,9	5,9	414,8	411,0	495,5	2 889,6	2 206,8		
Dez.	252,1	288,7	134,9	86,7	6,0	43,9	11,6	5,6	372,2	368,2	467,9	2 853,5	2 183,5		
2013 Jan.	286,0	282,9	129,2	83,5	6,0	43,4	14,4	6,4	383,6	379,8	459,7	2 808,0	2 172,7		
Febr.	291,6	283,3	129,3	83,6	6,0	43,5	14,6	6,3	411,9	406,6	465,9	2 807,3	2 151,9		
März	302,4	288,2	126,0	91,0	6,6	44,0	14,4	6,2	436,5	430,2	459,9	2 775,9	2 122,4		
April	251,8	289,6	130,1	87,7	6,9	43,7	15,1	6,1	424,6	417,1	456,1	2 749,8	2 103,9		
Mai	314,3	302,1	137,1	91,8	7,3	44,6	15,3	6,0	435,4	428,6	453,8	2 721,8	2 076,8		
Juni	346,6	308,6	142,4	93,5	7,6	44,3	14,9	5,9	458,1	451,6	432,0	2 700,0	2 064,6		
Deutscher Beitrag (Mrd €)															
2011 Mai	37,7	126,3	44,2	52,1	1,9	25,2	2,3	0,5	105,2	105,2	8,0	681,7	417,9		
Juni	40,7	132,3	46,1	56,4	2,1	25,2	2,2	0,5	104,8	104,8	7,8	682,3	415,4		
Juli	39,5	128,7	41,3	57,0	2,8	25,1	2,1	0,5	91,8	91,8	5,3	684,4	410,9		
Aug.	39,4	132,8	41,6	61,1	2,8	24,8	2,1	0,4	101,9	101,9	5,7	682,6	412,4		
Sept.	42,9	132,9	41,1	61,8	3,0	24,7	2,0	0,4	107,0	107,0	5,8	687,1	406,9		
Okt.	40,1	125,3	39,9	55,3	3,1	24,6	2,0	0,4	105,7	105,7	5,8	678,9	407,9		
Nov.	39,9	131,4	43,3	57,9	3,2	24,6	2,0	0,4	111,1	111,1	4,9	689,5	411,6		
Dez.	40,1	130,8	40,2	60,3	3,3	24,6	2,0	0,4	97,1	97,1	4,8	691,1	404,5		
2012 Jan.	44,1	131,1	40,0	60,6	3,4	24,8	1,8	0,4	86,7	86,2	4,5	663,1	384,3		
Febr.	47,6	137,4	41,5	65,1	3,6	24,9	1,9	0,4	96,6	96,5	4,4	667,4	389,9		
März	36,9	147,0	45,4	70,6	3,7	24,9	1,9	0,4	93,1	93,0	4,1	660,3	379,3		
April	36,4	150,2	42,9	76,6	3,7	24,8	1,9	0,4	102,9	102,9	4,2	664,4	380,6		
Mai	36,4	161,4	47,2	82,8	3,9	25,1	2,0	0,4	108,3	105,0	4,2	666,3	373,8		
Juni	38,1	193,1	53,6	94,5	4,6	37,9	2,1	0,4	98,9	97,7	4,4	662,6	374,1		
Juli	32,9	193,1	50,9	97,0	4,3	38,1	2,3	0,5	106,6	103,2	4,4	668,8	371,1		
Aug.	31,9	190,9	47,6	98,0	4,4	38,0	2,4	0,5	108,1	105,4	4,0	658,6	366,5		
Sept.	32,6	193,0	53,8	93,9	4,4	38,1	2,4	0,5	98,0	97,3	3,8	654,1	367,7		
Okt.	30,5	193,4	55,6	92,6	4,3	38,0	2,4	0,5	107,8	107,3	4,2	649,9	362,0		
Nov.	31,9	200,9	62,0	93,4	4,5	38,1	2,5	0,5	107,0	106,6	4,1	644,4	357,6		
Dez.	29,2	171,7	58,5	67,5	4,4	38,2	2,5	0,5	80,4	80,1	4,3	627,0	350,3		
2013 Jan.	30,1	157,0	47,6	64,2	4,4	37,7	2,5	0,6	83,1	82,6	4,4	610,1	345,1		
Febr.	27,2	155,1	46,0	63,8	4,4	37,7	2,6	0,6	99,7	98,7	4,6	620,0	346,1		
März	25,4	161,9	44,8	70,8	4,9	38,1	2,6	0,6	97,0	95,8	4,7	610,5	338,4		
April	22,7	161,0	45,7	69,1	5,1	37,8	2,6	0,6	98,9	96,6	5,3	605,6	340,1		
Mai	27,8	167,2	47,2	72,6	5,4	38,5	2,8	0,6	98,0	96,7	5,3	593,2	330,7		
Juni	30,9	170,9	50,1	73,6	5,4	38,3	2,9	0,6	113,3	112,8	4,8	581,1	326,4		

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (EurosysteM). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

ligungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des EurosysteMs sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) ³⁾										Nachrichtlich					Stand am Jahres- bzw. Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet ⁵⁾	Kapital und Rücklagen ⁶⁾	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate ⁷⁾ (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)			Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) ¹⁴⁾				
bis zu 1 Jahr ⁴⁾	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren				insgesamt ⁸⁾	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten ⁹⁾	M1 ¹⁰⁾	M2 ¹¹⁾	M3 ¹²⁾		Geldkapitalbildung ¹³⁾			
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾															
74,5	84,8	2 813,0	4 338,9	2 070,9	- 22,5	4 052,6	-	4 714,7	8 488,1	9 392,0	7 506,6	106,8	2011	Mai	
96,1	80,4	2 814,8	4 119,7	2 086,2	- 5,3	3 863,7	-	4 769,3	8 518,0	9 404,4	7 527,1	107,4		Juni	
95,1	83,1	2 831,0	4 139,3	2 151,0	- 7,5	4 166,5	-	4 751,4	8 522,3	9 405,9	7 603,4	108,3		Juli	
97,5	77,7	2 820,7	4 159,0	2 205,1	- 5,0	4 662,3	-	4 732,8	8 530,7	9 446,1	7 652,3	107,4		Aug.	
94,8	75,8	2 844,3	4 216,3	2 183,9	- 15,7	5 141,6	-	4 758,5	8 568,0	9 466,0	7 670,6	106,6		Sept.	
95,5	75,3	2 808,6	4 123,8	2 186,8	- 34,5	4 950,4	-	4 765,5	8 555,9	9 436,9	7 660,2	105,2		Okt.	
90,9	82,3	2 825,8	4 147,9	2 200,5	- 25,4	4 905,7	-	4 782,4	8 565,2	9 448,4	7 681,6	108,8		Nov.	
122,9	83,7	2 799,5	4 087,7	2 220,8	- 17,9	5 020,5	-	4 866,6	8 671,2	9 535,4	7 689,7	116,0		Dez.	
109,0	91,6	2 789,2	4 102,3	2 275,1	- 63,8	5 145,6	-	4 815,7	8 640,9	9 495,8	7 733,4	107,7	2012	Jan.	
115,6	98,8	2 767,7	4 066,4	2 292,5	- 39,6	5 054,7	-	4 781,8	8 648,7	9 505,8	7 722,9	106,5		Febr.	
135,2	103,5	2 749,7	4 137,4	2 272,8	- 58,3	4 852,1	-	4 831,8	8 718,7	9 606,2	7 658,7	107,0		März	
119,4	107,7	2 754,7	4 176,3	2 270,4	- 56,6	5 011,8	-	4 837,2	8 721,7	9 608,6	7 658,8	107,8		April	
114,2	107,3	2 762,7	4 283,8	2 277,7	- 54,8	5 809,0	-	4 883,1	8 752,8	9 646,5	7 644,0	109,1		Mai	
128,7	102,1	2 745,0	4 156,6	2 314,0	- 56,8	5 260,6	-	4 958,3	8 810,9	9 683,8	7 648,3	111,0		Juni	
136,3	96,2	2 764,6	4 199,8	2 355,4	- 56,4	5 537,2	-	4 982,8	8 834,7	9 713,1	7 656,4	113,5		Juli	
122,9	96,4	2 746,7	4 113,7	2 363,6	- 40,9	5 458,0	-	4 979,1	8 827,4	9 688,9	7 648,0	113,0		Aug.	
120,1	92,6	2 725,9	4 045,6	2 407,5	- 61,1	5 325,9	-	5 022,9	8 868,1	9 702,1	7 666,8	113,1		Sept.	
113,8	93,5	2 707,2	4 018,9	2 396,0	- 73,4	4 857,2	-	5 056,5	8 930,4	9 757,2	7 622,9	112,1		Okt.	
96,3	91,2	2 702,0	3 937,9	2 410,4	- 69,6	4 944,7	-	5 091,7	8 957,6	9 761,4	7 628,9	114,6		Nov.	
87,6	93,8	2 672,2	3 788,3	2 398,3	- 52,0	4 722,5	-	5 174,0	9 051,0	9 814,6	7 580,1	120,0		Dez.	
70,4	92,3	2 645,4	3 769,4	2 389,3	- 37,0	4 926,4	-	5 115,5	9 008,0	9 755,0	7 538,0	112,0	2013	Jan.	
62,0	88,2	2 657,2	3 807,5	2 379,9	- 49,1	4 981,8	-	5 124,9	9 024,0	9 762,9	7 531,4	111,1		Febr.	
59,4	84,1	2 632,3	3 793,3	2 416,1	- 58,3	4 954,6	-	5 177,0	9 088,6	9 813,2	7 557,3	110,9		März	
63,9	82,3	2 603,6	3 828,6	2 391,6	- 44,1	5 124,3	-	5 246,8	9 135,5	9 861,2	7 495,9	111,2		April	
63,2	74,4	2 584,2	3 751,8	2 379,3	- 50,6	4 824,8	-	5 272,5	9 147,1	9 862,6	7 467,5	111,9		Mai	
71,4	73,2	2 555,4	3 638,3	2 334,6	- 47,2	4 507,8	-	5 313,3	9 051,6	9 855,6	7 393,9	113,0		Juni	
Deutscher Beitrag (Mrd €)															
19,3	14,0	648,4	698,7	456,2	- 455,5	1 498,4	161,6	1 116,0	1 980,1	2 126,5	2 038,2	-	2011	Mai	
18,7	14,3	649,2	638,7	455,5	- 480,5	1 424,7	163,1	1 124,1	1 985,8	2 131,5	2 038,3	-		Juni	
22,2	14,0	648,2	647,7	467,3	- 484,9	1 550,9	164,9	1 119,7	1 993,8	2 127,1	2 048,9	-		Juli	
25,2	13,6	643,8	699,8	483,8	- 542,9	1 720,9	167,5	1 131,9	2 011,7	2 158,1	2 065,6	-		Aug.	
21,8	11,9	653,4	738,9	476,2	- 600,2	1 871,4	170,7	1 140,5	2 031,7	2 178,3	2 063,4	-		Sept.	
18,8	11,2	648,9	746,8	478,0	- 608,3	1 751,4	170,7	1 149,9	2 037,9	2 179,4	2 058,5	-		Okt.	
22,5	11,7	655,3	769,8	478,8	- 639,8	1 744,5	170,9	1 171,5	2 061,9	2 212,1	2 062,5	-		Nov.	
22,8	9,7	658,6	696,1	473,6	- 607,5	1 835,9	170,5	1 170,4	2 072,8	2 207,2	2 058,1	-		Dez.	
19,7	10,3	633,1	801,2	486,8	- 614,9	1 825,4	171,0	1 170,9	2 074,3	2 195,5	2 041,5	-	2012	Jan.	
20,2	11,4	635,8	815,9	493,4	- 670,9	1 783,3	172,2	1 180,3	2 082,8	2 215,4	2 047,8	-		Febr.	
19,9	9,8	630,5	873,9	492,0	- 710,2	1 730,8	175,5	1 189,1	2 091,3	2 218,3	2 035,5	-		März	
16,6	11,5	636,3	889,0	497,3	- 733,8	1 772,5	177,6	1 199,7	2 106,4	2 241,6	2 044,8	-		April	
13,4	9,9	643,0	919,2	495,5	- 796,5	2 029,9	179,3	1 218,0	2 128,2	2 264,1	2 046,1	-		Mai	
13,8	10,5	638,3	913,8	501,1	- 829,7	1 868,1	181,0	1 235,7	2 152,5	2 280,1	2 042,9	-		Juni	
15,5	11,2	642,1	937,5	512,6	- 840,9	1 954,6	184,5	1 256,7	2 173,6	2 311,3	2 052,6	-		Juli	
14,6	10,3	633,7	951,4	513,4	- 857,1	1 918,4	188,5	1 268,5	2 184,9	2 322,0	2 041,6	-		Aug.	
16,2	10,4	627,5	900,0	521,5	- 806,5	1 872,9	191,9	1 291,6	2 195,0	2 323,4	2 038,7	-		Sept.	
17,3	10,3	622,3	889,1	515,3	- 822,5	1 820,3	194,7	1 347,2	2 239,6	2 379,2	2 017,6	-		Okt.	
17,8	10,8	615,8	857,9	516,9	- 813,3	1 801,6	197,3	1 373,1	2 257,0	2 396,7	2 005,9	-		Nov.	
16,0	10,3	600,7	780,0	510,2	- 759,5	1 784,7	200,3	1 365,7	2 231,6	2 342,6	1 981,4	-		Dez.	
13,5	8,9	587,7	783,8	507,3	- 715,8	1 678,5	199,4	1 363,0	2 219,5	2 329,4	1 961,3	-	2013	Jan.	
14,1	10,0	595,9	782,3	503,7	- 719,8	1 668,6	201,4	1 366,1	2 215,9	2 344,3	1 960,1	-		Febr.	
13,5	8,9	588,1	768,2	517,6	- 696,6	1 681,0	203,8	1 356,6	2 208,8	2 332,9	1 964,6	-		März	
14,9	9,5	581,1	764,4	508,0	- 696,5	1 689,7	204,1	1 386,1	2 236,6	2 365,2	1 942,0	-		April	
14,6	9,0	569,7	740,9	506,2	- 693,4	1 591,5	207,0	1 391,0	2 242,0	2 368,8	1 926,8	-		Mai	
12,1	8,5	560,5	732,0	495,3	- 696,9	1 503,6	208,2	1 390,3	2 233,9	2 372,6	1 904,0	-		Juni	

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten)

sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems					Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)		
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)							
Eurosystem 2)												
2011 Jan.	527,5	197,0	316,6	0,5	140,9	66,5	73,5	833,9	81,3	- 85,1	212,4	1 112,8
Febr.	549,7	185,4	318,2	0,1	137,2	39,2	81,3	822,0	101,2	- 66,7	213,6	1 074,8
März	550,0	134,4	321,0	7,6	137,9	26,9	80,3	820,9	89,8	- 79,9	212,9	1 060,7
April	544,1	97,3	335,4	0,8	137,6	23,0	79,5	824,4	73,1	- 95,2	210,5	1 057,9
Mai	525,9	109,2	320,5	0,4	136,6	22,8	76,8	833,9	61,3	- 111,6	209,5	1 066,1
Juni	526,8	114,7	317,9	0,0	135,5	18,4	76,2	836,6	62,6	- 107,9	209,0	1 064,0
Juli	533,6	146,0	311,6	0,2	134,2	29,5	76,9	846,2	73,4	- 111,2	210,9	1 086,6
Aug.	541,3	171,7	321,5	0,1	133,9	56,7	79,2	854,2	71,4	- 104,5	211,5	1 122,4
Sept.	540,3	135,1	389,8	0,3	178,0	121,8	109,8	853,2	52,3	- 103,0	209,5	1 184,5
Okt.	571,0	193,0	373,6	1,5	217,4	168,7	162,9	854,9	50,0	- 88,5	208,7	1 232,2
Nov.	612,1	196,1	387,1	2,8	231,9	204,6	178,0	861,4	57,9	- 80,8	208,9	1 274,8
Dez.	622,1	238,0	389,0	4,4	260,3	253,7	200,5	869,4	63,8	- 85,9	212,2	1 335,3
2012 Jan.	683,9	169,4	627,3	6,0	278,6	399,3	210,8	883,7	67,7	- 8,7	212,3	1 495,3
Febr.	698,3	120,6	683,6	2,3	282,4	489,0	218,5	870,1	100,1	1,6	108,1	1 467,1
März	688,2	89,1	860,1	2,2	288,1	621,0	219,5	868,8	129,0	- 19,4	108,9	1 598,6
April	667,6	56,4	1 093,4	3,0	280,6	771,3	215,8	871,2	146,3	- 13,3	109,6	1 752,1
Mai	659,3	47,0	1 088,7	1,0	281,3	771,4	214,0	872,7	137,1	- 28,5	110,5	1 754,6
Juni	656,8	58,1	1 071,0	1,6	281,1	770,8	212,8	880,8	117,8	- 24,2	110,8	1 762,3
Juli	666,7	160,7	1 074,9	1,8	280,7	770,6	210,9	892,5	138,8	60,6	111,5	1 774,6
Aug.	678,9	146,0	1 079,9	0,8	281,0	343,1	211,5	897,7	130,7	93,5	510,2	1 751,0
Sept.	676,8	130,6	1 076,8	0,8	279,7	328,6	210,5	897,6	107,0	81,0	540,0	1 766,2
Okt.	681,5	117,6	1 062,8	1,1	279,6	305,4	209,0	892,7	101,4	96,0	538,1	1 736,2
Nov.	708,5	84,4	1 053,8	1,0	278,9	256,1	209,3	890,0	95,7	146,4	529,2	1 675,3
Dez.	708,0	74,0	1 044,1	1,6	277,3	231,8	208,5	889,3	121,1	144,5	509,9	1 631,0
2013 Jan.	683,9	78,2	1 036,8	3,7	276,8	238,4	206,6	903,5	100,1	141,7	489,0	1 630,9
Febr.	656,5	127,5	960,3	0,3	273,4	184,3	207,8	883,4	90,8	185,6	466,3	1 534,0
März	655,7	130,5	843,2	0,9	269,9	145,3	205,5	880,5	78,8	187,1	403,0	1 428,8
April	656,8	123,7	782,9	0,5	269,1	133,8	205,5	889,2	89,7	168,7	346,0	1 369,0
Mai	657,3	113,0	749,9	0,9	265,7	114,5	204,3	897,1	82,5	166,2	322,2	1 333,8
Juni	656,0	104,7	728,4	0,5	259,9	90,5	199,4	904,1	83,1	172,3	300,3	1 294,9
Juli	615,9	108,8	708,0	1,3	256,4	92,1	195,0	909,3	92,5	115,1	286,5	1 287,9
Deutsche Bundesbank												
2011 Jan.	141,9	55,2	34,1	0,1	31,2	28,2	42,0	207,7	0,3	- 66,9	51,3	287,2
Febr.	148,1	44,6	44,0	0,0	31,6	19,8	43,0	204,6	0,2	- 51,0	51,8	276,2
März	148,4	31,3	44,7	0,0	31,7	14,6	48,4	204,8	0,2	- 63,7	51,8	271,2
April	146,6	24,1	45,5	0,0	31,9	13,6	38,9	205,2	0,2	- 61,5	51,7	270,4
Mai	142,4	17,9	47,7	0,2	31,9	10,8	38,2	207,6	0,4	- 68,2	51,4	269,8
Juni	142,5	10,6	41,5	0,0	31,7	8,1	33,4	208,7	0,3	- 75,8	51,7	268,4
Juli	144,3	22,8	35,8	0,0	31,4	11,1	36,4	211,1	0,3	- 77,3	52,6	274,8
Aug.	146,7	13,6	36,5	0,0	31,3	15,4	35,2	213,0	0,2	- 88,4	52,7	281,1
Sept.	146,7	6,6	33,6	0,0	42,3	27,8	60,2	213,4	0,3	- 124,3	51,8	293,0
Okt.	155,5	10,7	20,8	0,0	52,3	41,5	86,8	213,5	0,3	- 155,0	52,2	307,2
Nov.	167,5	4,0	18,0	0,1	55,7	55,0	87,9	213,8	0,2	- 164,5	53,0	321,8
Dez.	168,7	3,0	17,6	0,1	63,2	60,4	126,2	216,3	0,7	- 205,5	54,4	331,2
2012 Jan.	182,3	4,4	40,3	0,1	67,2	101,7	117,0	219,8	0,8	- 199,6	54,5	376,0
Febr.	183,2	1,8	46,7	0,0	69,2	141,9	130,5	216,9	0,8	- 217,6	28,3	387,1
März	183,6	1,2	59,4	0,0	69,2	192,6	142,2	217,0	0,8	- 266,8	27,7	437,3
April	182,0	1,2	73,8	0,1	68,8	257,2	142,7	218,1	0,7	- 321,6	28,8	504,1
Mai	181,3	1,3	73,4	0,1	68,8	260,5	144,6	217,8	0,7	- 327,5	28,9	507,2
Juni	180,4	3,8	74,6	0,5	68,7	276,9	150,3	219,8	0,8	- 349,1	29,3	526,0
Juli	180,3	3,1	76,5	0,1	68,6	293,3	152,1	222,3	1,0	- 369,8	29,6	545,2
Aug.	179,6	2,5	76,3	0,2	68,8	102,0	162,9	225,1	4,2	- 351,5	184,8	511,9
Sept.	177,7	1,6	75,4	0,0	68,6	112,1	134,6	224,6	6,0	- 349,1	195,2	531,9
Okt.	181,8	1,7	74,5	0,2	68,7	108,2	124,0	223,4	6,8	- 325,3	189,9	521,4
Nov.	190,7	1,9	72,9	0,1	68,2	76,7	126,2	222,4	7,1	- 291,0	192,5	491,5
Dez.	190,8	1,8	70,5	0,2	67,5	61,3	124,6	222,0	8,9	- 277,5	191,5	474,8
2013 Jan.	185,1	2,1	69,7	0,1	67,4	56,1	117,2	225,3	10,0	- 242,5	158,2	439,6
Febr.	176,8	0,7	58,9	0,0	66,3	34,2	109,9	219,2	2,5	- 207,3	144,2	397,5
März	176,4	0,7	34,9	0,0	65,3	30,4	107,3	219,7	2,1	- 203,2	121,0	371,1
April	177,1	0,1	21,8	0,0	65,0	24,4	95,7	221,6	1,9	- 189,2	109,7	355,8
Mai	176,7	0,3	16,2	0,0	64,3	26,8	88,2	223,2	1,0	- 182,0	100,3	350,4
Juni	175,4	0,2	13,0	0,0	63,0	23,9	93,0	226,0	0,7	- 189,0	97,0	346,9
Juli	161,3	0,6	11,7	0,0	61,8	26,1	79,2	226,3	0,8	- 194,0	97,0	349,4

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. — 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der Programme des Eurosystems zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen sowie für die Wertpapiermärkte. 4 Ab

Aug. 2009 einschl. der durch Devisenwappengeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berich-

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserveerfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
+ 16,4	+ 17,5	- 19,7	- 1,4	+ 10,5	+ 21,8	+ 2,7	+ 18,0	- 13,1	- 6,0	- 0,1	+ 39,7	2011 Jan.
+ 22,2	- 11,6	+ 1,6	- 0,4	- 3,7	- 27,3	+ 7,8	- 11,9	+ 19,9	+ 18,4	+ 1,2	- 38,0	Febr.
+ 0,3	- 51,0	+ 2,8	+ 7,5	+ 0,7	- 12,3	- 1,0	- 1,1	- 11,4	- 13,2	- 0,7	- 14,1	März
- 5,9	- 37,1	+ 14,4	- 6,8	- 0,3	- 3,9	- 0,8	+ 3,5	- 16,7	- 15,3	- 2,4	- 2,8	April
- 18,2	+ 11,9	- 14,9	- 0,4	- 1,0	- 0,2	- 2,7	+ 9,5	- 11,8	- 16,4	- 1,0	+ 8,2	Mai
+ 0,9	+ 5,5	- 2,6	- 0,4	- 1,1	- 4,4	- 0,6	+ 2,7	+ 1,3	+ 3,7	- 0,5	- 2,1	Juni
+ 6,8	+ 31,3	- 6,3	+ 0,2	- 1,3	+ 11,1	+ 0,7	+ 9,6	+ 10,8	- 3,3	+ 1,9	+ 22,6	Juli
+ 7,7	+ 25,7	+ 9,9	- 0,1	- 0,3	+ 27,2	+ 2,3	+ 8,0	- 2,0	+ 6,7	+ 0,6	+ 35,8	Aug.
- 1,0	- 36,6	+ 68,3	+ 0,2	+ 44,1	+ 65,1	+ 30,6	- 1,0	- 19,1	+ 1,5	- 2,0	+ 62,1	Sept.
+ 30,7	+ 57,9	- 16,2	+ 1,2	+ 39,4	+ 46,9	+ 53,1	+ 1,7	- 2,3	+ 14,5	- 0,8	+ 47,7	Okt.
+ 41,1	+ 3,1	+ 13,5	+ 1,3	+ 14,5	+ 35,9	+ 15,1	+ 6,5	+ 7,9	+ 7,7	+ 0,2	+ 42,6	Nov.
+ 10,0	+ 41,9	+ 1,9	+ 1,6	+ 28,4	+ 49,1	+ 22,5	+ 8,0	+ 5,9	- 5,1	+ 3,3	+ 60,5	Dez.
+ 61,8	- 68,6	+ 238,3	+ 1,6	+ 18,3	+145,6	+ 10,3	+ 14,3	+ 3,9	+ 77,2	+ 0,1	+ 160,0	2012 Jan.
+ 14,4	- 48,8	+ 56,3	- 3,7	+ 3,8	+ 89,7	+ 7,7	- 13,6	+ 32,4	+ 10,3	- 104,2	- 28,2	Febr.
- 10,1	- 31,5	+ 176,5	- 0,1	+ 5,7	+132,0	+ 1,0	- 1,3	+ 28,9	- 21,0	+ 0,8	+ 131,5	März
- 20,6	- 32,7	+ 233,3	+ 0,8	- 7,5	+150,3	- 3,7	+ 2,4	+ 17,3	+ 6,1	+ 0,7	+ 153,5	April
- 8,3	- 9,4	- 4,7	- 2,0	+ 0,7	+ 0,1	- 1,8	+ 1,5	- 9,2	- 15,2	+ 0,9	+ 2,5	Mai
- 2,5	+ 11,1	- 17,7	+ 0,6	+ 0,2	- 0,6	- 1,2	+ 8,1	- 19,3	+ 4,3	+ 0,3	+ 7,7	Juni
+ 9,9	+102,6	+ 3,9	+ 0,2	- 0,4	- 0,2	- 1,9	+ 11,7	+ 21,0	+ 84,8	+ 0,7	+ 12,3	Juli
+ 12,2	- 14,7	+ 5,0	- 1,0	+ 0,3	-427,5	+ 0,6	+ 5,2	- 8,1	+ 32,9	+ 398,7	- 23,6	Aug.
- 2,1	- 15,4	- 3,1	+ 0,0	- 1,3	- 14,5	- 1,0	- 0,1	- 23,7	- 12,5	+ 29,8	+ 15,2	Sept.
+ 4,7	- 13,0	- 14,0	+ 0,3	- 0,1	- 23,2	- 1,5	- 4,9	- 5,6	+ 15,0	- 1,9	- 30,0	Okt.
+ 27,0	- 33,2	- 9,0	- 0,1	- 0,7	- 49,3	+ 0,3	- 2,7	- 5,7	+ 50,4	- 8,9	- 60,9	Nov.
- 0,5	- 10,4	- 9,7	+ 0,6	- 1,6	- 24,3	- 0,8	- 0,7	+ 25,4	- 1,9	- 19,3	- 44,3	Dez.
- 24,1	+ 4,2	- 7,3	+ 2,1	- 0,5	+ 6,6	- 1,9	+ 14,2	- 21,0	- 2,8	- 20,9	- 0,1	2013 Jan.
- 27,4	+ 49,3	- 76,5	- 3,4	- 3,4	- 54,1	+ 1,2	- 20,1	- 9,3	+ 43,9	- 22,7	- 96,9	Febr.
- 0,8	+ 3,0	- 117,1	+ 0,6	- 3,5	- 39,0	- 2,3	- 2,9	- 12,0	+ 1,5	- 63,3	- 105,2	März
+ 1,1	- 6,8	- 60,3	- 0,4	- 0,8	- 11,5	± 0,0	+ 8,7	+ 10,9	- 18,4	- 57,0	- 59,8	April
+ 0,5	- 10,7	- 33,0	+ 0,4	- 3,4	- 19,3	± 1,2	+ 7,9	- 7,2	- 2,5	- 23,8	- 35,2	Mai
- 1,3	- 8,3	- 21,5	- 0,4	- 5,8	- 24,0	- 4,9	+ 7,0	+ 0,6	+ 6,1	- 21,9	- 38,9	Juni
- 40,1	+ 4,1	- 20,4	+ 0,8	- 3,5	+ 1,6	- 4,4	+ 5,2	+ 9,4	- 57,2	- 13,8	- 7,0	Juli
Deutsche Bundesbank												
+ 5,5	- 5,4	+ 1,5	- 0,0	+ 1,9	+ 7,0	+ 1,1	+ 4,3	+ 0,0	- 9,2	+ 0,4	+ 11,6	2011 Jan.
+ 6,2	- 10,6	+ 9,9	- 0,1	+ 0,3	- 8,4	+ 0,9	- 3,1	- 0,0	+ 15,9	+ 0,5	- 11,0	Febr.
+ 0,3	- 13,3	+ 0,7	- 0,0	+ 0,2	- 5,2	+ 5,5	+ 0,3	- 0,0	- 12,7	- 0,1	- 5,0	März
- 1,8	- 7,2	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,1	- 1,0	- 9,5	+ 0,3	+ 0,0	+ 2,2	- 0,0	- 0,7	April
- 4,2	- 6,2	+ 2,2	+ 0,2	+ 0,0	- 2,8	- 0,7	+ 2,4	+ 0,1	- 6,7	- 0,3	- 0,7	Mai
+ 0,2	- 7,3	- 6,3	- 0,2	- 0,2	- 2,7	- 4,7	+ 1,1	- 0,1	- 7,6	+ 0,2	- 1,4	Juni
+ 1,7	+ 12,2	- 5,7	+ 0,0	- 0,3	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,4	+ 0,0	- 1,5	+ 0,9	+ 6,4	Juli
+ 2,4	- 9,2	+ 0,7	- 0,0	- 0,0	+ 4,3	- 1,2	+ 1,9	- 0,1	- 11,1	+ 0,1	+ 6,3	Aug.
+ 0,0	- 6,9	- 2,9	+ 0,0	+ 11,0	+ 12,4	+ 25,0	+ 0,4	+ 0,1	- 35,9	- 0,9	+ 12,0	Sept.
+ 8,8	+ 4,1	- 12,8	+ 0,0	+ 9,9	+ 13,7	+ 26,6	+ 0,1	- 0,0	- 30,7	+ 0,3	+ 14,2	Okt.
+ 12,0	- 6,7	- 2,8	+ 0,1	+ 3,5	+ 13,5	+ 1,1	+ 0,3	- 0,0	- 9,5	+ 0,9	+ 14,6	Nov.
+ 1,2	- 1,0	- 0,4	+ 0,0	+ 7,5	+ 5,5	+ 38,4	+ 2,5	+ 0,5	- 41,0	+ 1,4	+ 9,4	Dez.
+ 13,6	+ 1,4	+ 22,7	- 0,0	+ 4,0	+ 41,3	- 9,2	+ 3,5	+ 0,1	+ 5,9	+ 0,1	+ 44,8	2012 Jan.
+ 0,9	- 2,6	+ 6,4	- 0,1	+ 2,0	+ 40,2	+ 13,5	- 2,9	- 0,1	- 18,0	- 26,2	+ 11,1	Febr.
+ 0,4	- 0,6	+ 12,7	+ 0,0	± 0,0	+ 50,7	+ 11,7	+ 0,1	+ 0,0	- 49,3	+ 0,6	+ 50,2	März
- 1,6	+ 0,0	+ 14,4	+ 0,1	- 0,4	+ 64,7	+ 0,5	+ 1,1	- 0,0	- 54,7	+ 1,1	+ 66,8	April
- 0,7	+ 0,1	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 3,3	+ 1,8	- 0,3	- 0,0	- 5,9	+ 0,1	+ 3,1	Mai
- 0,9	+ 2,5	+ 1,1	+ 0,4	- 0,1	+ 16,4	+ 5,7	+ 2,0	+ 0,1	- 21,6	+ 0,4	+ 18,8	Juni
- 0,1	- 0,7	+ 1,9	- 0,4	- 0,1	+ 16,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 0,3	- 20,7	+ 0,3	+ 19,2	Juli
- 0,6	- 0,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	-191,3	+ 10,9	+ 2,8	+ 3,1	+ 18,3	+ 155,2	- 33,2	Aug.
- 1,9	- 0,9	- 0,9	- 0,2	+ 0,2	+ 10,0	- 28,3	- 0,4	+ 1,8	+ 2,4	+ 10,4	+ 20,0	Sept.
+ 4,1	+ 0,1	- 0,9	+ 0,1	+ 0,1	- 3,9	- 10,6	- 1,3	+ 0,8	+ 23,8	- 5,3	- 10,5	Okt.
+ 8,9	+ 0,2	- 1,6	- 0,1	- 0,5	- 31,5	+ 2,2	- 1,0	+ 0,3	+ 34,4	+ 2,6	- 29,9	Nov.
+ 0,2	- 0,1	- 2,4	+ 0,1	- 0,7	- 15,3	- 1,6	- 0,4	+ 1,8	+ 13,5	- 1,0	- 16,7	Dez.
- 5,8	+ 0,3	- 0,8	- 0,1	- 0,1	- 5,2	- 7,4	+ 3,3	+ 1,1	+ 35,0	- 33,3	- 35,2	2013 Jan.
- 8,3	- 1,3	- 10,8	- 0,1	- 1,0	- 21,9	- 7,3	- 6,1	- 7,5	+ 35,3	- 14,0	- 42,1	Febr.
- 0,3	- 0,1	- 23,9	- 0,0	- 1,0	- 3,8	- 2,6	+ 0,6	- 0,4	+ 4,1	- 23,2	- 26,4	März
+ 0,7	- 0,5	- 13,1	+ 0,0	- 0,3	- 6,0	- 11,6	+ 1,9	- 0,3	+ 14,0	- 11,2	- 15,4	April
- 0,4	+ 0,2	- 5,6	- 0,0	- 0,8	+ 2,5	- 7,6	+ 1,6	- 0,8	+ 7,2	- 9,4	- 5,4	Mai
- 1,3	- 0,2	- 3,2	+ 0,0	- 1,3	- 3,0	+ 4,8	+ 2,8	- 0,3	- 7,0	- 3,3	- 3,5	Juni
- 14,2	+ 0,4	- 1,3	- 0,0	- 1,1	+ 2,3	- 13,8	+ 0,3	+ 0,1	- 5,0	- 0,0	+ 2,5	Juli

tigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird

ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. 6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem 2)									
2012 Nov. 30.	3 033,3	479,1	259,5	89,5	170,0	36,8	16,6	16,6	–
Dez. 7.	3 030,4	479,1	259,6	89,5	170,1	36,9	17,7	17,7	–
14.	3 024,8	479,1	259,5	89,5	170,1	35,1	17,4	17,4	–
21.	3 011,2	479,1	258,0	89,0	169,0	33,7	19,1	19,1	–
28.	3 018,2	479,1	258,8	89,0	169,8	33,6	19,2	19,2	–
2013 Jan. 4.	2 956,2	438,7	250,7	87,0	163,7	32,3	19,0	19,0	–
11.	2 952,5	438,7	251,3	87,0	164,3	31,4	21,7	21,7	–
18.	2 942,2	438,7	256,4	87,7	168,7	31,5	22,4	22,4	–
25.	2 928,8	438,7	253,9	87,4	166,5	31,2	22,0	22,0	–
Febr. 1.	2 769,7	438,7	255,1	87,3	167,7	28,7	22,0	22,0	–
8.	2 767,6	438,7	253,3	87,0	166,3	28,2	21,3	21,3	–
15.	2 755,7	438,7	254,0	86,7	167,4	28,5	19,9	19,9	–
22.	2 748,8	438,7	253,1	86,7	166,4	28,1	20,5	20,5	–
März 1.	2 680,6	438,7	252,9	86,6	166,3	30,8	21,5	21,5	–
8.	2 665,9	438,7	252,6	86,6	166,0	30,0	22,3	22,3	–
15.	2 647,8	438,7	251,4	86,5	164,9	28,7	22,1	22,1	–
22.	2 642,7	438,7	251,6	86,5	165,1	30,0	23,0	23,0	–
29.	2 648,1	435,3	254,4	87,1	167,2	31,6	22,1	22,1	–
April 5.	2 647,1	435,3	254,6	87,1	167,5	34,3	21,8	21,8	–
12.	2 634,5	435,3	254,6	87,0	167,6	34,5	22,2	22,2	–
19.	2 617,3	435,3	253,7	86,9	166,7	34,9	21,2	21,2	–
26.	2 611,3	435,3	253,1	86,9	166,2	35,6	21,7	21,7	–
2013 Mai 3.	2 608,1	435,3	254,5	86,9	167,6	35,4	22,5	22,5	–
10.	2 606,3	435,3	256,0	86,6	169,5	35,6	22,8	22,8	–
17.	2 577,4	435,3	253,7	86,5	167,2	35,5	22,5	22,5	–
24.	2 560,2	435,3	254,0	86,4	167,5	28,6	21,7	21,7	–
31.	2 549,4	435,3	255,1	86,4	168,7	27,3	19,9	19,9	–
Juni 7.	2 546,6	435,3	255,1	86,7	168,4	28,2	18,9	18,9	–
14.	2 550,7	435,3	255,6	87,1	168,6	29,3	18,3	18,3	–
21.	2 545,3	435,3	256,2	86,9	169,3	29,3	18,3	18,3	–
28.	2 430,4	320,0	247,6	85,3	162,3	27,5	18,1	18,1	–
Juli 5.	2 420,3	320,0	248,0	85,3	162,7	26,4	20,4	20,4	–
12.	2 403,3	320,0	248,3	85,3	163,0	26,6	21,6	21,6	–
19.	2 399,0	320,0	247,2	85,1	162,1	26,2	20,7	20,7	–
26.	2 396,2	320,0	247,7	85,1	162,6	25,9	20,8	20,8	–
Aug. 2.	2 391,1	320,0	247,3	85,3	162,0	25,8	21,7	21,7	–
Deutsche Bundesbank									
2011 Sept.	764,6	131,9	49,5	20,9	28,7	–	–	–	–
Okt.	772,8	131,7	49,5	20,9	28,6	0,5	–	–	–
Nov.	812,7	131,7	49,2	20,9	28,3	0,5	–	–	–
Dez.	837,6	132,9	51,7	22,3	29,4	18,1	–	–	–
2012 Jan.	860,1	132,9	51,9	22,3	29,6	11,6	–	–	–
Febr.	910,9	132,9	52,4	22,6	29,8	14,3	–	–	–
März	1 002,8	135,8	50,9	22,2	28,7	8,9	–	–	–
April	1 031,3	135,8	51,4	22,4	29,1	8,3	–	–	–
Mai	1 087,0	135,8	51,6	22,3	29,3	6,9	–	–	–
Juni	1 119,4	136,1	54,2	23,3	30,8	6,2	–	–	–
Juli	1 112,9	136,1	54,1	23,3	30,8	3,2	–	–	–
Aug.	1 135,4	136,1	54,5	23,5	31,0	1,7	–	–	–
Sept.	1 090,9	150,4	53,0	23,3	29,7	1,5	–	–	–
Okt.	1 110,0	150,2	53,1	23,3	29,8	1,8	–	–	–
Nov.	1 098,6	150,2	52,8	23,0	29,8	2,3	–	–	–
Dez.	1 026,0	137,5	51,1	22,3	28,8	3,3	–	–	–
2013 Jan.	964,1	137,5	51,6	22,5	29,1	1,6	–	–	–
Febr.	934,9	137,5	51,3	22,2	29,0	3,2	–	–	–
März	906,7	136,5	52,0	22,4	29,6	3,4	–	–	–
April	916,9	136,5	52,0	22,4	29,7	2,8	–	–	–
Mai	891,6	136,5	52,0	22,3	29,7	0,8	–	–	–
Juni	839,7	100,3	50,5	21,9	28,6	0,9	–	–	–
Juli	838,1	100,3	49,9	21,9	28,0	0,7	–	–	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitglied-

staaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾	
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteueroptionsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere				
Eurosystem ²⁾														
1 117,4	74,6	1 040,8	–	–	1,9	0,1	233,7	586,1	277,1	309,0	30,0	274,1	2012 Nov.	30.
1 112,1	70,8	1 040,8	–	–	0,6	–	229,5	585,9	277,0	308,9	30,0	279,6	Dez.	7.
1 113,7	73,2	1 040,2	–	–	0,3	0,0	229,0	585,6	277,0	308,6	30,0	275,4		14.
1 122,3	72,7	1 035,8	–	–	13,9	0,0	208,3	585,2	276,8	308,4	30,0	275,4		21.
1 128,8	89,7	1 035,8	–	–	3,4	–	206,3	585,1	276,8	308,3	30,0	277,2		28.
1 117,0	81,1	1 035,8	–	–	0,1	–	203,8	584,9	276,9	308,0	30,0	279,7	2013 Jan.	4.
1 113,6	77,7	1 035,8	–	–	0,2	0,0	200,1	585,6	276,6	309,0	30,0	280,1		11.
1 163,2	131,2	1 030,9	–	–	1,0	0,0	138,0	582,6	276,2	306,5	30,0	279,4		18.
1 156,2	125,3	1 030,9	–	–	0,0	–	131,3	582,8	275,2	307,5	30,0	282,7		25.
1 015,5	124,1	891,3	–	–	0,0	–	127,3	576,0	270,9	305,1	29,9	276,6	Febr.	1.
1 017,2	129,3	887,8	–	–	–	–	87,2	576,8	270,6	306,2	29,9	315,1		8.
1 010,6	128,7	880,2	–	–	1,8	–	83,7	607,1	270,5	336,5	29,9	283,3		15.
1 008,5	132,2	876,4	–	–	0,0	–	80,1	607,5	269,9	337,6	29,9	282,4		22.
946,1	131,1	814,5	–	–	0,5	–	73,6	608,0	269,6	338,5	29,9	279,2	März	1.
931,8	129,8	802,0	–	–	0,0	–	73,4	607,9	269,5	338,4	29,9	279,3		8.
920,8	127,3	793,5	–	–	0,0	–	70,2	605,9	269,2	336,7	29,9	280,2		15.
906,2	119,4	786,7	–	–	0,2	–	80,0	606,4	269,1	337,3	29,9	276,9		22.
903,6	123,2	778,9	–	–	1,5	–	88,5	618,1	269,3	348,7	29,9	264,7		29.
896,8	124,9	771,9	–	–	0,0	–	90,1	619,0	269,3	349,6	29,9	265,4	April	5.
884,2	119,3	764,3	–	–	0,6	–	93,3	618,0	269,0	348,9	29,9	262,5		12.
869,9	116,4	753,5	–	–	0,1	–	97,7	613,1	265,6	347,5	29,9	261,5		19.
852,2	110,4	741,8	–	–	0,0	–	107,3	611,6	265,6	346,0	29,9	264,5		26.
846,4	105,0	739,5	–	–	1,9	–	111,8	608,6	263,4	345,2	29,0	264,6	2013 Mai	3.
850,5	110,3	739,0	–	–	1,2	–	103,2	608,7	263,2	345,5	29,0	265,2		10.
836,6	103,8	732,6	–	–	0,1	–	96,6	609,1	263,2	345,9	29,0	259,1		17.
835,4	103,4	731,5	–	–	0,5	–	96,0	604,5	259,2	345,4	29,0	255,6		24.
824,1	103,2	720,9	–	–	0,0	–	91,5	605,6	259,0	346,6	29,0	261,5		31.
821,9	103,0	717,8	–	–	1,1	–	90,2	604,3	256,6	347,6	29,0	263,7	Juni	7.
821,8	108,3	713,2	–	–	0,2	–	95,0	606,0	256,5	349,5	29,0	260,4		14.
815,6	102,0	710,1	–	–	3,5	–	92,4	606,9	256,5	350,4	29,0	262,1		21.
822,7	117,3	705,4	–	–	0,0	–	92,1	609,5	256,8	352,6	28,4	264,6		28.
811,4	107,7	703,3	–	–	0,4	–	91,8	608,4	256,4	352,0	28,4	265,5	Juli	5.
803,3	102,1	701,1	–	–	0,1	–	87,7	606,9	256,1	350,8	28,4	260,5		12.
804,4	104,4	699,9	–	–	0,0	–	88,3	606,6	255,7	350,9	28,4	257,2		19.
800,6	102,3	697,5	–	–	0,7	–	86,0	607,6	255,4	352,3	28,4	259,3		26.
804,9	109,2	695,7	–	–	0,0	0,0	86,8	600,7	252,5	348,2	28,4	255,5	Aug.	2.
Deutsche Bundesbank														
31,1	12,6	18,4	–	–	0,0	–	9,7	57,8	52,9	4,9	4,4	480,2	2011 Sept.	
21,3	3,5	17,7	–	–	0,1	–	8,5	60,8	55,9	4,9	4,4	496,1	Okt.	
21,6	3,8	17,7	–	–	0,1	–	9,2	70,1	65,2	4,9	4,4	525,9	Nov.	
55,8	8,6	47,1	–	–	0,0	–	8,5	71,9	67,0	4,9	4,4	494,3	Dez.	
48,6	2,0	46,6	–	–	0,0	–	8,4	74,1	69,2	4,9	4,4	528,2	2012 Jan.	
48,0	0,9	46,6	0,5	–	0,0	–	8,5	73,9	69,1	4,8	4,4	576,4	Febr.	
74,6	1,2	73,2	–	–	0,1	–	9,4	73,5	68,7	4,8	4,4	645,3	März	
74,9	1,2	73,7	–	–	0,0	–	10,1	73,5	68,7	4,8	4,4	672,8	April	
79,7	3,6	76,1	–	–	0,0	–	8,0	73,4	68,6	4,8	4,4	727,0	Mai	
79,5	2,5	77,0	–	–	0,1	–	8,8	73,1	68,7	4,3	4,4	757,2	Juni	
78,6	2,9	75,7	–	–	0,0	–	7,6	73,2	68,8	4,3	4,4	755,7	Juli	
76,8	1,7	75,1	–	–	0,0	–	9,4	72,8	68,4	4,3	4,4	779,6	Aug.	
76,1	1,7	73,9	–	–	0,5	–	8,9	68,8	68,8	–	4,4	727,8	Sept.	
76,6	1,6	73,9	–	–	1,1	–	5,0	67,9	67,9	–	4,4	751,0	Okt.	
72,4	1,9	69,7	–	–	0,8	–	2,5	67,4	67,4	–	4,4	746,6	Nov.	
73,1	2,9	69,7	–	–	0,6	–	1,4	67,5	67,5	–	4,4	687,5	Dez.	
49,5	0,3	49,1	–	–	0,0	–	4,9	66,2	66,2	–	4,4	648,3	2013 Jan.	
25,8	0,8	24,9	–	–	0,0	–	5,0	65,2	65,2	–	4,4	642,5	Febr.	
21,8	0,1	21,6	–	–	0,2	–	5,7	65,0	65,0	–	4,4	617,9	März	
14,8	0,5	14,3	–	–	0,0	–	5,8	63,8	63,8	–	4,4	636,7	April	
12,3	0,1	12,1	–	–	0,0	–	4,9	62,9	62,9	–	4,4	617,8	Mai	
12,8	0,9	11,8	–	–	0,0	–	4,8	61,9	61,9	–	4,4	604,1	Juni	
12,2	1,0	11,2	–	–	0,0	–	4,5	61,1	61,1	–	4,4	605,0	Juli	

-preisen bewertet. **1** Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. **2** Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Banknotenumlauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet						Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet		
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserveguthaben)	Einlagefazilität	Termin-einlagen	Verbindlichkeiten aus Geschäften mit Rücknahmevereinbarung	Einlagen aus dem Margenausgleich			insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten	Sonstige Verbindlichkeiten
Eurosystem 4)													
2012 Nov. 30.	3 033,3	889,7	937,7	489,9	237,8	208,5	–	1,5	7,1	–	180,2	133,2	47,0
Dez. 7.	3 030,4	895,8	932,2	486,9	235,3	208,5	–	1,5	7,4	–	173,1	122,7	50,4
14.	3 024,8	898,8	939,6	504,9	225,1	208,5	–	1,1	6,7	–	163,9	115,6	48,3
21.	3 011,2	910,8	928,0	489,7	229,4	208,5	–	0,5	7,2	–	145,7	105,9	39,7
28.	3 018,2	913,7	915,8	456,1	261,7	197,6	–	0,5	6,8	–	150,6	108,2	42,4
2013 Jan. 4.	2 956,2	904,4	924,0	462,3	252,6	208,5	–	0,6	6,5	–	137,2	96,9	40,4
11.	2 952,5	893,6	939,5	507,7	222,6	208,5	–	0,7	6,5	–	134,9	97,1	37,7
18.	2 942,2	887,0	945,3	540,0	196,4	208,5	–	0,4	6,1	–	117,2	83,9	33,4
25.	2 928,8	881,9	895,6	479,5	207,2	208,5	–	0,4	6,6	–	162,5	126,1	36,4
Febr. 1.	2 769,7	883,9	797,9	408,2	181,0	208,5	–	0,3	6,8	–	107,6	72,5	35,0
8.	2 767,6	883,4	806,3	443,1	157,2	205,5	–	0,5	6,7	–	104,0	66,6	37,4
15.	2 755,7	881,1	803,9	466,5	131,9	205,5	–	0,0	6,8	–	103,0	67,9	35,1
22.	2 748,8	878,3	788,0	416,0	166,4	205,5	–	0,1	6,4	–	118,9	82,5	36,4
März 1.	2 680,6	881,9	724,5	374,2	144,7	205,5	–	0,1	6,8	–	115,4	80,4	35,0
8.	2 665,9	883,0	695,3	354,8	134,1	205,5	–	0,9	6,3	–	123,0	82,9	40,2
15.	2 647,8	882,8	705,8	366,5	132,6	205,5	–	1,1	6,6	–	108,4	81,5	26,9
22.	2 642,7	884,5	684,8	351,7	126,8	205,5	–	0,9	5,9	–	114,2	91,9	22,3
29.	2 648,1	896,4	669,9	319,3	144,6	205,5	–	0,4	6,5	–	120,6	96,3	24,3
April 5.	2 647,1	895,2	677,4	336,9	134,9	205,5	–	0,1	6,3	–	110,7	88,6	22,2
12.	2 634,5	894,5	669,1	343,1	119,9	206,0	–	0,1	6,1	–	110,2	87,7	22,5
19.	2 617,3	894,1	641,6	329,8	105,6	206,0	–	0,2	5,8	–	120,7	90,1	30,6
26.	2 611,3	897,0	628,1	316,0	109,7	202,5	–	0,0	6,1	–	116,5	83,3	33,3
2013 Mai 3.	2 608,1	904,6	623,1	296,2	124,1	202,5	–	0,3	6,1	–	104,9	72,3	32,5
10.	2 606,3	905,0	630,0	333,7	95,3	201,0	–	–	5,5	–	95,2	65,6	29,5
17.	2 577,4	905,2	603,6	319,5	83,0	201,0	–	0,0	5,7	–	106,6	80,8	25,8
24.	2 560,2	901,4	576,7	294,6	81,0	201,0	–	–	6,1	–	128,1	99,2	28,9
31.	2 549,4	905,2	556,1	273,4	85,6	197,0	–	0,1	6,6	–	135,2	102,7	32,5
Juni 7.	2 546,6	906,9	578,0	280,0	100,9	197,0	–	0,1	6,7	–	106,8	70,7	36,1
14.	2 550,7	906,6	594,8	309,8	90,0	195,0	–	0,0	6,4	–	99,7	61,8	37,9
21.	2 545,3	906,3	557,5	279,5	83,0	195,0	–	0,0	6,8	–	134,4	106,4	28,0
28.	2 430,4	911,0	564,0	276,3	92,2	195,0	–	0,5	7,1	–	135,3	114,4	20,9
Juli 5.	2 420,3	915,8	570,1	271,3	103,9	195,0	–	0,0	6,2	–	109,6	89,3	20,4
12.	2 403,3	917,0	565,5	275,3	94,6	195,5	–	0,0	6,4	–	105,5	84,3	21,2
19.	2 399,0	916,8	536,6	264,7	76,4	195,5	–	0,0	6,4	–	135,4	111,0	24,4
26.	2 396,2	916,7	530,6	255,8	79,2	195,5	–	0,0	6,7	–	137,1	114,4	22,7
Aug. 2.	2 391,1	922,3	555,4	272,3	87,3	195,5	–	0,2	6,5	–	99,7	75,6	24,2
Deutsche Bundesbank													
2011 Sept.	764,6	213,5	205,5	69,8	56,8	78,8	–	–	–	–	0,9	0,3	0,6
Okt.	772,8	215,2	212,1	59,9	58,4	93,9	–	–	–	–	1,1	0,4	0,7
Nov.	812,7	216,1	249,8	49,6	58,2	142,0	–	–	–	–	1,5	0,8	0,7
Dez.	837,6	221,3	228,9	76,4	66,1	86,4	–	–	–	–	5,5	0,7	4,8
2012 Jan. 860,1	216,3	294,1	34,6	119,7	139,7	–	–	–	–	–	1,4	0,7	0,7
Febr. 910,9	216,0	342,5	29,9	166,4	146,2	–	–	–	–	–	2,8	0,8	2,0
März 1 002,8	216,6	424,5	30,9	248,2	145,4	–	–	–	–	–	3,4	0,8	2,6
April 1 031,3	217,6	452,3	33,0	276,9	142,4	–	–	0,0	–	–	2,0	0,7	1,3
Mai 1 087,0	219,9	464,8	33,4	275,0	156,3	–	–	0,0	–	–	2,6	0,6	2,0
Juni 1 119,4	222,5	457,1	33,3	262,9	160,9	–	–	–	–	–	3,2	1,2	2,0
Juli 1 112,9	223,6	421,7	178,3	88,1	155,2	–	–	–	–	–	19,5	7,3	12,2
Aug. 1 135,4	223,2	442,5	201,4	111,4	129,7	–	–	–	–	–	17,6	5,5	12,1
Sept. 1 090,9	222,2	385,8	173,1	78,4	134,2	–	–	–	–	–	17,3	7,0	10,2
Okt. 1 110,0	222,0	372,3	177,9	59,0	135,5	–	–	–	–	–	50,7	5,1	45,7
Nov. 1 098,6	221,5	361,9	184,1	51,9	125,9	–	–	–	–	–	47,2	11,4	35,9
Dez. 1 026,0	227,2	300,0	129,6	40,5	129,9	–	–	–	0,0	–	39,9	11,9	28,1
2013 Jan. 964,1	219,7	260,4	128,3	39,1	93,0	–	–	–	–	–	25,9	2,3	23,6
Febr. 934,9	219,1	240,8	100,8	23,9	116,0	–	–	–	–	–	22,4	0,5	21,8
März 906,7	223,1	222,9	108,7	20,8	93,3	–	–	–	–	–	10,9	0,5	10,4
April 916,9	224,5	215,5	102,9	30,8	81,8	–	–	–	–	–	28,7	0,9	27,7
Mai 891,6	225,4	198,3	88,3	20,6	89,4	–	–	–	–	–	20,6	0,6	20,1
Juni 839,7	226,9	195,1	89,6	23,5	82,1	–	–	–	–	–	8,1	0,5	7,6
Juli 838,1	227,9	187,0	90,2	20,1	76,7	–	–	–	–	–	12,5	0,5	12,0

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank:

Ausweis für Monatsultimo. 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva ³⁾	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ²⁾	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem ⁴⁾										
176,8	4,5	6,5	6,5	–	56,2	236,0	–	452,8	85,6	2012 Nov. 30.
176,6	4,8	6,4	6,4	–	56,2	239,4	–	452,8	85,6	Dez. 7.
174,9	4,0	5,8	5,8	–	56,2	236,4	–	452,8	85,6	14.
178,5	2,5	6,9	6,9	–	56,2	237,1	–	452,8	85,6	21.
186,3	3,5	6,4	6,4	–	56,2	240,5	–	452,8	85,6	28.
185,5	3,4	5,8	5,8	–	55,0	241,4	–	407,4	85,6	2013 Jan. 4.
180,3	3,6	5,7	5,7	–	55,0	240,3	–	407,4	85,7	11.
186,4	8,8	5,0	5,0	–	55,0	238,4	–	407,4	85,6	18.
185,1	4,9	6,5	6,5	–	55,0	237,8	–	407,4	85,6	25.
179,1	4,5	7,5	7,5	–	55,0	234,4	–	407,4	85,6	Febr. 1.
174,3	3,4	6,6	6,6	–	55,0	235,1	–	407,4	85,6	8.
170,8	3,5	7,7	7,7	–	55,0	230,6	–	407,4	86,0	15.
166,0	3,2	7,7	7,7	–	55,0	232,0	–	407,4	86,0	22.
165,5	2,6	7,5	7,5	–	55,0	226,2	–	407,4	87,9	März 1.
168,1	2,4	7,0	7,0	–	55,0	230,4	–	407,4	88,1	8.
157,7	1,6	5,8	5,8	–	55,0	228,6	–	407,4	88,2	15.
162,0	2,8	6,2	6,2	–	55,0	231,7	–	407,4	88,2	22.
157,7	4,1	5,3	5,3	–	55,1	237,1	–	406,6	88,9	29.
158,7	4,5	7,0	7,0	–	55,1	236,4	–	406,6	88,9	April 5.
155,0	6,5	6,2	6,2	–	55,1	236,2	–	406,6	88,9	12.
153,9	5,6	6,5	6,5	–	55,1	238,5	–	406,6	88,9	19.
163,0	5,4	5,5	5,5	–	55,1	239,0	–	406,6	88,9	26.
166,8	5,6	6,4	6,4	–	55,1	239,9	–	406,6	88,9	2013 Mai 3.
165,4	7,1	6,5	6,5	–	55,1	240,8	–	406,6	89,0	10.
163,3	4,2	6,5	6,5	–	55,1	231,8	–	406,6	88,8	17.
157,3	2,8	5,7	5,7	–	55,1	231,5	–	406,6	88,8	24.
151,6	2,5	6,0	6,0	–	55,1	235,7	–	406,6	88,8	31.
153,1	1,3	7,7	7,7	–	55,1	234,5	–	406,6	89,8	Juni 7.
145,2	3,1	6,3	6,3	–	55,1	236,9	–	406,6	89,8	14.
146,8	4,2	6,0	6,0	–	55,1	230,7	–	406,6	90,8	21.
141,6	4,0	4,9	4,9	–	54,2	233,2	–	284,7	90,4	28.
145,0	2,6	5,6	5,6	–	54,2	236,0	–	284,7	90,4	Juli 5.
140,9	2,9	5,5	5,5	–	54,2	230,3	–	284,7	90,4	12.
136,4	1,7	5,3	5,3	–	54,2	231,0	–	284,7	90,4	19.
136,4	1,6	5,4	5,4	–	54,2	232,4	–	284,7	90,4	26.
135,9	1,4	4,8	4,8	–	54,2	235,7	–	284,7	90,4	Aug. 2.
Deutsche Bundesbank										
13,6	0,0	0,2	0,2	–	13,9	14,3	170,7	127,1	5,0	2011 Sept.
12,9	0,0	0,2	0,2	–	13,9	14,4	170,7	127,1	5,0	Okt.
13,5	0,0	0,0	0,0	–	13,9	14,9	170,9	127,1	5,0	Nov.
46,6	0,0	–	–	–	14,3	16,2	170,5	129,4	5,0	Dez.
11,9	0,0	0,0	0,0	–	14,3	16,5	171,0	129,4	5,0	2012 Jan.
11,7	0,0	0,3	0,3	–	14,3	16,7	172,2	129,4	5,0	Febr.
15,9	0,0	0,2	0,2	–	14,0	16,9	175,5	130,8	5,0	März
14,2	0,0	0,4	0,4	–	14,0	17,5	177,6	130,8	5,0	April
52,0	0,0	0,4	0,4	–	14,0	18,2	179,3	130,8	5,0	Mai
83,2	0,0	0,2	0,2	–	14,5	19,5	181,0	133,3	5,0	Juni
90,9	0,0	0,0	0,0	–	14,5	19,9	184,5	133,3	5,0	Juli
89,9	0,0	0,3	0,3	–	14,5	20,6	188,5	133,3	5,0	Aug.
86,3	0,0	–	–	–	14,4	21,6	191,9	146,5	5,0	Sept.
82,1	0,0	0,2	0,2	–	14,4	22,3	194,7	146,5	5,0	Okt.
81,8	0,0	0,3	0,3	–	14,4	22,8	197,3	146,5	5,0	Nov.
83,3	0,0	0,1	0,1	–	14,1	23,6	200,3	132,6	5,0	Dez.
83,0	0,0	0,5	0,5	–	14,1	23,5	199,4	132,6	5,0	2013 Jan.
74,4	0,0	0,7	0,7	–	14,1	24,5	201,4	132,6	5,0	Febr.
70,2	0,0	0,6	0,6	–	14,1	24,0	203,8	132,1	5,0	März
67,9	0,0	0,6	0,6	–	14,1	24,4	204,1	132,1	5,0	April
63,5	0,0	0,6	0,6	–	14,1	25,0	207,0	132,1	5,0	Mai
61,5	0,0	0,7	0,7	–	13,9	25,3	208,2	95,0	5,0	Juni
59,7	0,0	0,1	0,1	–	13,9	25,5	211,5	95,0	5,0	Juli

92 % des Wertes am in Umlauf befindliche Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknoten-Umlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der

von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. ³ Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. ⁴ Quelle: EZB.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)

Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im				
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland		
				zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken		zusammen	Unternehmen und personen	
												zusammen	Buchkredite
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
2004	6 617,4	15,1	2 174,3	1 750,2	1 122,9	627,3	424,2	306,3	117,9	3 358,7	3 083,4	2 479,7	2 223,8
2005	6 859,4	15,3	2 276,0	1 762,5	1 148,4	614,1	513,5	356,3	157,2	3 407,6	3 085,2	2 504,6	2 226,3
2006	7 154,4	16,4	2 314,4	1 718,6	1 138,6	580,0	595,8	376,8	219,0	3 462,1	3 085,5	2 536,1	2 241,9
2007	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8
2008	7 892,7	17,8	2 681,8	1 990,2	1 404,3	585,8	691,6	452,9	238,8	3 638,2	3 163,0	2 686,9	2 357,3
2009	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 692,9	2 357,5
2010	8 304,8	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 303,0	2 669,2	2 354,7
2011	8 393,3	16,4	2 394,4	1 844,5	1 362,2	482,2	550,0	362,3	187,7	3 673,5	3 270,5	2 709,4	2 415,1
2012	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7
2011 Sept.	8 489,4	15,4	2 412,6	1 831,2	1 349,4	481,8	581,4	385,6	195,7	3 708,6	3 285,3	2 713,5	2 413,7
Okt.	8 353,9	15,4	2 407,5	1 830,0	1 347,6	482,3	577,5	385,1	192,4	3 728,0	3 311,1	2 742,8	2 445,3
Nov.	8 406,6	14,8	2 450,5	1 876,1	1 396,6	479,5	574,4	382,6	191,8	3 727,2	3 315,3	2 747,9	2 450,0
Dez.	8 393,3	16,4	2 394,4	1 844,5	1 362,2	482,2	550,0	362,3	187,7	3 673,5	3 270,5	2 709,4	2 415,1
2012 Jan.	8 517,7	14,5	2 470,6	1 921,9	1 444,6	477,3	548,7	362,6	186,1	3 702,0	3 298,2	2 729,8	2 437,1
Febr.	8 526,0	14,4	2 534,4	1 981,0	1 499,7	481,3	553,4	369,7	183,7	3 695,5	3 291,4	2 723,7	2 437,0
März	8 522,7	15,4	2 577,6	2 037,3	1 559,1	478,2	540,3	358,1	182,2	3 698,3	3 292,5	2 722,7	2 427,8
April	8 599,6	15,3	2 593,3	2 049,9	1 574,4	475,5	543,4	365,1	178,2	3 719,9	3 314,2	2 739,4	2 430,9
Mai	8 859,6	15,5	2 605,1	2 060,4	1 585,9	474,5	544,7	365,3	179,4	3 692,5	3 288,7	2 722,4	2 434,0
Juni	8 636,4	15,5	2 566,1	2 041,1	1 571,3	469,8	525,0	351,0	174,1	3 699,4	3 297,2	2 692,7	2 432,4
Juli	8 726,8	14,8	2 531,1	2 000,3	1 530,8	469,5	530,8	359,0	171,8	3 731,2	3 327,5	2 724,4	2 467,2
Aug.	8 695,6	15,7	2 538,3	2 016,4	1 547,5	468,9	522,0	349,7	172,2	3 725,2	3 321,8	2 723,8	2 464,9
Sept.	8 567,6	16,0	2 463,9	1 947,5	1 481,5	466,0	516,4	346,1	170,3	3 730,1	3 322,3	2 720,6	2 458,6
Okt.	8 489,2	15,9	2 426,0	1 916,6	1 456,5	460,1	509,4	340,1	169,3	3 748,2	3 340,1	2 728,3	2 471,5
Nov.	8 440,0	15,6	2 411,8	1 904,4	1 448,5	455,9	507,4	337,2	170,2	3 741,9	3 334,9	2 722,7	2 465,5
Dez.	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7
2013 Jan.	8 110,4	15,0	2 284,4	1 784,1	1 337,9	446,2	500,3	325,9	174,4	3 717,9	3 313,3	2 721,2	2 454,3
Febr.	8 094,4	15,0	2 268,2	1 755,8	1 312,0	443,8	512,4	339,6	172,8	3 711,7	3 307,1	2 718,4	2 457,6
März	8 063,0	16,9	2 228,8	1 727,6	1 290,0	437,6	501,1	332,8	168,3	3 710,8	3 302,6	2 715,8	2 451,0
April	8 080,3	15,7	2 220,5	1 715,6	1 281,3	434,3	504,9	337,1	167,8	3 736,2	3 329,5	2 732,4	2 446,6
Mai	7 937,6	16,0	2 196,9	1 692,8	1 258,9	433,9	504,1	335,6	168,5	3 713,8	3 302,1	2 720,5	2 451,6
Juni	7 833,2	15,8	2 189,1	1 676,4	1 243,9	432,5	512,7	344,5	168,2	3 713,4	3 307,7	2 726,9	2 464,1
Veränderungen 3)													
2005	187,9	0,1	93,0	10,4	22,8	- 12,5	82,6	44,6	38,1	59,7	14,2	37,2	15,5
2006	356,8	1,1	84,2	0,5	28,0	- 27,6	83,7	22,4	61,3	56,0	1,5	32,5	13,3
2007	518,3	1,5	218,9	135,5	156,3	- 20,8	83,4	47,4	36,0	54,1	- 1,0	38,7	53,2
2008	313,3	- 0,1	183,6	164,3	127,5	36,9	19,3	33,7	- 14,4	140,4	102,6	130,9	65,5
2009	- 454,5	- 0,5	- 189,0	- 166,4	- 182,2	15,8	- 22,5	- 1,8	- 20,7	17,4	38,3	17,0	6,6
2010	- 136,3	- 0,7	- 111,6	- 15,6	58,5	- 74,1	- 95,9	- 80,9	- 15,1	96,4	126,0	- 13,7	0,7
2011	54,1	- 0,1	32,6	58,7	91,7	- 33,0	- 26,0	- 12,1	- 13,9	- 51,8	- 35,3	38,7	56,7
2012	- 129,2	2,9	- 81,9	- 28,4	3,0	- 31,4	- 53,5	- 39,7	- 13,8	27,5	27,7	17,0	28,8
2011 Okt.	- 116,4	- 0,0	- 1,4	1,1	0,2	0,9	- 2,4	0,7	- 3,2	24,7	29,5	32,9	34,1
Nov.	31,1	- 0,6	39,9	44,3	47,5	- 3,2	- 4,5	- 3,7	- 0,8	- 4,4	2,1	3,1	2,7
Dez.	- 27,9	1,6	- 52,5	- 33,6	- 36,0	2,4	- 18,9	- 14,8	- 4,1	- 55,7	- 46,7	- 39,8	- 36,4
2012 Jan.	132,8	- 1,9	78,4	78,4	83,0	- 4,7	0,1	0,8	- 0,8	34,8	31,1	23,8	24,2
Febr.	20,7	- 0,1	65,8	60,4	56,0	4,4	5,5	7,8	- 2,3	- 3,2	- 4,6	- 4,1	1,7
März	- 7,0	0,9	42,3	55,8	59,1	- 3,3	- 13,5	- 11,8	- 1,6	3,0	1,5	- 0,5	- 8,9
April	68,9	- 0,1	17,5	15,1	17,9	- 2,7	2,4	6,5	- 4,2	18,0	18,8	13,9	0,1
Mai	226,6	0,2	6,4	7,4	9,1	- 1,7	- 1,0	- 1,8	0,9	- 33,0	- 29,2	- 20,4	- 0,4
Juni	- 214,5	0,0	- 37,7	- 18,6	- 14,0	- 4,6	- 19,2	- 13,9	- 5,3	10,7	11,6	- 6,6	1,4
Juli	85,2	- 0,7	- 37,3	- 42,0	- 41,4	- 0,6	4,7	7,1	- 2,4	29,8	29,3	30,9	33,9
Aug.	- 116,8	0,9	9,4	17,2	17,5	- 0,4	- 7,8	- 8,5	0,7	- 3,5	- 3,9	1,2	- 0,7
Sept.	- 115,5	0,3	- 72,0	- 67,4	- 65,3	- 2,1	- 4,7	- 2,9	- 1,8	7,3	2,2	- 0,6	- 4,0
Okt.	- 75,9	- 0,1	- 38,7	- 31,8	- 26,6	- 5,3	- 6,8	- 5,8	- 1,0	19,2	18,6	9,1	14,3
Nov.	- 29,4	- 0,3	- 14,3	- 12,3	- 8,0	- 4,3	- 1,9	- 2,8	0,8	- 5,2	- 4,6	- 4,9	- 5,3
Dez.	- 204,3	3,6	- 101,8	- 90,5	- 84,2	- 6,3	- 11,3	- 14,5	3,2	- 50,5	- 43,1	- 24,8	- 27,5
2013 Jan.	- 97,7	- 4,2	- 21,9	- 27,6	- 24,8	- 2,8	5,7	5,0	0,7	35,4	28,8	30,4	23,3
Febr.	- 27,1	0,0	- 15,6	- 26,4	- 23,7	- 2,7	10,8	12,6	- 1,8	- 8,1	- 7,4	- 4,0	2,0
März	- 44,2	1,9	- 41,3	- 29,2	- 22,7	- 6,5	- 12,1	- 6,8	- 5,3	- 2,4	- 5,1	- 3,2	- 7,3
April	27,6	- 1,3	- 6,9	- 11,2	- 8,1	- 3,1	4,3	4,9	- 0,5	27,6	28,4	18,1	- 2,8
Mai	- 142,7	0,3	- 23,5	- 22,8	- 22,4	- 0,5	- 0,7	- 1,4	0,7	- 22,0	- 27,1	- 11,6	5,5
Juni	- 104,4	- 0,2	- 7,6	- 16,2	- 15,1	- 1,2	8,6	8,9	- 0,3	0,6	6,4	7,1	12,8

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 2 Einschl. Schuldver-

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
				an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern							insgesamt	darunter Buchkredite		
Privat-		öffentliche Haushalte		zu-sammen	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte			insgesamt			darunter Buchkredite	Sonstige Aktivpositionen 1)
Wert-papiere	zu-sammen	Buch-kredite	Wert-papiere 2)		zu-sammen	zu-sammen	darunter Buch-kredite	zu-sammen	Buch-kredite		Wert-papiere	insgesamt		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
255,9	603,8	423,0	180,8	275,3	140,6	61,9	134,7	25,7	109,0	897,8	730,4	171,4	2004	
278,2	580,7	408,7	171,9	322,4	169,1	65,0	153,3	30,7	122,6	993,8	796,8	166,7	2005	
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	2006	
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007	
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008	
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009	
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,1	2010	
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012	
299,9	571,8	365,2	206,6	423,3	288,0	171,2	135,3	30,7	104,6	1 011,7	786,7	1 341,1	2011 Sept.	
297,4	568,3	361,3	207,0	417,0	280,0	164,0	137,0	30,3	106,6	974,8	754,2	1 228,2	Okt.	
297,8	567,5	358,2	209,3	411,9	282,3	165,1	129,6	31,0	98,5	991,0	770,1	1 223,1	Nov.	
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	Dez.	
292,8	568,3	363,6	204,8	403,8	277,7	157,6	126,1	32,3	93,8	1 016,2	794,5	1 314,3	2012 Jan.	
286,7	567,7	361,3	206,4	404,1	278,1	158,1	126,1	32,4	93,7	996,6	778,9	1 285,0	Febr.	
295,0	569,8	359,9	209,9	405,8	279,9	159,9	125,9	31,5	94,3	1 004,1	782,1	1 227,4	März	
308,5	574,8	365,3	209,6	405,7	282,6	163,2	123,1	31,4	91,7	1 008,5	786,8	1 262,6	April	
288,3	566,3	359,8	206,5	403,8	279,3	160,7	124,6	31,5	93,0	1 027,6	804,5	1 518,8	Mai	
260,4	604,5	370,2	234,3	402,2	278,2	160,3	124,0	31,8	92,2	992,6	772,1	1 362,8	Juni	
257,2	603,1	367,0	236,1	403,7	282,5	162,1	121,2	31,1	90,1	1 005,2	786,0	1 444,5	Juli	
258,9	598,1	359,6	238,4	403,4	281,3	161,0	122,1	31,7	90,4	1 007,4	787,3	1 408,9	Aug.	
262,1	601,7	359,8	241,9	407,8	283,5	161,4	124,3	31,4	92,9	1 005,3	788,1	1 352,2	Sept.	
256,9	611,8	366,5	245,3	408,0	282,2	160,0	125,8	31,9	93,9	1 003,5	784,8	1 295,6	Okt.	
257,2	612,2	360,2	252,0	407,1	282,8	160,3	124,3	32,0	92,3	996,2	778,1	1 274,5	Nov.	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	Dez.	
266,8	592,1	352,2	239,9	404,6	277,6	157,0	127,0	30,3	96,8	955,4	728,8	1 137,7	2013 Jan.	
260,8	588,7	347,3	241,4	404,6	280,2	157,0	124,4	30,3	94,1	959,5	739,4	1 140,0	Febr.	
264,8	586,8	345,2	241,6	408,1	284,8	157,6	123,4	30,1	93,2	965,3	740,5	1 141,2	März	
285,8	597,1	355,2	241,9	406,6	282,3	158,7	124,4	30,8	93,5	964,2	736,2	1 143,8	April	
268,9	581,6	344,6	237,0	411,8	282,3	155,8	129,5	30,7	98,8	962,8	733,7	1 048,1	Mai	
262,8	580,8	342,3	238,5	405,7	278,1	152,3	127,6	29,9	97,7	951,9	723,2	962,9	Juni	
Veränderungen 3)														
21,7	- 23,0	- 14,3	- 8,6	45,5	27,4	2,2	18,2	4,7	13,5	57,1	31,2	- 22,2	2005	
19,3	- 31,0	- 18,6	- 12,4	54,5	59,6	20,9	5,1	- 1,3	3,8	205,7	165,7	9,8	2006	
- 14,6	- 39,6	- 29,3	- 10,3	55,1	73,6	41,5	- 18,6	0,0	- 18,6	222,7	136,5	21,1	2007	
65,4	- 28,4	- 16,9	- 11,5	37,8	42,3	40,4	- 4,5	1,6	- 6,1	- 40,3	- 7,6	29,7	2008	
10,5	21,3	- 5,1	26,4	- 20,9	- 20,9	- 7,1	0,0	- 3,9	3,9	- 182,5	- 162,3	- 99,8	2009	
- 14,3	139,7	83,4	56,3	- 29,6	- 36,4	0,2	6,8	3,1	3,7	- 74,1	- 61,9	- 46,3	2010	
- 18,0	- 74,0	- 59,1	- 14,9	- 16,6	- 13,8	- 5,5	- 2,7	8,0	- 10,7	- 39,5	- 34,9	112,9	2011	
- 11,8	10,7	- 10,5	21,2	- 0,2	- 0,7	- 1,5	0,5	- 2,2	2,7	- 15,5	- 17,7	- 62,2	2012	
- 1,2	- 3,4	- 3,8	0,4	- 4,8	- 7,0	- 6,1	2,2	- 0,4	2,6	- 24,0	- 20,8	- 115,8	2011 Okt.	
0,4	- 1,0	- 3,3	2,3	- 6,5	1,2	- 0,2	- 7,7	0,6	- 8,3	- 1,2	2,3	- 4,9	Nov.	
- 3,4	- 6,9	1,6	- 8,5	- 9,0	- 8,2	- 6,7	- 0,8	1,5	- 2,4	- 9,5	- 11,7	88,2	Dez.	
- 0,3	7,3	3,8	3,5	3,7	1,7	- 2,9	2,0	- 0,2	2,2	28,7	29,3	- 7,3	2012 Jan.	
- 5,8	- 0,5	- 2,2	1,7	1,5	1,3	1,3	0,2	0,1	0,2	- 12,0	- 8,4	- 30,0	Febr.	
8,4	2,0	- 1,4	3,4	1,5	1,7	1,7	- 0,2	- 0,9	0,6	4,9	0,8	- 58,2	März	
13,8	- 4,8	5,3	- 0,5	- 0,8	- 2,0	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 2,7	- 0,6	0,3	34,1	April	
- 19,9	- 8,8	- 5,6	- 3,2	- 3,9	- 5,1	- 4,4	1,2	0,1	1,1	- 2,6	- 2,5	255,6	Mai	
- 8,0	18,2	10,4	7,8	- 0,9	- 0,9	0,2	- 0,0	0,2	- 0,3	- 29,4	- 27,1	- 158,0	Juni	
- 3,0	- 1,6	- 3,3	1,8	0,5	3,4	0,9	- 2,9	- 0,7	- 2,2	2,6	5,2	90,7	Juli	
1,9	- 5,1	- 7,4	2,3	0,4	- 0,5	- 0,2	1,0	0,6	0,3	12,0	10,2	- 35,6	Aug.	
3,4	2,8	- 0,6	3,4	5,1	2,9	1,3	2,2	- 0,4	2,6	6,7	9,1	- 57,7	Sept.	
- 5,2	9,5	6,7	2,8	0,7	- 0,9	- 1,1	1,6	0,6	1,0	0,9	- 0,8	- 57,3	Okt.	
0,4	0,3	- 6,3	6,6	- 0,7	0,8	0,4	- 1,5	0,1	- 1,6	- 6,8	- 6,3	- 2,8	Nov.	
2,7	- 18,3	- 9,9	- 8,5	- 7,3	- 7,2	- 1,6	- 3,2	- 1,6	1,4	- 19,8	- 27,4	- 35,8	Dez.	
7,1	- 1,6	2,0	- 3,5	6,6	3,6	0,1	0,0	- 0,1	3,1	- 3,1	- 4,8	- 103,9	2013 Jan.	
- 6,0	- 3,4	- 4,9	1,5	- 0,7	2,0	- 0,5	- 2,7	0,0	- 2,7	- 2,4	1,6	- 1,1	Febr.	
4,1	- 2,0	- 2,1	0,2	2,8	3,9	0,0	- 1,1	- 0,2	- 0,9	- 3,1	- 7,1	0,6	März	
20,9	10,3	10,1	0,2	- 0,8	- 1,8	1,9	0,9	0,7	0,3	5,7	2,1	2,5	April	
- 17,1	- 15,5	- 10,5	- 4,9	5,1	- 0,1	- 3,0	5,1	- 0,1	5,2	- 1,9	- 2,8	- 95,6	Mai	
- 5,7	- 0,7	- 2,3	1,6	- 5,7	- 3,9	- 3,4	- 1,8	- 0,7	- 1,1	- 10,2	- 10,4	- 87,2	Juni	

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II,1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *) Passiva

Mrd €

Zeit	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Einlagen von Nicht-	
	Bilanzsumme 1)	von Banken			insgesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland			mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist			
		insgesamt	im Inland	in anderen Mitgliedsländern		zusammen	täglich fällig	zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
2004	6 617,4	1 528,4	1 270,8	257,6	2 264,2	2 148,5	646,2	898,9	239,9	603,5	515,5	71,9	8,8	
2005	6 859,4	1 569,6	1 300,8	268,8	2 329,1	2 225,4	715,8	906,2	233,4	603,4	519,1	62,2	9,6	
2006	7 154,4	1 637,7	1 348,6	289,0	2 449,2	2 341,6	745,8	1 009,3	310,1	586,5	487,4	62,0	13,9	
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6	
2008	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4	
2009	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7	
2010	8 304,8	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 086,5	1 112,9	307,2	618,2	512,5	68,4	19,3	
2011	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 139,6	1 159,4	366,2	616,1	515,3	78,8	25,9	
2012	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2	
2011 Sept.	8 489,4	1 430,6	1 176,1	254,6	3 007,5	2 884,0	1 111,5	1 159,1	361,4	613,4	509,7	80,7	28,3	
Okt.	8 353,9	1 419,0	1 162,8	256,2	3 008,5	2 888,5	1 120,4	1 155,0	359,1	613,0	509,5	80,0	28,4	
Nov.	8 406,6	1 427,1	1 177,3	249,8	3 028,6	2 912,1	1 145,2	1 155,4	360,5	611,5	509,8	77,3	25,3	
Dez.	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 139,6	1 159,4	366,2	616,1	515,3	78,8	25,9	
2012 Jan.	8 517,7	1 475,9	1 221,1	254,8	3 038,6	2 912,4	1 140,8	1 154,3	364,5	617,2	517,4	82,8	29,3	
Febr.	8 526,0	1 484,7	1 232,3	252,4	3 046,2	2 915,6	1 147,2	1 148,6	361,0	619,8	520,2	83,7	31,0	
März	8 522,7	1 501,9	1 232,1	269,8	3 037,7	2 924,1	1 157,4	1 147,3	363,0	619,4	520,6	77,3	28,9	
April	8 599,6	1 501,9	1 222,4	279,5	3 052,2	2 938,9	1 170,0	1 151,0	368,0	617,9	519,4	77,4	28,3	
Mai	8 859,6	1 494,1	1 219,3	274,8	3 069,6	2 955,6	1 185,8	1 152,7	372,2	617,1	519,5	78,2	30,1	
Juni	8 636,4	1 469,5	1 207,6	262,0	3 091,1	2 975,0	1 203,3	1 155,7	378,1	616,0	519,4	78,9	30,3	
Juli	8 726,8	1 454,7	1 190,5	264,1	3 084,9	2 974,1	1 207,7	1 150,5	377,8	615,9	520,1	78,5	30,1	
Aug.	8 695,6	1 447,9	1 185,3	262,6	3 092,7	2 985,4	1 221,5	1 148,5	377,1	615,3	521,0	76,3	30,3	
Sept.	8 567,6	1 428,2	1 175,5	252,8	3 100,1	2 991,1	1 241,8	1 135,2	366,7	614,1	521,3	77,5	33,6	
Okt.	8 489,2	1 415,4	1 161,0	254,4	3 099,5	2 993,8	1 265,7	1 114,7	355,4	613,5	521,5	76,3	32,1	
Nov.	8 440,0	1 413,7	1 160,3	253,5	3 114,9	3 006,6	1 293,1	1 100,7	346,7	612,8	522,0	76,8	33,1	
Dez.	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2	
2013 Jan.	8 110,4	1 371,5	1 127,0	244,6	3 090,1	2 983,1	1 305,1	1 061,3	310,2	616,7	529,3	77,0	32,1	
Febr.	8 094,4	1 348,4	1 103,4	245,0	3 081,2	2 977,9	1 310,2	1 051,2	303,2	616,6	530,7	76,3	33,7	
März	8 063,0	1 333,9	1 093,6	240,3	3 082,3	2 979,7	1 310,5	1 054,7	307,1	614,4	529,3	77,2	35,3	
April	8 080,3	1 348,6	1 089,7	258,9	3 083,6	2 984,0	1 322,3	1 049,5	305,9	612,3	528,7	77,0	35,4	
Mai	7 937,6	1 320,9	1 071,5	249,4	3 100,0	2 998,0	1 337,7	1 049,6	306,6	610,7	529,1	74,3	32,7	
Juni	7 833,2	1 301,2	1 060,2	241,1	3 104,9	2 995,9	1 345,3	1 041,0	300,4	609,6	528,9	78,2	37,1	
Veränderungen 4)														
2005	187,9	32,8	27,0	5,9	65,0	75,5	69,4	7,3	- 6,9	- 1,2	2,9	- 8,0	0,5	
2006	356,8	105,6	81,5	24,1	122,9	118,6	30,4	105,0	77,1	- 16,8	- 31,7	0,4	4,4	
2007	518,3	148,4	134,8	13,6	185,1	177,3	24,5	183,9	167,8	- 31,1	- 41,4	13,6	5,6	
2008	313,3	65,8	121,7	- 55,8	162,3	173,1	38,7	154,6	123,5	- 20,2	- 21,2	- 7,5	0,1	
2009	- 454,5	- 235,4	- 224,6	- 10,8	31,9	43,9	205,0	- 220,4	- 259,3	59,3	50,3	- 9,6	4,1	
2010	- 136,3	- 75,2	- 99,4	24,2	72,3	59,7	88,7	- 53,0	- 52,2	24,0	38,3	- 4,4	2,2	
2011	54,1	- 48,4	- 28,8	- 19,6	102,1	97,4	52,4	47,6	58,8	- 2,6	1,3	4,8	6,5	
2012	- 129,2	- 68,7	- 70,0	1,3	57,8	67,1	156,1	- 90,4	- 50,2	1,5	14,1	- 1,4	5,4	
2011 Okt.	- 116,4	- 9,6	- 12,0	2,4	2,0	5,2	9,6	- 3,9	- 2,2	- 0,4	- 0,3	- 0,5	0,2	
Nov.	31,1	5,7	13,1	- 7,4	19,0	22,7	23,7	0,1	1,2	- 1,1	- 0,2	- 2,9	3,2	
Dez.	- 27,9	20,1	31,4	- 11,2	5,1	3,5	- 6,3	5,2	5,5	4,6	5,4	1,3	0,5	
2012 Jan.	132,8	32,1	11,5	20,7	5,7	- 2,4	1,5	- 5,0	- 1,7	1,1	2,1	4,1	3,5	
Febr.	20,7	10,2	12,2	- 2,0	8,2	3,7	6,7	- 5,6	- 3,3	2,6	3,8	1,0	1,7	
März	- 7,0	16,7	- 0,6	17,3	- 8,6	8,4	10,1	- 1,3	1,9	- 0,4	0,4	- 6,4	- 2,1	
April	68,9	1,8	- 7,6	9,4	14,0	12,1	12,5	1,1	2,4	- 1,5	- 1,2	0,0	- 0,6	
Mai	226,6	- 11,5	- 5,4	- 6,1	15,7	15,2	14,8	1,2	3,8	- 0,8	0,0	0,5	1,7	
Juni	- 214,5	- 23,7	- 11,2	- 12,5	21,9	19,8	17,7	3,2	6,0	- 1,1	- 0,1	0,8	0,2	
Juli	85,2	- 16,3	- 17,9	1,7	- 7,0	- 1,6	4,0	- 5,4	- 0,4	- 0,2	0,7	- 0,5	- 0,2	
Aug.	- 16,8	- 5,4	- 4,4	- 1,0	8,5	11,9	14,3	- 1,8	- 0,5	- 0,5	0,9	- 2,1	0,3	
Sept.	- 115,5	- 18,4	- 9,1	- 9,3	7,2	5,1	21,0	- 14,7	- 11,8	- 1,2	0,3	1,3	3,4	
Okt.	- 75,9	- 15,5	- 17,2	1,7	- 0,4	3,0	24,0	- 20,5	- 11,3	- 0,6	0,2	- 1,1	- 1,5	
Nov.	- 29,4	- 1,3	- 0,7	- 0,6	15,5	12,8	27,5	- 13,9	- 8,7	- 0,7	0,6	0,4	1,0	
Dez.	- 204,3	- 37,3	- 19,4	- 17,9	- 22,8	- 20,8	2,1	- 27,7	- 26,6	4,8	6,3	0,6	- 1,8	
2013 Jan.	- 97,7	2,3	- 7,4	9,8	- 0,2	- 1,2	10,9	- 11,2	- 9,7	- 0,8	1,0	- 0,1	1,0	
Febr.	- 27,1	- 24,8	- 24,6	- 0,2	- 9,8	- 5,9	4,5	- 10,3	- 7,2	- 0,1	1,4	- 0,9	1,5	
März	- 44,2	- 15,5	- 10,3	- 5,3	- 0,0	0,8	- 0,4	3,4	3,8	- 2,2	- 1,4	0,8	1,5	
April	27,6	15,8	- 3,2	19,1	1,9	4,9	12,5	- 5,4	- 1,4	- 2,1	- 0,6	- 0,2	0,1	
Mai	- 142,7	- 27,7	- 18,1	- 9,6	16,0	14,0	15,5	0,1	0,7	- 1,6	0,4	- 3,1	- 2,2	
Juni	- 104,4	- 20,0	- 11,7	- 8,3	5,2	- 1,8	7,5	- 8,3	- 6,7	- 1,1	- 0,2	4,0	4,5	

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarktfondsanteile 3)	Begebene Schuldverschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen 1)	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)				
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten										
59,8	9,8	3,3	2,7	43,8	41,4	14,8	31,5	1 554,8	116,9	577,1	329,3	317,2	2004
50,2	9,8	2,4	2,0	41,6	38,8	19,5	31,7	1 611,9	113,8	626,2	346,9	324,5	2005
45,9	9,3	2,3	1,9	45,5	41,9	17,1	32,0	1 636,7	136,4	638,5	389,6	353,7	2006
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,6	1 290,2	2010
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012
49,4	17,7	3,0	2,3	42,7	40,8	107,0	7,2	1 352,4	76,1	644,6	459,4	1 480,7	2011 Sept.
48,5	17,1	3,1	2,4	40,0	37,9	105,7	7,2	1 341,7	74,0	650,4	462,7	1 358,7	Okt.
48,8	17,6	3,2	2,5	39,2	35,8	111,1	6,3	1 348,4	79,7	668,9	466,6	1 349,6	Nov.
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	Dez.
50,1	19,0	3,4	2,6	43,4	40,9	86,7	5,9	1 311,1	74,3	702,3	468,9	1 428,2	2012 Jan.
49,2	18,6	3,4	2,6	46,9	45,2	96,6	5,7	1 316,9	75,6	719,2	471,8	1 384,9	Febr.
44,9	16,0	3,5	2,6	36,3	35,6	93,1	5,5	1 305,7	72,7	772,9	476,9	1 329,2	März
45,6	16,7	3,5	2,6	35,8	33,4	102,9	5,5	1 303,7	68,5	788,9	477,2	1 367,2	April
44,5	15,9	3,6	2,7	35,8	31,5	108,3	5,5	1 304,1	63,6	775,2	482,5	1 620,2	Mai
44,9	16,5	3,8	2,8	37,2	33,8	98,9	5,7	1 291,7	62,9	737,8	489,4	1 452,5	Juni
44,6	16,1	3,8	2,9	32,3	30,0	106,6	5,7	1 296,0	65,5	748,5	497,0	1 533,4	Juli
42,1	14,3	3,9	2,9	31,0	27,7	108,1	5,3	1 285,6	62,8	769,0	492,5	1 494,5	Aug.
40,0	12,5	3,9	2,9	31,5	26,7	98,0	5,1	1 277,2	61,0	726,4	487,8	1 444,8	Sept.
40,4	12,6	3,9	2,9	29,3	26,6	107,8	5,4	1 264,6	60,7	719,3	488,1	1 389,0	Okt.
39,9	12,3	3,8	2,9	31,5	26,6	107,0	5,4	1 255,2	60,8	685,8	490,6	1 367,4	Nov.
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	Dez.
41,2	14,2	3,7	2,8	30,0	24,0	83,1	7,4	1 212,4	52,0	613,2	489,8	1 242,9	2013 Jan.
38,9	13,1	3,7	2,8	27,1	23,6	99,7	6,8	1 215,9	51,7	612,0	499,8	1 230,6	Febr.
38,3	13,0	3,6	2,8	25,4	23,4	97,0	6,8	1 201,5	49,5	600,1	502,9	1 238,6	März
38,0	13,1	3,6	2,8	22,6	21,8	98,9	7,4	1 192,5	50,2	602,5	502,7	1 244,1	April
38,0	12,5	3,6	2,8	27,7	22,5	98,0	7,3	1 177,8	48,5	585,4	506,6	1 141,6	Mai
37,5	11,5	3,6	2,8	30,8	23,9	113,3	5,7	1 165,8	45,4	574,3	517,4	1 050,5	Juni
Veränderungen 4)													
- 7,7	- 0,3	- 0,9	- 0,7	- 2,5	- 3,0	- 4,7	0,2	38,7	- 9,9	22,0	14,8	9,7	2005
- 3,9	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 3,9	- 3,1	- 3,3	0,3	34,8	22,1	32,4	27,5	36,6	2006
8,0	12,9	0,0	- 0,1	- 5,8	- 4,3	8,1	- 3,4	20,9	49,3	48,7	42,3	68,3	2007
- 7,5	0,6	0,1	- 0,0	- 3,3	- 3,2	36,1	- 12,2	- 33,9	50,2	- 0,1	39,3	56,1	2008
- 5,7	- 7,7	0,1	0,2	- 2,4	- 0,8	19,4	- 5,0	- 104,6	- 87,1	- 95,3	- 0,3	- 65,0	2009
- 6,8	- 5,8	0,3	0,3	17,0	16,5	6,2	- 1,6	- 106,7	- 63,2	- 54,4	- 7,1	- 78,6	2010
- 2,2	1,7	0,5	0,3	- 0,1	- 0,7	10,0	- 3,7	- 76,9	- 6,6	- 80,5	13,7	137,8	2011
- 7,2	- 3,6	0,5	0,3	- 7,9	- 9,2	- 19,6	1,2	- 107,0	- 18,6	54,2	21,0	- 68,5	2012
- 0,8	- 0,5	0,1	0,0	- 2,7	- 2,9	- 1,2	- 0,0	- 2,8	- 1,8	12,0	4,7	- 121,4	2011 Okt.
0,2	0,4	0,1	0,1	- 0,7	- 2,1	5,3	- 0,9	- 4,2	5,3	11,0	2,3	- 7,2	Nov.
0,7	0,7	0,1	0,1	0,3	2,0	- 14,1	- 0,1	- 11,3	- 4,2	- 113,8	- 0,0	86,1	Dez.
0,6	0,7	0,1	0,0	3,9	3,0	- 10,8	- 0,3	- 31,4	- 1,3	143,6	1,4	- 7,9	2012 Jan.
- 0,8	- 0,3	0,1	0,0	3,5	4,4	10,0	- 0,2	11,6	1,4	20,7	3,9	- 43,7	Febr.
- 4,3	- 2,7	0,0	0,0	- 10,6	- 9,7	- 3,6	- 0,2	- 12,5	- 3,0	52,5	4,9	- 56,2	März
0,7	0,7	- 0,0	- 0,0	1,9	0,2	7,2	- 0,0	- 5,8	- 4,3	13,8	- 0,3	38,3	April
- 1,3	- 0,9	0,1	0,1	0,0	- 1,9	5,3	0,0	- 13,8	- 5,4	- 24,4	2,8	252,6	Mai
0,4	0,7	0,2	0,1	1,3	2,3	- 9,4	0,2	- 8,7	- 0,6	- 34,7	7,6	- 167,7	Juni
- 0,3	- 0,4	0,1	0,0	- 4,9	- 3,8	7,6	0,1	- 2,7	2,4	6,3	6,3	90,8	Juli
- 2,4	- 1,8	0,0	0,0	- 1,3	- 2,3	1,7	- 0,4	- 4,1	- 2,5	25,2	- 3,3	- 39,0	Aug.
- 2,1	- 1,8	0,0	0,0	0,8	- 0,8	- 10,1	- 0,2	- 3,2	- 1,7	- 38,1	- 3,2	- 49,4	Sept.
0,4	0,1	0,0	0,0	- 2,3	- 0,0	9,9	0,4	- 10,5	- 0,2	- 5,8	0,7	- 54,6	Okt.
- 0,5	- 0,4	- 0,0	- 0,0	2,2	0,0	- 0,8	- 0,0	- 8,4	0,2	- 33,4	2,7	- 3,6	Nov.
2,5	2,5	- 0,1	- 0,1	- 2,6	- 0,7	- 26,5	1,9	- 17,6	- 3,7	- 71,5	- 2,5	- 28,1	Dez.
- 1,0	- 0,5	- 0,1	- 0,0	1,1	- 2,0	2,7	0,1	- 12,0	- 4,6	7,3	5,0	- 102,9	2013 Jan.
- 2,4	- 1,1	- 0,0	- 0,0	- 2,9	- 0,4	16,6	- 0,5	- 2,2	- 0,5	- 5,5	8,4	- 9,4	Febr.
- 0,6	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 1,7	- 0,2	- 2,7	- 0,1	- 19,8	- 2,3	- 16,3	1,8	8,4	März
- 0,3	0,1	- 0,0	0,0	- 2,8	- 1,6	1,9	0,7	- 4,3	0,8	6,0	0,9	4,7	April
- 0,9	- 0,6	- 0,0	0,0	5,1	0,7	- 0,9	- 0,1	- 14,7	- 1,7	- 17,6	4,0	- 101,7	Mai
- 0,5	- 1,0	- 0,0	- 0,0	3,1	1,4	15,4	- 1,6	- 12,2	- 3,4	- 11,1	11,0	- 91,1	Juni

Zentralregierungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar

2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II,1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2013 Jan.	1 867	8 194,1	148,4	2 662,1	2 004,8	649,0	3 974,5	507,3	2 739,9	0,7	714,5	140,4	1 268,7
Febr.	1 868	8 179,7	118,7	2 684,4	2 030,6	645,9	3 967,1	504,1	2 743,6	0,6	707,4	137,2	1 272,3
März	1 867	8 149,3	129,8	2 636,3	1 987,1	641,6	3 973,4	501,6	2 744,6	0,6	716,0	135,1	1 274,7
April	1 867	8 165,6	119,4	2 635,1	1 990,3	637,4	3 998,2	506,8	2 743,5	0,6	735,4	135,7	1 277,2
Mai	1 867	8 020,8	105,6	2 624,5	1 979,8	637,5	3 973,4	494,8	2 745,5	0,6	719,1	138,2	1 179,1
Juni	1 866	7 915,5	107,6	2 612,1	1 968,1	636,5	3 966,8	497,7	2 741,5	0,6	715,7	137,4	1 091,5
Kreditbanken 6)													
2013 Mai	274	3 054,9	64,4	959,0	866,2	92,3	1 126,7	257,8	657,2	0,2	202,3	71,6	833,2
Juni	273	2 988,5	63,0	964,5	872,9	90,7	1 120,3	257,7	655,9	0,2	199,0	71,8	768,8
Großbanken 7)													
2013 Mai	4	1 975,8	20,0	561,2	512,0	49,0	538,1	170,0	254,5	0,2	105,1	64,3	792,1
Juni	4	1 894,2	14,5	555,5	507,4	47,5	529,7	168,1	253,8	0,2	101,1	64,5	730,0
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2013 Mai	163	842,9	35,1	234,2	193,0	40,9	531,5	69,0	369,6	0,0	92,3	6,6	35,5
Juni	163	838,2	34,5	229,7	188,4	41,1	533,8	70,0	369,6	0,0	93,6	6,6	33,5
Zweigstellen ausländischer Banken													
2013 Mai	107	236,2	9,3	163,6	161,2	2,4	57,1	18,8	33,1	0,0	5,0	0,7	5,5
Juni	106	256,1	14,0	179,3	177,1	2,2	56,8	19,6	32,6	0,0	4,3	0,7	5,3
Landesbanken													
2013 Mai	9	1 191,1	7,8	400,5	288,9	109,2	600,3	92,7	389,7	0,1	114,7	15,1	167,4
Juni	9	1 171,0	11,9	400,1	289,2	108,4	591,2	87,9	387,0	0,1	113,3	14,6	153,3
Sparkassen													
2013 Mai	423	1 095,1	14,8	224,7	82,1	141,9	821,6	59,3	642,0	0,1	120,1	16,5	17,5
Juni	423	1 094,2	14,4	222,7	79,9	142,2	823,8	60,4	642,4	0,1	120,8	16,1	17,4
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2013 Mai	2	284,6	2,4	160,7	126,1	34,5	65,7	14,1	22,2	0,0	29,1	14,5	41,4
Juni	2	280,0	0,6	160,7	125,5	35,2	66,6	14,4	22,3	0,0	29,7	14,5	37,7
Kreditgenossenschaften													
2013 Mai	1 101	747,6	10,5	179,4	58,1	121,1	525,9	32,8	416,1	0,1	76,8	12,0	19,7
Juni	1 101	745,9	10,6	175,5	54,5	120,7	528,3	33,8	417,2	0,1	77,1	12,0	19,5
Realkreditinstitute													
2013 Mai	18	489,6	2,6	132,6	78,2	51,4	337,5	5,6	256,0	-	75,9	0,6	16,1
Juni	18	484,8	1,6	130,3	75,1	52,1	336,4	5,6	255,4	-	75,4	0,6	15,8
Bausparkassen													
2013 Mai	22	202,4	0,3	60,3	43,2	17,0	134,7	1,7	117,1	.	15,9	0,4	6,8
Juni	22	203,0	0,4	60,1	43,0	17,0	135,4	1,6	117,5	.	16,3	0,4	6,8
Banken mit Sonderaufgaben													
2013 Mai	18	955,5	2,9	507,4	436,9	70,1	360,9	30,8	245,1	-	84,3	7,5	76,8
Juni	18	948,0	5,2	498,3	428,0	70,1	364,8	36,2	244,0	-	84,1	7,4	72,3
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2013 Mai	143	883,7	44,1	329,3	287,1	42,1	411,3	80,8	239,7	0,1	88,7	5,7	93,2
Juni	142	889,3	40,6	348,0	305,9	41,6	407,7	78,9	238,7	0,1	87,8	5,7	87,3
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2013 Mai	36	647,4	34,9	165,7	125,9	39,7	354,2	62,0	206,6	0,1	83,7	5,0	87,7
Juni	36	633,2	26,6	168,7	128,7	39,3	350,9	59,3	206,1	0,1	83,5	5,0	82,0

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. 1 Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beihft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. 2 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 In den Termineinlagen enthalten. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. 5 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	Spareinlagen 4)	Sparbriefe				
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)								
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)				darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist						
Alle Bankengruppen															
1 828,9	443,9	1 384,9	3 329,2	1 442,5	379,7	772,3	152,5	627,2	537,4	107,4	1 285,2	416,4	1 334,4	2013 Jan.	
1 797,6	435,8	1 361,8	3 343,8	1 459,1	383,0	769,5	171,7	627,0	538,7	105,3	1 296,6	418,6	1 323,2	Febr.	
1 773,5	409,6	1 363,9	3 339,8	1 446,4	392,5	772,8	159,0	624,7	537,4	103,5	1 284,1	419,7	1 332,1	März	
1 777,7	432,7	1 345,0	3 356,0	1 466,9	397,3	767,4	172,6	622,6	536,8	101,7	1 271,4	423,2	1 337,3	April	
1 727,7	419,7	1 308,0	3 376,8	1 495,6	391,8	768,7	177,3	621,0	537,2	99,7	1 254,8	429,1	1 232,6	Mai	
1 708,7	394,5	1 314,2	3 385,2	1 496,3	404,6	766,9	186,1	619,8	536,9	97,5	1 246,8	435,8	1 139,0	Juni	
Kreditbanken 6)															
704,6	292,5	412,1	1 249,2	687,8	203,5	209,7	117,1	119,0	103,9	29,2	152,8	140,3	808,0	2013 Mai	
705,4	271,4	434,1	1 248,7	672,8	218,8	210,5	118,2	118,4	103,8	28,1	152,8	140,4	741,2	Juni	
Großbanken 7)															
441,6	212,5	229,1	599,5	312,8	113,5	87,4	110,1	75,0	72,6	10,8	113,3	80,4	740,9	2013 Mai	
430,2	193,3	237,0	591,7	288,6	130,9	86,8	110,5	74,9	72,5	10,5	114,2	80,4	677,7	Juni	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
145,1	46,7	98,4	548,2	309,8	75,6	101,7	6,9	43,8	31,3	17,3	39,0	51,8	58,9	2013 Mai	
139,9	44,9	94,9	552,8	316,4	73,7	102,9	7,7	43,4	31,2	16,4	38,1	51,8	55,6	Juni	
Zweigstellen ausländischer Banken															
117,9	33,3	84,6	101,5	65,1	14,5	20,6	–	0,1	0,1	1,2	0,5	8,1	8,2	2013 Mai	
135,4	33,2	102,2	104,1	67,8	14,2	20,8	–	0,1	0,1	1,2	0,5	8,1	7,9	Juni	
Landesbanken															
320,0	41,8	278,2	335,8	105,5	80,0	135,3	44,1	14,7	10,5	0,2	295,6	62,6	177,2	2013 Mai	
307,4	40,7	266,7	346,1	118,2	78,2	134,6	49,1	14,8	10,6	0,2	293,3	62,9	161,4	Juni	
Sparkassen															
160,3	17,1	143,1	790,3	391,9	31,3	15,7	0,2	299,5	256,0	52,0	16,8	79,9	47,8	2013 Mai	
160,3	19,2	141,1	788,9	392,0	30,9	15,7	0,5	299,1	255,9	51,2	16,6	83,2	45,2	Juni	
Genossenschaftliche Zentralbanken															
134,0	31,9	102,1	37,8	11,6	12,0	11,9	4,2	–	–	2,2	59,3	13,8	39,7	2013 Mai	
132,9	29,7	103,2	38,1	11,6	12,6	11,6	5,1	–	–	2,2	59,2	13,8	36,0	Juni	
Kreditgenossenschaften															
100,6	6,6	94,0	547,0	280,4	40,7	23,7	0,3	187,2	166,2	15,0	13,2	51,7	35,0	2013 Mai	
101,4	8,0	93,5	545,1	280,7	39,4	23,4	0,1	187,0	166,1	14,7	12,5	54,2	32,7	Juni	
Realkreditinstitute															
120,2	6,5	113,7	179,9	11,0	15,2	153,4	7,2	0,2	0,2	–	151,0	17,2	21,2	2013 Mai	
118,1	5,3	112,8	177,7	10,1	15,4	151,9	7,3	0,2	0,2	–	150,8	17,6	20,5	Juni	
Bausparkassen															
22,3	1,7	20,6	150,9	0,5	0,7	148,5	–	0,4	0,3	0,9	4,2	9,0	16,1	2013 Mai	
22,1	1,9	20,2	151,3	0,5	0,6	148,9	–	0,4	0,3	0,9	4,2	9,0	16,4	Juni	
Banken mit Sonderaufgaben															
165,7	21,6	144,1	85,9	7,0	8,4	70,5	4,3	–	–	–	561,9	54,6	87,5	2013 Mai	
161,1	18,4	142,7	89,3	10,4	8,6	70,3	5,8	–	–	–	557,5	54,6	85,6	Juni	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
234,5	88,9	145,6	465,9	274,1	82,7	74,4	31,1	21,1	20,8	13,6	33,1	46,1	104,1	2013 Mai	
243,9	82,7	161,2	469,1	278,0	83,2	74,2	31,7	21,0	20,7	12,8	33,1	46,1	97,1	Juni	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
116,6	55,7	60,9	364,4	209,0	68,3	53,8	31,1	21,0	20,7	12,4	32,6	37,9	95,9	2013 Mai	
108,5	49,5	59,1	365,0	210,2	69,0	53,3	31,7	20,9	20,7	11,6	32,6	37,9	89,2	Juni	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. 8 Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)						Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)				
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2003	17,0	46,7	1 643,9	1 064,0	0,0	8,8	571,0	2,3	2 995,6	2 677,0	3,7	3,4	309,6
2004	14,9	41,2	1 676,3	1 075,8	0,0	7,4	592,9	2,1	3 001,3	2 644,0	2,7	2,6	351,0
2005	15,1	47,9	1 684,5	1 096,8	0,0	6,7	580,9	2,1	2 995,1	2 632,7	2,4	2,4	357,6
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	-	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	-	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	-	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	-	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	-	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2012 Jan.	13,8	49,8	1 846,4	1 394,4	-	7,3	444,6	2,1	3 226,6	2 800,0	0,7	4,9	421,1
Febr.	13,6	50,8	1 904,6	1 448,5	-	6,8	449,4	2,1	3 220,3	2 797,7	0,5	5,6	416,4
März	14,5	75,8	1 936,0	1 482,9	-	6,8	446,2	2,1	3 222,9	2 787,1	0,5	4,9	430,4
April	14,5	55,4	1 968,9	1 518,5	-	6,6	443,8	2,0	3 244,7	2 795,6	0,5	5,7	442,8
Mai	14,8	76,4	1 959,2	1 509,0	-	5,9	444,3	2,0	3 219,1	2 793,4	0,5	4,5	420,7
Juni	14,7	89,2	1 927,0	1 481,6	-	6,1	439,3	2,1	3 227,6	2 802,1	0,5	6,1	418,9
Juli	14,0	185,5	1 789,7	1 344,8	-	6,3	438,6	2,1	3 257,8	2 833,8	0,5	5,2	418,3
Aug.	14,6	203,4	1 788,0	1 343,7	-	5,4	438,8	2,1	3 252,3	2 824,1	0,5	5,1	422,7
Sept.	14,9	175,1	1 748,0	1 306,1	-	4,1	437,8	2,1	3 253,0	2 817,9	0,5	5,6	429,0
Okt.	15,0	178,6	1 713,5	1 277,5	-	3,6	432,3	2,1	3 271,1	2 837,5	0,5	6,5	426,7
Nov.	14,7	185,4	1 695,0	1 262,7	-	2,8	429,5	2,1	3 265,5	2 825,2	0,5	5,8	433,9
Dez.	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	-	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013 Jan.	14,4	131,5	1 629,0	1 206,0	-	2,0	421,0	2,4	3 243,1	2 806,0	0,5	2,1	434,4
Febr.	14,4	103,5	1 628,4	1 207,8	-	2,2	418,5	2,3	3 237,4	2 804,4	0,5	2,0	430,6
März	16,0	112,8	1 591,0	1 176,5	-	2,0	412,5	2,3	3 234,0	2 795,7	0,5	1,9	435,9
April	14,9	103,3	1 588,2	1 176,9	-	2,1	409,1	2,3	3 260,9	2 801,4	0,4	2,9	456,2
Mai	15,1	89,3	1 578,5	1 168,8	-	2,1	407,6	2,3	3 232,1	2 795,8	0,4	2,9	433,0
Juni	14,9	91,7	1 560,6	1 151,6	-	1,9	407,2	2,4	3 238,0	2 806,0	0,4	1,7	429,9
Veränderungen *)													
2004	- 2,1	- 5,5	+ 35,9	+ 15,1	+ 0,0	- 1,4	+ 22,1	- 0,2	+ 3,3	- 35,0	- 1,0	+ 1,1	+ 39,2
2005	+ 0,2	+ 6,7	+ 8,4	+ 21,0	- 0,0	- 0,8	- 11,9	- 0,0	- 6,7	- 11,8	- 0,3	- 0,2	+ 6,6
2006	+ 0,9	+ 1,5	+ 3,6	+ 24,5	- 0,0	+ 2,6	- 30,6	- 0,2	- 12,4	- 20,3	- 0,5	- 0,4	+ 8,8
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	- 39,8	+ 0,4	- 15,9	+ 12,1	- 0,3	- 0,5	- 27,2
2008	- 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	- 0,8	+ 92,0	+ 47,3	- 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2009	- 0,5	- 23,6	- 147,2	- 157,3	- 0,0	- 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	- 11,2	- 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2010	- 0,9	+ 0,6	- 19,3	+ 61,5	± 0,0	- 24,0	- 56,8	- 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2011	- 0,2	+ 14,2	+ 47,3	+ 80,5	-	- 0,4	- 32,8	- 0,1	- 30,6	- 3,2	+ 0,0	- 21,5	- 5,9
2012	+ 2,7	+ 40,5	- 68,6	- 37,5	-	- 4,6	- 26,5	+ 0,1	+ 21,0	+ 9,8	- 0,2	- 4,3	+ 15,7
2012 Jan.	- 2,0	- 44,0	+ 120,7	+ 126,5	-	+ 0,2	- 6,1	- 0,1	+ 29,0	+ 25,3	- 0,1	- 1,5	+ 5,3
Febr.	- 0,2	+ 1,0	+ 58,3	+ 54,1	-	- 0,5	+ 4,7	+ 0,0	- 6,4	- 2,3	- 0,1	+ 0,7	- 4,7
März	+ 0,9	+ 25,1	+ 31,3	+ 34,4	-	+ 0,1	- 3,2	- 0,0	+ 2,7	- 10,6	- 0,0	- 0,7	+ 14,0
April	+ 0,0	- 20,4	+ 36,1	+ 38,8	-	- 0,3	- 2,4	- 0,0	+ 18,6	+ 5,4	- 0,0	+ 0,8	+ 12,5
Mai	+ 0,3	+ 21,0	- 9,7	- 9,5	-	- 0,7	+ 0,5	+ 0,0	- 25,6	- 2,2	- 0,0	- 1,1	- 22,2
Juni	- 0,1	+ 12,8	- 32,2	- 27,4	-	+ 0,2	- 5,1	+ 0,1	+ 10,2	+ 10,4	- 0,0	+ 1,6	- 1,8
Juli	- 0,6	+ 96,3	- 137,2	- 136,8	-	+ 0,3	- 0,7	- 0,0	+ 30,5	+ 32,0	+ 0,0	- 0,9	- 0,6
Aug.	+ 0,6	+ 17,9	- 1,7	- 1,1	-	- 0,9	+ 0,2	+ 0,1	- 5,5	- 9,7	- 0,0	- 0,2	+ 4,4
Sept.	+ 0,3	- 28,3	- 40,0	- 37,7	-	- 1,3	- 1,0	- 0,1	+ 0,5	- 6,4	+ 0,0	+ 0,5	+ 6,3
Okt.	+ 0,1	+ 3,6	- 35,7	- 30,3	-	- 0,5	- 4,9	+ 0,0	+ 17,4	+ 19,6	+ 0,0	+ 0,9	- 3,0
Nov.	- 0,3	+ 6,8	- 18,4	- 14,8	-	- 0,8	- 2,8	+ 0,0	- 5,5	- 12,0	- 0,0	- 0,7	+ 7,3
Dez.	+ 3,8	- 51,2	- 40,0	- 33,7	-	- 0,4	- 6,0	+ 0,1	- 45,1	- 39,8	+ 0,2	- 3,7	- 1,8
2013 Jan.	- 4,0	- 2,8	- 26,1	- 23,1	-	- 0,4	- 2,6	- 0,0	+ 22,7	+ 20,5	- 0,1	- 0,0	+ 2,4
Febr.	- 0,0	- 27,9	+ 2,5	+ 4,8	-	+ 0,1	- 2,5	- 0,0	- 5,7	- 1,6	- 0,1	- 0,2	- 3,9
März	+ 1,6	+ 9,3	- 37,4	- 31,3	-	- 0,2	- 5,9	- 0,0	- 3,4	- 8,7	- 0,0	- 0,0	+ 5,4
April	- 1,1	- 9,5	- 2,8	+ 0,5	-	+ 0,2	- 3,4	- 0,0	+ 26,9	+ 5,7	- 0,0	+ 1,0	+ 20,3
Mai	+ 0,3	- 14,0	- 9,8	+ 8,2	-	- 0,0	- 1,5	- 0,0	- 28,8	- 5,6	- 0,0	+ 0,0	- 23,2
Juni	- 0,2	+ 2,5	- 17,9	- 17,2	-	- 0,2	- 0,5	+ 0,0	+ 5,9	+ 10,2	+ 0,0	- 1,3	- 3,1

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldver-

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nach-

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Zeit
			insgesamt	Sicht- einlagen 4)	Termin- ein- lagen 4)	weiter- gegebene Wechsel 5)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	insgesamt	Sicht- ein- lagen	Termin- ein- lagen 6)	Spar- ein- lagen 7)	Spar- briefe 8)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2,0	56,8	109,2	1 229,6	116,8	1 112,6	0,2	27,8	2 140,3	624,0	825,7	590,3	100,3	40,5	2003
1,0	61,8	99,6	1 271,2	119,7	1 151,4	0,1	30,3	2 200,0	646,9	851,2	603,5	98,4	43,7	2004
-	56,6	108,5	1 300,0	120,5	1 179,4	0,1	26,5	2 276,6	717,0	864,4	603,4	91,9	42,4	2005
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009
-	33,7	96,8	1 238,3	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 935,2	1 104,4	1 117,1	618,2	95,4	37,5	2010
-	36,3	94,6	1 210,5	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 045,5	1 168,3	1 156,2	616,1	104,8	36,5	2011
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012
-	35,3	93,8	1 221,4	137,1	1 083,9	0,0	35,4	3 035,3	1 181,1	1 133,1	617,2	103,8	35,8	2012 Jan.
-	35,1	93,4	1 232,3	141,0	1 091,2	0,0	35,2	3 053,7	1 187,1	1 143,5	619,8	103,3	35,6	Febr.
-	34,8	91,8	1 232,1	135,9	1 096,1	0,0	35,3	3 048,3	1 188,9	1 136,9	619,4	103,0	35,3	März
-	35,3	91,7	1 222,4	135,0	1 087,2	0,0	35,7	3 071,3	1 197,7	1 153,2	617,9	102,5	35,5	April
-	35,3	90,9	1 219,1	137,8	1 081,1	0,0	36,4	3 091,6	1 216,8	1 155,6	617,1	102,0	35,5	Mai
-	35,2	91,1	1 207,3	134,1	1 073,0	0,0	36,3	3 104,7	1 233,8	1 153,5	616,1	101,3	35,2	Juni
-	34,9	91,4	1 190,1	128,0	1 062,0	0,0	36,4	3 105,8	1 235,4	1 154,2	615,9	100,3	35,1	Juli
-	35,2	91,5	1 184,9	124,8	1 059,9	0,0	36,5	3 118,3	1 247,0	1 156,8	615,4	99,1	35,1	Aug.
-	35,0	90,6	1 175,0	129,2	1 045,5	0,0	36,1	3 112,2	1 262,9	1 137,3	614,1	97,9	35,0	Sept.
-	34,7	90,3	1 160,8	124,6	1 035,9	0,0	36,3	3 124,7	1 292,7	1 121,9	613,6	96,6	34,9	Okt.
-	35,0	90,2	1 160,0	136,1	1 023,7	0,0	36,4	3 137,0	1 317,7	1 111,8	612,8	94,6	35,2	Nov.
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	Dez.
-	34,5	90,8	1 126,1	125,9	1 000,2	0,0	35,4	3 087,3	1 326,2	1 053,6	616,8	90,7	35,0	2013 Jan.
-	34,5	90,5	1 102,3	129,5	972,8	0,0	35,6	3 097,1	1 336,2	1 055,8	616,6	88,5	34,9	Febr.
-	34,2	89,3	1 092,4	130,8	961,5	0,0	35,8	3 096,3	1 330,3	1 064,7	614,5	86,8	34,8	März
-	33,7	89,3	1 088,3	130,5	957,8	0,0	35,4	3 100,3	1 344,5	1 058,4	612,3	85,1	34,6	April
-	33,5	91,8	1 070,5	126,2	944,2	0,0	35,3	3 115,4	1 363,4	1 058,3	610,7	83,0	34,5	Mai
-	33,2	91,0	1 059,4	124,9	934,5	0,0	34,8	3 129,7	1 369,8	1 069,2	609,7	81,0	34,4	Juni
Veränderungen *)														
- 1,1	+ 3,0	- 9,6	+ 41,3	+ 2,9	+ 38,5	- 0,1	+ 2,4	+ 62,0	+ 24,4	+ 25,9	+ 13,1	- 1,5	+ 1,2	2004
- 1,0	- 4,9	+ 8,9	+ 28,9	+ 0,8	+ 28,0	+ 0,0	- 3,5	+ 76,6	+ 70,7	+ 12,4	- 1,2	- 5,4	- 1,2	2005
-	- 3,7	- 2,2	+ 79,0	+ 8,6	+ 70,5	- 0,1	- 4,5	+ 118,0	+ 30,0	+ 97,7	- 16,8	+ 7,2	- 4,1	2006
-	- 2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007
-	- 5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	- 0,0	- 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	2008
-	- 4,2	+ 0,7	- 225,4	- 9,7	- 215,7	- 0,0	- 5,7	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	2009
-	- 2,1	- 9,2	- 96,5	+ 22,3	- 119,1	- 0,0	- 0,2	+ 77,8	+ 76,0	- 18,9	+ 24,0	- 3,3	- 1,7	2010
-	- 1,1	- 2,2	- 25,0	- 20,0	- 5,1	- 0,0	+ 0,1	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	2011
-	- 1,3	- 4,1	- 70,8	+ 21,5	- 91,9	- 0,0	+ 0,2	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	2012
-	- 1,0	- 0,8	+ 10,9	+ 22,3	- 11,3	+ 0,0	- 0,7	- 10,4	+ 12,9	- 23,4	+ 1,1	- 1,0	- 0,7	2012 Jan.
-	- 0,3	- 0,5	+ 10,9	+ 3,9	+ 7,3	- 0,0	- 0,2	+ 18,3	+ 5,9	+ 10,3	+ 2,6	- 0,5	- 0,2	Febr.
-	- 0,3	- 1,6	- 0,2	- 5,1	+ 4,9	- 0,0	+ 0,1	- 5,4	+ 1,9	- 6,5	- 0,4	- 0,3	- 0,2	März
-	+ 0,5	- 0,2	- 7,1	+ 0,2	- 7,3	+ 0,0	+ 0,4	+ 20,4	+ 9,0	+ 13,5	- 1,5	- 0,5	+ 0,2	April
-	+ 0,0	- 0,8	- 3,3	+ 2,8	- 6,1	+ 0,0	+ 0,8	+ 20,2	+ 19,2	+ 2,4	- 0,8	- 0,5	- 0,0	Mai
-	- 0,2	+ 0,2	- 11,8	- 3,7	- 8,1	-	- 0,1	+ 13,1	+ 16,9	- 2,0	- 1,1	- 0,7	- 0,3	Juni
-	- 0,2	+ 0,3	- 17,2	- 6,1	- 11,0	- 0,0	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,7	- 0,2	- 1,1	- 0,1	Juli
-	+ 0,3	+ 0,1	- 5,2	- 3,2	- 2,0	-	+ 0,1	+ 12,5	+ 11,5	+ 2,6	- 0,5	- 1,1	- 0,0	Aug.
-	- 0,2	- 0,3	- 9,9	+ 5,3	- 15,2	+ 0,0	- 0,4	- 5,8	+ 16,2	- 19,6	- 1,2	- 1,2	- 0,1	Sept.
-	- 0,3	- 0,4	- 17,2	- 7,6	- 9,6	- 0,0	+ 0,2	+ 12,5	+ 29,8	- 15,4	- 0,6	- 1,3	- 0,2	Okt.
-	+ 0,3	- 0,1	- 0,8	+ 11,4	- 12,2	-	+ 0,1	+ 12,2	+ 25,0	- 10,0	- 0,7	- 2,0	+ 0,3	Nov.
-	+ 0,0	- 0,2	- 19,9	+ 1,4	- 21,1	-	- 0,1	- 46,5	- 11,2	- 39,1	+ 4,8	- 1,0	- 0,3	Dez.
-	- 0,3	+ 0,9	- 9,0	- 6,8	- 2,2	-	- 0,8	- 2,9	+ 19,7	- 18,8	- 0,8	- 2,9	- 0,0	2013 Jan.
-	- 0,0	- 0,4	- 23,9	+ 3,5	- 27,4	-	+ 0,2	+ 9,8	+ 10,0	+ 2,2	- 0,1	- 2,2	- 0,0	Febr.
-	- 0,3	- 1,2	- 9,6	+ 1,6	- 11,3	- 0,0	+ 0,2	- 1,2	- 6,2	+ 8,9	- 2,2	- 1,8	- 0,1	März
-	- 0,5	+ 0,1	- 4,1	- 0,8	- 3,3	+ 0,0	- 0,4	+ 4,1	+ 14,6	- 6,7	- 2,1	- 1,6	- 0,2	April
-	- 0,2	+ 2,5	- 17,8	- 5,1	- 12,7	+ 0,0	- 0,1	+ 15,0	+ 18,9	- 0,1	- 1,6	- 2,2	- 0,1	Mai
-	- 0,3	- 0,8	- 11,4	- 1,4	- 10,0	- 0,0	- 0,5	+ 14,6	+ 6,4	+ 11,3	- 1,1	- 2,0	- 0,1	Juni

rangiger Verbindlichkeiten. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. 5 Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen;

siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kredite an ausländische Banken (MFIs)								Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)						
	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken	
			zusammen	kurzfristig	mittellangfristig					zusammen	kurzfristig	mittellangfristig			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2003	0,3	769,6	675,8	515,7	160,1	1,5	92,3	1,6	576,3	344,8	110,9	233,9	6,0	225,4	
2004	0,2	889,4	760,2	606,5	153,7	2,8	126,3	1,5	629,5	362,5	136,6	225,9	10,9	256,1	
2005	0,2	1 038,8	860,0	648,5	211,5	5,8	173,0	1,5	712,0	387,9	132,8	255,1	9,3	314,8	
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9	
2007	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9	
2008	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6	
2009	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3	
2010	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3	
2011	0,6	1 117,6	871,0	566,3	304,8	4,6	241,9	2,6	744,4	455,8	102,0	353,8	8,5	280,1	
2012	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8	
2012 Jan.	0,7	1 141,0	892,7	595,1	297,6	5,9	242,3	2,6	739,1	454,4	101,4	353,0	11,2	273,5	
Febr.	0,8	1 136,0	890,0	599,6	290,4	6,3	239,8	2,6	729,2	449,1	99,6	349,5	10,0	270,1	
März	0,9	1 114,2	867,7	579,8	287,9	6,4	240,0	2,6	747,1	463,8	116,4	347,4	10,6	272,8	
April	0,7	1 119,5	876,5	588,8	287,8	6,4	236,6	2,6	750,1	470,0	122,6	347,4	9,0	271,1	
Mai	0,7	1 129,6	886,9	596,5	290,4	7,5	235,3	2,6	757,0	475,2	119,8	355,4	9,3	272,6	
Juni	0,8	1 090,3	853,7	566,5	287,2	7,1	229,5	2,6	740,2	461,4	109,7	351,7	7,5	271,4	
Juli	0,8	1 103,0	870,2	583,3	286,9	6,8	226,0	2,6	746,8	467,9	113,7	354,2	6,9	272,0	
Aug.	1,1	1 096,3	863,0	580,5	282,5	6,9	226,4	2,6	745,7	466,6	116,2	350,3	8,0	271,1	
Sept.	1,1	1 096,0	864,6	583,8	280,8	6,4	225,0	2,6	743,6	462,3	116,5	345,8	8,6	272,7	
Okt.	0,9	1 087,8	857,6	579,4	278,2	6,4	223,8	2,6	742,9	459,1	116,8	342,4	9,2	274,6	
Nov.	0,9	1 067,9	837,2	561,9	275,3	5,9	224,8	2,6	753,2	470,4	127,9	342,5	7,5	275,4	
Dez.	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8	
2013 Jan.	0,6	1 033,1	798,8	535,3	263,5	6,3	228,0	2,5	731,5	441,4	110,5	330,9	10,0	280,0	
Febr.	0,6	1 056,0	822,8	562,2	260,6	5,7	227,5	2,5	729,7	443,5	110,6	332,9	9,4	276,9	
März	1,0	1 045,3	810,6	548,3	262,3	5,6	229,1	2,5	739,3	450,6	116,6	334,0	8,6	280,1	
April	0,8	1 046,9	813,3	557,4	256,0	5,2	228,3	2,5	737,3	449,1	118,9	330,2	9,0	279,2	
Mai	0,8	1 046,0	811,0	552,8	258,2	5,1	229,9	2,5	741,3	444,6	118,0	326,6	10,6	286,1	
Juni	0,8	1 051,5	816,5	563,5	253,0	5,6	229,4	2,5	728,8	433,3	109,8	323,6	9,7	285,8	
Veränderungen *)															
2004	- 0,1	+ 128,3	+ 89,4	+ 95,3	- 5,9	+ 1,3	+ 37,6	- 0,1	+ 65,8	+ 29,5	+ 31,7	- 2,2	+ 5,1	+ 31,1	
2005	+ 0,0	+ 127,3	+ 78,9	+ 26,3	+ 52,6	+ 2,9	+ 45,4	- 0,0	+ 59,4	+ 7,3	- 9,4	+ 16,7	- 1,8	+ 54,0	
2006	+ 0,1	+ 238,3	+ 153,5	+ 109,7	+ 43,8	+ 7,5	+ 77,2	- 0,7	+ 81,4	+ 51,6	+ 25,9	+ 25,8	- 1,8	+ 31,5	
2007	- 0,0	+ 190,3	+ 123,7	+ 72,9	+ 50,8	+ 7,5	+ 59,1	- 0,4	+ 167,7	+ 94,3	+ 50,1	+ 44,2	+ 20,1	+ 53,3	
2008	+ 0,0	+ 8,5	+ 20,2	- 43,0	+ 63,2	+ 2,1	- 13,7	- 0,0	+ 4,3	+ 45,1	- 31,9	+ 77,0	- 14,5	- 26,3	
2009	- 0,0	- 170,0	- 141,3	- 122,5	- 18,8	- 10,3	- 18,4	- 0,2	- 72,8	- 43,8	- 31,7	- 12,1	- 3,3	- 25,7	
2010	+ 0,1	- 141,5	- 116,2	- 47,3	- 68,9	- 4,8	- 20,4	- 0,2	- 62,0	- 24,5	- 12,6	- 11,9	+ 0,4	- 38,0	
2011	+ 0,1	- 48,4	- 32,6	- 45,3	+ 12,7	+ 2,5	- 18,4	+ 0,0	- 38,9	- 13,6	- 12,8	- 0,9	- 1,6	- 23,6	
2012	+ 0,1	- 70,1	- 56,8	- 23,1	- 33,7	+ 0,9	- 14,1	- 0,1	- 9,4	- 7,5	+ 8,3	- 15,9	+ 0,6	- 2,5	
2012 Jan.	+ 0,1	+ 27,0	+ 25,1	+ 29,4	- 4,3	+ 1,3	+ 0,5	- 0,0	- 2,2	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,6	+ 2,8	- 6,1	
Febr.	+ 0,1	+ 0,1	+ 2,1	+ 7,1	- 5,0	+ 0,3	- 2,4	- 0,0	- 5,6	- 1,8	- 1,0	- 0,8	- 1,2	- 2,6	
März	+ 0,1	- 23,0	- 23,6	- 20,4	- 3,2	+ 0,2	+ 0,5	- 0,0	+ 16,2	+ 13,5	+ 16,4	- 2,9	+ 0,5	+ 2,1	
April	- 0,1	+ 2,2	+ 5,6	+ 7,2	- 1,7	- 0,0	- 3,4	- 0,0	- 0,0	+ 3,9	+ 6,1	- 2,2	- 1,5	- 2,4	
Mai	- 0,0	- 3,6	- 3,0	+ 0,7	- 3,7	+ 1,1	- 1,7	+ 0,0	- 6,1	- 5,8	- 5,7	- 0,1	+ 0,2	- 0,6	
Juni	+ 0,1	- 39,5	- 33,6	- 32,1	- 1,6	- 0,4	- 5,5	+ 0,0	- 9,9	- 7,2	- 5,4	- 1,8	- 1,8	- 0,9	
Juli	- 0,0	+ 6,2	+ 10,2	+ 13,4	- 3,2	- 0,3	- 3,7	+ 0,0	+ 0,6	+ 1,5	+ 3,0	- 1,5	- 0,6	- 0,3	
Aug.	+ 0,3	- 0,7	- 1,4	+ 0,3	- 1,7	+ 0,1	+ 0,6	- 0,0	+ 4,2	+ 3,1	+ 3,5	- 0,4	+ 1,1	- 0,0	
Sept.	- 0,0	+ 5,4	+ 7,1	+ 6,4	+ 0,7	- 0,5	- 1,2	+ 0,0	+ 2,9	+ 0,1	+ 1,3	- 1,3	+ 0,6	+ 2,2	
Okt.	- 0,2	- 6,5	- 5,3	- 3,5	- 1,9	- 0,0	- 1,2	- 0,0	+ 0,8	- 2,0	+ 0,5	- 2,5	+ 0,6	+ 2,2	
Nov.	- 0,0	- 19,5	- 20,1	- 17,4	- 2,7	- 0,4	+ 1,0	+ 0,0	+ 10,7	+ 11,4	+ 11,1	+ 0,3	- 1,8	+ 1,0	
Dez.	- 0,1	- 18,0	- 19,8	- 14,3	- 5,5	- 0,5	+ 2,3	- 0,0	- 21,0	- 25,6	- 22,2	- 3,4	+ 1,6	+ 3,0	
2013 Jan.	- 0,2	- 4,6	- 6,7	- 5,8	- 0,9	+ 0,8	+ 1,2	- 0,0	+ 9,1	+ 4,5	+ 6,5	- 2,0	+ 1,0	+ 3,6	
Febr.	+ 0,1	+ 16,5	+ 17,8	+ 23,4	- 5,6	- 0,6	- 0,7	+ 0,0	- 6,8	- 2,1	- 0,6	- 1,5	- 0,7	- 4,0	
März	+ 0,3	- 15,9	- 16,6	- 16,6	- 0,0	- 0,1	+ 0,7	+ 0,0	+ 4,3	+ 2,7	+ 4,7	- 2,1	- 0,7	+ 2,3	
April	- 0,2	+ 6,1	+ 7,2	+ 11,5	- 4,4	- 0,4	- 0,7	- 0,0	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,9	- 1,4	+ 0,4	- 0,1	
Mai	+ 0,0	- 0,9	- 2,4	- 4,6	+ 2,2	- 0,1	+ 1,7	+ 0,0	+ 3,8	- 4,8	- 1,0	- 3,7	+ 1,6	+ 6,9	
Juni	+ 0,0	+ 6,7	+ 6,8	+ 11,4	- 4,6	+ 0,5	- 0,5	- 0,0	- 11,4	- 10,3	- 8,0	- 2,3	- 0,9	- 0,1	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
11,6	41,4	590,7	95,1	495,6	387,7	107,9	0,4	307,3	32,2	275,1	102,4	172,7	3,6	2003
9,8	39,3	603,3	87,0	516,2	403,2	113,0	0,5	311,2	36,6	274,7	123,4	151,2	0,8	2004
10,6	37,2	651,7	102,9	548,8	420,4	128,4	0,6	316,4	62,0	254,4	119,4	135,0	1,2	2005
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	227,6	84,8	142,7	76,7	66,0	1,5	2010
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	2011
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012
32,6	47,6	813,6	327,1	486,5	363,7	122,8	0,1	233,8	103,1	130,7	64,7	66,0	1,3	2012 Jan.
32,3	47,4	828,4	357,6	470,8	348,3	122,5	0,1	233,4	106,2	127,2	62,1	65,1	1,3	Febr.
32,3	47,5	884,3	368,3	516,0	388,5	127,6	0,1	240,9	114,6	126,3	63,1	63,2	1,2	März
32,4	46,7	905,9	364,8	541,1	416,2	125,0	0,1	246,4	115,3	131,1	67,9	63,2	1,2	April
33,1	47,9	890,3	410,3	480,0	353,8	126,2	0,1	246,3	115,1	131,2	67,6	63,6	1,2	Mai
32,7	48,0	847,4	359,3	488,0	364,5	123,5	0,1	238,0	109,6	128,4	65,1	63,3	1,1	Juni
33,1	48,1	852,0	402,5	449,5	325,8	123,7	0,1	247,6	115,4	132,2	68,9	63,3	1,3	Juli
33,0	49,2	869,9	389,0	480,9	359,2	121,7	0,1	245,9	118,7	127,2	65,0	62,2	1,3	Aug.
32,7	48,9	816,2	369,2	446,9	323,2	123,8	0,1	249,4	122,8	126,6	64,9	61,7	1,3	Sept.
33,1	49,0	812,6	371,9	440,7	320,6	120,2	0,1	244,0	118,7	125,2	63,2	62,0	1,4	Okt.
33,1	49,0	780,0	353,5	426,5	307,5	119,0	0,1	244,5	120,2	124,3	62,7	61,6	1,3	Nov.
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	Dez.
32,1	49,6	702,8	318,1	384,7	268,8	115,9	0,1	241,9	116,4	125,5	65,5	60,0	1,2	2013 Jan.
32,3	46,7	695,3	306,3	389,0	280,1	109,0	0,1	246,6	122,9	123,8	64,4	59,3	1,2	Febr.
32,6	45,8	681,2	278,8	402,4	296,2	106,2	0,1	243,6	116,1	127,5	65,2	62,3	1,1	März
32,5	46,3	689,5	302,2	387,2	283,1	104,1	0,1	255,6	122,4	133,3	71,9	61,4	1,1	April
32,5	46,4	657,2	293,5	363,7	259,4	104,4	0,1	261,4	132,2	129,2	67,9	61,2	1,1	Mai
32,1	46,4	649,3	269,6	379,7	275,1	104,6	0,1	255,5	126,6	128,9	67,9	61,0	1,1	Juni
Veränderungen *)														
+ 0,7	- 1,5	+ 19,8	- 6,1	+ 25,9	+ 21,1	+ 4,8	+ 0,1	+ 13,0	+ 5,4	+ 7,6	+ 22,8	- 15,2	- 0,3	2004
+ 0,8	- 3,5	+ 28,6	+ 12,6	+ 16,0	+ 4,9	+ 11,1	+ 0,1	- 4,9	+ 23,9	- 28,8	- 7,7	- 21,1	+ 0,4	2005
- 5,1	+ 13,8	+ 56,2	+ 68,3	- 12,1	- 13,7	+ 1,6	- 0,2	- 0,8	+ 21,2	- 22,0	- 5,1	- 17,0	- 0,2	2006
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007
+ 0,7	- 3,1	+ 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009
+ 0,2	+ 1,4	+ 895,4	+ 42,0	+ 542,4	+ 38,1	+ 136,8	- 0,1	- 1,6	+ 6,0	- 7,6	- 3,3	- 4,4	- 0,4	2010
- 0,1	- 3,9	- 88,8	- 13,8	- 75,0	- 61,8	- 13,1	- 0,0	- 9,3	+ 6,4	- 15,7	- 10,4	- 5,3	- 0,2	2011
- 0,3	+ 1,5	+ 38,2	+ 51,7	- 13,5	- 7,5	- 6,0	- 0,0	+ 12,6	+ 15,2	- 2,6	+ 2,5	- 5,1	- 0,1	2012
- 0,3	+ 2,6	+ 159,9	+ 87,4	+ 72,6	+ 73,0	- 0,4	-	+ 8,7	+ 11,1	- 2,4	- 2,0	- 0,4	+ 0,0	2012 Jan.
- 0,2	- 0,0	+ 17,9	+ 31,6	- 13,7	- 14,1	+ 0,4	- 0,0	+ 0,5	+ 3,4	- 2,9	- 2,3	- 0,6	- 0,0	Febr.
+ 0,0	+ 0,0	+ 55,6	+ 10,3	+ 45,3	+ 40,5	+ 4,8	- 0,0	+ 7,3	+ 8,3	- 1,0	+ 0,9	- 1,9	- 0,1	März
+ 0,1	- 0,8	+ 19,5	- 3,9	+ 23,4	+ 26,6	- 3,1	-	+ 4,8	+ 0,4	+ 4,4	+ 4,6	- 0,2	- 0,0	April
+ 0,7	+ 1,0	- 25,4	+ 42,3	- 67,7	- 67,1	- 0,6	- 0,0	- 3,4	- 1,7	- 1,7	- 1,2	- 0,4	+ 0,0	Mai
- 0,4	+ 0,2	- 40,6	- 49,3	+ 8,8	+ 11,0	- 2,3	- 0,0	- 7,6	- 5,2	- 2,3	- 2,3	- 0,0	- 0,1	Juni
+ 0,4	- 0,0	+ 0,6	+ 41,9	- 41,3	- 40,5	- 0,8	-	+ 8,3	+ 5,2	+ 3,0	+ 3,4	- 0,4	+ 0,2	Juli
- 0,2	+ 1,2	+ 21,8	- 12,2	+ 33,9	+ 35,1	- 1,2	- 0,0	- 0,3	+ 4,0	- 4,3	- 3,5	- 0,8	+ 0,0	Aug.
- 0,3	- 0,2	- 50,1	- 17,8	- 32,4	- 35,1	+ 2,8	- 0,0	+ 4,8	+ 4,7	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,1	Sept.
+ 0,4	+ 0,1	- 2,5	+ 3,0	- 5,5	- 2,1	- 3,3	- 0,0	- 5,0	- 3,9	- 1,1	- 1,5	+ 0,4	+ 0,1	Okt.
+ 0,1	- 0,0	- 32,1	- 18,3	- 13,8	- 13,0	- 0,8	- 0,0	+ 0,6	+ 1,4	- 0,8	- 0,5	- 0,3	- 0,1	Nov.
- 0,5	- 2,5	- 86,4	- 63,2	- 23,2	- 21,8	- 1,4	- 0,0	- 6,1	- 12,5	+ 6,4	+ 6,6	- 0,2	- 0,1	Dez.
- 0,5	+ 3,2	+ 16,2	+ 30,1	- 13,9	- 14,1	+ 0,1	-	+ 5,9	+ 9,8	- 3,9	- 3,2	- 0,7	- 0,0	2013 Jan.
+ 0,1	- 2,9	- 11,5	- 13,4	+ 2,0	+ 9,9	- 7,9	-	+ 3,4	+ 5,9	- 2,5	- 1,5	- 1,0	- 0,0	Febr.
+ 0,4	- 1,0	- 14,6	- 29,0	+ 14,4	+ 14,5	- 0,1	- 0,0	- 7,8	- 7,4	- 0,4	+ 0,4	- 0,8	- 0,0	März
- 0,1	+ 0,6	+ 11,4	+ 24,6	- 13,1	- 11,6	- 1,5	-	+ 13,2	+ 6,8	+ 6,4	+ 7,0	- 0,6	- 0,0	April
- 0,0	+ 0,1	- 32,5	- 9,1	- 23,5	- 23,7	+ 0,2	-	+ 5,2	+ 10,3	- 5,1	- 4,0	- 1,1	- 0,0	Mai
- 0,4	- 0,0	- 7,0	- 23,5	+ 16,5	+ 16,1	+ 0,3	- 0,0	- 5,5	- 5,4	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	Juni

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt mit börsenfähigen Geldmarktpapieren(n), Wertpapieren(n), Ausgleichsforderungen		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unternehmen
				zusammen	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zusammen	Buchkredite	Schatzwechsel		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
2003	2 995,6	2 680,6	355,2	315,0	313,4	1,6	40,2	38,4	1,8	2 640,4	2 096,1
2004	3 001,3	2 646,7	320,9	283,8	283,0	0,8	37,1	35,3	1,8	2 680,4	2 114,2
2005	2 995,1	2 635,1	309,7	273,5	272,9	0,6	36,2	34,4	1,8	2 685,4	2 141,3
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2012 Jan.	3 226,6	2 800,6	409,1	339,2	338,7	0,6	69,8	65,5	4,4	2 817,6	2 320,7
Febr.	3 220,3	2 798,2	406,9	338,2	337,4	0,8	68,7	63,8	4,9	2 813,4	2 315,9
März	3 222,9	2 787,6	396,8	329,5	328,6	0,9	67,3	63,3	4,0	2 826,1	2 325,3
April	3 244,7	2 796,1	402,9	329,6	328,7	0,9	73,3	68,5	4,8	2 841,8	2 341,9
Mai	3 219,1	2 793,9	393,6	325,6	324,4	1,2	68,0	64,6	3,3	2 825,5	2 328,8
Juni	3 227,6	2 802,6	404,9	324,4	323,9	0,5	80,5	74,9	5,6	2 822,6	2 300,2
Juli	3 257,8	2 834,2	429,4	351,6	351,2	0,4	77,8	72,9	4,8	2 828,4	2 304,6
Aug.	3 252,3	2 824,5	415,9	344,6	344,2	0,4	71,3	66,6	4,7	2 836,4	2 310,8
Sept.	3 253,0	2 818,4	413,9	340,9	340,4	0,4	73,1	67,9	5,2	2 839,1	2 311,5
Okt.	3 271,1	2 838,0	430,6	351,1	350,6	0,5	79,6	73,6	6,0	2 840,5	2 309,7
Nov.	3 265,5	2 825,7	410,4	338,2	337,8	0,4	72,1	66,8	5,4	2 855,1	2 316,4
Dez.	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2013 Jan.	3 243,1	2 806,5	399,6	338,2	337,4	0,8	61,4	60,1	1,4	2 843,4	2 314,1
Febr.	3 237,4	2 804,9	396,1	338,4	337,5	0,9	57,7	56,6	1,1	2 841,3	2 311,6
März	3 234,0	2 796,2	387,5	332,7	331,7	1,0	54,8	53,9	0,9	2 846,5	2 315,9
April	3 260,9	2 801,8	391,4	326,7	325,5	1,2	64,7	63,0	1,7	2 869,5	2 338,4
Mai	3 232,1	2 796,2	380,3	325,9	324,9	1,1	54,3	52,5	1,9	2 851,9	2 325,8
Juni	3 238,0	2 806,4	390,2	339,1	338,2	0,9	51,1	50,4	0,7	2 847,8	2 319,3
Veränderungen *)											
2004	+ 3,3	- 36,0	- 31,7	- 30,5	- 29,7	- 0,8	- 1,2	- 3,2	+ 1,9	+ 35,0	+ 15,6
2005	- 6,7	- 12,1	- 11,5	- 10,6	- 10,4	- 0,2	- 0,9	- 0,9	+ 0,0	+ 4,8	+ 26,8
2006	- 12,4	- 20,8	- 7,1	- 4,5	- 4,4	- 0,0	- 2,7	- 2,3	- 0,4	- 5,2	+ 23,6
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	- 0,0	+ 48,9	+ 83,4
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	+ 23,4	+ 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9
2011	- 30,6	- 3,2	- 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	- 57,0	- 21,7	+ 14,6	+ 9,4
2012	+ 21,0	+ 9,6	- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	- 4,3	+ 30,7	+ 10,9
2012 Jan.	+ 29,0	+ 25,2	+ 25,8	+ 22,7	+ 22,6	+ 0,2	+ 3,1	+ 4,7	- 1,7	+ 3,2	- 1,1
Febr.	- 6,4	- 2,4	- 2,2	- 1,1	- 1,2	+ 0,2	- 1,1	- 1,7	+ 0,5	- 4,2	- 4,8
März	+ 2,7	- 10,6	- 10,1	- 8,7	- 8,8	+ 0,1	- 1,4	- 0,6	- 0,9	+ 12,8	+ 9,4
April	+ 18,6	+ 5,3	+ 3,4	- 2,6	- 2,6	- 0,0	+ 6,0	+ 5,2	+ 0,8	+ 15,2	+ 16,3
Mai	- 25,6	- 2,3	- 8,9	- 3,6	- 3,9	+ 0,3	- 5,3	- 3,8	- 1,5	- 16,7	- 13,5
Juni	+ 10,2	+ 10,4	+ 11,4	- 1,1	- 0,5	- 0,7	+ 12,5	+ 10,3	+ 2,2	- 1,2	- 6,9
Juli	+ 30,5	+ 32,0	+ 24,5	+ 27,3	+ 27,4	- 0,1	- 2,7	- 2,0	- 0,7	+ 6,0	+ 4,7
Aug.	- 5,5	- 9,7	- 13,5	- 6,9	- 7,0	+ 0,0	- 6,5	- 6,3	- 0,2	+ 8,0	+ 6,2
Sept.	+ 0,5	- 6,4	- 2,4	- 3,5	- 3,5	- 0,0	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,5	+ 2,8	+ 1,1
Okt.	+ 17,4	+ 19,6	+ 16,7	+ 10,2	+ 10,2	+ 0,0	+ 6,5	+ 5,7	+ 0,8	+ 0,7	- 1,9
Nov.	- 5,5	- 12,1	- 20,3	- 12,8	- 12,8	- 0,0	- 7,4	- 6,8	- 0,6	+ 14,8	+ 6,9
Dez.	- 45,1	- 39,6	- 34,3	- 21,4	- 21,4	+ 0,0	- 12,9	- 9,2	- 3,7	- 10,8	- 5,5
2013 Jan.	+ 22,7	+ 20,4	+ 24,4	+ 22,3	+ 22,0	+ 0,3	+ 2,2	+ 2,5	- 0,3	- 1,7	+ 2,3
Febr.	- 5,7	- 1,7	- 3,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 3,7	- 3,4	- 0,3	- 2,2	- 2,5
März	- 3,4	- 8,7	- 8,6	- 5,7	- 5,8	+ 0,1	- 2,9	- 2,8	- 0,1	+ 5,3	+ 4,4
April	+ 26,9	+ 5,7	+ 3,9	- 6,0	- 6,2	+ 0,2	+ 9,9	+ 9,1	+ 0,8	+ 23,0	+ 22,5
Mai	- 28,8	- 5,6	- 11,1	- 0,7	- 0,6	- 0,1	- 10,4	- 10,5	+ 0,1	- 17,6	- 12,6
Juni	+ 5,9	+ 10,2	+ 10,0	+ 13,2	+ 13,3	- 0,1	- 3,2	- 2,1	- 1,1	- 4,1	- 6,6

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte								
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1 927,7	195,0	1 732,8	168,3	49,9	544,3	401,0	34,6	366,4	141,3	2,0	7,0	2003	
1 940,8	194,3	1 746,5	173,5	55,3	566,1	387,7	32,9	354,8	177,5	1,0	6,5	2004	
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	–	4,5	2005	
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	–	4,8	2006	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	–	4,7	2007	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	–	4,5	2008	
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	–	4,3	2009	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	–	3,1	2010	
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	–	3,6	2011	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	–	3,5	2012	
2 098,4	246,8	1 851,6	222,3	31,8	496,9	298,1	40,9	257,2	198,8	–	3,5	2012 Jan.	
2 099,5	245,9	1 853,7	216,4	31,6	497,4	297,5	41,1	256,4	200,0	–	3,5	Febr.	
2 099,2	246,4	1 852,7	226,1	31,3	500,9	296,6	40,9	255,8	204,2	–	3,5	März	
2 102,2	247,1	1 855,1	239,7	31,7	499,9	296,8	40,6	256,2	203,1	–	3,6	April	
2 109,6	248,6	1 861,1	219,2	31,7	496,7	295,2	40,1	255,1	201,5	–	3,6	Mai	
2 108,5	248,3	1 860,1	191,8	31,5	522,4	295,3	39,8	255,5	227,1	–	3,6	Juni	
2 116,0	249,7	1 866,3	188,6	31,4	523,8	294,1	39,7	254,4	229,7	–	3,6	Juli	
2 120,7	249,6	1 871,1	190,1	31,6	525,6	293,0	39,3	253,7	232,6	–	3,5	Aug.	
2 118,1	249,0	1 869,1	193,4	31,5	527,6	291,9	39,1	252,8	235,7	–	3,5	Sept.	
2 120,9	249,8	1 871,1	188,7	31,2	530,8	292,9	39,9	253,0	237,9	–	3,5	Okt.	
2 127,7	251,3	1 876,4	188,7	31,5	538,7	293,4	40,1	253,4	245,2	–	3,5	Nov.	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	–	3,5	Dez.	
2 116,9	249,6	1 867,3	197,2	31,0	529,4	292,1	39,7	252,4	237,3	–	3,5	2013 Jan.	
2 120,1	249,3	1 870,8	191,5	31,0	529,7	290,6	39,3	251,4	239,1	–	3,4	Febr.	
2 119,3	249,6	1 869,7	196,6	30,8	530,6	291,3	40,5	250,8	239,3	–	3,4	März	
2 121,1	249,8	1 871,3	217,3	30,4	531,1	292,2	40,8	251,4	238,9	–	3,3	April	
2 126,7	252,0	1 874,7	199,1	30,3	526,1	292,2	40,3	251,8	233,9	–	3,2	Mai	
2 125,9	250,5	1 875,4	193,3	30,0	528,5	292,0	40,5	251,4	236,6	–	3,2	Juni	
Veränderungen *)													
+ 10,7	+ 0,2	+ 10,5	+ 4,9	+ 3,6	+ 19,4	– 13,8	– 0,9	– 12,9	+ 34,3	– 1,1	– 0,6	2004	
+ 12,5	+ 1,7	+ 10,8	+ 14,3	– 3,0	– 22,1	– 13,4	+ 0,9	– 14,2	– 7,7	– 1,0	– 2,0	2005	
+ 2,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 21,2	– 3,9	– 28,8	– 16,4	– 1,4	– 15,0	– 12,4	–	+ 0,3	2006	
+ 9,6	+ 10,1	+ 0,6	– 16,7	– 2,2	– 36,3	– 25,8	+ 0,1	– 26,0	– 10,5	–	– 0,1	2007	
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	– 5,3	– 34,5	– 23,2	– 2,3	– 20,8	– 11,4	–	– 0,1	2008	
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	– 3,9	+ 15,2	– 7,6	+ 2,5	– 10,2	+ 22,8	–	– 0,2	2009	
+ 18,6	– 4,0	+ 22,6	– 3,8	– 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	– 0,0	+ 31,7	–	– 0,3	2010	
+ 22,6	+ 2,2	+ 20,4	– 13,2	– 1,0	+ 5,2	– 2,1	+ 4,9	– 7,0	+ 7,3	–	– 0,2	2011	
+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	– 10,7	– 1,1	+ 19,8	– 6,6	– 1,9	– 4,7	+ 26,4	–	– 0,2	2012	
– 1,1	– 1,1	– 0,0	+ 0,1	– 0,9	+ 4,3	– 1,0	– 0,2	– 0,8	+ 5,3	–	– 0,1	2012 Jan.	
+ 1,1	– 0,9	+ 2,0	– 5,9	– 0,2	+ 0,6	– 0,6	+ 0,2	– 0,8	+ 1,2	–	– 0,0	Febr.	
– 0,4	+ 0,6	– 0,9	+ 9,7	– 0,2	+ 3,4	– 0,8	– 0,2	– 0,6	+ 4,3	–	– 0,0	März	
+ 2,6	+ 0,7	+ 1,9	+ 13,7	+ 0,3	– 1,1	+ 0,2	– 0,3	+ 0,5	– 1,2	–	+ 0,2	April	
+ 7,1	+ 1,2	+ 5,9	– 20,6	+ 0,0	– 3,2	– 1,6	– 0,4	– 1,2	– 1,6	–	– 0,0	Mai	
+ 0,5	– 0,1	+ 0,6	– 7,4	– 0,2	+ 5,7	+ 0,1	– 0,4	+ 0,5	+ 5,6	–	– 0,0	Juni	
+ 7,8	+ 1,5	+ 6,3	– 3,2	– 0,2	+ 1,4	– 1,2	– 0,1	– 1,1	+ 2,6	–	– 0,1	Juli	
+ 4,7	– 0,1	+ 4,8	+ 1,5	+ 0,3	+ 1,8	– 1,1	– 0,4	– 0,7	+ 2,9	–	– 0,0	Aug.	
– 2,2	– 0,9	– 1,3	+ 3,3	– 0,2	+ 1,8	– 1,3	– 0,4	– 0,9	+ 3,0	–	– 0,0	Sept.	
+ 2,8	+ 0,8	+ 2,0	– 4,6	– 0,2	+ 2,6	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,2	+ 1,6	–	– 0,0	Okt.	
+ 7,0	+ 1,5	+ 5,5	– 0,0	+ 0,3	+ 7,9	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 7,3	–	–	Nov.	
– 8,2	– 1,6	– 6,6	+ 2,7	+ 0,0	– 5,3	– 0,7	– 0,6	– 0,1	– 4,6	–	– 0,0	Dez.	
– 3,5	– 0,9	– 2,5	+ 5,7	– 0,3	– 4,0	– 0,6	+ 0,2	– 0,9	– 3,4	–	– 0,0	2013 Jan.	
+ 3,2	– 0,3	+ 3,5	– 5,7	– 0,0	+ 0,4	– 1,5	– 0,4	– 1,0	+ 1,8	–	– 0,0	Febr.	
– 0,8	+ 0,3	– 1,0	+ 5,1	– 0,2	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,3	– 0,6	+ 0,3	–	– 0,0	März	
+ 1,8	+ 0,2	+ 1,6	+ 20,7	– 0,3	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	– 0,4	–	– 0,2	April	
+ 5,6	+ 2,2	+ 3,3	– 18,2	– 0,2	– 5,1	– 0,0	– 0,5	+ 0,4	– 5,0	–	– 0,0	Mai	
– 0,8	– 1,5	+ 0,7	– 5,8	– 0,2	+ 2,5	– 0,2	+ 0,2	– 0,4	+ 2,7	–	– 0,0	Juni	

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	darunter:					Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	Hypothekarkredite		Kredite für den Wohnungsbau			Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	insgesamt	insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen
Kredite insgesamt														
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														
2011	2 415,7	1 167,3	1 114,0	914,0	200,0	1 368,0	305,0	134,6	84,4	59,6	124,0	42,7	80,1	196,4
2012 Juni	2 432,4	1 164,7	1 118,0	912,4	205,6	1 385,2	307,6	136,8	88,6	60,6	125,4	44,2	80,3	196,1
2012 Sept.	2 458,6	1 167,3	1 126,6	917,8	208,8	1 404,2	309,8	133,9	90,8	60,3	127,4	44,8	78,4	213,9
2012 Dez.	2 435,9	1 170,6	1 135,0	922,4	212,6	1 377,6	311,2	131,1	92,7	59,6	126,1	44,5	76,7	195,4
2013 März	2 451,1	1 173,5	1 136,8	926,0	210,8	1 394,1	311,9	133,2	94,6	60,3	126,9	44,7	76,2	208,8
2013 Juni	2 464,2	1 173,0	1 143,3	928,7	214,6	1 402,0	314,0	131,9	94,6	60,1	124,7	45,6	74,0	219,9
Kurzfristige Kredite														
2011	316,2	-	7,7	-	7,7	276,7	3,9	33,8	6,0	11,9	41,8	3,3	7,0	111,0
2012 Juni	324,0	-	7,6	-	7,6	285,0	3,8	37,5	6,8	13,3	42,8	4,0	7,4	110,4
2012 Sept.	340,5	-	7,8	-	7,8	301,5	3,9	36,4	6,8	12,9	44,7	3,9	7,4	127,8
2012 Dez.	316,4	-	7,9	-	7,9	277,7	3,8	34,8	6,9	12,0	43,0	3,3	6,8	112,8
2013 März	331,7	-	7,8	-	7,8	294,9	3,9	37,5	7,5	13,1	43,6	3,6	7,0	125,4
2013 Juni	338,2	-	8,0	-	8,0	301,4	3,9	37,4	6,7	12,9	41,8	4,1	6,3	135,1
Mittelfristige Kredite														
2011	247,9	-	34,5	-	34,5	176,7	11,8	28,2	6,0	9,4	15,5	4,0	11,8	35,4
2012 Juni	248,4	-	34,9	-	34,9	176,7	11,7	26,9	6,3	9,3	15,8	4,0	11,6	36,2
2012 Sept.	249,0	-	35,3	-	35,3	176,3	11,9	25,9	6,8	9,3	16,0	4,1	11,1	36,2
2012 Dez.	249,7	-	35,3	-	35,3	176,7	11,8	25,6	7,0	9,3	16,5	4,0	11,0	35,9
2013 März	249,6	-	34,9	-	34,9	176,5	11,6	25,8	6,8	9,2	16,6	3,9	11,3	37,0
2013 Juni	250,5	-	35,6	-	35,6	176,5	12,3	24,7	6,7	9,4	16,8	3,9	11,2	37,7
Langfristige Kredite														
2011	1 851,7	1 167,3	1 071,8	914,0	157,8	914,6	289,3	72,6	72,4	38,3	66,7	35,4	61,2	49,9
2012 Juni	1 860,1	1 164,7	1 075,5	912,4	163,1	923,5	292,0	72,4	75,5	38,0	66,8	36,2	61,3	49,5
2012 Sept.	1 869,1	1 167,3	1 083,5	917,8	165,7	926,5	294,0	71,6	77,3	38,1	66,7	36,8	59,9	49,9
2012 Dez.	1 869,8	1 170,6	1 091,8	922,4	169,4	923,2	295,6	70,7	78,3	38,3	66,6	37,2	58,9	46,7
2013 März	1 869,7	1 173,5	1 094,0	926,0	168,0	922,7	296,5	69,8	80,4	38,1	66,7	37,2	58,0	46,4
2013 Juni	1 875,4	1 173,0	1 099,7	928,7	170,9	924,0	297,8	69,9	81,2	37,8	66,1	37,6	56,5	47,1
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
2012 2.Vj.	+ 3,2	+ 3,2	+ 4,5	+ 1,1	+ 3,4	- 1,5	+ 1,9	- 0,2	+ 2,3	+ 0,5	- 0,5	+ 1,0	+ 2,6	- 9,8
2012 3.Vj.	+ 27,2	+ 3,3	+ 8,9	+ 5,2	+ 3,6	+ 20,1	+ 2,6	- 2,7	+ 2,1	- 0,3	+ 2,0	+ 0,7	- 1,7	+ 17,1
2012 4.Vj.	- 22,5	+ 2,9	+ 6,2	+ 3,5	+ 2,7	- 26,2	+ 1,4	- 2,8	+ 1,8	- 0,7	- 1,2	- 0,3	- 1,8	- 18,5
2013 1.Vj.	+ 15,1	- 0,2	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,7	+ 16,4	+ 0,9	+ 2,1	+ 1,8	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,2	- 0,4	+ 13,4
2013 2.Vj.	+ 13,1	- 0,5	+ 5,9	+ 2,2	+ 3,7	+ 7,7	+ 1,7	- 1,2	+ 0,0	- 0,2	- 2,2	+ 0,9	- 2,2	+ 11,0
Kurzfristige Kredite														
2012 2.Vj.	- 7,0	-	+ 0,1	-	+ 0,1	- 7,2	- 0,0	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,7	- 0,2	+ 0,5	+ 0,3	- 9,9
2012 3.Vj.	+ 16,9	-	+ 0,2	-	+ 0,2	+ 16,6	+ 0,1	- 0,9	- 0,1	- 0,4	+ 1,9	- 0,1	- 0,0	+ 16,8
2012 4.Vj.	- 24,1	-	+ 0,0	-	+ 0,0	- 23,5	- 0,1	- 1,6	+ 0,0	- 0,9	- 1,5	- 0,6	- 0,5	- 15,0
2013 1.Vj.	+ 16,1	-	- 0,1	-	- 0,1	+ 17,2	+ 0,0	+ 2,8	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 12,6
2013 2.Vj.	+ 6,5	-	+ 0,2	-	+ 0,2	+ 6,5	+ 0,1	- 0,1	- 0,8	- 0,1	- 1,8	+ 0,5	- 0,7	+ 9,8
Mittelfristige Kredite														
2012 2.Vj.	+ 1,8	-	+ 0,3	-	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	- 0,6	+ 0,3	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,3
2012 3.Vj.	+ 0,5	-	+ 0,5	-	+ 0,5	- 0,3	+ 0,3	- 1,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,2
2012 4.Vj.	+ 0,7	-	+ 0,0	-	+ 0,0	+ 0,4	- 0,1	- 0,4	+ 0,2	- 0,0	+ 0,5	- 0,1	- 0,1	- 0,3
2013 1.Vj.	- 1,0	-	- 0,4	-	- 0,4	- 0,3	- 0,2	+ 0,2	- 0,3	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	+ 1,1
2013 2.Vj.	+ 0,9	-	+ 0,6	-	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,6	- 1,2	- 0,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,0	- 0,1	+ 0,6
Langfristige Kredite														
2012 2.Vj.	+ 8,3	+ 3,2	+ 4,2	+ 1,1	+ 3,0	+ 5,0	+ 2,0	- 0,6	+ 1,9	- 0,2	- 0,3	+ 0,6	+ 2,1	- 0,2
2012 3.Vj.	+ 9,9	+ 3,3	+ 8,1	+ 5,2	+ 2,9	+ 3,8	+ 2,2	- 0,8	+ 1,8	+ 0,0	- 0,0	+ 0,6	- 1,2	+ 0,5
2012 4.Vj.	+ 0,8	+ 2,9	+ 6,1	+ 3,5	+ 2,6	- 3,1	+ 1,6	- 0,8	+ 1,5	+ 0,2	- 0,2	+ 0,4	- 1,1	- 3,2
2013 1.Vj.	- 0,1	- 0,2	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,2	- 0,5	+ 1,0	- 0,9	+ 1,6	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,9	- 0,3
2013 2.Vj.	+ 5,7	- 0,5	+ 5,2	+ 2,2	+ 3,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,9	- 0,2	- 0,6	+ 0,4	- 1,5	+ 0,7

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Verände-

runge ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)				nachrichtlich:		Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen					Ratenkredite 3)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten					
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt	
646,3	180,0	42,9	177,9	382,9	51,7	1 034,3	805,6	228,7	147,8	13,5	13,4	3,5	2011	
653,3	181,6	43,3	178,8	387,9	51,9	1 033,6	806,9	226,8	147,3	13,3	13,6	3,5	2012 Juni	
654,7	182,8	42,4	179,3	388,0	51,8	1 040,8	813,3	227,5	148,5	13,4	13,6	3,5	2012 Sept.	
651,6	184,6	39,0	178,5	388,4	51,0	1 044,9	820,3	224,6	147,2	13,0	13,4	3,5	2012 Dez.	
649,4	184,6	38,5	178,7	387,3	51,3	1 043,6	821,3	222,3	146,5	12,6	13,3	3,5	2013 März	
651,2	186,6	38,5	178,1	387,9	51,1	1 048,7	825,8	223,0	147,8	12,4	13,5	3,6	2013 Juni	
													Kurzfristige Kredite	
61,9	9,6	11,1	13,2	30,4	7,2	38,5	3,9	34,7	2,5	13,5	0,9	0,0	2011	
62,8	9,4	11,8	13,1	30,9	7,9	38,0	3,8	34,2	2,2	13,3	1,0	0,0	2012 Juni	
61,7	9,5	10,9	13,0	30,0	7,7	37,8	3,9	33,9	1,9	13,4	1,2	0,0	2012 Sept.	
58,0	9,3	7,9	12,9	30,0	7,2	37,7	4,0	33,7	2,1	13,0	1,1	0,0	2012 Dez.	
57,3	9,0	8,2	12,8	30,1	7,8	35,9	3,9	32,0	2,0	12,6	1,0	0,0	2013 März	
57,1	9,4	7,8	12,5	29,9	7,6	35,8	4,0	31,8	1,9	12,4	1,0	0,0	2013 Juni	
													Mittelfristige Kredite	
66,3	8,1	8,4	20,4	31,2	3,6	70,6	22,7	47,9	42,8	-	0,6	0,0	2011	
66,6	8,1	8,1	20,0	31,9	3,6	71,0	23,1	47,9	42,9	-	0,6	0,0	2012 Juni	
66,9	8,4	8,2	19,9	32,0	3,6	72,2	23,4	48,8	43,9	-	0,5	0,0	2012 Sept.	
67,5	8,9	7,9	20,2	32,2	3,5	72,5	23,5	49,0	44,1	-	0,5	0,0	2012 Dez.	
65,9	8,6	7,2	19,9	31,9	3,6	72,6	23,3	49,3	43,8	-	0,5	0,0	2013 März	
66,2	8,6	7,1	19,9	31,9	3,7	73,5	23,3	50,1	44,8	-	0,5	0,0	2013 Juni	
													Langfristige Kredite	
518,1	162,4	23,4	144,3	321,3	40,9	925,2	779,1	146,1	102,5	-	11,9	3,4	2011	
523,9	164,1	23,4	145,7	325,0	40,5	924,6	779,9	144,7	102,2	-	12,0	3,5	2012 Juni	
526,1	164,9	23,4	146,4	326,0	40,5	930,8	786,0	144,8	102,7	-	11,8	3,5	2012 Sept.	
526,1	166,4	23,2	145,5	326,2	40,3	934,7	792,8	142,0	100,9	-	11,8	3,5	2012 Dez.	
526,3	167,0	23,1	146,0	325,3	39,9	935,1	794,1	141,0	100,7	-	11,9	3,5	2013 März	
527,9	168,6	23,6	145,7	326,1	39,8	939,4	798,4	141,0	101,1	-	12,0	3,5	2013 Juni	
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt	
+ 2,6	+ 1,1	+ 0,3	- 0,0	+ 1,9	- 0,1	+ 4,7	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,5	- 0,1	- 0,0	- 0,0	2012 2.Vj.	
+ 2,9	+ 1,6	- 0,8	+ 1,2	+ 0,2	- 0,1	+ 7,2	+ 6,3	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	2012 3.Vj.	
- 2,8	+ 1,8	- 3,3	- 0,7	+ 0,3	- 0,8	+ 3,8	+ 4,8	- 1,0	- 0,3	- 0,4	- 0,2	- 0,0	2012 4.Vj.	
- 2,2	- 0,0	- 0,6	+ 0,0	- 1,2	+ 0,3	- 1,3	+ 0,8	- 2,1	- 0,7	- 0,4	- 0,1	+ 0,0	2013 1.Vj.	
+ 1,7	+ 1,7	+ 0,0	- 0,6	+ 0,6	- 0,2	+ 5,2	+ 4,1	+ 1,1	+ 1,4	- 0,3	+ 0,2	+ 0,0	2013 2.Vj.	
													Kurzfristige Kredite	
+ 0,4	+ 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,4	- 0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	2012 2.Vj.	
- 0,6	+ 0,1	- 0,9	+ 0,2	- 0,9	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	2012 3.Vj.	
- 3,4	- 0,2	- 3,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,5	- 0,4	+ 0,1	- 0,5	- 0,0	- 0,4	- 0,2	+ 0,0	2012 4.Vj.	
- 0,7	- 0,4	+ 0,3	- 0,0	+ 0,1	+ 0,6	- 1,0	- 0,1	- 0,9	- 0,1	- 0,4	- 0,1	- 0,0	2013 1.Vj.	
- 0,2	+ 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	2013 2.Vj.	
													Mittelfristige Kredite	
+ 0,6	- 0,0	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,4	-	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,9	-	+ 0,0	- 0,0	2012 2.Vj.	
+ 0,6	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	-	- 0,1	-	2012 3.Vj.	
+ 0,6	+ 0,5	- 0,3	+ 0,3	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	-	- 0,0	- 0,0	2012 4.Vj.	
- 1,7	- 0,3	- 0,7	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 0,7	- 0,2	- 0,5	- 0,3	-	+ 0,0	-	2013 1.Vj.	
+ 0,4	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,9	+ 1,0	-	- 0,0	+ 0,0	2013 2.Vj.	
													Langfristige Kredite	
+ 1,6	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,1	- 0,1	+ 3,3	+ 2,1	+ 1,2	+ 0,6	-	- 0,0	- 0,0	2012 2.Vj.	
+ 2,9	+ 1,2	- 0,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,1	+ 6,2	+ 5,9	+ 0,3	+ 0,5	-	- 0,2	- 0,0	2012 3.Vj.	
+ 0,1	+ 1,5	- 0,1	- 0,9	+ 0,2	- 0,2	+ 3,9	+ 4,6	- 0,7	- 0,5	-	+ 0,0	- 0,0	2012 4.Vj.	
+ 0,2	+ 0,7	- 0,1	+ 0,3	- 0,9	- 0,4	+ 0,4	+ 1,1	- 0,6	- 0,2	-	+ 0,0	+ 0,0	2013 1.Vj.	
+ 1,5	+ 1,2	+ 0,5	- 0,3	+ 0,8	- 0,1	+ 4,4	+ 4,0	+ 0,4	+ 0,5	-	+ 0,1	+ 0,0	2013 2.Vj.	

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)				Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:					
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)				Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos			
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.						über 2 Jahre		
Inländische Nichtbanken insgesamt													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2010	2 935,2	1 104,4	1 117,1	329,3	787,8	25,1	762,7	618,2	95,4	37,5	35,7	80,9		
2011	3 045,5	1 168,3	1 156,2	386,1	770,2	31,5	738,7	616,1	104,8	36,5	34,3	97,1		
2012	3 090,2	1 306,5	1 072,5	341,3	731,2	32,0	699,2	617,6	93,6	34,9	31,7	82,9		
2012 Juli	3 105,8	1 235,4	1 154,2	402,7	751,6	33,5	718,1	615,9	100,3	35,1	32,9	102,3		
Aug.	3 118,3	1 247,0	1 156,8	406,6	750,2	33,4	716,8	615,4	99,1	35,1	32,7	105,7		
Sept.	3 112,2	1 262,9	1 137,3	390,1	747,2	33,0	714,2	614,1	97,9	35,0	32,3	95,9		
Okt.	3 124,7	1 292,7	1 121,9	384,0	737,9	32,5	705,4	613,6	96,6	34,9	32,1	106,0		
Nov.	3 137,0	1 317,7	1 111,8	378,1	733,8	32,3	701,4	612,8	94,6	35,2	31,8	105,4		
Dez.	3 090,2	1 306,5	1 072,5	341,3	731,2	32,0	699,2	617,6	93,6	34,9	31,7	82,9		
2013 Jan.	3 087,3	1 326,2	1 053,6	322,4	731,2	32,5	698,7	616,8	90,7	35,0	31,2	81,9		
Febr.	3 097,1	1 336,2	1 055,8	326,7	729,1	32,2	696,9	616,6	88,5	34,9	30,7	89,0		
März	3 096,3	1 330,3	1 064,7	335,4	729,3	32,2	697,2	614,5	86,8	34,8	30,4	94,3		
April	3 100,3	1 344,5	1 058,4	333,6	724,7	32,3	692,5	612,3	85,1	34,6	30,2	95,6		
Mai	3 115,4	1 363,4	1 058,3	332,0	726,2	32,9	693,4	610,7	83,0	34,5	30,1	96,8		
Juni	3 129,7	1 369,8	1 069,2	344,8	724,4	32,2	692,3	609,7	81,0	34,4	30,1	110,9		
Veränderungen *)														
2011	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	+ 57,0	- 16,1	+ 6,5	- 22,6	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	- 1,4	+ 16,0		
2012	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	- 47,7	- 39,0	+ 0,6	- 39,6	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	- 2,6	- 16,8		
2012 Juli	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,7	+ 5,2	- 4,6	- 0,2	- 4,4	- 0,2	- 1,1	- 0,1	- 0,3	+ 4,8		
Aug.	+ 12,5	+ 11,5	+ 2,6	+ 4,0	- 1,4	- 0,1	- 1,3	- 0,5	- 1,1	- 0,0	- 0,2	+ 3,5		
Sept.	- 5,8	+ 16,2	- 19,6	- 16,6	- 3,0	- 0,4	- 2,6	- 1,2	- 1,2	- 0,1	- 0,4	- 9,8		
Okt.	+ 12,5	+ 29,8	- 15,4	- 6,1	- 9,3	- 0,6	- 8,7	- 0,6	- 1,3	- 0,2	- 0,2	+ 10,0		
Nov.	+ 12,2	+ 25,0	- 10,0	- 5,9	- 4,1	- 0,1	- 4,0	- 0,7	- 2,0	+ 0,3	- 0,3	- 0,6		
Dez.	- 46,5	- 11,2	- 39,1	- 36,8	- 2,4	- 0,3	- 2,0	+ 4,8	- 1,0	- 0,3	- 0,2	- 22,4		
2013 Jan.	- 2,9	+ 19,7	- 18,8	- 19,0	+ 0,2	+ 0,5	- 0,2	- 0,8	- 2,9	- 0,0	- 0,5	- 1,0		
Febr.	+ 9,8	+ 10,0	+ 2,2	+ 4,3	+ 2,1	- 0,3	- 1,8	- 0,1	- 2,2	- 0,0	- 0,5	+ 16,1		
März	- 1,2	- 6,2	+ 8,9	+ 8,7	+ 0,2	- 0,0	+ 0,3	- 2,2	- 1,8	- 0,1	- 0,3	- 3,7		
April	+ 4,1	+ 14,6	- 6,7	- 2,1	+ 4,6	+ 0,1	- 4,7	- 2,1	- 1,6	- 0,2	- 0,2	+ 1,3		
Mai	+ 15,0	+ 18,9	- 0,1	- 1,6	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,9	- 1,6	- 2,2	- 0,1	- 0,1	+ 1,2		
Juni	+ 14,6	+ 6,4	+ 11,3	+ 12,2	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 1,1	- 2,0	- 0,1	- 0,0	+ 14,1		
Inländische öffentliche Haushalte													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2010	153,4	46,1	103,0	47,7	55,3	2,6	52,7	2,8	1,5	34,7	6,2	0,4		
2011	168,5	46,2	118,4	69,5	48,8	3,8	45,0	2,4	1,5	34,0	5,9	3,1		
2012	186,2	50,8	130,7	73,0	57,7	4,5	53,1	3,1	1,6	32,7	5,9	3,1		
2012 Juli	218,3	53,6	160,6	100,1	60,5	4,4	56,1	2,8	1,3	33,0	5,9	2,1		
Aug.	216,6	51,2	161,2	101,1	60,1	4,5	55,6	2,9	1,3	33,0	5,9	3,0		
Sept.	214,3	53,5	156,5	96,6	60,0	4,5	55,5	2,9	1,3	33,0	5,9	0,8		
Okt.	216,6	57,4	154,9	95,6	59,4	4,4	54,9	2,9	1,3	32,8	5,9	0,9		
Nov.	216,8	56,6	155,8	96,3	59,5	4,6	55,0	3,0	1,4	32,8	5,9	0,8		
Dez.	186,2	50,8	130,7	73,0	57,7	4,5	53,1	3,1	1,6	32,7	5,9	3,1		
2013 Jan.	179,1	50,6	124,0	67,1	56,9	4,6	52,3	3,1	1,3	32,7	5,9	1,1		
Febr.	179,0	50,6	124,0	67,0	57,0	4,5	52,4	3,2	1,3	32,6	5,9	2,2		
März	185,9	49,5	131,9	74,1	57,8	5,0	52,8	3,3	1,2	32,6	5,8	1,3		
April	184,1	51,5	128,1	71,7	56,4	5,2	51,2	3,3	1,2	32,3	5,8	2,3		
Mai	190,2	52,1	133,4	76,0	57,4	5,5	51,9	3,5	1,2	32,3	5,8	2,1		
Juni	194,8	54,0	135,9	78,9	57,1	5,5	51,5	3,5	1,3	32,0	5,8	0,5		
Veränderungen *)														
2011	+ 14,6	+ 0,1	+ 15,0	+ 21,4	- 6,5	+ 1,2	- 7,7	- 0,4	+ 0,0	- 0,7	- 0,2	+ 2,7		
2012	+ 2,2	+ 2,9	+ 1,6	+ 2,7	- 4,3	+ 0,7	- 5,0	+ 0,7	+ 0,1	- 1,4	- 0,1	+ 0,1		
2012 Juli	- 9,4	- 10,7	+ 1,1	+ 1,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,6		
Aug.	- 1,6	- 2,4	+ 0,6	+ 1,0	- 0,4	+ 0,1	- 0,5	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 1,0		
Sept.	- 2,3	+ 2,3	+ 4,6	- 4,5	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 2,3		
Okt.	+ 2,2	+ 3,9	- 1,7	- 1,0	- 0,7	- 0,0	- 0,6	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1		
Nov.	+ 0,2	- 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1		
Dez.	- 30,6	- 5,9	- 25,0	- 23,2	- 1,8	- 0,0	- 1,8	+ 0,1	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	+ 2,3		
2013 Jan.	- 7,1	- 0,1	- 6,7	- 6,1	- 0,6	+ 0,0	- 0,6	+ 0,0	- 0,3	- 0,0	- 0,0	- 2,0		
Febr.	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 1,1		
März	+ 5,6	+ 1,5	+ 7,0	+ 6,9	+ 0,2	+ 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,9		
April	- 1,7	+ 2,1	- 3,8	- 2,4	- 1,4	+ 0,2	- 1,6	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,0	+ 1,0		
Mai	+ 6,1	+ 0,6	+ 5,3	+ 4,3	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,2		
Juni	+ 4,6	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,8	- 0,3	+ 0,0	- 0,3	+ 0,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 1,6		

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

ten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)¹⁾

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2010	2 781,8	1 058,3	1 014,1	281,6	732,5	22,5	710,0	615,4	93,9	2,9	29,5	80,5		
2011	2 877,0	1 122,0	1 037,9	316,5	721,3	27,7	693,7	613,8	103,3	2,5	28,4	94,0		
2012	2 904,0	1 255,7	941,7	268,3	673,5	27,5	646,0	614,5	92,0	2,2	25,8	79,8		
2012 Juli	2 887,5	1 181,8	993,6	302,6	691,1	29,1	662,0	613,1	98,9	2,1	27,0	100,2		
Aug.	2 901,6	1 195,8	995,6	305,5	690,1	28,9	661,2	612,5	97,8	2,1	26,8	102,7		
Sept.	2 897,9	1 209,4	980,8	293,5	687,2	28,5	658,7	611,3	96,6	2,1	26,4	95,1		
Okt.	2 908,1	1 235,2	966,9	288,4	678,5	28,0	650,5	610,7	95,3	2,0	26,2	105,0		
Nov.	2 920,2	1 261,1	956,1	281,8	674,3	27,8	646,5	609,8	93,3	2,3	25,9	104,6		
Dez.	2 904,0	1 255,7	941,7	268,3	673,5	27,5	646,0	614,5	92,0	2,2	25,8	79,8		
2013 Jan.	2 908,2	1 275,5	929,6	255,3	674,3	27,9	646,4	613,6	89,5	2,3	25,3	80,9		
Febr.	2 918,2	1 285,6	931,9	259,7	672,1	27,7	644,5	613,4	87,3	2,3	24,8	95,8		
März	2 910,4	1 280,8	932,9	261,3	671,5	27,2	644,4	611,2	85,5	2,3	24,6	93,0		
April	2 916,2	1 293,0	930,2	261,9	668,4	27,1	641,3	609,0	83,9	2,3	24,4	93,3		
Mai	2 925,1	1 311,3	924,8	256,0	668,8	27,3	641,5	607,3	81,7	2,3	24,4	94,7		
Juni	2 934,9	1 315,8	933,3	265,9	667,4	26,6	640,7	606,2	79,7	2,3	24,3	110,4		
Veränderungen *)														
2011	+ 96,6	+ 63,6	+ 25,9	+ 35,5	- 9,6	+ 5,2	- 14,9	- 2,2	+ 9,3	- 0,3	- 1,2	+ 13,3		
2012	+ 40,1	+ 135,8	- 85,1	- 50,4	- 34,7	- 0,1	- 34,6	+ 0,8	- 11,3	- 0,3	- 2,6	- 16,8		
2012 Juli	+ 10,5	+ 12,3	- 0,4	+ 4,1	- 4,5	+ 0,1	- 4,6	- 0,3	- 1,1	- 0,0	- 0,3	+ 4,2		
Aug.	+ 14,1	+ 13,9	+ 2,0	+ 3,0	- 1,0	- 0,2	- 0,8	- 0,6	- 1,2	+ 0,0	- 0,2	+ 2,5		
Sept.	- 3,5	+ 13,9	- 15,0	- 12,1	- 2,9	- 0,4	- 2,5	- 1,2	- 1,2	- 0,1	- 0,4	- 7,5		
Okt.	+ 10,3	+ 25,9	- 13,7	- 5,1	- 8,6	- 0,5	- 8,1	- 0,6	- 1,3	- 0,0	- 0,2	+ 9,9		
Nov.	+ 12,0	+ 25,8	- 10,9	- 6,6	- 4,3	- 0,2	- 4,0	- 0,8	- 2,1	+ 0,3	- 0,3	- 0,5		
Dez.	- 15,9	- 5,3	- 14,1	- 13,5	- 0,5	- 0,3	- 0,2	+ 4,7	- 1,2	- 0,1	- 0,1	- 24,8		
2013 Jan.	+ 4,2	+ 19,8	- 12,1	- 12,9	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,4	- 0,9	- 2,6	- 0,0	- 0,5	+ 1,0		
Febr.	+ 9,9	+ 10,1	+ 2,2	+ 4,4	- 2,2	- 0,3	- 1,9	- 0,2	- 2,2	- 0,0	- 0,5	+ 15,0		
März	- 6,8	- 4,7	+ 1,9	+ 1,8	+ 0,1	- 0,2	+ 0,3	- 2,3	- 1,7	- 0,0	- 0,2	- 2,8		
April	+ 5,8	+ 12,5	- 2,9	+ 0,2	- 3,1	- 0,0	- 3,1	- 2,2	- 1,6	+ 0,0	- 0,2	+ 0,2		
Mai	+ 8,9	+ 18,3	- 5,4	- 5,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	- 1,8	- 2,2	- 0,0	- 0,1	+ 1,4		
Juni	+ 10,1	+ 4,4	+ 8,8	+ 9,4	- 0,6	- 0,6	- 0,0	- 1,1	- 2,1	+ 0,1	- 0,0	+ 15,7		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2010	1 124,4	344,6	755,5	196,0	559,5	7,5	552,0	6,3	17,9	2,8	21,4	80,5		
2011	1 156,5	374,8	758,9	222,9	536,0	9,4	526,7	5,6	17,3	2,5	20,3	94,0		
2012	1 105,3	414,2	668,5	185,9	482,5	10,4	472,2	6,5	16,1	2,2	18,2	79,8		
2012 Juli	1 125,0	390,5	712,0	210,2	501,8	10,2	491,6	6,2	16,3	2,0	19,2	100,2		
Aug.	1 132,6	394,5	715,6	214,8	500,7	10,2	490,5	6,4	16,2	2,1	19,0	102,7		
Sept.	1 124,2	399,0	702,6	204,6	497,9	10,3	487,6	6,5	16,1	2,0	18,7	95,1		
Okt.	1 134,2	419,7	692,0	202,3	489,7	10,3	479,4	6,6	15,9	2,0	18,6	105,0		
Nov.	1 131,1	425,2	683,6	198,0	485,6	10,3	475,4	6,5	15,8	2,3	18,3	104,6		
Dez.	1 105,3	414,2	668,5	185,9	482,5	10,4	472,2	6,5	16,1	2,2	18,2	79,8		
2013 Jan.	1 109,2	428,0	658,5	175,7	482,8	10,7	472,2	6,6	16,0	2,3	17,8	80,9		
Febr.	1 112,0	427,9	661,5	181,0	480,5	10,9	469,6	6,8	15,9	2,3	17,3	95,8		
März	1 104,5	418,0	664,0	184,3	479,7	10,7	469,0	6,8	15,7	2,3	17,2	93,0		
April	1 108,9	424,0	662,5	185,6	476,8	11,1	465,8	6,9	15,5	2,3	17,0	93,3		
Mai	1 110,2	430,2	657,4	180,5	476,9	11,5	465,4	7,1	15,5	2,3	17,1	94,7		
Juni	1 116,9	426,8	667,6	192,0	475,6	11,4	464,2	7,2	15,3	2,3	17,1	110,4		
Veränderungen *)														
2011	+ 33,6	+ 29,1	+ 5,1	+ 27,6	- 22,5	+ 1,9	- 24,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 1,1	+ 13,3		
2012	- 37,3	+ 42,6	- 79,6	- 39,2	- 40,4	+ 1,1	- 41,5	+ 0,9	- 1,2	- 0,2	- 2,1	- 16,8		
2012 Juli	+ 6,2	+ 5,7	+ 0,5	+ 4,9	- 4,4	+ 0,4	- 4,8	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,2	+ 4,2		
Aug.	+ 7,6	+ 4,0	+ 3,6	+ 4,7	- 1,1	+ 0,1	- 1,2	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,2	+ 2,5		
Sept.	- 8,2	+ 4,9	- 13,1	- 10,3	- 2,8	+ 0,1	- 2,9	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,3	- 7,5		
Okt.	+ 10,0	+ 20,7	- 10,5	- 2,3	- 8,2	+ 0,0	- 8,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 9,9		
Nov.	- 2,8	+ 5,5	- 8,1	- 4,2	- 3,9	+ 0,1	- 4,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,5		
Dez.	- 25,6	- 11,0	- 14,9	- 12,1	- 2,9	+ 0,1	- 3,0	- 0,0	+ 0,3	- 0,1	- 0,1	- 24,8		
2013 Jan.	+ 3,7	+ 13,8	- 10,1	- 10,3	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,4	+ 1,0		
Febr.	+ 2,8	- 0,1	+ 3,0	+ 5,3	- 2,3	+ 0,2	- 2,5	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,4	+ 15,0		
März	- 6,5	- 9,9	+ 3,4	+ 3,6	- 0,1	+ 0,2	- 0,3	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 2,8		
April	+ 4,4	+ 6,3	- 1,9	+ 1,0	- 2,9	+ 0,3	- 3,2	+ 0,1	- 0,2	+ 0,0	- 0,2	+ 0,2		
Mai	+ 1,3	+ 6,2	- 5,1	- 5,2	+ 0,1	+ 0,4	- 0,3	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 1,4		
Juni	+ 7,0	- 3,4	+ 10,5	+ 11,0	- 0,4	+ 0,0	- 0,5	+ 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 15,7		

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Sichteinlagen						Termineinlagen 1) 2)							
	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	nach Gläubigergruppen					insgesamt	nach Gläubigergruppen						
		insgesamt	inländische Privatpersonen		inländische Organisationen ohne Erwerbszweck			insgesamt	inländische Privatpersonen					
	zu-	Selb-	wirt-	sonstige		zu-	Selb-	wirt-	sonstige		zu-	Selb-	wirt-	sonstige
	sammen	ständige	schaftlich Unselbstständige	Privatpersonen		sammen	ständige	schaftlich Unselbstständige	Privatpersonen		sammen	ständige	schaftlich Unselbstständige	Privatpersonen
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2010	1 657,4	713,7	692,4	123,8	471,2	97,4	21,3	258,6	241,4	21,2	203,7	16,4		
2011	1 720,4	747,3	724,9	131,5	490,4	103,0	22,4	278,9	261,1	23,3	218,5	19,3		
2012	1 798,7	841,5	816,5	147,1	548,6	120,8	25,0	273,3	256,6	18,8	219,3	18,6		
2013 Jan.	1 799,0	847,5	820,5	149,3	547,8	123,4	27,0	271,1	255,1	18,4	218,5	18,2		
Febr.	1 806,1	857,7	830,4	149,9	555,1	125,4	27,3	270,4	254,7	18,0	218,4	18,3		
März	1 805,9	862,9	835,2	147,0	562,5	125,7	27,7	268,8	253,3	17,8	217,4	18,1		
April	1 807,3	869,1	841,4	150,3	565,3	125,8	27,6	267,8	252,1	17,5	216,5	18,2		
Mai	1 814,9	881,1	853,0	152,5	572,8	127,7	28,2	267,4	252,0	17,2	216,5	18,3		
Juni	1 818,0	889,0	860,9	150,0	582,8	128,0	28,1	265,7	250,5	16,9	215,8	17,8		
Veränderungen *)														
2011	+ 63,0	+ 34,5	+ 33,5	+ 7,8	+ 19,7	+ 6,0	+ 1,1	+ 20,8	+ 20,3	+ 2,1	+ 15,2	+ 3,0		
2012	+ 77,3	+ 93,2	+ 90,5	+ 14,0	+ 57,2	+ 19,3	+ 2,7	- 5,6	- 4,4	- 4,5	- 0,4	+ 0,5		
2013 Jan.	+ 0,5	+ 6,0	+ 4,0	+ 2,1	- 0,7	+ 2,5	+ 2,0	- 2,0	- 1,5	- 0,4	- 0,8	- 0,3		
Febr.	+ 7,1	+ 10,2	+ 9,9	+ 0,7	+ 7,1	+ 2,1	+ 0,3	- 0,8	- 0,4	- 0,4	- 0,1	+ 0,1		
März	- 0,3	+ 5,2	+ 4,8	- 2,9	+ 7,4	+ 0,3	+ 0,4	- 1,5	- 1,4	- 0,3	- 0,8	- 0,3		
April	+ 1,4	+ 6,2	+ 6,3	+ 3,3	+ 2,8	+ 0,2	- 0,1	- 1,1	- 1,2	- 0,3	- 1,0	+ 0,1		
Mai	+ 7,6	+ 12,1	+ 11,5	+ 2,2	+ 7,4	+ 1,8	+ 0,5	- 0,4	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	+ 0,1		
Juni	+ 3,1	+ 7,8	+ 7,9	- 2,5	+ 10,1	+ 0,4	- 0,1	- 1,7	- 1,6	- 0,4	- 0,7	- 0,5		

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder					
		zu-	Sicht-	Termineinlagen		Spar-	Nach-	zu-	Sicht-	Termineinlagen		Spar-	Nach-
	sammen	einlagen	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	einlagen und Sparbriefe 2)	richtlich: Treuhandkredite	sammen	einlagen	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	einlagen und Sparbriefe 2)	richtlich: Treuhandkredite	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2010	153,4	38,7	5,7	3,3	29,6	0,1	17,0	28,2	8,5	6,7	12,9	0,2	17,2
2011	168,5	37,9	6,2	9,4	22,2	0,1	16,9	34,8	11,4	10,7	12,5	0,2	16,8
2012	186,2	25,9	3,7	6,0	16,2	0,1	16,4	47,2	9,1	13,7	24,2	0,2	15,9
2013 Jan.	179,1	24,0	4,9	3,1	15,9	0,1	16,4	47,2	11,3	11,9	23,8	0,2	15,9
Febr.	179,0	23,6	4,2	3,4	15,9	0,1	16,4	44,8	8,5	12,4	23,7	0,2	15,8
März	185,9	23,2	4,0	3,3	15,9	0,1	16,4	49,8	9,8	16,0	23,8	0,2	15,8
April	184,1	21,8	4,4	2,8	14,5	0,1	16,4	49,6	12,0	14,1	23,4	0,2	15,6
Mai	190,2	22,5	4,3	3,6	14,6	0,1	16,4	46,9	9,6	13,7	23,4	0,2	15,5
Juni	194,8	21,9	3,9	3,4	14,5	0,1	16,2	50,7	12,3	14,9	23,3	0,2	15,5
Veränderungen *)													
2011	+ 14,6	- 0,7	+ 0,5	+ 6,3	- 7,5	+ 0,0	- 0,2	+ 6,6	+ 2,9	+ 4,0	- 0,4	+ 0,0	- 0,5
2012	+ 2,2	- 9,2	- 2,5	- 0,7	- 6,0	+ 0,0	- 0,5	- 2,3	- 3,9	+ 2,7	- 1,1	+ 0,0	- 0,9
2013 Jan.	- 7,1	- 2,0	+ 1,3	- 2,9	- 0,3	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 2,2	- 1,8	- 0,4	- 0,0	- 0,0
Febr.	- 0,1	- 0,4	- 0,7	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 2,4	- 2,8	+ 0,5	- 0,1	- 0,0	- 0,0
März	+ 5,6	- 0,2	- 0,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 4,5	+ 1,0	+ 3,5	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1
April	- 1,7	- 1,4	+ 0,4	- 0,4	- 1,3	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	+ 2,1	- 1,9	- 0,3	+ 0,0	- 0,2
Mai	+ 6,1	+ 0,7	- 0,1	+ 0,8	+ 0,0	-	- 0,0	- 2,7	- 2,4	- 0,3	- 0,0	+ 0,0	- 0,0
Juni	+ 4,6	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,2	+ 3,8	+ 2,7	+ 1,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,0

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

					Spareinlagen ³⁾			Nachrichtlich:					Zeit
nach Befristung					insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe ⁴⁾	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) ⁵⁾	Verbindlichkeiten aus Repos		
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ²⁾		zusammen									
		bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ¹⁾													
17,3	85,7	173,0	15,0	158,0	609,1	599,2	9,9	76,0	0,1	8,2	-	2010	
17,8	93,6	185,3	18,3	167,0	608,2	599,0	9,2	86,1	0,1	8,1	-	2011	
16,7	82,3	190,9	17,1	173,8	608,0	597,8	10,2	76,0	0,0	7,6	-	2012	
16,0	79,7	191,5	17,3	174,2	607,0	596,8	10,2	73,4	0,0	7,5	-	2013 Jan.	
15,7	78,8	191,6	16,8	174,8	606,7	596,3	10,4	71,4	0,0	7,4	-	Febr.	
15,5	77,0	191,8	16,4	175,4	604,3	593,9	10,4	69,8	0,0	7,4	-	März	
15,6	76,2	191,6	16,0	175,5	602,1	591,7	10,4	68,4	0,0	7,4	-	April	
15,4	75,5	191,9	15,8	176,1	600,2	589,9	10,3	66,2	0,0	7,2	-	Mai	
15,2	74,0	191,7	15,2	176,5	599,0	588,7	10,3	64,4	0,0	7,2	-	Juni	
Veränderungen ¹⁾													
+ 0,5	+ 8,0	+ 12,9	+ 3,3	+ 9,5	- 1,8	- 1,1	- 0,7	+ 9,5	- 0,0	- 0,1	-	2011	
- 1,1	- 11,2	+ 5,6	- 1,3	+ 6,9	- 0,2	- 1,1	+ 1,0	- 10,1	- 0,0	- 0,5	-	2012	
- 0,4	- 2,7	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,6	- 1,0	- 1,0	+ 0,1	- 2,5	+ 0,0	- 0,1	-	2013 Jan.	
- 0,4	- 0,9	+ 0,2	- 0,5	+ 0,6	- 0,3	- 0,5	+ 0,2	- 2,1	- 0,0	- 0,1	-	Febr.	
- 0,2	- 1,7	+ 0,2	- 0,4	+ 0,6	- 2,3	- 2,3	- 0,0	- 1,6	+ 0,0	- 0,1	-	März	
+ 0,2	- 0,8	- 0,2	- 0,4	+ 0,1	- 2,3	- 2,2	- 0,0	- 1,4	- 0,0	- 0,0	-	April	
- 0,3	- 0,7	+ 0,3	- 0,2	+ 0,6	- 1,9	- 1,8	- 0,1	- 2,1	- 0,0	- 0,1	-	Mai	
- 0,2	- 1,6	- 0,2	- 0,6	+ 0,4	- 1,2	- 1,2	- 0,0	- 1,9	+ 0,0	- 0,0	-	Juni	

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen ³⁾		Spareinlagen und Sparbriefe ^{2) 4)}	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe ²⁾	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ¹⁾												
37,4	19,5	9,9	4,5	3,5	0,4	49,1	12,3	27,9	8,3	0,6	0,0	2010
39,3	18,1	13,0	5,0	3,2	0,4	56,5	10,5	36,4	9,1	0,4	0,0	2011
43,8	23,0	11,3	5,9	3,6	0,4	69,3	15,0	42,0	11,4	0,8	0,0	2012
38,7	17,9	11,2	5,9	3,6	0,4	69,2	16,5	40,8	11,3	0,6	0,0	2013 Jan.
41,7	20,4	11,6	6,0	3,7	0,4	68,9	17,4	39,6	11,3	0,6	0,0	Febr.
41,3	20,0	11,4	6,2	3,7	0,4	71,6	15,6	43,4	12,0	0,6	0,0	März
41,2	19,9	11,5	6,1	3,7	0,4	71,4	15,3	43,3	12,3	0,6	0,0	April
45,0	22,9	12,0	6,2	3,8	0,4	75,8	15,4	46,6	13,2	0,7	0,0	Mai
43,4	21,8	11,4	6,3	3,9	0,4	78,8	16,0	49,1	13,1	0,7	0,0	Juni
Veränderungen ¹⁾												
+ 1,8	- 1,4	+ 2,9	+ 0,5	- 0,2	- 0,0	+ 7,0	- 1,9	+ 8,2	+ 0,9	- 0,2	- 0,0	2011
+ 4,3	+ 4,8	- 1,7	+ 0,7	+ 0,4	- 0,0	+ 9,4	+ 4,5	+ 2,4	+ 2,1	+ 0,4	- 0,0	2012
- 5,1	- 5,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	-	- 0,1	+ 1,5	- 1,4	+ 0,1	- 0,3	-	2013 Jan.
+ 3,0	+ 2,5	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,0	-	- 0,3	+ 0,9	- 1,3	+ 0,0	+ 0,0	-	Febr.
- 0,4	- 0,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 1,8	- 1,8	+ 3,5	- 0,0	+ 0,0	-	März
- 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	-	- 0,1	- 0,4	- 0,1	+ 0,3	- 0,0	-	April
+ 3,7	+ 2,9	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	-	+ 4,4	+ 0,1	+ 3,4	+ 0,9	+ 0,1	-	Mai
- 1,6	- 1,1	- 0,6	+ 0,0	+ 0,1	-	+ 2,9	+ 0,7	+ 2,4	- 0,1	+ 0,0	-	Juni

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Spareinlagen 1)										Sparbriefe 3), abgegeben an				
Zeit	von Inländern					von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	Nicht-banken insgesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht-banken
	insgesamt	zusammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zusammen	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	zusammen			darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	zusammen	
			zusammen	darunter Sonder-spar-formen 2)	zusammen	darunter Sonder-spar-formen 2)								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2010	628,2	618,2	512,5	412,3	105,7	96,6	9,9	7,7	10,9	113,1	95,4	70,5	17,7	
2011	626,3	616,1	515,3	413,7	100,8	91,3	10,2	7,8	10,0	122,5	104,8	74,6	17,7	
2012	628,2	617,6	528,4	418,1	89,2	77,7	10,6	8,1	9,8	110,5	93,6	68,6	16,9	
2013 Febr.	627,0	616,6	530,7	416,6	85,9	74,4	10,4	8,0	0,3	105,3	88,5	65,8	16,8	
März	624,7	614,5	529,4	415,2	85,1	73,4	10,3	8,0	0,3	103,5	86,8	65,1	16,7	
April	622,6	612,3	528,7	414,6	83,6	71,7	10,3	8,0	0,3	101,7	85,1	64,5	16,6	
Mai	621,0	610,7	529,1	414,8	81,6	69,7	10,2	8,0	0,3	99,7	83,0	63,2	16,7	
Juni	619,8	609,7	528,9	413,9	80,8	68,7	10,1	8,0	0,2	97,5	81,0	61,8	16,5	
Veränderungen *)														
2011	- 2,4	- 2,6	+ 1,3	+ 0,2	- 3,9	- 4,3	+ 0,2	+ 0,1	.	+ 9,4	+ 9,3	+ 4,0	+ 0,2	
2012	+ 1,9	+ 1,5	+ 14,1	+ 5,6	- 12,6	- 14,6	+ 0,4	+ 0,3	.	- 12,0	- 11,2	- 6,1	- 0,7	
2013 Febr.	- 0,2	- 0,1	+ 1,4	- 0,4	- 1,5	- 1,6	- 0,1	- 0,0	.	- 2,1	- 2,2	- 1,2	+ 0,1	
März	- 2,2	- 2,2	- 1,4	- 1,4	- 0,8	- 0,9	- 0,1	- 0,0	.	- 1,8	- 1,8	- 0,7	- 0,1	
April	- 2,2	- 2,1	- 0,6	- 0,6	- 1,5	- 1,7	- 0,0	+ 0,0	.	- 1,8	- 1,6	- 0,6	- 0,1	
Mai	- 1,6	- 1,6	+ 0,4	+ 0,2	- 2,0	- 2,1	- 0,1	- 0,0	.	- 2,0	- 2,2	- 1,3	+ 0,1	
Juni	- 1,1	- 1,1	- 0,2	- 0,8	- 0,8	- 0,9	- 0,1	- 0,0	.	- 2,2	- 2,0	- 1,3	- 0,2	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene		
Zeit	insgesamt	darunter:				mit Laufzeit				insgesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsenfähige Schuldverschreibungen	nicht börsenfähige Schuldverschreibungen	
		variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremdwährungsanleihen 3) 4)	Certificates of Deposit	bis 1 Jahr einschl.		über 1 Jahr bis 2 Jahre						über 2 Jahre
						zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)	zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2010	1 435,1	342,0	40,7	366,5	82,8	97,0	4,6	56,8	6,5	1 281,4	0,7	0,6	43,9	1,5
2011	1 375,4	352,6	37,2	373,9	75,3	95,2	3,0	53,6	4,5	1 226,6	0,6	0,4	43,2	1,5
2012	1 265,1	346,8	31,6	362,3	58,9	76,4	3,0	51,3	4,4	1 137,4	0,3	0,3	38,6	1,1
2013 Febr.	1 259,4	341,6	31,5	369,8	69,6	85,8	3,0	46,8	4,4	1 126,8	0,3	0,3	37,2	1,1
März	1 247,0	338,5	30,3	370,6	72,5	86,8	2,9	45,7	4,5	1 114,5	0,3	0,3	37,2	1,1
April	1 235,0	335,3	31,3	360,4	70,7	84,9	3,0	44,4	4,7	1 105,7	0,3	0,3	36,4	1,1
Mai	1 217,2	331,6	30,2	354,5	71,1	83,6	2,5	42,1	4,4	1 091,5	0,3	0,3	37,6	1,1
Juni	1 209,2	329,1	30,1	355,3	73,1	86,2	2,9	40,3	4,6	1 082,7	0,3	0,2	37,6	1,1
Veränderungen *)														
2011	- 59,0	+ 10,6	- 5,2	+ 8,4	- 7,5	- 2,1	- 1,6	- 2,9	- 2,0	- 54,0	- 0,0	- 0,2	- 0,8	- 0,0
2012	- 111,0	- 7,4	- 6,3	- 12,0	- 16,4	- 19,5	- 0,0	- 2,3	- 0,3	- 89,2	+ 0,3	- 0,1	- 4,6	- 0,5
2013 Febr.	+ 11,4	- 2,3	+ 1,1	+ 17,3	+ 7,9	+ 8,9	+ 0,1	- 1,3	+ 0,0	+ 3,8	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	-
März	- 12,4	- 3,1	- 1,3	+ 0,8	+ 3,0	+ 1,0	- 0,0	- 1,1	+ 0,1	- 12,3	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0
April	- 12,0	- 3,2	+ 1,0	- 10,2	- 1,9	- 1,8	+ 0,1	- 1,3	+ 0,2	- 8,8	+ 0,0	- 0,0	- 0,8	-
Mai	- 17,8	- 3,6	- 1,1	- 5,9	+ 0,4	- 1,3	- 0,6	- 2,3	- 0,3	- 14,2	- 0,0	- 0,0	+ 1,1	- 0,0
Juni	- 8,0	- 2,5	- 0,0	+ 0,8	+ 2,0	+ 2,6	+ 0,4	- 1,7	+ 0,3	- 8,8	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	-

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *) Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bun-gen 3)	Baudarlehen		Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schät-ze) 4)	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder 6)				
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwi-schen-finanzie-rungs-kredite						sonstige Baudar-lehen			
Alle Bausparkassen																
2011	23	197,5	41,4	0,0	17,6	27,1	74,2	15,9	13,0	0,7	22,8	136,7	6,9	5,4	8,3	99,2
2012	22	200,6	42,2	0,0	17,5	24,0	78,3	16,0	14,5	1,3	21,0	141,9	6,4	4,9	8,7	101,8
2013 April	22	201,9	43,5	0,0	16,9	22,9	79,0	16,6	15,6	1,4	20,7	144,4	6,1	4,2	9,0	10,1
Mai	22	202,4	43,5	0,0	17,0	22,6	79,2	16,9	15,9	1,5	20,8	144,9	6,0	4,2	9,0	9,4
Juni	22	203,0	43,5	0,0	17,0	22,4	79,9	16,9	16,3	1,5	20,6	145,4	6,0	4,2	9,0	8,5
Private Bausparkassen																
2013 April	12	143,8	25,9	0,0	10,9	15,5	62,5	14,3	8,1	1,0	18,0	95,5	5,9	4,2	6,0	7,0
Mai	12	143,9	25,9	0,0	10,8	15,3	62,7	14,6	8,2	1,0	18,0	95,9	5,9	4,2	6,0	6,0
Juni	12	144,0	25,8	0,0	10,7	15,2	63,2	14,5	8,3	1,0	17,5	96,2	5,8	4,2	6,0	5,4
Öffentliche Bausparkassen																
2013 April	10	58,2	17,6	0,0	6,0	7,4	16,4	2,3	7,6	0,4	2,7	48,9	0,1	-	2,9	3,2
Mai	10	58,5	17,6	0,0	6,2	7,3	16,5	2,3	7,7	0,5	2,8	49,1	0,1	-	2,9	3,5
Juni	10	58,9	17,6	0,0	6,3	7,2	16,7	2,3	8,0	0,5	3,1	49,1	0,1	-	3,0	3,1

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 12)	
	eingezahlte Bausparbeiträge 9)	Zinsgutschriften auf Bauspäreinlagen	Rückzahlungen von Bauspäreinlagen aus nicht zugeordneten Verträgen	insgesamt	darunter Netto-Zuteilungen 11)	Zuteilungen		neu gewährte Vor- und Zwischenfinanzierungskredite und sonstige Baudarlehen	darunter aus Zuteilungen	insgesamt	darunter aus Zuteilungen im Quartal	insgesamt	darunter Tilgungen im Quartal			
						Bauspäreinlagen	Bauspardarlehen 9)									
Alle Bausparkassen																
2011	27,6	2,5	6,1	46,2	31,0	40,9	18,1	4,4	8,2	4,1	14,6	12,1	7,5	11,0	9,3	0,5
2012	28,5	2,6	6,8	48,3	31,0	40,8	18,3	4,1	6,8	3,7	15,7	13,2	7,7	12,1	10,1	0,4
2013 April	2,6	0,0	0,6	4,5	3,0	3,8	1,7	0,5	0,7	0,4	1,4	13,7	8,0	1,1		0,0
Mai	2,6	0,0	0,5	4,0	2,6	3,3	1,5	0,4	0,5	0,3	1,3	13,9	8,1	1,0		0,0
Juni	2,4	0,0	0,5	4,3	2,4	3,4	1,4	0,3	0,5	0,3	1,5	14,3	8,1	1,0	...	0,0
Private Bausparkassen																
2013 April	1,8	0,0	0,3	3,2	2,1	2,8	1,2	0,4	0,5	0,4	1,1	8,9	4,3	0,7		0,0
Mai	1,6	0,0	0,3	2,8	1,6	2,4	1,0	0,3	0,4	0,2	1,0	9,1	4,3	0,7		0,0
Juni	1,6	0,0	0,3	3,0	1,6	2,4	1,0	0,2	0,4	0,2	1,1	9,4	4,4	0,7	...	0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2013 April	0,9	0,0	0,3	1,3	0,9	1,0	0,5	0,1	0,2	0,1	0,3	4,7	3,7	0,3		0,0
Mai	0,9	0,0	0,3	1,3	0,9	0,9	0,5	0,1	0,1	0,1	0,3	4,9	3,8	0,3		0,0
Juni	0,8	0,0	0,3	1,3	0,9	1,0	0,5	0,1	0,2	0,1	0,3	4,9	3,8	0,3	...	0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. 7 Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. 9 Auszahlungen von Bauspäreinlagen aus zugeordneten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. 13 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Kredite an Banken (MFIs)						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen *)		
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter	Bilanz-summe *)	Guthaben und Buchkredite				Geldmarkt-papiere, Wertpa-piere 2) 3)	Buchkredite			Geldmarkt-papiere, Wertpa-piere 2)	ins-gesamt	darunter: Derivative Finanz-instrumente des Handels-bestands		
				ins-gesamt	zu-sammen	deutsche Banken	auslän-dische Banken		ins-gesamt	zu-sammen	an deutsche Nicht-banken				an auslän-dische Nicht-banken	
Auslandsfilialen															Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2010	55	212	2 226,3	591,4	564,8	232,0	332,8	26,6	696,7	532,5	27,5	505,0	164,2	938,2	633,9	
2011	56	209	2 316,6	603,9	584,9	199,1	385,8	19,0	642,5	504,3	23,2	481,0	138,2	1 070,2	885,0	
2012	55	210	2 042,7	552,1	537,9	179,5	358,4	14,2	550,2	427,1	16,9	410,2	123,1	940,4	671,8	
2012 Aug.	57	210	2 206,0	539,7	524,2	192,0	332,2	15,5	614,0	483,8	19,8	464,1	130,2	1 052,3	811,7	
Sept.	57	211	2 178,7	559,0	544,6	183,7	360,8	14,4	625,1	496,7	19,0	477,8	128,3	994,6	776,3	
Okt.	56	210	2 137,1	555,9	541,3	188,8	352,5	14,6	581,1	457,8	18,1	439,8	123,2	1 000,0	744,6	
Nov.	55	208	2 145,2	554,5	539,7	180,3	359,4	14,9	587,2	461,7	22,1	439,6	125,5	1 003,4	709,5	
Dez.	55	210	2 042,7	552,1	537,9	179,5	358,4	14,2	550,2	427,1	16,9	410,2	123,1	940,4	671,8	
2013 Jan.	55	209	2 048,5	554,7	539,9	182,7	357,2	14,8	560,1	436,2	15,6	420,6	123,8	933,8	633,7	
Febr.	55	209	2 052,3	547,0	531,9	165,9	366,0	15,1	578,8	456,2	14,6	441,7	122,5	926,5	650,9	
März	55	209	2 007,7	541,0	525,3	162,4	362,9	15,7	580,6	454,3	14,7	439,6	126,3	886,2	636,8	
April	55	207	2 034,7	537,8	522,2	163,0	359,1	15,6	578,8	458,2	13,7	444,6	120,6	918,1	656,3	
Mai	55	208	2 003,3	534,1	518,7	160,6	358,2	15,3	595,4	468,8	13,0	455,7	126,6	873,8	613,0	
Veränderungen *)																
2011	+ 1	- 3	+ 56,9	- 4,6	+ 3,2	- 32,9	+ 36,2	- 7,9	- 68,9	- 40,9	- 4,3	- 36,7	- 28,0	+ 130,4	+ 251,0	
2012	- 2	+ 1	- 261,8	- 45,7	- 41,0	- 19,6	- 21,4	- 4,7	- 86,9	- 73,0	- 6,4	- 66,7	- 13,9	- 129,3	- 213,2	
2012 Sept.	-	+ 1	- 13,6	+ 25,1	+ 26,1	- 8,3	+ 34,4	- 1,0	+ 18,0	+ 18,6	- 0,8	+ 19,4	- 0,5	- 56,7	- 35,4	
Okt.	- 1	- 1	- 35,9	- 0,8	- 1,0	+ 5,1	- 6,1	+ 0,2	- 40,9	- 36,3	- 0,9	- 35,4	- 4,5	+ 5,8	- 31,6	
Nov.	- 1	- 2	+ 9,6	- 0,9	- 1,2	- 8,5	+ 7,4	+ 0,3	+ 6,9	+ 4,5	+ 4,0	+ 0,5	+ 2,5	+ 3,6	- 35,1	
Dez.	-	+ 2	- 90,2	+ 3,2	+ 3,7	- 0,7	+ 4,5	- 0,6	- 31,4	- 30,1	- 5,2	- 24,9	- 1,3	- 62,0	- 37,7	
2013 Jan.	-	- 1	+ 27,9	+ 12,4	+ 11,7	+ 3,1	+ 8,6	+ 0,7	+ 20,9	+ 18,2	- 1,3	+ 19,5	+ 2,7	- 5,4	- 38,1	
Febr.	-	-	- 14,1	- 16,9	- 17,1	- 16,8	- 0,3	+ 0,2	+ 11,5	+ 14,2	- 1,0	+ 15,3	- 2,8	- 8,7	+ 17,2	
März	-	-	- 61,2	- 13,7	- 14,1	- 3,5	- 10,6	+ 0,4	- 6,1	- 8,5	+ 0,1	- 8,7	+ 2,5	- 41,5	- 14,1	
April	-	- 2	+ 41,3	+ 4,1	+ 4,1	+ 0,6	+ 3,5	+ 0,0	+ 4,4	+ 9,0	- 1,0	+ 10,1	- 4,6	+ 32,7	+ 19,5	
Mai	-	+ 1	- 31,5	- 4,0	- 3,8	- 2,5	- 1,3	- 0,3	+ 16,8	+ 10,7	- 0,6	+ 11,3	+ 6,1	- 44,3	- 43,3	
Auslandstöchter															Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2010	37	93	495,1	220,9	178,7	98,8	79,9	42,1	218,3	168,8	37,7	131,2	49,5	55,9	-	
2011	35	87	478,6	210,3	172,8	95,3	77,5	37,5	210,5	165,1	35,6	129,5	45,5	57,7	-	
2012	35	83	458,7	199,5	166,3	94,5	71,8	33,2	204,7	162,1	30,6	131,5	42,5	54,6	-	
2012 Aug.	35	86	468,1	207,2	175,3	97,7	77,6	32,0	207,6	163,7	32,8	130,9	43,9	53,2	-	
Sept.	35	86	479,8	215,6	183,5	101,1	82,4	32,2	207,0	163,7	31,7	131,9	43,3	57,2	-	
Okt.	35	84	468,5	209,0	176,5	99,6	76,9	32,5	204,9	161,7	32,0	129,7	43,3	54,6	-	
Nov.	35	83	467,5	211,3	178,7	101,8	76,9	32,6	201,5	158,1	31,6	126,4	43,4	54,7	-	
Dez.	35	83	458,7	199,5	166,3	94,5	71,8	33,2	204,7	162,1	30,6	131,5	42,5	54,6	-	
2013 Jan.	35	83	443,3	194,6	161,1	92,8	68,3	33,6	195,8	153,4	29,9	123,5	42,4	52,9	-	
Febr.	35	83	444,4	194,1	161,2	93,6	67,7	32,9	197,3	154,2	29,7	124,5	43,1	53,0	-	
März	35	83	455,7	194,6	161,8	95,4	66,4	32,8	205,8	163,0	29,4	133,6	42,9	55,3	-	
April	35	83	444,6	188,8	156,6	91,1	65,5	32,1	201,5	158,3	28,5	129,8	43,3	54,3	-	
Mai	35	83	438,4	193,0	161,6	96,5	65,1	31,4	196,2	154,3	28,9	125,4	41,9	49,2	-	
Veränderungen *)																
2011	- 2	- 6	- 20,1	- 12,2	- 7,2	- 3,5	- 3,7	- 5,0	- 9,6	- 5,5	- 2,1	- 3,4	- 4,0	+ 1,6	-	
2012	-	- 4	- 18,2	- 9,9	- 5,9	- 0,8	- 5,1	- 4,1	- 5,2	- 2,3	- 5,0	+ 2,7	- 2,9	- 3,1	-	
2012 Sept.	-	-	+ 13,7	+ 9,4	+ 8,9	+ 3,4	+ 5,5	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,8	- 1,1	+ 1,9	- 0,5	+ 4,0	-	
Okt.	-	- 2	- 10,7	- 6,4	- 6,8	- 1,5	- 5,2	+ 0,4	- 1,8	- 1,7	+ 0,3	- 2,0	- 0,0	- 2,6	-	
Nov.	-	- 1	- 0,9	+ 2,3	+ 2,2	+ 0,0	+ 2,2	+ 0,2	- 3,4	- 3,5	- 0,3	- 3,2	+ 0,1	+ 0,2	-	
Dez.	-	-	- 7,3	- 11,0	- 11,8	- 7,3	- 4,5	+ 0,8	+ 3,8	+ 4,6	- 1,0	+ 5,7	- 0,8	- 0,1	-	
2013 Jan.	-	-	- 12,4	- 3,4	- 4,1	- 1,8	- 2,4	+ 0,7	- 7,4	- 7,2	- 0,7	- 6,5	- 0,2	- 1,6	-	
Febr.	-	-	- 1,3	- 1,8	- 0,8	+ 0,8	- 1,7	+ 1,0	+ 0,6	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,0	-	
März	-	-	+ 9,4	- 0,4	- 0,3	+ 1,8	- 2,1	- 0,1	+ 7,5	+ 8,0	- 0,3	+ 8,3	- 0,5	+ 2,3	-	
April	-	-	- 9,3	- 4,9	- 4,5	- 4,3	- 0,2	- 0,4	- 3,4	- 3,8	- 0,9	- 2,9	+ 0,4	- 1,0	-	
Mai	-	-	- 6,2	+ 4,2	+ 4,9	+ 5,4	- 0,5	- 0,7	- 5,3	- 3,9	+ 0,4	- 4,3	- 1,4	- 5,1	-	

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslands-töchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite												Sonstige Passivpositionen 6) 7)		
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Geldmarktpapiere und Schuldverschreibungen im Umlauf 5)	Betriebskapital bzw. Eigenkapital	insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands	Zeit	
	zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken	insgesamt	deutsche Nichtbanken 4)			ausländische Nichtbanken						
					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandsfilialen	
1 131,3	751,9	398,2	353,7	379,4	44,9	39,2	5,7	334,5	187,1	34,7	873,3	648,7	2010	
1 179,6	814,0	406,6	407,4	365,6	35,9	30,3	5,6	329,7	141,2	38,6	957,2	880,2	2011	
1 054,8	727,7	371,2	356,5	327,1	34,7	26,9	7,8	292,4	127,0	39,9	821,1	670,8	2012	
1 112,1	765,5	373,3	392,2	346,6	26,8	19,6	7,3	319,8	143,0	39,1	911,8	813,1	2012 Aug.	
1 128,3	768,0	382,4	385,7	360,2	27,8	20,6	7,1	332,4	138,4	38,9	873,2	774,2	Sept.	
1 121,3	779,2	379,9	399,4	342,1	28,0	20,9	7,1	314,0	130,0	38,8	847,0	745,5	Okt.	
1 122,7	757,9	364,3	393,6	364,7	34,3	27,1	7,2	330,4	128,4	38,2	855,9	706,9	Nov.	
1 054,8	727,7	371,2	356,5	327,1	34,7	26,9	7,8	292,4	127,0	39,9	821,1	670,8	Dez.	
1 086,1	722,9	351,6	371,3	363,2	35,4	27,8	7,5	327,8	128,2	40,1	794,1	637,8	2013 Jan.	
1 081,6	706,5	347,4	359,1	375,1	29,4	21,7	7,8	345,7	140,1	40,9	789,7	657,4	Febr.	
1 054,5	711,5	340,1	371,4	343,0	30,5	23,0	7,5	312,5	137,3	41,2	774,7	653,1	März	
1 067,1	702,0	332,0	370,0	365,1	30,3	23,1	7,2	334,8	135,3	41,0	791,2	663,1	April	
1 079,0	692,0	338,8	353,2	387,0	28,7	21,6	7,1	358,3	140,3	41,0	743,0	614,7	Mai	
Veränderungen *)													Auslandstöchter	
+ 27,0	+ 50,1	+ 8,4	+ 41,7	- 23,1	- 9,0	- 8,9	- 0,0	- 14,2	- 45,8	+ 3,9	+ 71,9	+ 231,5	2011	
- 114,6	- 80,1	- 35,3	- 44,8	- 34,5	- 1,3	- 3,4	+ 2,1	- 33,2	- 14,3	+ 1,4	- 134,3	- 209,4	2012	
+ 26,8	+ 8,6	+ 9,1	+ 0,4	+ 18,2	+ 1,0	+ 1,1	- 0,1	+ 17,2	- 4,7	- 0,2	- 35,5	- 38,9	2012 Sept.	
- 2,7	+ 13,6	- 2,5	+ 16,0	- 16,2	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	- 16,5	- 8,3	- 0,1	- 24,7	- 28,7	Okt.	
+ 2,7	- 20,5	- 15,5	- 4,9	+ 23,1	+ 6,3	+ 6,2	+ 0,1	+ 16,9	- 1,6	- 0,6	+ 9,1	- 38,6	Nov.	
- 58,7	- 24,8	+ 6,9	- 31,7	- 34,0	+ 0,4	- 0,2	+ 0,6	- 34,3	- 1,5	+ 1,7	- 31,8	- 36,0	Dez.	
+ 45,7	+ 3,2	- 19,6	+ 22,8	+ 42,5	+ 0,7	+ 1,0	- 0,2	+ 41,8	+ 1,3	+ 0,2	- 19,2	- 33,0	2013 Jan.	
- 17,7	- 24,0	- 4,3	- 19,7	+ 6,3	- 6,0	- 6,2	+ 0,2	+ 12,2	+ 11,9	+ 0,8	- 9,1	+ 19,6	Febr.	
- 39,0	- 0,6	- 7,3	+ 6,7	- 38,4	+ 1,1	+ 1,3	- 0,3	- 39,4	- 2,9	+ 0,3	- 19,7	- 4,3	März	
+ 22,1	- 4,0	- 8,1	+ 4,1	+ 26,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	+ 26,2	- 1,9	- 0,2	+ 21,3	+ 9,9	April	
+ 11,4	- 10,5	+ 6,8	- 17,3	+ 21,8	- 1,7	- 1,6	- 0,1	+ 23,5	+ 5,0	- 0,1	- 47,8	- 48,4	Mai	
387,4	221,1	136,4	84,7	166,3	31,0	23,6	7,3	135,3	28,9	31,8	46,9	-	2010	
377,5	229,6	142,4	87,2	147,9	26,7	19,8	6,9	121,2	25,1	30,8	45,2	-	2011	
356,8	207,7	120,4	87,2	149,2	22,0	17,8	4,2	127,1	24,9	32,1	44,9	-	2012	
358,9	211,6	124,4	87,1	147,3	24,7	17,7	7,0	122,6	24,8	33,5	50,9	-	2012 Aug.	
371,3	214,4	122,2	92,2	156,9	25,2	18,2	7,0	131,7	24,5	32,3	51,7	-	Sept.	
364,1	211,0	120,8	90,2	153,1	25,2	20,8	4,4	128,0	24,0	32,1	48,3	-	Okt.	
362,6	210,5	122,6	87,9	152,0	24,7	20,3	4,3	127,4	25,5	32,2	47,3	-	Nov.	
356,8	207,7	120,4	87,2	149,2	22,0	17,8	4,2	127,1	24,9	32,1	44,9	-	Dez.	
344,2	195,6	115,6	80,0	148,7	22,2	18,1	4,1	126,4	24,3	32,3	42,5	-	2013 Jan.	
345,1	194,6	113,1	81,5	150,4	22,3	18,2	4,1	128,1	24,6	32,9	41,9	-	Febr.	
355,7	200,6	115,7	84,9	155,1	22,3	18,2	4,1	132,8	24,5	32,4	43,1	-	März	
345,1	194,6	114,3	80,4	150,5	22,3	18,2	4,1	128,2	23,9	32,7	42,8	-	April	
340,1	189,5	111,0	78,6	150,6	22,0	17,7	4,3	128,6	23,7	32,6	41,9	-	Mai	
Veränderungen *)													Auslandstöchter	
- 12,5	+ 7,1	+ 6,0	+ 1,1	- 19,6	- 4,2	- 3,8	- 0,4	- 15,3	- 3,8	- 1,0	- 2,8	-	2011	
- 19,6	- 21,3	- 22,0	+ 0,7	+ 1,7	- 4,7	- 2,0	- 2,7	+ 6,4	- 0,2	+ 1,3	+ 0,3	-	2012	
+ 13,9	+ 3,6	- 2,3	+ 5,9	+ 10,3	+ 0,5	+ 0,5	- 0,0	+ 9,8	- 0,3	- 1,3	+ 1,4	-	2012 Sept.	
- 6,8	- 3,1	- 1,4	- 1,8	- 3,6	- 0,0	+ 2,6	- 2,6	- 3,6	- 0,5	- 0,2	- 3,3	-	Okt.	
- 1,5	- 0,4	+ 1,8	- 2,3	- 1,1	- 0,5	- 0,5	- 0,0	- 0,6	+ 1,4	+ 0,1	- 0,9	-	Nov.	
- 4,6	- 2,2	- 2,2	- 0,0	- 2,4	- 2,6	- 2,5	- 0,1	+ 0,2	- 0,6	- 0,1	- 2,1	-	Dez.	
- 10,4	- 11,0	- 4,8	- 6,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,4	- 0,6	+ 0,2	- 1,6	-	2013 Jan.	
- 1,0	- 1,8	- 2,5	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,6	- 1,1	-	Febr.	
+ 9,1	+ 5,2	+ 2,6	+ 2,6	+ 3,9	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 3,9	- 0,0	- 0,5	+ 0,9	-	März	
- 9,1	- 5,2	- 1,4	- 3,8	- 3,9	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 3,9	- 0,6	+ 0,3	+ 0,1	-	April	
- 5,1	- 5,2	- 3,3	- 1,8	+ 0,1	- 0,2	- 0,4	+ 0,2	+ 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,8	-	Mai	

zählen als eine Filiale. 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuld-

verschreibungen. 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Reservesätze Deutschland

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2
2012 18. Januar	1

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998 – gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt im Monat 1)	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR). 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). 3 Durchschnittliche Guthaben der

reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion – ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungsperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
Europäische Währungsunion (Mrd €)							
2012 Dez.	10 648,6	106,5	0,5	106,0	489,0	383,0	0,0
2013 Jan.	10 591,4	105,9	0,5	105,4	466,3	360,9	0,0
Febr.	10 609,2	106,1	0,5	105,6	403,0	297,4	0,0
März	10 537,0	105,4	0,5	104,9	346,0	241,1	0,0
April	10 535,0	105,4	0,5	104,9	322,2	217,3	0,0
Mai	10 577,9	105,8	0,5	105,3	300,3	195,0	0,0
Juni	10 554,5	105,5	0,5	105,1	286,5	181,4	0,0
Juli p)	10 494,9	104,9	0,5	104,5	269,6	165,1	0,0
Aug. p)	104,9
Darunter: Deutschland (Mio €)							
2012 Dez.	2 874 716	28 747	180	28 567	158 174	129 607	1
2013 Jan.	2 864 858	28 649	180	28 468	144 153	115 685	1
Febr.	2 801 456	28 015	180	27 834	120 988	93 154	0
März	2 775 049	27 750	180	27 570	109 742	82 172	1
April	2 767 454	27 675	180	27 494	100 324	72 830	0
Mai	2 770 161	27 702	180	27 521	97 004	69 483	0
Juni	2 767 670	27 677	180	27 496	96 958	69 462	0
Juli p)	2 754 066	27 541	180	27 361	87 020	59 659	1
Aug. p)	2 758 601	27 586	179	27 407

1 Ab März 2004 beginnt die Erfüllungsperiode am Abwicklungstag des Hauptfinanzierungsgeschäfts, das auf auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung

der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht. 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität		
		Festsatz	Mindestbietungssatz				Festsatz	Mindestbietungssatz			
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00		
2006 8. März 15. Juni 9. Aug. 11. Okt. 13. Dez.	1,50	–	2,50	3,50	11. März	0,50	1,50	–	2,50		
	1,75	–	2,75	3,75	8. April	0,25	1,25	–	2,25		
	2,00	–	3,00	4,00	13. Mai	0,25	1,00	–	1,75		
	2,25	–	3,25	4,25	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00		
	2,50	–	3,50	4,50		13. Juli	0,75	1,50	–	2,25	
2007 14. März 13. Juni	2,75	–	3,75	4,75	9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00		
	3,00	–	4,00	5,00	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75		
2008 9. Juli 8. Okt. 9. Okt. 12. Nov. 10. Dez.	3,25	–	4,25	5,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50		
	2,75	–	3,75	4,75		2013 8. Mai	0,00	0,50	–	1,00	
	3,25	3,75	–	4,25							
	2,75	3,25	–	3,75							
	2,00	2,50	–	3,00							

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2007 1. Jan.	2,70
1. Juli	2,47	1. Juli	3,19
2003 1. Jan.	1,97	2008 1. Jan.	3,32
	1,22		1. Juli
2004 1. Jan.	1,14	2009 1. Jan.	1,62
	1,13		1. Juli
2005 1. Jan.	1,21	2011 1. Juli	0,37
	1,17		
2006 1. Jan.	1,37	2012 1. Jan.	0,12
	1,95		1. Juli
		2013 1. Jan.	–0,38

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) *)

Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender			Laufzeit
		Festsatz	Mindestbietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	Tage	
Gutschriftstag	Mio €	% p.a.					Tage
Hauptrefinanzierungsgeschäfte							
2013 10. Juli	102 064	102 064	0,50	–	–	–	7
17. Juli	104 427	104 427	0,50	–	–	–	7
24. Juli	102 302	102 302	0,50	–	–	–	7
31. Juli	109 163	109 163	0,50	–	–	–	7
7. Aug.	99 413	99 413	0,50	–	–	–	7
14. Aug.	97 561	97 561	0,50	–	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte							
2013 12. Juni	3 591	3 591	0,50	–	–	–	28
27. Juni	9 477	9 477	2) ...	–	–	–	91
10. Juli	3 536	3 536	0,50	–	–	–	28
1. Aug.	2 683	2 683	2) ...	–	–	–	91
7. Aug.	3 910	3 910	0,50	–	–	–	35

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

4. Geldmarktsätze nach Monaten *)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	EONIA Swap Index 2)					EURIBOR 3)					
	EONIA 1)	Wochengeld	Monatsgeld	Drei-monatsgeld	Sechs-monatsgeld	Zwölf-monatsgeld	Wochengeld	Monatsgeld	Drei-monatsgeld	Sechs-monatsgeld	Zwölf-monatsgeld
2013 Jan.	0,07	0,07	0,08	0,09	0,10	0,14	0,08	0,11	0,20	0,34	0,58
Febr.	0,07	0,08	0,08	0,10	0,12	0,16	0,08	0,12	0,22	0,36	0,59
März	0,07	0,07	0,08	0,08	0,08	0,09	0,08	0,12	0,21	0,33	0,54
April	0,08	0,08	0,08	0,08	0,08	0,09	0,08	0,12	0,21	0,32	0,53
Mai	0,08	0,08	0,08	0,07	0,06	0,06	0,08	0,11	0,20	0,30	0,48
Juni	0,09	0,09	0,09	0,09	0,10	0,13	0,09	0,12	0,21	0,32	0,51
Juli	0,09	0,09	0,10	0,10	0,11	0,14	0,10	0,13	0,22	0,34	0,53

* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Umstimmigkeiten des EONIA Satzes, der EURIBOR Sätze und der EONIA Swap Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average; Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnitts-

satz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht wird. 2 EONIA Swap Index: Seit 20. Juni 2005 von Reuters veröffentlichter Referenzzinssatz für Eurogeldmarktderivate, der als Spot-Wert (T+2) auf der Zinsmethode act/360 basiert. 3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *) a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2012 Juni	1,82	138 295	2,29	229 269	1,16	92 613	3,48	22 722
Juli	1,79	136 532	2,28	229 047	1,09	93 203	3,46	22 303
Aug.	1,76	133 856	2,28	229 010	1,01	93 589	3,43	22 163
Sept.	1,72	131 046	2,27	228 970	0,95	90 793	3,41	21 373
Okt.	1,66	127 314	2,20	228 315	0,91	87 278	3,38	21 082
Nov.	1,61	124 114	2,18	227 048	0,86	84 081	3,36	21 367
Dez.	1,57	121 482	2,16	228 742	0,78	81 845	3,33	21 289
2013 Jan.	1,51	118 094	2,13	227 465	0,72	79 925	3,31	21 296
Febr.	1,47	115 772	2,11	226 984	0,69	79 483	3,30	21 367
März	1,43	112 731	2,10	226 940	0,64	79 303	3,30	21 000
April	1,38	110 618	2,09	226 550	0,60	80 849	3,25	20 869
Mai	1,35	108 839	2,06	225 847	0,58	78 814	3,23	20 652
Juni	1,30	106 091	2,04	225 028	0,57	77 887	3,23	20 352

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2012 Juni	3,80	5 206	3,61	28 620	4,39	940 699	8,19	64 670	5,30	74 576	5,41	314 970
Juli	3,70	5 302	3,57	28 775	4,37	942 529	7,99	63 767	5,28	75 103	5,39	315 554
Aug.	3,64	5 278	3,54	28 844	4,34	945 754	8,00	62 298	5,24	75 464	5,36	316 273
Sept.	3,59	5 351	3,52	28 910	4,33	948 590	7,98	63 666	5,22	75 456	5,34	314 885
Okt.	3,50	5 351	3,47	29 062	4,30	951 931	7,88	62 816	5,19	75 715	5,29	314 779
Nov.	3,48	5 334	3,44	29 210	4,28	955 995	7,60	61 696	5,16	75 919	5,27	313 967
Dez.	3,43	5 411	3,41	29 153	4,26	957 142	7,77	63 468	5,13	75 716	5,25	310 974
2013 Jan.	3,35	5 441	3,39	29 130	4,23	956 829	7,64	60 580	5,22	76 521	5,22	310 092
Febr.	3,32	5 358	3,37	28 985	4,21	957 811	7,56	60 776	5,22	75 576	5,21	310 001
März	3,32	5 380	3,34	28 892	4,19	959 296	7,59	61 732	5,19	75 792	5,19	308 862
April	3,35	5 429	3,31	28 943	4,17	960 434	7,57	60 887	5,17	76 405	5,17	309 418
Mai	3,34	5 513	3,28	28 887	4,15	962 645	7,51	60 234	5,15	76 791	5,15	309 610
Juni	3,33	5 484	3,26	28 964	4,12	965 019	7,56	61 273	5,13	76 730	5,14	308 931

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2012 Juni	3,48	141 449	3,41	126 567	3,66	573 352
Juli	3,35	140 569	3,32	126 973	3,60	576 961
Aug.	3,26	138 764	3,29	126 115	3,56	578 675
Sept.	3,26	142 543	3,21	125 674	3,51	577 371
Okt.	3,19	137 982	3,13	125 803	3,46	577 814
Nov.	3,16	138 994	3,10	126 756	3,44	580 329
Dez.	3,17	134 186	3,03	126 718	3,41	579 210
2013 Jan.	3,10	133 611	3,02	126 056	3,36	579 904
Febr.	3,11	136 265	3,01	125 664	3,34	581 316
März	3,14	138 467	3,00	125 754	3,33	580 544
April	3,13	135 048	2,96	125 073	3,32	582 836
Mai	3,09	135 366	2,93	125 949	3,31	583 258
Juni	3,14	136 905	2,92	124 651	3,30	582 718

* Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angedeutet. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen. ^{o)} Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. ¹⁾ Die Effektivzinssätze werden

entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. ²⁾ Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. ³⁾ Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. ⁴⁾ Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. ⁵⁾ Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. ⁶⁾ Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47*).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.
Erhebungszeitraum												
2012 Juni	0,77	785 236	1,25	10 609	1,74	573	2,11	1 349	1,24	519 919	1,85	97 049
Juli	0,71	791 644	1,38	13 617	2,07	1 261	2,20	1 636	1,21	520 534	1,81	96 163
Aug.	0,68	801 510	1,28	10 091	2,09	1 261	2,08	1 426	1,16	521 324	1,77	94 750
Sept.	0,64	810 487	1,29	9 216	1,98	934	2,16	1 305	1,14	521 677	1,72	93 164
Okt.	0,61	815 493	1,07	10 129	1,92	1 090	1,93	1 483	1,09	521 818	1,66	92 409
Nov.	0,59	836 097	1,06	8 513	1,95	1 670	1,83	1 721	1,07	522 244	1,57	91 114
Dez.	0,57	841 703	0,79	8 557	1,74	1 212	1,67	1 463	1,03	528 458	1,50	89 519
2013 Jan.	0,54	847 786	0,92	8 877	1,80	1 616	1,77	1 715	0,96	529 365	1,43	87 663
Febr.	0,51	857 813	0,94	7 887	1,45	745	1,68	1 605	0,93	530 687	1,38	86 114
März	0,50	862 900	0,79	7 753	1,37	620	1,52	1 501	0,96	529 260	1,33	85 257
April	0,47	869 149	0,80	7 655	1,37	796	1,38	1 567	0,90	528 646	1,26	83 717
Mai	0,46	881 098	0,82	7 485	1,47	868	1,53	1 545	0,90	528 835	1,21	81 737
Juni	0,44	888 922	0,77	6 939	1,41	633	1,46	1 345	0,87	528 594	1,18	80 868

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.
Erhebungszeitraum								
2012 Juni	0,40	270 503	0,45	22 861	1,54	312	1,58	382
Juli	0,34	280 460	0,37	21 829	1,31	638	1,70	596
Aug.	0,30	288 016	0,33	17 086	1,43	405	1,58	413
Sept.	0,29	289 877	0,27	15 215	0,85	505	2,00	225
Okt.	0,26	300 920	0,19	22 907	1,04	523	1,53	410
Nov.	0,24	305 458	0,20	15 992	1,09	490	1,87	483
Dez.	0,22	311 043	0,15	20 225	0,74	546	1,74	381
2013 Jan.	0,22	306 757	0,20	22 534	0,95	364	1,09	315
Febr.	0,21	301 494	0,21	16 085	0,97	413	1,65	218
März	0,20	298 710	0,19	19 875	0,77	507	1,30	266
April	0,19	305 231	0,22	16 608	0,77	417	1,17	526
Mai	0,18	308 618	0,19	23 572	0,74	508	1,53	202
Juni	0,17	300 393	0,21	14 370	0,60	408	1,33	277

Kredite an private Haushalte												
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)												
variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen 10)						
						variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
						Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.
Erhebungszeitraum												
2012 Juni	2,25	4 835	4,32	1 213	3,33	2 603	2,50	2 768	4,54	794	3,28	1 577
Juli	1,97	5 557	4,07	1 450	3,27	2 930	2,56	2 929	4,21	910	3,20	1 682
Aug.	1,99	4 414	3,97	966	3,16	2 588	2,20	2 297	4,22	677	3,08	1 599
Sept.	1,94	4 454	4,19	860	3,07	2 252	2,14	2 565	4,35	589	3,02	1 399
Okt.	1,82	5 535	3,69	1 122	3,04	2 634	2,18	3 011	4,09	780	3,03	1 420
Nov.	1,75	4 142	3,86	966	2,98	2 443	2,09	2 229	3,99	736	2,96	1 452
Dez.	1,84	4 698	3,78	916	2,77	2 376	2,03	2 888	3,98	676	2,71	1 530
2013 Jan.	1,97	5 099	3,77	1 171	2,96	2 735	2,27	2 973	3,87	818	2,87	1 602
Febr.	1,84	4 102	3,54	920	2,96	2 125	2,05	2 452	3,73	657	2,91	1 248
März	1,90	4 698	3,80	900	2,88	2 574	2,10	2 636	3,95	717	2,88	1 432
April	1,99	5 235	3,57	1 181	2,95	2 815	2,33	2 916	3,70	882	2,88	1 734
Mai	1,80	3 726	3,62	864	2,91	2 318	2,04	2 255	3,80	670	2,88	1 325
Juni	1,84	5 512	3,65	886	2,81	2 651	2,01	2 768	3,85	657	2,76	1 497

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolvingierenden Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolvingierende Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft

wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Ab Juni 2010 erhoben.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte										
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)										
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	
Kredite insgesamt										
2012 Juni	6,48	6,08	5 408	3,64	672	5,30	2 488	7,68	2 248	
Juli	6,81	6,38	5 868	4,45	654	5,35	2 570	7,85	2 644	
Aug.	6,65	6,20	5 348	4,51	683	5,23	2 334	7,65	2 331	
Sept.	6,46	6,11	4 599	4,37	525	5,12	2 091	7,60	1 983	
Okt.	6,37	6,10	5 362	4,13	707	5,10	2 374	7,74	2 281	
Nov.	6,30	5,98	4 977	4,63	744	4,98	2 229	7,61	2 004	
Dez.	5,99	5,73	3 747	3,88	556	4,90	1 766	7,48	1 425	
2013 Jan.	6,72	6,47	5 140	4,85	508	5,22	2 314	8,08	2 318	
Febr.	6,54	6,23	4 781	4,61	620	5,10	2 161	7,95	2 000	
März	6,33	6,15	5 186	4,56	488	5,00	2 503	7,81	2 195	
April	6,30	6,18	5 658	4,89	554	4,94	2 725	7,91	2 379	
Mai	6,39	6,29	5 325	5,60	697	5,00	2 401	7,89	2 227	
Juni	6,41	6,29	5 396	5,46	618	5,03	2 399	7,77	2 379	
darunter: besicherte Kredite 12)										
2012 Juni	.	4,16	439	2,62	105	5,56	185	3,52	149	
Juli	.	4,50	387	3,70	57	5,39	196	3,54	134	
Aug.	.	3,95	450	3,34	152	5,12	155	3,32	143	
Sept.	.	3,90	361	2,99	114	5,15	129	3,42	118	
Okt.	.	3,75	409	2,57	152	5,25	139	3,51	118	
Nov.	.	3,88	358	2,98	140	5,28	114	3,56	104	
Dez.	.	3,81	294	2,92	100	5,01	103	3,40	91	
2013 Jan.	.	4,00	271	3,06	57	5,01	111	3,42	103	
Febr.	.	3,56	426	2,90	239	4,93	116	3,56	71	
März	.	4,10	278	3,43	49	4,70	140	3,52	89	
April	.	3,92	316	2,96	60	4,55	165	3,40	91	
Mai	.	3,95	273	3,19	41	4,57	141	3,32	91	
Juni	.	4,15	274	3,65	43	4,66	155	3,41	76	

noch: Kredite an private Haushalte											
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt											
2012 Juni	3,15	3,06	16 401	3,08	2 175	2,80	2 079	3,04	6 297	3,17	5 850
Juli	3,10	3,02	18 647	3,17	2 644	2,81	2 468	2,98	7 782	3,09	5 753
Aug.	3,03	2,95	17 424	3,07	2 332	2,68	2 117	2,88	7 073	3,08	5 902
Sept.	2,97	2,89	15 109	2,85	1 971	2,63	2 013	2,85	5 885	3,03	5 240
Okt.	2,96	2,88	17 328	2,87	2 600	2,62	2 243	2,84	7 027	3,06	5 458
Nov.	2,92	2,84	16 415	2,86	2 122	2,54	2 415	2,82	6 400	2,99	5 478
Dez.	2,91	2,82	14 190	2,88	2 222	2,55	1 747	2,78	5 776	2,94	4 445
2013 Jan.	2,86	2,79	17 268	2,79	3 178	2,51	2 236	2,75	7 138	3,00	4 716
Febr.	2,86	2,79	14 470	2,80	2 124	2,44	1 802	2,74	6 100	3,00	4 444
März	2,87	2,81	15 659	2,75	2 291	2,54	2 045	2,77	6 235	2,99	5 088
April	2,90	2,83	18 191	2,87	2 887	2,50	2 364	2,74	7 590	3,08	5 350
Mai	2,79	2,71	15 740	2,91	2 281	2,38	2 004	2,64	6 498	2,84	4 957
Juni	2,71	2,64	16 804	2,79	2 317	2,31	2 054	2,57	6 758	2,78	5 675
darunter: besicherte Kredite 12)											
2012 Juni	.	2,97	7 321	2,91	862	2,67	1 011	2,97	2 982	3,13	2 466
Juli	.	2,92	8 668	2,99	1 104	2,69	1 218	2,91	3 673	3,01	2 673
Aug.	.	2,88	8 296	2,96	981	2,56	1 080	2,82	3 388	3,03	2 847
Sept.	.	2,83	7 092	2,70	845	2,54	965	2,83	2 811	2,99	2 471
Okt.	.	2,82	8 239	2,67	1 071	2,54	1 132	2,80	3 420	3,03	2 616
Nov.	.	2,77	7 508	2,80	834	2,46	1 055	2,75	3 049	2,92	2 570
Dez.	.	2,72	6 729	2,65	976	2,40	888	2,71	2 777	2,90	2 088
2013 Jan.	.	2,71	7 856	2,63	1 244	2,44	1 153	2,68	3 320	2,97	2 139
Febr.	.	2,73	6 711	2,58	824	2,34	919	2,71	2 873	2,98	2 095
März	.	2,71	7 343	2,56	929	2,34	1 012	2,70	2 980	2,95	2 422
April	.	2,79	8 545	2,73	1 170	2,39	1 181	2,66	3 591	3,16	2 603
Mai	.	2,79	7 361	2,69	907	2,23	998	2,58	3 117	2,80	2 339
Juni	.	2,53	8 137	2,49	958	2,18	1 039	2,51	3 326	2,70	2 814

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 12 s. S. 47*. 11 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie

z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter			
			Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €		
2012 Juni	10,07	48 231	10,02	41 837	14,82	4 305	4,53	72 118	4,54	71 876		
Juli	9,94	46 964	9,94	40 326	14,80	4 349	4,41	69 679	4,42	69 432		
Aug.	9,95	46 374	9,89	39 796	14,78	4 392	4,32	68 627	4,33	68 387		
Sept.	9,89	47 852	9,86	41 116	14,81	4 422	4,37	71 170	4,39	70 889		
Okt.	9,83	46 695	9,75	39 918	14,69	4 531	4,29	68 054	4,31	67 784		
Nov.	9,70	45 120	9,56	38 345	14,67	4 581	4,19	69 241	4,21	68 968		
Dez.	9,73	47 253	9,62	40 409	14,62	4 615	4,35	69 303	4,36	69 044		
2013 Jan.	9,62	44 805	9,60	39 081	14,64	3 708	4,19	68 528	4,21	68 280		
Febr.	9,54	44 964	9,61	38 999	14,68	3 698	4,22	70 639	4,24	70 383		
März	9,55	45 946	9,60	39 869	14,69	3 774	4,24	72 271	4,26	72 031		
April	9,52	45 107	9,62	38 827	14,70	3 846	4,25	69 020	4,26	68 777		
Mai	9,50	45 021	9,60	38 709	14,70	3 891	4,18	69 112	4,20	68 890		
Juni	9,50	46 126	9,52	39 588	14,65	4 127	4,32	69 799	4,34	69 530		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften											
	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)						Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)					
	variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
			Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €			Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt												
2012 Juni	3,37	7 267	4,14	1 469	3,16	1 357	2,39	43 154	2,89	2 333	3,07	5 764
Juli	3,11	7 597	4,04	1 548	3,15	1 441	2,25	45 910	2,96	2 641	3,09	5 868
Aug.	2,97	6 767	3,82	1 380	3,01	1 448	2,14	37 722	2,82	1 375	2,77	4 616
Sept.	3,07	7 039	3,76	1 282	2,99	1 248	2,12	42 277	2,81	1 324	2,87	4 367
Okt.	2,96	7 708	3,70	1 489	2,85	1 311	1,98	47 072	2,84	1 676	2,81	4 416
Nov.	2,90	6 646	3,67	1 495	2,78	1 258	2,00	37 601	3,25	2 080	2,71	4 791
Dez.	2,94	6 940	3,56	1 665	2,75	1 361	1,89	43 968	2,54	4 465	2,70	7 203
2013 Jan.	2,84	7 381	3,50	1 484	2,83	1 177	1,88	43 240	2,94	1 212	2,76	4 860
Febr.	2,92	6 264	3,58	1 204	2,87	926	1,72	32 114	3,16	1 111	2,89	4 347
März	2,92	7 360	3,58	1 322	2,88	1 144	1,83	38 944	2,63	2 000	2,81	4 220
April	2,92	7 813	3,50	1 509	2,85	1 170	1,80	37 523	2,85	1 491	2,77	4 495
Mai	3,00	7 028	3,51	1 197	2,67	1 076	1,68	33 009	2,77	1 239	2,52	4 020
Juni	2,97	7 413	3,44	1 333	2,68	1 262	1,75	41 904	2,58	2 153	2,80	5 651
darunter: besicherte Kredite 12)												
2012 Juni	3,19	1 142	3,29	133	3,05	385	2,33	7 835	2,27	936	3,03	1 848
Juli	2,99	1 343	3,31	157	3,01	424	2,33	9 627	2,86	1 097	3,15	1 896
Aug.	2,88	1 141	3,26	127	2,86	398	2,15	6 985	3,09	526	2,97	1 064
Sept.	2,86	1 151	2,92	150	2,76	330	2,13	8 526	2,84	441	3,07	932
Okt.	2,77	1 288	3,12	156	2,70	351	2,05	9 007	2,97	669	2,74	1 261
Nov.	2,82	998	3,17	127	2,62	325	1,95	6 715	3,42	1 066	2,48	1 015
Dez.	2,79	1 060	2,88	189	2,54	346	2,12	8 861	2,20	2 043	2,82	1 963
2013 Jan.	2,68	1 329	2,93	157	2,68	351	2,01	9 850	2,91	334	2,98	1 146
Febr.	2,81	960	3,08	128	2,83	245	2,07	5 702	3,63	362	2,86	1 752
März	2,86	1 027	3,04	127	2,78	319	2,04	7 793	2,45	861	2,70	1 161
April	2,70	1 305	3,03	175	2,71	337	2,19	7 219	2,61	560	2,98	1 458
Mai	2,85	961	2,79	134	2,48	321	2,04	5 488	2,82	474	2,78	1 322
Juni	2,82	948	2,82	124	2,50	336	2,10	6 829	2,51	1 058	2,55	1 344

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 11 s. S. 46*. 12 Ab Juni 2010 erhoben. Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. 13 Ab Juni 2010 einschl. revolvingender Kredite, die alle folgenden Eigenschaften besitzen: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. 14 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert.

Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. 15 Ab Juni 2010 einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. 16 Von Januar 2003 bis Mai 2010 geschätzt. Der von den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wurde mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Ab Juni 2010 basieren die Angaben auf der monatlichen Bilanzstatistik. 17 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Aktiva									
	insgesamt	Finanzielle Aktiva								Nichtfinanzielle Aktiva
	insgesamt	Bargeld und Bankeinlagen 1)	Festverzinsliche Wert- papiere (einschl. Finanzderivate)	Kredite 2)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 3)	Investment- fondsanteile	Anteile der Rück- versicherer an den ver- sicherungs- technischen Bruttorück- stellungen	Sonstige finanzielle Aktiva		Nichtfinanzielle Aktiva
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 4)										
2005	1 696,9	1 634,5	486,8	152,7	240,8	240,3	357,5	79,6	76,9	62,3
2006	1 781,9	1 719,7	524,1	149,8	244,8	261,6	385,5	74,5	79,2	62,3
2007	1 840,0	1 781,6	558,3	156,5	248,6	275,4	409,5	70,2	63,1	58,5
2008	1 769,2	1 713,5	574,5	159,4	242,7	228,9	379,2	65,6	63,2	55,8
2009	1 836,2	1 779,1	588,9	173,9	259,3	210,6	426,9	58,5	61,1	57,1
2010	1 958,8	1 897,4	570,9	210,2	267,0	221,0	501,2	59,9	67,3	61,4
2011	2 007,4	1 943,5	576,2	231,7	271,4	224,0	512,5	62,2	65,3	63,9
2012	2 174,0	2 106,5	560,0	304,4	282,2	225,1	598,9	65,9	70,0	67,5
2010 4.Vj.	1 958,8	1 897,4	570,9	210,2	267,0	221,0	501,2	59,9	67,3	61,4
2011 1.Vj.	1 975,9	1 914,2	576,3	213,7	269,4	223,2	504,2	60,4	67,0	61,8
2.Vj.	1 988,4	1 926,3	578,5	219,4	270,6	224,0	506,1	61,0	66,6	62,0
3.Vj.	1 998,6	1 936,3	581,7	226,6	271,9	222,9	505,3	61,6	66,4	62,4
4.Vj.	2 007,4	1 943,5	576,2	231,7	271,4	224,0	512,5	62,2	65,3	63,9
2012 1.Vj.	2 062,4	1 997,6	572,4	255,6	275,3	224,3	539,8	64,0	66,3	64,8
2.Vj.	2 079,4	2 013,5	568,8	267,1	275,2	223,2	548,2	64,1	66,8	65,9
3.Vj.	2 132,8	2 066,1	565,9	288,5	277,9	225,3	575,2	64,8	68,5	66,7
4.Vj.	2 174,0	2 106,5	560,0	304,4	282,2	225,1	598,9	65,9	70,0	67,5
2013 1.Vj.	2 230,3	2 161,8	559,8	329,2	284,7	230,6	618,2	68,3	70,9	68,5
Versicherungen										
2005	1 436,9	1 391,5	384,8	130,5	221,3	234,2	272,0	78,6	70,2	45,3
2006	1 499,8	1 455,2	410,3	127,5	224,7	254,2	292,7	73,1	72,6	44,6
2007	1 528,2	1 487,5	432,9	131,9	226,7	267,2	304,0	68,2	56,6	40,7
2008	1 453,5	1 415,2	436,7	133,7	221,2	221,4	283,9	63,2	55,1	38,2
2009	1 489,8	1 451,7	440,4	146,2	236,0	202,9	317,6	55,5	53,1	38,1
2010	1 550,3	1 510,0	419,9	170,7	243,0	208,2	356,4	56,4	55,4	40,3
2011	1 580,3	1 538,7	419,0	191,2	245,9	210,3	361,2	58,4	52,7	41,6
2012	1 712,4	1 668,5	401,9	255,1	256,1	210,6	426,3	61,8	56,7	43,9
2010 4.Vj.	1 550,3	1 510,0	419,9	170,7	243,0	208,2	356,4	56,4	55,4	40,3
2011 1.Vj.	1 565,5	1 525,1	425,6	173,6	244,4	210,3	359,5	56,9	54,8	40,4
2.Vj.	1 573,0	1 532,7	426,6	178,6	245,5	210,8	359,6	57,4	54,3	40,3
3.Vj.	1 579,9	1 539,5	428,0	184,6	246,7	209,5	358,9	57,9	53,9	40,4
4.Vj.	1 580,3	1 538,7	419,0	191,2	245,9	210,3	361,2	58,4	52,7	41,6
2012 1.Vj.	1 625,4	1 583,2	414,1	212,5	249,5	210,3	383,4	60,1	53,5	42,2
2.Vj.	1 638,1	1 595,1	410,7	221,9	249,4	209,0	390,1	60,2	53,9	43,0
3.Vj.	1 680,4	1 636,9	407,5	240,9	251,9	210,9	409,4	60,8	55,4	43,5
4.Vj.	1 712,4	1 668,5	401,9	255,1	256,1	210,6	426,3	61,8	56,7	43,9
2013 1.Vj.	1 760,3	1 715,9	400,5	279,3	258,5	215,3	440,6	64,2	57,5	44,4
Pensionseinrichtungen 4)										
2005	260,0	243,0	102,0	22,2	19,5	6,1	85,5	1,0	6,6	17,0
2006	282,2	264,5	113,8	22,3	20,1	7,3	92,8	1,5	6,7	17,7
2007	311,9	294,1	125,4	24,6	21,9	8,2	105,5	1,9	6,6	17,8
2008	315,8	298,2	137,8	25,7	21,5	7,4	95,2	2,4	8,1	17,5
2009	346,5	327,4	148,4	27,7	23,3	7,7	109,3	3,0	8,0	19,1
2010	408,6	387,4	151,0	39,5	24,0	12,8	144,8	3,5	11,9	21,1
2011	427,1	404,8	157,2	40,5	25,5	13,7	151,3	3,8	12,7	22,3
2012	461,6	438,0	158,1	49,2	26,2	14,5	172,6	4,1	13,3	23,6
2010 4.Vj.	408,6	387,4	151,0	39,5	24,0	12,8	144,8	3,5	11,9	21,1
2011 1.Vj.	410,5	389,1	150,7	40,1	25,0	12,9	144,7	3,5	12,1	21,4
2.Vj.	415,3	393,6	151,9	40,9	25,2	13,2	146,5	3,6	12,3	21,7
3.Vj.	418,8	396,8	153,7	41,9	25,2	13,4	146,4	3,7	12,5	21,9
4.Vj.	427,1	404,8	157,2	40,5	25,5	13,7	151,3	3,8	12,7	22,3
2012 1.Vj.	437,0	414,4	158,3	43,1	25,8	14,0	156,5	3,9	12,9	22,6
2.Vj.	441,2	418,4	158,2	45,2	25,8	14,2	158,1	3,9	12,9	22,8
3.Vj.	452,4	429,2	158,4	47,6	26,0	14,4	165,8	4,0	13,1	23,2
4.Vj.	461,6	438,0	158,1	49,2	26,2	14,5	172,6	4,1	13,3	23,6
2013 1.Vj.	470,0	445,9	159,3	50,0	26,2	15,2	177,6	4,1	13,4	24,1

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Positionen zu Zeitwerten, Verwendung von Buchwerten bei den Positionen „Bargeld und Bankeinlagen“ sowie „Kredite“. 1 Einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe von Kreditinstituten. 2 Einschl. Depotforderungen. 3 Einschl. Genuss-Scheine. 4 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corpora-

tions and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Passiva								
	insgesamt	Festverzinsliche Wertpapiere (einschl. Finanzderivate)	Kredite 1)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 2)	Versicherungstechnische Rückstellungen			Sonstige Verbindlichkeiten	Reinvermögen 4)
					insgesamt	Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen und Pensionseinrichtungen 3)	Prämienüberträge und Rückstellungen für entstandene Schadensfälle		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 5)									
2005	1 696,9	6,7	89,8	186,0	1 263,8	989,0	274,8	83,9	66,6
2006	1 781,9	8,4	91,6	210,0	1 318,8	1 049,1	269,6	81,3	71,9
2007	1 840,0	11,7	88,9	214,8	1 377,9	1 119,2	258,7	78,2	68,6
2008	1 769,2	14,7	75,1	136,0	1 394,8	1 141,2	253,6	74,6	74,0
2009	1 836,2	16,2	71,5	136,2	1 459,5	1 211,6	248,0	72,7	80,0
2010	1 958,8	17,8	71,8	137,6	1 573,2	1 319,1	254,1	71,3	87,1
2011	2 007,4	17,0	72,1	111,8	1 625,1	1 360,4	264,7	71,7	109,7
2012	2 174,0	22,1	77,0	158,9	1 715,2	1 432,5	282,6	75,4	125,4
2010 4.Vj.	1 958,8	17,8	71,8	137,6	1 573,2	1 319,1	254,1	71,3	87,1
2011 1.Vj.	1 975,9	17,1	72,4	146,1	1 597,2	1 337,1	260,1	71,8	71,4
2.Vj.	1 988,4	18,1	70,9	137,8	1 608,4	1 348,4	260,0	71,6	81,6
3.Vj.	1 998,6	17,5	71,0	108,3	1 619,3	1 357,7	261,7	71,6	110,8
4.Vj.	2 007,4	17,0	72,1	111,8	1 625,1	1 360,4	264,7	71,7	109,7
2012 1.Vj.	2 062,4	19,2	72,9	134,6	1 656,6	1 386,0	270,5	72,9	106,2
2.Vj.	2 079,4	18,5	73,6	123,0	1 669,6	1 398,2	271,4	73,3	121,3
3.Vj.	2 132,8	18,9	75,4	141,1	1 691,8	1 415,5	276,3	74,3	131,4
4.Vj.	2 174,0	22,1	77,0	158,9	1 715,2	1 432,5	282,6	75,4	125,4
2013 1.Vj.	2 230,3	21,0	79,6	169,7	1 756,6	1 461,5	295,0	77,6	125,8
Versicherungen									
2005	1 436,9	6,7	88,4	178,9	1 025,7	751,3	274,4	82,0	55,2
2006	1 499,8	8,4	89,8	202,1	1 061,3	792,0	269,2	79,1	59,1
2007	1 528,2	11,7	86,4	206,7	1 090,1	831,7	258,4	75,7	57,6
2008	1 453,5	14,7	72,3	130,7	1 094,5	841,3	253,2	72,2	69,0
2009	1 489,8	16,2	68,3	130,7	1 135,4	887,8	247,5	70,8	68,3
2010	1 550,3	17,8	68,2	131,8	1 190,9	937,3	253,7	69,2	72,3
2011	1 580,3	17,0	68,3	107,0	1 224,3	960,1	264,2	69,6	94,1
2012	1 712,4	22,1	73,0	152,1	1 290,1	1 008,0	282,1	73,2	102,0
2010 4.Vj.	1 550,3	17,8	68,2	131,8	1 190,9	937,3	253,7	69,2	72,3
2011 1.Vj.	1 565,5	17,1	68,7	140,0	1 209,8	950,2	259,6	69,7	60,1
2.Vj.	1 573,0	18,1	67,2	132,0	1 216,7	957,2	259,5	69,4	69,6
3.Vj.	1 579,9	17,5	67,3	103,7	1 223,5	962,3	261,2	69,5	98,4
4.Vj.	1 580,3	17,0	68,3	107,0	1 224,3	960,1	264,2	69,6	94,1
2012 1.Vj.	1 625,4	19,2	69,0	128,8	1 247,9	977,8	270,0	70,8	89,8
2.Vj.	1 638,1	18,5	69,7	117,6	1 257,2	986,3	270,9	71,1	104,0
3.Vj.	1 680,4	18,9	71,4	135,0	1 273,8	998,0	275,8	72,1	109,3
4.Vj.	1 712,4	22,1	73,0	152,1	1 290,1	1 008,0	282,1	73,2	102,0
2013 1.Vj.	1 760,3	21,0	75,5	162,6	1 323,8	1 029,3	294,5	75,4	102,1
Pensionseinrichtungen 5)									
2005	260,0	–	1,3	7,2	238,1	237,7	0,4	2,0	11,4
2006	282,2	–	1,8	8,0	257,5	257,1	0,4	2,1	12,8
2007	311,9	–	2,4	8,1	287,8	287,5	0,3	2,5	11,0
2008	315,8	–	2,8	5,3	300,3	299,9	0,4	2,4	5,0
2009	346,5	–	3,2	5,5	324,2	323,7	0,4	1,9	11,6
2010	408,6	–	3,6	5,8	382,2	381,8	0,4	2,1	14,8
2011	427,1	–	3,8	4,8	400,7	400,3	0,5	2,1	15,6
2012	461,6	–	4,0	6,8	425,1	424,6	0,5	2,2	23,4
2010 4.Vj.	408,6	–	3,6	5,8	382,2	381,8	0,4	2,1	14,8
2011 1.Vj.	410,5	–	3,6	6,1	387,3	386,9	0,4	2,1	11,3
2.Vj.	415,3	–	3,7	5,8	391,7	391,3	0,5	2,1	12,0
3.Vj.	418,8	–	3,7	4,6	395,8	395,4	0,5	2,1	12,5
4.Vj.	427,1	–	3,8	4,8	400,7	400,3	0,5	2,1	15,6
2012 1.Vj.	437,0	–	3,9	5,9	408,7	408,2	0,5	2,2	16,4
2.Vj.	441,2	–	3,9	5,4	412,4	411,9	0,5	2,2	17,4
3.Vj.	452,4	–	4,0	6,1	418,0	417,5	0,5	2,2	22,1
4.Vj.	461,6	–	4,0	6,8	425,1	424,6	0,5	2,2	23,4
2013 1.Vj.	470,0	–	4,1	7,1	432,7	432,2	0,5	2,3	23,7

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Positionen zu Zeitwerten, Verwendung von Buchwerten bei der Position Kredite. Unterjährige Werte sowie Werte ab 2012 sind teilweise geschätzt. 1 Einschl. Depotverbindlichkeiten. 2 Einschl. Genuss-Scheine. 3 Einschl. Altersrückstellungen der Krankenversicherungen und Deckungsrückstellungen der Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr. 4 Nach der Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) berechnet sich das Reinvermögen als Summe der Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen. Das Eigenkapital setzt sich danach aus der Summe aus

Reinvermögen und der Passivposition „Aktien und sonstige Anteilsrechte“ zusammen. 5 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland

Mio €

		Festverzinsliche Wertpapiere										
		Absatz					Erwerb					
		inländische Schuldverschreibungen 1)					Inländer					
Absatz = Erwerb insgesamt		zusammen	Bank-schuld-ver-schrei-bungen	Anleihen von Unter-nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent-lichen Hand 3)	aus-ländische Schuldver-schrei-bungen 4)	zu-sammen 5)	Kredit-institute einschließlich Bauspar-kassen 6)	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 7)	Aus-länder 8)	
2001		180 227	86 656	55 918	14 473	16 262	93 571	111 281	35 848	.	75 433	68 946
2002		175 396	124 035	47 296	14 506	62 235	51 361	60 476	13 536	.	46 940	114 920
2003		184 679	134 455	31 404	30 262	72 788	50 224	105 557	35 748	.	69 809	79 122
2004		233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	.	13 723	125 772
2005		252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	.	32 978	157 940
2006		242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	.	56 530	116 583
2007		217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	26 762	96 476	.	123 238	244 560
2008		76 490	66 139	45 712	86 527	25 322	10 351	18 236	68 049	.	49 813	58 254
2009		71 224	538	114 902	22 709	91 655	71 763	91 170	12 973	8 645	69 552	19 945
2010		147 209	1 212	7 621	24 044	17 635	148 420	97 342	103 271	22 967	177 646	49 867
2011		36 526	13 575	46 796	850	59 521	22 952	17 872	94 793	36 805	40 117	54 398
2012		53 791	21 419	98 820	8 701	86 103	75 208	8 821	42 017	3 573	54 409	44 970
2012 Aug.		5 161	2 245	5 350	3 685	11 280	2 915	799	2 868	589	3 078	5 959
2012 Sept.		15 540	24 453	13 112	1 342	9 999	8 913	9 575	1 204	78	10 701	5 964
2012 Okt.		8 950	2 879	3 950	5 702	12 532	6 070	4 577	8 766	1 512	14 855	4 373
2012 Nov.		9 989	2 214	14	4 790	2 590	7 775	15 749	3 024	858	17 915	25 738
2012 Dez.		33 222	39 386	20 125	5 495	24 756	6 163	15 056	11 575	.	3 481	18 167
2013 Jan.		1 151	14 311	8 884	5 543	115	15 462	3 366	2 621	1 846	7 833	2 214
2013 Febr.		22 401	17 420	869	7 068	9 483	4 981	866	5 501	1 773	8 140	21 535
2013 März		10 100	15 782	19 212	5 979	2 549	5 682	1 617	6 735	511	5 629	8 483
2013 April		7 750	917	5 520	2 476	3 960	6 833	12 671	2 027	1 400	16 098	4 921
2013 Mai		17 315	2 884	9 809	421	6 504	20 199	2 426	3 962	1 050	7 438	14 890
2013 Juni		15 813	17 431	9 542	5 473	2 416	1 618	6 719	3 446	1 280	4 553	22 532

Mio €

		Aktien						
		Absatz			Erwerb			
		inländische Aktien 9)		ausländische Aktien 10)	Inländer			Ausländer 14)
Absatz = Erwerb insgesamt					zu-sammen 11)	Kredit-institute 6) 12)	übrige Sektoren 13)	
2001		82 665	17 575	65 091	2 252	14 714	12 462	84 918
2002		39 338	9 232	30 106	18 398	23 236	41 634	20 941
2003		11 896	16 838	4 946	15 121	7 056	22 177	27 016
2004		3 317	10 157	13 474	7 432	5 045	2 387	10 748
2005		32 364	13 766	18 597	1 036	10 208	9 172	31 329
2006		26 276	9 061	17 214	7 528	11 323	3 795	18 748
2007		5 009	10 053	15 062	62 308	6 702	55 606	57 299
2008		29 452	11 326	40 778	2 743	23 079	25 822	32 194
2009		35 980	23 962	12 018	30 496	8 335	38 831	5 484
2010		36 448	20 049	16 398	41 347	7 340	34 007	4 900
2011		25 549	21 713	3 835	39 081	670	38 411	13 533
2012		18 808	5 120	13 688	17 663	10 259	7 404	1 144
2012 Aug.		2 393	101	2 494	2 103	2 109	4 212	290
2012 Sept.		2 136	549	1 587	2 990	4 196	1 206	854
2012 Okt.		7 928	131	7 797	7 406	3 024	4 382	522
2012 Nov.		1 759	134	1 625	1 870	843	2 713	111
2012 Dez.		10 124	387	9 737	10 879	6 052	4 827	755
2013 Jan.		4 679	732	3 947	10 340	5 842	4 498	5 661
2013 Febr.		1 675	306	1 981	5 405	5 352	53	3 730
2013 März		5 921	40	5 881	9 432	7 851	1 581	3 511
2013 April		34	93	59	22 020	18 391	3 629	21 986
2013 Mai		10 665	5 560	5 105	3 214	10 712	7 498	13 879
2013 Juni		2 411	1 544	867	7 461	8 772	1 311	9 872

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 5 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 6 Buchwerte; statistisch bereinigt. 7 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 8 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktions-

werte. 9 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 10 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 11 In- und ausländische Aktien. 12 Bis einschließlich 1998 ohne Aktien mit Konsortialbindung. 13 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 14 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Bankschuldverschreibungen 1)					Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben	
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Darlehen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten				Sonstige Bankschuldverschreibungen
Brutto-Absatz 4)									
2001	687 988	505 646	34 782	112 594	106 166	252 103	11 328	171 012	10 605
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	–
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731	–
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 615	592 376	–
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	63 259	574 529	–
2012 Nov.	129 112	65 796	1 587	167	38 536	25 505	9 741	53 576	–
Dez.	69 448	44 404	1 223	699	31 232	11 250	8 186	16 858	–
2013 Jan.	120 536	79 518	3 050	783	59 173	16 512	3 081	37 937	–
Febr.	118 387	77 846	2 008	460	60 566	14 812	5 392	35 149	–
März	117 189	63 353	1 361	663	47 045	14 284	8 041	45 795	–
April	133 541	83 249	3 213	1 275	61 207	17 553	6 296	43 997	–
Mai	124 909	77 880	2 159	919	54 712	20 090	5 770	41 259	–
Juni	116 746	74 753	3 072	1 595	57 201	12 885	7 268	34 725	–
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)									
2001	299 751	202 337	16 619	76 341	42 277	67 099	7 479	89 933	6 480
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	–
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863	–
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431	–
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	44 042	199 888	–
2012 Nov.	45 295	16 232	1 167	48	1 047	13 969	7 044	22 018	–
Dez.	21 311	8 884	782	189	3 672	4 242	6 122	6 305	–
2013 Jan.	41 288	21 439	2 120	558	12 205	6 556	1 734	18 116	–
Febr.	27 437	8 802	1 237	151	2 554	4 860	4 175	14 459	–
März	25 973	8 027	744	115	2 094	5 074	5 527	12 419	–
April	35 644	14 295	2 370	843	5 349	5 733	3 483	17 866	–
Mai	33 273	16 385	1 140	619	6 906	7 719	3 763	13 125	–
Juni	33 900	16 014	2 823	1 270	6 479	5 442	5 659	12 228	–
Netto-Absatz 6)									
2001	84 122	60 905	6 932	– 9 254	28 808	34 416	8 739	14 479	– 30 657
2002	131 976	56 393	7 936	– 26 806	20 707	54 561	14 306	61 277	– 44 546
2003	124 556	40 873	2 700	– 42 521	44 173	36 519	18 431	65 253	– 54 990
2004	167 233	81 860	1 039	– 52 615	50 142	83 293	18 768	66 605	– 22 124
2005	141 715	65 798	– 2 151	– 34 255	37 242	64 962	10 099	65 819	– 35 963
2006	129 423	58 336	– 12 811	– 20 150	44 890	46 410	15 605	55 482	– 19 208
2007	86 579	58 168	– 10 896	– 46 629	42 567	73 127	– 3 683	32 093	– 29 570
2008	119 472	8 517	15 052	– 65 773	25 165	34 074	82 653	28 302	– 31 607
2009	76 441	– 75 554	858	– 80 646	25 579	– 21 345	48 508	103 482	– 21 037
2010	21 566	– 87 646	– 3 754	– 63 368	28 296	– 48 822	23 748	85 464	– 10 904
2011	22 518	– 54 582	1 657	– 44 290	32 904	– 44 852	– 3 189	80 289	– 5 989
2012	– 85 298	– 100 198	– 4 177	– 41 660	– 3 259	– 51 099	– 6 401	21 298	– 2 605
2012 Nov.	3 189	240	– 4 129	– 2 724	596	6 497	5 836	– 2 888	–
Dez.	– 39 422	– 24 895	– 382	– 2 308	– 11 116	– 11 088	3 163	– 17 691	–
2013 Jan.	– 38 802	– 11 677	– 1 883	– 13 543	6 687	– 2 938	– 4 793	– 22 331	–
Febr.	8 971	162	– 5 231	– 4 895	14 206	– 3 918	3 656	5 153	– 1 165
März	– 21 212	– 21 021	– 1 130	– 3 626	– 5 449	– 10 816	4 029	– 4 220	– 358
April	– 17 136	– 6 083	253	– 1 676	– 3 704	– 956	3 073	– 14 127	– 51
Mai	5 999	– 8 363	– 2 268	– 2 090	– 3 310	– 695	– 2 038	16 400	–
Juni	– 25 069	– 12 488	375	– 873	– 2 120	– 9 869	– 3 102	– 9 479	– 9

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beihet 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundes-

eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)					Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben	
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten				Sonstige Bankschuldverschreibungen
2001	2 349 243	1 506 640	147 684	675 868	201 721	481 366	22 339	820 264	292 199
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010	3 348 201 2)	1 570 490	147 529	232 954	544 517 2)	645 491	250 774 2)	1 526 937	22 074
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226	16 085
2012	3 285 422 2)	1 414 349	145 007	147 070	574 163 2)	548 109 2)	220 456 2)	1 650 617	13 481
2012 Dez.	3 285 422	1 414 349	145 007	147 070	574 163	548 109	220 456	1 650 617	13 481
2013 Jan.	3 246 621	1 402 672	143 124	133 527	580 850	545 171	215 663	1 628 286	13 481
Febr.	3 255 592	1 402 833	137 892	128 633	595 056	541 253	219 319	1 633 439	12 316
März	3 234 379	1 381 812	136 763	125 006	589 606	530 437	223 348	1 629 219	11 958
April	3 217 243	1 375 729	137 016	123 330	585 903	529 481	226 422	1 615 092	11 907
Mai	3 223 242	1 367 366	134 747	121 239	582 593	528 786	224 384	1 631 492	11 907
Juni	3 198 173	1 354 878	135 122	120 366	580 473	518 917	221 281	1 622 013	11 898

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: Juni 2013

bis unter 2	1 187 867	555 896	56 440	61 073	229 048	209 333	50 514	581 460	5 200
2 bis unter 4	768 066	391 029	41 907	35 196	146 339	167 586	35 817	341 222	3 119
4 bis unter 6	411 347	177 929	19 040	12 003	89 694	57 191	31 023	202 396	278
6 bis unter 8	264 815	91 449	13 497	5 708	50 918	21 325	21 290	152 075	179
8 bis unter 10	228 854	54 150	3 717	2 791	32 021	15 622	13 721	160 981	523
10 bis unter 15	61 749	16 347	410	2 655	6 693	6 589	4 634	40 768	1 602
15 bis unter 20	57 850	16 126	11	240	9 758	6 117	2 428	39 296	30
20 und darüber	217 626	51 955	100	698	16 001	35 156	61 856	103 817	967

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet

vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamtgeführten Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamtgeführten Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtsaktien	Einbringung von Fororderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung	
2001	166 187	18 561	7 987	4 057	1 106	8 448	1 018	905	3 152	1 205 613
2002	168 716	2 528	4 307	1 291	486	1 690	868	2 152	2 224	647 492
2003	162 131	6 585	4 482	923	211	513	322	10 806	1 584	851 001
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	220	1 760	2 286	887 217
2005	163 071	1 733	2 470	1 040	694	268	1 443	3 060	1 703	1 058 532
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	1 868	1 256	3 761	1 279 638
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	682	1 847	1 636	1 481 930
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	428	608	1 306	830 622
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	3 741	1 269	974	927 256	927 256
2010	174 596	1 096	3 265	497	178	10	486	993	3 569	1 091 220
2011	177 167	2 570	6 390	552	462	9	552	762	3 532	924 214
2012	178 617	1 449	3 046	129	570	478	594	2 411	1 150 188	1 150 188
2012 Dez.	178 617	305	130	1	0	31	164	242	1 150 188	1 150 188
2013 Jan.	178 836	219	278	3	3	30	23	55	1 183 779	1 183 779
Febr.	178 967	131	199	4	4	28	45	1 181 378	1 181 378	1 181 378
März	178 805	162	33	5	5	81	2	117	1 185 828	1 185 828
April	173 571	5 234	81	—	—	15	8	5 307	1 200 874	1 200 874
Mai	170 978	2 593	879	275	1	1 175	13	2 559	1 247 031	1 247 031
Juni	171 830	851	667	248	332	7	163	225	1 202 614	1 202 614

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierten Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Regierten Markt aufge-

hoben) oder zum Neuen Markt (Börsensegment wurde am 22. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)							Indizes 2) 3)			
	insgesamt	Anleihen der öffentlichen Hand			Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
		zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)							
% p.a.	zusammen	zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)	zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre	Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000		
2001	4,8	4,7	4,7	4,8	4,9	5,3	5,9	113,12	94,16	319,38	5 160,10
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	117,56	97,80	188,46	2 892,63
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	117,36	97,09	252,48	3 965,16
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39
2013 Febr.	1,3	1,3	1,3	1,5	1,3	2,0	3,3	134,63	110,15	389,64	7 741,70
März	1,2	1,1	1,1	1,4	1,1	1,9	3,1	135,85	110,99	391,56	7 795,31
April	1,1	1,0	1,0	1,2	1,0	1,8	3,0	135,75	111,36	392,40	7 913,71
Mai	1,1	1,1	1,1	1,3	1,0	1,8	2,9	134,63	109,44	407,33	8 348,84
Juni	1,3	1,3	1,3	1,5	1,3	2,1	3,2	133,13	108,15	388,91	7 959,22
Juli	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	133,63	108,21	404,77	8 275,97

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominiert sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. 3 Quelle: Deutsche Börse AG. 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Mio €														
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz							Erwerb						
		inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)							Inländer						
		zu-sammen	Publikumsfonds			Spezial-fonds	aus-ländi-sche Fonds 4)	zu-sammen	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen		übrige Sektoren 3)			Aus-länder 5)	
zu-sammen	Geldmarkt-fonds		Wertpapier-fonds	Offene Immobilien-fonds	zu-sammen				darunter ausländische Anteile	zu-sammen	darunter ausländische Anteile				
2001	97 077	76 811	35 522	12 410	9 195	10 159	41 289	20 266	96 127	10 251	2 703	85 876	17 563	951	
2002	66 571	59 482	25 907	3 682	7 247	14 916	33 575	7 089	67 251	2 100	3 007	65 151	4 082	- 680	
2003	47 754	43 943	20 079	- 924	7 408	14 166	23 864	3 811	49 547	- 2 658	734	52 205	3 077	- 1 793	
2004	14 435	1 453	- 3 978	- 6 160	- 1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168	
2005	85 268	41 718	6 400	- 124	7 001	- 3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016	
2006	47 264	19 535	- 14 257	490	- 9 362	- 8 814	33 791	27 729	39 006	- 14 676	5 221	24 330	22 508	8 258	
2007	55 778	13 436	- 7 872	- 4 839	- 12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	- 229	4 240	51 538	38 102	4 469	
2008	2 598	- 7 911	- 14 409	- 12 171	- 11 149	799	6 498	10 509	11 315	- 16 625	- 9 252	27 940	19 761	- 8 717	
2009	49 929	43 747	10 966	- 5 047	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	- 14 995	- 8 178	53 127	14 361	11 796	
2010	106 464	84 906	13 381	- 148	8 683	1 897	71 345	21 558	102 867	3 873	6 290	98 994	15 270	3 598	
2011	47 064	45 221	- 1 340	- 379	- 2 037	1 562	46 561	1 843	40 416	- 7 576	- 694	47 992	2 538	6 647	
2012	111 502	89 942	2 084	- 1 036	97	3 450	87 859	21 560	115 372	- 3 062	- 1 562	118 434	23 122	- 3 869	
2012 Dez.	24 135	19 061	624	- 51	1 393	68	18 437	5 074	23 631	42	- 864	23 589	5 938	504	
2013 Jan.	15 323	11 875	1 355	- 145	739	738	10 519	3 449	15 436	2 901	886	12 535	2 563	- 113	
Febr.	12 296	8 539	2 933	- 148	2 435	393	5 606	3 757	11 916	- 1 527	159	13 443	3 598	380	
März	12 579	9 075	676	- 103	100	469	8 399	3 504	12 773	343	715	12 430	2 789	- 194	
April	9 788	7 517	524	- 63	167	334	6 993	2 272	15 598	798	418	14 800	1 854	- 5 809	
Mai	4 487	2 175	499	- 40	47	386	1 676	2 312	- 1 181	34	- 472	- 1 215	2 784	5 668	
Juni	4 257	4 779	497	175	474	772	4 282	- 522	4 928	- 803	- 982	5 731	460	- 671	

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren (unkonsolidiert)

Mrd €

Position	2010	2011	2012	2011			2012				2013
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	72,7	66,7	86,4	17,4	15,6	27,3	21,1	22,2	19,9	23,3	8,6
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	- 11,4	- 1,9	- 17,0	1,8	- 4,0	- 2,2	- 2,8	- 2,4	- 4,7	- 7,2	- 4,6
Aktien	13,4	16,1	- 3,4	0,5	6,1	6,2	- 1,0	0,5	- 0,5	- 2,5	2,6
Sonstige Beteiligungen	3,0	3,0	3,1	0,7	0,8	0,7	0,8	0,7	0,8	0,8	0,8
Investmentzertifikate	10,0	- 14,5	0,2	- 0,1	- 7,0	- 4,0	- 1,6	- 2,1	- 1,1	5,0	10,5
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	71,4	44,3	65,1	9,8	7,8	11,0	21,7	15,7	11,5	16,3	22,3
kurzfristige Ansprüche	- 1,3	1,2	- 0,1	0,4	0,4	- 0,1	0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,1	0,1
längerfristige Ansprüche	72,7	43,2	65,3	9,4	7,4	11,0	21,6	15,7	11,6	16,4	22,2
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	7,8	11,1	11,3	2,8	2,8	2,8	2,8	2,9	2,8	2,9	2,8
Sonstige Forderungen 4)	- 11,7	23,3	11,6	2,3	8,5	- 6,8	9,6	2,5	2,5	- 3,0	3,9
Insgesamt	155,2	148,2	157,2	35,4	30,6	35,0	50,5	40,0	31,2	35,5	47,0
II. Finanzierung											
Kredite	5,1	10,6	15,1	4,9	6,7	2,8	- 1,0	6,7	6,1	3,3	- 3,7
kurzfristige Kredite	- 2,3	- 2,1	- 1,0	1,0	- 0,9	- 1,6	- 0,1	0,8	- 0,9	- 0,8	- 1,5
längerfristige Kredite	7,3	12,7	16,1	3,9	7,6	4,4	- 0,9	5,9	7,1	4,1	- 2,2
Sonstige Verbindlichkeiten	0,2	1,6	0,7	0,1	0,0	1,2	0,4	0,1	0,1	0,1	- 0,1
Insgesamt	5,3	12,2	15,8	4,9	6,8	4,0	- 0,6	6,8	6,2	3,4	- 3,8
Unternehmen											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	7,3	14,0	17,9	- 16,0	- 3,3	24,9	- 21,6	- 10,0	15,2	34,3	- 42,3
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	- 0,1	4,9	- 2,6	- 0,7	0,9	1,2	0,2	- 0,0	- 0,6	- 2,2	1,4
Finanzderivate	27,8	14,7	9,8	2,1	4,2	4,4	- 1,1	2,4	2,2	6,3	1,6
Aktien	24,9	17,0	19,9	12,8	- 2,0	6,9	4,8	- 7,2	6,5	15,8	10,6
Sonstige Beteiligungen	53,9	28,8	23,6	24,9	- 2,3	8,1	7,3	11,1	9,5	- 4,3	14,1
Investmentzertifikate	8,8	8,2	- 0,2	1,7	1,5	4,1	- 5,2	1,0	0,7	3,3	4,5
Kredite	32,4	11,0	- 8,2	- 7,0	- 0,4	8,7	3,2	- 0,3	- 9,4	- 1,7	6,2
kurzfristige Kredite	12,2	9,1	- 9,6	- 4,0	- 1,9	4,3	1,5	1,6	- 9,8	- 3,0	10,5
längerfristige Kredite	20,2	1,9	1,4	- 3,0	1,5	4,4	1,7	- 1,9	0,4	1,3	- 4,3
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	- 0,6	0,6	- 0,7	0,2	0,2	- 0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
kurzfristige Ansprüche	- 0,6	0,6	- 0,7	0,2	0,2	- 0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	33,5	- 11,7	23,2	- 4,7	- 35,6	- 35,5	- 9,6	- 23,5	38,7	17,5	26,4
Insgesamt	187,8	87,6	82,7	13,4	- 36,7	22,8	- 22,2	- 26,7	62,8	68,8	22,3
II. Finanzierung											
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	4,2	7,6	18,7	- 2,9	7,0	- 1,0	3,1	3,9	7,1	4,7	9,1
Finanzderivate
Aktien	7,2	7,4	2,9	5,5	- 0,3	1,9	0,6	1,0	0,4	1,0	0,6
Sonstige Beteiligungen	13,1	13,8	2,2	3,3	2,1	4,0	2,1	1,3	- 5,1	3,9	1,8
Kredite	7,3	36,0	- 5,1	6,1	17,7	21,8	- 6,6	3,8	29,9	- 32,1	24,7
kurzfristige Kredite	- 10,1	19,0	- 7,4	3,1	11,5	10,5	- 4,0	- 2,1	6,0	- 7,3	11,5
längerfristige Kredite	17,4	16,9	2,3	3,0	6,2	11,4	- 2,6	5,8	23,9	- 24,7	13,1
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	2,6	5,8	5,8	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
Sonstige Verbindlichkeiten	66,4	45,2	32,2	9,3	12,4	9,5	3,7	7,9	10,1	10,5	2,0
Insgesamt	100,8	115,8	56,8	22,8	40,3	37,7	4,3	19,2	43,8	- 10,5	39,6

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 2 Einschl. Geldmarktpapiere.
 3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Ver-

sorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. 4 Einschl. verzinslich ange-
 sammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Position	2010	2011	2012	2011			2012				2013
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	1 860,8	1 927,5	2 014,9	1 884,6	1 900,2	1 927,5	1 948,6	1 971,4	1 991,4	2 014,9	2 023,3
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	254,1	247,1	238,2	258,3	247,8	247,1	249,6	245,4	244,8	238,2	231,7
Aktien	243,5	221,5	259,2	260,1	206,3	221,5	252,4	229,9	250,0	259,2	267,8
Sonstige Beteiligungen	179,1	185,2	193,8	175,6	179,8	185,2	186,6	193,3	194,1	193,8	195,2
Investmentzertifikate	435,4	394,9	420,1	421,1	389,2	394,9	410,9	401,7	414,8	420,1	435,0
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	1 358,1	1 400,2	1 468,9	1 379,3	1 389,4	1 400,2	1 423,1	1 439,6	1 451,7	1 468,9	1 491,2
Kurzfristige Ansprüche	70,8	72,0	71,9	71,7	72,1	72,0	72,0	72,0	71,9	71,9	72,0
Längerfristige Ansprüche	1 287,3	1 328,2	1 397,0	1 307,6	1 317,3	1 328,2	1 351,0	1 367,6	1 379,8	1 397,0	1 419,2
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	284,3	295,4	306,7	289,9	292,6	295,4	298,2	301,0	303,8	306,7	309,5
Sonstige Forderungen 4)	39,0	38,4	37,9	38,9	38,6	38,4	38,3	38,3	38,1	37,9	37,9
Insgesamt	4 654,4	4 710,2	4 939,5	4 707,9	4 643,9	4 710,2	4 807,6	4 820,7	4 888,6	4 939,5	4 991,6
II. Verbindlichkeiten											
Kredite	1 523,1	1 537,7	1 551,7	1 523,9	1 535,1	1 537,7	1 535,8	1 542,1	1 548,1	1 551,7	1 548,1
Kurzfristige Kredite	75,6	73,9	72,6	75,8	75,0	73,9	73,8	74,4	73,1	72,6	70,2
Längerfristige Kredite	1 447,5	1 463,8	1 479,1	1 448,1	1 460,1	1 463,8	1 462,1	1 467,8	1 475,0	1 479,1	1 477,8
Sonstige Verbindlichkeiten	11,8	13,6	14,7	13,1	13,6	13,6	15,5	15,3	15,3	14,7	15,8
Insgesamt	1 534,8	1 551,2	1 566,4	1 537,0	1 548,6	1 551,2	1 551,3	1 557,4	1 563,4	1 566,4	1 563,9
Unternehmen											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	450,1	460,5	506,5	425,5	429,9	460,5	452,6	453,1	468,3	506,5	461,8
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	48,1	52,6	51,9	51,1	51,6	52,6	53,9	53,6	53,9	51,9	53,0
Finanzderivate
Aktien	919,9	817,0	963,5	945,5	785,2	817,0	911,5	846,7	903,5	963,5	997,2
Sonstige Beteiligungen	346,7	382,2	417,4	360,2	364,6	382,2	390,9	414,4	424,0	417,4	432,8
Investmentzertifikate	119,3	123,1	129,0	120,0	117,6	123,1	120,5	119,6	123,9	129,0	134,1
Kredite	376,6	387,6	379,4	379,3	379,0	387,6	390,9	390,6	381,2	379,4	385,7
Kurzfristige Kredite	255,6	264,6	255,0	262,2	260,3	264,6	266,2	267,8	258,0	255,0	265,5
Längerfristige Kredite	121,0	123,0	124,4	117,1	118,6	123,0	124,7	122,8	123,2	124,4	120,1
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	41,3	41,9	41,2	41,7	41,9	41,9	41,7	41,6	41,4	41,2	41,1
Kurzfristige Ansprüche	41,3	41,9	41,2	41,7	41,9	41,9	41,7	41,6	41,4	41,2	41,1
Längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	766,1	814,6	857,8	805,7	774,9	814,6	835,6	837,9	856,0	857,8	892,6
Insgesamt	3 068,0	3 079,6	3 346,7	3 129,0	2 944,6	3 079,6	3 197,7	3 157,4	3 252,2	3 346,7	3 398,4
II. Verbindlichkeiten											
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	134,8	110,7	130,9	98,9	111,9	110,7	115,6	117,2	124,6	130,9	139,6
Finanzderivate
Aktien	1 301,8	1 110,5	1 373,6	1 357,5	1 046,6	1 110,5	1 282,5	1 166,3	1 294,9	1 373,6	1 430,9
Sonstige Beteiligungen	716,9	730,7	732,9	724,6	726,7	730,7	732,8	734,1	729,0	732,9	734,7
Kredite	1 337,3	1 387,0	1 391,8	1 339,9	1 357,8	1 387,0	1 381,0	1 384,1	1 407,8	1 391,8	1 411,3
Kurzfristige Kredite	419,4	434,6	426,2	412,9	424,0	434,6	430,2	427,4	433,3	426,2	437,4
Längerfristige Kredite	918,0	952,4	965,7	927,0	933,8	952,4	950,8	956,6	974,5	965,7	973,9
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	229,2	235,0	240,8	232,1	233,5	235,0	236,5	237,9	239,4	240,8	242,3
Sonstige Verbindlichkeiten	872,7	880,4	915,1	883,0	870,6	880,4	892,4	912,1	905,7	915,1	928,8
Insgesamt	4 592,7	4 454,3	4 785,2	4 635,9	4 347,1	4 454,3	4 640,7	4 551,7	4 701,4	4 785,2	4 887,5

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 2 Einschl. Geldmarktpapiere.
 3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Ver-

sorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. 4 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2007	+ 5,8	- 18,6	+ 2,5	+ 11,1	+ 10,8	+ 0,2	- 0,8	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,4
2008	- 1,9	- 16,6	- 1,2	+ 9,0	+ 6,9	- 0,1	- 0,7	- 0,0	+ 0,4	+ 0,3
2009 p)	- 73,2	- 38,4	- 18,4	- 2,2	- 14,2	- 3,1	- 1,6	- 0,8	- 0,1	- 0,6
2010 2) p)	- 103,4	- 82,6	- 19,8	- 5,3	+ 4,3	- 4,1	- 3,3	- 0,8	- 0,2	+ 0,2
2011 p)	- 20,2	- 26,7	- 11,3	+ 1,9	+ 15,9	- 0,8	- 1,0	- 0,4	+ 0,1	+ 0,6
2012 ts)	+ 2,5	- 14,1	- 6,8	+ 5,1	+ 18,3	+ 0,1	- 0,5	- 0,3	+ 0,2	+ 0,7
2011 1.Hj. p)	- 3,9	- 15,2	- 1,4	+ 1,9	+ 10,8	- 0,3	- 1,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,9
2.Hj. p)	- 15,8	- 11,2	- 9,7	+ 0,0	+ 5,1	- 1,2	- 0,8	- 0,7	+ 0,0	+ 0,4
2012 1.Hj. ts)	+ 8,2	- 7,8	- 0,1	+ 4,2	+ 11,9	+ 0,6	- 0,6	- 0,0	+ 0,3	+ 0,9
2.Hj. ts)	- 5,8	- 6,4	- 6,8	+ 1,0	+ 6,4	- 0,4	- 0,5	- 0,5	+ 0,1	+ 0,5
Schuldenstand ³⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2007	1 583,7	978,0	497,8	123,4	1,6	65,2	40,3	20,5	5,1	0,1
2008	1 652,6	1 007,6	536,7	123,6	1,5	66,8	40,7	21,7	5,0	0,1
2009 p)	1 768,9	1 075,7	577,8	130,0	1,3	74,5	45,3	24,3	5,5	0,1
2010 p)	2 056,1	1 313,4	624,1	135,1	1,3	82,4	52,6	25,0	5,4	0,1
2011 p)	2 085,2	1 323,5	638,6	139,3	1,3	80,4	51,0	24,6	5,4	0,1
2012 ts)	2 166,3	1 370,9	669,6	143,4	1,2	81,9	51,8	25,3	5,4	0,0
2011 1.Vj. p)	2 060,3	1 318,1	620,6	137,9	1,7	81,4	52,1	24,5	5,5	0,1
2.Vj. p)	2 075,4	1 324,5	627,5	139,0	2,7	81,2	51,8	24,6	5,4	0,1
3.Vj. p)	2 088,5	1 334,4	631,7	139,3	1,3	81,0	51,8	24,5	5,4	0,0
4.Vj. p)	2 085,2	1 323,5	638,6	139,3	1,3	80,4	51,0	24,6	5,4	0,1
2012 1.Vj. ts)	2 118,4	1 344,5	648,3	143,3	1,3	81,1	51,5	24,8	5,5	0,1
2.Vj. ts)	2 163,2	1 373,5	666,0	142,9	1,3	82,5	52,4	25,4	5,4	0,0
3.Vj. ts)	2 152,8	1 356,9	670,3	142,5	1,3	81,7	51,5	25,4	5,4	0,1
4.Vj. ts)	2 166,3	1 370,9	669,6	143,4	1,2	81,9	51,8	25,3	5,4	0,0
2013 1.Vj. ts)	2 150,5	1 368,8	657,3	145,2	1,2	81,2	51,7	24,8	5,5	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Im Unterschied zum Finanzierungssaldo in den VGR wird das Maastricht-Defizit unter Berücksichtigung der Zinsströme aufgrund von Swapvereinbarungen und Forward Rate Agreements berechnet. Die Angaben zu den Halbjahren entsprechen dem Finanzierungssaldo gemäß

VGR. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €. **3** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾
	insgesamt	davon: Steuern	Sozialbeiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozialleistungen	Arbeitnehmerentgelte	Zinsen	Bruttoinvestitionen	sonstige		
Mrd €												
2007	1 062,3	558,4	400,9	103,0	1 056,8	579,4	178,2	68,5	36,0	194,6	+ 5,5	971,3
2008	1 088,6	572,6	408,3	107,7	1 090,5	590,3	182,6	68,3	38,9	210,5	- 1,8	993,8
2009 p)	1 071,7	547,5	410,8	113,5	1 144,7	622,9	191,0	63,6	41,6	225,8	- 73,0	968,4
2010 p)	1 087,4	548,8	421,1	117,5	2) 1 191,0	633,0	195,3	63,4	41,9	2) 257,4	2) - 103,6	980,1
2011 p)	1 154,9	589,5	436,9	128,5	1 174,5	633,3	199,7	65,9	42,7	233,0	- 19,7	1 037,0
2012 ts)	1 193,6	618,3	448,7	126,6	1 191,3	644,5	203,5	63,5	40,8	239,0	+ 2,4	1 077,7
in % des BIP												
2007	43,7	23,0	16,5	4,2	43,5	23,9	7,3	2,8	1,5	8,0	+ 0,2	40,0
2008	44,0	23,1	16,5	4,4	44,1	23,9	7,4	2,8	1,6	8,5	- 0,1	40,2
2009 p)	45,1	23,1	17,3	4,8	48,2	26,2	8,0	2,7	1,7	9,5	- 3,1	40,8
2010 p)	43,6	22,0	16,9	4,7	2) 47,7	25,4	7,8	2,5	1,7	2) 10,3	2) - 4,1	39,3
2011 p)	44,5	22,7	16,9	5,0	45,3	24,4	7,7	2,5	1,6	9,0	- 0,8	40,0
2012 ts)	45,1	23,4	17,0	4,8	45,1	24,4	7,7	2,4	1,5	9,0	+ 0,1	40,8
Zuwachsraten in %												
2007	+ 5,1	+ 8,9	+ 0,1	+ 5,4	+ 0,7	- 0,2	+ 0,6	+ 3,6	+ 6,7	+ 1,5	.	+ 5,0
2008	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,8	+ 4,6	+ 3,2	+ 1,9	+ 2,5	- 0,4	+ 7,9	+ 8,2	.	+ 2,3
2009 p)	- 1,6	- 4,4	+ 0,6	+ 5,4	+ 5,0	+ 5,5	+ 4,6	- 6,9	+ 6,9	+ 7,3	.	- 2,6
2010 p)	+ 1,5	+ 0,2	+ 2,5	+ 3,5	+ 4,0	+ 1,6	+ 2,3	- 0,3	+ 0,8	+ 14,0	.	+ 1,2
2011 p)	+ 6,2	+ 7,4	+ 3,7	+ 9,4	- 1,4	+ 0,0	+ 2,3	+ 3,9	+ 2,0	- 9,5	.	+ 5,8
2012 ts)	+ 3,4	+ 4,9	+ 2,7	- 1,5	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,9	- 3,6	- 4,5	+ 2,6	.	+ 3,9

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 1995. In den Monatsberichten bis Dezember 2006 wurden die Zölle, der Mehrwertsteueranteil und die Subventionen der EU in die VGR-Daten mit eingerechnet (ohne Einfluss auf den Finanzierungssaldo). Entsprechende Angaben werden auf den Internetseiten der Deutschen

Bundesbank weiterhin zur Verfügung gestellt. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Mehrwertsteueranteil der EU. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €, die in den VGR von den sonstigen Ausgaben abgesetzt werden.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2005 ts)	568,9	452,1	31,3	620,6	172,1	245,3	64,0	33,0	14,3	- 51,7	467,8	471,3	- 3,4	947,4	1 002,5	- 55,1
2006 ts)	590,9	488,4	18,8	626,2	169,7	252,1	64,4	33,7	11,6	- 35,3	486,3	466,6	+ 19,7	988,2	1 003,8	- 15,6
2007 ts)	644,8	538,2	17,7	644,2	182,2	250,0	66,2	34,6	9,5	+ 0,6	475,3	466,4	+ 8,9	1 025,6	1 016,1	+ 9,5
2008 ts)	668,9	561,2	13,4	677,4	187,3	259,9	67,3	36,4	18,6	- 8,5	485,5	478,9	+ 6,6	1 058,5	1 060,5	- 1,9
2009 ts)	631,4	524,0	9,2	720,9	194,9	271,1	63,7	40,4	38,0	- 89,5	492,0	505,9	- 13,9	1 021,4	1 124,9	- 103,4
2010 ts)	650,5	530,6	12,7	732,7	199,8	293,9	60,1	40,1	19,4	- 82,2	516,9	512,9	+ 4,0	1 049,7	1 127,9	- 78,2
2011 ts)	712,5	573,4	30,6	737,3	208,3	283,6	60,0	42,4	22,9	- 24,8	526,6	511,6	+ 15,0	1 127,2	1 137,0	- 9,8
2011 1.Vj. p)	162,4	134,9	4,1	183,1	49,7	73,8	21,2	6,3	4,6	- 20,7	127,3	127,2	+ 0,1	260,5	281,0	- 20,5
2.Vj. p)	189,5	145,6	18,6	172,6	50,0	68,0	10,9	8,7	8,7	+ 16,9	130,3	126,2	+ 4,1	292,4	271,4	+ 21,0
3.Vj. p)	162,6	136,6	2,7	182,6	50,9	67,2	18,8	10,8	4,5	- 20,0	127,9	125,8	+ 2,0	264,3	282,2	- 17,9
4.Vj. p)	196,1	156,3	5,0	196,9	55,9	72,8	8,9	15,3	5,0	- 0,8	140,1	132,0	+ 8,1	307,6	300,3	+ 7,3
2012 1.Vj. p)	168,2	142,9	2,5	185,5	51,7	75,5	21,0	6,9	3,4	- 17,2	129,1	128,5	+ 0,7	269,0	285,6	- 16,6
2.Vj. p)	182,8	150,4	2,7	172,6	52,8	68,0	10,1	8,2	3,2	+ 10,3	132,2	128,0	+ 4,2	288,6	274,2	+ 14,4
3.Vj. p)	176,8	147,5	4,3	182,6	53,7	63,6	18,0	10,4	3,9	- 5,8	130,2	128,9	+ 1,3	281,2	285,8	- 4,6

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Einschl. Nebenhaushalte, ab 2007 auch einschl. Postpensionskasse; ohne das 2009 gegründete Sondervermögen „Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere“. Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen nicht die kommunalen Zweckverbände und verschiedene Sonderrechnungen. 2 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben

bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3) 4)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2005	250,0	281,5	- 31,5	237,4	259,6	- 22,2	151,3	153,2	- 1,9
2006	254,6	282,8	- 28,2	250,3	260,1	- 9,8	161,1	157,4	+ 3,7
2007 ts)	277,4	292,1	- 14,7	275,9	267,5	+ 8,4	171,3	162,4	+ 8,9
2008 ts)	292,0	303,8	- 11,8	279,3	278,1	+ 1,2	176,9	169,0	+ 7,9
2009 ts)	282,6	317,1	- 34,5	265,9	293,4	- 27,5	172,0	178,9	- 6,9
2010 ts)	288,0	332,4	- 44,4	278,5	302,1	- 23,6	176,5	183,9	- 7,4
2011 ts)	307,1	324,8	- 17,7	304,0	315,4	- 11,4	185,6	187,0	- 1,4
2012 ts)	312,5	335,3	- 22,8	312,0	321,2	- 9,2	199,8	198,6	+ 1,2
2011 1.Vj. p)	65,4	84,5	- 19,1	74,1	75,6	- 1,5	37,1	42,5	- 5,3
2.Vj. p)	76,6	73,5	+ 3,1	76,0	75,8	+ 0,2	45,4	44,3	+ 1,1
3.Vj. p)	72,6	84,8	- 12,2	71,9	75,1	- 3,2	46,4	46,6	- 0,2
4.Vj. p)	92,5	82,0	+ 10,5	81,1	87,7	- 6,6	54,7	51,9	+ 2,8
2012 1.Vj. p)	65,4	83,1	- 17,7	74,6	76,2	- 1,7	39,6	44,6	- 4,9
2.Vj. p)	78,0	72,2	+ 5,8	75,8	74,4	+ 1,4	48,8	47,0	+ 1,8
3.Vj. p)	77,1	85,0	- 8,0	77,5	78,7	- 1,2	50,7	48,9	+ 1,8
4.Vj. p)	91,9	94,9	- 2,9	83,2	90,7	- 7,5	58,7	56,5	+ 2,3
2013 1.Vj. p)	67,3	80,2	- 13,0	77,4	77,9	- 0,5	42,1	46,4	- 4,3

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten.

3 Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen keine Sonderrechnungen und Zweckverbände. 4 Ab 2012 Kern- und Extrahaushalte, davor nur Kernhaushalte.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Insgesamt	Bund, Länder und Europäische Union				Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)	Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
		zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)			
2006	488 444	421 151	225 634	173 374	22 142	67 316	- 22	21 742
2007	538 243	465 554	251 747	191 558	22 249	72 551	+ 138	21 643
2008	561 182	484 182	260 690	200 411	23 081	77 190	- 190	21 510
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	- 34	24 846
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	- 28	28 726
2011	573 352	496 738	276 598	195 676	24 464	76 570	+ 43	28 615
2012	600 046	518 963	284 801	207 846	26 316	81 184	- 101	28 498
2011 1.Vj.	135 590	115 878	60 579	46 582	8 717	13 640	+ 6 071	6 989
2.Vj.	145 636	126 086	71 530	50 289	4 266	19 544	+ 6	7 102
3.Vj.	136 382	117 812	66 277	45 938	5 598	18 916	- 346	7 662
4.Vj.	155 744	136 962	78 212	52 866	5 883	24 469	- 5 688	6 863
2012 1.Vj.	143 334	122 846	62 467	50 558	9 821	13 945	+ 6 543	6 831
2.Vj.	150 393	129 545	72 573	51 679	5 293	20 978	- 131	6 878
3.Vj.	147 755	127 189	70 803	50 981	5 404	20 522	+ 44	7 643
4.Vj.	158 564	139 383	78 958	54 628	5 798	25 739	- 6 558	7 145
2013 1.Vj.	148 936	126 532	63 351	52 078	11 103	15 051	+ 7 353	6 494
2.Vj.	...	133 820	72 708	54 570	6 542	6 914
2012 Juni	.	53 479	30 305	21 944	1 230	.	.	2 293
2013 Juni	.	55 652	30 347	23 133	2 172	.	.	2 305

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteueraufkommen, Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. 2 Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bun-

des verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. 3 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. 4 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. 5 Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Insgesamt 1)	Gemeinschaftliche Steuern									Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern
		Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)							
		zu-sammen	Lohn-steuer 3)	Ver-anlagte Ein-kommen-steuer	Körper-schaft-steuer	Kapital-ertrag-steuer 4)	zu-sammen	Umsatz-steuer	Einfuhr-umsatz-steuer	Ge-werb-steuer-umla-gen 6)				
2006	446 139	182 614	122 612	17 567	22 898	19 537	146 688	111 318	35 370	7 013	84 215	21 729	3 880	24 988
2007	493 817	204 698	131 774	25 027	22 929	24 969	169 636	127 522	42 114	6 975	85 690	22 836	3 983	28 263
2008	515 498	220 483	141 895	32 685	15 868	30 035	175 989	130 789	45 200	6 784	86 302	21 937	4 002	31 316
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501
2011	527 255	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 133	13 095	4 571	30 517
2012	551 785	231 555	149 065	37 262	16 934	28 294	194 635	142 439	52 196	7 137	99 794	14 201	4 462	32 822
2011 1.Vj.	123 131	50 328	32 478	6 755	2 485	8 611	47 389	35 528	11 861	366	20 515	3 408	1 124	7 253
2.Vj.	133 727	57 624	34 144	9 366	4 215	9 900	46 091	33 082	13 010	1 692	24 026	3 207	1 087	7 641
3.Vj.	125 021	47 420	33 590	7 111	3 028	3 691	47 161	34 232	12 929	1 735	24 309	3 229	1 169	7 209
4.Vj.	145 376	58 162	39 538	8 764	5 907	3 954	49 392	36 115	13 276	3 096	30 284	3 251	1 191	8 414
2012 1.Vj.	130 623	56 569	34 106	8 456	5 471	8 537	48 966	36 340	12 626	275	20 059	3 629	1 126	7 777
2.Vj.	137 597	59 832	36 148	10 010	4 995	8 679	46 600	32 871	13 730	1 661	25 235	3 255	1 013	8 052
3.Vj.	135 170	54 841	36 582	8 877	2 532	6 850	49 147	36 232	12 915	1 841	24 423	3 718	1 200	7 981
4.Vj.	148 394	60 313	42 230	9 919	3 936	4 228	49 922	36 995	12 926	3 360	30 077	3 600	1 123	9 011
2013 1.Vj.	135 026	59 835	36 468	10 750	6 014	6 603	49 167	37 466	11 701	125	20 971	3 889	1 039	8 493
2.Vj.	142 450	64 448	38 827	11 084	5 427	9 110	47 136	35 052	12 083	1 799	24 355	3 762	950	8 630
2012 Juni	57 169	32 087	13 077	9 163	5 235	4 611	14 663	10 414	4 249	2	9 019	1 060	338	3 690
2013 Juni	59 650	33 511	14 216	9 814	5 690	3 792	15 754	11 910	3 844	4	8 886	1 186	308	3 998

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. 1 Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. 2 Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. 3 Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. 4 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. 5 Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2012: 53,4/44,6/2,0. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. 6 Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2012: 22,2/77,8. 7 Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer	Grund- steuern
2006	39 916	14 387	11 277	8 775	.	6 273	2 160	1 428	8 937	6 125	3 763	2 904	49 319	38 370	10 399
2007	38 955	14 254	12 349	10 331	.	6 355	1 959	1 488	8 898	6 952	4 203	2 783	51 401	40 116	10 713
2008	39 248	13 574	13 146	10 478	.	6 261	2 126	1 470	8 842	5 728	4 771	2 596	52 468	41 037	10 807
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936
2010	39 838	13 492	11 713	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	.	5 290	4 404	2 452	47 780	35 712	11 315
2011	40 036	14 414	12 781	10 755	8 422	7 247	2 149	3 329	.	6 366	4 246	2 484	52 984	40 424	11 674
2012	39 305	14 143	13 624	11 138	8 443	6 973	2 121	4 047	.	7 389	4 305	2 508	55 398	42 345	12 017
2011 1.Vj.	4 457	2 893	3 072	4 869	2 349	1 785	574	516	.	1 555	1 170	683	12 825	9 948	2 631
2.Vj.	10 002	3 300	3 450	2 017	2 215	1 960	482	599	.	1 464	1 129	614	13 601	10 366	3 031
3.Vj.	10 058	3 418	2 879	2 145	2 006	1 763	541	1 499	.	1 581	1 039	609	13 095	9 386	3 473
4.Vj.	15 519	4 803	3 379	1 723	1 852	1 739	553	715	.	1 766	907	578	13 463	10 724	2 540
2012 1.Vj.	4 406	2 305	3 308	5 180	2 328	1 714	576	241	.	1 876	1 057	696	12 986	9 981	2 717
2.Vj.	9 707	3 550	3 644	2 011	2 258	1 966	490	1 610	.	1 683	972	601	14 457	11 166	3 048
3.Vj.	10 015	3 610	3 183	2 161	2 005	1 567	506	1 376	.	1 913	1 210	594	14 426	10 545	3 604
4.Vj.	15 177	4 678	3 489	1 785	1 852	1 727	549	820	.	1 917	1 066	617	13 529	10 652	2 648
2013 1.Vj.	4 672	2 141	3 473	5 429	2 304	1 797	580	575	.	2 144	1 007	738	14 035	10 912	2 803
2.Vj.	9 472	3 504	3 843	2 050	2 284	2 009	471	721	.	1 942	1 137	683
2012 Juni	3 300	1 163	1 769	549	687	843	164	544	.	563	294	203	.	.	.
2013 Juni	3 486	991	1 878	554	663	829	149	336	.	612	343	231	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Für die Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. Buchungen bei den Ländern in der

Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. 3 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)				Saldo der Ein- nahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 5)					
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:				insgesamt	Ein- lagen 6)	Wertpa- pieren	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 7)	Grund- stücke	Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner 4)								
2006	241 231	168 083	71 773	233 668	200 459	13 053	+ 7 563	10 047	9 777	115	46	109	4 912	
2007	236 642	162 225	72 928	235 459	201 642	13 665	+ 1 183	12 196	11 270	765	46	115	4 819	
2008	242 770	167 611	73 381	238 995	204 071	14 051	+ 3 775	16 531	16 313	36	56	126	4 645	
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+ 211	16 821	16 614	23	64	120	4 525	
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+ 2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464	
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+ 4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379	
2012	259 700	181 262	77 193	254 604	216 450	15 283	+ 5 096	30 481	28 519	1 756	104	102	4 315	
2011 1.Vj.	60 804	41 608	18 902	62 188	53 176	3 742	- 1 384	18 063	17 069	819	74	101	4 482	
2.Vj.	63 452	44 307	18 855	62 058	52 920	3 731	+ 1 394	19 704	18 507	1 019	78	100	4 475	
3.Vj.	62 354	43 109	18 902	62 844	53 341	3 761	- 490	19 959	19 266	519	79	94	4 445	
4.Vj.	67 748	48 391	19 030	62 823	53 371	3 774	+ 4 925	25 339	22 226	2 919	79	114	4 410	
2012 1.Vj.	62 038	42 411	19 318	62 883	53 747	3 779	- 845	24 261	21 839	2 219	88	116	4 366	
2.Vj.	64 721	45 318	19 086	62 885	53 532	3 772	+ 1 836	26 026	23 950	1 869	92	115	4 356	
3.Vj.	63 669	44 188	19 193	64 275	54 788	3 866	- 606	25 968	23 265	2 509	94	100	4 328	
4.Vj.	68 656	49 337	19 059	64 262	54 683	3 858	+ 4 394	30 935	28 483	2 256	95	101	4 336	
2013 1.Vj.	62 211	42 779	19 173	64 193	54 940	3 871	- 1 982	28 616	26 044	2 356	106	110	4 292	
2.Vj.	64 751	45 399	19 090	64 188	54 660	3 858	+ 563	29 380	26 938	2 221	111	110	4 294	

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn/See“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher

Geldleistungen. 4 Bis 1.Vj. 2004 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. 5 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahrende. 6 Einschl. Barmittel. 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung ^{*)}

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes
	ins-gesamt 1)	darunter:			ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenz-geld-umlage	Bundes-beteiligung		Arbeits-losen-geld 2)	Kurz-arbeiter-geld 3)	berufliche Förderung 4)	Ein-gliederungs-beitrag 5)	Insolvenz-geld	Ver-waltungs-ausgaben 6)		
2006	55 384	51 176	920	.	44 169	22 899	350	9 258	3 282	836	3 740	+ 11 215	0
2007	42 838	32 264	674	6 468	36 196	16 934	533	8 259	1 945	696	3 896	+ 6 642	-
2008	38 289	26 452	673	7 583	39 407	13 864	544	8 586	5 000	654	4 495	- 1 118	-
2009	34 254	22 046	711	7 777	48 057	17 291	5 322	9 849	4 866	1 617	5 398	- 13 804	-
2010	37 070	22 614	2 929	7 927	45 213	16 602	4 125	9 297	5 256	740	5 322	- 8 143	5 207
2011	37 563	25 433	37	8 046	37 524	13 776	1 324	8 369	4 510	683	5 090	+ 40	-
2012	37 429	26 570	314	7 238	34 842	13 823	828	6 699	3 822	982	5 117	+ 2 587	-
2011 1.Vj.	10 259	5 853	46	3 666	9 583	4 157	685	2 255	-	186	1 205	+ 676	-
2.Vj.	8 802	6 358	- 5	1 605	8 246	3 477	353	2 134	-	175	1 213	+ 556	-
3.Vj.	7 467	6 205	- 4	305	7 450	3 177	168	1 857	26	187	1 229	+ 17	-
4.Vj.	11 036	7 017	- 1	2 470	12 245	2 965	119	2 122	4 484	134	1 443	- 1 210	-
2012 1.Vj.	9 709	6 175	69	2 693	8 452	3 773	449	1 924	- 0	211	1 185	+ 1 257	-
2.Vj.	8 331	6 620	78	872	7 816	3 457	229	1 762	0	329	1 191	+ 515	-
3.Vj.	7 501	6 508	80	70	7 539	3 307	82	1 462	368	218	1 249	- 37	-
4.Vj.	11 888	7 267	86	3 603	11 035	3 286	68	1 551	3 454	223	1 493	+ 853	-
2013 1.Vj.	7 762	6 429	276	245	8 612	4 301	494	1 493	.	194	1 193	- 850	-
2.Vj.	8 041	6 870	310	-	8 230	3 969	384	1 498	.	204	1 266	- 189	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Ohne Versorgungsfonds. 1 Ohne Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes. 2 Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. 3 Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. 4 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Re-

habilitation, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. 5 Bis einschl. 2012. Von 2005 bis 2007: Aussteuerungsbetrag. 6 Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grund-sicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	Kranken-haus-behand-lung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung 4)	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld		Ver-waltungs-ausgaben 5)
		Beiträge 2)	Bundes-mittel 3)									
2006	149 929	142 183	4 200	148 297	50 327	25 835	23 896	10 364	8 303	5 708	8 319	+ 1 632
2007	156 058	149 964	2 500	154 314	50 850	27 791	24 788	10 687	8 692	6 017	8 472	+ 1 744
2008	162 516	155 883	2 500	161 334	52 623	29 145	25 887	10 926	9 095	6 583	8 680	+ 1 182
2009	169 758	158 594	7 200	170 823	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 947	- 1 065
2010 6)	179 524	160 792	15 700	175 803	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 553	+ 3 721
2011	189 034	170 860	15 300	179 597	58 501	28 939	29 056	11 651	11 193	8 529	9 486	+ 9 437
2012	193 291	176 366	14 000	184 289	60 157	29 156	29 682	11 749	11 477	9 171	9 711	+ 9 002
2011 1.Vj.	45 339	40 871	3 825	44 392	15 075	7 158	7 361	2 893	2 528	2 210	2 173	+ 947
2.Vj.	46 887	42 370	3 825	44 955	14 601	7 239	7 372	3 001	2 834	2 106	2 263	+ 1 931
3.Vj.	46 865	42 298	3 825	44 432	14 594	7 236	7 160	2 768	2 762	2 069	2 292	+ 2 433
4.Vj.	49 866	45 291	3 825	45 878	14 418	7 382	7 161	2 997	3 117	2 125	2 682	+ 3 988
2012 1.Vj.	46 433	42 249	3 500	45 971	15 579	7 424	7 502	2 971	2 664	2 336	2 195	+ 462
2.Vj.	47 942	43 739	3 500	46 178	15 115	7 419	7 515	3 015	2 874	2 281	2 244	+ 1 764
3.Vj.	47 653	43 648	3 499	45 842	15 049	7 221	7 342	2 843	2 872	2 220	2 283	+ 1 811
4.Vj.	51 162	46 727	3 501	46 576	14 548	7 305	7 465	2 989	3 065	2 333	2 936	+ 4 586
2013 1.Vj.	47 115	43 645	2 875	48 030	15 955	7 445	8 258	3 139	2 786	2 518	2 256	- 915

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostruktur-ausgleichs. 2 Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. 3 Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. 4 Einschl. Zahnersatz. 5 Netto, d. h. nach Abzug der Kostener-

stattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. 6 Angaben zu einzel-nen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur be-grenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)		Verwaltungsausgaben	
2006	17 749	17 611	18 064	2 437	8 671	4 017	862	886	-	315
2007	18 036	17 858	18 385	2 475	8 831	4 050	861	896	-	350
2008	19 785	19 608	19 163	2 605	9 054	4 225	868	941	+	622
2009	21 300	21 137	20 314	2 742	9 274	4 443	878	984	+	986
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325
2011	22 294	22 145	21 962	3 002	9 700	4 735	881	1 034	+	331
2012	23 082	22 953	22 988	3 135	9 961	5 073	881	1 083	+	95
2011 1.Vj.	5 306	5 269	5 457	750	2 408	1 165	216	277	-	150
2.Vj.	5 519	5 496	5 396	713	2 417	1 173	210	263	+	123
3.Vj.	5 513	5 486	5 551	774	2 442	1 191	221	255	-	38
4.Vj.	5 904	5 877	5 526	742	2 442	1 216	223	240	+	378
2012 1.Vj.	5 493	5 450	5 700	774	2 469	1 248	223	283	-	207
2.Vj.	5 713	5 686	5 656	758	2 478	1 254	217	276	+	57
3.Vj.	5 726	5 694	5 774	783	2 507	1 269	219	262	-	49
4.Vj.	6 113	6 087	5 811	791	2 511	1 310	225	265	+	302
2013 1.Vj.	5 907	5 871	5 916	803	2 489	1 344	212	294	-	9

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige

Angaben handelt. 2 Seit 2005: Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen
	brutto 2)	netto		
2006	+ 221 873	+ 32 656	+ 3 258	+ 6 308
2007	+ 214 995	+ 6 996	+ 1 086	- 4 900
2008	+ 233 356	+ 26 208	+ 6 888	+ 9 036
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036
2012	+ 263 334	+ 31 728	+ 6 183	+ 13 375
2011 1.Vj.	+ 76 394	+ 15 958	- 607	- 5 206
2.Vj.	+ 77 158	+ 10 392	- 49	+ 26 625
3.Vj.	+ 59 256	- 8 152	- 4 177	- 22 608
4.Vj.	+ 51 764	- 12 308	- 42	- 7 847
2012 1.Vj.	+ 72 603	+ 12 524	+ 8 251	- 2 380
2.Vj.	+ 68 851	+ 13 623	+ 2 836	+ 19 969
3.Vj.	+ 60 504	- 8 627	- 8 281	- 14 911
4.Vj.	+ 61 376	+ 14 208	+ 3 376	+ 10 697
2013 1.Vj.	+ 62 030	+ 9 538	+ 1 303	- 11 879

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Kreditinstitute	Sozialversicherungen	sonstige 1)	
2006	1 533 697	4 440	496 800	72	329 585	702 800
2007	1 540 381	4 440	456 900	68	317 473	761 500
2008	1 564 590	4 440	435 600	62	314 588	809 900
2009	1 657 842	4 440	438 700	59	321 943	892 700
2010	1 732 531	4 440	400 100	21	389 470	938 500
2011	1 752 546	4 440	356 600	102	413 404	978 000
2012 p)	1 798 639	4 440	432 100	92	287 807	1 074 200
2011 1.Vj.	1 750 918	4 440	413 300	87	374 591	958 500
2.Vj.	1 763 754	4 440	405 400	82	360 332	993 500
3.Vj.	1 759 983	4 440	388 900	82	379 261	987 300
4.Vj.	1 752 546	4 440	356 600	102	413 404	978 000
2012 1.Vj. p)	1 767 428	4 440	399 800	91	355 198	1 007 900
2.Vj. p)	1 782 227	4 440	412 300	92	325 595	1 039 800
3.Vj. p)	1 775 104	4 440	432 500	92	285 672	1 052 400
4.Vj. p)	1 798 639	4 440	432 100	92	287 807	1 074 200
2013 1.Vj. ts)	1 804 662	4 440	430 900	42	258 280	1 111 000

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Als Differenz ermittelt.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
Gebietskörperschaften												
2007	1 540 381	39 510	329 108	177 394	10 287	574 512	.	329 588	68	75 396	4 443	76
2008	1 564 590	44 620	337 511	172 037	9 649	584 144	3 174	325 648	62	83 229	4 443	73
2009	1 657 842	105 970	361 727	174 219	9 471	594 999	2 495	300 927	59	103 462	4 442	71
2010	1 732 531	87 042	391 851	195 534	8 704	628 757	1 975	302 596	21	111 609	4 440	2
2011 4.Vj.	1 752 546	60 272	414 250	214 211	8 208	644 701	2 154	292 091	102	112 116	4 440	2
2012 1.Vj. p)	1 767 428	54 692	410 585	226 486	7 869	646 884	2 134	304 136	91	110 109	4 440	2
2.Vj. p)	1 782 227	55 392	410 186	224 607	7 518	663 502	2 137	297 572	92	116 781	4 440	2
3.Vj. p)	1 775 104	53 325	409 957	237 746	7 110	654 320	1 893	289 197	92	117 023	4 440	2
4.Vj. p)	1 798 639	57 172	417 469	234 355	6 818	666 963	1 725	294 155	92	115 449	4 440	2
2013 1.Vj. ts)	1 804 662	56 911	416 586	248 589	6 354	666 687	1 580	289 873	42	113 600	4 440	2
Bund 7) 8) 9) 10) 11)												
2007	939 988	37 385	102 083	177 394	10 287	574 156	.	22 829	-	11 336	4 443	75
2008	966 197	40 795	105 684	172 037	9 649	583 930	3 174	35 291	-	11 122	4 443	72
2009	1 033 017	104 409	113 637	174 219	9 471	594 780	2 495	18 347	-	11 148	4 442	70
2010	1 075 415	85 867	126 220	195 534	8 704	628 582	1 975	13 349	-	10 743	4 440	2
2011 4.Vj.	1 081 304	58 297	130 648	214 211	8 208	644 513	2 154	9 382	-	9 450	4 440	2
2012 1.Vj. p)	1 093 828	52 161	126 956	226 486	7 869	646 696	2 134	17 894	-	9 190	4 440	2
2.Vj. p)	1 107 451	52 578	122 937	224 607	7 518	663 314	2 137	20 827	-	9 092	4 440	2
3.Vj. p)	1 098 824	51 638	120 240	237 746	7 110	654 132	1 893	12 646	-	8 979	4 440	2
4.Vj. p)	1 113 032	56 222	117 719	234 355	6 818	666 775	1 725	16 193	-	8 784	4 440	2
2013 1.Vj.	1 122 570	54 962	113 866	248 589	6 354	666 499	1 580	17 469	-	8 811	4 440	2
Länder												
2007	484 373	2 125	227 025	194 956	2	60 264	.	1
2008	483 875	3 825	231 827	179 978	3	68 241	.	1
2009	505 359	1 561	248 091	167 310	8	88 389	.	1
2010	528 619	1 176	265 631	167 353	1	94 459	.	1
2011 4.Vj.	537 551	1 975	283 601	154 526	62	97 387	.	1
2012 1.Vj. p)	535 898	2 531	283 629	154 047	51	95 639	.	1
2.Vj. p)	537 161	2 814	287 249	144 637	52	102 409	.	1
3.Vj. p)	539 038	1 687	289 717	144 817	52	102 764	.	1
4.Vj. p)	547 464	950	299 750	145 327	52	101 386	.	1
2013 1.Vj. p)	542 937	1 949	302 720	138 756	2	99 510	.	1
Gemeinden 12)												
2007	115 920	.	-	.	.	256	.	111 803	66	3 796	.	.
2008	114 518	.	-	.	.	214	.	110 379	60	3 866	.	.
2009	119 466	.	-	.	.	219	.	115 270	52	3 925	.	.
2010	128 497	.	-	.	.	175	.	121 895	20	6 407	.	.
2011 4.Vj.	133 691	.	-	.	.	188	.	128 183	40	5 280	.	.
2012 1.Vj. p)	137 703	.	-	.	.	188	.	132 195	40	5 280	.	.
2.Vj. p)	137 615	.	-	.	.	188	.	132 108	40	5 280	.	.
3.Vj. p)	137 241	.	-	.	.	188	.	131 734	40	5 280	.	.
4.Vj. p)	138 143	.	-	.	.	188	.	132 635	40	5 280	.	.
2013 1.Vj. ts)	139 156	.	-	.	.	188	.	133 648	40	5 280	.	.
Sondervermögen 7) 8) 13)												
2007	100	.	-	-	.	100	.	-	-	-	.	.
2008	-	.	-	-	.	-	.	-	-	-	.	.
2009	-	.	-	-	.	-	.	-	-	-	.	.
2010	-	.	-	-	.	-	.	-	-	-	.	.
2011 4.Vj.	-	.	-	-	.	-	.	-	-	-	.	.
2012 1.Vj.	-	.	-	-	.	-	.	-	-	-	.	.
2.Vj.	-	.	-	-	.	-	.	-	-	-	.	.
3.Vj.	-	.	-	-	.	-	.	-	-	-	.	.
4.Vj.	-	.	-	-	.	-	.	-	-	-	.	.
2013 1.Vj.	-	.	-	-	.	-	.	-	-	-	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Einschl. Finanzierungsschätze. 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. 3 Die Länderschatzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. 4 Im Wesentlichen Schuldscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktsta-

tistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. 8 Zum 1. Juli 2007 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des ERP-Sondervermögens durch den Bund. Das genannte Sondervermögen wird danach nur noch beim Bund ausgewiesen. 9 Ab Dezember 2008 einschl. Verschuldung des „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“. 10 Ab März 2009 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“. 11 Ab Januar 2011 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 12 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. 13 ERP-Sondervermögen (bis einschl. Juni 2007), Fonds „Deutsche Einheit“ (bis einschl. 2004) und Entschädigungsfonds.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2010			2011			2012			2011				2012				2013
	2010	2011	2012	2010	2011	2012	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	
	Index 2005 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %														
Preisbereinigt, verkettet																		
I. Entstehung des Inlandsprodukts																		
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	104,9	111,4	111,0	15,8	6,2	- 0,4	6,1	0,7	1,8	- 0,9	- 1,2	- 1,1	- 4,5					
Baugewerbe	99,0	103,6	100,9	6,9	4,6	- 2,6	1,4	6,7	1,0	- 2,6	- 2,4	- 6,1	- 7,2					
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	110,6	114,0	114,9	1,7	3,1	0,8	2,4	1,8	2,5	1,2	- 0,4	0,2	- 1,2					
Information und Kommunikation	135,7	138,2	143,1	- 0,2	1,9	3,5	2,1	1,9	3,5	2,9	3,8	4,0	2,8					
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	115,5	117,1	118,9	1,4	1,4	1,5	3,4	1,4	1,9	1,9	1,6	0,5	0,9					
Grundstücks- und Wohnungswesen	105,3	105,9	107,3	- 1,7	0,6	1,4	0,5	1,1	1,6	1,6	1,5	0,9	0,9					
Unternehmensdienstleister ¹⁾	100,8	105,0	108,1	2,6	4,2	2,9	3,7	3,4	4,1	3,2	2,7	1,6	1,2					
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	108,5	109,5	110,2	1,7	0,9	0,6	0,8	1,1	0,7	0,8	0,7	0,3	0,0					
Sonstige Dienstleister	104,0	103,5	104,6	- 0,5	- 0,5	1,1	- 0,7	0,3	1,4	1,4	1,5	- 0,1	- 1,2					
Bruttowertschöpfung	107,7	110,9	111,8	4,6	3,0	0,8	2,7	1,4	1,9	0,8	0,4	- 0,0	- 1,4					
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	107,0	110,2	111,0	4,2	3,0	0,7	2,6	1,4	1,8	0,5	0,4	0,0	- 1,4					
II. Verwendung des Inlandsprodukts																		
Private Konsumausgaben ³⁾	103,2	104,9	105,7	0,9	1,7	0,8	2,1	0,9	1,9	0,8	- 0,0	0,4	- 0,4					
Konsumausgaben des Staates	110,6	111,7	113,0	1,7	1,0	1,2	0,9	1,3	1,8	0,7	1,2	0,9	0,3					
Ausrüstungen	108,5	116,1	110,5	10,3	7,0	- 4,8	5,6	2,3	2,4	- 3,8	- 7,2	- 9,3	- 10,3					
Bauten	104,2	110,3	108,6	3,2	5,8	- 1,5	2,5	6,5	0,3	- 2,0	- 1,0	- 3,1	- 6,2					
Sonstige Anlagen ⁴⁾	124,6	129,5	133,5	3,3	3,9	3,2	3,6	4,7	2,6	3,6	3,5	2,9	2,8					
Vorratsveränderungen ^{5) 6)}	.	.	.	0,6	0,2	- 0,4	0,4	0,1	- 0,2	- 0,9	- 0,7	- 0,2	0,1					
Inländische Verwendung	106,0	108,8	108,5	2,6	2,6	- 0,3	2,6	1,7	1,5	- 0,8	- 1,0	- 0,8	- 1,4					
Außenbeitrag ⁶⁾	.	.	.	1,7	0,6	0,9	0,1	- 0,3	0,3	1,3	1,4	0,7	- 0,1					
Exporte	124,5	134,2	139,4	13,7	7,8	3,8	7,3	3,9	4,0	5,2	4,4	1,8	- 1,9					
Importe	124,6	133,8	136,8	11,1	7,4	2,2	7,9	5,1	3,8	3,0	1,8	0,4	- 2,0					
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	107,0	110,2	111,0	4,2	3,0	0,7	2,6	1,4	1,8	0,5	0,4	0,0	- 1,4					
In jeweiligen Preisen (Mrd €)																		
III. Verwendung des Inlandsprodukts																		
Private Konsumausgaben ³⁾	1 433,2	1 487,7	1 523,7	3,0	3,8	2,4	4,0	2,9	3,8	2,2	1,7	2,1	1,1					
Konsumausgaben des Staates	487,6	499,8	515,2	2,6	2,5	3,1	2,3	2,7	3,3	2,5	3,1	3,4	3,3					
Ausrüstungen	170,8	183,2	175,0	10,3	7,3	- 4,5	5,9	2,6	2,8	- 3,8	- 6,9	- 9,0	- 9,9					
Bauten	236,8	258,1	260,4	4,4	9,0	0,9	5,6	10,1	3,1	0,5	1,3	- 1,0	- 4,4					
Sonstige Anlagen ⁴⁾	27,6	28,5	29,2	2,8	3,3	2,4	3,1	3,6	2,4	2,5	2,5	2,3	2,0					
Vorratsveränderungen ⁵⁾	1,3	3,7	- 8,5					
Inländische Verwendung	2 357,3	2 460,9	2 494,9	4,4	4,4	1,4	4,3	3,5	3,2	0,7	0,7	1,0	0,3					
Außenbeitrag	138,9	131,7	149,3					
Exporte	1 173,3	1 300,8	1 364,7	16,6	10,9	4,9	9,5	5,7	5,2	6,5	5,5	2,5	- 1,7					
Importe	1 034,4	1 169,2	1 215,3	16,3	13,0	3,9	11,9	8,9	6,1	4,7	3,5	1,7	- 2,9					
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	2 496,2	2 592,6	2 644,2	5,1	3,9	2,0	3,5	2,2	3,0	1,8	1,8	1,5	0,7					
IV. Preise (2005 = 100)																		
Privater Konsum	106,3	108,5	110,3	2,0	2,1	1,7	1,9	2,0	1,8	1,4	1,7	1,7	1,5					
Bruttoinlandsprodukt	104,9	105,8	107,1	0,9	0,8	1,3	0,9	0,8	1,2	1,2	1,4	1,5	2,1					
Terms of Trade	99,2	97,0	96,3	- 2,1	- 2,2	- 0,7	- 1,6	- 1,9	- 1,1	- 0,4	- 0,6	- 0,6	1,1					
V. Verteilung des Volkseinkommens																		
Arbeitnehmerentgelt	1 271,0	1 328,0	1 377,6	3,0	4,5	3,7	4,3	3,9	3,7	3,8	3,8	3,7	3,4					
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	648,3	656,7	657,4	12,0	1,3	0,1	2,3	- 3,4	4,2	1,8	- 1,2	- 4,4	- 3,8					
Volkseinkommen	1 919,3	1 984,6	2 035,1	5,9	3,4	2,5	3,6	1,7	3,9	3,1	1,9	1,3	0,8					
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 546,7	2 640,9	2 707,9	4,7	3,7	2,5	3,7	2,1	3,6	2,9	2,1	1,6	0,8					

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2013. **1** Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. **2** Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubventionen).

3 Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Immaterielle Anlageinvestitionen (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. **5** Einschl. Nettozugang an Wertsachen. **6** Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe ¹⁾

Arbeitstäglich bereinigt ^{o)}

	davon:											
	Produzierendes Gewerbe ¹⁾	Baugewerbe ²⁾	Energie ³⁾	Industrie				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
				zusammen	Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
2010=100												
Gewicht in % ⁴⁾	100,00	11,24	10,14	78,62	31,02	33,31	2,49	11,80	10,41	10,37	12,17	11,62
Zeit												
2009	90,2	.	96,9	89,0	86,7	88,0	91,0	97,7	85,5	85,3	90,1	79,5
2010	99,5	99,2	100,1	99,4	99,5	99,3	99,4	99,5	99,4	99,3	99,3	99,1
2011	106,2	107,0	95,4	107,4	106,1	111,4	104,0	100,7	107,9	111,0	112,7	112,1
2012	105,8	105,9	97,2	106,8	103,8	112,8	100,3	99,2	106,1	108,6	114,7	112,2
2012 2.Vj.	106,0	109,2	91,9	107,3	106,3	112,7	99,1	96,5	108,2	108,4	114,4	113,5
3.Vj.	106,8	116,1	91,5	107,5	105,7	112,3	99,4	100,4	107,1	111,1	113,6	111,3
4.Vj.	107,4	116,6	100,0	107,0	99,5	115,8	100,3	103,4	103,5	107,5	119,8	107,6
2013 1.Vj.	100,3	76,3	100,9	103,7	101,5	108,5	100,5	96,6	104,5	104,0	105,7	113,2
2.Vj.	106,6	107,7	89,2	108,7	104,8	117,3	97,7	96,7	107,8	105,2	113,2	127,9
2012 Juni	108,4	114,3	88,9	110,0	107,9	116,9	100,5	98,1	111,0	113,3	120,6	114,9
Juli	108,7	118,6	90,8	109,5	108,4	115,2	97,6	99,1	109,8	113,5	117,6	114,9
Aug.	100,7	110,8	91,3	100,5	101,4	101,5	87,9	98,0	100,5	105,9	103,5	95,7
Sept.	111,1	119,0	92,5	112,4	107,2	120,2	112,8	104,0	110,9	114,0	119,8	123,4
Okt.	110,4	119,9	99,3	110,5	107,9	114,2	107,3	107,4	110,8	111,6	112,3	115,3
Nov.	111,4	119,4	100,2	111,7	105,5	120,2	106,8	104,8	109,6	113,0	117,9	120,3
Dez.	100,4	110,4	100,6	98,9	85,2	112,9	86,9	98,1	90,2	97,9	129,3	87,2
2013 Jan.	92,9	64,2	100,8	96,0	97,2	94,9	93,7	96,6	98,4	97,7	91,9	95,8
Febr.	97,2	72,9	95,6	100,9	98,0	106,9	98,1	92,0	101,6	99,8	104,1	112,7
März	5) 110,9	5) 91,9	106,4	114,2	109,2	123,7	109,7	101,3	113,4	114,5	121,0	131,2
April ^{x)}	5) 105,0	5) 103,7	92,1	106,9	102,9	115,1	97,2	96,1	106,3	101,6	111,1	125,7
Mai ^{x)}	5) 104,1	5) 106,0	87,2	106,1	104,4	112,1	91,4	96,9	106,0	103,0	106,7	122,6
Juni ^{x)p)}	5) 110,6	5) 113,4	s) 88,3	113,0	107,0	124,8	104,5	97,0	111,2	111,0	121,7	135,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2009	- 15,5	.	- 5,1	- 17,4	- 18,2	- 21,3	- 15,7	- 3,6	- 23,5	- 21,7	- 26,0	- 21,5
2010	+ 10,3	.	+ 3,3	+ 11,7	+ 14,8	+ 12,8	+ 9,2	+ 1,8	+ 16,3	+ 16,4	+ 10,2	+ 24,7
2011	+ 6,7	+ 7,9	- 4,7	+ 8,0	+ 6,6	+ 12,2	+ 4,6	+ 1,2	+ 8,6	+ 11,8	+ 13,5	+ 13,1
2012	- 0,4	- 1,0	+ 1,9	- 0,6	- 2,2	+ 1,3	- 3,6	- 1,5	- 1,7	- 2,2	+ 1,8	+ 0,1
2012 2.Vj.	+ 0,3	- 0,2	+ 5,1	- 0,2	- 1,4	+ 2,1	- 1,6	- 3,5	- 1,0	+ 0,1	+ 2,9	- 0,1
3.Vj.	- 0,7	± 0,0	+ 3,7	- 1,3	- 3,1	+ 0,5	- 3,0	- 1,0	- 2,7	- 3,9	- 0,8	+ 0,5
4.Vj.	- 2,3	- 3,6	± 0,0	- 2,3	- 3,4	- 2,1	- 7,2	+ 0,8	- 3,6	- 5,4	- 1,5	- 4,4
2013 1.Vj.	- 2,4	- 6,5	- 4,3	- 1,8	- 2,3	- 1,9	- 2,0	+ 0,2	- 0,9	- 3,2	- 4,8	- 2,8
2.Vj.	+ 0,6	- 1,4	- 2,9	+ 1,3	- 1,4	+ 4,1	- 1,4	+ 0,2	- 0,4	- 3,0	- 1,1	+ 12,7
2012 Juni	+ 0,9	+ 1,1	+ 6,1	+ 0,3	- 1,1	+ 2,3	+ 2,4	- 2,4	- 0,6	+ 0,7	+ 1,9	+ 1,9
Juli	- 1,1	+ 0,1	+ 1,5	- 1,6	- 2,8	+ 0,5	- 6,9	- 3,5	- 3,1	- 2,7	+ 0,9	- 0,4
Aug.	- 0,7	+ 0,8	+ 4,5	- 1,2	- 3,3	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,4	- 3,3	- 4,6	- 3,0	+ 1,9
Sept.	- 0,4	+ 0,6	+ 5,4	- 1,0	- 3,1	+ 0,7	- 2,3	+ 0,1	- 1,7	- 4,5	- 0,3	+ 0,4
Okt.	- 2,6	- 2,2	+ 1,8	- 3,2	- 3,3	- 4,0	- 8,4	+ 1,0	- 4,2	- 5,4	- 2,4	- 7,8
Nov.	- 2,9	- 4,4	+ 0,7	- 3,0	- 3,9	- 2,7	- 7,5	- 1,3	- 5,2	- 6,1	- 3,8	- 2,4
Dez.	- 1,2	- 4,3	- 2,3	- 0,5	- 2,9	+ 0,5	- 5,0	+ 3,0	- 0,8	- 4,5	+ 1,6	- 2,4
2013 Jan.	- 2,8	- 6,8	- 4,9	- 2,1	- 2,4	- 3,6	- 3,9	+ 3,5	- 1,7	- 3,4	- 4,6	- 8,1
Febr.	- 1,8	+ 5,7	- 9,3	- 1,6	- 2,5	- 1,3	- 1,8	± 0,0	- 1,4	- 4,8	- 1,8	- 3,8
März	5) - 2,6	5) - 14,0	+ 1,4	- 1,6	- 2,1	- 1,2	- 0,4	- 2,6	+ 0,3	- 1,7	- 7,4	+ 2,6
April ^{x)}	5) + 0,9	5) - 1,0	- 3,2	+ 1,6	- 2,0	+ 4,9	- 0,8	+ 1,9	+ 0,8	- 3,3	+ 0,6	+ 11,0
Mai ^{x)}	5) - 1,2	5) - 2,4	- 4,9	+ 0,6	- 1,5	+ 0,6	- 7,4	- 0,1	- 2,0	- 3,6	- 4,9	+ 9,2
Juni ^{x)p)}	5) + 2,0	5) - 0,8	s) - 0,7	+ 2,7	- 0,8	+ 6,8	+ 4,0	- 1,1	+ 0,2	- 2,0	+ 0,9	+ 17,8

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. o) Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1) Bis Dezember 2009 ohne, ab Januar 2010 einschl. Ausbaugewerbe. 2) Daten erst ab Januar 2010 verfügbar. 3) Ab Januar 2010 Entwicklung einschl. Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (Wind- und Photovoltaikanlagen). 4) Gewicht für die Angaben ab 2010: Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr

2010. 5) Vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (durchschnittlich + 3 %). x) Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung sowie der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe. s) Ursprungswert vom Statistischen Bundesamt geschätzt.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie ^{*)}

Arbeitstäglich bereinigt ^{o)}

Zeit	Industrie		davon:									
	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	Vorleistungsgüterproduzenten		Investitionsgüterproduzenten		Konsumgüterproduzenten		davon:			
			2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %
insgesamt												
2008	105,5	- 6,1	105,6	- 3,2	105,1	- 8,4	107,8	- 3,4	101,5	- 6,2	110,1	- 2,5
2009	79,8	- 24,4	77,8	- 26,3	79,4	- 24,5	94,6	- 12,2	86,8	- 14,5	97,2	- 11,7
2010	99,5	+ 24,7	99,5	+ 27,9	99,5	+ 25,3	99,6	+ 5,3	99,5	+ 14,6	99,6	+ 2,5
2011	109,9	+ 10,5	109,1	+ 9,6	111,2	+ 11,8	103,8	+ 4,2	105,3	+ 5,8	103,3	+ 3,7
2012	106,9	- 2,7	104,2	- 4,5	109,2	- 1,8	103,8	± 0,0	99,4	- 5,6	105,3	+ 1,9
2012 Juni	110,3	- 6,0	106,0	- 4,8	114,4	- 7,8	102,2	+ 2,4	100,7	- 3,6	102,7	+ 4,7
Juli	107,2	- 3,6	105,5	- 7,0	108,2	- 1,0	109,7	- 2,5	100,1	- 9,0	113,1	- 0,3
Aug.	97,8	- 3,3	97,7	- 5,6	96,8	- 2,4	105,1	+ 2,7	92,6	- 1,8	109,4	+ 4,1
Sept.	104,7	- 2,4	100,5	- 5,4	107,3	- 0,6	107,1	- 0,6	111,6	- 6,9	105,5	+ 1,9
Okt.	108,1	- 0,3	103,9	- 2,3	111,0	+ 0,7	107,8	+ 1,4	102,4	- 9,5	109,7	+ 5,6
Nov.	107,2	+ 0,1	103,1	- 1,2	110,6	+ 1,0	104,0	± 0,0	97,8	- 8,3	106,1	+ 3,0
Dez.	102,1	- 0,9	89,7	- 3,3	112,1	+ 0,4	92,4	+ 0,9	83,4	- 5,0	95,5	+ 2,7
2013 Jan.	103,4	- 1,8	103,9	- 5,6	103,3	+ 0,9	100,9	- 1,2	95,9	- 3,8	102,6	- 0,4
Febr.	106,2	- 0,1	101,6	- 4,2	109,3	+ 2,6	106,4	+ 0,6	93,1	- 2,0	111,0	+ 1,3
März	119,2	- 0,3	114,3	+ 0,3	124,0	- 0,2	109,0	- 3,6	109,1	- 2,7	109,0	- 3,9
April	105,9	- 0,6	102,7	- 3,6	108,6	+ 0,6	101,8	+ 6,6	98,6	- 0,3	102,8	+ 9,0
Mai	104,9	- 2,3	103,0	- 3,8	106,9	- 1,7	100,5	± 0,0	95,7	- 3,3	102,2	+ 1,2
Juni ^{p)}	114,3	+ 3,6	104,2	- 1,7	123,1	+ 7,6	102,6	+ 0,4	106,8	+ 6,1	101,1	- 1,6
aus dem Inland												
2008	107,7	- 4,7	104,6	- 2,3	109,3	- 7,2	116,8	- 2,8	113,4	- 2,2	118,0	- 3,0
2009	83,8	- 22,2	77,2	- 26,2	88,0	- 19,5	98,2	- 15,9	95,1	- 16,1	99,2	- 15,9
2010	99,5	+ 18,7	99,5	+ 28,9	99,5	+ 13,1	99,6	+ 1,4	99,4	+ 4,5	99,6	+ 0,4
2011	109,8	+ 10,4	109,7	+ 10,3	110,8	+ 11,4	103,5	+ 3,9	110,2	+ 10,9	101,1	+ 1,5
2012	103,9	- 5,4	103,3	- 5,8	105,4	- 4,9	99,2	- 4,2	101,9	- 7,5	98,2	- 2,9
2012 Juni	105,3	- 4,8	103,9	- 5,3	108,5	- 4,3	94,5	- 4,5	94,6	- 9,4	94,5	- 2,7
Juli	105,7	- 7,5	105,0	- 10,0	107,0	- 5,0	102,6	- 6,6	98,4	- 13,7	104,1	- 4,0
Aug.	96,4	- 7,1	97,6	- 8,1	94,4	- 6,6	101,3	- 4,3	96,7	- 8,3	102,9	- 3,0
Sept.	102,3	- 5,3	100,9	- 5,0	103,6	- 4,9	102,9	- 9,7	114,7	- 14,5	98,7	- 7,6
Okt.	103,2	- 4,4	102,7	- 5,5	103,4	- 3,4	104,5	- 4,4	112,1	- 9,9	101,8	- 2,1
Nov.	104,1	- 4,6	103,9	- 3,3	105,1	- 5,7	98,7	- 6,2	103,6	- 11,7	97,0	- 3,9
Dez.	92,6	- 3,5	86,5	- 2,0	100,4	- 4,7	81,8	- 6,0	80,4	- 9,5	82,3	- 4,7
2013 Jan.	101,9	- 3,6	103,9	- 4,8	100,6	- 2,7	97,1	- 2,3	97,6	- 8,1	96,9	- 0,1
Febr.	103,3	- 1,1	101,3	- 1,9	105,1	- 0,3	104,1	- 2,5	96,9	- 5,6	106,6	- 1,6
März	115,4	- 0,9	113,2	+ 0,3	119,2	- 1,7	105,4	- 2,8	109,2	- 6,2	104,0	- 1,5
April	102,5	- 3,6	101,2	- 6,0	105,0	- 1,8	94,6	+ 0,6	97,3	- 3,0	93,6	+ 2,0
Mai	100,2	- 4,4	101,6	- 4,3	99,7	- 5,1	94,4	- 0,7	91,2	- 5,4	95,5	+ 0,8
Juni ^{p)}	106,1	+ 0,8	102,5	- 1,3	111,3	+ 2,6	96,8	+ 2,4	98,4	+ 4,0	96,2	+ 1,8
aus dem Ausland												
2008	103,7	- 7,2	106,8	- 4,1	102,5	- 9,2	100,2	- 4,0	91,2	- 10,0	103,4	- 2,0
2009	76,7	- 26,0	78,5	- 26,5	74,1	- 27,7	91,5	- 8,7	79,5	- 12,8	95,6	- 7,5
2010	99,6	+ 29,9	99,6	+ 26,9	99,6	+ 34,4	99,6	+ 8,9	99,5	+ 25,2	99,6	+ 4,2
2011	110,0	+ 10,4	108,4	+ 8,8	111,4	+ 11,8	104,1	+ 4,5	101,0	+ 1,5	105,2	+ 5,6
2012	109,3	- 0,6	105,2	- 3,0	111,6	+ 0,2	107,7	+ 3,5	97,3	- 3,7	111,3	+ 5,8
2012 Juni	114,3	- 7,1	108,4	- 4,5	118,1	- 9,6	108,8	+ 8,4	106,1	+ 1,5	109,7	+ 10,8
Juli	108,5	- 0,1	106,1	- 3,3	108,9	+ 1,6	115,8	+ 0,9	101,6	- 4,7	120,7	+ 2,5
Aug.	98,9	± 0,0	97,8	- 2,5	98,3	+ 0,2	108,4	+ 9,2	89,1	+ 5,4	115,0	+ 10,3
Sept.	106,6	- 0,1	100,1	- 5,7	109,6	+ 2,0	110,6	+ 8,0	108,9	+ 1,3	111,3	+ 10,5
Okt.	112,1	+ 3,0	105,4	+ 1,9	115,7	+ 3,2	110,7	+ 6,8	94,0	- 8,9	116,5	+ 12,1
Nov.	109,8	+ 4,1	102,2	+ 1,5	114,0	+ 5,3	108,5	+ 5,4	92,8	- 4,6	113,9	+ 8,7
Dez.	109,8	+ 1,1	93,4	- 4,9	119,3	+ 3,2	101,5	+ 6,2	86,0	- 1,0	106,8	+ 8,3
2013 Jan.	104,6	- 0,4	104,0	- 6,5	104,9	+ 3,0	104,1	- 0,4	94,5	+ 0,4	107,5	- 0,6
Febr.	108,5	+ 0,6	102,0	- 6,8	111,9	+ 4,4	108,4	+ 3,2	89,7	+ 1,6	114,7	+ 3,6
März	122,2	+ 0,2	115,5	+ 0,3	126,9	+ 0,6	112,1	- 4,3	109,0	+ 0,6	113,2	- 5,7
April	108,6	+ 1,9	104,5	- 0,5	110,8	+ 2,0	107,9	+ 11,5	99,8	+ 2,1	110,6	+ 14,6
Mai	108,8	- 0,7	104,6	- 3,2	111,4	+ 0,4	105,8	+ 0,7	99,6	- 1,6	107,9	+ 1,4
Juni ^{p)}	121,0	+ 5,9	106,2	- 2,0	130,3	+ 10,3	107,6	+ 1,1	114,1	+ 7,5	105,3	- 4,0

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14 bis II.16. ^{o)} Mit

Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitsstaglich bereinigt )

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Hochbau										Tiefbau					
	Insgesamt		zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber			
2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2009	107,4	- 5,3	100,6	- 12,3	94,1	- 0,3	100,6	- 21,3	115,4	- 1,1	114,4	+ 2,1	104,9	- 14,9	115,5	+ 3,7
2010	108,9	+ 1,4	106,6	+ 6,0	103,0	+ 9,5	105,3	+ 4,7	118,9	+ 3,0	111,3	- 2,7	111,0	+ 5,8	109,3	- 5,4
2011	117,0	+ 7,4	119,9	+ 12,5	124,7	+ 21,1	119,9	+ 13,9	109,2	- 8,2	114,0	+ 2,4	125,6	+ 13,2	105,2	- 3,8
2012	125,1	+ 6,9	129,8	+ 8,3	137,0	+ 9,9	131,2	+ 9,4	109,0	- 0,2	120,1	+ 5,4	131,9	+ 5,0	113,1	+ 7,5
2012 Mai	129,8	+ 2,3	126,9	- 5,7	134,3	- 8,8	127,1	+ 0,2	109,5	- 17,2	132,9	+ 11,8	133,1	+ 6,0	124,7	+ 4,2
2012 Juni	142,6	+ 4,4	146,1	+ 5,6	168,1	+ 29,4	136,8	- 0,1	127,4	- 21,3	139,0	+ 3,1	142,0	+ 0,9	132,4	- 2,1
2012 Juli	135,9	- 1,0	132,3	+ 6,2	143,3	+ 6,5	133,8	+ 15,9	102,3	- 23,0	139,7	- 7,2	135,2	+ 4,2	133,5	- 8,6
2012 Aug.	136,8	+ 10,9	150,4	+ 20,2	141,6	+ 9,2	158,5	+ 22,9	143,5	+ 41,2	122,6	+ 0,8	148,8	+ 12,4	122,6	+ 9,8
2012 Sept.	131,1	+ 2,7	138,2	+ 8,4	143,4	+ 12,4	138,4	+ 6,1	126,1	+ 7,6	123,6	- 3,4	141,1	+ 5,3	115,7	- 4,8
2012 Okt.	144,3	+ 27,6	140,9	+ 14,9	140,9	+ 10,9	145,3	+ 13,3	126,0	+ 35,2	147,9	+ 43,2	153,6	+ 19,5	136,4	+ 48,7
2012 Nov.	99,8	- 5,9	108,0	- 5,7	126,3	+ 2,9	104,2	- 7,4	79,3	- 22,6	91,3	- 6,3	104,7	- 10,5	83,7	- 5,0
2012 Dez.	102,1	- 2,9	115,7	+ 2,4	127,1	+ 2,9	119,9	+ 9,6	76,0	- 25,0	87,8	- 9,3	117,1	- 0,6	76,3	- 9,7
2013 Jan.	89,6	+ 0,2	96,6	- 0,3	105,5	+ 2,3	97,8	+ 1,3	72,6	- 13,6	82,4	+ 1,1	96,3	- 6,7	76,3	+ 9,6
2013 Febr.	107,3	+ 2,1	107,7	- 1,3	112,0	- 3,7	110,1	+ 3,1	89,9	- 10,8	106,8	+ 6,0	116,1	+ 5,3	96,4	+ 1,4
2013 März	143,2	- 3,4	142,3	- 9,7	156,3	+ 2,4	138,7	- 17,6	122,8	- 7,7	144,0	+ 4,0	144,7	- 8,0	136,1	- 0,8
2013 April	134,9	- 0,7	139,1	+ 2,7	150,3	+ 2,2	132,4	- 4,2	136,2	+ 36,9	130,4	- 4,2	130,9	- 3,9	132,3	+ 1,4
2013 Mai	137,1	+ 5,6	144,6	+ 13,9	147,0	+ 9,5	148,3	+ 16,7	127,0	+ 16,0	129,2	- 2,8	141,6	+ 6,4	128,3	+ 2,9

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erlauerungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen,

Tabelle II.21.  Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Ohne Wohnungsbauauftrage.

5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen *)

Kalenderbereinigt )

Zeit	Einzelhandel														Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen 3)	
	darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen 1):															
	insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln					
in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in Preisen von 2010	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	
2010 = 100	2010 = 100	2010 = 100	2010 = 100	2010 = 100	2010 = 100	2010 = 100	2010 = 100	2010 = 100	2010 = 100	2010 = 100	2010 = 100	2010 = 100	2010 = 100	2010 = 100	2010 = 100	
2009	97,8	- 3,3	98,8	- 2,8	99,4	- 1,9	95,6	- 3,1	97,0	+ 0,6	97,6	- 2,7	96,5	+ 2,7	104,2	+ 1,1
2010	100,0	+ 2,2	100,0	+ 1,2	100,2	+ 0,8	99,8	+ 4,4	99,9	+ 3,0	100,0	+ 2,5	100,2	+ 3,8	99,3	- 4,7
2011	102,6	+ 2,6	101,0	+ 1,0	102,5	+ 2,3	101,6	+ 1,8	99,4	- 0,5	103,7	+ 3,7	100,5	+ 0,3	107,0	+ 7,8
2012 4)	104,5	+ 1,9	100,9	- 0,1	105,2	+ 2,6	102,1	+ 0,5	98,9	- 0,5	104,5	+ 0,8	100,4	- 0,1	106,2	- 0,7
2012 Juni	103,2	+ 3,3	99,7	+ 1,2	105,5	+ 2,2	95,2	- 1,0	95,8	+ 8,4	101,4	+ 1,2	98,3	+ 0,6	111,3	+ 1,6
2012 Juli	104,2	+ 1,0	101,4	- 0,8	105,1	+ 1,7	101,6	- 1,4	93,2	- 0,6	104,0	+ 0,9	102,7	+ 0,3	108,3	- 1,8
2012 Aug.	101,4	+ 1,7	98,1	- 0,3	103,7	+ 3,1	92,3	- 0,4	91,3	- 1,8	102,8	+ 2,2	96,5	- 1,6	97,6	- 1,2
2012 Sept.	103,3	+ 1,8	99,2	- 0,2	102,2	+ 4,1	112,6	+ 8,8	93,6	+ 0,1	104,4	+ 1,6	95,8	- 4,2	106,4	- 1,9
2012 Okt.	108,7	+ 0,6	104,0	- 1,5	106,8	+ 2,0	118,2	- 4,4	98,4	- 1,7	111,4	- 1,0	102,7	+ 0,1	113,2	- 4,6
2012 Nov.	109,3	+ 2,4	104,8	+ 0,5	106,7	+ 2,6	103,1	- 2,5	108,8	+ 0,6	112,0	+ 0,4	103,6	± 0,0	109,4	- 4,7
2012 Dez.	121,0	- 1,3	116,5	- 3,3	122,0	+ 0,7	122,0	- 2,3	148,5	- 3,9	107,9	- 4,9	108,8	- 5,8	94,1	- 4,7
2013 Jan.	98,0	+ 4,5	94,6	+ 2,9	99,4	+ 5,1	85,8	- 0,5	101,2	- 0,4	90,6	+ 1,3	101,4	+ 4,8	85,6	- 4,1
2013 Febr.	93,8	+ 2,4	90,0	+ 1,2	97,9	+ 3,7	75,9	- 1,0	84,8	- 1,4	89,0	+ 0,6	97,8	+ 3,9	91,0	- 5,4
2013 März	108,9	+ 1,5	103,7	+ 0,2	112,1	+ 4,9	97,2	- 11,4	97,9	+ 3,9	107,8	- 6,6	106,4	+ 2,6	114,8	- 8,2
2013 April	107,8	+ 2,2	102,5	+ 0,9	109,1	+ 2,0	109,9	+ 4,4	86,9	- 3,1	108,3	- 1,7	102,9	+ 1,6	112,2	- 0,5
2013 Mai	108,2	+ 3,0	102,7	+ 1,6	110,7	+ 3,2	103,8	+ 1,3	85,4	- 0,2	107,2	+ 0,2	103,0	+ 2,3	111,3	+ 0,7
2013 Juni 5)	104,5	+ 1,3	99,3	- 0,4	109,4	+ 3,7	100,4	+ 5,5	84,9	- 11,4	101,1	- 0,3	99,6	+ 1,3

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erlauerungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24.  Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 In Verkaufsräumen. 2 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. 3 Ab Januar 2011 basierend

auf Daten aus Umsatzsteuer-Voranmeldungen und Primärerhebungen, davor Stichprobenbefragung. 4 Ergebnisse ab Januar 2012 vorläufig und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher. 5 Ursprungswerte vom Statistischen Bundesamt teilweise geschätzt.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2) 3)					Ausschl. gering-entlohnte Beschäftigte 2)	Kurzarbeiter 4)		Arbeitslose 5)		Arbeitslosenquote 5) 6) in %	Offene Stellen 5) 7) in Tsd
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:				insgesamt	konjunkturell bedingt	insgesamt	darunter:		
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich ohne Arbeitnehmerüberlassung	Arbeitnehmerüberlassung							
2008	40 348	+ 1,2	27 510	+ 2,1	8 659	17 958	679	4 866	58	3 258	1 006	7,8	389	
2009	40 372	+ 0,1	27 493	- 0,1	8 521	18 210	549	4 904	1 144	3 415	1 190	8,1	301	
2010	40 587	+ 0,5	27 757	+ 1,0	8 426	18 438	679	4 883	503	429	3 238	1 075	7,7	359
2011	41 152	+ 1,4	28 440	+ 2,5	8 583	18 836	798	4 865	148	100	2 976	892	7,1	466
2012	41 607	+ 1,1	28 991	+ 1,9	8 731	19 250	775	4 805	112	67	2 897	902	6,8	478
2010 2.Vj.	40 486	+ 0,4	27 592	+ 0,8	8 377	18 346	648	4 885	517	485	3 261	1 053	7,8	354
2010 3.Vj.	40 791	+ 0,9	27 886	+ 1,5	8 469	18 454	740	4 889	265	239	3 132	1 003	7,5	395
2010 4.Vj.	41 058	+ 1,1	28 242	+ 1,9	8 548	18 710	767	4 905	242	188	2 959	920	7,0	392
2011 1.Vj.	40 588	+ 1,4	27 944	+ 2,3	8 428	18 578	740	4 852	291	158	3 290	1 088	7,8	412
2011 2.Vj.	41 064	+ 1,4	28 266	+ 2,4	8 535	18 721	786	4 867	121	107	2 977	850	7,1	470
2011 3.Vj.	41 343	+ 1,4	28 566	+ 2,4	8 638	18 862	836	4 865	76	64	2 893	843	6,9	497
2011 4.Vj.	41 611	+ 1,3	28 983	+ 2,6	8 732	19 184	830	4 874	102	72	2 743	787	6,5	486
2012 1.Vj.	41 145	+ 1,4	28 638	+ 2,5	8 623	19 036	760	4 797	201	82	3 074	998	7,3	472
2012 2.Vj.	41 545	+ 1,2	28 860	+ 2,1	8 696	19 149	773	4 798	77	65	2 876	847	6,8	499
2012 3.Vj.	41 779	+ 1,1	29 077	+ 1,8	8 770	19 265	799	4 803	56	43	2 856	885	6,7	493
2012 4.Vj.	41 961	+ 0,8	29 391	+ 1,4	8 835	19 550	767	4 823	113	76	2 782	878	6,6	446
2013 1.Vj.	41 410	+ 0,6	29 020	+ 1,3	8 691	19 406	703	4 766	...	9)	3 131	1 109	7,4	427
2013 2.Vj.	41 787	+ 0,6	100	2 941	945	6,8	438
2010 März	40 092	- 0,1	27 398	+ 0,2	8 318	18 277	596	4 846	874	709	3 560	1 285	8,5	320
2010 April	40 320	+ 0,2	27 553	+ 0,6	8 371	18 335	627	4 875	632	599	3 399	1 140	8,1	335
2010 Mai	40 511	+ 0,4	27 667	+ 1,0	8 395	18 382	665	4 898	499	467	3 236	1 036	7,7	356
2010 Juni	40 626	+ 0,7	27 710	+ 1,2	8 414	18 365	707	4 916	420	390	3 148	983	7,5	370
2010 Juli	40 658	+ 0,8	27 691	+ 1,4	8 419	18 320	732	4 915	313	286	3 186	1 029	7,6	391
2010 Aug.	40 745	+ 0,9	27 976	+ 1,6	8 493	18 508	752	4 864	244	219	3 183	1 030	7,6	397
2010 Sept.	40 971	+ 0,9	28 269	+ 1,7	8 573	18 700	766	4 859	237	214	3 026	948	7,2	398
2010 Okt.	41 116	+ 1,0	28 296	+ 1,8	8 566	18 738	769	4 886	231	209	2 941	907	7,0	401
2010 Nov.	41 128	+ 1,1	28 277	+ 2,0	8 562	18 723	779	4 932	215	194	2 927	903	6,9	395
2010 Dez.	40 931	+ 1,1	28 033	+ 2,0	8 460	18 635	743	4 931	279	162	3 011	949	7,1	380
2011 Jan.	40 527	+ 1,3	27 863	+ 2,3	8 399	18 540	732	4 842	322	177	3 345	1 146	7,9	375
2011 Febr.	40 559	+ 1,5	27 912	+ 2,5	8 416	18 560	738	4 831	305	155	3 313	1 107	7,9	418
2011 März	40 679	+ 1,5	28 080	+ 2,5	8 477	18 632	759	4 836	246	143	3 211	1 010	7,6	442
2011 April	40 908	+ 1,5	28 214	+ 2,4	8 518	18 703	771	4 857	133	117	3 078	907	7,3	461
2011 Mai	41 092	+ 1,4	28 354	+ 2,5	8 559	18 768	798	4 880	122	107	2 960	839	7,0	470
2011 Juni	41 192	+ 1,4	28 381	+ 2,4	8 580	18 753	821	4 894	110	96	2 893	804	6,9	480
2011 Juli	41 209	+ 1,4	28 357	+ 2,4	8 591	18 712	831	4 890	81	68	2 939	859	7,0	492
2011 Aug.	41 303	+ 1,4	28 658	+ 2,4	8 660	18 922	843	4 840	71	59	2 945	867	7,0	497
2011 Sept.	41 518	+ 1,3	28 984	+ 2,5	8 746	19 149	845	4 833	76	65	2 796	802	6,6	502
2011 Okt.	41 656	+ 1,3	29 039	+ 2,6	8 750	19 206	839	4 851	81	70	2 737	778	6,5	500
2011 Nov.	41 679	+ 1,3	29 024	+ 2,6	8 744	19 207	835	4 901	85	76	2 713	769	6,4	492
2011 Dez.	41 498	+ 1,4	28 787	+ 2,7	8 655	19 128	784	4 909	140	72	2 780	813	6,6	467
2012 Jan.	41 140	+ 1,5	28 580	+ 2,6	8 613	18 995	758	4 813	206	82	3 084	1 011	7,3	452
2012 Febr.	41 091	+ 1,3	28 580	+ 2,4	8 601	19 012	752	4 743	230	87	3 110	1 028	7,4	473
2012 März	41 203	+ 1,3	28 719	+ 2,3	8 653	19 077	758	4 763	167	78	3 028	955	7,2	491
2012 April	41 395	+ 1,2	28 836	+ 2,2	8 687	19 144	765	4 784	83	71	2 963	893	7,0	499
2012 Mai	41 584	+ 1,2	28 924	+ 2,0	8 713	19 185	780	4 812	77	65	2 855	831	6,7	499
2012 Juni	41 655	+ 1,1	28 921	+ 1,9	8 723	19 163	792	4 834	71	58	2 809	817	6,6	499
2012 Juli	41 689	+ 1,2	28 910	+ 2,0	8 730	19 137	806	4 829	54	42	2 876	885	6,8	500
2012 Aug.	41 740	+ 1,1	29 154	+ 1,7	8 789	19 321	802	4 777	47	34	2 905	910	6,8	493
2012 Sept.	41 908	+ 0,9	29 414	+ 1,5	8 863	19 512	789	4 775	66	54	2 788	862	6,5	485
2012 Okt.	42 044	+ 0,9	29 470	+ 1,5	8 863	19 579	782	4 803	85	70	2 753	846	6,5	468
2012 Nov.	42 034	+ 0,9	29 424	+ 1,4	8 840	19 580	767	4 851	98	85	2 751	864	6,5	451
2012 Dez.	41 804	+ 0,7	29 143	+ 1,2	8 739	19 471	715	4 854	156	72	2 840	924	6,7	421
2013 Jan.	41 384	+ 0,6	28 965	+ 1,3	8 678	19 372	699	4 762	234	104	3 138	1 121	7,4	405
2013 Febr.	41 379	+ 0,7	28 993	+ 1,4	8 677	19 394	702	4 736	...	9)	3 156	1 132	7,4	431
2013 März	41 468	+ 0,6	29 060	+ 1,2	8 694	19 434	701	4 743	...	9)	3 098	1 072	7,3	444
2013 April	41 647	+ 0,6	29 208	+ 1,3	8 736	19 509	720	4 765	...	9)	3 020	1 001	7,1	441
2013 Mai	41 827	+ 0,6	29 290	+ 1,3	8 755	19 548	737	4 799	...	9)	2 937	935	6,8	437
2013 Juni	41 888	+ 0,6	2 865	897	6,6	437
2013 Juli	2 914	943	6,8	444

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitt. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Ab Januar 2012 ohne Personen, die den Bundesfreiwilligendienst oder ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr ableisten. 4 Anzahl innerhalb eines Monats. 5 Stand zur Monatsmitte. 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 7 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. 8 Ab Mai 2009 Arbeitslose ohne Personen, mit deren

Vermittlung Dritte neu beauftragt wurden. 9 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2011 und 2012 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,2 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 1,0 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 30,8 % von den endgültigen Angaben ab. 10 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts. 11 Ab Mai 2013 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex						Baupreisindex	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 3)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 3)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 4)	
	insgesamt	darunter:								Ausfuhr	Einfuhr	Energie 5)	sonstige Rohstoffe 6)
		Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1)	Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten 2)	Wohnungsmieten 2)							
	2010 = 100						2005 = 100		2010 = 100				
Indexstand													
2008	98,6	99,9	98,1	101,7	98,0	97,8	113,0	112,7	124,3	104,8	109,9	109,7	92,0
2009	98,9	98,6	99,4	96,2	99,5	98,8	114,4	108,0	100,7	102,5	100,5	72,8	74,5
2010	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	115,4	109,7	114,9	106,0	108,3	100,0	100,0
2011	7) 102,1	102,2	100,8	110,1	101,0	101,3	118,7	115,9	129,7	109,9	117,0	132,2	113,5
2012	7) 104,1	105,7	102,0	116,4	102,4	102,5	122,0	118,3	135,8	111,8	119,4	141,9	110,4
2011 Sept.	102,5	102,1	101,5	111,4	101,2	101,5		116,8	130,4	110,2	117,3	135,7	114,1
Okt.	102,5	102,3	101,6	111,8	100,9	101,6		117,0	129,2	110,0	116,9	132,0	105,1
Nov.	102,7	102,6	101,7	112,4	100,9	101,7	119,7	117,1	130,3	110,2	117,4	134,5	103,0
Dez.	102,9	103,2	101,3	111,5	102,1	101,8		116,6	128,7	110,3	117,7	134,9	103,7
2012 Jan.	7) 102,8	104,3	100,8	113,7	100,9	102,0		117,3	127,8	111,2	119,2	141,2	109,4
Febr.	103,5	105,6	101,2	115,4	101,9	102,1	121,1	117,8	130,5	111,5	120,4	148,4	109,3
März	104,1	106,0	102,1	117,2	102,2	102,1		118,5	132,9	111,7	121,2	155,0	110,5
April	103,9	105,7	102,1	117,7	101,3	102,2		118,7	134,0	111,9	120,6	148,6	110,2
Mai	103,9	105,4	102,3	115,9	101,7	102,3	121,8	118,3	132,1	111,8	119,8	140,5	110,1
Juni	103,7	105,8	101,9	114,2	102,0	102,4		117,8	130,0	111,5	118,0	124,5	108,9
Juli	104,1	105,2	101,2	115,4	103,6	102,5		117,8	130,8	111,8	118,8	136,5	116,8
Aug.	104,5	105,1	101,6	118,0	103,5	102,6	122,4	118,4	134,3	112,2	120,3	149,1	114,2
Sept.	104,6	105,0	102,5	119,3	102,6	102,7		118,8	138,2	112,1	119,4	143,2	111,9
Okt.	104,6	105,7	103,0	118,1	102,4	102,8		118,8	139,9	111,9	118,7	139,9	108,7
Nov.	104,7	107,0	102,8	116,7	102,7	102,9	122,7	118,7	142,6	111,9	118,7	138,5	107,0
Dez.	105,0	108,0	102,7	115,5	104,0	102,9		118,4	141,6	111,5	118,1	136,2	106,5
2013 Jan.	104,5	109,0	101,7	118,1	101,9	103,2		119,3 r)	141,1	111,5	118,2	138,6	106,2
Febr.	105,1	108,9	102,2	119,5	103,0	103,3	123,5	119,2 r)	141,5	111,6	118,5	141,7	106,9
März	105,6	109,9	103,2	117,8	103,7	103,4		119,0	141,8	111,7	118,4	136,3	107,7
April	105,1	110,0	103,3	118,2	101,8	103,5		118,8 r)	141,9	111,5	116,8	127,8	104,0
Mai	105,5	111,1	103,2	117,7	103,2	103,6	124,3	118,5	142,2	111,2	116,3	129,0	103,3
Juni	105,6	111,5	102,9	117,6	103,7	103,7		118,5 p)	139,7	110,8	115,4	127,1	100,7
Juli	106,1	111,2	102,4	118,8	105,1	103,9		133,7	99,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %													
2008	+ 2,6	+ 6,4	+ 0,8	+ 9,6	+ 1,9	+ 1,2	+ 3,4	+ 5,5	+ 3,7	+ 1,7	+ 4,6	+ 27,6	+ 5,1
2009	+ 0,3	- 1,3	+ 1,3	- 5,4	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,2	- 4,2	- 19,0	- 2,2	- 8,6	- 33,6	- 19,0
2010	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,6	+ 4,0	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,6	+ 14,1	+ 3,4	+ 7,8	+ 37,4	+ 34,2
2011	7) + 2,1	+ 2,2	+ 0,8	+ 10,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,9	+ 5,7	+ 12,9	+ 3,7	+ 8,0	+ 32,2	+ 13,5
2012	7) + 2,0	+ 3,4	+ 1,2	+ 5,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,8	+ 2,1	+ 4,7	+ 1,7	+ 2,1	+ 7,3	- 2,7
2011 Sept.	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,4	+ 11,3	+ 1,1	+ 1,3		+ 5,5	+ 8,5	+ 2,9	+ 6,9	+ 37,1	+ 7,0
Okt.	+ 2,3	+ 3,0	+ 1,1	+ 11,4	+ 0,9	+ 1,3		+ 5,3	+ 6,9	+ 3,0	+ 6,8	+ 33,5	+ 1,0
Nov.	+ 2,4	+ 2,5	+ 1,3	+ 11,3	+ 0,9	+ 1,3	+ 3,1	+ 5,2	+ 5,4	+ 2,9	+ 6,0	+ 29,0	+ 4,7
Dez.	+ 2,0	+ 2,0	+ 0,9	+ 7,9	+ 1,2	+ 1,3		+ 4,0	+ 0,6	+ 2,1	+ 3,9	+ 16,6	- 10,7
2012 Jan.	7) + 2,1	+ 2,9	+ 1,1	+ 7,3	+ 1,2	+ 1,3		+ 3,4	- 0,7	+ 2,1	+ 3,7	+ 16,6	- 9,9
Febr.	+ 2,2	+ 3,3	+ 1,2	+ 8,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 3,2	+ 3,2	- 1,4	+ 2,0	+ 3,5	+ 17,3	- 11,0
März	+ 2,2	+ 3,7	+ 1,4	+ 6,7	+ 1,4	+ 1,2		+ 3,3	+ 0,5	+ 1,9	+ 3,1	+ 14,4	- 6,1
April	+ 2,0	+ 3,4	+ 1,2	+ 5,8	+ 1,0	+ 1,2		+ 2,4	- 0,4	+ 1,8	+ 2,3	+ 5,4	- 6,5
Mai	+ 2,0	+ 2,6	+ 1,5	+ 5,1	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,8	+ 2,1	- 2,3	+ 1,6	+ 2,2	+ 6,0	- 4,8
Juni	+ 1,7	+ 3,5	+ 1,4	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,2		+ 1,6	- 3,1	+ 1,4	+ 1,3	- 4,6	- 4,5
Juli	+ 1,9	+ 3,1	+ 1,2	+ 4,3	+ 1,4	+ 1,2		+ 0,9	- 0,5	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,6
Aug.	+ 2,2	+ 3,2	+ 1,1	+ 7,6	+ 1,3	+ 1,2	+ 2,6	+ 1,6	+ 3,1	+ 1,8	+ 3,2	+ 16,9	+ 1,2
Sept.	+ 2,0	+ 2,8	+ 1,0	+ 7,1	+ 1,4	+ 1,2		+ 1,7	+ 6,0	+ 1,7	+ 1,8	+ 5,5	- 1,9
Okt.	+ 2,0	+ 3,3	+ 1,4	+ 5,6	+ 1,5	+ 1,2		+ 1,5	+ 8,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 6,0	+ 3,4
Nov.	+ 1,9	+ 4,3	+ 1,1	+ 3,8	+ 1,8	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,4	+ 9,4	+ 1,5	+ 1,1	+ 3,0	+ 3,9
Dez.	+ 2,0	+ 4,7	+ 1,4	+ 3,6	+ 1,9	+ 1,1		+ 1,5	+ 10,0	+ 1,1	+ 0,3	+ 1,0	+ 2,7
2013 Jan.	+ 1,7	+ 4,5	+ 0,9	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,2		+ 1,7 r)	+ 10,4	+ 0,3	- 0,8	- 1,8	- 2,9
Febr.	+ 1,5	+ 3,1	+ 1,0	+ 3,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,2 r)	+ 8,4	+ 0,1	- 1,6	- 4,5	- 2,2
März	+ 1,4	+ 3,7	+ 1,1	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,3		+ 0,4	+ 6,7	± 0,0	- 2,3	- 12,1	- 2,5
April	+ 1,2	+ 4,1	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,2		+ 0,1 r)	+ 5,9	- 0,4	- 3,2	- 14,0	- 5,6
Mai	+ 1,5	+ 5,4	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,3	+ 2,1	+ 0,2	+ 7,6	- 0,5	- 2,9	- 8,2	- 6,2
Juni	+ 1,8	+ 5,4	+ 1,0	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,3		+ 0,6 p)	+ 7,5	- 0,6	- 2,2	+ 2,1	- 7,5
Juli	+ 1,9	+ 5,7	+ 1,2	+ 2,9	+ 1,4	+ 1,4		- 2,1	- 14,5

Quelle: Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. 2 Netto-

mieten. 3 Ohne Mehrwertsteuer. 4 HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf Euro-Basis. 5 Kohle und Rohöl (Brent). 6 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrie- rohstoffe. 7 Ab Mai 2011 sowie ab Januar 2012 Erhöhung der Tabaksteuer.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2005	922,1	- 0,3	625,5	- 0,4	359,8	0,1	985,3	- 0,2	1 463,9	2,0	156,9	3,3	10,7
2006	935,0	1,4	627,8	0,4	358,5	- 0,4	986,3	0,1	1 502,0	2,6	162,5	3,6	10,8
2007	965,9	3,3	646,2	2,9	353,6	- 1,4	999,8	1,4	1 524,8	1,5	168,1	3,4	11,0
2008	1 002,6	3,8	664,0	2,7	356,2	0,7	1 020,1	2,0	1 569,9	3,0	180,3	7,3	11,5
2009	1 004,0	0,1	668,0	0,6	383,4	7,7	1 051,4	3,1	1 561,7	- 0,5	170,1	- 5,6	10,9
2010	1 034,1	3,0	697,7	4,4	387,1	1,0	1 084,8	3,2	1 607,9	3,0	174,7	2,7	10,9
2011	1 083,9	4,8	725,8	4,0	384,0	- 0,8	1 109,8	2,3	1 660,2	3,3	172,6	- 1,2	10,4
2012	1 126,8	4,0	751,5	3,5	389,7	1,5	1 141,1	2,8	1 699,0	2,3	175,3	1,6	10,3
2011 4.Vj.	299,8	4,3	200,8	4,0	95,6	0,4	296,3	2,8	418,0	2,8	38,2	1,2	9,1
2012 1.Vj.	261,9	4,0	175,1	3,8	97,9	0,5	273,0	2,6	423,5	3,7	57,8	3,3	13,6
2.Vj.	275,3	4,0	179,6	3,6	96,7	1,5	276,3	2,8	421,5	2,3	42,3	2,6	10,0
3.Vj.	278,1	3,9	189,1	3,4	97,6	1,8	286,7	2,9	428,6	1,6	37,7	1,5	8,8
4.Vj.	311,6	3,9	207,6	3,4	97,6	2,1	305,2	3,0	425,4	1,8	37,5	- 1,9	8,8
2013 1.Vj.	271,4	3,6	181,5	3,6	100,1	2,2	281,5	3,1	425,6	0,5	55,9	- 3,3	13,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2013. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene mo-

netäre Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	
2005	100,0	0,9	100,0	1,1	100,0	0,9	100,0	1,1	100,0	0,3
2006	100,9	0,9	101,2	1,2	100,8	0,8	100,8	0,8	100,8	0,8
2007	102,1	1,2	102,5	1,3	102,2	1,5	102,2	1,4	102,2	1,4
2008	105,0	2,8	105,4	2,9	105,3	3,0	105,5	3,2	104,6	2,3
2009	107,1	2,0	107,6	2,0	107,7	2,2	108,1	2,4	104,6	- 0,0
2010	108,8	1,6	109,4	1,7	109,4	1,6	110,0	1,7	107,0	2,3
2011	110,7	1,7	111,3	1,8	111,4	1,8	111,9	1,8	110,6	3,3
2012	113,7	2,7	114,2	2,6	114,6	2,8	115,1	2,8	113,6	2,7
2012 1.Vj.	104,8	2,0	105,3	1,9	105,6	2,5	113,6	2,6	106,7	2,6
2.Vj.	106,8	2,8	107,3	2,7	107,6	3,0	114,9	2,8	111,2	2,7
3.Vj.	116,1	2,8	116,6	2,8	117,0	2,9	115,8	3,0	111,8	2,7
4.Vj.	127,0	3,0	127,6	2,9	128,0	2,9	116,1	2,9	124,2	2,8
2013 1.Vj.	107,9	2,9	108,4	2,9	108,7	3,0	117,0	3,0	109,5	2,6
2.Vj.	109,1	2,2	109,6	2,2	109,9	2,1	117,4	2,2	.	.
2012 Dez.	109,8	3,2	110,3	3,1	110,5	3,0	116,2	2,9	.	.
2013 Jan.	107,8	3,0	108,3	3,0	108,7	3,1	117,0	3,2	.	.
Febr.	107,8	3,1	108,3	3,1	108,7	3,1	117,0	3,2	.	.
März	108,0	2,7	108,5	2,7	108,8	2,6	117,1	2,6	.	.
April	109,4	2,7	109,9	2,7	110,0	2,5	117,1	2,5	.	.
Mai	109,5	1,9	110,1	1,9	110,5	2,0	117,4	2,1	.	.
Juni	108,4	1,9	108,9	1,9	109,3	1,8	117,5	1,8	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonder-

zahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2013.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2010	2011	2012	2012		2013			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	März	April	Mai
A. Leistungsbilanz	+ 3 500	+ 14 867	+ 122 437	+ 40 848	+ 66 087	+ 32 525	+ 24 774	+ 16 596	+ 9 467
1. Warenhandel									
Ausfuhr (fob)	1 576 860	1 787 867	1 918 301	480 118	489 546	471 005	167 517	165 386	162 811
Einfuhr (fob)	1 559 613	1 781 064	1 819 352	449 829	453 340	438 501	144 615	149 117	145 715
Saldo	+ 17 246	+ 6 803	+ 98 950	+ 30 289	+ 36 206	+ 32 503	+ 22 901	+ 16 269	+ 17 096
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	543 943	581 520	626 047	167 187	161 474	144 964	51 262	50 941	52 329
Ausgaben	487 483	508 357	533 823	140 176	139 184	126 064	43 471	43 439	44 316
Saldo	+ 56 458	+ 73 164	+ 92 225	+ 27 011	+ 22 290	+ 18 900	+ 7 791	+ 7 501	+ 8 014
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	+ 38 951	+ 42 081	+ 38 454	+ 12 958	+ 21 550	+ 22 720	+ 6 818	+ 2 351	- 7 024
4. Laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	87 145	94 509	98 132	17 312	33 497	27 959	6 263	6 546	6 948
eigene Leistungen	196 299	201 691	205 325	46 723	47 457	69 558	19 000	16 071	15 568
Saldo	- 109 156	- 107 179	- 107 194	- 29 412	- 13 960	- 41 600	- 12 737	- 9 525	- 8 620
B. Saldo der Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nicht-produzierten Vermögensgütern	+ 5 663	+ 11 181	+ 15 054	+ 4 024	+ 6 387	+ 1 683	+ 388	+ 1 342	+ 2 302
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	+ 9 088	- 42 661	- 146 807	- 41 621	- 87 764	- 37 754	- 24 895	- 18 513	- 17 018
1. Direktinvestitionen	- 88 763	- 118 657	- 64 081	- 4 889	- 40 438	- 23 631	- 24 626	- 6 854	+ 363
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 362 398	- 447 047	- 268 375	- 52 565	- 70 030	- 65 935	- 24 909	- 12 904	- 109
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 273 636	+ 328 390	+ 204 294	+ 47 678	+ 29 591	+ 42 305	+ 283	+ 6 051	+ 472
2. Wertpapieranlagen	+ 119 460	+ 252 512	+ 90 398	- 14 793	+ 85 302	+ 10 667	+ 4 375	+ 1 517	+ 29 762
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 134 204	+ 55 887	- 184 133	- 39 955	- 79 719	- 105 600	- 31 290	- 41 863	- 17 887
Aktien	- 77 321	+ 70 815	- 58 298	- 4 369	- 59 663	- 62 129	- 27 241	- 17 337	- 9 125
Anleihen	- 102 979	+ 15 713	- 123 375	- 34 441	- 38 540	- 34 992	- 6 711	- 5 679	- 5 464
Geldmarktpapiere	+ 46 097	- 30 641	- 2 465	- 1 148	+ 18 483	- 8 479	+ 2 662	- 18 846	- 3 298
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 253 665	+ 196 624	+ 274 533	+ 25 163	+ 165 022	+ 116 268	+ 35 665	+ 43 380	+ 47 650
Aktien	+ 123 074	+ 78 665	+ 154 435	+ 21 844	+ 95 704	+ 51 861	+ 15 023	+ 11 574	+ 44 874
Anleihen	+ 175 107	+ 165 442	+ 120 435	+ 44 957	+ 44 008	+ 31 253	+ 10 709	+ 27 897	- 1 987
Geldmarktpapiere	- 44 518	- 47 484	- 339	- 41 639	+ 25 310	+ 33 153	+ 9 933	+ 3 909	+ 4 763
3. Finanzderivate	+ 18 375	- 5 306	+ 17 796	+ 2 818	+ 28 316	+ 9 292	+ 1 226	- 3 393	- 7 120
4. Übriger Kapitalverkehr (Saldo)	- 29 468	- 161 017	- 176 771	- 24 638	- 157 975	- 34 092	- 8 119	- 9 713	- 39 461
Eurosysteem	+ 12 297	+ 137 729	+ 8 293	+ 14 840	- 5 940	- 26 340	+ 5 919	+ 2 096	- 6 150
Staat	+ 23 625	+ 69 671	- 271	+ 4 512	- 24 019	+ 10 650	+ 1 037	- 3 151	+ 2 553
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	- 18 793	- 339 470	- 117 474	- 48 974	- 101 865	- 11 155	- 8 352	- 10 328	- 57 931
langfristig	+ 47 197	- 17 168	+ 12 163	- 3 882	+ 21 494	- 1 011	- 1 789	+ 11 171	+ 1 060
kurzfristig	- 65 993	- 322 304	- 129 631	- 45 089	- 123 357	- 10 144	- 6 563	- 21 499	- 58 990
Unternehmen und Privatpersonen	- 46 592	- 28 943	- 67 322	+ 4 981	- 26 150	- 7 248	- 6 723	+ 1 670	+ 22 066
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosysteems (Zunahme: -)	- 10 516	- 10 190	- 14 150	- 119	- 2 970	+ 9	+ 2 248	- 70	- 563
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	- 18 251	+ 16 613	+ 9 317	- 3 250	+ 15 290	+ 3 547	- 266	+ 575	+ 5 249

* Quelle: Europäische Zentralbank.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern	Kapitalbilanz			Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen
	Saldo der Leistungsbilanz	Außenhandel 1)	Ergänzungen zum Außenhandel 2)	Dienstleistungen 3)	Erwerbs- und Vermögens-einkommen	laufende Übertragungen		insgesamt 4)	darunter Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten 5)		
	Mio DM										
1999	-	50 528	+ 127 542	- 15 947	- 90 036	- 24 363	- 47 724	- 301	- 20 332	+ 24 517	+ 71 161
2000	-	69 351	+ 115 645	- 17 742	- 95 848	- 16 956	- 54 450	+ 13 345	+ 66 863	+ 11 429	- 10 857
2001	-	23	+ 186 771	- 14 512	- 97 521	- 22 557	- 52 204	- 756	- 23 068	+ 11 797	+ 23 847
	Mio €										
1999	-	25 834	+ 65 211	- 8 153	- 46 035	- 12 457	- 24 401	- 154	- 10 396	+ 12 535	+ 36 384
2000	-	35 459	+ 59 128	- 9 071	- 49 006	- 8 670	- 27 840	+ 6 823	+ 34 187	+ 5 844	- 5 551
2001	-	12	+ 95 495	- 7 420	- 49 862	- 11 533	- 26 692	- 387	+ 11 794	+ 6 032	+ 12 193
2002	+ 42 669	+ 132 788	- 8 552	- 35 728	- 18 888	- 26 951	- 212	- 38 448	+ 2 065	- 4 010	
2003	+ 40 525	+ 129 921	- 11 148	- 34 506	- 15 677	- 28 064	+ 311	- 61 758	+ 445	+ 20 921	
2004	+ 102 368	+ 156 096	- 16 470	- 29 375	+ 19 681	- 27 564	+ 435	- 122 984	+ 1 470	+ 20 181	
2005	+ 112 591	+ 158 179	- 14 057	- 27 401	+ 24 391	- 28 522	- 1 369	- 129 635	+ 2 182	+ 18 413	
2006	+ 144 739	+ 159 048	- 12 888	- 17 346	+ 44 460	- 28 536	- 258	- 175 474	+ 2 934	+ 30 992	
2007	+ 180 914	+ 195 348	- 9 816	- 14 852	+ 42 918	- 32 685	+ 104	- 210 151	- 953	+ 29 133	
2008	+ 153 633	+ 178 297	- 13 628	- 10 258	+ 32 379	- 33 157	- 210	- 173 910	- 2 008	+ 20 487	
2009	+ 141 537	+ 138 697	- 16 020	- 7 220	+ 59 025	- 32 944	+ 28	- 158 391	+ 3 200	+ 16 826	
2010	+ 155 992	+ 154 863	- 12 397	- 2 062	+ 53 877	- 38 289	- 575	- 140 144	- 1 613	- 15 273	
2011	+ 161 196	+ 158 702	- 20 520	- 2 279	+ 59 016	- 33 723	+ 673	- 162 610	- 2 836	+ 740	
2012 r)	+ 185 619	+ 188 254	- 27 313	- 2 873	+ 64 373	- 36 822	+ 40	- 233 829	- 1 297	+ 48 170	
2010 3.Vj.	+ 34 610	+ 38 895	- 3 160	- 5 752	+ 15 402	- 10 775	+ 9	- 27 401	+ 344	- 7 218	
4.Vj.	+ 51 979	+ 40 982	- 3 486	+ 4 327	+ 17 099	- 6 943	- 413	- 52 524	+ 506	+ 958	
2011 1.Vj.	+ 45 384	+ 40 902	- 2 257	+ 2 887	+ 17 445	- 13 592	+ 950	- 67 319	- 1 393	+ 20 985	
2.Vj.	+ 32 308	+ 38 562	- 4 927	- 1 372	+ 4 755	- 4 710	- 282	- 50 687	- 438	+ 18 660	
3.Vj.	+ 35 723	+ 39 609	- 6 551	- 5 658	+ 17 960	- 9 637	+ 103	- 13 513	- 639	- 22 313	
4.Vj.	+ 47 781	+ 39 630	- 6 784	+ 1 864	+ 18 856	- 5 784	- 98	- 31 091	- 366	- 16 592	
2012 1.Vj.	+ 45 810	+ 45 418	- 3 550	+ 957	+ 18 019	- 15 034	+ 191	- 42 769	- 963	- 3 233	
2.Vj.	+ 41 367	+ 47 994	- 8 897	+ 1 391	+ 7 301	- 6 422	+ 394	- 49 203	- 769	+ 7 441	
3.Vj.	+ 44 684	+ 50 076	- 7 710	- 7 227	+ 18 983	- 9 437	+ 67	- 62 092	- 59	+ 17 341	
4.Vj. r)	+ 53 757	+ 44 767	- 7 155	+ 2 005	+ 20 069	- 5 929	- 613	- 79 765	+ 494	+ 26 621	
2013 1.Vj. r)	+ 45 140	+ 49 263	- 6 720	- 227	+ 18 659	- 15 836	+ 345	- 40 684	- 86	- 4 801	
2.Vj. p)	+ 45 270	+ 48 468	- 3 739	+ 36	+ 8 049	- 7 544	+ 342	- 61 513	- 72	+ 15 901	
2011 Jan.	+ 9 711	+ 9 926	- 1 226	+ 344	+ 4 730	- 4 063	+ 536	- 10 406	- 182	+ 159	
Febr.	+ 12 655	+ 12 090	+ 241	+ 809	+ 6 124	- 6 610	+ 527	- 23 783	- 23	+ 10 602	
März	+ 23 019	+ 18 886	- 1 272	+ 1 734	+ 6 591	- 2 919	- 114	- 33 129	- 1 188	+ 10 224	
April	+ 10 343	+ 10 835	- 1 954	- 159	+ 3 169	- 1 549	- 201	- 21 914	- 563	+ 11 771	
Mai	+ 9 344	+ 14 833	- 1 108	+ 641	- 4 440	- 583	- 64	- 20 156	+ 24	+ 10 877	
Juni	+ 12 621	+ 12 893	- 1 866	- 1 854	+ 6 026	- 2 578	- 17	- 8 617	+ 101	- 3 987	
Juli	+ 9 447	+ 10 555	- 1 541	- 1 997	+ 5 900	- 3 470	- 144	+ 4 546	- 428	- 13 850	
Aug.	+ 8 404	+ 11 740	- 2 347	- 3 923	+ 5 982	- 3 049	+ 380	- 13 078	+ 109	+ 4 294	
Sept.	+ 17 872	+ 17 314	- 2 663	+ 262	+ 6 078	- 3 118	- 133	- 4 982	- 320	- 12 757	
Okt.	+ 10 828	+ 11 000	- 2 131	- 955	+ 6 414	- 3 500	- 181	- 16 424	+ 55	+ 5 777	
Nov.	+ 16 922	+ 16 110	- 1 947	+ 330	+ 6 055	- 3 626	+ 120	- 7 177	+ 263	- 9 865	
Dez.	+ 20 031	+ 12 520	- 2 706	+ 2 489	+ 6 387	+ 1 342	- 37	- 7 490	- 684	- 12 504	
2012 Jan.	+ 11 022	+ 13 188	- 1 346	- 1 605	+ 5 039	- 4 254	- 32	- 12 275	- 140	+ 1 285	
Febr.	+ 13 550	+ 14 864	- 1 736	+ 1 204	+ 6 503	- 7 286	+ 211	- 7 423	- 547	- 6 338	
März	+ 21 238	+ 17 365	- 468	+ 1 359	+ 6 477	- 3 494	+ 12	- 23 071	- 276	+ 1 820	
April	+ 11 954	+ 14 468	- 3 209	+ 1 658	+ 1 735	- 2 698	+ 310	- 17 917	- 581	+ 5 653	
Mai	+ 9 959	+ 15 559	- 3 017	+ 660	- 495	- 1 429	+ 239	- 18 277	- 207	+ 8 079	
Juni	+ 19 454	+ 17 966	- 2 672	+ 393	+ 6 062	- 2 295	- 155	- 13 009	+ 19	- 6 291	
Juli	+ 14 420	+ 16 886	- 2 870	- 3 297	+ 6 240	- 2 539	- 223	- 6 612	+ 48	- 7 585	
Aug.	+ 13 201	+ 16 290	- 2 529	- 3 072	+ 6 195	- 3 683	+ 168	- 22 050	- 389	+ 8 681	
Sept.	+ 17 063	+ 16 899	- 2 311	- 859	+ 6 548	- 3 215	+ 123	- 33 431	+ 281	+ 16 245	
Okt. r)	+ 15 276	+ 15 711	- 2 523	- 1 592	+ 6 918	- 3 240	- 195	- 21 997	- 176	+ 6 917	
Nov. r)	+ 17 884	+ 16 940	- 2 657	+ 224	+ 6 509	- 3 131	+ 165	- 27 569	+ 308	+ 9 520	
Dez. r)	+ 20 597	+ 12 116	- 1 975	+ 3 373	+ 6 642	+ 441	- 582	- 30 198	+ 362	+ 10 183	
2013 Jan. r)	+ 9 680	+ 13 618	- 2 071	- 1 583	+ 5 504	- 5 789	+ 26	+ 6 080	- 493	- 15 786	
Febr. r)	+ 15 027	+ 16 806	- 1 668	+ 343	+ 6 426	- 6 880	- 26	- 16 265	+ 321	+ 1 264	
März r)	+ 20 433	+ 18 839	- 2 981	+ 1 013	+ 6 729	- 3 167	+ 346	- 30 499	+ 86	+ 9 720	
April r)	+ 16 703	+ 17 978	- 1 103	+ 787	+ 1 595	- 2 554	+ 184	- 24 547	- 56	+ 7 660	
Mai	+ 11 245	+ 13 592	- 952	- 657	+ 1 409	- 2 147	+ 111	- 14 317	+ 23	+ 2 961	
Juni p)	+ 17 322	+ 16 897	- 1 684	- 94	+ 5 046	- 2 844	+ 47	- 22 649	- 38	+ 5 281	

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob. Ab Januar 2007 ohne Warenlieferungen zur bzw. nach Reparatur/Wartung, die bis Dezember 2006 über die Ergänzungen zum Außenhandel abgesetzt wurden. 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren.

3 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. 4 Saldo der Kapitalbilanz einschließlich Veränderung der Währungsreserven. Kapalexport: -. 5 Zunahme: -.

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2010	2011	2012 r)	2013					
					Januar r)	Februar r)	März r)	April r)	Mai r)	Juni p)
Alle Länder 1)	Ausfuhr	951 959	1 061 225	1 097 346	88 533	88 645	94 569	94 340	88 557	92 766
	Einfuhr	797 097	902 523	909 091	74 915	71 839	75 731	76 362	74 964	75 869
	Saldo	+ 154 863	+ 158 702	+ 188 254	+ 13 618	+ 16 806	+ 18 839	+ 17 978	+ 13 592	+ 16 897
I. Europäische Länder	Ausfuhr	675 024	752 295	755 933	62 118	61 895	64 940	64 329	60 944	...
	Einfuhr	541 720	622 870	634 461	51 407	51 052	54 387	54 180	53 906	...
	Saldo	+ 133 305	+ 129 425	+ 121 471	+ 10 711	+ 10 843	+ 10 553	+ 10 150	+ 7 038	...
1. EU-Länder (27)	Ausfuhr	570 879	627 698	625 617	51 950	51 489	53 749	52 679	50 225	...
	Einfuhr	444 375	505 363	509 168	41 388	41 243	44 813	43 946	44 051	...
	Saldo	+ 126 504	+ 122 335	+ 116 450	+ 10 561	+ 10 246	+ 8 936	+ 8 733	+ 6 174	...
EWU-Länder (17)	Ausfuhr	388 103	420 522	410 549	34 119	33 798	35 313	34 410	32 556	...
	Einfuhr	300 135	338 330	341 497	27 568	27 430	30 275	29 490	29 829	...
	Saldo	+ 87 968	+ 82 192	+ 69 052	+ 6 551	+ 6 369	+ 5 038	+ 4 920	+ 2 727	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	50 545	53 161	50 109	4 181	3 977	4 676	4 297	3 945	...
	Einfuhr	36 026	41 302	41 083	3 327	3 417	3 558	3 569	3 604	...
	Saldo	+ 14 519	+ 11 859	+ 9 026	+ 853	+ 561	+ 1 118	+ 728	+ 341	...
Frankreich	Ausfuhr	89 582	101 444	104 367	8 621	8 829	8 802	8 531	7 534	...
	Einfuhr	60 673	65 948	64 614	5 144	5 074	6 256	5 416	5 480	...
	Saldo	+ 28 909	+ 35 496	+ 39 752	+ 3 476	+ 3 755	+ 2 546	+ 3 115	+ 2 055	...
Italien	Ausfuhr	58 589	62 044	55 863	4 683	4 497	4 730	4 688	4 490	...
	Einfuhr	41 977	47 844	48 848	3 784	3 915	4 144	3 940	4 135	...
	Saldo	+ 16 611	+ 14 200	+ 7 014	+ 899	+ 581	+ 581	+ 747	+ 355	...
Niederlande	Ausfuhr	62 978	69 423	70 895	5 952	5 931	6 124	5 963	5 863	...
	Einfuhr	67 205	81 804	86 519	7 316	6 885	7 635	7 803	7 863	...
	Saldo	- 4 227	- 12 382	- 15 624	- 1 365	- 955	- 1 511	- 1 841	- 2 000	...
Österreich	Ausfuhr	52 156	57 671	57 535	4 500	4 520	4 840	4 784	4 525	...
	Einfuhr	33 013	37 028	36 984	2 878	2 992	3 205	3 217	3 024	...
	Saldo	+ 19 144	+ 20 643	+ 20 551	+ 1 622	+ 1 528	+ 1 635	+ 1 566	+ 1 501	...
Spanien	Ausfuhr	34 222	34 811	31 181	2 696	2 609	2 646	2 593	2 796	...
	Einfuhr	21 955	22 491	22 866	2 024	2 029	2 104	2 054	2 120	...
	Saldo	+ 12 267	+ 12 320	+ 8 315	+ 672	+ 580	+ 541	+ 539	+ 676	...
Andere EU-Länder	Ausfuhr	182 775	207 176	215 068	17 830	17 691	18 436	18 269	17 669	...
	Einfuhr	144 240	167 033	167 670	13 820	13 813	14 538	14 456	14 222	...
	Saldo	+ 38 536	+ 40 143	+ 47 398	+ 4 011	+ 3 878	+ 3 898	+ 3 813	+ 3 447	...
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	58 666	65 570	72 930	6 340	6 461	6 375	6 299	5 944	...
	Einfuhr	37 923	44 741	43 642	3 869	3 610	3 726	3 616	3 601	...
	Saldo	+ 20 743	+ 20 829	+ 29 288	+ 2 471	+ 2 852	+ 2 649	+ 2 683	+ 2 342	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	104 145	124 597	130 316	10 168	10 406	11 191	11 651	10 719	...
	Einfuhr	97 345	117 507	125 294	10 018	9 809	9 574	10 234	9 855	...
	Saldo	+ 6 800	+ 7 090	+ 5 022	+ 150	+ 596	+ 1 616	+ 1 417	+ 864	...
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	41 659	47 875	48 830	4 067	3 813	4 238	4 222	3 733	...
	Einfuhr	32 507	36 996	37 686	2 915	2 968	3 012	3 361	3 344	...
	Saldo	+ 9 152	+ 10 879	+ 11 144	+ 1 151	+ 845	+ 1 226	+ 861	+ 389	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	276 635	308 193	340 151	26 408	26 625	29 532	29 865	27 396	...
	Einfuhr	255 377	279 653	274 630	23 509	20 787	21 343	22 182	21 058	...
	Saldo	+ 21 258	+ 28 541	+ 65 522	+ 2 899	+ 5 838	+ 8 189	+ 7 683	+ 6 338	...
1. Afrika	Ausfuhr	19 968	20 717	21 784	1 758	1 816	2 005	2 006	1 927	...
	Einfuhr	17 040	21 944	23 971	1 949	2 196	1 980	2 137	1 644	...
	Saldo	+ 2 929	- 1 227	- 2 187	- 191	- 380	+ 25	- 131	+ 284	...
2. Amerika	Ausfuhr	99 464	110 424	128 461	10 138	10 385	11 537	11 433	10 343	...
	Einfuhr	71 680	80 568	79 998	6 483	5 515	6 604	6 567	6 507	...
	Saldo	+ 27 784	+ 29 856	+ 48 463	+ 3 655	+ 4 870	+ 4 933	+ 4 866	+ 3 836	...
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	65 574	73 776	86 831	6 913	6 939	7 279	7 694	6 862	...
	Einfuhr	45 241	48 531	50 604	4 149	3 612	4 404	4 050	4 363	...
	Saldo	+ 20 333	+ 25 244	+ 36 227	+ 2 763	+ 3 327	+ 2 875	+ 3 643	+ 2 499	...
3. Asien	Ausfuhr	148 231	167 574	179 183	13 756	13 643	15 071	15 547	14 322	...
	Einfuhr	163 523	173 115	166 617	14 805	12 736	12 514	13 112	12 548	...
	Saldo	- 15 293	- 5 541	+ 12 566	- 1 049	+ 907	+ 2 557	+ 2 435	+ 1 774	...
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	28 138	28 711	32 498	2 260	2 486	2 718	2 545	2 847	...
	Einfuhr	6 878	8 874	7 960	531	655	580	547	639	...
	Saldo	+ 21 260	+ 19 837	+ 24 538	+ 1 728	+ 1 831	+ 2 138	+ 1 998	+ 2 209	...
Japan	Ausfuhr	13 149	15 115	17 101	1 425	1 282	1 338	1 398	1 217	...
	Einfuhr	22 475	23 595	21 814	1 725	1 520	1 734	1 700	1 520	...
	Saldo	- 9 326	- 8 480	- 4 713	- 300	- 238	- 395	- 302	- 303	...
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	53 791	64 863	66 629	5 089	4 959	5 526	6 020	5 214	...
	Einfuhr	77 270	79 528	77 698	7 067	5 934	5 637	5 528	5 623	...
	Saldo	- 23 479	- 14 665	- 11 070	- 1 978	- 976	- 111	+ 493	- 409	...
Südostasiatische Schwellenländer 3)	Ausfuhr	38 183	41 569	45 460	3 628	3 562	4 008	4 089	3 764	...
	Einfuhr	39 562	39 546	37 410	3 476	2 775	2 812	3 397	3 020	...
	Saldo	- 1 379	+ 2 023	+ 8 050	+ 152	+ 787	+ 1 196	+ 692	+ 744	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	8 972	9 479	10 723	756	781	920	879	804	...
	Einfuhr	3 134	4 026	4 043	271	340	245	365	359	...
	Saldo	+ 5 838	+ 5 453	+ 6 680	+ 485	+ 441	+ 675	+ 513	+ 444	...

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regio-

nal nicht zuordenbarer Angaben. 2 Ohne Hongkong. 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen						übrige Dienstleistungen			Erwerbseinkommen 5)	Vermögenseinkommen (Kapitalerträge)
	insgesamt	Reiseverkehr 1)	Transport 2)	Finanzdienstleistungen	Patente und Lizenzen	Regierungsleistungen 3)	zusammen	darunter:			
								Entgelte für selbstständige Tätigkeit 4)	Bauleistungen, Montagen, Ausbesserungen		
2008	- 10 258	- 34 718	+ 8 319	+ 3 936	- 1 313	+ 2 376	+ 11 142	- 1 641	+ 3 229	+ 216	+ 32 164
2009	- 7 220	- 33 341	+ 7 048	+ 4 320	+ 154	+ 2 644	+ 11 955	- 1 261	+ 3 062	+ 541	+ 58 484
2010	- 2 062	- 32 775	+ 8 092	+ 4 281	+ 1 225	+ 2 863	+ 14 252	- 1 154	+ 3 500	+ 1 564	+ 52 314
2011	- 2 279	- 33 762	+ 8 562	+ 3 891	+ 1 189	+ 2 939	+ 14 903	- 1 201	+ 3 413	+ 1 885	+ 57 131
2012	- 2 873	- 35 278	+ 8 733	+ 5 096	+ 1 290	+ 3 070	+ 14 217	- 1 350	+ 2 015	+ 1 940	+ 62 433
2011 4.Vj.	+ 1 864	- 5 931	+ 2 127	+ 1 581	+ 465	+ 704	+ 2 919	- 379	+ 1 070	+ 584	+ 18 271
2012 1.Vj.	+ 957	- 5 297	+ 1 799	+ 1 038	- 408	+ 756	+ 3 069	- 355	+ 595	+ 978	+ 17 041
2.Vj.	+ 1 391	- 8 338	+ 2 572	+ 1 042	+ 177	+ 821	+ 5 118	- 256	+ 472	+ 401	+ 6 901
3.Vj.	- 7 227	- 15 569	+ 2 387	+ 1 975	+ 752	+ 767	+ 2 461	- 412	+ 493	- 118	+ 19 101
4.Vj.	+ 2 005	- 6 075	+ 1 975	+ 1 041	+ 768	+ 727	+ 3 569	- 326	+ 455	+ 678	+ 19 391
2013 1.Vj.	- 227	- 5 058	+ 1 736	+ 837	+ 758	+ 796	+ 704	- 288	+ 229	+ 988	+ 17 671
2.Vj.	+ 36	- 8 107	+ 2 207	+ 722	+ 1 303	+ 921	+ 2 989	- 305	+ 373	+ 408	+ 7 641
2012 Aug.	- 3 072	- 6 541	+ 795	+ 1 404	+ 362	+ 258	+ 652	- 168	+ 164	- 40	+ 6 235
Sept.	- 859	- 5 175	+ 669	+ 284	+ 238	+ 252	+ 2 873	- 61	+ 252	- 39	+ 6 587
Okt.	- 1 592	- 4 166	+ 655	+ 269	+ 299	+ 276	+ 1 076	- 103	+ 69	+ 197	+ 6 722
Nov.	+ 224	- 1 538	+ 711	+ 308	+ 270	+ 223	+ 250	- 97	+ 99	+ 192	+ 6 317
Dez.	+ 3 373	- 371	+ 610	+ 464	+ 200	+ 228	+ 2 243	- 126	+ 286	+ 289	+ 6 353
2013 Jan.	- 1 583	- 1 603	+ 541	+ 418	+ 286	+ 266	- 1 491	- 119	+ 84	+ 331	+ 5 173
Febr.	+ 343	- 1 266	+ 668	+ 269	+ 275	+ 256	+ 142	- 45	+ 4	+ 328	+ 6 097
März	+ 1 013	- 2 189	+ 527	+ 150	+ 198	+ 273	+ 2 054	- 125	+ 140	+ 329	+ 6 400
April	+ 787	- 1 687	+ 759	+ 285	+ 512	+ 271	+ 646	- 126	+ 134	+ 136	+ 1 459
Mai	- 657	- 2 737	+ 765	+ 188	+ 403	+ 311	+ 414	- 74	+ 127	+ 135	+ 1 274
Juni	- 94	- 3 683	+ 684	+ 249	+ 388	+ 338	+ 1 930	- 105	+ 113	+ 137	+ 4 909

1 Ab 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 2 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten. 3 Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärischen Dienst-

stellen für Warenlieferungen und Dienstleistungen. 4 Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m. 5 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland (Salden)

Mio €

Zeit	Öffentlich 1)					Privat 1)		
	insgesamt	zusammen	Internationale Organisationen 2)		sonstige laufende Übertragungen 3)	insgesamt	Überweisungen der Gastarbeiter	sonstige laufende Übertragungen
			zusammen	darunter: Europäische Gemeinschaften				
2008	- 33 157	- 16 834	- 18 746	- 16 644	+ 1 911	- 16 322	- 3 079	- 13 243
2009	- 32 944	- 18 575	- 19 037	- 16 573	+ 462	- 14 370	- 2 995	- 11 375
2010	- 38 289	- 23 369	- 22 899	- 19 473	- 471	- 14 919	- 3 035	- 11 885
2011	- 33 723	- 20 197	- 22 303	- 19 105	+ 2 106	- 13 526	- 2 977	- 10 549
2012	- 36 822	- 23 826	- 24 367	- 21 098	+ 541	- 12 997	- 3 080	- 9 917
2011 4.Vj.	- 5 784	- 2 567	- 1 681	- 867	- 886	- 3 216	- 744	- 2 472
2012 1.Vj.	- 15 034	- 11 827	- 11 243	- 10 134	- 585	- 3 207	- 770	- 2 437
2.Vj.	- 6 422	- 3 125	- 6 101	- 5 128	+ 2 975	- 3 297	- 770	- 2 527
3.Vj.	- 9 437	- 6 042	- 5 519	- 5 033	- 523	- 3 395	- 770	- 2 625
4.Vj.	- 5 929	- 2 831	- 1 504	- 803	- 1 327	- 3 098	- 770	- 2 328
2013 1.Vj.	- 15 836	- 12 628	- 12 348	- 11 005	- 280	- 3 208	- 826	- 2 382
2.Vj.	- 7 544	- 4 124	- 7 151	- 6 424	+ 3 027	- 3 420	- 826	- 2 594
2012 Aug.	- 3 683	- 2 463	- 2 159	- 1 956	- 304	- 1 220	- 257	- 963
Sept.	- 3 215	- 2 200	- 2 245	- 2 121	+ 46	- 1 016	- 257	- 759
Okt.	- 3 240	- 2 399	- 1 991	- 1 812	- 408	- 841	- 257	- 584
Nov.	- 3 131	- 2 176	- 1 547	- 1 456	- 629	- 955	- 257	- 699
Dez.	+ 441	+ 1 743	+ 2 033	+ 2 465	- 290	- 1 302	- 257	- 1 045
2013 Jan.	- 5 789	- 4 649	- 4 543	- 3 734	- 106	- 1 140	- 275	- 865
Febr.	- 6 880	- 5 801	- 5 551	- 5 055	- 250	- 1 079	- 275	- 804
März	- 3 167	- 2 178	- 2 254	- 2 216	+ 76	- 989	- 275	- 714
April	- 2 554	- 1 397	- 2 563	- 2 165	+ 1 166	- 1 157	- 275	- 882
Mai	- 2 147	- 883	- 2 207	- 2 095	+ 1 325	- 1 264	- 275	- 989
Juni	- 2 844	- 1 845	- 2 381	- 2 164	+ 536	- 999	- 275	- 724

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welchem Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. 2 Laufende Beiträge zu den Haushalten der internationalen Organisationen und Leistungen im Rahmen des

EU-Haushalts (ohne Vermögensübertragungen). 3 Zuwendungen an Entwicklungsländer, Renten und Pensionen, Steuereinnahmen und -erstattungen u.a.m. 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlass.

6. Vermögensübertragungen (Salden)

Mio €

Zeit	insgesamt 4)	Öffentlich 1)	Privat 1)
2008	- 210	- 1 853	+ 1 642
2009	+ 28	- 1 704	+ 1 732
2010	- 575	- 2 039	+ 1 464
2011	+ 673	- 2 326	+ 2 999
2012	+ 40	- 2 648	+ 2 687
2011 4.Vj.	- 98	- 961	+ 863
2012 1.Vj.	+ 191	- 398	+ 589
2.Vj.	+ 394	- 375	+ 769
3.Vj.	+ 67	- 556	+ 624
4.Vj.	- 613	- 1 318	+ 706
2013 1.Vj.	+ 345	- 306	+ 651
2.Vj.	+ 342	- 477	+ 820
2012 Aug.	+ 168	- 229	+ 396
Sept.	+ 123	- 170	+ 292
Okt.	- 195	- 413	+ 217
Nov.	+ 165	- 259	+ 424
Dez.	- 582	- 647	+ 64
2013 Jan.	+ 26	- 87	+ 113
Febr.	- 26	- 103	+ 77
März	+ 346	- 117	+ 462
April	+ 184	- 157	+ 341
Mai	+ 111	- 140	+ 251
Juni	+ 47	- 181	+ 228

XII. Außenwirtschaft

7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland

Mio €

Position	2010	2011	2012	2012		2013				
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	April	Mai	Juni
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	- 408 675	- 226 210	- 355 772	- 25 443	+ 32 811	- 28 397	- 34 492	- 39 101	+ 3 342	+ 1 266
1. Direktinvestitionen 1)	- 91 757	- 37 527	- 52 088	- 9 665	- 4 512	- 19 699	- 5 526	- 1 574	+ 5 628	- 9 580
Beteiligungskapital	- 55 147	- 21 739	- 34 637	- 10 812	- 9 864	- 5 736	- 6 137	- 2 639	- 1 971	- 1 526
reinvestierte Gewinne 2)	- 19 962	- 25 161	- 27 080	- 8 309	- 5 446	- 9 975	- 5 797	- 2 615	- 840	- 2 341
Kreditverkehr deutscher Direktinvestoren	- 16 649	+ 9 373	+ 9 629	+ 9 456	+ 10 798	- 3 988	+ 6 408	+ 3 681	+ 8 440	- 5 713
2. Wertpapieranlagen	- 171 333	- 22 665	- 107 955	- 28 031	- 45 825	- 46 658	- 36 011	- 7 098	- 27 195	- 1 717
Aktien 3)	- 1 355	+ 2 130	- 11 186	- 2 415	- 13 259	- 9 822	- 3 298	+ 2 007	- 4 684	- 621
Investmentzertifikate 4)	- 21 558	- 1 843	- 21 560	- 6 465	- 12 558	- 10 710	- 4 062	- 2 272	- 2 312	+ 522
Anleihen 5)	- 154 540	- 18 014	- 75 947	- 17 664	- 23 754	- 21 089	- 29 750	- 8 114	- 17 961	- 3 675
Geldmarktpapiere	+ 6 120	- 4 938	+ 738	- 1 486	+ 3 745	- 5 036	+ 1 100	+ 1 281	- 2 238	+ 2 057
3. Finanzderivate 6)	- 17 616	- 27 511	- 17 885	- 3 765	- 4 236	- 3 880	- 6 069	- 2 580	- 5 687	+ 2 197
4. übriger Kapitalverkehr	- 126 356	- 135 670	- 176 548	+ 16 076	+ 86 890	+ 41 926	+ 13 185	- 27 792	+ 30 574	+ 10 404
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	+ 138 406	+ 44 070	+ 62 184	- 21 323	+ 60 942	+ 15	+ 523	- 9 615	+ 6 981	+ 3 157
langfristig	+ 77 572	- 12 957	+ 47 870	+ 7 109	+ 15 002	+ 11 538	+ 13 408	+ 5 431	+ 1 371	+ 6 606
kurzfristig	+ 60 833	+ 57 027	+ 14 315	- 28 432	+ 45 940	- 11 523	- 12 884	- 15 046	+ 5 611	- 3 449
Unternehmen und Privatpersonen	- 59 426	- 20 612	+ 1 985	- 562	+ 21 570	- 29 128	- 3 823	+ 1 021	+ 4 874	- 9 718
langfristig	- 41 464	+ 5 169	- 1 763	- 2 938	- 534	+ 1 097	+ 145	- 917	- 1 363	+ 2 426
kurzfristig 7)	- 17 962	- 25 780	+ 3 748	+ 2 376	+ 22 104	- 30 225	- 3 968	+ 1 938	+ 6 237	- 12 144
Staat	- 57 702	- 21 056	- 48 038	+ 4 853	- 35 092	+ 4 087	+ 3 239	- 55	+ 42	+ 3 253
langfristig	- 47 492	- 2 226	- 48 048	+ 667	- 27 785	- 451	+ 2 888	+ 767	- 4 090	+ 435
kurzfristig 7)	- 10 209	- 18 829	+ 10	+ 4 186	- 7 307	+ 4 538	+ 6 126	- 823	+ 4 132	+ 2 817
Bundesbank	- 147 633	- 138 073	- 192 679	+ 33 108	+ 39 469	+ 66 953	+ 13 246	- 19 143	+ 18 677	+ 13 712
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -)	- 1 613	- 2 836	- 1 297	- 59	+ 494	- 86	- 72	- 56	+ 23	- 38
II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr: +)	+ 268 531	+ 63 600	+ 121 943	- 36 649	- 112 576	- 12 287	- 27 021	+ 14 554	- 17 660	- 23 915
1. Direktinvestitionen 1)	+ 43 361	+ 35 203	+ 5 109	- 6 115	+ 3 143	+ 7 697	- 7 006	- 1 502	- 6 410	+ 906
Beteiligungskapital	+ 14 009	+ 10 856	- 1 971	- 6 147	+ 4 994	- 922	+ 1 160	+ 192	- 1 121	- 230
reinvestierte Gewinne 2)	+ 3 330	+ 2 534	+ 7 402	+ 2 190	+ 2 281	+ 4 821	- 863	+ 1 302	- 2 677	+ 511
Kreditverkehr ausländischer Direktinvestoren	+ 26 022	+ 21 813	- 323	- 2 158	- 4 132	+ 3 799	- 4 982	- 2 996	- 2 612	+ 625
2. Wertpapieranlagen	+ 47 318	+ 49 627	+ 42 250	+ 1 286	+ 12 362	+ 5 527	- 10 586	- 32 753	+ 35 488	- 13 322
Aktien 3)	- 6 147	- 11 418	+ 1 148	+ 506	- 227	- 5 384	+ 2 790	- 22 022	+ 14 930	+ 9 882
Investmentzertifikate	+ 3 598	+ 6 647	- 3 869	- 1 100	+ 644	+ 73	- 812	- 5 809	+ 5 668	- 671
Anleihen 5)	+ 59 620	+ 50 314	+ 52 925	+ 16 255	+ 10 966	- 1 480	- 18 312	- 8 182	+ 10 305	- 20 435
Geldmarktpapiere	- 9 753	+ 4 084	- 7 954	- 14 375	+ 978	+ 5 749	+ 12 317	+ 3 261	+ 4 585	- 2 097
3. übriger Kapitalverkehr	+ 177 852	- 21 231	+ 74 584	- 31 819	- 128 081	- 25 511	- 9 429	+ 48 809	- 46 738	- 11 500
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	+ 76 302	- 96 708	+ 51 508	- 15 090	- 130 954	- 8 840	- 14 194	+ 24 427	- 26 647	- 11 974
langfristig	- 5 750	- 18 368	- 10 250	- 319	- 5 479	- 10 147	- 2 532	- 2 119	- 624	+ 212
kurzfristig	+ 82 052	- 78 340	+ 61 758	- 14 770	- 125 475	+ 1 307	- 11 662	+ 26 546	- 26 022	- 12 186
Unternehmen und Privatpersonen	+ 1 992	+ 25 006	- 6 034	- 10 574	- 10 279	+ 9 452	+ 9 744	+ 8 209	- 8 479	+ 10 014
langfristig	- 6 261	- 11 899	- 9 633	- 3 268	- 281	- 4 996	- 2 397	- 3 171	+ 1 005	- 231
kurzfristig 7)	+ 8 253	+ 36 905	+ 3 599	- 7 306	- 9 999	+ 14 448	+ 12 141	+ 11 380	- 9 484	+ 10 245
Staat	+ 94 040	+ 18 519	- 30 826	- 17 033	+ 2 410	+ 60	+ 6 209	+ 2 020	+ 93	+ 4 096
langfristig	+ 610	+ 5 083	+ 36 179	+ 1 272	+ 10 210	+ 687	+ 3 998	- 263	+ 4 256	+ 5
kurzfristig 7)	+ 93 430	+ 13 436	- 67 005	- 18 305	- 7 799	- 627	+ 2 210	+ 2 283	- 4 163	+ 4 091
Bundesbank	+ 5 518	+ 31 952	+ 59 936	+ 10 877	+ 10 742	- 26 183	- 11 187	+ 14 153	- 11 705	- 13 635
III. Saldo der Kapitalbilanz 9) (Nettokapitalausfuhr: -)	- 140 144	- 162 610	- 233 829	- 62 092	- 79 765	- 40 684	- 61 513	- 24 547	- 14 317	- 22 649

1 Die Abgrenzung der Direktinvestitionen ist ab 1996 geändert. **2** Geschätzt. **3** Einschl. Genuss-Scheine. **4** Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. **5** Ab 1975 ohne Stückzinsen. **6** Verbriefte und nicht verbiefte Optionen sowie Finanztermingeschäfte. **7** Die hier ausgewiesenen Transaktionswerte sind überwiegend aus Bestandsveränderungen

abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. **8** Ohne Bundesbank. **9** Saldo der Kapitalbilanz einschl. Veränderung der Währungsreserven.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank bis zum Jahresende 1998 *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten				Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)
	Währungsreserven					Kredite und sonstige Forder- ungen an das Ausland 3)	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen		
	insgesamt	zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte					Forder- ungen an die EZB 2) netto	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	-	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	-	1 079	15 978	15 978	-	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. 2 Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit –

EFWZ). 3 Einschl. Kredite an die Weltbank. 4 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen								Auslands- verbind- lichkeiten 3) 4)	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)
	Währungsreserven					sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Euro- systems (netto) 2)	sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EWU- Ländern		
	insgesamt	zusammen	Gold und Goldforder- ungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1999 Jan. 5)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	17 385	5	8 752	67 396
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951
2004	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175
2005	130 268	86 181	47 924	4 549	33 708	350	42 830	906	6 285	123 983
2006	104 389	84 765	53 114	3 011	28 640	350	18 344	931	4 819	99 570
2007	179 492	92 545	62 433	2 418	27 694	350	84 064	2 534	16 005	163 488
2008	230 775	99 185	68 194	3 285	27 705	350	128 668	2 573	30 169	200 607
2009	323 286	125 541	83 939	15 969	25 634	350	189 936	7 460	9 126	314 160
2010	524 695	162 100	115 403	18 740	27 957	50	337 869	24 676	14 620	510 075
2011	714 662	184 603	132 874	22 296	29 433	50	475 942	54 067	46 557	668 106
2012	921 002	188 630	137 513	22 344	28 774	50	668 617	63 706	106 496	814 506
2012 April	909 192	189 556	137 380	22 624	29 551	50	656 813	62 773	15 312	893 879
Mai	964 557	193 057	138 000	23 400	31 658	50	711 198	60 252	53 949	910 608
Juni	992 341	190 248	136 094	23 320	30 834	50	741 198	60 845	84 880	907 461
Juli	1 000 019	199 419	144 217	23 769	31 434	50	739 837	60 713	101 674	898 345
Aug.	1 023 617	197 776	143 507	23 520	30 749	50	764 080	61 711	101 494	922 123
Sept.	974 478	203 337	150 373	23 295	29 669	50	708 090	63 002	95 757	878 721
Okt.	991 439	196 910	144 172	23 154	29 585	50	731 983	62 496	123 787	867 652
Nov.	988 534	197 486	145 110	22 771	29 606	50	727 755	63 242	112 190	876 344
Dez.	921 002	188 630	137 513	22 344	28 774	50	668 617	63 706	106 496	814 506
2013 Jan.	878 587	184 947	134 745	21 953	28 249	50	629 884	63 707	103 899	774 688
Febr.	871 508	183 222	132 131	22 011	29 079	50	625 519	62 717	96 300	775 208
März	852 611	188 447	136 454	22 403	29 590	50	601 669	62 446	80 341	772 271
April	857 433	173 980	122 844	22 096	29 040	50	620 813	62 590	94 482	762 951
Mai	832 746	169 105	118 228	21 984	28 893	50	602 136	61 456	82 781	749 965
Juni	798 888	150 825	100 280	21 926	28 618	50	588 423	59 590	69 145	729 743
Juli	807 165	158 611	109 338	21 650	27 623	50	589 372	59 133	71 106	736 059

o Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsstände zu Marktpreisen bewertet. 1 Einschl. Kredite an die Weltbank. 2 Enthält auch die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Euro-

systems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). 3 Vgl. Anmerkung 2. 4 Ohne vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zugeteilte Sonderziehungsrechte in Höhe von 12 059 Mio SZR. 5 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken					insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten					zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten		
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele	geleistete An- zahlungen					zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2009	593 591	209 729	383 862	240 727	143 135	130 605	12 530	754 355	159 667	594 688	457 468	137 220	80 759	56 461
2010	670 695	242 028	428 667	272 426	156 241	143 032	13 209	807 185	162 091	645 094	498 310	146 784	88 288	58 496
2011	698 599	242 387	456 212	285 123	171 089	155 392	15 697	871 795	172 099	699 696	538 839	160 857	95 131	65 726
2012	747 469	274 802	472 667	298 059	174 608	158 836	15 772	910 840	170 265	740 575	578 392	162 183	94 291	67 892
2013 Jan.	768 041	297 340	470 701	299 784	170 917	154 945	15 972	909 918	171 780	738 138	579 647	158 491	89 441	69 050
Febr.	775 347	302 209	473 138	298 999	174 139	158 126	16 013	909 930	173 705	736 225	576 365	159 860	90 904	68 956
März	793 038	301 176	491 862	311 143	180 719	164 901	15 818	929 715	180 631	749 084	586 461	162 623	93 324	69 299
April	803 011	300 397	502 614	323 962	178 652	162 511	16 141	950 589	188 067	762 522	604 255	158 267	88 185	70 082
Mai	801 477	300 108	501 369	327 910	173 459	157 050	16 409	948 665	182 833	765 832	609 132	156 700	87 340	69 360
Juni	817 432	303 078	514 354	333 215	181 139	163 291	17 848	959 277	189 004	770 273	611 884	158 389	90 268	68 121
Industrieländer ¹⁾														
2009	531 796	208 571	323 225	220 778	102 447	93 566	8 881	684 984	157 343	527 641	431 525	96 116	68 912	27 204
2010	598 167	240 915	357 252	249 497	107 755	98 428	9 327	725 644	159 522	566 122	464 105	102 017	73 987	28 030
2011	615 925	240 265	375 660	258 453	117 207	104 915	12 292	785 925	169 535	616 390	502 139	114 251	80 491	33 760
2012	659 800	272 400	387 400	269 072	118 328	104 985	13 343	824 182	167 856	656 326	542 994	113 332	79 123	34 209
2013 Jan.	682 191	295 304	386 887	270 983	115 904	102 411	13 493	822 737	169 868	652 869	543 379	109 490	74 875	34 615
Febr.	688 659	300 298	388 361	269 509	118 852	105 072	13 780	822 105	171 738	650 367	540 049	110 318	75 713	34 605
März	703 958	299 246	404 712	280 670	124 042	110 343	13 699	840 868	178 808	662 060	549 632	112 428	77 776	34 652
April	712 644	298 371	414 273	292 966	121 307	107 374	13 933	863 884	186 457	677 427	568 042	109 385	74 233	35 152
Mai	711 444	297 975	413 469	296 987	116 482	102 475	14 007	862 791	181 198	681 593	572 878	108 715	73 755	34 960
Juni	725 177	300 712	424 465	302 127	122 338	106 939	15 399	872 929	187 406	685 523	576 845	108 678	75 421	33 257
EU-Länder ¹⁾														
2009	443 431	200 400	243 031	165 986	77 045	70 051	6 994	579 596	141 633	437 963	367 980	69 983	48 977	21 006
2010	494 360	230 746	263 614	184 862	78 752	71 525	7 227	618 145	150 817	467 328	395 566	71 762	50 035	21 727
2011	508 071	225 583	282 488	196 132	86 356	76 472	9 884	660 137	157 465	502 672	421 679	80 993	54 370	26 623
2012	547 557	250 191	297 366	212 698	84 668	74 190	10 478	695 214	156 552	538 662	458 505	80 157	53 623	26 534
2013 Jan.	570 217	271 121	299 096	215 603	83 493	73 073	10 420	699 247	161 433	537 814	459 910	77 904	51 126	26 778
Febr.	575 337	275 347	299 990	214 551	85 439	74 851	10 588	697 060	162 294	534 766	456 096	78 670	51 959	26 711
März	588 831	275 633	313 198	223 673	89 525	78 997	10 528	714 250	169 132	545 118	464 997	80 121	53 525	26 596
April	587 110	271 727	315 383	228 428	86 955	76 276	10 679	738 135	176 310	561 825	483 676	78 149	51 034	27 115
Mai	586 363	271 349	315 014	231 347	83 667	72 821	10 846	736 373	171 562	564 811	487 182	77 629	50 941	26 688
Juni	602 070	278 044	324 026	235 290	88 736	76 411	12 325	742 006	176 682	565 324	488 916	76 408	51 620	24 788
darunter: EWU-Mitgliedsländer ²⁾														
2009	321 991	159 740	162 251	114 378	47 873	43 179	4 694	466 064	91 792	374 272	332 280	41 992	28 397	13 595
2010	366 774	184 299	182 475	130 430	52 045	47 239	4 806	497 433	98 177	399 256	351 352	47 904	33 444	14 460
2011	372 493	171 907	200 586	142 530	58 056	52 125	5 931	529 244	103 827	425 417	370 898	54 519	37 188	17 331
2012	396 816	189 865	206 951	152 060	54 891	48 992	5 899	572 523	110 052	462 471	408 502	53 969	36 754	17 215
2013 Jan.	416 564	205 388	211 176	156 350	54 826	48 813	6 013	573 817	110 576	463 241	410 284	52 957	35 450	17 507
Febr.	420 134	208 941	211 193	155 468	55 725	49 672	6 053	570 230	115 053	455 177	401 658	53 519	35 813	17 706
März	429 618	208 471	221 147	162 710	58 437	52 428	6 009	591 064	124 542	466 522	413 212	53 310	35 866	17 444
April	432 655	207 971	224 684	167 561	57 123	51 042	6 081	611 911	130 368	481 543	428 570	52 973	35 102	17 871
Mai	435 136	210 647	224 489	170 045	54 444	48 240	6 204	614 061	129 147	484 914	432 597	52 317	35 168	17 149
Juni	446 909	217 914	228 995	171 821	57 174	50 609	6 565	619 937	133 105	486 832	434 940	51 892	35 247	16 645
Schwellen- und Entwicklungsländer ³⁾														
2009	61 795	1 158	60 637	19 949	40 688	37 039	3 649	69 371	2 324	67 047	25 943	41 104	11 847	29 257
2010	72 528	1 113	71 415	22 929	48 486	44 604	3 882	81 541	2 569	78 972	34 205	44 767	14 301	30 466
2011	82 674	2 122	80 552	26 670	53 882	50 477	3 405	85 870	2 564	83 306	36 700	46 606	14 640	31 966
2012	87 669	2 402	85 267	28 987	56 280	53 851	2 429	86 658	2 409	84 249	35 398	48 851	15 168	33 683
2013 Jan.	85 850	2 036	83 814	28 801	55 013	52 534	2 479	87 181	1 912	85 269	36 268	49 001	14 566	34 435
Febr.	86 688	1 911	84 777	29 490	55 287	53 054	2 233	87 825	1 967	85 858	36 316	49 542	15 191	34 351
März	89 080	1 930	87 150	30 473	56 677	54 558	2 119	88 847	1 823	87 024	36 829	50 195	15 548	34 647
April	90 367	2 026	88 341	30 996	57 345	55 137	2 208	86 705	1 610	85 095	36 213	48 882	13 952	34 930
Mai	90 033	2 133	87 900	30 923	56 977	54 575	2 402	85 874	1 635	84 239	36 254	47 985	13 585	34 400
Juni	92 255	2 366	89 889	31 088	58 801	56 352	2 449	86 348	1 598	84 750	35 039	49 711	14 847	34 864

* Bis November 2009 einschl. Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten von Privatpersonen in Deutschland. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zah-

len nicht vergleichbar. **1** Ab Juli 2013 einschl. Kroatien. **2** Ab Januar 2009 einschl. Slowakei; ab Januar 2011 einschl. Estland. **3** Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Bis Dezember 2010 einschl. Niederländische Antillen; ab Januar 2011 einschl. Bonaire, St.Eustatius, Saba und Curacao und St.Martin (niederl.Teil); bis Juni 2013 einschl. Kroatien.

XII. Außenwirtschaft

11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2012 März	1,2538	8,3326	7,4354	108,88	1,3121	7,5315	8,8873	1,2061	1,3201	0,83448
April	1,2718	8,2921	7,4393	107,00	1,3068	7,5698	8,8650	1,2023	1,3162	0,82188
Mai	1,2825	8,0806	7,4335	101,97	1,2916	7,5655	8,9924	1,2012	1,2789	0,80371
Juni	1,2550	7,9676	7,4325	99,26	1,2874	7,5401	8,8743	1,2011	1,2526	0,80579
Juli	1,1931	7,8288	7,4384	97,07	1,2461	7,4579	8,5451	1,2011	1,2288	0,78827
Aug.	1,1841	7,8864	7,4454	97,58	1,2315	7,3239	8,2805	1,2011	1,2400	0,78884
Sept.	1,2372	8,1273	7,4539	100,49	1,2583	7,3945	8,4929	1,2089	1,2856	0,79821
Okt.	1,2596	8,1390	7,4582	102,47	1,2801	7,4076	8,6145	1,2098	1,2974	0,80665
Nov.	1,2331	7,9998	7,4587	103,94	1,2787	7,3371	8,6076	1,2052	1,2828	0,80389
Dez.	1,2527	8,1809	7,4604	109,71	1,2984	7,3503	8,6512	1,2091	1,3119	0,81237
2013 Jan.	1,2658	8,2698	7,4614	118,34	1,3189	7,3821	8,6217	1,2288	1,3288	0,83271
Febr.	1,2951	8,3282	7,4598	124,40	1,3477	7,4232	8,5083	1,2298	1,3359	0,86250
März	1,2537	8,0599	7,4553	122,99	1,3285	7,4863	8,3470	1,2266	1,2964	0,85996
April	1,2539	8,0564	7,4553	127,54	1,3268	7,5444	8,4449	1,2199	1,3026	0,85076
Mai	1,3133	7,9715	7,4536	131,13	1,3257	7,5589	8,5725	1,2418	1,2982	0,84914
Juni	1,3978	8,0905	7,4576	128,40	1,3596	7,7394	8,6836	1,2322	1,3189	0,85191
Juli	1,4279	8,0234	7,4579	130,39	1,3619	7,8837	8,6609	1,2366	1,3080	0,86192

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkursstatistik. 1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466

XII. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft								
	EWK-21 1)		EWK-40 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)					auf Basis der Verbraucherpreisindizes			
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	24 ausgewählte Industrieländer 4)			37 Länder 5)	24 ausgewählte Industrieländer 4)	37 Länder 5)	56 Länder 6)
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU				
1999	96,2	96,1	95,9	96,2	96,5	95,8	97,8	99,5	95,7	97,6	98,2	98,0	97,7
2000	87,0	86,6	86,3	85,5	87,9	85,8	91,7	97,2	85,2	90,8	92,9	91,9	90,9
2001	87,7	87,2	86,8	84,6	90,4	87,1	91,3	96,0	85,7	89,9	92,9	91,4	90,8
2002	90,1	90,4	89,8	87,7	94,9	90,7	91,9	95,1	88,2	90,5	93,5	91,9	91,8
2003	100,6	101,5	100,8	98,4	106,8	101,6	95,2	94,0	97,2	94,7	97,0	96,5	96,7
2004	104,4	105,2	103,6	102,2	111,4	105,2	95,5	92,9	99,5	94,9	98,4	98,0	98,2
2005	102,9	103,7	101,6	100,0	109,4	102,7	94,4	91,5	98,8	92,9	98,4	96,9	96,5
2006	102,8	103,7	100,8	99,0	109,4	102,0	93,3	90,1	98,4	91,3	98,5	96,4	95,8
2007	106,2	106,4	102,7	100,6	112,8	104,0	94,2	89,2	102,4	91,6	100,8	97,8	96,9
2008	109,3	108,4	103,8	103,2	117,0	105,9	94,3	87,8	105,4	90,5	102,2	97,7	97,0
2009	110,6	109,0	104,7	105,3	119,8	106,8	93,9	87,9	104,0	90,5	101,7	97,9	97,4
2010	103,6	101,5	96,7	98,1	111,5	98,1	91,6	87,6	97,8	87,2	98,8	93,8	92,2
2011	103,4	100,6	95,0	p) 96,1	112,2	97,6	91,0	87,1	97,2	86,2	98,2	93,1	91,7
2012	97,9	95,5	89,7	p) 90,9	107,1	92,8	89,0	86,8	92,1	83,7	96,0	90,3	88,8
2010 Febr.	106,9	104,7	100,9	102,2	115,5	101,7	93,0	87,8	101,6	89,0	100,1	95,5	94,3
März	106,2	104,2			114,3	100,8					100,2	95,2	93,8
April	104,9	103,0			112,6	99,3					99,5	94,3	92,7
Mai	101,8	99,9	95,5	96,8	109,1	96,3	91,1	87,5	96,7	86,6	98,2	93,0	91,2
Juni	99,8	98,0			107,0	94,4					97,2	92,1	90,2
Juli	101,6	99,7			109,2	96,4					97,8	92,9	91,2
Aug.	101,2	99,3	94,4	95,4	108,9	96,0	90,8	87,7	95,4	86,3	97,6	92,7	91,0
Sept.	101,5	99,4			109,3	96,0					97,7	92,7	91,0
Okt.	104,9	102,5			113,0	99,0					99,1	94,2	92,6
Nov.	103,7	101,1	95,9	97,9	111,8	97,7	91,4	87,5	97,5	86,9	98,8	93,6	92,0
Dez.	101,7	99,1			109,4	95,6					97,8	92,7	91,0
2011 Jan.	101,4	98,9			109,4	95,5					97,8	92,4	90,7
Febr.	102,4	99,8	94,6	96,3	110,7	96,5	91,2	87,4	97,0	86,4	98,1	92,8	91,2
März	104,1	101,5			112,4	98,1					98,6	93,5	91,9
April	105,8	103,3			114,1	99,7					99,6	94,4	92,8
Mai	104,9	102,0	96,8	98,7	113,3	98,6	92,0	87,3	99,7	87,2	99,0	93,7	92,1
Juni	105,0	102,1			113,5	98,7					99,9	93,7	92,2
Juli	104,0	101,0			112,4	97,7					98,6	93,3	91,8
Aug.	103,9	100,9	94,8	96,7	113,0	98,1	90,9	87,0	97,0	86,0	98,1	93,1	91,9
Sept.	102,8	99,9			112,1	97,4					97,8	92,7	91,6
Okt.	103,0	100,1			112,6	97,8					97,9	92,9	91,8
Nov.	102,6	99,8	93,5	p) 92,8	112,1	97,3	90,1	86,8	95,1	85,2	97,6	92,8	91,6
Dez.	100,8	98,1			110,3	95,7					96,8	91,8	90,6
2012 Jan.	99,0	96,3			108,1	93,7					96,2	90,8	89,4
Febr.	99,7	97,2	91,2	p) 92,5	108,4	94,2	89,5	86,8	93,3	84,5	96,8	91,2	89,7
März	99,9	97,3			108,7	94,3					96,9	91,2	89,6
April	99,5	97,1			108,5	94,2					96,7	91,1	89,5
Mai	98,1	95,6	90,2	p) 91,3	107,3	93,0	89,2	87,0	92,3	84,0	96,0	90,4	89,0
Juni	97,2	94,8			106,7	92,4					95,5	89,9	88,5
Juli	95,4	93,1			104,3	90,6					94,8	89,1	87,5
Aug.	95,3	93,1	87,9	p) 89,0	104,5	90,6	88,3	86,8	90,2	82,9	95,0	89,1	87,5
Sept.	97,2	94,9			106,6	92,5					95,6	89,9	88,5
Okt.	97,8	95,4			107,3	92,8					95,9	90,1	88,7
Nov.	97,3	94,8	89,5	p) 90,6	106,7	92,3	89,1	86,7	92,5	83,6	95,9	90,0	88,5
Dez.	98,7	96,2			108,3	93,5					96,5	90,6	89,1
2013 Jan.	100,4	97,9			109,9	94,8					97,4	91,4	89,9
Febr.	101,7	99,0	p) 92,1	p) 93,5	111,2	95,7	90,6	87,0	96,3	85,2	98,0	92,0	90,3
März	100,2	97,8			109,5	94,4					97,7	91,5	89,7
April	100,5	p) 97,8			109,8	p) 94,3					97,5	p) 91,3	p) 89,5
Mai	100,6	p) 98,0	110,0	p) 94,6	98,1	p) 91,7	p) 89,9
Juni	101,6	p) 98,9			112,0	p) 96,1					p) 98,2	p) 92,1	p) 90,8
Juli	101,5	p) 98,7			112,0	p) 96,0					p) 98,2	p) 92,0	p) 90,7

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und Februar 2012, S. 36f). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB (www.ecb.int). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes

Königreich und Vereinigte Staaten. Soweit die Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-21-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 5 EWU-Länder sowie EWK-21-Länder. 6 EWU-Länder sowie EWK-40-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf CD-ROM oder zum Herunterladen im Bundesbank-ExtraNet über die Abteilung Statistische Informationssysteme, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

■ Geschäftsbericht

- Die Bedeutung von Handelskrediten für die Unternehmensfinanzierung in Deutschland – Ergebnisse der Unternehmensabschlussstatistik
- Die Verwendung von Bargeld und unbaren Zahlungsinstrumenten: eine mikroökonomische Analyse

■ Finanzstabilitätsbericht

■ Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2012 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2013 beigefügte Verzeichnis.

November 2012

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2012

Dezember 2012

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2013 und 2014
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2011
- Kalendarische Einflüsse auf das Wirtschaftsgeschehen

Aufsätze im Monatsbericht

September 2012

- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2011
- Innovationen im Zahlungsverkehr
- Der Internationale Währungsfonds in einem veränderten globalen Umfeld

Januar 2013

Oktober 2012

- Aktuelle Entwicklungen am Markt für Investmentfonds: Nachfrage, Strukturveränderungen und Anlageverhalten
 - Münzgeldentwicklung und -prognose in Deutschland
- Finanzkrise und Zahlungsbilanzentwicklungen in der Europäischen Währungsunion
 - Zur Entwicklung der Länderfinanzen in Deutschland seit dem Jahr 2005

Februar 2013

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2012/2013

März 2013

- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2012
- Bankinterne Methoden zur Ermittlung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit und ihre bankaufsichtliche Bedeutung

April 2013

- Die US-Wirtschaft im aktuellen Konjunkturaufschwung
- Makroprudenzielle Überwachung in Deutschland: Grundlagen, Institutionen, Instrumente

Mai 2013

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2013

Juni 2013

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2013 und 2014
- Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Bundesbankstudie
- Finanzen der privaten Haushalte, Sparen und Ungleichheit: eine internationale Perspektive – Konferenz der Deutschen Bundesbank und des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik
- Die Umsetzung von Basel III in europäisches und nationales Recht

Juli 2013

- Gemeinsame europäische Bankenaufsicht – Erster Schritt auf dem Weg zur Bankenunion
- Zinsstrukturkurvenschätzungen im Zeichen der Finanzkrise
- Unterschiede im Geldmengen- und Kreditwachstum im Euro-Raum und in einzelnen Mitgliedsländern

August 2013

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2013

Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik¹⁾
- 2 Kapitalmarktstatistik¹⁾
- 3 Zahlungsbilanzstatistik¹⁾
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen¹⁾
- 5 Devisenkursstatistik

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Januar 2013³⁾
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Juli 2013²⁾³⁾
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juni 2011²⁾³⁾
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2007 bis 2012, Juni 2013³⁾
- 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1997 bis 2007, November 2009³⁾
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2009 bis 2010, Mai 2013²⁾³⁾
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, März 2009
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990⁹⁾
- 9 Wertpapierdepots, August 2005
- 10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2013¹⁾
- 11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2013
- 12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011²⁾

■ Diskussionspapiere^{*)}

- 19/2013
 Banking across borders
- 20/2013
 The price impact of CDS trading
- 21/2013
 Chatharsis – The real effects of bank insolvency and resolution
- 22/2013
 Evaluation of minimum capital requirements for bank loans to SMEs
- 23/2013
 Reconciling narrative monetary policy disturbances with structural VAR model shocks?
- 24/2013
 Testing the O-ring theory for FDI
- 25/2013
 Estimation of linear dynamic panel data models with time-invariant regressors
- 26/2013
 Potential labour force in full-time equivalents: measurement, projection and applications (auch in deutsch)
- 27/2013
 Households' disagreement on inflation expectations and socioeconomic media exposure in Germany
- 28/2013
 The evolution of economic convergence in the European Union

○ Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.
 * Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.
 Weitere Anmerkungen siehe S. 82*.

■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 ²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 ²⁾

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

3 Nur im Internet verfügbar.